Herausgegeben von J. Aretz, R. Morsey, A. Rauscher



ZEIT GESCHICHTE IN LEBENSBILDERN





Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts

Band 8

Mit Beiträgen von

Jürgen Aretz
Günter Buchstab
Yorck Dietrich
Elisabeth Friese
Karl-Ulrich Gelberg
Klaus Gotto
Brigitte Kaff
Hans-Otto Kleinmann
Christoph Kösters
Rudolf Morsey
Ursula Pruß
Anton Rauscher
Lothar Roos
Michael Schäfer
Karl Teppe
Paul-Ludwig Weinacht

Zeitgeschichte in Lebensbildern

Band 8
Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts

Herausgegeben von
Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher

Grünewald

Umschlag Kroehl/Offenburg

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie;
detailed bibliographic data are available in the Internet at http://dnb.d-nb.de

ISBN 978-3-402-06118-3
DOI https://doi.org/10.17438/978-3-402-17583-5



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-No-Derivatives 4.0 (CC BY-NC-ND) which means that the text may be used for non-commercial purposes, provided credit is given to the author. For details go to http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/
To create an adaptation, translation, or derivative of the original work and for commercial use,
further permission is required.
Creative Commons license terms for re-use do not apply to any content (such as graphs, figures, photos, excerpts, etc.) not original to the Open Access publication and further permission may be required from the rights holder.

© 2022 Jügen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher. . A publication by Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster
This book is part of the Aschendorff Verlag Open Access program.

www.aschendorff-buchverlag.de

Inhalt

7 *Vorwort der Herausgeber*

9 *Christoph Kösters*

Carl Mosterts (1874-1926)

27 *Brigitte Kaff*

Josef Wirmer (1901-1944)

41 *Karl Teppe*

Ferdinand von Lüninck (1888-1944)

57 *Michael Schäfer*

Heinrich Imbusch (1878-1945)

77 *Karl Teppe*

Johannes Gronowski (1874-1958)

95 *Ursula Pruß*

Margarete Sommer (1893-1965)

107 *Elisabeth Friese*

Helene Wessel (1898-1969)

123 *Rudolf Morsey*

Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (1921-1972)

139 *Paul-Ludwig Weinacht*

Ernst Föhr (1892-1976)

155 *Karl-Ulrich Gelberg*
Josef Müller (1898-1979)

173 *Lothar Roos*
Joseph Kardinal Höffner (1906-1987)

197 *Klaus Gotto*
Johann Baptist Gradl (1904-1988)

213 *Jürgen Aretz*
Bruno Heck (1917-1989)

233 *Rudolf Morsey*
Johannes Schauff (1902-1990)

247 *Günter Buchstab*
Gebhard Müller (1900-1990)

265 *Hans-Otto Kleinmann*
Walter Dirks (1901-1991)

283 *Anton Rauscher*
Franz Kardinal Hengsbach (1910-1991)

299 *Yorck Dietrich*
Hermann Josef Abs (1901-1994)

311 *Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur*

327 *Personenregister*

Vorwort der Herausgeber

Die 1973 gegründete Reihe "Zeitgeschichte in Lebensbildern - Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts" hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Leben von Persönlichkeiten nachzuzeichnen, die in Staat, Kirche und Gesellschaft wichtige Aufgaben und Verantwortung übernommen haben oder für bestimmte geistige Entwicklungen bzw. Zeitströmungen stehen. Die Zielsetzung dieser Reihe ist bereits in früheren Bänden näher dargelegt worden. In einer Zeit nachlassender historischer und kirchlich-religiöser Wissensvermittlung möchte die Reihe nicht zuletzt dazu beitragen, Namen vor der Vergessenheit zu bewahren und andere, bekannte Namen mit konkretem Handeln zu verbinden. Das bedeutet auch, daß kritische Fragen und Aspekte behandelt werden; eine Abfolge zeithistorischer Helden- und Heiligendarstellungen kann diese Reihe nicht sein. Lebende Persönlichkeiten werden im übrigen nicht aufgenommen.

Bisher sind sieben Bände mit insgesamt 127 Lebensbildern aus dem deutschen Katholizismus erschienen. Die Reihe ist von der Fachwelt und den Medien sehr freundlich aufgenommen worden, und sie hat - erleichtert durch die den Bänden beigefügten Register - Handbuchcharakter gewonnen. Der hier vorgelegte achte Band enthält weitere 18 biographische Beiträge. Dabei liegt der Schwerpunkt des politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Wirkens der in diesem Band beschriebenen Persönlichkeiten im 20. Jahrhundert.

Der Geistliche Carl Mosterts hat zu Beginn dieses Jahrhunderts entscheidend am Aufbau der kirchlichen Jugendarbeit mitgewirkt. Ferdinand von Lüninck, aus westfälischem Adel, entschied sich nach anfänglicher Zusammenarbeit mit dem Regime gegen den Nationalsozialismus. Er wurde ebenso hingerichtet wie der Rechtsanwalt Josef Wirmer, der zum Widerstandskreis des 20. Juli 1944 gehörte. Zu den Opfern des Hitler-Regimes zählte auch der letzte Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Heinrich Imbusch.

Johannes Schauff, publizistisch und politisch tätig, unterstützte deutsche Emigranten, die während des "Dritten Reiches" aus

Deutschland flohen; Margarete Sommer hat unter Einsatz des eigenen Lebens zahlreichen verfolgten "Nichtariern" geholfen.
Der frühere Zentrumspolitiker und Oberpräsident von Westfalen, Johannes Gronowski, gehört ebenso wie der Berliner Journalist und Publizist Johann Baptist Gradl und der bayerische Rechtsanwalt Josef Müller nach 1945 zu den Männern der "ersten Stunde"; sie durchbrachen im katholischen Raum das Prinzip konfessioneller parteipolitischer Betätigung. Demgegenüber entschieden sich die früheren Abgeordneten des Zentrums Helene Wessel und Ernst Föhr zunächst für eine Neugründung der alten Partei.
Entscheidend beteiligt am Aufbau der Bundesrepublik Deutschland war auch Gebhard Müller, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und schließlich Präsident des Bundesverfassungsgerichtes. Der Publizist Walter Dirks steht für einen Kreis katholischer Linksintellektueller, die die Diskussionen gerade der ersten Jahre der Bundesrepublik beeinflußt haben. Als "Meister der Macht" und finanzpolitischer Berater des Bundeskanzlers Konrad Adenauer ist Hermann Josef Abs in die Geschichte eingegangen.
Der fränkische Aristokrat Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, Außen- und Deutschlandpolitiker der CSU, und der Schwabe Bruno Heck, der führende Funktionen in der CDU innegehabt hat, haben im besonderen die Politik der 50er und 60er Jahre mitgeprägt.
Zu den bedeutendsten Kirchenführern der Nachkriegszeit zählen die Kardinäle Franz Hengsbach, Gründungsbischof des Ruhr-Bistums Essen, und Joseph Höffner, Universitätsprofessor, Kölner Erzbischof und langjähriger Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.
Die Beiträge sind wissenschaftlich fundiert, aber sie wenden sich nicht nur an den Fachwissenschaftler, sondern ebenso an den interessierten Laien. Auf einen wissenschaftlichen Apparat ist, dem bewährten Prinzip der Reihe folgend, verzichtet worden; ein beigefügtes Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur soll jedoch die weitergehende Beschäftigung mit den beschriebenen Persönlichkeiten erleichtern.
Der Dank der Herausgeber gilt den Autoren dieses Bandes sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach für die Hilfestellung bei der Vorbereitung des Buches.

Bonn, Speyer und Mönchengladbach, im September 1996

Jürgen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher

Carl Mosterts (1874-1926)

Ein "bedeutender katholischer Jugendführer und Pädagoge", "tiefinnerlicher Priester", ein "moderner, seiner gottgegebenen Aufgabe sich völlig opfernder Apostel" und als Persönlichkeit "eine der markantesten Gestalten im katholischen Deutschland, organisatorisch, kulturell, politisch dessen Entwicklung mitgestaltend", so würdigte Ludwig Wolker seinen Vorgänger im Amt des Generalpräses des Jungmännerverbandes. Carl Mosterts zählt zu jener zweiten Generation von Pionieren des Verbandskatholizismus, die zu dessen eigentlichen Architekten wurde. Sie ist u.a. mit Namen wie August Pieper, Franz Schweitzer, Otto Müller, Lorenz Werthmann oder Hedwig Dransfeld verbunden. Am Ausgang des deutschen Kaiserreichs verliehen sie dem dichten Netzwerk katholischer Vereine durch die Errichtung von Zentralverbänden seine entscheidende organisatorische Gestalt. Die programmatischen Ideen der Gründer führten sie weiter und gaben ihnen, zumal unter dem Eindruck von Krieg, Revolution und neuem demokratischen Staat, eine zeitgemäße Gestalt.

Von 1908 bis zu seinem Tod 1926 stand Carl Mosterts hauptamtlich an der Spitze einer der größten deutschen Jugendorganisationen, zunächst als Generalsekretär, dann als Generalpräses, also oberster geistlicher Leiter, des "Zentralverbandes der katholischen Jünglingsvereinigungen Deutschlands". Unter seiner Ägide entstand die Verbandszentrale mit ihren zahlreichen Publikationsorganen für jugendliche Katholiken, Laienführer und Jugendkapläne, das sogenannte "Düsseldorfer Jugendhaus". Mit der Gründung der Deutschen Jugendkraft (1920) gelang es ihm, eine Einheitsorganisation für Leibesübungen in katholischen Vereinen zu schaffen. Unter dem Dach der "Katholischen Jugend Deutschlands" schloß er die vielfältigen, gelegentlich divergierenden Kräfte katholischer Jugendorganisationen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen (1921). Schließlich verschaffte er dem Katholizismus über dessen Grenzen hinaus beachtliches Ansehen im überkonfessionellen "Reichsverband der deutschen Jugendverbände", dessen Anreger und späterer Vorsitzender (1921-1924) er war.

Die Reformbemühungen Pius' X. um eine Vertiefung des innerkirchlichen Lebens griff Mosterts positiv auf und setzte sie in ein pädagogisch reflektiertes Programm katholischer Jugendarbeit um: Die Erziehung zum "katholischen Menschen" und die priesterliche "Jugendführung" galten als Ziel und Weg, um vor allem die gefährdete katholische Arbeiterjugend vor dem Glaubensverlust zu bewahren. Innerkirchlich schlug Mosterts damit die Brücke von der Jugendpflege der Jahrhundertwende zur katholischen Jugendbewegung der zwanziger und dreißiger Jahre. Die Heranbildung einer bewußten katholischen Identität gegenüber der entstehenden sozialistischen Arbeiterjugendorganisation und der vom Staat geförderten, interkonfessionellen öffentlichen Jugendpflege verstand er dabei im durchaus konservativen Sinne, der Dialogbereitschaft mit Andersdenkenden einschloß und konfessionelle Polemik und Intoleranz vermied.

I

Carl Mosterts entstammte dem rheinisch-katholischen Bildungsbürgertum. Am 28. Oktober 1874 wurde er als zweites von vier Kindern in der niederrheinischen Kleinstadt Goch geboren. Hier hatte sich sein Vater als praktischer Arzt niedergelassen. Bereits 1879 aber siedelte die inzwischen sechsköpfige Familie nach Düsseldorf über, wo Wilhelm Mosterts eine neue Praxis eröffnete. Die Rheinmetropole sollte für Carl Mosterts eigentliche Heimat und zentrale Wirkungsstätte werden.
Das Einkommen des Vaters erlaubte eine dem bürgerlichen Selbstverständnis entsprechende "standesgemäße" Erziehung und Ausbildung: Nach vierjähriger Volksschulzeit besuchte Carl das Hohenzollerngymnasium in der Nähe der St. Andreaskirche. Gemeinsam mit seinem älteren Bruder Franz wechselte er dann im Herbst 1887 zu einer Schule, die in den gehobenen katholischen Kreisen in dem berechtigten Ruf stand, eine katholische Eliteschule zu sein, zur "Stella Matutina". In Feldkirch (Vorarlberg) betrieben deutsche Jesuiten, vom Kulturkampf im Deutschen Reich relativ unberührt, seit 1868 dieses Kolleg mit privater Lehranstalt. Adlige und bürgerliche Schüler, vornehmlich aus Österreich, der Schweiz und dem Deutschen Reich, erhielten hier eine "sichere, einheitliche Schulung zu bewußter katholischer Charakterbildung". Im Rahmen eines straff organisierten und streng disziplinierten Tagesablaufes bildeten religiös-sittliche, körperliche und allgemeinbildend-kul-

turelle Schulung die Eckpfeiler einer ganzheitlich verstandenen Erziehung, die auf die Formung zum selbständigen, überzeugten jungen Katholiken zielte.
Zum frühestmöglichen Zeitpunkt trat der junge Carl der Feldkirchener Marianischen Kongregation bei. Damit hatte er die Richtung für sein Leben gefunden: die Organisation und mit ihr eine recht verstandene eucharistische Frömmigkeit, Marienverehrung und hohe Wertschätzung des Apostolatsgedankens wurden zum Dreh- und Angelpunkt seines Denkens und Handelns.
Nach vier Jahren verließ Mosterts 1891 das Feldkirchener Jesuitenkolleg, da am dortigen Gymnasium, wo er zu den besten Schülern zählte, kein deutsches Abitur abgelegt werden konnte. Seine letzten Schuljahre absolvierte er - wie viele Stellaner - am Großherzoglich Oldenburgischen Gymnasium in Vechta, welches die Jesuitenzöglinge bereitwillig aufnahm. Im August 1894 erhielt er sein Reifezeugnis, das überwiegend gute Noten und den Vermerk enthielt: "Er beabsichtigt, sich dem Studium der Theologie zu widmen."
Noch im gleichen Jahr nahm Carl Mosterts das Theologiestudium in Freiburg auf. Er wurde Mitglied im nicht-farbentragenden katholischen Studentenverein "Brisgovia" und galt rasch als braver, tugendhafter und fleißiger Student sowie als eifriger Sodale der Congregatio Mariana Academica. Mit Beginn des dritten Semesters setzte er seine Studien in Innsbruck fort, in diesen Jahren geradezu ein "Wallfahrtsort" für katholische Theologiestudenten. An der in hohem Ansehen stehenden Theologischen Fakultät und in dem ihr angegliederten Kanisius-Konvikt, beide der Leitung der Gesellschaft Jesu unterstehend, erfuhr der junge Student aus Düsseldorf weitere entscheidende Anstöße: Zu seinen Lehrern gehörten der Dogmatiker Hugo Hurter, der Kanonist Nikolaus Nilles und der Moraltheologe Hieronymus Noldin. Dessen dreibändige "Summa theologiae moralis" vermittelte nicht ein abgeschlossenes moraltheologisches System, sondern war eher ein Handbuch für Seelsorger und Beichtväter; und sein Herz-Jesu-Büchlein war wohl im Besitz eines jeden katholischen Theologen.
In einem theologisch von apologetisch-polemischer Erstarrung geprägten Zeitalter eröffneten sich Mosterts in diesem pastoralen Bereich Gestaltungsspielräume. Beim Introitus-Examen, das er im Herbst 1899 in Bonn an der Theologischen Fakultät seiner Heimatdiözese ablegte, um in das Kölner Priesterseminar aufgenommen zu werden, erzielte er gerade in der Moral- und Pastoraltheologie seine besten Ergebnisse. Aber auch in geistlicher Hinsicht hatten

ihn die Innsbrucker Jahre zutiefst geprägt: Eine nach innen, auf Vertiefung und Selbstheiligung gerichtete, von Herz-Jesu- und Marienverehrung getragene Frömmigkeit zeichnete nicht nur zeitlebens die eigene religiöse Praxis aus, sondern wurde auch der "religiöse Grundakkord seiner seelsorglichen und erzieherischen Tätigkeit unter der Jugend" (F. J. Wothe).
Am 24. August 1900 wurde Carl Mosterts im Kölner Dom zusammen mit 92 weiteren Kandidaten durch Erzbischof Hubert Simar zum Priester geweiht. Wenige Monate später begann er seine seelsorgliche Tätigkeit als Kaplan der St. Maximilian-Pfarrei in seiner Heimatstadt Düsseldorf. Hier gewann er rasch das Vertrauen insbesondere der männlichen Pfarrjugend, deren Bedürfnisse nach jugendgemäßer Seelsorge und gestalteter Freizeit er aufgriff. Die Düsseldorfer Kongregationen schloß er zu einer losen Bezirksvereinigung zusammen und wurde ihr Sekretär. Symptomatisch für Eifer und Selbstverständnis seiner Arbeit war, daß er bereits 1906 ein aszetisches Gebetbuch - "Gebet des Jünglings" - und ein Liederbuch - "Der deutschen Jugend Liederschatz" - veröffentlichte. Noch im gleichen Jahr gehörte der Düsseldorfer Jugendkaplan auch zu einer dreiköpfigen Delegation, die namens des "Zentralverbandes katholischer Jünglingsvereinigungen Deutschlands" mit führenden Vertretern des Volksvereins für das katholische Deutschland und des Katholischen Arbeiterverbandes über die Einrichtung einer neuen Jugendzeitschrift für die katholische Industriejugend verhandelte.
Nicht zuletzt bei dieser Gelegenheit dürfte man auf den jungen Geistlichen aufmerksam geworden sein. Ein Jahr später, im Herbst 1907, wählte ihn die Generalversammlung des Zentralverbandes zu ihrem Generalsekretär. Der gerade 33jährige Kaplan trat damit wohl als erster deutscher Priester eine hauptamtliche Tätigkeit in der Jugendseelsorge an. Damit begann Mosterts' Aufstieg zu einem der bedeutendsten Jugendführer im Deutschen Reich.

II

Die Aufgaben, die sich Mosterts in seinem neuen Amt stellten, waren immens. Der Zentralverband war 1896 zunächst als loser Zusammenschluß von Geistlichen gegründet worden, die für die katholische Jugendarbeit Verantwortung trugen. Als amtliches Organ erschien seitdem ein "Korrespondenz-Blatt für Präsides der christlichen Jugendvereinigungen", das der Verbandsgründer und Zentral-

präses, der Aachener Pfarrer Dr. Josef Drammer, herausgab. Binnen weniger Jahre gelang es dem neuen Generalsekretär, die bislang ehrenamtlich arbeitende Koordinierungsstelle zu einem leistungsfähigen Jugendsekretariat auszubauen.
Die Anfänge waren allerdings bescheiden, insbesondere weil der finanzielle Rückhalt fehlte. Die wenigen Überschüsse aus dem Verkauf des "Korrespondenz-Blattes" und die dürftige Dotierung der Kaplansstelle aus dem Stiftungsvermögen der Düsseldorfer St. Lambertus-Pfarrei sowie einem Zuschuß des Erzbischöflichen Stuhles in Köln reichten nicht aus, um die anfallenden Kosten zu decken. Als Büroräume dienten anfänglich Mosterts' Privatzimmer, als Leihbibliothek für die Präsides auch dessen eigene Bücherbestände; zusätzliche Ausgaben deckte der neue Generalsekretär in den ersten Jahren aus seinem persönlichen Einkommen. Als sich durch die Übernahme der Jugendzeitschrift "Wacht" vom Katholischen Arbeiterverband und die Einführung eines angemessenen Mitgliederbeitrages die finanzielle Lage verbesserte, begann das "Jugendhaus Düsseldorf" jene Gestalt anzunehmen, die dem Generalsekretär von Beginn an vorgeschwebt hatte: Am Stiftsplatz 10, dem Haus, das die Lambertus-Pfarrei bis 1916 kostenlos zur Verfügung stellte, entstand eine effiziente Verbandszentrale, in der unter der Leitung einer hauptamtlich tätigen Verbandsführung (Generalpräses, Generalsekretär) fest angestellte, fachlich qualifizierte Mitarbeiter die angeschlossenen Vereine und deren Mitglieder informierten, mobilisierten und in religiös-sittlichen und sozialen Fragen weiterbildeten, Führungskräfte - Priester wie Laien - schulten sowie die Satzungen und Beschlüsse des Verbandes umsetzten. Eine bei Kriegsende 5400 Bände und 300 Zeitschriften umfassende Fachbibliothek sowie eine eigene Verkaufs- und Versandstelle bildeten das Fundament für die vom Verband selbst herausgegebenen Zeitschriften, die Abhaltung von Kursen und Konferenzen für Präsides und Laienführer, für die Auskunftserteilung in Fragen der Jugendpflege und Vereinsarbeit, die Organisierung des Turn-, Spiel- und Wanderwesens oder die Beratung bei der Errichtung neuer Jugendheime.
Mosterts suchte die katholische Öffentlichkeit und den Gedankenaustausch "vor Ort": In der ihm eigenen Art verband er dabei unermüdlichen Fleiß mit beharrlicher Geduld und lebendig-beredter Überzeugungskraft. Es gelang ihm auf diese Weise, bis zum Beginn des Krieges in fast jedem deutschen Bistum einen Diözesanverband zu gründen und diesen der Düsseldorfer Verbandszentrale anzuschließen. Weit über die Hälfte der 2600 Vereine bestanden

allerdings in den rheinisch-westfälischen Diözesen; allein hier waren 65 Prozent der 254000 Mitglieder organisiert.
Schon deshalb schien es Mosterts wenig ratsam, den überregionalen Zusammenschluß als reichsweiten Einheitsverband durchzusetzen: Die Organisation des Verbandes sollte "keine straff zentralistische, sondern eine föderalistische" sein, deren Grundlage die Diözesanverbände bildeten. Auch bei der lokalen Vereinsform - ob Kongregation, Jünglingsverein oder Lehrlingsverein - wurde eine "Uniformierung oder Schablonierung" nicht angestrebt. So gelang es, den verschiedenartigen Verhältnissen der "zum Teil ganz unabhängig voneinander schon vor Jahrhunderten entstandenen Vereine" und deren "ungleichartigen Bedürfnissen" gerecht zu werden. Seinen Kurs fand Mosterts bestätigt, als sich 1915 auch der Süddeutsche Verband der Katholischen Männlichen Jugendvereine - unter Beibehaltung eines eigenen Jugendsekretariates in München - dem Gesamtverband und der Düsseldorfer Zentrale anschloß.
Das von Mosterts aufgebaute, noch lockere Verbandsgefüge war in diesen Jahren nicht unerheblichen Spannungen ausgesetzt: Zum einen verursachten äußere Umstände wie die Entstehung einer organisierten sozialistischen Arbeiterjugendbewegung (1906) und einer staatlichen Jugendwohlfahrtspflege (1911) Handlungsbedarf. In der dezidiert antichristlichen bzw. einer staatlich geförderten interkonfessionellen Jugenderziehung sah man im katholischen Lager eine Gefährdung der katholischen Jugend und ein Eindringen des Staates in ureigene Felder kirchlicher Seelsorgstätigkeit.
Zum anderen gab es interne Auseinandersetzungen im deutschen Katholizismus: Der schichtenübergreifende Jugendverband drohte sowohl zwischen den Interessen der mittlerweile mächtigen katholischen Berufsverbände als auch zwischen den Fronten des seit der Jahrhundertwende tobenden Gewerkschaftsstreites zerrieben zu werden. Mosterts suchte den Mittelweg: Programmatisch hob er das religiös-sittliche und beruflich-soziale Doppelziel der katholischen Jugendvereine hervor, das ursprünglich Leitgedanke der Kongregationen und Sodalitäten gewesen sei. Organisatorisch versuchte er in langwierigen Verhandlungen, die Grenzstreitigkeiten und Reibereien mit den katholischen Berufsverbänden auszugleichen.
Heftig umstritten war die Frage, welcher Organisation die katholische Handwerks-, Angestellten- und Arbeiterjugend nach ihrer Lehrzeit angehören sollten. Eine Überführung der Jugendlichen in die sogenannten Standesvereine im Anschluß an ihre Lehrzeit

wurde zwar noch vor dem Krieg mit dem Katholischen Gesellenverband und dem Kaufmännischen Verband vereinbart. Der mühsam ausgehandelte Kompromiß blieb allerdings weitgehend Makulatur; das Verhältnis war auch weiterhin gespannt. Auch der Katholische Arbeiterverband fürchtete um seinen Vereins"nachwuchs", denn gerade in der katholischen Arbeiterjugend sah Mosterts das Hauptarbeitsfeld seiner Organisation. Schrittweise löste er überdies seinen Verband aus den alten persönlichen Bindungen zum Volksverein und Katholischen Arbeiterverband: Nach langjährigen Verhandlungen übernahm Düsseldorf 1912 die Herausgeberschaft der "Wacht"; seit 1914 schließlich erschien die erfolgreiche Jugendzeitschrift auch nicht mehr im Verlag der Westdeutschen Arbeiterzeitung, sondern im verbandseigenen Jugendführungsverlag.
Im "Gewerkschaftsstreit" hielt Mosterts an der neutralen und unpolitischen Position seiner Organisation fest, drohte doch andernfalls die Abspaltung des "integralen" Breslauer Diözesanverbandes. Noch 1913, also ein Jahr nach der Enzyklika "Singulari quadam", mußte der Kölner Erzbischof Kardinal von Hartmann dem Breslauer Kardinal Kopp versichern, "daß Mosterts von einer Interkonfessionalisierung der Jugendvereine absolut nichts wissen will". Nachdem allerdings 1916 die Novellierung des Reichsvereinsgesetzes von 1908 auch der katholischen Arbeiterjugend die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften gestattete, unterstützte Mosterts die Teilnahme der Jünglinge an dem von Adam Stegerwald geführten Deutschen Arbeiterkongreß sowie die Gründung christlicher Konsumvereine.
Der "Zentralverband der katholischen Jünglingsvereinigungen" würdigte auf seine Weise die gleichermaßen behutsame wie beharrliche, von Kompromißbereitschaft und Entschlossenheit gekennzeichnete Aufbauarbeit seines Generalsekretärs: Am 9. Juni 1913 wählte ihn der Zentralvorstand zum hauptamtlichen Generalpräses. Als Nachfolger des Aachener Pfarrers Dr. Josef Drammer trat Mosterts damit an die Spitze eines der größten Jugendverbände in Deutschland. Zahlreiche freundschaftliche Kontakte, die Mosterts inzwischen vor allem zu katholischen Jugendorganisationen der west- und südeuropäischen Nationen geknüpft hatte, spiegelten das gewachsene Ansehen des deutschen Verbandes und seines Generalpräses auch über die Reichsgrenzen hinaus. Diesem waren solche Verbindungen und erst recht der von Papst Pius X. angeregte Zusammenschluß zu einem weltumspannenden katholischen Jugendbund wohl auch deshalb ein wirkliches Anliegen, weil sie seinen

persönlichen Lebenserfahrungen seit den Schultagen in Feldkirch entsprachen.
Erfolg und Anerkennung im katholischen In- und Ausland forderten allerdings ihren gesundheitlichen Tribut. Von nicht gerade robuster Natur, war Mosterts bereits Ende Oktober 1908 durch eine schwere Krankheit für ein halbes Jahr ans Bett gefesselt und anschließend zu einer dreimonatigen Kur gezwungen worden. Fünf Jahre später diagnostierte sein Arzt eine Herzschwäche infolge einer Überanstrengung. Eine Erholung ließ allerdings die rastlose "Hetztätigkeit" dieser Jahre nicht zu. "Wer diese Zeit miterlebte", resümierte Mosterts rückblickend, "und dabei beobachtete, wie unsere Vereine und unsere Verbandszentrale gerade in diesen Jahren fast ununterbrochen bald von dieser, bald von jener Seite, bald von Gegnern, bald von Freunden hin und her gezerrt wurde, der wird verstehen, daß der Weg kein schnurgerader und noch schnellerer sein konnte; um so weniger, als auch in den eigenen Reihen sehr oft das Verständnis fehlte und kaum jemand dazu half, die auch für eine geistige Bewegung notwendigen Geldmittel zu beschaffen. (...) Freilich hatte dieses Werden und Kämpfen auch sein Gutes. Es hat die Auffassungen geklärt, die Ziele gefestigt, neue Wege gewiesen".

III

Von Beginn an war Mosterts bemüht gewesen, seinem Verband eine innere, programmatische Gestalt zu geben. Diesem Problem wandte er sich nach dem weitgehenden Abschluß des organisatorischen Aufbaus nunmehr verstärkt zu. 1914 erschien das erste Heft einer neuen, verbandseigenen Zeitschrift für Jünglingspädagogik und Jugendpflege mit dem signifikanten Titel "Jugendführung"; im gleichen Jahr veröffentlichte der Generalpräses eine kleine Schrift über "Das Laienapostolat der Marianischen Kongregation". Zum Standardwerk wurde ein von Mosterts herausgegebener Sammelband, der aus "Vorlesungen über die Jünglingsseelsorge" erwachsen war, welche 1917 auf Einladung des Verbandes namhafte Theologen und Vertreter aus der praktischen Jugendseelsorge vor 350 Jugendseelsorgern in Düsseldorf gehalten hatten; das Buch erschien erstmals 1920 und erlebte binnen weniger Jahre mehrere Auflagen. Noch als Generalsekretär hatte er 1912 mit der Reihe "Beiträge zur Jünglingspädagogik und Jugendpflege" ein Diskussionsforum über Fragen katholischer Jugenderziehung eröffnet, an dem sich auch herausragende katholische Persönlichkeiten wie der

Hildesheimer Bischof Adolf Bertram und der Düsseldorfer Oberlandesgerichtsrat und spätere Reichskanzler Wilhelm Marx beteiligten.
In Mosterts' Überlegungen und Initiativen floß viel von den zeitgenössischen Erörterungen über die Erziehung und die Psychologie der Jugend ein: die Bedeutung der Adoleszenz, die sich vom Knabenalter unterscheidet, der Wert der Freundschaft, das jugendliche Streben nach Lebensidealen beispielsweise. Wiederholt forderte der Generalpräses, die Jugendarbeit nicht ausschließlich auf die Altersgruppe der schulentlassenen 14- bis 16jährigen zu beschränken sowie die heranwachsenden älteren Jünglinge bzw. Jungmänner - die Altersstufe der Adoleszenz - von den Knaben im Pubertätsalter möglichst auch organisatorisch zu trennen. Neben diesen jahrelangen Erörterungen um das sogenannte "Jungmännerproblem" galt ihm die "veredelte Freundschaftspflege" als eines der Hauptmittel, die "Gesinnungs- und Willenspflege" als Kern jeder Jugenderziehung und Jugendbildung. Daß die Jugendlichen infolgedessen nicht mehr nur Objekt der Erziehung sein durften, war für Mosterts ebenso klar wie die Einsicht, daß wirksame und vertiefte Bildungsarbeit nicht von der Jugend selbst, sondern durch erwachsene Jugendführer geleistet werden müsse. Der Begriff "Jugendführung", den er in diesem Sinne als "rechte[n] Ausgleich zwischen 'Jugendpflege' und 'Jugendbewegung'" in die zeitgenössische Debatte einführte, war - wie sich im Alltag zeigte - weniger Ausdruck patriarchalischer Erziehungsstrukturen als vielmehr Anspruch und Herausforderung an den katholischen Klerus. Planvoll und systematisch sollte die Seelsorge der Geistlichen in den katholischen Jugendorganisationen werden. Die "Entdeckung der Jugend" auch im katholischen Lager ging einher mit der Propagierung einer wissenschaftlich grundgelegten Systematik und Pädagogik als Fundament aller katholischen Jugendarbeit.
Mit den jugendpädagogischen und -psychologischen Einsichten verschmolz Mosterts eine Ausrichtung des Verbandes, die sich von jener der katholischen Berufsbildungsvereine unterschied: Er rückte die katholische Religion ins Zentrum und verstand die "Hinführung auf unser christliches absolutes Lebensziel als Erziehungs- und Bildungsziel". Die alte Praxis der Jugendpflege, die noch von einer intakten katholischen Lebenswelt und der Ansicht ausging, es bedürfe nur des Gebetes und der Sakramente, um das Seelenheil der Jugend zu bewahren, erschien Mosterts obsolet. Erst die Bildung eines umfassenden katholischen Bewußtseins, das er gelegentlich mit der sozialistischen Weltanschauung verglich, befähigte nach seiner Über-

zeugung zu einem wahrhaft religiösen, sittlichen und apostolischen, d.h. auf die Rettung der Seelen anderer gerichteten Leben. Nicht mehr nur Sammlung und Bewahrung, sondern eine sogenannte "Höherführung" im Sinne geistiger Jugendpflege war gefordert.
Nicht allein in der Spiritualität, sondern auch in der Form war der Weg, den der Generalpräses einschlug, unverkennbar durch das Bildungs- und Erziehungsideal der Jesuiten beeinflußt. In einer erneuerten Marianischen Kongregation sah er jene Organisation, welche, "wenigstens für die Jugend, das Rettungsmittel ist, weil sie es vielleicht allein vermag, deren Ideale zur retten. (...) Ihr einheitliches und alleiniges Seelsorgsziel, dem sie in psychologischer Anpassung alle wertvollen Erziehungs- und Bildungsbestrebungen eingliedert, aber auch unterordnet[,] ihre vorzügliche, zur Selbsterziehung führende und zu apostolischer Arbeit antreibende Verfassung macht sie zu dem Erziehungsverein, den die Kirche der Jetztzeit mehr noch benötigt, wie die vor 350 Jahren, zu einem Verein der Heranbildung vollwertiger Menschen, konsequenter Katholiken".

IV

Seit August 1914 überlagerte ein alles dominierender Kriegsalltag die Bemühungen des Generalpräses, den inneren Ausbau des Verbandes voranzutreiben. Mosterts stand auf dem Boden der Monarchie und der herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung; die Verpflichtung, an einem als gerecht empfundenden Krieg teilzunehmen, stand für ihn außer Zweifel. Die Woge nationaler Euphorie verebbte allerdings rasch und wich in den Verbandszeitschriften schon bald einer nüchternen und engagierten Diskussion über die Frage, ob Krieg überhaupt "statthaft" sei. Mit der Hochstimmung schwand auch die Hoffnung des Generalpräses, der Kampf "mit Gott für Kaiser und Vaterland" werde bei jugendlichen Mitgliedern und Soldaten zu einer "inneren Erhebung", einer religiös-sittlichen Lebenserneuerung führen. Angesichts der drohenden "Gefahren größter Verweltlichung" nach einem siegreichen Kriege mahnte Mosterts die Präsides, auf eine religiöse Vertiefung bei den katholischen Jugendlichen hinzuwirken. Die Rundschreiben und Richtlinien, Schulungskurse und Vorträge sowie die Schriftenmaterialien der Düsseldorfer Zentrale, welche in diesem Sinne "für die Aufrechterhaltung der rechten religiösen und vaterländischen Gesinnung" warben, stießen jedoch an Grenzen, als Ende 1916 alle 18jährigen zum Kriegsdienst eingezogen wurden.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde galt die Aufmerksamkeit den katholischen Soldaten im Felde. Bereits 1908 hatte der Verband eine Abteilung für Soldatenfürsorge eingerichtet. Es bedurfte allerdings beharrlicher Verhandlungsführung durch den Generalpräses, um ebenso wie die evangelischen Jünglingsvereine die Tätigkeit auch auf das Feldheer ausdehnen zu dürfen. In der Bekämpfung der "Schund- und Schmutzliteratur" zumal wußte sich Mosterts mit der Armeeführung, die ihn in eine der Zensurstellen berief, einig. Darüber hinaus organisierte die Verbandszentrale Spenden von Bischöfen und Mitgliedern, die es in den folgenden Jahren ermöglichten, etwa 600 katholische Soldatenheime einzurichten und zahlreiche Wachlokale mit Lesestoff, Unterhaltungsgegenständen, Musikinstrumenten, zum Teil auch mit Lichtbilder- und Kinoapparaten auszustatten.
Die finanzielle Eigenmächtigkeit, mit der Johannes Veen, seit 1913 Mosterts' Nachfolger im Amt des Generalsekretärs, in dieser Sache agierte, führte zu erheblichen verbandsinternen Spannungen; sie kosteten Mosterts, wie er dem Kölner Kardinal von Hartmann gestand, seine Gesundheit. Differenzen über Zuständigkeiten und Art der Verbandsführung, aber wohl auch Unterschiede in Persönlichkeit und Charakter zwischen dem rheinischen Naturell des Generalpräses und dem aus Westfalen stammenden, in Ökonomie promovierten Generalsekretär lähmten gegen Kriegsende den gesamten Geschäftsbetrieb der Verbandszentrale. Auf Mosterts' nachdrückliches Drängen hin entband schließlich 1918 der Kölner Erzbischof als Protektor des Verbandes Veen von seinen Aufgaben.

V

Nach der militärischen Niederlage, dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und dem politischen Umsturz vom November 1918 stellte sich der Generalpräses vergleichsweise schnell auf den Boden der Tatsachen. Die Bereitschaft, in dem neuen demokratischen Gemeinwesen Mitverantwortung zu übernehmen, war maßgeblich von dem Bestreben mitbestimmt, den Gefahren einer Radikalisierung, zumal im kulturpolitischen Bereich, entgegenzuwirken. 1920 nahm Mosterts an der Reichsschulkonferenz in Berlin teil. Und als es um die Errichtung von Jugendämtern ging, mobilisierte er "vor Ort" die Düsseldorfer Zentrumsabgeordneten, um den kirchlichen Einfluß in dieser öffentlichen Jugendpflegeeinrichtung sicherzustellen. Zu allen wichtigeren Beratungen in Jugendfragen zog man ihn von

seiten der Fuldaer Bischofskonferenz, aber auch der Reichs- oder Staatsbehörden heran. Den direkten Weg in die Politik wählte er gleichwohl nicht; der "Typ" des Zentrumsprälaten entsprach nicht seinem Wesen.
Vielmehr betrieb er mit Engagement den erstmaligen Zusammenschluß aller staatstragenden deutschen Jugendverbände: Seine Persönlichkeit und Weitsicht ermöglichten im Juni 1919 die Gründung des Ausschusses der deutschen Jugendverbände, dem die Vertreter von mehr als 70 deutschen Jugendverbänden angehörten, unter ihnen auch Erich Ollenhauer. Dessen Teilnahme an der vorbereitenden Konferenz in Eisenach 1917 hatte Mosterts gegen den Widerstand anderer Jugendvertreter durchgesetzt. Nun übernahm er 1921 bis 1924 gemeinsam mit ihm den Vorsitz des neuen Gesprächsforums. Der Schritt aus dem Ghetto des Kulturkampfes war endgültig gelungen.
Diese Wahrnehmung gemeinsamer Interessen der Jugend im staatlichen und sozialen Bereich schloß ein Festhalten an der eigenen katholischen Identität nicht aus. Das zeigte sich, als auf dem Würzburger Katholikentag 1920 ein katholischer Reichsverband für Leibesübungen, die Deutsche Jugendkraft, gegründet wurde. Mosterts, selbst kein guter Sportler, aber durch die weltoffene Pädagogik des Jesuitenordens geprägt, hatte schon vor dem Ersten Weltkrieg über den Stellenwert von Leibesübungen im Rahmen seines gesamten Erziehungsprogramms nachgedacht.
Angestoßen durch die Einsicht, daß die interkonfessionellen und sozialistischen Turn- und Sportvereine für die jugendlichen Katholiken eine Gefahr darstellten, weil sie von einem christentumsfeindlichen Gedanken getragen seien, drang er zu einem ganz neuen Programm geistbestimmter Körperkultur vor: Turnen, Spielen und Wandern - weniger den Fußball - sah er als Mittel der physischen und psychischen Erholung, mehr aber noch der sittlichen Erziehung im Sinne einer Geistes- und Willenspflege. Um einem "sensationslüsterne[n] Rekordgeist", einem "Amerikanismus", im deutschen Sport zu entgehen, bedurfte es deshalb in den Augen des Generalpräses eigener, katholischer Sportvereine. Diese sollten ihrem programmatischen Selbstverständnis entsprechend örtlich wie auch insgesamt als Glied dem Zentralverband in Düsseldorf angeschlossen sein.
1913 erschien unter dem Titel "Jugendkraft" erstmals ein offizielles Organ für die Turn-, Spiel- und Wanderabteilungen der katholischen Jugendvereine Deutschlands; im gleichen Jahr wurde außerdem eine koordinierende Zentralstelle errichtet. Mosterts' Eini-

gungswerk wurde 1920 auf dem Vertretertag der katholischen Organisationen Deutschlands in Würzburg von Erfolg gekrönt: Der Gründung der "Deutschen Jugendkraft" (DJK) als übergreifendem Zusammenschluß aller sporttreibenden männlichen katholischen Verbände schlossen sich neben dem Bund Neudeutschland auch die großen katholischen Berufsverbände an. Eine der mächtigsten deutschen Sportorganisationen war entstanden, die der deutsche "Reichsausschuß für Leibesübungen" nicht ignorieren konnte. Als Gründer und erster Vorsitzender der DJK wurde Mosterts 1924 in diese Dachorganisation des deutschen Sports berufen. Und als ihm anläßlich einer Romreise 1920 Papst Benedikt XV. den Titel eines päpstlichen Geheimkämmerers verlieh, galt diese Auszeichnung wohl nicht zuletzt dem bahnbrechenden Wirken des Generalpräses auf dem Felde des katholischen Sports.

Die Gründung der DJK stand in einem größeren Zusammenhang: In einer krisenhaft erfahrenen Nachkriegszeit sah Mosterts wie viele andere Vertreter des Katholizismus die Notwendigkeit, zu einer Erneuerung der Identität der Katholiken und ihrer Kirche beizutragen. Aufmerksam registrierte er die mentalen Erschütterungen, die Krieg und Revolution vor allem bei der Jugend hinterließen, und vorsichtig nahm er die Impulse auf, die von dem inneren Aufbruch des deutschen Nachkriegskatholizismus ausgingen: Die allgemein beklagte Zerrissenheit der Gesellschaft, die Zweifel am Gestaltungsvermögen des auf sich selbst gestellten Individuums, die Sehnsucht nach Gemeinschaft, nach objektiven und verbindlichen Normen bestärkten ihn, den eingeschlagenen Weg einer individuellen, religiös-sittlichen Vertiefung der katholischen Jugend mit noch größerem Einsatz weiterzuverfolgen. Zugleich bemühte er sich, die nach vorne drängende Generation jugendlicher Kriegsheimkehrer, die sogenannte Jungmännerbewegung, zu integrieren.

Es begann die große Zeit des "Verbandes der katholischen Jugend- und Jungmännervereine Deutschlands", wie der Name seit 1920 offiziell lautete. An die Stelle der Generalversammlungen der Präsides traten die Verbandstage, bei denen die Jungmänner als Vertreter der Bezirke stimmberechtigt waren; Laienmitglieder rückten in den Verbandsvorstand ein. Der Verband erhielt auf Mosterts Drängen den Rechtsstatus eines eingetragenen Vereins, der Jugendführungsverlag den einer "GmbH".

Der programmatische Aufbruch erfolgte 1921 auf dem ersten Verbandstag in Düsseldorf; er wurde nach der Gründung im Jahre 1896 zum "zweiten Geburtstag" der katholischen Jugendorganisation. Das zugleich begangene 25jährige Verbandsjubiläum geriet zu

einer beeindruckenden "katholischen Heerschau", die dem Verband weite gesellschaftliche und kirchliche Achtung einbrachte. Zum Leitbild erhob der Generalpräses den "katholischen Menschen". Er meinte damit den Katholiken, der nach dem übernatürlichen Lebensziel strebt, sein ganzes Denken, Wollen und Handeln an den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung ausrichtet und überdies auch das natürliche Leben bejaht, Kultur, Wissen, Kunst, Beruf, Arbeit, Freizeit und Sport nicht verachtet, sondern alles als von Gott geschaffen zur Formung einer Christus ähnlichen Seele benützt; ein "katholisches Spießbürgertum" lehnte Mosterts ab. Die Forderung schließlich, der "katholische Mensch" habe der Gemeinschaft zu dienen, entsprach bester Tradition katholischer Soziallehre. Die pragmatische Bejahung des neuen demokratischen Staates hatte hier seine positiven Wurzeln. Nationalismus und Revanchismus blieben dem rheinischen Patrioten Mosterts trotz der Rheinlandbesetzung durch die Franzosen verhaßt. Schon vor 1914 hatte er einer Mitwirkung im patriotischen Jungdeutschlandbund nur unter Vorbehalten zugestimmt; nun lehnte er einen Beitritt der jungen Katholiken zu nationalistischen Jugendorganisationen wie dem "Jungdeutschen Orden" oder dem "Stahlhelm" ausdrücklich als unchristlich ab.

VI

Noch im gleichen Jahr 1921 gründete Mosterts bei der Zentrale seines Jungmännerverbandes die "Katholische Jugend Deutschlands", eine Arbeitsgemeinschaft aller katholischen Jugendverbände, die der gegenseitigen Fühlungnahme und besseren Verständigung, aber auch der geschlosseneren Interessenvertretung nach außen dienen sollte. Er übernahm den Vorsitz dieser Dachorganisation, die vornehmlich durch seine integrierende Persönlichkeit zusammengehalten wurde. Und als sich im Spätherbst 1921 auf Anregung von Papst Benedikt XV. im Rom 26 Jugendverbände unter dem Namen "Catholica Juventus" zu einer weltweiten Arbeitsgemeinschaft der katholischen Jugendverbände zusammenschlossen, wurde der deutsche Generalpräses sofort in den engeren Arbeitsausschuß gewählt. National wie international zählte er zu den bedeutendsten und angesehensten Führungspersönlichkeiten der katholischen Jugend.
Überdies nahm der Traum des Generalpräses von einem verbandseigenen Jugendhaus konkrete Gestalt an, als man 1921 die Räumlichkeiten des Mulvany-Schlößchens an der Dehrendorfer Straße in

Düsseldorf beziehen konnte. Als schließlich Ende des Jahres der Erzbischöfliche Stuhl dem Verband das Anwesen des 1803 säkularisierten Klosters neben dem ehemaligen Zisterzienserdom in Altenberg gegen eine geringe Gebühr überließ und der Papst den finanziellen Grundstock legte, war auch der erste Schritt zu einem jugendgemäßen Erholungs- und Exerzitienheim getan. Der 46jährige Generalpräses stand im Zenit seines Wirkens.
Für Verband und Zentrale gelang es Mosterts, Mitarbeiter zu gewinnen, die die Entwicklung weiter vorantrieben. Zu ihnen zählten u.a. der Landescaritasdirektor in München und Mitarbeiter der "Stimmen der Zeit" P. Constantin Noppel (SJ), der als der "wirkliche Geheimrat des Verbandes" galt, und der Schriftsteller und Publizist Emil Ritter. Der von Mosterts sehr geschätzte Laie mit Vollbart leitete von 1923 bis 1927 die für Fragen der Kultur und staatsbürgerliche Schulung neu gegründete Bildungsabteilung im Jugendhaus Düsseldorf und war in dieser Zeit Chefredakteur der "Wacht". Ein weiterer hauptamtlicher Mitarbeiter des Deutschen Caritasverbandes, Heinrich Wienken, übernahm in Berlin die Aufgabe, den Jungmännerverband bei behördlichen Sitzungen und Veranstaltungen innerhalb Groß-Berlins zu vertreten. Den aus Nürnberg stammenden Jugendführer Georg Wagner hatte Mosterts bereits 1921 als seinen Sekretär ins Jugendhaus nach Düsseldorf geholt. Wagner redigierte die im Jugendführungsverlag erscheinenden "Stimmen der Jugend", eine Zeitschrift der jugendbewegten Jungmänner, und wurde 1924 als erster Laie zum Verbandsobmann gewählt.
Die politischen und wirtschaftlichen Krisen lähmten 1923 das Verbandsleben nur vorübergehend. Auf dem Verbandstag, der im darauffolgenden Jahr in Fulda durchgeführt wurde, sah sich Mosterts am Ziel seiner langjährigen Bemühungen um eine zeitgemäße Neuformierung: Seine organisatorischen und programmatischen Überlegungen faßte die Versammlung in einem "Grundgesetz" zusammen, das zur tragenden Säule für die weitere Verbandsentwicklung wurde; im sogenannten "Fuldaer Bekenntnis" war das Selbstverständnis des "katholischen Menschen" in griffige, jugendgemäße Parolen gebracht: "Wir katholischen Jungen und Jungmänner wollen katholisch sein bis ins Mark, darum sei unser ganzes Tagewerk katholische Tat." Nochmals änderte die Jugendorganisation ihren Namen: "Katholischer Jungmännerverband Deutschlands" lautete jetzt die Bezeichnung bis zum Verbot durch die Nationalsozialisten im Jahre 1939.

Die finanziellen Rückschläge, die der totale Kollaps der deutschen Wirtschaft in der Inflationszeit für die Zentrale in Düsseldorf mit sich gebracht hatte, wurden relativ rasch überwunden. Zwar hatte die Zahl der Angestellten verringert werden müssen, aber seit 1925 konnten die verschiedenen Verbandsorgane wieder regelmäßig erscheinen. Dem Katholischen Gesellen- und Arbeiterverband ähnlich, richtete man eine Unfall- und Haftpflichtversicherung sowie eine Sparkasse "Deutsche Jugendbank" für die eigenen Mitglieder ein und demonstrierte auf diese Weise Eigenständigkeit.
Als Mosterts im Juli 1925 sein Silbernes Priesterjubiläum beging, tat er dies in der für ihn typischen Weise nicht mit äußerem Gepränge, sondern im Rahmen einer schlichten Feier im Kreise der Verbandsführung. Die geplante große Kundgebung ließ er absagen und bat die Vereine, anstelle von Sonderausgaben für die Fahrt ihrer Vertreter nach Düsseldorf für das vorgesehene neue Verbandshaus oder das Erholungsheim in Altenberg zu spenden. Der Generalpräses konnte mit Genugtuung auf die vergangenen 17 Jahre seines Wirkens zurückblicken: Die meisten von ihnen waren von ähnlich rastlosem Eifer geprägt gewesen wie das Jubeljahr selbst, in dem er an 380 Tagungen und Veranstaltungen teilnahm. Sein selbstloser Einsatz vornehmlich für die katholische Jugend hatte ihn zum "eigentlichen Baumeister des Jungmännerverbands" (A. Brecher) werden lassen, in "vielem, namentlich in seiner ausgeglichenen feinen Persönlichkeit, ... unvergleichbar und unerreichbar", wie Ludwig Wolker später befand.
Der plötzliche und tragische Tod löste daher im katholischen Deutschland und weit darüber hinaus Bestürzung und Betroffenheit aus. "Die katholische Jugend hat in ihm ihren hervorragenden Führer, ihren väterlichen Freund verloren", schrieb "tiefbewegt" Reichskanzler Wilhelm Marx in einem Kondolenztelegramm an den Katholischen Jungmännerverband. Mosterts war am 25. August 1926 im Alter von 51 Jahren während eines Kuraufenthaltes in Lausanne, wo er sich von einer Halsoperation erholte, an den Folgen eines zweiten notwendig gewordenen Eingriffs verstorben. In seiner Heimatstadt und Wirkungsstätte Düsseldorf wurde dem toten Generalpräses ein beinahe fürstliches Begräbnis zuteil. Die außergewöhnliche Anteilnahme und die zahllosen Beileidstelegramme, die in der Düsseldorfer Zentrale nicht nur aus katholischen Kreisen eintrafen, zeugten von der Wertschätzung seiner Persönlichkeit und Anerkennung seines Wirkens auch durch die höchsten Repräsentanten des politischen, kulturellen und kirchlichen Lebens. Das Requiem fand in der Düsseldorfer Lambertus-Kirche statt. Hier hatte

Mosterts neben seiner verbandlichen Tätigkeit jahrelang das Amt eines Subsidiars ausgeübt. Seine Grabstätte erhielt er auf dem Düsseldorfer Nordfriedhof; die Grabpflege hat die Stadt für alle Zeit übernommen.
Die Suche nach einem angemessenen Nachfolger machte deutlich, welche Ausnahmestellung Mosterts auch innerhalb seiner Organisation besessen hatte. In zahlreichen Gedenkartikeln und -veranstaltungen der folgenden Jahre wurde das Erbe Mosterts' durch den Verband noch wiederholt gewürdigt. Zugleich begann es hinter der dynamisch-kraftvollen und charismatischen Art seines Nachfolgers Ludwig Wolker zu verblassen. Eine "Kommunionerziehung im Geiste der Nachfolge Christi, ganz dem Subjektiven zugewandt", wie Walter Dirks es kritisch umschrieb, blieb letztlich hinter einer vom Gemeinschaftsgedanken getragenen katholischen Jugendbewegung zurück. Die Erziehung zum "katholischen Menschen" war zum Brückenschlag auf dem Weg zur "Jugend der Kirche" geworden.

Josef Wirmer (1901-1944)

Josef Wirmer wurde am 8. September 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, da er maßgeblich an den Vorbereitungen zum Sturz Hitlers mitgewirkt, mit Carl Goerdeler, dem gewerkschaftlichen und militärischen Widerstandskreis zusammengearbeitet und konspirative Treffen organisiert hatte. "Als Personifikation verbissenen Hasses gegenüber unserem Führer und unserer nationalsozialistischen Lebensart" beschrieb ihn ein Prozeßbeobachter. Motive seines Widerstandes gegen die NS-Diktatur waren vor allem sein christlicher Glaube, wie er selbst bekannte, ferner seine Achtung vor Menschenwürde und Verfassung, seine Empörung über die Unterdrückung der Kirchen und die Verbrechen an Regimegegnern und Juden. Geprägt wurde seine Persönlichkeit durch die westfälische Heimat und das katholische Elternhaus, eine umfassende humanistische Bildung, ein starkes Rechtsempfinden und ein selbstverständliches Verantwortungsbewußtsein für Gemeinwohl und Vaterland.

I

Josef Wirmer wurde am 19. März 1901 in Paderborn als zweitältester Sohn des Gymnasiallehrers Anton Wirmer und seiner Ehefrau Maria, geb. Varnhagen aus Brilon (1877-1921) geboren. Sein Vater (1861-1932), aufgewachsen als Sohn eines Werkmeisters in Rheine, unterrichtete Altphilologie am Paderborner Gymnasium; 1906 wurde er als Direktor an das Gymnasium Marianum nach Warburg berufen. Das idyllische Städtchen im romantischen Diemeltal gelegen, konnte über Jahrhunderte seinen mittelalterlichen Charakter mit Wehrmauern, Türmen und Fachwerkhäusern bewahren. Die Familie Wirmer wohnte oberhalb der Altstadt im Gymnasium, dem ehemaligen Dominikanerkloster, wo die Kinder Heinz (1900), Josef, Otto (1903), Ernst und Antonie (1910) aufwuchsen. Für die Mutter waren charakteristisch klarer Verstand, warme Herzensgüte und eine Neigung zu den schönen Künsten. Der dominante Vater, ein toleranter Katholik, zeichnete sich durch Pflichtbe-

wußtsein und Gewissenhaftigkeit sowie umfassende Kenntnisse auf dem Gebiet der Altphilologie aus, die er auch durch wissenschaftliche Publikationen, als Herausgeber einer Altertumskunde und Verfasser einer lateinischen Grammatik bewies. Durch seine Großherzigkeit und Gerechtigkeit erwarb er sich bei Schülern und Kollegen großes Ansehen. Er engagierte sich in der Kommunalpolitik, war als Vertreter des Zentrums von 1910-1928 Stadtverordneter in Warburg, ab 1919 zugleich Stadtverordnetenvorsteher. Die Verwurzelung im katholischen Glauben, eine humanistisch-wertorientierte Bildung und der selbstverständliche Einsatz für das Allgemeinwohl prägten die Erziehung der Kinder.

Der Schüler Josef Wirmer, groß gewachsen und mit ernstem Gesichtsausdruck, zeichnete sich durch Intelligenz und einen ausgeprägten Wirklichkeitssinn aus; seine Geschwister beschrieben ihn als herzlich und unbeschreiblich gutmütig, mit großer Zuneigung zu Kindern. Von 1911-1920 besuchte er das Warburger Gymnasium; sein besonderes Interesse galt den Fächern Deutsch, Geschichte und Religion, die er auch durch außerschulische Lektüre vertiefte. Zugleich war er allen aktuellen Zeitfragen aufgeschlossen. So schloß er sich gegen den Willen seines Vaters der Wandervogelbewegung an, die die traditionelle Begrenztheit der Schule und das bürgerliche Standesdenken überwinden wollte. Der Tod seines älteren Bruders Heinz, der im Ersten Weltkrieg im Alter von 18 1/2 Jahren bei Amiens fiel, erschütterte ihn sehr. Doch die Niederlage Deutschlands und das Ende der Monarchie nahm er gelassen hin. Er war bereit, seine Dienste der neuen Republik zur Verfügung zu stellen: "Ich bin fest entschlossen, mich fest auf den Boden der demokratischen Republik zu stellen" (Festschrift Warburg).

Nach dem Abitur, Ostern 1920, entschied sich Wirmer für das Studium der Rechtswissenschaften, das er in Freiburg begann und ab Winter 1921 in Berlin fortsetzte. Er schloß sich katholischen Studentenverbindungen an, Brisgovia, Guestphalia, Semnonia und schließlich Flamberg-Freiburg, wo er sich auch philistrieren ließ. Die Studienjahre in Berlin waren geprägt durch die Inflationszeit. Wirmer bewohnte eine Studentenbude in Moabit, arbeitete nebenbei als Werkstudent und besuchte in Notzeiten mit seinem Bruder Otto, der ebenfalls in Berlin Jura studierte, die Suppenküche der Dominikanerinnen im Viktoria-Krankenhaus. Er nahm regen Anteil am kulturellen Leben Berlins, z.B. Theateraufführungen von Dantons Tod oder Don Carlos blieben ihm unvergeßlich. Humorvoll und gesellig beteiligte er sich an den zahlreichen Veranstaltungen seiner Verbindung oder diskutierte bis tief in die Nacht mit Stu-

dienfreunden in Berliner Lokalen, wobei er große Mengen Kaffee trank. Seine "typisch westfälische Statur", groß und breitschultrig, seine urwüchsige Kraft und Fröhlichkeit sowie sein umfassendes Wissen verliehen ihm eine natürliche Anziehungskraft.
Durch Jurastudium und Mitgliedschaft im KV (Kartellverband der katholischen deutschen Studentenvereine) ergaben sich zahlreiche Bekanntschaften und lebenslange Freundschaften, u.a. mit Josef Marx, Walther Hensel, Alois Becker (Verwaltungsjurist im Polizeipräsidium) und Johann Henry, dem langjährigen Geschäftsführer des KV. Den Reichskanzler Wilhelm Marx, Vorsitzender des Zentrums 1922-1928, lernte er ebenfalls durch den KV kennen und schätzen als "väterlichen Freund, der uns im kleinen Kreis durch Wort und Sein, Gesinnung und Haltung mehr mitgab auf den Weg ins Leben, als die ganze alma mater zu geben vermochte" (Wirmer 1933, NL Marx).

II

Nach Ablegung der juristischen Staatsexamen (1924/1927) beschloß Josef Wirmer, sich in Berlin als Rechtsanwalt niederzulassen. Er entschied sich für diesen Beruf, da er ihm größere Unabhängigkeit zu bieten schien als der eines Verwaltungsbeamten oder Richters. Wirmer, der in der Tradition der katholischen Naturrechtslehre stand, lehnte den Rechtspositivismus ab, denn staatliches Recht war nach seiner Überzeugung immer durch Menschen- und Naturrecht normiert. Entsprechend seinem hohen Berufsethos forderte er, daß ein Anwalt im Leben stehe, menschlich denke und sozial handle.
1928 heiratete Josef Wirmer die bildschöne Hedwig Preckel (geb. 1903), die er bei Freunden in Warburg einige Jahre zuvor kennengelernt hatte. Sie war die Tochter eines Düsseldorfer Textilkaufmanns, der durch die Inflation ruiniert mit seiner Familie in bescheidenem Wohlstand lebte. Das Berlin der zwanziger Jahre, die Reichshauptstadt mit vielseitigen kulturellen Anregungen und politischen Informationsmöglichkeiten, war Wirmer zum Zentrum seiner Existenz geworden - eine Rückkehr in die westfälische Provinz kam für ihn nicht infrage, obwohl er immer engen Kontakt zu seinen jüngeren Geschwistern und der Warburger Heimat hielt.
Da Wirmer nicht in eine Sozietät eintreten wollte, gestaltete sich der Start einer selbständigen Rechtsanwaltspraxis in der Zeit der Weltwirtschaftskrise schwierig. Die junge Familie wohnte zunächst

zur Miete in Berlin-Zehlendorf (Motzstraße/Teltower Damm), ab Mitte der 30er Jahre in der Holbeinstraße in Berlin-Lichterfelde/West, im gleichen Haus wie Otto Lenz, der bis 1938 im Reichsjustizministerium, dann auch als Rechtsanwalt tätig war. Das Ehepaar Wirmer hatte drei Kinder, Maria (geb. 1929), Johanna (geb. 1931) und Anton (geb. 1940). Außerdem unterstützte Josef seine jüngeren Geschwister, Ernst und Antonie, die nach dem Tod des Vaters in Berlin studierten.

Sein Engagement im KV, in der katholischen Laienbewegung und in der Zentrumspartei setzte er fort und verstärkte es im Kampf gegen den aufkommenden Nationalsozialismus. Die Machtergreifung Hitlers, den er von Anfang an entschieden ablehnte, zerstörte alle seine politischen Ambitionen. Als er am 1. Mai 1933 mit Freunden, die sich von der nationalen Begeisterung anstecken ließen, die Rede Hitlers am Radio hörte, bekannte er: "Ich werde der Feind Hitlers sein."

Seit 1936 beteiligte er sich aktiv am Aufbau einer Widerstandsbewegung gegen Hitler, auch wenn er den Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes aufgrund seiner nationalen Einstellung begrüßte.

Als Anwalt war er in Zivil- und Strafprozessen tätig und spezialisierte sich auf Wirtschaftsrecht; seit Mitte der 30er Jahre hatte er seine Kanzlei in der Behringstraße 23, in Berlin-Mitte, nahe Unter den Linden und St. Hedwig. Hitlergegner und rassisch Verfolgte fanden immer seinen Beistand; er scheute kein Risiko. Z.B. verteidigte er 1937 im zweiten Prozeß gegen die Deutschen Kabelwerke den Hauptangeklagten Direktor Dr. Bürger. Im ersten Prozeß, der vor allem die Korruptheit der Weimarer Politiker und Wirtschaftsführer beweisen sollte, war auch der frühere Reichspostminister Karl Stingl (BVP) mitangeklagt. Berufliche Benachteiligungen, die ihm aus seiner Haltung erwuchsen, nahm Wirmer gelassen hin; wegen "politischer Unzuverlässigkeit" wurde er nicht als Notar zugelassen; die Zuweisung von Referendaren verweigerte man ihm. Noch 1942 legte er gegen einen Staatsanwalt, der ihm in einem Prozeß mit Verhaftung drohte, Beschwerde ein wegen unzulässiger Einschüchterung und Beschneidung der Verteidigerrechte. 1943 wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt, da er einen jüdischen Bankier ohne Zustimmung des Gaurechtsamtes verteidigt hatte.

Seiner Familie suchte Wirmer ein sorgenfreies und behütetes, fröhliches Leben - auch unter den Bedingungen der Diktatur - zu bewahren. Die wenigen Reisen, in die Heimat nach Warburg, nach Baerwang in Tirol (1939) und nach Prag, waren für die Kinder besonders eindrucksvoll. Sein Wunsch, einmal eine Reise nach Spa-

nien machen zu können, ließ sich aufgrund der staatlichen Reisebeschränkungen und der Kriegszeit nicht realisieren. 1940 kaufte er ein Haus mit großem Garten, in dem er gerne arbeitete, in der Dürerstraße 17, Lichterfelde/West. Seine Freunde rühmten seine Gastfreundschaft und Geselligkeit, seine Fähigkeit, das Leben zu genießen, seine Vorliebe für gutes Essen und exzellenten Wein, die Freude an den schönen Dingen des Lebens, Musik oder Theateraufführungen. Finanziell, durch Aufträge oder Ankäufe, unterstützte er verfemte Künstler, wie die expressionistischen Maler Georg Tappert und Max Pechstein. Natürlich blieb auch die Familie Wirmer von den Kriegsauswirkungen nicht verschont; im Frühjahr 1942 traf eine Brandbombe das Haus. 1940 wurde Wirmer als kriegsverwendungsfähig gemustert, im Februar 1943 einberufen und bei den Leuna-Werken dienstverpflichtet, so daß er seine Anwaltspraxis aufgeben mußte.
Bewußt ließ er seine Frau, seine Brüder und Freunde über seine Verstrickung in den Widerstand, soweit wie möglich im unklaren, um sie nicht unnötig zu gefährden. Die Sorge um seine Familie und die Zugewandtheit zum Leben ließ ihn jedoch niemals wankend werden in seinem Prinzip, gegen die Diktatur, für Freiheit und Recht unbeirrbar und mit all seinen Mitteln zu kämpfen.

III

Josef Wirmer charakterisierte sich als "einen Sohn der Kriegs-, Revolutions- und Inflationszeit und eines dadurch früh der Politik Verfallenen" (Wirmer 1933, NL Marx). Seine ersten gesellschaftlich-politischen Aktivitäten entfaltete er im vorpolitischen Raum, in den katholischen Studentenverbindungen. Schon in den ersten Jahren seiner Berliner Studienzeit begeisterte sich Wirmer für die Ideen von Carl Sonnenschein, des Berliner "Weltstadtapostels", der die Studenten mit sozialen Problemen und der Arbeitswelt vertraut machen wollte, das Sekretariat Sozialer Studentenarbeit, das Akademische Arbeitsamt und viele andere Vereine gründete und leitete, um die katholische Minderheit in die Reichshauptstadt zu integrieren.
Besonders verbunden fühlte sich Wirmer der neustudentischen Bewegung, die die liturgische Erneuerung und die Auseinandersetzung mit geistigen und politischen Zeitfragen förderte. Er setzte sich stets für eine aktive Mitwirkung der Laien sowohl in der Liturgie als auch in aktuellen Fragen des kirchlichen Lebens ein, er

wurde Mitglied der Katholischen Aktion. In Berlin engagierte er sich in der "neuen" Verbindung Semnonia, die auch Mitglied des Sonnenschein-Kreises war. Außerdem unterstützte er die Aufnahme von Nichtakademikern, z.B. des Zentrumspolitikers und KAB-Vertreters Joseph Joos. Mit ehemaligen Freunden aus der Brisgovia trat er der neugegründeten Korporation Flamberg bei, die den Wahlspruch "Ich dien" als Programm hatte. Seit 1928 leitete Wirmer den Berufsberatungsausschuß des KV. Als KVer wirkte er mit im "Internationalen Weltbund der Studenten" und im "Reichsverband für die katholischen Auslandsdeutschen" (RKA).
Mit Hensel, Joos und Letterhaus betrieb Wirmer den Zusammenschluß des KV mit den katholischen Jugendverbänden und den Windthorstbunden im Reichsjugendausschuß der Zentrumspartei, der offiziell 1928 gegründet wurde.
Ende der 20er Jahre trat Wirmer als Mitglied der Zentrumspartei bei und knüpfte dadurch neue Bekanntschaften, insbesondere zu dem Reichstagsabgeordneten Heinrich Krone, Vorsitzender der Windthorstbunde, und zu Heinrich Vockel, Generalsekretär der Zentrumspartei. Durch den Landtagsabgeordneten Bernhard Letterhaus kam er in näheren Kontakt zu Reichskanzler Brüning. Sein politischer Mentor Josef Heß, der in den zwanziger Jahren der einflußreichste Mann in der preußischen Zentrumsfraktion war, ein entschiedener Republikaner, setzte sich ein für die Weimarer Koalition aus Zentrum, DDP und SPD, für ein starkes Preußen als Garant demokratischer Stabilität im Reich sowie für die vollständige Gleichberechtigung der katholischen Bevölkerung, die auch durch das Konkordat Preußens mit dem Heiligen Stuhl (1929) abgesichert wurde, an dem Wirmer wohl als Berater für verfassungsrechtliche Fragen mitwirkte.
Wirmer, der dem linken Flügel der Zentrumspartei zuzurechnen ist, trat aus Überzeugung für einen nationalen Standpunkt, für einen demokratisch-republikanischen Staatsaufbau und eine ausgleichende Sozialpolitik ein. Er unterstütze die Versöhnungspolitik Stresemanns, aber auch die auf Revision des Versailler Vertrags angelegte Außenpolitik Brünings. Wenngleich er die persönliche Integrität und die sachbezogene Politik der Reichskanzler Wilhelm Marx (1923-1925, 1926-1928) und Heinrich Brüning (1930-1932) hoch schätzte, übersah er doch nicht ihre Schwächen, das mangelnde Machtbewußtsein. Schon während seiner Studienzeit hatte er sich mit dem Problem von Politik und Macht, anhand der Schriften von Machiavelli, des damals aktuellen Soziologen Georges Sorel und der Staatslehre Leos XIII. auseinandergesetzt. Nach Wirmers

Auffassung bildete die republikanische Staatsform einen organischen Zusammenhang von Einheit und Vielfalt, von Freiheit und Notwendigkeit, von Individium, Volk und Staat. Der Staat müsse die Bürger nicht nur durch seine reale Macht, sondern auch durch seinen ideellen Wert überzeugen, damit der einzelne bereit sei, sich mit allen Mitteln für den Schutz des Staates einzusetzen (Wirmer 1923, zit. nach Kötting, Festschrift Flamberg).
In den verschiedenen Wahlkämpfen 1932 und 1933 trat Wirmer in Berlin als Redner für das Zentrum auf. Er warb für Hindenburg gegen Hitler, für eine starke Zentrumspartei in Preußen und im Reich, für die demokratische Republik gegen die nationalsozialistische Diktatur. Die Wahlversammlungen verliefen häufig turbulent und gefährlich, da SA-Trupps nicht nur die Redner niederbrüllten, sondern auch vor gewalttätigen Übergriffen nicht zurückschreckten. Als Mitglied des Reichsjugendausschusses des Zentrums unterzeichnete Wirmer auch einige Wahlaufrufe zu den Reichstagswahlen 1930 und 1933.
Nicht einen Augenblick ließ er sich durch die "legale Machtübernahme" Hitlers blenden: "Wir sind als Systempolitiker aus der Politik ausgeschaltet" (H. Siemer). Bereits im Mai 1933 löste die KV-Leitung den Berufsberatungsausschuß, der ihr politisch nicht mehr zeitgemäß erschien, auf und verdrängte "belastete Politiker der Weimarer Zeit" aus allen Funktionen, wie Wirmer oder Wilhelm Marx, damals Vorsitzender des Philisterausschusses. Nachdem sich die Verbindung Flamberg 1934 selbst aufgelöst hatte, da ihre Zielsetzung unter den Bedingungen des Nationalsozialismus obsolet erschien, förderten Wirmer und sein Bruder Ernst den Freundeskreis Flamberg weiter.

IV

Der verbrecherische Charakter des Hitlerregimes war für Wirmer unübersehbar: Die Ausschaltung und Kriminalisierung von politischen Gegnern, z.B. Konrad Adenauer oder Andreas Hermes, die Entlassung nichtarischer oder "politisch unzuverlässiger" Beamten sowie der Kampf gegen die christlichen Kirchen, die Unterdrükkung katholischer Vereinigungen trotz des Reichskonkordats oder die manipulierten Anklagen gegen katholische Priester wegen Devisen- und Sittlichkeitsvergehen und die Entrechtung und Ermordung jüdischer Mitbürger.

Wirmer mußte die Pervertierung des Rechts durch die nationalsozialistische Ideologie, die Kontrolle der Rechtsprechung durch den NS-Staat auf allen Ebenen, die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit durch das Prinzip, "der Führer ist das Recht", hilflos mit ansehen. Besonders betroffen machte ihn der brutale Terror gegen Andersdenkende, der auch vor Mord nicht zurückschreckte: Erich Klausener, Vorsitzender der Katholischen Aktion in Berlin, dem er freundschaftlich verbunden war, wurde 1934 anläßlich des "Röhm-Putsches" in seinem Büro, im Berliner Reichsverkehrsministerium, erschossen.

Wirmer nutzte die ihm verbleibenden Möglichkeiten so gut wie möglich: Seit der "Machtergreifung" pflegte er Gespräche mit gleichgesinnten Bekannten, Kartellbrüdern, Berufskollegen und Zentrumspolitikern, die wie er die politische Entwicklung ablehnten. Den Kontakt zu Andersdenkenden, die sich dem Nationalsozialismus anpaßten, brach er ab.

Durch die Vermittlung von Walther Hensel stieß Wirmer im Frühjahr 1936 zu dem Widerstandskreis der Gewerkschafter um Jakob Kaiser, den er seit längerem kannte, aber erst jetzt als aktiven Gegner Hitlers kennenlernte. Kaiser, Vertreter der Christlichen Gewerkschaften, Wilhelm Leuschner, bis 1933 sozialdemokratischer Innenminister in Hessen, als Vertreter der Freien Gewerkschaften, und Max Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, trafen sich seit 1934 regelmäßig in Berlin, um den Zusammenschluß der ehemaligen Richtungsgewerkschaften in einem freien Staat vorzubereiten.

Die Gewerkschaftsführer waren der festen Überzeugung, daß nicht die Mobilisierung der Arbeiterschaft oder ein revolutionärer Aufstand das Hitlerregime beseitigen, sondern allein die deutsche Wehrmacht einen Staatsstreich mit Erfolg durchführen konnte. Sie suchten deshalb jeden möglichen Kontakt mit führenden Männern der Wehrmacht, um sie durch Denkschriften über die Neuorientierung der Arbeiterbewegung in einer Einheitsgewerkschaft oder die Diskriminierung von Arbeitern und Juden durch das Hitlerregime zu informieren. Wirmer arbeitete fortan regelmäßig im Kreis der Gewerkschafter mit, sein "vorwärtsdrängendes politisches Temperament und sein realer Sachverstand in juristischen und gewerkschaftlichen Fragen" waren eine wertvolle Bereicherung (E. Nebgen); bereits Ende 1936 arbeitete er an der Fertigstellung einer Denkschrift über den Aufbau der Einheitsgewerkschaft mit. Kontakte dieses gewerkschaftlichen Widerstandskreises bestanden zu ehemaligen sozialdemokratischen Gewerkschaftern, zu christlichen

Gewerkschaftsführern in West- und Süddeutschland, zu Widerstandskreisen um Walther Hensel und Karl Arnold in Düsseldorf und in der Zentrale der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) in Köln. Einige von ihnen, wie Hensel, Letterhaus und P. Laurentius Siemer, Provinzial der Dominikaner in Walberberg, kannte Wirmer seit längerem persönlich. Als Hensel 1938 verhaftet wurde, weil sein Artikel über die Korruption in der Düsseldorfer Stadtverwaltung im Ausland veröffentlicht wurde, gerieten auch Kaiser und Wirmer in Verdacht. Durch die Zusammenarbeit der Anwälte und die von P. Siemer überbrachten Informationen konnten die Aussagen abgestimmt werden; Kaiser wurde nach einigen Monaten wieder aus der Haft entlassen. Ebenso beriet Wirmer Heinrich Krone bei seinen verschiedenen Verhören durch die Gestapo (Krone, Tagebuch).

Schon lange pflegte Wirmer Kontakte zu evangelischen Politikern und Juristen. Etwa 1939 lernte er durch Paul Pagels, einen aus politischen Gründen zwangspensionierten Regierungsrat, Eugen Gerstenmaier kennen, damals Mitarbeiter im kirchlichen Außenamt. Im kleinen Kreis diskutierten sie über die Möglichkeiten, einen drohenden Kriegsausbruch zu verhindern, über die geringen Erfolgsaussichten eines Militärputsches zur Beseitigung der gesamten NS-Führungsschicht sowie die Mission Gerstenmaiers beim schwedischen Erzbischof Eivind Berggrav, den er unter Hinweis auf eine Formierung von Hitlergegnern im Untergrund zu einer Friedensaktion auffordern sollte. Gerstenmaier berichtet von der Niedergeschlagenheit Wirmers nach dem deutschen Sieg über Frankreich im Sommer 1940, als die Hoffnungen auf einen raschen Sieg der Alliierten und die damit verbundenen Chancen der Ablösung des Hitlerregimes zusammenbrachen (E. Gerstenmaier, Erinnerungen). Auch die beruflich-gesellschaftlichen Kontakte Wirmers zu Klaus Bonhoeffer, Syndikus der Lufthansa, und dessen Familie, seinem Bruder, dem Theologen Dietrich Bonhoeffer, den Schwagern Justus Delbrück und Hans von Dohnany, wurden zu konspirativen Besprechungen genutzt.

In seiner Pfarrei Hl. Familie schloß sich Wirmer einem regimekritischen Diskussionskreis um Pfarrer Melchior Grossek an, an dem u.a. Emil Dovifat, Professor für Zeitungswissenschaft, und der Staatsrechtler Professor Hans Peters (Kreisauer Kreis) teilnahmen. Ob Wirmer persönliche Beziehungen zum Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing hatte, läßt sich nicht rekonstruieren; indirekte Kontakte ergaben sich wohl über Domkapitular Georg Banasch oder durch Letterhaus und Generalvikar Maximilian Prange.

Durch Letterhaus, der 1939 zur Wehrmacht einberufen, 1942 zum Oberkommando des Heeres/Abteilung Ausland Abwehr in Berlin versetzt wurde, erhielt Wirmer nicht nur aktuelle Informationen, sondern auch Zugang zum Kreis um General Achim Oster und Klaus Olbricht. Im Auftrag von Admiral Wilhelm Canaris verhandelte er mit P. Siemer über eine - allerdings nicht zustande gekommene - Romreise, um die Verbindung zwischen Regimekritikern in Deutschland und vatikanischen Kreisen herzustellen (Siemer, Erinnerungen).

Die Widerstandstätigkeit Wirmers trat 1941 in eine entscheidende Phase, als er durch Kaiser Carl Goerdeler, den früheren Oberbürgermeister von Leipzig, kennenlernte, der seit 1937 energisch die Zusammenarbeit konservativer Hitlergegner mit widerstandsbereiten Militärs um Generaloberst Ludwig Beck, forciert hatte. Goerdeler schloß sich mit Zustimmung seiner liberalkonservativen Freunde mit der Gewerkschaftergruppe um Kaiser und Leuschner zusammen. Wirmer wurde der "engste Mitarbeiter Goerdelers bei der Vorbereitung des Umsturzes" (Anklage); seine spezielle Aufgabe lag darin, die verschiedenen Verschwörerkreise zu integrieren und deren unterschiedliche programmatischen Ansätze auszugleichen, aber auch seine eigenen politischen Vorstellungen einzubringen. Fortan fanden regelmäßige Beratungen in der Wohnung Kaisers oder im Büro, gelegentlich auch im Haus von Wirmer statt.

So trafen sich bei ihm im November 1941 Hitlergegner aller politischen Richtungen, ca. 12 bis 15 Personen, mit dem amerikanischen Korrespondenten L.P. Lochner, um den Präsidenten der USA von den Vorstellungen des deutschen Widerstandes zu unterrichten. Ob Wirmer Helmuth James Graf Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg, die Initiatoren des Kreisauer Kreises, persönlich kannte, ist nicht überliefert, doch hatte er genaue Kenntnis über die Beratungen der "Kreisauer" und ihr Programm, vor allem durch Gerstenmaier: "Zu den unbeirrbaren Gegnern unserer Wahlideen gehörte Josef Wirmer... Die Auseinandersetzungen der Parteien und der aus Urwahlen hervorgehenden Parlamente müßten hingenommen werden. Der Kampf der Parteien in der offenen politischen Landschaft müsse akzeptiert werden, auch wenn er unschön sei und Opfer koste. Das sei der Preis der Freiheit." (E. Gerstenmaier, Erinnerungen) Die Kreisauer Vorstellungen über Staatsaufbau und indirekte Wahlen lehnte der entschiedene Republikaner Wirmer, ebenso wie Letterhaus, strikt ab.

1942/43 beriet der Kreis um Kaiser und Goerdeler über die zukünftige Regierungsgestaltung, über Staatsaufbau und Wirtschaftspoli-

tik. Aufgrund seiner umfangreichen Personalkenntnisse gewann Wirmer entscheidenden Einfluß auf die Aufstellung einer Regierungsmannschaft und die Liste der Zivilbeauftragten. Von Kaiser und Wirmer wurden z.B. Eugen Bolz als Innen- bzw. Kultusminister vorgesehen, Otto Lenz als Staatssekretär vorgeschlagen, der zögernde Andreas Hermes zum Mitmachen als Landwirtschaftsminister überredet.
Bis Ende 1943 wurde auch eine namentliche Liste der politischen Beauftragten in allen Wehrkreisen erstellt. Wirmer schlug Theodor Tantzen, früher Ministerpräsident in Oldenburg, vor. 1943/1944 arbeitete der Goerdeler-Kreis vor allem an programmatischen Aufrufen, Denkschriften und Regierungsprogrammen, deren Entwürfe teils von Goerdeler, teils von Claus Graf Schenk von Stauffenberg erstellt und von Wirmer und von Ulrich von Hassell überarbeitet wurden.
Wirmer, der zuletzt in einer Regierung unter Leitung Goerdelers als Justizminister vorgesehen war, setzte sich nachdrücklich für die unerbittliche Bestrafung der nationalsozialistischen Verbrecher und verantwortlichen Funktionäre ein. Diese Vorstellungen gingen auch in die Entwürfe der Regierungserklärungen Goerdelers ein. Wirmer arbeitete verschiedene Denkschriften zur Erneuerung des im Dritten Reich pervertierten Rechtssystems aus, u.a. forderte er eine fünfjährige Anwaltstätigkeit als Voraussetzung für die Zulassung zum Richteramt. Ferner legte er einen Entwurf für die neue Staatsflagge vor, ein schwarzes Kreuz mit Goldrand auf rotem Grund, die die Farben der deutschen Freiheitsbewegung von 1848 mit der christlichen Orientierung des neuen Staates symbolisch zum Ausdruck brachte.
Wirmer war auch an drei Gesprächen mit Kronprinz Louis Ferdinand von Preußen beteiligt, die auf Initiative von Klaus Bonhoeffer und Otto John 1942/43 stattfanden, um die Bereitschaft des Prinzen auszuloten, sich als Reichsverweser zur Verfügung zu stellen.
Anfang Juni 1943 herrschte im Hause Wirmer bei einem Treffen mit Klaus Bonhoeffer, Leuschner und Ulrich von Hassell tiefer Defäitismus, "d.h. keine Hoffnung auf guten Ausgang des Krieges, und Hoffnung auf Beseitigung des Regimes nur bei äußerer Katastrophe" (U. von Hassell, Tagebücher).
Im Sommer 1943 vermittelte Wirmer in seinem Haus eine Begegnung zwischen Goerdeler und Julius Leber, dem führenden politischen Kopf der Sozialdemokratie, der auch an den Beratungen des "Kreisauer Kreises" teilnahm und von Stauffenberg sehr geschätzt wurde. Das wirtschaftspolitische Programm des als zukünftigen

Ministers vorgesehenen Paul Lejeune-Jung, empfohlen von Habermann, wurde im Herbst 1943 im Hause Wirmers in zwei Besprechungen mit Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, Ulrich Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld und Eduard Brücklmeier eingehend diskutiert. Bei gelegentlichen Aufenthalten in Berlin brachte Wirmer Freunde aus Westdeutschland mit Gleichgesinnten zusammen, z.B. Alois Becker oder P. Laurentius Siemer, andererseits informierte er sie auf Reisen nach Westdeutschland über den neuesten Stand der Planungen in Berlin.
Seit Anfang 1944 hatte Wirmer auch persönlichen Kontakt zu Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg, der zunächst durch seine Beauftragten, Graf Fritz-Dietlof von der Schulenburg und Graf Ulrich Wilhelm Schwerin von Schwanenfeld u.a., mit Kaiser und Wirmer Fühlung genommen hatte. Von der Persönlichkeit Stauffenbergs, seiner ihm wesensverwandten Tatkraft und Vitalität, war Wirmer zutiefst beeindruckt.
Der Berliner Rechtsanwalt kannte somit fast alle Beteiligten der verschiedenen zivilen und militärischen Widerstandsgruppen. Bis kurz vor Stauffenbergs Attentat übernahm er es, die unterschiedlichen Standpunkte auszugleichen und einander anzunähern, um das gemeinsame Ziel, die Beseitigung der Regierung Hitlers, zu erreichen. Wirmer gehörte zu denen, die das Attentat zur Beseitigung des verbrecherischen Führers offen befürworteten. Im vollen Bewußtsein des Risikos war er bereit, sein Leben einzusetzen, um das nationalsozialistische Regime zu stürzen.
Zwischen März und Mai 1944 kam es zu verschiedenen Besprechungen zwischen Wirmer, im Auftrag Goerdelers, und Graf Stauffenberg, an denen Leber, Leuschner, Letterhaus und andere teilnahmen. Stauffenberg lehnte eine "Wiederherstellung des parlamentarischen Systems der Weimarer Zeit" ab, Leber entwickelte eigene sozialistische Vorstellungen über den Staatsaufbau und Wirmer versuchte, einen Kompromißvorschlag zu unterbreiten. Bei einem Treffen am 15. Mai 1944 in Wirmers Büro übten Leuschner und Leber heftige Kritik am Regierungsprogramm Goerdelers, seiner Anlehnung an die Kirchen und seiner Westpolitik. Leber zweifelte sogar an der Entschlossenheit der Militärs und dem Sinn der Planungsaktivitäten. Auch bei einer weiteren Besprechung im Hotel Esplanade, Mitte Juni 1944, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Leber und Goerdeler über grundsätzliche Fragen, den christlichen Charakter des neuen Staates, die Formierung der "Deutschen Volksbewegung" und die Sozialisierung der Grundindustrien. Kaiser und Wirmer versuchten in Einzelgesprächen mit

den Beteiligten wieder Kompromisse zu finden, um den Staatsstreich nicht zu gefährden. Schließlich fand ein neuer Entwurf Wirmers, der Lebers Vorstellungen berücksichtigte, Zustimmung.

V

Vom Scheitern des Attentats erfuhr Wirmer am Abend des 20. Juli 1944, als ihm seine älteste Tochter beim Nachhausekommen von der Sondermeldung im Radio berichtete: "Mein Vater blieb wie angewurzelt stehen, schien zu wanken und wurde kreidebleich. Er sagte nichts." Nach dem 20. Juli traf sich Wirmer noch einige Male mit Goerdeler, Kaiser und Leuschner, um über das weitere Verhalten zu beraten, insbesondere kümmerte er sich für Goerdeler, der mittlerweile steckbrieflich gesucht wurde, um Unterkunft, Geld und Fluchtmöglichkeiten. Für seine Person lehnte Wirmer den Fluchtplan, den sein Bruder und sein Freund Elmendorff ausarbeiteten - über Laibach nach Albanien und Süditalien - ab, aus Solidarität mit seinen Freunden und aus Verantwortung für seine Familie, die er nicht zusätzlich gefährden wollte. Am Morgen des 4. August wurde Josef Wirmer in seinem Haus verhaftet; die Dokumente der Verschwörer, die er in einer Kassette im Splittergraben seines Gartens vergraben hatte, wurden bei der Haussuchung von der Gestapo nicht gefunden. Wirmer wurde zunächst in Berlin einige Tage verhört, dann in das KZ Ravensbrück gebracht, wo ihn seine Frau und sein Bruder Otto noch besuchen konnten. Aufgrund der vorangegangenen Verhöre, der im Bendler-Block aufgefundenen Namenslisten und des Tagebuchs von Hauptmann Hermann Kaiser war die Gestapo mittlerweile über viele Details der Verschwörung und der ausgearbeiteten Programme sowie über die konspirativen Treffen genau im Bilde. Wirmer konnte die vorhandenen Fakten nicht abstreiten, vermied es jedoch taktisch geschickt, weitere Namen aus dem Kreis der Verschwörer zu nennen.
Aus seinen letzten Briefen aus dem Gefängnis geht hervor, wie sehr der allzeit lebensfrohe und dynamische Mann um eine gefaßte Haltung rang und demütig das Todesurteil, an dem er keinen Augenblick zweifelte, als Willen Gottes annahm. Bis zuletzt bewegte ihn die Sorge um seine Familie, seine Frau und seine drei unmündigen Kinder, die er ohne Vater, Ernährer und Beschützer zurücklassen mußte.
Die Verhandlung gegen den Kern der zivilen Verschwörergruppe, gegen den vorgesehenen Reichskanzler Goerdeler und seine Mini-

ster Josef Wirmer, Ulrich von Hassell und Paul Lejeune-Jung, fand am 7. und 8. September 1944 vor dem Volksgerichtshof unter dem Vorsitz von Roland Freisler statt. In dem Dokumentarfilm über die Verschwörung wird die eindrucksvolle Haltung Wirmers sichtbar: wie "ein rocher de bronce", fest und unangreifbar, stand er vor der Anklagebank, mit Standfestigkeit und Mut antwortete er dem tobenden Freisler, der ihn kaum zu Wort kommen ließ, damit er nicht seine Meinung über politische Schauprozesse ausführen konnte. Berühmt wurden Wirmers schlagfertige Antworten: "Wenn ich hänge, Herr Präsident, habe nicht ich die Angst, sondern Sie." Freisler: "Bald werden Sie in der Hölle sein." "Es wird mir ein Vergnügen sein, wenn Sie bald nachkommen, Herr Präsident."
Wirmers Auftreten nötigte sogar den im Publikum anwesenden Nationalsozialisten Respekt ab: "Den besten Eindruck von den Angeklagten machte Wirmer, der offene und klare Antworten gab und sich rückhaltlos als Gegner des Nationalsozialismus und zu seinen Taten bekannte." Alle Angeklagten wurden wegen Hoch- und Landesverrats, "als Ehrgeiz zerfressene, ehrlose feige Verräter", zum Tode verurteilt. Zwei Stunden nach Verkündung des Urteils wurden Josef Wirmer, Ulrich von Hassell und Paul Lejeune-Jung in der Strafanstalt Berlin-Plötzensee gehängt. Die Leichen der Widerstandskämpfer des 20. Juli wurden auf Anordnung Himmlers verbrannt, die Asche verstreut, damit das Andenken solcher Männer ausgelöscht werde. Die Familie erfuhr durch die Zeitungen am 11. September von der Hinrichtung des Vaters; ein mutiger Kaplan in Berlin-Dahlem hielt die Totengedenkmesse.
Josef Wirmers leidenschaftlicher und konsequenter Kampf gegen Unmenschlichkeit und Tyrannei symbolisieren das "andere Deutschland" in der finstersten Epoche unserer Geschichte. "Auch der fehlgeschlagene Einsatz hat seinen Wert in sich selbst." (Wirmer an Siemer, 1944).

Ferdinand von Lüninck (1888-1944)

Der gewaltsame Tod Ferdinand von Lünincks am Galgen in Plötzensee am 14. November 1944 gibt der politischen Biographie dieses Mannes einen besonderen Rang. Zugleich wirft ein solches Ende Fragen auf und verlangt nach Erklärungen. Denn Lüninck war nicht von Anfang an ein Gegner des NS-Regimes, sondern ein Repräsentant der konservativen "Bündnispartner" Hitlers. Als Oberpräsident von Westfalen zwischen 1933 und 1938 hat er dem "Dritten Reich" an herausragender Stelle gedient, dessen Machtentfaltung und -sicherung im Rahmen seiner dienstlichen und gesellschaftlichen Möglichkeiten energisch gefördert und sich nachdrücklich dafür eingesetzt, Hitler und dem Nationalsozialismus den Weg zur Macht zu ebnen. Seine Parteinahme gründete einerseits in einer kompromißlosen Gegnerschaft zur Weimarer Republik und den sie tragenden Parteien, andererseits in bestimmten politischen, sozialen und religiösen Wertvorstellungen. Beides, die Überwindung von Demokratie und Parteienstaat und die gewollte Rückkehr zu einer ständisch-monarchischen Staats- und Gesellschaftsordnung, bildeten die motivischen Fixpunkte für Lünincks öffentliches Engagement in den Jahren der Weimarer Republik.

In der Biographie Ferdinand von Lünincks spiegeln sich bestimmte politisch-kulturelle Wertmuster und Verhaltensformen, wie sie vorzugsweise in nationalkonservativ gesinnten, rechtskatholischen Kreisen zu finden waren; daneben gehörte er - gemeinsam mit seinem fünf Jahre jüngeren Bruder Hermann - zu den Wortführern einer Minderheit im rheinisch-westfälischen Adel, die entschieden Front machte gegen den Alleinvertretungsanspruch des Zentrums, für den politischen Katholizismus sprechen zu können, und die sich gleichzeitig um Brückenschläge zwischen der katholischen Amtskirche und protestantisch-dominierten Parteien und Verbänden wie DNVP und Stahlhelm bemühte. Insofern repräsentiert Lüninck - ein durch und durch seiner sauerländisch-westfälischen Heimat verbundener Adeliger - regionale und nationale Konstellationen und Entwicklungen zwischen Kaiserreich, Weimarer Republik und Nationalsozialismus.

I

Ferdinand von Lüninck entstammte einer alten westfälischen Adelsfamilie. Er wurde am 3. August 1888 auf dem Gut Ostwig im Sauerland als ältester Sohn von insgesamt acht Kindern von Carl Freiherr von Lüninck und dessen Ehefrau Anna Maria, einer Tochter des Zentrumsführers Hermann von Mallinckrodt, geboren. Ferdinand wurde katholisch erzogen und durchlief eine standesgemäße Ausbildung. Zunächst erhielt er Hausunterricht, wurde dann, der Familientradition folgend, mit 12 Jahren Schüler des Jesuiten-Internats in Feldkirch, Österreich, und absolvierte die letzten Schuljahre im Humanistischen Gymnasium Petrinum in der westfälischen Kreisstadt Brilon. Hier bestand er 1906 das Abitur. Danach studierte er Rechtswissenschaften in Münster, München und Göttingen. Nach dem Referendarexamen am Oberlandesgericht Celle im Jahre 1909 legte er im Herbst 1913 das Assessorexamen ab. Zwischen beiden Examina diente Lüninck als Freiwilliger ein Jahr beim Garde-Schützen-Bataillon in Lichterfelde bei Berlin. Den Ersten Weltkrieg machte er als Kompanieführer von Anfang bis Ende an verschiedenen Frontabschnitten mit, ausgezeichnet unter anderem mit dem Eisernen Kreuz I und II.

Am Vorabend der Revolution, nämlich am 7. November 1918, heiratete Lüninck im Freiburger Münster Auguste Freiin von Gaugreben-Schönau. Die äußeren Umstände der Hochzeit dürften die Verbitterung über den Zusammenbruch der Monarchie sowie die Verachtung für den Umsturz und die ihn tragenden Kräfte bei Lüninck nur noch verstärkt haben. So mußten sich seine in Uniform zur Hochzeit anreisenden Brüder den Zugriffen von aufständischen Soldaten erwehren, die ihnen Schulterstücke und Orden gewaltsam nehmen wollten.

Anfang Dezember 1918 wurde dem Regierungsassessor Lüninck die Leitung des Landkreises Neuß in der preußischen Rheinprovinz übertragen und nach einem einstimmigen Votum des Kreistags wurde er am 16. August 1919 zum Landrat ernannt. Da das Kreisgebiet von belgischen Truppen besetzt war, blieben Konflikte mit der Besatzungsmacht nicht aus. Als Lüninck sich weigerte, bestimmte Angaben über Kraftfahrzeuge zu liefern und Personen namhaft zu machen, die mit Abgaben im Rückstand waren, wurde er am 13. August 1920 verhaftet und schließlich am 26. Januar 1921 zu einer zweimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Diese Widerständigkeit brachte Lüninck nicht nur Anerkennung und Respekt in seinem Kreis und bei seinen vorgesetzten Dienststellen ein; sie

verlieh ihm auch einen nationalen Nimbus, der weit über diesen Anlaß hinaus wirkte und Lüninck späteren politischen Agitationen nützlich war.

II

Lüninck wirkte nur dreieinhalb Jahre als Landrat. Da sein Vater Ende 1921 verstorben war, schied er zum 1. Juli 1922 aus dem Staatsdienst aus und übernahm die Verwaltung des Familienguts. Obwohl dezidierter Gegner des parlamentarischen Systems, fiel Lüninck dieser Schritt nicht leicht. Denn er hatte sein Wirken als "Dienst am Vaterland" verstanden. Insofern stand für den 36jährigen Lüninck außer Frage, daß der Umzug nach Ostwig nicht gleichbedeutend war mit einem Rückzug ins Private. Eine solche Lebensperspektive hätte weder seinem Naturell, noch seiner Auffassung von dem "Beruf des katholischen Adels" entsprochen, dem Lüninck eine auf "Wissen" und "Intelligenz", "Rasse" und "Blut" gegründete Führungsrolle zuwies und die dieser, wie er gegenüber katholischen Edelleuten im Juli 1925 forderte, "zum Besten des Volkes wieder in die Hand ... bekommen" müsse.
Lünincks Gegnerschaft zur parlamentarischen Demokratie hing mit der allgemeinen politischen Entwicklung im Deutschen Reich sowie mit der politischen Neuorientierung des Zentrums zusammen. Die Tatsache, daß die Partei die Friedensresolution von 1917 unterstützt, einer fortschreitenden Parlamentarisierung das Wort geredet und nach den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 konsequenterweise mit der SPD und der DDP eine Regierungskoalition gebildet hatte, wertete Lüninck als Verrat an den "alten Grundsätzen" des Zentrums. Hinzu kamen die innerparteilichen Machtverschiebungen im Zentrum zugunsten des "linken" Flügels, die Lüninck mit Mißfallen registrierte. Zwar hatte beispielsweise bei den Landtagswahlen in Preußen seit 1919 der Arbeiterflügel gewonnen, ohne indes die bürgerliche Mehrheit der Fraktion gefährden zu können. Doch schon diese Tendenz allein, in Verbindung mit dem Vordringen von bestimmten Personen wie etwa Erzberger, Wirth und anderen in Führungspositionen, war für Lüninck so gravierend, daß er das Zentrum nicht mehr als seine politische Heimat verstehen konnte.
Gleichwohl hatte er sich, vorgeschlagen vom rheinischen Bauernverein, bereit erklärt, auf einer Liste des Zentrums für die Reichstagswahl am 6. Juni 1920 zu kandidieren, jedoch nur mit halbem

Herzen und entschlossen, "sich nicht willenlos der Diktatur der Parteihäuptlinge" zu beugen. In seinen Wahlreden ließ er keine Gelegenheit aus, um zu betonen, daß er zwar ein "Anhänger der Zentrumspartei" sei, aber ihre "Politik in wesentlichen Punkten mißbillige". Dazu rechnete er vorzugsweise die verfassungsrechtlichen Aussagen zum Prinzip der Volkssouveränität sowie zur "Gleichberechtigung der Geschlechter", die in eklatantem Widerspruch zur katholischen Lehre stünden. Ein Mandat wollte er dazu benutzen, seine Kritik "im Parlament und in der Öffentlichkeit rückhaltlos auszusprechen".

Dazu ist es jedoch nicht gekommen, da Lüninck den Einzug in den Reichstag nicht schaffte. Obwohl ihm später von deutschnationaler Seite wiederholt Avancen für Reichstagskandidaturen gemacht wurden, so z. B. für die Septemberwahl 1930, stand er für eine Abgeordnetentätigkeit nicht mehr zur Verfügung. Dabei dürften neben tiefsitzenden Ressentiments gegenüber dem Weimarer Parlamentarismus ein spezifisches, auch ein in der äußeren Unabhängigkeit sich dokumentierendes Standesbewußtsein die entscheidenden Motive gewesen sein. Lüninck sah seine politische Bühne nicht in den Gremien von Parteien und Parlamenten, wo Konflikte und Kompromisse zum Alltag gehörten und die er gleichsam als Verrat an Prinzipien, als Gefährdung von Glaubwürdigkeit und Charakter interpretierte; sein Wirkungsfeld waren vielmehr Zirkel und Bünde, wo er Gleichgesinnte traf, denen er sich durch gemeinsame Ideale und Ziele verbunden wußte. Dazu gehörten eine neue Inwertsetzung ständestaatlicher, vor allem berufsständischer Ordnungsprinzipien, die unbedingte Bewahrung christlich-konservativer Grundwerte, schließlich die Wiederherstellung der Monarchie als gemeinsame, die Gesellschaft überwölbende Klammer und als Garantin einer staatlichen Ordnung, die dem göttlichen Sittengesetz entspreche.

Dies war eine politische Programmatik, die nur im Bündnis mit erklärten Republikgegnern durchzusetzen war; zudem handelte es sich um ein elitäres Konstrukt und ging insofern an den sozialen und politischen Realitäten vorbei. Dies hinderte Lüninck freilich nicht daran, von Anfang bis Ende der Weimarer Republik immer wieder aufs neue katholisch-konservative Sammlungsbewegungen zu initiieren oder zu fördern, Kontakte zu nationalkonservativen Verbänden wie zu jungkonservativen Bünden zu suchen und aufzubauen, schließlich den Schulterschluß mit dem Nationalsozialismus zu vollziehen.

Lüninck entwickelte seine politischen Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen. Sie zeigen ihn als eine treibende Kraft innerhalb der "monarchistisch-adeligen Richtung" (H. Gründer) des Rechtskatholizismus und in der selbstgewählten Rolle eines Vermittlers unter den rechtsoppositionellen Gruppen. So gehörte Lüninck zu den Gründungsmitgliedern der "Westdeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft mbH", die sich am 26. Oktober 1920 in Köln konstituierte und an der sich u.a. Martin Spahn und der Herausgeber der "Görres-Korrespondenz", Heinz Brauweiler, beteiligten. Diese nach außen hin betriebswirtschaftlichen Aufgaben dienende Gesellschaft sollte Beteiligungen an Zeitschriften und Zeitungen ermöglichen, um Einfluß auf die öffentliche Meinung zu bekommen. Konkret ging es darum, christliches Gedankengut zu verbreiten und für eine "Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft im Sinne einer Gliederung des Gesellschaftsorganismus nach Ständen" einzutreten. Allerdings erfüllte weder diese Initiative noch die im Mai 1921 von Lüninck und Brauweiler gemeinsam betriebene Gründung eines "Ketteler-Bundes" die Erwartungen. Auch diesem ging es, wie Lüninck gegenüber dem Kölner Kardinal Schulte erläuterte, um "die Anerkennung und Durchsetzung der Grundsätze der katholischen Staats- und Gesellschaftslehre und die Stärkung deutscher Volksgemeinschaft." Als ein Mißerfolg erwies sich auch die von Martin Spahn ab 1926 herausgegebene, aber mangels Finanzmittel schon 1929 wieder eingestellte katholische Wochenschrift "Das deutsche Volk", die eine doppelte Funktion übernehmen sollte: die eines "Sprachrohrs der deutschnationalen Katholischen" (G. Clemens) und einer publizistischen Waffe gegen das Zentrum. Lüninck hatte in dieses Projekt große Hoffnungen gesetzt und es ideell und finanziell unterstützt.

Diese wie auch andere Vorstöße im Sinne einer katholisch-konservativen Sammlungsbewegung sowie eines Brückenschlags zwischen Katholizismus und Jungkonservatismus erwiesen sich als Fehlschläge, zumal sie in Frontstellung zur Zentrumspartei erfolgten und es ihren Initiatoren nicht gelang, den Episkopat für sich zu gewinnen.

Weniger unter konfessionell-katholischen als unter national-vaterländischen Vorzeichen stand der "Westfalenbund", dessen Vorsitz Lüninck im Jahre 1922 übernahm, den er aber zwei Jahre später in den Stahlhelm überführte. Dieser Schritt lag durchaus nahe, denn beide Organisationen verstanden sich zunächst als

Wehrverbände, so daß der "Westfalenbund" als eine Art regionale Variante des Stahlhelms erscheint.
Lüninck engagierte sich erheblich im Stahlhelm - bis 1928 gehörte er dem Bundesvorstand an und stand auch an der Spitze des Landesverbandes Westfalen -, stellte sich immer wieder als Redner zur Verfügung, organisierte selbst Veranstaltungen und gewann prominente publizistische Wortführer wie Eduard Stadtler als Referenten. Gleichwohl blieb die Resonanz dieser "Bewegung" gerade in den ländlich-katholisch geprägten Regionen Westfalens weit hinter den Erwartungen zurück. Sie sei, wie Lüninck im November 1927 gegenüber dem Bundesführer Seldte plastisch formulierte, "nahezu völlig am Einschlafen". Dafür machte er neben organisatorischen Mängeln vor allem die fehlende Akzeptanz innerhalb der katholischen Amtskirche, die Dominanz der Zentrumspartei sowie eine Vernachlässigung der agrarischen Interessenverbände verantwortlich. Auch deshalb zog er sich 1928 aus den Führungsämtern des Stahlhelms zurück, um fortan verstärkt in den Gremien der bäuerlichen Interessenorganisationen mitzuarbeiten. 1929 wurde er zweiter Vizepräsident des Westfälischen Bauernvereins, zwei Jahre später Präsident der westfälischen Landwirtschaftskammer.
Insofern vermischten sich hier ökonomische und berufsständische Interessen mit weitergehenden politischen Zielsetzungen, nämlich durch neue Bündnisstrategien die politische Stimmungslage gerade in den bäuerlichen Kreisen Westfalens zu beeinflussen. Konkret ging es darum, die Wählbarkeit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) in den vom Zentrum dominierten Regionen zu verbessern und damit die Überwindung des parlamentarischen Systems zu beschleunigen.
Lünincks Option für die DNVP war nicht vorbehaltlos. Er sei sich der "Gefahren der Zusammenarbeit mit dem wesentlich evangelischen Gremium" durchaus bewußt, versicherte er einem Standesgenossen, und legitimierte sie als das "geringere Übel". Die DNVP verstand Lüninck offenbar weniger als politische Heimat denn als politische Vereinigung, die er teils aus politischem Kalkül, teils aus Interessenidentität förderte. Deshalb warb er bei seinen Standesgenossen immer wieder für die Liaison von DNVP und Rechtskatholiken; vor allem aber bemühte er sich in Eingaben etwa an Kardinal Bertram und andere Kirchenfürsten darum, Vorbehalte auf Seiten des Episkopates gegenüber dem politischen Engagement von Katholiken in dieser Partei und in den vaterländischen Verbänden zu entkräften. Aber auch Lünincks Anstrengungen änderten nichts an der Tatsache, daß die "Rechtskatholiken" auch im westfälischen

Adel eine Minderheit blieben und aufs Ganze gesehen über den Status einer "propagandistischen Hilfstruppe" (H. Gründer) nicht hinausgelangten. In den parteiinternen Auseinandersetzungen Ende der 1920er Jahre, in denen sich der nationalistische rechte Flügel unter der Führung von Alfred Hugenberg in der DNVP durchsetzte, schlug sich Lüninck auf dessen Seite.
Insofern überrascht es nicht, daß Lüninck in der Phase der Auflösung des parlamentarischen Systems und vehementer noch in der Zeit der Präsidialkabinette die von den Deutschnationalen und dem Stahlhelm initiierten Aktionen gegen die Weimarer Republik unterstützte: So im Falle des Volksbegehrens bzw. Volksentscheids gegen den Youngplan Ende 1929 oder des im Frühjahr 1931 gestarteten Volksbegehrens mit dem Ziel, die Auflösung des preußischen Landtags zu erreichen, schließlich durch eine Teilnahme am Treffen von Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Stahlhelm und anderen rechtsstehenden Gruppierungen am 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg. Dieser als vaterländische "Heerschau" inszenierte Aufmarsch der antirepublikanischen Rechten ("Harzburger Front") löste bei Lüninck nationale Hochgefühle aus. Es war "so etwas vom August 1914 in der Luft", schrieb er seinem Bruder Hermann, der ebenfalls teilgenommen hatte, "und das tat doch sehr gut".
Noch ganz im Banne dieses Eindrucks, ließ sich Lüninck in seinen politischen Erwartungen geradezu fortreißen. So rechnete er mit einem baldigen Ende der seit Ende März 1930 amtierenden Regierung Brüning, und in der Kapitelsitzung der Deutschen Adelsgenossenschaft (DAG) vom 22. und 23. Oktober 1931 konstatierte er, daß die "Mission der politischen Mitte" in Deutschland beendet sei und sich nunmehr zwei "Fronten" unversöhnlich gegenüberstünden: eine "nationalsozialistisch-christlich-konservative" und eine "antichristlich-internationale-klassenkämpferische", zwischen denen "es keinen Kompromiß, sondern nur Kampf bis zur Vernichtung der einen oder anderen Front" gäbe. Dabei stand es für ihn außer Frage, daß sich die DAG als Teil der nationalen Opposition und somit auch der "Harzburger Front" zu verstehen habe.
In seiner Beurteilung wurde Lüninck durch Franz von Papen unterstützt, wie überhaupt die politischen Neuordnungsvorstellungen dieser beiden westfälischen Adeligen in hohem Maße kongruent waren. Den von Papen als Reichskanzler (seit Anfang Juni 1932) eingeschlagenen agrarpolitischen Kurs lehnte er allerdings rigoros ab. Auch ist davon auszugehen, daß Papen die Ernennung Lünincks zum Oberpräsidenten protegierte, während dieser sich dem Bund katholischer Deutscher "Kreuz und Adler" anschloß, der Anfang

April 1933 auf Betreiben und unter der Schirmherrschaft des neuen Vizekanzlers (in der Regierung Hitler) Papen gegründet wurde.
Obwohl die Organisatoren des Bad Harzburger Treffens nur mühsam und ansatzweise eine fassadenhafte Geschlossenheit wahren konnten, setzte Lüninck in der Folgezeit offenbar große Hoffnungen auf Hitler als nationalen Bündnispartner, zunächst im Kampf um die Macht, dann in einer "wirklich scharfen und unbedingt deutschen Regierung". Skeptisch stimmten ihn freilich innerparteiliche Macht- und Richtungskämpfe in der NSDAP, wie sie beispielsweise in dem Konflikt zwischen Gregor Strasser und Hitler nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 offenkundig geworden waren. Er befürchtete eine "Bolschevisierung des allergrößten Teils der NSDAP".
Ob Lüninck die Machtverhältnisse und inneren Strukturen der NSDAP tatsächlich realistisch einschätzte, sei dahingestellt; aufschlußreicher ist die hier sichtbar werdende Sorge, die Nationalsozialisten könnten sich durch ein plebejisches Erscheinungsbild sowie rechtssozialistische Parolen gleichsam selbst um ihre Regierungsfähigkeit bringen. Andersgelagerte Befürchtungen hatte Lüninck wenige Monate zuvor geradezu flehentlich zum Ausdruck gebracht, nachdem die NSDAP bei den Landtagswahlen in Preußen vom 24. April 1932 erdrutschartige Gewinne erzielt und das Zentrum daraufhin Verständigungsbereitschaft gegenüber den Nationalsozialisten signalisiert hatte. Er "hoffe ... zu Gott", schrieb er dem Fürsten Bentheim-Tecklenburg, "daß die NSDAP sich nicht von dem sehr gerissenen Zentrum auf irgendeinen Leim locken läßt; da Hitler diese Gefahr sicher sieht, wird er hoffentlich dagegen gefeit sein".

IV

Lüninck wurde am 22. Februar 1933 zunächst kommissarisch, am 16. Juli 1933 dann definitiv zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen ernannt. Er folgte Johannes Gronowski, der, Mitglied des Zentrums und überzeugter Republikaner, vom preußischen Innenminister Hermann Göring am 22. Februar in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden war.
Angesichts der politischen Konstellation in Westfalen mit zwei NSDAP-Gauen sowie den Gauleitern Josef Wagner und Alfred Meyer besaß die Berücksichtigung Lünincks einerseits Kompromißcharakter; andererseits war sie ein Zugeständnis an den

deutschnationalen Koalitionspartner. Aber diese Personalentscheidung war mehr als nur ein geschickter Schachzug. So erfüllte Lüninck nach Herkommen, Ausbildung und Konfession eben jene Kriterien, die bei der Besetzung dieses Amtes in Westfalen von jeher eine Rolle gespielt hatten. Sie waren erstmals mit der Wahl des Arbeitersekretärs Gronowski im Jahre 1922 durchbrochen worden. Auch insoweit war die soziale und politische Stoßrichtung der Ernennung Lünincks eindeutig und konnte als Rückkehr zu traditionellen beamtenpolitischen Grundsätzen, d.h. im Sinne konservativ-monarchischer Maximen, gedeutet werden. Entscheidend aber war, daß gerade die Nationalsozialisten keinen Grund hatten, an der politischen Loyalität Lünincks zu zweifeln. In der Macht- und Interessenkonstellation der sog. nationalen Revolution erwies sich dieser Mann nicht als ein Verlegenheitskandidat, sondern als eine durch und durch überzeugende Lösung. Lüninck, der in den Jahren zuvor die Mitgliedschaft in einer Partei entschieden abgelehnt hatte, trat am 1. Mai 1933 der NSDAP bei; außerdem wurde er Förderndes Mitglied der SS und anderer Organisationen und Verbände der Partei.

Die Behörde, der Lüninck vorstand, hatte vergleichsweise bescheidene materielle Kompetenzen. Dagegen war die politische Direktionsgewalt des Oberpräsidentenamtes erheblich und machte die spezifische Machtstellung dieser Position aus. Als "ständiger Vertreter der Staatsregierung in der Provinz" übte der Oberpräsident vornehmlich politisch-administrative Kontroll- und Sicherheitsfunktionen aus. Lüninck besaß damit Vollmachten, die gerade in der revolutionären Umbruchsphase von 1933 außerordentlich wichtig waren. Hinzu kam, daß eine Reihe von Gesetzen die politische Durchschlagskraft des Oberpräsidentenamtes noch verstärkten. Ein Zugewinn an Macht und Einfluß war auch mit dem sog. Oberpräsidentengesetz vom 15. Dezember 1933 verbunden, das dem Oberpräsidenten als Person die Leitung des Provinzialverbandes übertrug und mit dem die preußische Kommunalreform einen gewissen Abschluß erreichte.

Lüninck, dessen Berufung von den leitenden Beamten im Oberpräsidium offenbar durchweg begrüßt wurde, hat die in ihn gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht. Im Prozeß der nationalsozialistischen Machteroberung und -konsolidierung erwies er sich als ein konsequenter und entschiedener Vollstrecker zentraler Direktiven; zugleich schöpfte er die eigenen Kompetenzen voll und ganz aus. Diese Entschlossenheit zeigte sich beispielhaft im Bereich der Personalpolitik, und zwar sowohl in der ersten revolutionären Phase,

als die preußische Kommissariatsregierung, angetrieben von Göring, die Verwaltung einem politisch motivierten Revirement unterwarf, als auch bei der Ausführung des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" (BBG) vom 7. April 1933. Bei alledem war Lüninck kein Mann der Willkür, und er hatte nichts gemein mit terroristischen "Säuberungsaktionen" im Stile von SA-Kommandos. Dies ändert nichts an der Tatsache, daß ein grundsätzlich rechtlich denkender Mann wie Lüninck als Oberpräsident vielfältige Akte des Rechtsbruchs, der Willkür und Ehrverletzung mittrug. Sofern er sich für einzelne Landräte verwandte, die z. B. aus politischen Gründen entlassen werden sollten, oder für Beamte, die mit der Partei in Konflikt geraten waren, spielten offenbar persönliche Beziehungen oder Standeszugehörigkeit eine nicht unerhebliche Rolle. Dagegen machte er entschieden Front gegenüber ehemaligen Repräsentanten der Zentrumspartei. So hatte er - im Einklang mit der Gauleitung - wiederholt und mit Nachdruck beim preußischen Kultusminister die Anwendung des § 4 des BBG auf den münsterischen Kirchenhistoriker und Reichstagsabgeordneten (1920-1933) Prälat Professor Georg Schreiber gefordert, d. h. dessen Entlassung als Universitätslehrer aus Gründen der politischen Unzuverlässigkeit. Bei Schreiber handele es sich um "einen ausgesprochenen Exponenten jener Sorte des politischen Katholizismus", begründete Lüninck einen neuerlichen Vorstoß vom 20. Oktober 1934, "deren Beseitigung mir sowohl im Interesse des Staates wie im Interesse der katholischen Kirche notwendig erschien".

Ausnahmegesetze, Gleichschaltungsprozesse und terroristischer Druck der nationalsozialistischen Bewegung von unten waren wesentliche Bedingungsfaktoren der nationalsozialistischen Machtsicherung. Gegen die Anwendung diktatorischer Mittel, soweit sie der Ausschaltung von politischen Gegnern oder auch der gesellschaftlichen und ökonomischen Ausschaltung von Juden dienten und die Position der neuen Machthaber festigten, hatte Lüninck keine grundsätzlichen Vorbehalte. Ein "diktatorisches Regieren, ... losgelöst von *allen* Strömungen im Volke auf längere Sicht", hielt er dagegen für "unmöglich". Diese Prognose, formuliert im September 1932 unter dem Eindruck der Präsidialdiktatur von Papens, erwies sich ebenso als Fehleinschätzung wie die Annahme, die "nationale Revolution" würde in ein autoritäres, Recht und Gesetz respektierendes Regime einmünden.

Mit dieser Diskrepanz sah sich Lüninck in den Realitäten des politischen und administrativen Alltags immer wieder konfrontiert. Soweit er mit Parteidienststellen in Konflikt geriet, handelte es sich

um Auseinandersetzungen, die der Dualismus von Partei und Staat geradezu zwangsläufig produzierte und die insoweit systemspezifisch waren. Lüninck war aber weit davon entfernt, daraus eine grundsätzliche Widerstandsposition abzuleiten. Was er dem Nationalsozialismus vorwarf, war gerade nicht die Allmacht des Staatsgedankens, sondern dessen Vernachlässigung durch die NSDAP. Insofern war es bezeichnend, daß gerade die eskalierenden Divergenzen zwischen Nationalsozialismus und Kirche, also in einem Bereich, in dem Lüninck ebenfalls zunächst zuversichtlich, ja optimistisch gewesen war, Anlaß und Ursache für seine Entlassung am 21. Juli 1938 bildeten.

So hatte sich Lüninck noch am Tage seines Amtsantritts in einem Presseempfang ausdrücklich an die katholische Bevölkerung der Provinz gewandt. Die neue Regierung sei weder "antikatholisch" eingestellt, noch werde er, der "älteste Enkel Hermann von Mallinckrodts", solche "Maßnahmen" fördern oder dulden, die "den wahren Interessen der katholischen Kirche und des katholischen Volksteils abträglich" seien. Mit seinem Werben um politisches Vertrauen verfolgte Lüninck auch eigene Motive. Denn die Kritik und Vorhaltungen, die ihm gerade aus den Reihen von Katholiken entgegengebracht wurden, waren erheblich. So lastete man ihm die Entlassung von Gronowski an - "Der katholische Baron verdrängt den katholischen Volksmann" ("Münstersche Morgenpost") - und warf ihm eine Komplizenschaft mit denen vor, die das katholische Verbandswesen disziplinieren bzw. zerschlagen wollten.

Tatsächlich verfolgte Lüninck, ganz im Einklang mit seinem Bruder Hermann, der zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt worden war, gegenüber den katholischen Verbänden eine scharfe Gangart. Beide sahen in ihnen nach wie vor Hilfstruppen des politischen Katholizismus, dem sie entschieden den Kampf angesagt hatten. Ein zunächst für die Rheinprovinz erlassener und dann am 4. Dezember 1933 auch für Westfalen übernommener Erlaß der Oberpräsidenten sicherte beispielsweise den ausschließlich religiös-kirchlich arbeitenden Verbänden Schutz und Förderung des Staates zu; Organisationen, die sich nicht daran hielten oder für ihr politisches Engagement bekannt waren (wie die Jugendverbände), sollten polizeilich beobachtet werden. Diese Doppelgesichtigkeit war charakteristisch für die kirchenpolitische Strategie Lünincks und illustriert zugleich dessen politischen Illusionismus. Denn es war ein Trugschluß zu glauben, man könne in einem auf totalitäre Herrschaft fixierten Regime den Bewegungsspielraum von kirchlichen

Organisationen politisch unter Kuratel stellen, ohne nicht gleichzeitig den Freiheitsraum für kirchliches Leben und Glaubenspraxis überhaupt aufs Spiel zu setzen.
Der kirchenfeindliche Kurs der Nationalsozialisten brachte Lüninck nicht nur in Konflikt mit der Amtskirche, sondern auch in Legitimationszwänge bei seinen katholischen Standesgenossen, wobei der Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, gleichsam in Personalunion Lünincks Widerpart verkörperte. Während Galen die Interessen seiner Kirche kompromißlos verfolgte, geriet Lüninck zusehends in die "Zwickmühle zwischen Amtszwängen und Standesethik", die "sicherlich auch einen wichtigen Teil seines persönlichen Gewissens repräsentierte" (E. Klausa).
Diese Konflikte stürzten Lüninck in eine innere Zerreißprobe, zumal er sich als praktizierender Katholik auch öffentlich zu seinem Glauben bekannte. Lünincks primär kirchlich-religiös motiviertes Widerstreben im Amt blieb den Reichs- und Parteidienststellen in Berlin nicht verborgen. So hatte er sich erfolgreich für den katholischen Verleger Dr. Bernhard Lucas in Münster eingesetzt, der 1937 die päpstliche Enzyklika "Mit brennender Sorge" gedruckt hatte, was die Beschlagnahme seiner Druckerei zur Folge hatte. Lüninck gelang es, den drohenden Verlust auch des Verlagsgeschäftes in Teilen abzuwehren. Und ebenfalls sprach er sich gegen eine Bestrafungsaktion von "sämtlichen Pfarrern" aus und dagegen, diesen "das Recht zur Erteilung des schulplanmäßigen Religionsunterrichts in den Volksschulen zu entziehen", nachdem sich das Regime durch einen Artikel von Bischof Galen im Kirchlichen Amtsblatt attackiert gefühlt hatte.
Am 7. Juni 1937 ergriff Lüninck die Flucht nach vorn und wandte sich direkt an den preußischen Ministerpräsidenten Göring. Dieser hatte wenige Tage zuvor seinen Bruder Hermann aus dem preußischen Staatsrat abberufen und dabei u.a. festgestellt, daß "die ganze katholische Lehre und ihre Auslegung unserer nationalsozialistischen deutschen Auffassung entgegenstehen". Als Oberpräsident war Hermann von Lüninck bereits 1935 zurückgetreten, da "wichtige die Rheinprovinz unmittelbar berührende Fragen der Staats-, Kirchen- und Personalpolitik", wie er Göring wissen ließ, "ohne meine Anhörung entschieden wurden". Ferdinand von Lüninck griff die zitierte Passage aus Görings Brief auf und bat um Prüfung, ob "meine Belassung auf dem mir anvertrauten Posten eines Oberpräsidenten der Provinz Westfalen mit den Richtlinien der Staatsführung weiterhin vereinbar ist"; denn er "bekenne" sich "in voller Überzeugung zu den Anschauungen und Lehren des Natio-

nalsozialismus, die im Parteiprogramm, in dem Buch 'Mein Kampf' und in programmatischen Erklärungen des Führers niedergelegt sind". "Zugleich bekenne ich mich" - fuhr Lüninck fort -, "in ebenso voller Überzeugung zu dem gesamten Glaubensinhalt der katholischen Lehre und ihrer kirchenamtlichen Auslegung, insoweit diese religiös verpflichtenden Charakter hat."
Dieser Schritt Lünincks war ohne Zweifel ein Akt der Solidarität mit seinem Bruder und eine Frage der Familien- und Standesehre. Letztlich aber muß offen bleiben, inwieweit Lüninck immer noch taktierte, ob er von der Koexistenz zwischen Nationalsozialismus und Kirche tatsächlich immer noch überzeugt war oder seine Entlassung provozieren wollte. Eigentlich mußte ihm klar sein, daß nunmehr opportunistische Rücksichtnahmen fehl am Platze sein würden. War es politische Naivität oder Kalkül, anzunehmen, man könne ausgerechnet bei einem so herrschsüchtigen, skrupellosen Machtmenschen wie Göring Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus gegeneinander ausspielen? Trotz aller Konflikte und Enttäuschungen drängt sich der Eindruck auf, daß Lüninck - obwohl er nach diesem Brief mit seiner Entlassung rechnen mußte - vielleicht erleichtert, aber nicht leichten Herzens mehr als ein Jahr später aus dem Amt als Oberpräsident schied. Auf Drängen Görings legte ihm Innenminister Frick den Rücktritt nahe. Am 16. Juni 1938 beantragte Lüninck seine Versetzung in den Ruhestand, die am 21. Juli erfolgte. Wenige Monate später wurde der Gauleiter von Westfalen-Nord, Dr. Alfred Meyer, zum Oberpräsidenten von Westfalen berufen und in einem offiziellen Akt von Frick (im Beisein Lünincks) in sein Amt eingeführt. Diese Nachfolgeregelung entsprach der machtpolitischen Interessenlage des Regimes und der dominierenden Tendenz, nur noch Parteifunktionäre in hohe staatliche Ämter zu berufen; zugleich war sie eine Absage an all die Kräfte, die immer noch auf eine Entwicklung des "Dritten Reiches" hin zu einem konservativ-autoritären Regime setzten.

V

Lüninck zog sich auf sein Gut im Sauerland zurück und kümmerte sich verstärkt um den Familienbesitz. Mit leitenden Beamten des Oberpräsidiums und des Provinzialverbandes pflegte er enge Verbindungen. Ein besonderes Vertrauensverhältnis hatte er mit dem Vizepräsidenten Heinrich Gödecke und mit Landeshauptmann Karl Friedrich Kolbow. Aber auch den Kontakt zu seinem Amtsnachfol-

ger, Gauleiter Meyer, ließ er nicht abreißen. So nahm er beispielsweise Einladungen zur gemeinsamen Jagd an und sprach selbst solche aus. Darüber hinaus hielt er sich im gesellschaftlichen Umgang mit regionalen Repräsentanten der NSDAP wie eh und je zurück. Um so mehr schätzte er die Welt des Soldatischen, die er bei seinen regelmäßigen Reserveübungen immer wieder suchte und positiv erlebte.
In den Tagen des Kriegsbeginns 1939 erlitt Lüninck einen Reitunfall, so daß er erst nach seiner Genesung als Kompaniechef des Ersatzbataillons 473 tätig werden konnte. Anfang 1940 wurde er Kommandeur des Infanterie-Ersatzbataillons 178 in Potsdam, einem Tochterregiment des traditionsreichen Infanterieregiments 9 ("Regiment Graf Neun"), das in der zweiten Jahreshälfte 1942 mit dem Grenadier-Ersatzbataillon 9 zusammengelegt wurde und dessen Kommandeur Lüninck seit Anfang November 1942 war. In dieser Zeit erlitt der 54jährige Lüninck - im Regiment hieß er ehrerbietend nur "der alte Herr" - einen Magendurchbruch und mußte Ende Mai 1943 aus gesundheitlichen Gründen seinen Dienst quittieren. Seine beiden ältesten Söhne, Carl und Roderich, die ebenfalls dem Infanterieregiment 9 bzw. dem Grenadier-Regiment 9 angehörten, fielen in den Jahren 1942 und 1944 an der Ostfront.
Während seiner Potsdamer Zeit hatte Lüninck enge dienstliche und gesellschaftliche Kontakte mit Offizieren, die an der Ostfront eingesetzt waren. Diese kannten die tatsächliche militärische Lage, vor allem nach der Niederlage bei Stalingrad, und ebenso die Verbrechen der SD-Einsatzgruppen. So wurde Lüninck von Verschwörern wie Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und Carl Goerdeler ins Vertrauen gezogen. Im November oder Dezember 1943 fand ein Gespräch mit Goerdeler statt, das vermutlich Schulenburg vermittelt hatte, und bei dem sowohl konkrete Putschpläne als auch die Mitwirkung Lünincks erörtert wurden. Lüninck verweigerte sich nicht, lehnte aber ein Attentat auf Hitler ab und plädierte stattdessen für eine Verhaftung. Eine Ärztekommission sollte den Diktator untersuchen und für unzurechnungsfähig erklären.
Eine aktive Rolle spielte Lüninck weder bei der Vorbereitung des Attentats vom 20. Juli 1944 noch bei diesem selbst. Neben der prinzipiellen Ablehnung des Tyrannenmordes dürfte dabei auch die körperliche und psychische Verfassung eine Rolle gespielt haben. Nach dem Verlust der beiden Söhne war er innerlich ein gebrochener Mann, ohne sich dies freilich anmerken zu lassen. Aber er hatte sich den Planern und Vollstreckern des Attentats zur Verfügung gestellt und stand deshalb auf der Liste, die einer Sonderkom-

mission der Gestapo schon wenige Tage nach dem gescheiterten Umsturzversuch in die Hände gefallen war. Danach war Lüninck als Politischer Beauftragter im Wehrkreis XX (Westpreußen) vorgesehen. Die Gestapo verhaftete Lüninck bei der Rückkehr von einer Reise auf dem Bahnhof in Bestwig am 26. Juli, brachte ihn zur Gestapo-Leitstelle in Dortmund und kurz darauf in das Zuchthaus in Berlin-Tegel. Die Verhöre fanden im Reichssicherheitshauptamt in der Prinz-Albrecht-Straße statt. Seine Frau durfte ihn gelegentlich besuchen. Am 13. November 1944 verhängte der Volksgerichtshof unter dem Vorsitz von Roland Freisler über mehrere Angeklagte das Todesurteil: unter anderem über den ehemaligen "Rechtskatholiken" und Republikgegner Ferdinand Freiherr von Lüninck sowie über den früheren katholischen Gewerkschaftssekretär und überzeugten Republikaner Bernhard Letterhaus. Wenige Stunden später wurde Lüninck in Berlin-Plötzensee durch den Strang hingerichtet.

VI

Das Todesurteil gegen Lüninck und Letterhaus traf zwei Männer, die nach Herkommen, Lebens- und Berufsweg und in ihren politischen Überzeugungen gänzlich verschieden waren, aber den gleichen Glauben besaßen. Insofern repräsentieren sie zwei Richtungen innerhalb des politischen Katholizismus, denen eine Zusammenarbeit in den Jahren der Weimarer Republik nicht gelang und die auch gegenüber dem Nationalsozialismus eine zunächst völlig konträre Haltung einnahmen, dann aber unter den Erfahrungen der Diktatur zusammenfanden und auch vor dem letzten Schritt, dem Einsatz des eigenen Lebens, nicht zurückwichen.
Lünincks Motive und Entschlußbildung, sich auf die Seite der Verschwörer vom 20. Juli 1944 zu schlagen, sind quellenmäßig nur schlecht zu fassen. Dies gilt auch für seine Vorstellungen hinsichtlich einer neuen Staats- und Gesellschaftsordnung nach dem Ende der Hitler-Herrschaft. Einiges spricht dafür, daß er den Neuordnungsplänen des nationalkonservativen Widerstands nahestand, wie sie namentlich von Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg vertreten wurden. Daß Lüninck eine politische Ordnung vorschwebte, in der Recht und öffentliche Moral wieder die Fundamente menschlichen Zusammenlebens bilden müßten, steht außer Frage; inwieweit er aber noch in antirepublikanischen Ordnungs- und Wertvorstellungen befangen war, die Berufung auf das Rechtsstaatsprinzip nur

als formales Bekenntnis verstand und ein demokratisch-parlamentarisches System befürwortete, muß offenbleiben.

Heinrich Imbusch (1878-1945)

Obwohl Heinrich Imbusch in den 1920er und frühen 30er Jahren der neben Adam Stegerwald prominenteste christliche Gewerkschaftsführer gewesen war und sich als wortstarker Vertreter der katholischen Arbeiter und Exponent des linksrepublikanischen Flügels der Zentrumspartei profiliert hatte, geriet sein Name nach 1945 fast in Vergessenheit. Möglicherweise hing das damit zusammen, daß Imbusch nicht so recht kompatibel mit den Traditionen schien, in die sich die beiden großen Volksparteien der Bundesrepublik einordneten. Weder paßte der Mann, der am Ende seiner politischen Karriere zunehmend sozialistische Problemlösungen propagierte, in die Ahnengalerie der Christlich-Demokratischen Union, noch konnte die SPD viel mit einem Arbeiterführer anfangen, der sich zeitlebens als grundsätzlicher Gegner der Sozialdemokratie verstand. Doch eröffnet das Lebensbild Heinrich Imbuschs Perspektiven auf die Geschichte der christlichen Gewerkschaften wie der katholischen Arbeiterbewegung, die dazu anregen, gängige historische Einordnungen zu überdenken.

I

Heinrich Imbusch wurde am 1. September 1878 als Sohn eines Formers in Oberhausen geboren. Die Familie zog einige Jahre später ins Elternhaus der Mutter im benachbartem Frintrop. Der Vater nahm Arbeit im Bergbau an. Als Sohn eines Frintroper Kötterbergmanns wuchs Heinrich Imbusch in ein Milieu hinein, aus dem sich der Kern der katholischen Arbeiterbewegung rekrutierte. Ansässigkeit und parochiale Einbindung begründeten eine eigentümliche Lebensweise, die trotz des immensen Bevölkerungswachstums im Industrierevier noch lange Zeit Elemente dörflich-kleinstädtischer Kommunikationszusammenhänge enthielt. Im September 1892 begann Heinrich Imbusch nach der Schulentlassung 14jährig seine bergmännische Berufskarriere, deren wenige Stufen er in den folgenden Jahren durchlief: Mit 16 Jahren kam er als Schlepper bzw. Pferdejunge unter Tage, war also mit dem Abtransport der Kohle

vom Abbauort beschäftigt. Nach einer Zeit als Lehrhauer arbeitete Heinrich Imbusch schließlich seit 1900 als Vollhauer, als direkt mit dem Abbau der Kohle beschäftigter Arbeiter. Bergarbeit um die Jahrhundertwende war schwere, körperlich aufreibende, gesundheitsschädigende und gefährliche Akkordarbeit. In seinen Erinnerungen beschreibt Imbusch das rauhe, konfliktreiche Arbeitsklima unter Tage, mit dem sich der "krankhaft schüchterne" Junge auseinandersetzen mußte: "Bei den Schleppern hatten wir zeitweise eine Gesellschaft, die sich beim Kampf um leere Förderwagen... gegenseitig die Köpfe blutig schlug. Mit denen mußte ich fertig werden." Heinrich Imbusch lernte sich in dieser Umgebung durchzusetzen, und die hier erworbene Robustheit trat auch später in seiner Rolle als Arbeiterführer und Politiker des öfteren zutage.
Das Arbeitsklima im Ruhrbergbau war durch ein konfliktreiches Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern geprägt. Autoritär-militärischer Ton, kleinliche Maßregelungen und oft als ungerecht empfundene Strafen, wie das notorische "Nullen" von Kohlewagen, verschärften die Arbeitsbeziehungen zwischen Bergarbeitern und den Betriebsleitungen bzw. ihren Repräsentanten vor Ort, den Steigern. Ein solcher Konflikt - ein Streik auf einer Nachbarzeche - veranlaßte dann auch 1897 Heinrich Imbusch und seinen Bruder Hermann, sich einer Gewerkschaft anzuschließen. Daß sie dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter und nicht dem sozialdemokratischen sog. "Alten Verband" beitraten, war durch Herkunft und Milieubindung vorgezeichnet, durch die Kirchlichkeit des Elternhauses, die Einbindung in nachbarschaftliche, verwandtschaftliche und kirchengemeindliche Verkehrskreise. Erst nach einigen Jahren begannen die Imbusch-Brüder, sich stärker in Gewerkschaftsarbeit zu engagieren. Beide übernahmen zunächst ehrenamtlichen Positionen in der Frintroper Zahlstelle des Gewerkvereins. Innerhalb kurzer Zeit gelang es ihnen, nach obligatorischem Schulungskurs in der Mönchengladbacher Volksvereinszentrale, als hauptberufliche Funktionäre angestellt zu werden, Hermann 1904 als Rechtsschutzexperte, Heinrich im Jahr darauf als Redakteur der Verbandszeitschrift "Der Bergknappe". Der Aufbau einer professionell geleiteten Organisation durch christliche Gewerkschaften wie katholische Arbeitervereine bot begabten Arbeitern die Möglichkeit, über eine Karriere als Verbandsangestellter dem Arbeiterdasein zu entkommen.
Nach dem auch von den "Christen" getragenen großen Bergarbeiterstreik 1905 waren es vor allem die jüngeren Funktionäre wie Heinrich und Hermann Imbusch, die auf eine Reorganisation ihrer

Gewerkschaft drängten, wobei das freigewerkschaftliche Vorbild nicht zu verkennen ist. Die Professionalisierung der Leitungsfunktionen und der Verwaltung sollte die Gewerkvereine in die Lage versetzen, sich gegenüber dem sozialdemokratischen Konkurrenten und den übermächtigen Arbeitgebern zu behaupten. Die Mitgliedschaft sollte gezielt zu gewerkschaftlicher Disziplin erzogen werden und über den systematischen Ausbau der Unterstützungsleistungen an den Gewerkverein gebunden werden.
Schon bald nach seinem Eintritt in die Redaktion des "Bergknappen" galt Heinrich Imbusch als "starker Mann" des christlichen Bergarbeiterverbandes. Durch taktisches Geschick, Rednertalent, Durchsetzungsfähigkeit und die Bereitschaft, sich ein immenses Arbeitspensum aufzuladen, machte sich Imbusch in der Essener Zentrale des Gewerkvereins unentbehrlich, zumal es dem 1905 gewählten Vorsitzenden Hermann Köster an Führungsqualitäten mangelte. Neben der Berufsarbeit fand Imbusch noch Zeit und Energie, eine umfangreiche Geschichte der Bergarbeiterbewegung zu verfassen, die unter dem Titel "Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau" 1908 veröffentlicht wurde.
Die jüngere Generation katholischer Arbeiteraktivisten war nach der Jahrhundertwende nicht mehr ohne weiteres bereit, den Führungsanspruch der bürgerlichen und geistlichen Honoratioren zu akzeptieren. Für Heinrich Imbusch wirkte der herablassende Habitus der katholischen Bürger, das Denken in überkommenen sozialen Hierarchien, als Affront. Später beschrieb er eine solche Erfahrung als Schlüsselerlebnis für den Entschluß der Brüder, in der Arbeiterbewegung aktiv zu werden: "Bei einer Parteiveranstaltung, an der wir teilnahmen, wurden zwei führende Parteileute, der Fabrikant Wiese und der Abgeordnete Stötzel, gefeiert. Die Festrede wirkte auf mich in schlimmstem Maße aufreizend. Der Ton, in dem Wiese gefeiert wurde, war sehr verschieden von dem, in dem man Stötzel feierte. Ich empfand den Unterschied in der Behandlung des Fabrikanten und des Arbeiters als einen Schlag ins Gesicht. Und als ich auf dem Heimwege meinem Zorn durch recht kräftige Worte Luft verschaffte, stellte ich fest, daß Hermann die gleiche Empfindung hatte wie ich. Wir waren einig: Die Minderbewertung der Arbeiter müssen wir den Leuten austreiben."
Je größer und finanzstärker nun die Organisationen der christlich-katholischen Arbeiter wurden, je mehr sie sich auf einen professionellen Apparat stützen konnten, desto deutlicher gewann ein vom traditionellen bürgerlich-klerikalem Umfeld abgelöstes Arbeitermilieu an Rhein und Ruhr Profil. Die Durchsetzungsfähigkeit der

katholischen Arbeiterbewegung in ihren rheinisch-westfälischen Kerngebieten manifestierte sich am augenfälligsten in der nach 1905 schnell wachsenden Zahl von Arbeiterkandidaten und -abgeordneten bei Reichstags- und Landtagswahlen, unter ihnen auch Hermann Imbusch, seit 1908 Zentrumsabgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus. Diese partielle Separierung des katholischen Milieus nach Klassenlinien und die tendenzielle Verselbständigung der kirchennahen Arbeiterschaft kann auch als flexible Anpassung an einen rasanten sozialen Wandel begriffen werden, der letztlich die Kirchenbindung der katholischen Industriearbeiter in Westdeutschland längerfristig sicherte.

II

Im Vorkriegsjahrzehnt geriet die christliche Gewerkschaftsbewegung jedoch zusehends unter den Druck einer integralistischen Gegenbewegung, die gegen die Ablösung der katholischen Arbeiterschaft von kirchlicher Observanz und die zunehmend selbstbewußtere Artikulation ihrer Interessen mobil machte. Für den christlichen Gewerkverein stellten die integralistischen Arbeitervereine "Berliner Richtung", die ihre Hochburgen in den Bergbaurevieren in Oberschlesien und im Saargebiet besaßen, ein besonderes Problem dar. In den Dachverbandsgremien der christlichen Gewerkschaften waren es besonders die Bergarbeiter, allen voran Heinrich Imbusch, die auf eine Konfrontation mit den "Berlinern" und ihren Förderern im Episkopat drängten. Imbusch scheute sich auch nicht, 1913 den Trierer Bischof im "Bergknappen" anzugreifen und so zu demonstrieren, daß die Kirchenhierarchie von den katholischen Arbeitern nicht mehr unbegrenzten Respekt und Gehorsam beanspruchen konnte.

Der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager wirkte dennoch merklich auf den Handlungsspielraum des christlichen Bergarbeiterverbandes zurück. Das drohende kirchliche Verbot interkonfessioneller Gewerkschaften mußte auch den größten und bedeutendsten der christlichen Gewerkschaftsverbände dazu veranlassen, sich bei potentiellen Verbündeten und Helfern - den wohlmeinenderen Bischöfen, der Zentrumspartei und der preußischen Regierung - rückzuversichern. Solche Rücksichtnahme trug dazu bei, daß sich der Gewerkverein aus der nach 1905 aufgenommenen Kooperation mit dem Alten Verband zunehmend zurückzog und eine Verwicklung in Arbeitskämpfe zu vermeiden suchte. Dadurch geriet der

christliche Verband innerhalb der Bergarbeiterbewegung in die Isolation, die ihren Höhepunkt erreichte, als der Gewerkverein den Ruhrbergarbeiterstreik von 1912 boykottierte und so entscheidend zu dessen Scheitern beitrug. Dabei ging die von Heinrich Imbusch vertretene und gegen internen Widerstand durchgesetzte Linie von der Überlegung aus, daß der kleinere christliche Verband sich deutlich vom der größeren Konkurrenten abheben mußte, wollte er nicht in dessen Sog geraten.
Schon 1906 hatte sich Heinrich Imbusch mit der Schrift "Ist eine Verschmelzung der Bergarbeiter-Organisationen möglich?" als programmatischer Sprecher seiner Gewerkschaft profiliert. Auch in den nächsten Jahren meldete er sich im "Bergknappen", in Broschüren und auf Gewerkschaftskongressen mit grundsätzlichen Kommentaren zur Position der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu Wort. Imbuschs Darstellung der Grundprinzipien der Bewegung beschränkten sich im Kern auf wenige, oft wiederholte Leitsätze, die deutlich die Handschrift der Mönchengladbacher Volksvereins-Schulungskurse trugen. Die Notwendigkeit von Gewerkschaften leitete Imbusch aus der Logik moderner Industriegesellschaften ab: Da die Lohnarbeiter auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen seien, als einzelne aber beim Abschluß des Arbeitsvertrages sich gegenüber dem Arbeitgeber gewöhnlich in einer weitaus schwächeren Position befänden, könne ein Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit nur durch die kollektive Vertretung von Arbeiterinteressen hergestellt werden. Zwar seien einheitliche Gewerkschaften wünschenswert, doch solange sei dies nicht möglich, wie die freien Gewerkschaften Teil einer christentumsfeindlichen Bewegung seien, die Klassenkampf und revolutionären Umsturz propagiere. Daher zwängen "höhere als wirtschaftliche Gründe" die christlichen Arbeiter beider Konfessionen, sich in eigenen Gewerkschaften zu organisieren.
Methoden und Ziele der Interessenvertretung orientierten sich am Ideal schiedlich-friedlichen Aushandelns durch die Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und dem Abschluß von kollektiven Tarifverträgen, wobei der Streik nur als letztes Mittel legitim sei. Ein solcher sozialpartnerschaftlicher Ansatz wirkt zwar modern und zukunftsweisend, besaß aber vor 1914 angesichts der rigiden "Herr-im-Haus"-Haltung der Schwerindustriellen wenig Realisierungschancen. So blieb Imbusch und seinen Mitstreitern wenig anderes übrig, als zu versuchen, die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und die rechtliche Position der Gewerkschaften

auf dem Wege der Gesetzgebung und über staatliche Intervention zu verbessern.
Wenn Imbusch auf der Generalversammlung des Gewerkverein 1911 die grundsätzliche Stellung seiner Gewerkschaft zur bestehenden Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung formulierte, so zielte dies primär darauf, sich von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung deutlich abzugrenzen. Er betonte dabei zum einen die grundsätzliche Notwendigkeit einer kapitalistischen Unternehmerschaft für ein modernes Wirtschaftssystem und ein gemeinsames Interesse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an einer möglichst rentablen und produktiven Industrie. Zum anderen stellte er sich ausdrücklich "auf den Boden der heutigen Staatsordnung". Mit dem demonstrativen Bekenntnis zu "Kaiser und Reich" unterstrich Imbusch die Legitimität des Anspruchs der Arbeiterschaft auf Gleichberechtigung und Gleichbehandlung im und durch den wilhelminischen Staat und seine Behörden. Nationale oder patriotische Gefühle hielten sich wohl beim katholischen Arbeiterführer Heinrich Imbusch die Waage mit einer ausgeprägten Skepsis gegen nationalistische Rhetorik, die für ihn allzu oft "zur Verteidigung des Geldsacks", zur Diskriminierung der Arbeiterschaft und als Kampfparole gegen den politischen Katholizismus instrumentalisiert worden war.
Trotz aller programmatisch-ideologischen Abgrenzung unterschieden sich jedoch die konkreten Konzepte und die Alltagspraxis gewerkschaftlicher Arbeit, die Handlungsspielräume und die organisatorischen Vorstellungen der Führer beider Gewerkschaftsrichtungen nur unwesentlich. Das Gegeneinander der Bergarbeiterverbände wirkte für die bergmännische Interessenvertretung äußerst gegenproduktiv. Nachdem der Ruhrbergarbeiterstreik von 1912 die Eigenständigkeit des christlichen Verbandes augenfällig demonstriert hatte und einige Monate danach der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager vorläufig beendet schien, leitete Heinrich Imbusch einen Kurswechsel im Gewerkverein christlicher Bergarbeiter ein. Ein Arbeitskonflikt im Staatsbergbau an der Saar gab Ende 1912 dem christlichen Bergarbeiterverband die Gelegenheit, sich als kampfbereite Gewerkschaft zu präsentieren. Der Vorstand übernahm die Federführung des Arbeitskampfes, und Heinrich Imbusch gelang es, in zähen Verhandlungen mit dem preußischen Handelsminister in Berlin die Bergverwaltung zu Konzessionen zu bewegen. Schließlich startete die Gewerkvereinsführung im letzten Vorkriegsjahr den Versuch, aus seiner selbstgewählten Isolation in der Bergarbeiterbewegung auszubrechen, und schlug eine Arbeits-

gemeinschaft aller Bergarbeiterverbände vor, ohne damit aber auf allzuviel Gegenliebe zu stoßen.

III

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914 verschob die Konstellationen und Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeit grundlegend. Die Imbusch-Brüder, nun Mitte 30, wurden bald nach Kriegsbeginn eingezogen. Heinrich kehrte schon Anfang 1915, von seinem Verband reklamiert, nach Essen zurück. Sein Bruder Hermann wurde im Dezember 1914 als vermißt gemeldet und schließlich 1917 für tot erklärt.

Der Burgfrieden machte den Weg frei für eine Kooperation zwischen den Bergarbeiterverbänden. Seit Anfang 1915 traten die Gewerkschaftsführungen bei Eingaben an Arbeitgeber und staatliche Behörden gemeinsam auf. "Wenn sich Gegner zusammensetzen", kommentierte Imbusch später, "dann finden sie in der Regel, daß der andere doch besser ist, als man glaubte." Das Ende der Grabenkämpfe zwischen den Gewerkschaftsrichtungen legte den Blick frei für die Ähnlichkeit der Strategien und Konzepte, mit der sozialdemokratische und christliche Gewerkschafter Arbeiterinteressen verfolgten.

Grundsätzlich von der Gerechtigkeit der deutschen Sache überzeugt, sah Heinrich Imbusch schnell die Chancen, die der Krieg für die Anerkennung der Gewerkschaften als legitime Interessenvertreter der Arbeiterschaft schuf. "Wir wollen durchhalten für Deutschlands Zukunft, damit auch der Arbeiter als gleichberechtigt angesehen wird", erklärte Imbusch der eigenen Gewerkschaftsbasis 1917 und brachte damit seine "Kriegsziele" auf den Punkt. Allerdings wurden solche Hoffnungen von den Arbeitgebern bald enttäuscht und auch das Verhältnis zu den staatlichen und militärischen Behörden blieb zwiespältig. Zwar gelang es den Gewerkschaftern nun, als Vertreter der Arbeiterschaft zu Besprechungen hinzugezogen zu werden, doch ihr Handlungsspielraum wurde zusehends eingeengt. Die Bergarbeiterführer sahen sich mehr und mehr in die Rolle gedrängt, primär die Arbeitsmoral der Belegschaften im kriegswichtigen Bergbau aufrechtzuerhalten. Auf Versammlungen und im Verbandsorgan wies Heinrich Imbusch immer wieder auf die Bedeutung eines deutschen Sieges für die Arbeiter hin und malte die mutmaßlichen Folgen einer Niederlage in düstersten Farben. Doch bei kritischen Berichten waren die Mili-

tärbehörden mit Strafandrohungen schnell zur Hand. Nur mit Mühe konnte die Redaktion verhindern, daß der "Bergknappe" der Vorzensur durch das Generalkommando in Münster unterstellt wurde.
Im Laufe des Krieges wurden die Emanzipations- und Partizipationsansprüche der Arbeiterschaft zunehmend drängender. Heinrich Imbusch mahnte 1916 in einer parteiinternen Denkschrift eindringlich eine durchgreifende Demokratisierung des Zentrums für die Nachkriegszeit an. Die Partei müsse "die breiten Volksmassen gleichberechtigt zur Mitarbeit" heranziehen. Sie könne nicht länger einseitig landwirtschaftliche Interessenpolitik auf Kosten der großen Masse der Industriebevölkerung betreiben. Im letzten Kriegsjahr spitzten sich die Gegensätze im politischen Katholizismus zu, als die von der Regierung angekündigte Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts auch im katholischen Lager auf Widerstand stieß. Die westdeutschen katholischen Arbeiter gingen nun mit einer Serie von Protestveranstaltungen auf offenen Konfrontationskurs gegen die konservativen Kräfte im politischen Katholizismus vor, und Heinrich Imbusch forderte im "Bergknappen" die christlichen Arbeiter auf, alles dafür zu tun, um die Wiederwahl derjenigen Abgeordneten zu verhindern, die gegen die Reform gestimmt hatten.

IV

Die Parlamentarisierung des Reiches kommentierte Heinrich Imbusch im Oktober 1918 vornehmlich unter dem Gesichtspunkt der Emanzipation der Arbeiterschaft: Nun endlich müßten die Arbeiter als gleichberechtigt mit anderen Volkskreisen angesehen und ihre Wünsche stärker beachtet werden. Hatte er zuvor immer betont, seine Bewegung stehe auf den Boden der bestehenden Ordnung, und es vermieden, umfassende verfassungspolitische Vorstellungen zu formulieren, so implizierten seine Äußerungen nun, daß erst das Ende des obrigkeitsstaatlichen Konstitutionalismus den Weg für eine Gleichberechtigung der Arbeiterschaft freimachte. Parallel zur politischen Umorientierung gaben auch die Bergbauunternehmer ihre strikte Frontstellung gegen die Gewerkschaften auf und luden die Bergarbeiterverbände zu Gesprächen ein. Innerhalb von wenigen Wochen hatten sich so langgehegte Ziele Imbuschs und seiner Kollegen verwirklicht. "Für die alten Gewerkschaftler", schrieb er 1919, "die seit den kleinen Anfängen ihrer Bewegung dabei waren, war das eine große Genugtuung." Die Novemberrevolution er-

schien Imbusch daher als unnötiges und schädliches Zwischenspiel, die zudem die Bewegung, die sich schnell auf "den Boden der gegebenen Verhältnisse" gestellt, in Erklärungszwang setzte. "Der Gewerkverein stand treu zur Monarchie, bis uns die Monarchen verließen", verkündete Imbusch vor der Generalversammlung des Gewerkvereins ein halbes Jahr später.

Heinrich Imbusch wurde im Januar 1919 als Abgeordneter des Zentrums in die Deutsche Nationalversammlung gewählt und gehörte danach von 1920 bis 1933 ununterbrochen dem Reichstag an. Die christlichen Gewerkschafter in den Fraktionen der bürgerlichen Parteien befanden sich 1919 in einer außergewöhnlich günstigen Situation, um eigene Vorstellungen in die Weimarer Sozial- und Wirtschaftsverfassung einzubringen. Zum einen waren ihre Parteien nun sehr viel mehr als früher bereit, weitgehende Reformen zugunsten der Arbeiterschaft mitzutragen. Zum anderen nahmen die Mehrheitssozialdemokraten Abstand davon, die genuin sozialistischen Teile ihres Programms umzusetzen. Heinrich Imbuschs parlamentarische Arbeit 1919/20 konzentrierte sich auf die den Bergbau betreffenden wirtschafts- und sozialpolitischen Weichenstellungen, die Kohlenwirtschaftsgesetze und die Debatten um eine Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Als bergbaupolitischer Sprecher des Zentrums lehnte er eine Verstaatlichung ab und trat für eine Reform ein, die den Bergbau zwar grundsätzlich in Privatbesitz ließ, dem Staat, Kohlekonsumenten und Beschäftigten aber weitgehende Einflußmöglichkeiten auf Produktion und Absatz eröffnete.

Der Bergarbeiterführer Heinrich Imbusch war in den ersten Nachkriegsjahren allerdings vor allem mit der Lösung unmittelbarer und dringlicher Probleme beschäftigt. Die Gewerkschaftsführungen im Ruhrgebiet standen seit der Novemberrevolution unter dem Druck der radikalen Massenbewegung, die an den gewerkschaftlichen Abmachungen mit den Unternehmern vorbei in wilden Streiks versuchte, weitgehende und grundlegende Verbesserungen für die Bergarbeiterschaft zu erzwingen. Eingezwängt zwischen der eigenen Basis, konzessionsunwilligen Arbeitgebern und den Parteifreunden in der Regierung, die der Aufrechterhaltung der Kohleförderung höchste Priorität einräumten, sahen sich christliche wie sozialdemokratische Bergarbeiterführer zu permanentem Lavieren gezwungen. Im Frühjahr 1919 beteiligte sich sogar eine große Zahl christlich organisierter Bergleute an einem mehrwöchigen Streik für die Reduzierung der Schichtzeit auf sechs Stunden, während ihre Verbandsführung den Ausstand verurteilt hatte. Heinrich

Imbusch, seit Sommer 1919 offiziell Vorsitzender des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, war davon überzeugt, daß angesichts akuten Kohlenmangels die Förderung unbedingt gesteigert werden mußte, die geforderte Sechsstundenschicht im Bergbau daher katastrophale Auswirkungen auf die Energieversorgung haben würde und im übrigen auch später eine unrealistische Forderung sein würde. Wilde Streiks, bürgerkriegsähnliche Zustände wie in den Wochen nach dem Kapp-Putsch 1920 und die ständigen Lohnverhandlungen während der Inflationsjahre hatten zur Folge, daß die Bergarbeiterführer fast permanent Krisenmanagement betreiben mußten. Seit 1920 versuchte Imbusch durch enges Einvernehmen mit dem neuen Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns, einem alten Weggefährten aus der westdeutschen Arbeiterbewegung und Fraktionskollegen, besonders in der Tarifpolitik für seinen Verband eigenes Profil zu gewinnen.

V

Anfang 1923 spitzte sich nach dem Einmarsch französischer Truppen die Lage im Ruhrgebiet zu. Die Bergarbeitergewerkschaften trugen acht Monate lang den passiven Widerstand gegen die Besatzung mit. Wieder waren die Gewerkschaftsführer in eine Position geraten, in der sie die Interessenvertretung zugunsten übergeordneter politischer Ziele hintanzustellten, während Hyperinflation und Versorgungsengpässe für wachsende Entfremdung zur Basis sorgten. Wenige Tage nach dem Abbruch des passiven Widerstandes verkündeten die Unternehmer dann in den Zechen gegen geltendes Recht und laufende Tarifverträge und ohne Rücksprache mit den Gewerkschaften, von nun ab werde wieder wie vor 1918 die achteinhalbstündige Schicht verfahren. Damit hatten die Zechenbesitzer demonstriert, daß sie gewillt waren, zur autokratischen Arbeitsverfassung der Vorkriegszeit zurückzukehren. Heinrich Imbusch, erfüllt von "maßlosem Zorn" über diese "unglaubliche Lumperei", konnte zwar den Reichsarbeitsminister veranlassen, die Unternehmer zur Rücknahme des "Arbeitszeitdiktats" zu zwingen. Daß aber Brauns in den folgenden Monaten den Ruhrarbeitgebern in ihren Abbaumaßnahmen materiell weit entgegenkam, erboste den Gewerkvereinsvorsitzenden so, daß er dem Arbeitsminister die Freundschaft und weitere Kooperationswilligkeit aufkündigte. Schließlich demonstrierte der christliche Bergarbeiterverband während des vierwöchigen Arbeitskampfes im Ruhrrevier im Frühjahr

1924 ungewohnte Militanz. Für Heinrich Imbusch war es nun klar, daß die Zechenbesitzer durch die Zusammenarbeit mit den Bergarbeiterverbänden nur "ihre Unternehmen und ihr Leben retten wollten vor der Revolution". Nun, da sie sich wieder stark genug fühlten, versuchten sie, sich der Gewerkschaften zu entledigen.
Heinrich Imbusch profilierte sich seit Mitte der 1920er Jahre als erbitterter Kritiker der Ruhrindustriellen, der sich auch nicht vor drastischen öffentlichen Äußerungen scheute: "Und wenn noch einmal in Deutschland eine Revolution käme", donnerte er 1925 in einer Gewerkschaftskundgebung in Essen, "ich glaube nicht, daß dann die Köpfe der ganzen führenden deutschen Unternehmer gerettet würden." In solchen Äußerungen sprach das Bedauern mit, es 1918/19 versäumt zu haben, die Macht der schwerindustriellen Eliten dauerhaft zu brechen. Die unternehmernahe Presse versuchte ihrerseits, den Gewerkvereinsvorsitzenden, der durch seine Verbindungen in der Regierung und den bürgerlichen Parteien zum unangenehmen Gegner geworden war, zu diskreditieren und zu isolieren. Trotz zur Schau gestellter Robustheit reagierte Imbusch auf Pressekampagnen, die ihn als verkappten Kommunisten hinstellten und Zweifel an seinem christlichen Glauben äußerten, mit einiger Empfindlichkeit und steigerte sich bisweilen in eine stark emotionsgeladene Frontstellung gegen die Ruhr-Spitzenmanager hinein.
Heinrich Imbusch wiederholte zwar auf dem Dortmunder Kongreß der christlichen Gewerkschaften 1926 die alten christgewerkschaftlichen Formeln, die dem Aushandeln eines freiwilligen Konsenses zwischen den Tarifpartnern Priorität einräumten. Doch seine scharfe Kritik am Verhalten der Unternehmer machte klar, daß er solche Konzepte in der Großindustrie auf absehbare Zeit nicht umsetzbar hielt. Die Weltwirtschaftskrise und der erneute Angriff der Ruhrunternehmer auf das Tarifvertragssystem im Bergbau verschärften die Spannungen noch einmal. Imbusch machte die Schwerindustriellen nun als ernste Gefahr für die Demokratie aus und startete Anfang 1932 eine Kampagne für eine Verstaatlichung des Bergbaus. Nachdem er vor 1914 und noch während der Sozialisierungsdebatten 1919/20 die wichtige Rolle der Unternehmer für eine funktionierende Wirtschaft betont hatte, hielt er nun die Unternehmer im hochkartellisierten Bergbau schlicht für überflüssig und sah ihre Machtposition als gemeingefährlich an.
Die Konfrontation von Arbeitgebern und Gewerkschaften im Ruhrbergbau trug zur Entspannung des Verhältnisses zwischen den Gewerkschaftsrichtungen bei. Im Laufe der 20er Jahre spielte sich eine Kooperation der Verbandsvorstände ein. Der Druck des bür-

gerlich-klerikalen Umfeldes, der zuvor den Handlungsspielraum des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter eingeengt hatte, hatte merklich nachgelassen. Die Milieugrenzen zwischen den Bergarbeitern hatten begonnen, sich im Alltag zu verwischen. Zwar stand für Imbusch angesichts der Einbindung in politischen Katholizismus und christlich-nationale Gesamtbewegung die Frage der Einheitsgewerkschaft nicht auf der Tagesordnung. Aber das Tarifrecht machte einheitliches Auftreten der Gewerkschaften und die Koordination ihrer Politik erforderlich. In Abgrenzungsnöte gerieten Imbusch und seine Vorstandskollegen kaum noch, nachdem nun die Führer des Alten Verbands nicht mehr offensiv am gewerkschaftspolitischen Status quo rüttelten. Zudem hatte der sozialistische Bergarbeiterverband durch die innere Auseinandersetzung zwischen einem gemäßigt sozialdemokratischen Vorstand und einer starken radikalen Opposition für die christlichen Bergleute an Attraktivität eingebüßt.

VI

Heinrich Imbusch trat nach 1919 als Befürworter einer engen Kooperation zwischen Zentrum und Sozialdemokratie auf. Einerseits verfolgte er damit taktische Überlegungen, denn die Einbindung der Sozialdemokraten in die Regierung würde dem Alten Verband Möglichkeit nehmen, den Gewerkverein für unpopuläre Maßnahmen der Regierung verantwortlich zu machen. Es war aber wohl mehr noch das Bewußtsein der prekären Situation der jungen Demokratie und der unbedingte Wille, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung abzusichern und auszubauen, die Imbusch veranlaßten, in der eigenen Partei auf den Einbezug der SPD in die Regierung zu drängen. Waren solche Bestrebungen auf Reichsebene nur selten erfolgreich, so zeugt doch die relative Stabilität der von der "Weimarer Koalition" getragenen preußischen Regierung vom Gewicht, das die katholischen Arbeiter an Rhein und Ruhr in die Waagschale legen konnten.
Diese Ausrichtung brachte Imbusch in Gegensatz zu den Vorstellungen Adam Stegerwalds, seit 1919 in Personalunion Vorsitzender des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der die christlich-nationalen Angestelltenverbände einschloß. Um die politisch heterogene Bewegung möglichst konfliktfrei zu intergrieren, setzte Stegerwald auf ein Bündnis des Zentrums mit den bürgerlichen Rechtsparteien.

Erwiesen sich zwar Projekte wie die 1920 auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften vorgeschlagene bürgerliche Volkspartei schnell als unrealistisch, so brachten Stegerwalds Rechtskurs und sein Versuch, die christlichen Gewerkschaften zu politisieren, ihn immer wieder in den Konflikt mit Heinrich Imbusch und anderen Führern der großen christlichen Industriearbeiterverbände. Der Konflikt spitzte sich schließlich zu, als die DGB-Tageszeitung "Der Deutsche" die Haltung des christlichen Bergarbeiterverbandes während des Arbeitskampfes im Frühjahr 1924 kritisierte. In der folgenden Auseinandersetzung mahnte Imbusch besonders die Konzentration auf die eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften an, die Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Politische Zielsetzungen müßten sich immer diesen Aufgaben unterordnen; eine allzu große Rücksichtnahme auf die "Volksgemeinschaft", die von anderen Interessenverbänden nicht in gleichem Maße vollzogen werde, bringe für die Arbeiter nur Nachteile. Die mit dem antisozialistischen Konsens begründete Annäherung an die Rechtsparteien hielt Imbusch nun für ausgesprochen schädlich, da sich das "Geschrei gegen den Marxismus" dort gewöhnlich gegen jede selbständige Arbeiterbewegung richte. Schließlich ging es Imbusch grundsätzlich um die Haltung der Bewegung zum Weimarer Staat, die er im DGB-Organ nicht angemessen vertreten fand.

Nachdem sich Stegerwald 1929, nach seinem Eintritt in die Regierung, aus seinen Gewerkschaftsämtern zurückzog, galt Heinrich Imbusch als aussichtsreichster Kandidat für seine Nachfolge. Da er sich aber weigerte, seine Machtposition als Bergarbeiterchef aufzugeben, und den Vorsitz der Dachverbände nur ehrenamtlich übernehmen wollte, mußte Imbusch schließlich den Vorsitz des Gesamtverbands Bernhard Otte überlassen und wurde nur zum DGB-Vorsitzenden gewählt.

Seine Arbeit als Reichstagsabgeordneter verstand Heinrich Imbusch vornehmlich als Engagement für die Verbesserung der Lage der Arbeiter und die Berufsinteressen der Bergleute. Seine parlamentarische Tätigkeit beschränkte sich überwiegend auf die für die Bergarbeiterschaft wichtigen Fragen. Bei den Verhandlungen um die Reichsknappschaftsgesetze 1923 und 1926 bediente sich Imbusch virtuos seiner Verbindungen zu den Abgeordneten der christlich-nationalen Gewerkschaften, um eigenen Vorstellungen gegen die ursprünglichen Intentionen der Regierung eine Mehrheit quer durch die bürgerlichen Parteien zu verschaffen, der sich auch die Linksparteien anschlossen. Trotz solcher Erfolge veranlaßten ihn

aber die verteilungspolitischen Weichenstellungen der "bürgerlichen" Regierungen, die Finanz- und Steuerpolitik wie die Zwangsschlichtung, Mitte der 20er Jahre auf Distanz zur eigenen Partei zu gehen. Die Konflikte entzündeten sich im Herbst 1927 an der Beamtenbesoldungsreform der Regierung Marx, die den Beamten kräftige Gehaltsteigerungen zugestand. Der Vorsitzende des christlichen Bergarbeiterverbandes betrachtete es als ein Stück Restauration der Vorkriegsgesellschaft, wenn versucht wurde, die Beamtengehälter wieder in den alten Abstand zu den Arbeiterlöhnen zu bringen. Für Heinrich Imbusch gehörte die Beamtenbesoldungsreform in die lange Reihe der Bestrebungen der alten Herrschaftseliten des Kaiserreichs, den "sozialen Volksstaat" zu beseitigen.
Der Konflikt schwelte auch nach der Verabschiedung der Besoldungsvorlage weiter. Es war besonders Heinrich Imbusch, der seine Unzufriedenheit mit der Verfassungswirklichkeit der Republik wie auch der steckengebliebenen Demokratisierung der Zentrumspartei zum Ausdruck brachte. Trotz der demokratischen und sozialen Verfassung stehe in der Praxis ein "unsozialer Bürokraten-, Klassen- und Kastengeist" der Gleichberechtigung der Arbeiter entgegen. Als Ende 1928 Adam Stegerwald bei der Wahl auf dem Parteitag eine demütigende Abstimmungsniederlage hinnehmen mußte, stellte sich der Gewerkvereinsvorsitzende an die Seite des alten Widersachers und kritisierte die zähe Beharrungskraft der alten Honoratiorenwirtschaft. Imbusch beklagte aber vor allem die mentalen Hemmnisse, die die Arbeiter an der Parteibasis von einer nachdrücklichen Vertretung ihrer Belange abhielten.
Seit 1930 sah sich der DGB-Vorsitzende einer Reichsregierung gegenüber, deren prominenteste Mitglieder aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen waren. Anders als etwa die Führungsspitze des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften zeigte sich Imbusch von Anfang an nicht geneigt, sich allzu sehr von den früheren Kollegen Brüning und Stegerwald in die Verantwortung nehmen zu lassen. In einigen Punkten mag Imbusch zwar Konzepte und Zielvorstellungen Brünings durchaus geteilt haben, etwa wenn es um die Beendung der Reparationsverpflichtungen oder um den Abbau des staatlichen Haushaltsdefizits via Senkung der Beamtengehälter ging. Die von der Regierung betriebene Politik des radikalen Abbaus sozialer Leistungen und Löhne fand in Heinrich Imbusch schnell einen ausdauernden Kritiker, der beharrlich die gerechte Verteilung der Lasten einforderte. Der deutschen Wirtschaft Wettbewerbsvorteile durch Lohnkosten- und Preissenkungen zu verschaffen, brachte nach Imbuschs Überzeugung nur

eine Spirale von Arbeitslosigkeit, Kaufkraftverfall und Absatzstockung in Gang.
Trotz der persönlichen Verbindungen zu Regierungschef und Arbeitsminister engten die Wirtschaftskrise und ihre Folgen die Machtposition der Gewerkschaften, ebenso wie die weitgehende Ausschaltung des Reichstags Imbuschs Handlungsspielraum stark ein. Er bekam dies besonders zu spüren, als er 1930/31 zwar Regierungsvorlagen zur finanziellen Sanierung der Knappschaftsversicherung in den Ausschüssen abblockte und seinen eigenen Vorstellungen im Reichstagsplenum eine Mehrheit verschaffte. Aber nun überging das Präsidialregime die Parlamentsmehrheit einfach, und der Arbeitsminister setzte die Leistungskürzungen per Dekret durch. Je tiefer die Notverordnungen in das Lohngefüge des Bergbaus eingriffen und je weitgehender die staatlichen Schlichter den Forderungen der Arbeitgeber nach Lohnsenkungen nachkamen, desto schärfer wurde im Laufe des Jahres 1931 Imbuschs Kritik an der Regierung. Allerdings verzichtete er dabei auf spektakuläre Auftritte in der Öffentlichkeit und beschränkte sich im wesentlichen darauf, in Resolutionen der Gewerkschaftsvorstände zu protestieren und intern Kritik anzubringen. Ganz ähnlich wie den Sozialdemokraten blieb auch Heinrich Imbusch mangels realistischer politischer Alternative nicht viel anderes übrig, als die Regierung Brüning zähneknirschend als kleineres Übel zu betrachten.

VII

Das größere Übel materialisierte sich nach dem Sturz Brünings Mitte 1932: Mit dem Kabinett von Papen waren für Heinrich Imbusch die Vertreter jener "sozialen Reaktion" an die Macht gekommen, die er so lange erbittert bekämpft hatte. Unmittelbar nach dem Regierungsantritt Papens erklärte Imbusch auf einer Kundgebung der Zentrumsarbeiter: "Es geht bei der neuen Regierung für die Arbeitnehmer wirklich um alles.(...) Es geht um die Freiheit der Arbeiter, um die Gleichberechtigung, um die wirtschaftliche Existenz." Diese Befürchtung schien sich nach dem Verfassungsbruch des "Preußenschlags" zu bestätigen, doch auch zu dieser Gelegenheit blieb der öffentliche Protest eher ein Zeichen der Ohnmacht.
In der NSDAP sah Heinrich Imbusch trotz ihrer Wahlerfolge zunächst die im Vergleich zu den Restaurationsbestrebungen der alten Eliten geringere Gefahr. In seinen öffentlichen Stellungnahmen seit

Anfang 1932 deutete er an, daß ihm nicht so sehr die diktatorischen Zielvorstellungen selbst, sondern eine mögliche Instrumentalisierung der nationalsozialistischen Bewegung durch die Großindustrie Kopfzerbrechen bereitete. Insgesamt gab Imbusch sich im Januar 1932 optimistisch, könnten doch die Nationalsozialisten "die großen Arbeitermassen nur dann gewinnen, wenn sie die Lebensinteressen der Arbeiter achten und vertreten würden". Nach einer solchen Diagnose schien es nur folgerichtig zu sein, den Versuch zu machen, mit den Exponenten des "Arbeitnehmerflügels" der NSDAP ins Gespräch zu kommen. Über die Führung des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes hatte der DGB-Vorsitzende schon Ende 1931 Fühler zu Gregor Strasser ausgestreckt und war offenbar im Herbst 1932 an Gesprächen um die Bildung einer "Querfront", einer von Gewerkschaften und linkem NSDAP-Flügel gestützten Regierung, beteiligt.

Auch nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler hielt Imbusch an seiner Beurteilung der NS-Bewegung fest: Sie sei, so analysierte er vor den Delegierten der letzten Generalversammlung des christlichen Bergarbeiterverbandes Mitte März 1933, eine "Mischung von reaktionären und revolutionären Kräften; auf der einen Seite die Vertreter der alten Herrenkaste, auf der anderen Seite Kräfte, die den revolutionären Sozialismus wollen. Wer sich durchsetzt, ist noch nicht abzusehen." Nach wie vor hielt er die Gewerkschaftsfeinde in der Regierung Hitler-Hugenberg für die gefährlichsten Widersacher und versuchte deren Einfluß durch Einwirkung auf nationalsozialistische Angestelltengewerkschafter zu konterkarieren. Zwar war sich Imbusch der ernsten Situation bewußt, hielt aber wie die meisten seiner frei- und christgewerkschaftlichen Kollegen taktische Anpassung und Einflußnahme durch Mitarbeit für die erfolgversprechendste Vorgehensweise. Allerdings mochte er nicht so weit gehen wie die Mehrheit der Reichstagsfraktion seiner Partei und freiwillig auf vitale Rechte verzichten. In der fraktionsinternen Abstimmung am 23. März 1933 gehörte Heinrich Imbusch zu den Zentrumsabgeordneten, die sich gegen eine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz wandten, stimmte dann aber im Plenum auch mit Ja.

Ende Mai 1933 verließ Imbusch seine Heimatstadt Essen, nachdem er Warnungen erhalten hatte, sein Leben werde bedroht, und setzte sich in das noch unter Völkerbundsmandat stehende Saargebiet ab. Bis Ende des Jahres versuchte er vergebens, die Weichen zu stellen für eine gefahrlose Rückkehr zu seiner Familie in Essen. Sowohl in der saarländischen Zentrumspartei als auch in den christlichen Gewerkschaften setzten sich im Herbst 1933 diejenigen durch, die auf Kooperation mit den Nationalsozialisten und vorbehaltlose Rückkehr der Saar zum Deutschen Reich setzten. Heinrich Imbusch mißbilligte nach den Erfahrungen mit der Anpassungspolitik des vergangenen Frühjahrs diese Entwicklung, er trat aber erst an die Öffentlichkeit, als Mitte 1934 seine Ehefrau mit den sechs Kindern nach Saarbrücken übergesiedelt war. Nun engagierte er sich offen für die katholische Opposition gegen die Rückgliederung, die dafür plädierte, am Status quo des Saargebiets als Völkerbundsmandat solange festzuhalten, wie im Reich eine Diktatur herrsche.
Mit ihren überlegenen Ressourcen, kräftig subventioniert durch das Reich, unterstützt von der Mehrzahl der prominenten katholischen Politiker und Gewerkschafter, erwies sich die Propaganda der Rückgliederungsbefürworter als wesentlich durchschlagender als die Bemühungen der Status-quo-Bewegung. Die letzten Erfolgschancen der katholischen Opposition schwanden dahin, als die Bischöfe von Trier und Speyer kurz vor der Abstimmung die saarländischen Katholiken dazu aufriefen, ihre Stimme für die Rückgliederung abzugeben, und den Geistlichen ihrer Diözesen untersagten, für die Status-quo-Bewegung aktiv zu werden. Nun mußte Heinrich Imbuch mit einigen anderen prominenten Dissidenten aus dem politischen Katholizismus die Hauptlast des Abstimmungskampfes tragen. Der ehemalige Gewerkvereinsvorsitzende wurde Ende Dezember 1934 während eines Auftritts von einem Schlägertrupp angegriffen und krankenhausreif geschlagen.
Im Januar 1935 stimmten mehr als 90 Prozent der Saarländer für die "Heimkehr ins Reich", und die Familie Imbusch mußte wieder emigrieren, dieses Mal ins benachbarte Luxemburg. Das Großherzogtum nahm die Flüchtlinge zwar auf, aber die Behörden legten ihnen ein und um's andere Mal Hindernisse in den Weg, wenn es um Aufenthaltsgenehmigungen, Ausweispapiere oder ähnliches ging. Hinzu kamen finanzielle Sorgen, denn der Lebensunterhalt mußte größtenteils von dem Geld bestritten werden, das aus dem Saargebiet mitgebracht worden war. 1937 wurden Heinrich

Imbusch, seine Frau und seine Kinder von den deutschen Behörden ausgebürgert, ihr Essener Wohnhaus enteignet. Zuvor hatte die Gestapo vergeblich versucht, Imbusch als Spitzel anzuwerben.
Es war wohl die prekäre Lage seiner Familie in Luxemburg, die Imbusch davon abhielt, sich öffentlich politisch zu engagieren. Doch unterhielt er, soweit sich absehen läßt, Kontakt zu einer Reihe von Kreisen und Personen unterschiedlichster politischer Couleur. Relativ gut dokumentiert sind die Gespräche, die Imbusch 1935/36 mit dem ebenfalls in Luxemburg lebenden Sozialdemokraten Wilhelm Sollmann, dem ehemaligen Vorsitzenden des Freidenkerverbandes Max Sievers und dem schon 1930 aus der NSDAP ausgeschlossenen "Linksnationalsozialisten" Otto Strasser führte. Eine Zeitlang traf sich dieser Kreis relativ regelmäßig und debattierte über ein gemeinsames Positionspapier, mit dem eine Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppen von NS-Gegnern begründet werden sollte. Doch letztlich erwies sich die Verschiedenheit der Standpunkte und Konzepte zu groß, als daß die Gespräche über einen unverbindlichen Meinungsaustausch hinausgekommen wären. Heinrich Imbusch beharrte weiterhin auf der Unvereinbarkeit von Marxismus und Christentum, wenn er auch sozialistische Programmpunkte wie weitgehende Verstaatlichungen durchaus billigte und die Bildung von Einheitsgewerkschaften befürwortete. Ergebnislos verliefen auch Versuche der kommunistischen Parteiführung und von emigrierten sozialistischen Gewerkschaftern, den ehemaligen Bergarbeiterführer zu einer aktiven Kooperation zu bewegen.
Von Verbindungen Imbuschs mit regimekritischen Katholiken ist außer einer Korrespondenz mit dem emigrierten Jesuitenpater Friedrich Muckermann allerdings kaum etwas überliefert. In diesen Briefen forderte Imbusch von den Katholiken, nicht nur den Kommunismus, sondern in gleicher Weise auch den Nationalsozialismus als christentumsfeindlich zu brandmarken und zu bekämpfen. Herbe Kritik übte er dabei an den deutschen Bischöfen, an deren Opportunismus gegenüber dem Regime und ihrer Hilfestellung für die Nazionalsozialisten während der Saarabstimmung und nach dem "Anschluß" Österreichs. Letztlich stand aber die selbstverständliche Bindung an das katholische Lager für Imbusch nicht zur Debatte.
Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Luxemburg im Mai 1940 mußte er erneut flüchten. Er tauchte in Brüssel unter und hielt sich dort unter schwierigen Bedingungen eineinhalb Jahre lang versteckt. Schließlich kehrte er zur Jahreswende 1941/42 illegal nach Essen zu seiner Familie zurück, die einige Monate zuvor dorthin

zwangsumgesiedelt worden war. Es gelang ihm dort, sich drei Jahre lang dem Zugriff von Polizei und Gestapo zu entziehen, zuerst versteckt in der Wohnung der Familie. Nachdem dieses Haus 1944 bei einem Bombenangriff zerstört worden war, kam er schließlich bei seiner Schwester im alten Frintroper Familienkotten unter. Kurz vor Kriegsende forderten die widrigen Lebensumstände und die mangelhafte Ernährung bei dem mittlerweile 66-jährigen ihren Tribut. Am 16. Januar 1945 starb Heinrich Imbusch an den Folgen einer Lungenentzündung.

IX

Der Lebensweg Heinrich Imbuschs, namentlich sein letzter Abschnitt in Exil und Illegalität, entzieht sich dem Versuch der Typisierung. Doch verweist seine politische Biographie trotz der Flügelposition, die Imbusch besonders seit Mitte der 1920er Jahre im politischen Katholizismus und der christlichen Gewerkschaftsbewegung einnahm, darauf, daß die gängige Perspektive der historischen Forschung auf die christlichen Gewerkschaften - mit ihrer Konzentration auf die Politik der Dachverbände und die Person Adam Stegerwalds - den Charakter der Bewegung nur partiell erfaßt. Hier bietet das Lebensbild Heinrich Imbuschs durch den Blick auf den Führer einer der großen christlichen Industriearbeitergewerkschaften ein notwendiges Korrektiv: Mit ihrer im hochorganisierten proletarisch geprägten Milieu verwurzelten Kernmitgliedschaft in den Industrierevieren an Rhein und Ruhr waren diese Gewerkschaftsverbände sehr viel mehr durch die Auseinandersetzung mit einer mächtigen großindustriellen Arbeitgeberschaft geprägt als etwa die kleineren handwerklich geprägten christlichen Schwestergewerkschaften oder die Berliner Dachverbände unter Stegerwald. Was man in der DGB-Zentrale womöglich als für die Gesamtbewegung günstige politische Entwicklung begrüßte, konnte aus der Sicht des Bergarbeiterführers Imbusch als massive Verschlechterung der eigenen Position und als Machtgewinn für die "soziale Reaktion" gewertet werden. Imbuschs rückhaltloses Bekenntnis zur Republik wie sein mitunter militantes Eintreten für die Interessen der Arbeiterschaft waren von dieser durch Klassenkonflikt und die Sachzwänge gewerkschaftlicher Arbeit bestimmten Alltagspraxis des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter beeinflußt.

Für Heinrich Imbusch war die Weimarer Verfassung die grundlegende Basis für die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die er genauso vehement in der eigenen Partei einforderte. Die zunehmende Isolation der organisierten Arbeiterbewegung in der Weimarer Zeit findet hier eine Entsprechung in der Position der kirchengebunden Arbeiter innerhalb des politischen Katholizismus. Imbusch äußerte im Laufe der 20er Jahre zunehmend lauter seine Frustration über die verweigerte Emanzipation im eigenen Lager, über weiterwirkende, mehr oder minder subtile Diskriminierungen der Arbeiter und über die Beteiligung der eigenen Partei an der partiellen Restauration gesellschaftlicher Strukturen. Doch letztlich stellten solche Konflikte seine Bindung an den politischen Katholizismus und die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht infrage. Milieuverwurzelung und frühe Auseinandersetzungen mit den sozialistischen Kontrahenten in der Ruhrbergarbeiterbewegung begründeten bei Heinrich Imbusch eine stark emotional unterfütterte Abneigung gegen die sozialistische Kontrahenten, die auch noch in späteren Jahren präsent war, wie nahe die politischen Positionen und wie eng die pragmatische Zusammenarbeit mit den "Sozis" auch sein mochten. Die gefühlsmäßige Bindung an die katholische Kirche gehörte zum Kernbestand der eigenen Identität. Imbusch verstand das Christentum als eine ausgesprochen egalitäre Lehre, die ihm als ethische Fundierung emanzipatorischer Ziele diente. Seine Auseinandersetzungen mit dem eigenen Lager richteten sich daher immer auch gegen autoritär-hierarchische Interpretationen der katholischen Lehre, die von Arbeitern Gehorsam und Dulden erwarteten. Für Heinrich Imbusch war soziale Gerechtigkeit eine zentrale christliche Forderung und deren notfalls kämpferische Durchsetzung eine Pflicht.

Johannes Gronowski (1874-1958)

Wenn öffentliche Gebäude, Einrichtungen oder Straßen den Namen von bestimmten Persönlichkeiten tragen, so kann dies ein Gradmesser für die historische Erinnerungskultur einer Gesellschaft und dafür sein, welche Bedeutung die Nachgeborenen dem Leben und Wirken eines Menschen einräumen. Gemessen daran ist es um die öffentliche Wertschätzung von Johannes Gronowski schlecht bestellt. Denn dieser Mann teilt mit nicht wenigen Frauen und Männern, die im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und nach 1945 politisch tätig gewesen sind, das Schicksal, weithin in Vergessenheit geraten zu sein. Fast 30 Jahre nach seinem Tod im Jahre 1958 stiftete der Bezirksverband der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) Dortmund immerhin eine "Johannes-Gronowski-Plakette", mit der das soziale Engagement von Personen ausgezeichnet werden soll und die 1987 erstmals verliehen wurde.
Tatsächlich verkörpert Gronowski erinnerungswürdige soziale und demokratische Traditionen und Verhaltensweisen. Er gehört zu den Männern der Katholischen Arbeiterbewegung, die im Kaiserreich als Arbeitersekretäre Bewußtseinsbildung für die sozialen Probleme der Zeit betrieben, die sich nach der Novemberrevolution von 1918 zum demokratisch-parlamentarischen System von Weimar bekannten und politische Verantwortung übernahmen, die den Zumutungen und Verlockungen des NS-Regimes widerstanden und die schließlich nach 1945 entschlossen für das damals ungewisse Wagnis einer interkonfessionellen Partei eintraten. Insofern besitzt das Wirken Gronowskis im deutschen Verbandskatholizismus, in parlamentarischen Funktionen und in hohen staatlichen Ämtern exemplarische Bedeutung für den Beitrag, den die Katholische Arbeiterbewegung zur Bewältigung der politischen und sozialen Probleme Deutschlands im 20. Jahrhundert beigetragen hat.

I

Johannes Franz Gronowski wurde am 4. Februar 1874 in der westpreußischen Kreisstadt Graudenz als Arbeiterkind geboren. Der

Vater, August Franz Gronowski, starb noch vor der Geburt seines ersten Sohnes an einer schweren Infektionskrankheit. Damit war eine entbehrungsreiche Kindheit und Jugend vorgezeichnet. Denn der Tod des Vaters verschärfte die ohnehin bescheidene wirtschaftliche Situation des Elternhauses außerordentlich. Insofern wußte Gronowski, was Not ist, denn er hatte sie buchstäblich am eigenen Leib erlebt. Es ist ihm später nie in den Sinn gekommen, diese proletarische Herkunft zu leugnen, im Gegenteil. Sie und die Erfahrung von sozialer Ungleichheit prägten seine Einstellung zu sozialen und ökonomischen Problemen und erklären zu einem guten Teil Gronowskis Engagement in der Katholischen Arbeiterbewegung sowie seine besondere Sensibilität gegenüber allen Fragen der Sozialpolitik. In diesem Bewußtsein für das eigene Herkommen wurzelten auch seine persönliche und familiäre Lebensführung, die zeitlebens bescheiden blieb, sowie seine innere Sicherheit und sein Standesbewußtsein.
Nach der Schulzeit verließ der 15jährige Gronowski das Elternhaus und absolvierte in Berlin eine Maschinen- und Bauschlosserlehre. Im Anschluß an die Gesellenprüfung trat er die damals üblichen Wanderjahre an, die ihn quer durch Deutschland und schließlich nach Dortmund führten. Hier arbeitete er zunächst als Maschinenschlosser bei der Eisenbahn und qualifizierte sich durch Abendkurse zum Werkführer weiter. Im Jahre 1904 heiratete er Sophie Pott-Eckardt; der Ehe entstammten fünf Kinder.

II

Für die Mehrzahl der damaligen Führer der sozialistischen wie christlichen Arbeiterbewegung war charakteristisch, daß sie bereits im Berufsleben standen, bevor sie Weiterbildungsangebote aufgriffen, ihre Allgemeinbildung erweiterten und Spezialkenntnisse erwarben, die sie dann in die Lage versetzten, leitende Positionen zu übernehmen. Dies war auch bei Gronowski der Fall, der beispielsweise die Unterrichtskurse des 1890 gegründeten "Volksvereins für das katholische Deutschland" besuchte. Diese soziale und staatsbürgerliche Bildungs- und Schulungsstätte erlangte schon bald den Ruf, "im besten Sinne eine Volksuniversität" (J. Gronowski) zu sein. Der Volksverein entwickelte im Lauf der Zeit ein differenziertes Schulungsangebot und verfolgte damit von Anfang an eine doppelte Zielsetzung: nämlich Führer- und Massenschulung zu betreiben.

Eine wichtige Rolle spielten zunächst die "Praktisch-sozialen Kurse", die 1892 erstmals durchgeführt wurden und von dem spiritus rector des Volksvereins, Franz Hitze, konzipiert worden waren. Es handelte sich dabei um Massenveranstaltungen, die bis zu 1.750 Teilnehmer umfaßten, sich über sechs Tage erstreckten und in verschiedenen Städten des Reiches durchgeführt wurden. Der fünfte dieser Kurse fand vom 7. bis 12. Oktober 1895 in Dortmund statt. Unter den insgesamt 886 Teilnehmern waren erstmals 54 Arbeiter, von denen zehn den Kursus bis zum Ende absolvierten. Einer von ihnen war Johannes Gronowski, der später auch den "Volkswirtschaftlichen Kursus" in der Zentralstelle des Volksvereins in Mönchen-Gladbach besuchte. Dieser umfaßte zehn Wochen, war in der Regel auf 60 Personen begrenzt und diente vorzugsweise der Schulung von Arbeitern, die Führungspositionen in den Standesvereinen und in den christlichen Gewerkschaften einnahmen. Insofern überrascht es nicht, daß zahlreiche Arbeiterführer, die später in der Weimarer Republik hohe staatliche Ämter bekleideten, zu den Absolventen der Volksvereins-Kurse gehörten.
Unter dem Eindruck des "Praktisch-sozialen Kursus" richtete Gronowski mit Gesinnungsgenossen in Dortmund 1895 das erste "Volksbüro" ein. Es handelte sich dabei um eine Vorstufe der dann vor allem um die Jahrhundertwende vielerorts durch katholische Geistliche und Laien gegründeten Arbeitersekretariate bzw. Arbeitervereine. Vordringliche Aufgabe des Volksbüros war es, die Arbeiter in Angelegenheiten der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes sowie in Schul-, Steuer- und Militärsachen zu beraten. Darüber hinaus sollte das Volksbüro das katholische Vereins- und Verbandsleben insgesamt beleben.
Die bereits in der Konstruktion des Volksbüros erkennbare Tendenz, im Interesse der katholischen Sache speziell auf die Bedürfnisse der Arbeiterschaft zugeschnittene Einrichtungen zu schaffen mit gleichsam multifunktioneller Aufgabenstellung, wurde in Form der Arbeitersekretariate weiter vorangetrieben und dann in Gestalt der Arbeitervereine realisiert. In beide Gründungen war Gronowski involviert. So übernahm er am 1. April 1902 die Leitung des neu errichteten Arbeitersekretariats in Dortmund und gehörte mit zu den treibenden Kräften, die am 6. Mai 1906 den ersten katholischen Arbeiterverein in Dortmund ins Leben riefen. Unter ihnen war auch der Generalsekretär des Volksvereins Heinrich Brauns und der 1898 als Kaplan nach Dortmund versetzte, spätere Generalvikar der Diözese Paderborn, Professor Joseph Rosenberg.

Die Gründung dieses Arbeitervereins mit zunächst 58 Mitgliedern markierte in der Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung und in der katholischen Verbandsgeschichte der Stadt Dortmund einen bedeutenden Einschnitt. In ihr drückte sich ein mehrfacher Anspruch aus: Zum einen die Behauptung katholischer Positionen in einem politischen Umfeld, das aufgrund des preußischen Dreiklassenwahlrechts von bürgerlichen Honoratioren und vom Nationalliberalismus dominiert wurde; zum anderen die Stärkung des eigenen Zusammengehörigkeitsgefühls, und zwar sowohl innerhalb des katholischen Lagers wie auch gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung; schließlich die Absicht, die Arbeit der christlichen Gewerkschaften zu ergänzen und zu flankieren.
Für Gronowski selbst war die Gründung des Arbeitervereins auch ein persönlicher Erfolg. Denn er hatte sich in den zurückliegenden zehn Jahren zunächst nebenberuflich, als Arbeitersekretär dann hauptamtlich voll und ganz für die Interessen des katholischen Arbeiterstandes eingesetzt. So hatte sich der Ein-Mann-Betrieb des Arbeitersekretariats im Sinne einer Rechtsberatungsstelle allmählich zu einer allgemeinen Anlaufstelle der katholischen Arbeiterschaft der Stadt entwickelt und damit ansatzweise schon Aufgaben übernommen, die später für die Arbeitervereine charakteristisch waren, nämlich als katholische Standesorganisation religiöse, kulturelle und erzieherische Fortbildungsangebote anzubieten.
Parallel zu seinen Verpflichtungen als Arbeitersekretär engagierte sich Gronowski kommunalpolitisch in der Zentrumspartei. Diese unmittelbare Verbindung von katholischer Verbandstätigkeit und parteipolitischem Engagement für das Zentrum war damals für die Gruppe der katholischen Arbeitersekretäre ebenso eine Selbstverständlichkeit wie etwa der politische Schulterschluß von Arbeitersekretären der sozialistischen Gewerkschaften mit der SPD. Gronowski hat dies später in der ihm eigenen unprätentiösen Weise so formuliert: "Niemand darf glauben, daß der erste christliche Arbeitersekretär in Dortmund nur Rechtsschutz erteilte und den Aufbau der ... Organisationen vervollständigte. Nein, er mußte auch Hilfe leisten bei allen politischen Wahlen." Im Jahre 1905 war Gronowski in die Dortmunder Stadtverordnetenversammlung gewählt worden, wo er mit 31 Jahren zu den jüngsten Abgeordneten zählte und sich als Delegierter der III. Abteilung gegenüber den Vorurteilen der im Dortmunder Rat dominierenden Gruppe "von Bildung und Besitz", wie Gronowski die Vertreter der Nationalliberalen Partei bezeichnete, behaupten mußte.

Der Eintritt in die Kommunalpolitik zog für Gronowski auch einen beruflichen Wechsel nach sich. Denn am 1. Oktober 1908 tauschte er das Amt des Arbeitersekretärs gegen das eines Parteisekretärs, nachdem ihn die Dortmunder Zentrumspartei in diese Funktion berufen hatte.

III

Gronowski widmete sich fortan der Parteiarbeit, und zwar sowohl als Parteisekretär wie auch als Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, in das er bei den Wahlen vom 16. Juni 1908 eingezogen war. In einer Stichwahl um den Landkreis Dortmund hatte er den Kandidaten der Nationalliberalen Partei besiegt. Daß dieser Sprung in das Abgeordnetenhaus gelang, war für Gronowski wie für seine Partei überraschend, nachdem das Zentrum in den vorausgegangenen Reichstagswahlen von 1907 nicht die erhofften Mandate in Dortmund hatte erringen können. Der Erfolg Gronowskis dürfte mit seiner Tätigkeit als Arbeitersekretär zusammenhängen, die ihm unter den Arbeitern zu einer relativ großen Popularität verholfen und ihn überdies auch für die SPD (nach dem Scheitern des eigenen Kandidaten) wählbar gemacht hatte. Der Einzug in das Preußische Abgeordnetenhaus war der Beginn einer langjährigen Parlamentstätigkeit Gronowskis, die erst - unterbrochen durch die Jahre der Hitler-Diktatur - im Jahre 1953 endete, als er aus dem Landtag von Nordrhein-Westfalen ausschied.

Gronowski arbeitete sich rasch in die vorderen Reihen der Zentrumsfraktion vor und erwarb sich vor allem durch seine Kompetenz in Fragen der Sozialpolitik und speziell des Arbeitsrechts Anerkennung auch bei dem politischen Gegner. Für diesen Bereich gehörte er zu den regelmäßigen Sprechern seiner Fraktion; doch auch zu kultur-, schul- und kirchenpolitischen Themen ergriff er das Wort. Gronowski war kein brillanter, zündender Rhetor, aber seine Reden waren sachlich fundiert und wirkten nicht zuletzt durch eine bildhafte Sprache und Polemik.

Gronowski war ein entschiedener Gegner der sozialistischen Klassenkampfideologie. Die fundamentalen Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter, die er sah und im Unterschied zu der Mehrzahl seiner Parteifreunde als Klassengegensätze bezeichnete, sollten durch eine fortschrittliche Sozial- und Arbeitspolitik überwunden werden. Dazu gehörten für ihn eine gerechtere, leistungsbezogene Lohnpolitik, Arbeitszeitverkürzungen, eine bessere Versorgung im

Rentenalter, aber auch die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht, das er allerdings nur als ultima ratio in Tarifauseinandersetzungen angewandt wissen wollte.
Von einer an den Interessen und Bedürfnissen der Arbeiterschaft orientierten Sozialpolitik erhoffte sich Gronowski eine zweifache Wirkung: Die Aussöhnung der Masse der Arbeiterschaft mit der geltenden Staatsordnung und deren Sicherung durch eben diese Reformpolitik. Gronowski verstand Sozialpolitik also nicht, wie Teile der sozialistischen Gewerkschaften und der SPD, als Brücke zu einer grundlegend anderen Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern als zentrale Möglichkeit der Systemerhaltung. Seine Vorstellungen von der politischen und geistigen Emanzipation des Arbeiterstandes wiederum berührten sich mit denen der sozialistischen Gewerkschaften; aber die Kluft zwischen beiden war doch erheblich. Sie hatte staatspolitische, ideologische und vor allem religiöse Gründe. Auch Gronowski diskriminierte die SPD als "Umsturzpartei" und die sozialistisch organisierten Arbeiter als staatsgefährdend, lehnte aber andererseits das Mittel der Ausnahmegesetze ab. Stattdessen plädierte er für eine politische Bekämpfung der SPD, bei der er in dem Ruf stand, immer dann von seiner Fraktion an das Rednerpult geschickt zu werden, "wenn irgendein Trumpf gegen die Sozialdemokratie ausgespielt werden soll ...".
Wenn Gronowski in der Sozial- und Arbeitspolitik auch fortschrittliche, für seine Fraktion durchaus nicht immer repräsentative Positionen vertrat, so war er doch in seinen Grundanschauungen ein gemäßigter, auf Ausgleich bedachter Politiker. Dies zeigt sich beispielhaft an seiner Einstellung zum preußischen Dreiklassenwahlrecht, das er zwar ablehnte, für dessen Beseitigung er allerdings nicht mit jener Entschlossenheit und Kompromißlosigkeit kämpfte wie etwa in Fragen der Kultur- und Kirchenpolitik.
Politischer Radikalismus gleich welcher Spielart war Gronowski zuwider, und er verurteilte nationalistische Übersteigerungen, wie sie in der Anfangsphase des Ersten Weltkrieges auch in seiner Partei zu beobachten waren. Vielmehr trat er für eine schrittweise und behutsame Demokratisierung des öffentlichen Lebens ein, ohne die monarchische Spitze als Verfassungsinstitution grundsätzlich in Frage zu stellen. Es sieht so aus, als ob auch Gronowski die parlamentarische Monarchie als vorläufiges Ziel einer Verfassungsreform vorschwebte. Insofern fiel es ihm nicht sonderlich schwer, sich nach der Novemberrevolution auf dem Boden der neuen politischen Realitäten zurechtzufinden.

Die revolutionären Vorgänge, die zur Republik von Weimar führten, hat Gronowski nicht bejaht, sie sogar als "Hochverrat" bezeichnet; doch wies er alle Versuche nachdrücklich zurück, ihren Repräsentanten den Zusammenbruch des alten Systems anzulasten. Vielmehr machte er dafür den "Geist, der in Preußen geherrscht hat", verantwortlich, wie er am 20. Februar 1920 in der Verfassunggebenden preußischen Landesversammlung ausführte. "Wenn Kreuz und Leid ... gleichmäßig von Hoch und Niedrig im Kriege und in der Heimat getragen worden wären, ... die moralische Kraft des deutschen Volkes hätte ausgereicht, um uns wenigstens vor diesem größten Unglück [der Revolution] zu bewahren".

Gronowski hat keinen Moment gezögert, sich an dem Aufbau der neuen Staatsordnung zu beteiligen. Allerdings war seine Mitarbeit, wie dies für den größten Teil seiner Partei zutraf, überwiegend von der Sorge bestimmt, "Schlimmeres verhüten zu wollen". Konkret hieß das, eine "sozialistische Diktatur" abzuwenden und "durch eine Volksregierung zu ersetzen". Deshalb verlangte er, rücksichtslos gegen die Anhänger der Spartakus-Gruppe und der USPD vorzugehen und verteidigte das Zusammengehen mit der SPD als notwendiges Übel. Sein Bild vom "führerlosen Reichswagen", formuliert in einer Rede im Preußischen Landtag 1921, wurde insofern der politischen Wirklichkeit nicht voll gerecht, aber es entsprach einer im Zentrum weit verbreiteten Vorstellung und diente nicht zuletzt dazu, die Koalition mit der bisher heftig bekämpften SPD zu rechtfertigen.

Gronowski plädierte für die Realisierung längst überfälliger politischer Reformen. Dazu gehörte für ihn u.a. eine Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung, wie sie der sozialdemokratische preußische Innenminister Carl Severing verfolgte. Die von deutschnationalen Abgeordneten vorgebrachten Bedenken, Parteizugehörigkeit dürfe bei der Besetzung von Beamtenstellen keine Rolle spielen, griff er 1920 in der Landesversammlung auf, um die Demokratiefeindlichkeit der Deutschnationalen anzuprangern: Den "Herrschaften paßt die ganze Richtung nicht, Ihnen paßt die Sozialpolitik des Zentrums nicht, Ihnen paßt die Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht, Ihnen paßt die Demokratie nicht und Ihnen paßt die Republik nicht ... Sie piepmeiern und jammern vergangenen Zeiten nach, statt aufzubauen. Darauf kommt es an. Sie sehnen sich nach den Zeiten, wo der Mensch noch nach Stand, Rang, Vermögen, nach Kleidung, Titel und Ordenzeichen unter-

schieden wurde. Das machen wir einfach nicht mit. Jede Partei hat nach der Revolution Opfer der Überzeugung bringen müssen, aber Sie scheinen Leute in Ihren Kreisen zu haben und aufzunehmen, die während des Krieges, nach dem Kriege und während der Revolution auch nicht einen Funken hinzugelernt haben."
Gronowski warnte schon frühzeitig vor den Gefahren, die der jungen Republik durch den politischen Radikalismus drohten. Er machte hier keinen Unterschied zwischen extremen linken oder rechten Gruppen, die er in der KPD und in der DNVP repräsentiert sah und denen er im Landtag am 18. November 1921 entgegenrief: "Wenn man Sie von rechts und die von links in einen Sack tut und durcheinander schüttelt und den Sack öffnet, kommt Deutschlands Unglück immer zuerst heraus."
Unter dem Eindruck der subversiven Aktionen erklärter Gegner der Weimarer Republik und der organisierten Hetze gegen einzelne ihrer Repräsentanten wie Matthias Erzberger entwickelte sich Gronowski zu einem überzeugten und kämpferischen Verteidiger des republikanischen Staatswesens. Gleichzeitig wies er die Parteien auf ihre Schlüsselrolle bei der Fundierung des Parlamentarismus im öffentlichen Bewußtsein hin. Deshalb appellierte er anläßlich der Haushaltsberatungen am 15. Dezember 1919 an das Parlament, nicht einen "Wettlauf um die Gunst der Wähler zu veranstalten", um so den Verdacht zu vermeiden, "eine Einrichtung der Gefälligkeitsschwätzerei und Umschmeichelung zu sein".
Seit Beginn seiner parlamentarischen Tätigkeit im Jahre 1908 hatte Gronowski erheblich an politischem Profil und Urteilskraft gewonnen. Aus dem ursprünglich vor allem sozialpolitisch engagierten Arbeiter- und Parteisekretär war ein über die Tagesaktualitäten und politischen Rivalitäten hinaus blickender Politiker geworden. In der Preußischen Zentrumspartei hatte er sich bis in die erste Reihe vorgearbeitet. Die Wertschätzung, die er dort besaß, zeigte sich auch in seiner Wahl in den Vorstand der Partei und der Fraktion. 1921 spielte er eine Rolle in den interfraktionellen Gesprächen und führte die Verhandlungen mit der SPD, die zur Bildung des Kabinetts Adam Stegerwald führten. Wiederholt sah die Partei ihn für leitende staatliche Aufgaben vor, die Gronowski aber ausschlug. Er lehnte sogar das ihm von der Fraktion angetragene Amt des Ministers für Volkswohlfahrt im zweiten Kabinett des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun ab, für das er zweifellos qualifiziert gewesen wäre. Als der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Dr. Bernhard Würmeling, der ebenfalls dem Zentrum angehörte, zum 1. April 1922 aus Altersgründen ausscheiden mußte,

nominierte die Fraktion einstimmig Gronowski als Nachfolger. Auch dieses Mal zögerte er lange, gab aber schließlich dem Drängen der Parteifreunde nach. Mit Beschluß vom 28. April 1922 ernannte das Staatsministerium Gronowski zum neuen Oberpräsidenten.

V

Der Ernennung Gronowskis waren in der Öffentlichkeit und in den beteiligten regionalen Organen der Selbstverwaltung und in der Zentrumspartei ungewöhnlich heftige Auseinandersetzungen vorausgegangen, die in der Geschichte des westfälischen Oberpräsidiums ohne Beispiel sind. Die Kontroverse entzündete sich sowohl an der Frage der fachlichen Qualifikation des Kandidaten als auch an dem politischen Entscheidungsprozeß. Darüber hinaus sahen westfälische Organisationen und Gruppen der politischen Rechten in dem "Fall Gronowski" eine willkommene Gelegenheit, um die republikanische Beamtenpolitik grundsätzlich zu attackieren.
An der Kampagne gegen die Ernennung Gronowskis beteiligten sich sogar Blätter der Zentrumspartei wie etwa der in Münster erscheinende und dem rechten Zentrumsflügel nahestehende "Westfälische Merkur". Dort hieß es: "Es sind neben politischen Gesichtspunkten doch auch noch ethische vorhanden, die stark ins Gewicht fallen. Abgeordneter Gronowski z. B. als Kurator der Universität - bislang ist der Oberpräsident Kurator der Universität - wäre einfach unmöglich." Selbst die Dortmunder "Tremonia" tat sich anfänglich schwer, schlug sich aber schließlich eindeutig auf die Seite Gronowskis. Lediglich die Presse der christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereine sprach sich vorbehaltlos für seine Nominierung aus. Im Organ des Deutschen Gewerkschaftsbundes "Der Deutsche" tat dies beispielsweise Heinrich Brüning, damals Geschäftsführer der christlichen Gewerkschaften. Der entschiedenste Widerstand ging von einzelnen alteingesessenen westfälischen Adelsfamilien und agrarischen Standesorganisationen aus. So drohte der teils zentrumsorientierte, teils unter deutschnationalen Einflüssen stehende Westfälische Bauernverein in einer Resolution: "Die westfälischen Bauern sind nicht gewillt, sich einen Arbeitersekretär als Oberpräsidenten gefallen zu lassen."
Für das konservative Münster und die festgefügte münsterländische Gesellschaft war der Gedanke unvorstellbar, die Provinz von einem Angehörigen des Arbeiterstandes und nicht des westfälischen Alt-

adels oder des gehobenen Bürgertums repräsentiert zu wissen, wie dies seit 1815 traditionell der Fall gewesen war. Hinzu kam, daß Gronowski kein gebürtiger Westfale war. Den eigentlichen Stein des Anstoßes bildete der Klassenunterschied, die soziale Herkunft Gronowskis, obwohl angeblich sachliche Argumente wie die fehlenden Laufbahnvoraussetzungen und die komplizierte politische, wirtschaftliche und soziale Struktur der Provinz als Hindernisse in den Vordergrund geschoben wurden.
Tatsächlich stand die Berufung Gronowskis auf des Messers Schneide. Denn das Einvernehmen mit dem Provinzialausschuß, der bei der Besetzung der Stelle eines Oberpräsidenten zu beteiligen war, mußte noch hergestellt werden. In einer geheimen Abstimmung votierte der Ausschuß am 8. April 1922 mit knapper Mehrheit für Gronowski, so daß dieser am 28. April 1922 zum Oberpräsidenten ernannt wurde. Damit fand, wie die "Westdeutsche Arbeiter-Zeitung" schrieb, "ein ekelhafter Streit ... ein gutes Ende". Mit seiner Ernennung schied Gronowski zwangsläufig aus dem westfälischen Provinziallandtag aus, dem er seit 1919 angehört hatte.

VI

Aufgrund der besonders zugeschnittenen politischen und rechtlichen Stellung des Oberpräsidenten, die Reinhart Koselleck auf die zugespitzte Formel gebracht hat: "Der Oberpräsident herrschte, aber administrierte nicht" - lebte das Amt in entscheidender Weise von der persönlichen Autorität und der politischen Führungskraft seines Trägers. Gronowski hat das politische Amt voll und ganz als eine politische Aufgabe, daß heißt als Wirken für den republikanisch-demokratischen Staat aufgefaßt. Diese Grundhaltung zeigte sich beispielsweise in der innenpolitischen Krisensituation, die - nur wenige Monate nach dem Amtsantritt Gronowskis - durch den Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet hervorgerufen worden war, oder in der Beamtenpolitik, wo er ganz auf der Linie des langjährigen preußischen Innenministers Severing lag und eine Demokratisierung der Verwaltung förderte. Aber er scheute auch vor spektakulären Entscheidungen nicht zurück, wie seine Einladung an den Reichspräsidenten Friedrich Ebert zeigt, zum Verfassungstag am 11. August 1924 nach Münster zu kommen. Denn diese Einladung empfanden die tonangebenden politi-

schen und gesellschaftlichen Gruppen der Stadt als eine Provokation.
Deshalb löste der Besuch bereits im Vorfeld scharfe Kontroversen aus, die aufs Neue zeigten, wie groß in bestimmten Teilen der städtischen Gesellschaft und des Münsterlandes die Distanz und Ablehnung gegenüber der neuen Staatsordnung und ihren höchsten Repräsentanten waren. So hatte der Münsteraner Oberbürgermeister Sperlich auf Gronowski eingewirkt, seine Einladung zurückzunehmen, während die Sprecher von DNVP und DVP völlig ablehnend reagierten. Die Verfassung sei für sie weder ein Grund für einen politischen Festakt noch sei man bereit, dafür städtische Finanzmittel zu bewilligen. Das Zentrum gab sich indifferent, so daß nur die SPD Gronowskis Initiative ausdrücklich begrüßte.
Unbeschadet dieser skandalösen Begleitumstände verlief die Verfassungsfeier ohne Zwischenfälle und wurde schließlich "eine große und imponierende Kundgebung" (C. Severing), zumal Regierungspräsident Rudolf Amelunxen, wie Gronowski ein entschiedener Republikaner und Mitglied des Zentrums, die Behördenvertreter kurzerhand angewiesen hatte, an der Feier teilzunehmen. Welche Rückwirkungen solche demonstrativen Akte auf die politische Kultur und das republikanische Bewußtsein in Stadt und Provinz tatsächlich besaßen, sei dahingestellt. Im Lager der politischen Rechten jedenfalls hatten solche Konflikte weniger einen Gesinnungswandel als eine Verhärtung der Positionen zur Folge. So warf man Gronowski vor, er mißbrauche sein Amt, indem er sich in die kommunalpolitischen Verhältnisse der Stadt Münster einmische und auf eine Spaltung des Zentrums in "eine rote und bürgerliche" Partei hinarbeite.
Solche Vorwürfe waren ebenso unbegründet wie politisch durchsichtig und vermochten Gronowski nicht zu irritieren, im Gegenteil. In zahlreichen öffentlichen Reden warb er immer wieder um Vertrauen für den Staat, dem er diente: So anläßlich der 100-Jahr-Feier des Westfälischen Provinziallandtags 1926 oder 1931 bei dem Festakt zur Erinnerung an den 100. Todestag des Reichsfreiherrn vom und zum Stein. In seinen Grußworten, die er an die Teilnehmer der Katholikentage in Dortmund (1927) und in Münster (1930) richtete, stellte er nachdrücklich die Freiheiten in den Vordergrund, die die Katholiken "im neuen Volksstaate" besäßen, und appellierte namentlich an die katholische Arbeiterschaft, nach Kräften mitzuarbeiten.
Den Anstieg der nationalsozialistischen Wählerstimmen sowie den Einzug der NSDAP in die Parlamente registrierte Gronowski mit

Sorge. Allerdings beunruhigte ihn weniger die Anfälligkeit der Arbeiterschaft als die bürgerlicher Kreise. Politisch reagierte er offensiv, indem er seine Kompetenzen als Oberpräsident voll ausschöpfte und beispielsweise antirepublikanische Kundgebungen sowie Zeitungen verbot, die Hetzartikel gegen den Staat veröffentlichten. Gleichzeitig exponierte er sich in den Wahlkämpfen für das Zentrum und unterstützte nachdrücklich die Politik Heinrich Brünings, mit dem ihn ein vertrauensvolles Verhältnis verband. Wie dieser, so war auch Gronowski davon überzeugt, daß die Regierung im Mai 1932 "100 Meter vor dem Ziel" vornehmlich an den Intrigen der ostelbischen Agrarfronde gescheitert sei.

Angesichts der politischen Radikalisierung und Polarisierung bekannte sich Gronowski auf der Verfassungsfeier am 11. August 1932 in Münster nachdrücklich zum parlamentarischen System. Allerdings verurteilte er die Tendenz, den politischen Gegner als national unzuverlässig zu diskriminieren, und appellierte an die nationale Solidarität, wie sie in der Zeit des Ruhrkampfes bestanden habe. "Deutschland hat den inneren Frieden ebenso notwendig, wie der einzelne Mensch sein tägliches Brot ... Wer Deutschlands Aufbau und Fortschritt will, wer Gesundung und Erneuerung wünscht, arbeitet nicht mit Revolver, Handgranaten und Tränengas. Die politischen Kämpfe in unserem Land haben Formen angenommen, die geeignet sind, uns in den Augen anderer Kulturvölker zu Halbwilden zu degradieren ... ." Diesen Vergleich empfand die deutschnational orientierte "Westfälische Landeszeitung" für einen "hohen staatlichen Beamten ... derart ungeheuerlich", daß sie indirekt die Abberufung Gronowskis forderte.

Mit der Demissionierung Brünings und der Kanzlerschaft Franz von Papens (seit 2. Juni 1932) schienen die Tage Gronowskis als Oberpräsident tatsächlich gezählt. Zwar verwaltete er seit dem 22. Juli 1932 das Regierungspräsidium in Münster mit, da der bisherige Regierungspräsident Amelunxen einen Tag zuvor im Zuge des mit dem Staatsstreich in Preußen veranlaßten Revirements in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden war. Aber in den Kreisen der Präsidialregierung galt Gronowski nun als "ein verbrauchter Mann" (H. Pünder). Er sollte in nächster Zeit durch den bisherigen Staatssekretär der Reichskanzlei, Dr. Hermann Pünder, abgelöst werden. Da dieser sich aber auf diesen politischen Handel nicht einließ, wurde die Entlassung Gronowskis zunächst zurückgestellt.

Mit der Machtübernahme durch Hitler am 30. Januar 1933 jedoch und der Betrauung Hermann Görings mit dem Preußischen Innenministerium war die Ablösung Gronowskis nur noch eine Frage der

Zeit. Da er sich gerade jetzt in den Wahlkämpfen als Redner für das Zentrum engagierte, waren Konflikte mit seinem Dienstherrn absehbar. Göring mied indes die offene politische Konfrontation und versetzte Gronowski am 22. Februar 1933 in den einstweiligen Ruhestand, nachdem dieser es abgelehnt hatte, ein von Göring angeordnetes Zeitungsverbot zu vollstrecken. Das Verbot galt einem Teil der Zentrumspresse, in dem am 16. Februar ein Aufruf der Zentrumspartei zum Schutz der Verfassung erschienen war. Gronowski, der versucht haben soll, Göring von seiner Anweisung wieder abzubringen, begründete seine Weigerung mit dem Satz: "Ich müßte meine Vergangenheit verleugnen, wenn ich meinen Namen unter ein Verbot der Wahrheit setzen würde", und überließ die Durchführung seinem Vizepräsidenten Weber.
Zum Nachfolger ernannte die Preußische Kommissariatsregierung einen dezidierten Gegner der Weimarer Republik, nämlich den Präsidenten der Landwirtschaftskammer von Westfalen und Landrat a. D. Ferdinand Freiherr von Lüninck. Dieser Wechsel löste in Teilen des zentrumsorientierten Katholizismus große Empörung aus und wurde von der "Münsterischen Morgenpost" - dem Sprachrohr des linken Zentrumsflügels in der Stadt - mit dem Satz kommentiert: "Der katholische Baron verdrängt den katholischen Volksmann". Immerhin würdigte Lüninck wenige Tage später auf einer Pressekonferenz Gronowskis Amtsführung als Oberpräsident, was damals nicht die Regel war. Schließlich repräsentierte Lüninck jene politische und gesellschaftliche Schicht Westfalens, die Gronowski in den zurückliegenden Jahren politisch und persönlich zugesetzt hatte wie sonst niemand.
Für Gronowski begannen bittere Jahre der inneren Emigration. Verleumdungen in der NS-Presse und Drohungen durch Rollkommandos der SA veranlaßten ihn, wenige Monate später Münster zu verlassen und nach Köln zu ziehen. Das Innenministerium hatte ihn am 6. Oktober 1933 aufgrund des § 4 des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 mit sofortiger Wirkung entlassen. Dieser Paragraph konnte auf Beamte angewendet werden, die politisch als unzuverlässig eingestuft wurden. Darüber hinaus war mit diesem Paragraphen eine Kürzung des Ruhegehaltes um 25 Prozent verbunden. Der Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit hat Gronowski zutiefst getroffen. Die Bemühungen von Freunden und Geistlichen, unter ihnen der Osnabrücker Bischof Wilhelm Berning, im Ministerium die volle Pension für Gronowski zu erwirken, scheiterten an Göring. An diesen ein Gnadengesuch zu richten, lehnte wiederum Gronowski ab. Er

wollte nicht um einen Anspruch bitten, den er sich durch seinen Staatsdienst erworben hatte. Mithin sah er sich gezwungen, eine Vertretung für Wein, Kaffee und Tee zu übernehmen, um seine siebenköpfige Familie durchzubringen.
Gronowski hat sich während der nationalsozialistischen Diktatur jeder politischen Tätigkeit enthalten, aber er pflegte den Kontakt mit alten Weggefährten und Gesinnungsgenossen wie Bernhard Letterhaus und Nikolaus Groß. Als er in Köln ausgebombt worden war, zog er nach Paderborn. Hier verlor er durch einen Luftangriff ein zweites Mal seine Habe und wurde selbst verschüttet. Er erlitt eine Trommelfellverletzung und einen Teilverlust des Gehörs. Anfang 1943 starb seine Frau. Das Kriegsende erlebte Gronowski in einem Lazarett. Zunächst bekam er eine Wohnung in Bad Driburg zugewiesen und kehrte später wieder nach Paderborn zurück, wo er auch seinen Lebensabend verbrachte.

VII

Angesichts seiner politischen und persönlichen Integrität lag es nahe, daß Gronowski nach dem Kriegsende sofort wieder für politische Spitzenämter im Gespräch war. So wurde er im Frühsommer 1945 für das Amt des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vorgeschlagen und im Mai 1947 machte sich eine Gruppe um den münsterischen Regierungspräsidenten Franz Hackethal bei dem damaligen Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen, Konrad Adenauer, dafür stark, Gronowski zum Ministerpräsidenten zu wählen. Dieser aber stand für solche Ämter nicht mehr zur Verfügung, da sein "politischer Ehrgeiz", wie er Adenauer wissen ließ, "seit 1933 restlos befriedigt" sei. Außenstehenden gegenüber führte er Alters- und Krankheitsgründe ins Feld.
Diese Reaktion deutet darauf hin, daß Gronowski nach wie vor über die in Münster erfahrenen Anfeindungen verbittert und verletzt war. Damit mag ebenfalls zusammenhängen, daß Gronowski auch nicht für das Amt des CDU-Kreisvorsitzenden in Münster kandidierte, das ihm vom geschäftsführenden Vorstand im November 1945 einstimmig angetragen worden war. Er wollte offenbar nicht wieder in der Stadt ein politisches Amt übernehmen, der er unter politischen Pressionen sowie dem Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit den Rücken gekehrt hatte.
Insofern hatte die Zurückweisung solcher Positionen auch nur bedingt etwas mit politischer Resignation zu tun. Vielmehr wollte

Gronwoski den Wiederaufbau eines demokratischen Gemeinwesens ohne politisches Amt fördern und war im übrigen der Auffassung, wie er Adenauer in einem Brief vom 12. April 1946 schrieb, daß "in der ersten Frontlinie ... die jungen unverbrauchten Kräfte, die heute mehr als je notwendig sind, arbeiten und kämpfen" sollten. "Wir Alten" aber, fuhr der jetzt 72jährige Gronowski fort, "wollen helfen, durch vernünftigen Rat und gutes Beispiel." Dieser Hinweis auf einen gebotenen Generationenwechsel ausgerechnet gegenüber dem nur zwei Jahre jüngeren Adenauer war nicht ohne Pikanterie, wenn man bedenkt, mit wieviel Elan und Ehrgeiz dieser den Wiederaufbau anpackte, Verantwortung übernahm und auch seine eigene Karriere betrieb.

Gleichwohl sah sich auch Gronowski wieder in eine politische Verantwortung gedrängt. Denn seine ehemalige Stellung im Zentrum brachte es mit sich, daß ihm in dem konflikthaften Entscheidungsprozeß hinsichtlich einer Restitution der ehemaligen Zentrumspartei oder der Gründung einer neuen, interkonfessionellen christlichen Partei eine besondere Rolle zufiel. Für sich hatte er diese Entscheidung schon in den Jahren der Diktatur getroffen. Auf dem Hintergrund der Weimarer Erfahrungen kam für ihn eine Wiederbelebung des Zentrums und damit die Gefahr einer erneuten politischen Lagerbildung zwischen Katholiken und Protestanten nicht in Frage. Vielmehr war es für ihn ein Gebot der politischen Vernunft, eine neue "christlich-demokratische Partei" zu gründen, der er lediglich den Namen "Volkspartei" geben wollte. Deshalb unterstützte er von Anfang alle in diese Richtung laufenden Initiativen und ließ sich auf dem Gründungsparteitag der CDU von Westfalen in Bochum am 2. September 1945 auch in den Vorstand wählen. Die Tatsache, daß ein Mann mit dieser charakterlichen und sozialen Reputation im politischen Katholizismus sich für den Unionsgedanken entschied, kann für die Durchsetzung der CDU in Westfalen nicht hoch genug eingeschätzt werden.

In einem persönlich abgefaßten Aufruf "Warum ich dabei bin" zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vom 15. September und 13. Oktober 1946, rechtfertigte er seine Entscheidung: Man könne nicht dort wieder anfangen, wo man 1933 aufgehört habe. Es müsse eine neue Partei geschaffen werden, "die unabhängig ist von der Vergangenheit. Eine Partei, die nicht belastet ist durch politische Vorgänge, die wir täglich verteidigen müßten. Die Jugend und die heimkehrenden Soldaten wollen eine neue politische Heimat haben, die *christlich* ist und *deutsch* und *demokratisch*! ... Die in Ehren abgekämpfte Zentrumstruppe bedarf auf dem politischen

Kampfplatz dringend der Ablösung ... Wir wollen in die Tat umsetzen, was viele Millionen Deutsche herbeisehnen: Die Vereinigung der evangelischen und katholischen Christen auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet." Ähnlich argumentierte Gronowski in einem Brief vom 2. März 1948 an den in den USA lebenden Brüning und verteidigte die Gründung der CDU als "eine politische Notwendigkeit ersten Ranges. Der Streit Rom-Wittenberg ist Gott sei Dank erstickt... ."
Im politischen Alltag jedoch und vor allem in Zeiten von Wahlkämpfen brachen die Gegensätze zwischen CDU- und alten bzw. neuen Zentrumspolitikern immer wieder auf mit der Folge, daß selbst langjährige politische Verbindungen und Freundschaften auf der Strecke blieben. Dabei zeigte sich Gronowski als ein entschiedener Verfechter des Unionsgedankens und kannte gegenüber den "Neuzentrümlern - Jahrgang 1945 -", wie er sie 1948 in einem Brief an Brüning qualifizierte, kein Pardon. Dies schloß nicht aus, daß er in den ersten Jahren Fusionsgesprächen gegenüber durchaus offen war. Je mehr aber das Zentrum an politischem Gewicht verlor und aus den Parlamenten verschwand, umso mehr ließ er die Partei seine Geringschätzung spüren.
Als der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Westfalen, der Dortmunder Zeitungsverleger Lambert Lensing, im März 1946 auf Druck der britischen Militärregierung sein Amt niederlegen mußte, übernahm Gronowski, bedrängt von seiner Partei, den Vorsitz. Aber er verstand sich nur als eine Interimslösung und empfand das Amt von Anfang an als eine schwere Bürde. Da er keine persönlichen politischen Ambitionen mehr besaß, sah er seine Hauptaufgabe als Vorsitzender darin, die verschiedenen Gruppen mit unterschiedlichen Interessenlagen in die Partei zu integrieren, Flügelbildungen zu vermeiden, die landsmannschaftlichen Interessen Westfalens und das Gebot der Parität gegenüber dem Rheinland einzuklagen sowie immer wieder die historische Tragweite des politischen Zusammengehens von Katholiken und Protestanten zu betonen. Auch machte er seinen Einfluß geltend, um den Fortbestand der regionalen Selbstverwaltung in Westfalen zu sichern, die im Jahre 1953 in Gestalt der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe gesetzlich verankert wurde. Obwohl der Parteivorsitz für Gronowski "längst ... zu einem Kreuz geworden war", wie er dem Vorstandsmitglied und ehemaligen preußischen Kultusminister Otto Boelitz gegenüber gestand, ließ er sich 1948 zu einer zweiten Amtsperiode überreden. Erst im April 1951 zog er sich von allen Parteiämtern zurück.

Darüber hinaus war Gronowski Mitglied des Provinzialrats von Westfalen, der sich am 30. April 1946 in Münster konstituierte und der später auch den auf Westfalen entfallenden Anteil des von der Militärregierung ernannten Landtags von Nordrhein-Westfalen bildete. Ebenso gehörte Gronowski dem ersten, am 20. April 1947 gewählten Landesparlament an, ohne aber dort ein einziges Mal das Wort zu ergreifen. Hier wurde er im Jahre 1948 für seine 40jährige Tätigkeit als Abgeordneter geehrt, deren Stationen das Preußische Abgeordnetenhaus (1908-1919), die Preußische Landesversammlung (1919-1921), der Preußische Landtag (1921-1933) sowie der Landtag von Nordrhein-Westfalen (1946-1950/1953) waren. Obwohl Gronowski 1950 für die zweite Wahlperiode nicht mehr kandidierte, kehrte er über die Reserveliste der Partei am 28. Dezember 1953 für den verstorbenen Josef Schrage noch einmal für ein halbes Jahr in den Landtag zurück. Gronowski starb am 27. August 1958 in Paderborn im Alter von 84 Jahren an einem schweren Herzleiden.

VIII

Die Biographie von Johannes Gronowski spiegelt Merkmale des politischen und sozialen Katholizismus in Deutschland auf paradigmatische Weise. Er gehörte zu den zahlreichen Immigranten, die aus preußischen Ostprovinzen in das Ruhrgebiet einströmten und denen das katholische Organisationsnetz gleichsam zur zweiten Heimat wurde. Als Nutznießer und Protagonist des Volksvereins identifizierte er sich voll und ganz mit dessen doppelter Zielsetzung: die katholische Arbeiterschaft gegenüber der "atheistischen" Sozialdemokratie zu immunisieren und gleichzeitig die Maximen der katholischen Soziallehre zu popularisieren. Er setzte auf Sozialpartnerschaft und lehnte den Klassenkampf ab. Zugleich weisen ihn sein Drängen auf soziale Reformen, seine Frontstellung gegenüber reaktionären Kräften und seine Ablehnung jeden Nationalismus' als profilierten Vertreter des Arbeiterflügels im politischen "Meltingpot" der kaiserzeitlichen Zentrumspartei aus. In der Phase des revolutionären Umbruchs von 1918/19 wechselte Gronowski keineswegs mit fliegenden Fahnen in das Lager der Republikaner. Analog zum generellen Selbstverständnis des politischen Katholizismus nach 1918 verstand auch Gronowski seine politische Arbeit als "Dienst am Staat". Die Leitlinien seines Handelns waren ein hohes

Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Ganzen und ein "politischer Pragmatismus in moralischer Absicht" (U. von Hehl).
Insofern verkörpert Gronowski soziale und politische Tugenden, die 1945 als Bausteine für einen Neubeginn hohe Bedeutung erlangten. Die Tatsache, daß er sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter Hintanstellung aller persönlichen Interessen noch einmal in den Dienst der Politik stellte, hat nicht nur der westfälischen CDU, sondern dem jungen demokratischen Gemeinwesen insgesamt zum Nutzen gereicht.

Margarete Sommer (1893-1965)

Die Stadt Berlin (West) nahm Margarete Sommer am 9. November 1961, dem Jahrestag der NS-Pogrome von 1938, in die Liste der "Unbesungenen Helden" auf. Die Ehrung gilt Berlinerinnen und Berlinern, die während des "Dritten Reiches" ihren nach der NS-Terminologie "nichtarischen" Mitbürgern Hilfe zum Überleben gewährten. Bis dahin hatten nicht einmal die Katholiken Berlins vom Einsatz dieser tapferen Frau gewußt. Die Informationslücke ist umso bemerkenswerter, als die kirchliche Öffentlichkeitsarbeit in der Nachkriegszeit in den Händen von Prälat Walter Adolph lag, einem ausgewiesenen Kenner der Berliner Kirche unter dem NS-Regime. Von der Arbeit des Berliner "Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat" erschien im Juni 1961, unter dem Eindruck des Eichmann-Prozesses in Jerusalem, ein erster Bericht. Knapp zwanzig Jahre später teilte der Verfasser Erich Klausener zur Entstehung des Beitrags mit: "In langen Gesprächen, die zur Abfassung dieser Erklärung führten [...], verlangte Frau Dr. Sommer von mir, daß ihr Name darin nicht vorkommen dürfe - weder als Autor noch als Beteiligte an der Hilfsaktion. Sie war überzeugt, daß die rechte Hand nicht wissen dürfe, was die linke tut."
Margarete Sommer war durchaus daran interessiert, über die kirchliche Hilfstätigkeit für verfolgte "Nichtarier" zu informieren. Sie selbst hatte 1946 einen ersten Bericht - "für die ausländische Presse" - verfaßt, der zu ihrem Bedauern "keinerlei Echo" fand. Im Hinblick auf ihren persönlichen Einsatz aber sah sie sich der Weisung Jesu verpflichtet: "Wenn ihr alles getan habt, was euch befohlen wurde, sollt ihr sagen: ... Wir haben nur unsere Schuldigkeit getan." (Lk 17,10)

I

Geboren wurde Margarete Sommer am 21. Juli 1893 in Schöneweide, bis zur Bildung von Groß-Berlin im Jahre 1920 ein südöstlicher Vorort Berlins. Am 19. August 1893 wurde sie in der

St. Michael-Kirche in Berlin, die damals eine von insgesamt erst vier katholischen Pfarrkirchen im heutigen Stadtgebiet war, getauft. Margarete und ihr Bruder wuchsen in einfachen Verhältnissen auf. Der Vater stammte aus Glatz und war katholisch, die Mutter war von Hause aus evangelisch und konvertierte nach der in Spremberg erfolgten Eheschließung. Der Beruf hatte den Bahnangestellten mit seiner Familie in die Reichshauptstadt verschlagen. Margarete besuchte die Volksschule, ein Privatlyzeum und anschließend ein Volksschullehrerinnen-Seminar in Berlin. Neunzehnjährig legte sie 1912 das Lehrerinnen-Examen ab. Zwei Jahre später erwarb sie nach Absolvierung eines "Gymnasialkurses für Frauen" die Hochschulreife.

Ostern 1914 nahm sie an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität das Studium der Volkswirtschaft auf, Schwerpunkte: Sozialpolitik und Wohlfahrtskunde. - Junge Frauen als Studierende gehörten damals noch nicht zum selbstverständlichen Bild der Berliner Universität; erst seit 1908 durften Frauen hier studieren. - Ihr erstes Semester war kaum zu Ende, als im August 1914 der Erste Weltkrieg begann. Halbtags arbeitete die Studentin nun als Hilfsschwester in dem zum Lazarett erklärten Maria-Victoria-Krankenhaus der Dominikanerinnen, in der Nähe des Berliner Bahnhofs Friedrichstraße. Allerdings mußte sie diese Tätigkeit schon bald aufgeben; vermutlich bei der Krankenpflege hatte sie sich eine Lungentuberkulose zugezogen. Die Krankheit zwang sie mehrfach dazu, ihr Studium jeweils längere Zeit zu unterbrechen und Heilung in Lungensanatorien zu suchen.

Mit Studienbeginn war Margarete Sommer Mitglied der katholischen Studentinnen-Vereinigung "Mechtild" geworden. Die Hinwendung zur sozialen Frage - nicht nur theoretisch, auch im praktischen Einsatz - gehörte zu den wichtigsten Anliegen der studentischen Verbandsarbeit. Studentenseelsorger in Berlin war seit dem Sommersemester 1914 der junge Dominikaner Franziskus Stratmann, der viele Jahre lang Margarete Sommers geistlicher Begleiter und Seelsorger bleibt. Die Spiritualität des Pater Franziskus wird für das Leben Margarete Sommers prägend sein.

Bedeutsam für die junge Studentin war auch die Begegnung mit der sozialstudentischen Arbeit von Carl Sonnenschein in Mönchengladbach. Nachdem Sonnenschein mit Kriegsende nach Berlin gekommen war, gehörte Margarete Sommer zu dem Kreis katholischer Studenten und Jungakademiker, deren Ziele denen Sonnenscheins nahe verwandt waren: den "verdammt kleinstädtischen" Berliner Katholizismus (Sonnenschein) mit religiösen, weltanschaulichen

und sozialen Impulsen zu beleben, damit die Kirche ihrem Auftrag in der Welt und für die Menschen gerecht werden könne. Das Zentrum ihres Studentenapostolats in St. Maria Victoria und die Wirkungsstätte Sonnenscheins lagen nur wenige hundert Meter voneinander entfernt. Die begabte junge Frau erlebte bewußt den geistigen Aufbruch in der Kirche und die weltanschaulichen Auseinandersetzungen der Weimarer Zeit, die für Berlins Katholiken oftmals ihren Ausdruck in den von Sonnenschein, später von der Katholischen Aktion organisierten großen Kundgebungen fanden.
Im März 1924 promovierte Margarete Sommer mit einer Untersuchung zur Fürsorge an Strafgefangenen.

II

Ihre Berufstätigkeit begann sie im Herbst desselben Jahres als Dezernentin in der "Zentrale für private Fürsorge" in Berlin. Nebenamtlich war sie als Dozentin an Berliner Wohfahrtsschulen tätig. So unterrichtete sie an der Sozialen Frauenschule der Alice Salomon im Pestalozzi-Fröbel-Haus und an der Wohlfahrtsschule des Katholischen Deutschen Frauenbundes. 1927 erhielt sie eine Anstellung als Dozentin am Fürsorge-Seminar des Pestalozzi-Fröbel-Hauses, dessen Träger der "Berliner Verein für Volkserziehung" war. Für die sich entschieden zu ihrem Glauben bekennende Margarete Sommer war es nicht selbstverständlich, diese Anstellung zu erhalten. Sie notiert: Die Anstellung dort erfolgte "ausdrücklich mit der Bemerkung: Wir nehmen Sie, nicht *trotzdem* Sie Katholikin sind, sondern *weil* Sie Katholikin sind, denn wir sind eine echte paritätische Schule und wollen daher, daß jede 'Richtung' im Unterricht in unverfälschter Weise zum Ausdruck gebracht wird."
Margarete Sommer unterrichtete Wohlfahrtspflege, Volkswirtschaft und Gefährdetenfürsorge, außerdem Rechtskunde, insbesondere Familien-, Verfassungs- und Verwaltungsrecht sowie Strafrecht. Wegen ihrer Lehrtätigkeit in den juristischen Fächern begannen für sie schon bald nach der Machtergreifung die Konflikte mit dem NS-Regime - mit den daraus folgenden Konsequenzen. Diese Ereignisse schärften ihren Blick für den wahren Charakter des Regimes, zumal etwa zeitgleich die Verhaftung von Pater Stratmann erfolgte, der wegen seines Einsatzes für den "Friedensbund deutscher Katholiken" seit langem auf der schwarzen Liste der NSDAP-Führung stand.

Im Juli 1933 hatte die NS-Regierung das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" erlassen. Dieses Gesetz legte u.a. fest, daß Ärzte und Leiter von Krankenanstalten "Erbkranke" zu melden hatten, die dann einer Zwangssterilisierung unterzogen werden sollten. In seiner Ehe-Enzyklika "Casti connubii" hatte Papst Pius XI. 1930 derartige Manipulationen eindeutig verurteilt. Unter Berufung auf die Enzyklika und auf ihr Gewissen weigerte sich Margarete Sommer, das NS-Gesetz im Unterricht positiv zu vertreten. Das führte zu Kontroversen mit dem zuständigen Stadtrat, einem NSDAP-Mitglied, der für den Berliner Magistrat den Vorsitz im Kuratorium des Pestalozzi-Fröbel-Hauses innehatte. Margarete Sommer berichtet: Es kam "zu scharfen Auseinandersetzungen [...], als ich mich weigerte, nationalsozialistische Forderungen und Gesetze im Unterricht vor den zukünftigen Fürsorgerinnen zu vertreten, die im Naturrecht und göttlichen Gesetz verankerte unaufhebbare Menschenrechte angreifen und vernichten. Der Schulleitung wurde untersagt, mir zu kündigen, 'um dem Papste keine Märtyrer zu schaffen'. Die Leitung wurde aber aufgefordert, alles auf dem Dienstwege zu melden, was in meinem Unterricht gegen nationalsozialistische Forderungen und Gesetze verstieß [...], mein Verhalten sollte als *reine politische* Gesetzesübertretung geahndet werden, um mir die religiöse und weltanschauliche Begründung meiner Haltung unmöglich zu machen."
Keines ihrer an den Stadtrat gerichteten Schreiben sei beantwortet worden; "seine Entscheidungen und Forderungen durften mir immer nur durch Mittelspersonen mündlich übermittelt werden". Man versuchte, ihr fachliche Fehler nachzuweisen, hospitierte zu diesem Zweck ihren Unterricht, vergeblich. Schließlich wurde ihr gedroht, falls sie nicht selbst kündige, werde man sie öffentlich "liberalistischer Einstellung, fachlicher Unsicherheit und wissenschaftlicher Unehrlichkeit" bezichtigen und entlassen. Margarete Sommer sah keine Chance, sich gegen derartige Verleumdungen zur Wehr setzen zu können, und kündigte im Juni 1934. Mit einer gewissen Genugtuung hebt sie später hervor, daß das Arbeitsamt ihr sofort die Arbeitslosenunterstützung gewährte, wie es für gewöhnlich bei Entlassungen der Fall war.
Ihre "Karriere" als Dozentin in diesem Staat war damit für die gerade Vierzigjährige besiegelt; keine andere Bildungseinrichtung der Wohlfahrt würde sie noch als Dozentin anstellen.
Für ihre Ersparnisse kaufte sie ein kleines Haus in Kleinmachnow, am südlichen Berliner Stadtrand, weil sie befürchtete, eines Tages die Miete nicht mehr zahlen zu können. Hier wohnt sie zusammen

mit ihrer Mutter bis zu ihrer "Republikflucht" aus der DDR nach West-Berlin im Herbst 1949.

III

Margarete Sommer war zwar arbeitslos, aber nicht untätig. Sie setzte nun ihre gesamte Zeit und Kraft für die Arbeit ein, die sie bis dahin ehrenamtlich geleistet hatte: als Leitende Fürsorgerin, zeitweise auch Geschäftsführerin des Katholischen Fürsorgevereins für Frauen, Mädchen und Kinder. Anliegen des Vereins war die Hilfe für uneheliche Mütter und ihre Kinder, für sittlich gefährdete sowie für strafgefangene und strafentlassene Frauen und Mädchen. Bereits im Zusammenhang mit ihrer Dissertation hatte Margarete Sommer vor Ort, in Berliner Haftanstalten, die Situation weiblicher Häftlinge kennengelernt. Gerade aus dieser Gruppe waren Mädchen und Frauen von der Zwangssterilisierung bedroht, weil man sie in der Terminologie des Regimes als "erbkrank", "asozial" oder "minderwertig" einstufte.
Um helfen zu können, war die genaue Kenntnis der Rechtslage vonnöten, die ständig durch neue Gesetze und Verordnungen verändert und verschärft wurde. Deshalb wird Margarete Sommer, und zwar bis zum Ende des NS-Regimes, ständig bemüht bleiben, die NS-Gesetzgebung zu studieren, die nach ihrer Überzeugung unveräußerliche Menschenrechte verletzte. Vor allem wird sie versuchen, um der Menschen willen, für die sie sich verantwortlich weiß, zunächst alle "legalen" Hilfsmöglichkeiten ausfindig zu machen und Gesetzeslücken zu nutzen. So setzte sie sich in dieser Phase dafür ein, ein von Ordensschwestern geleitetes katholisches Heim für gefährdete Mädchen und Frauen als "geschlossene Anstalt" deklarieren zu lassen, weil die Frauen in einer derartigen Einrichtung vor der Zwangssterilisierung geschützt werden konnten. In diesem St. Michaels-Haus in Berlin-Nordend konnten zwischen 1936 und 1938 auch "nichtarische" Frauen, sogar einige aus dem "Zigeunerlager Marzahn", ihre Kinder zur Welt bringen. Eine Mutter von fünf gesunden Kindern, die als 19jährige wegen drohender Zwangssterilisierung im Michaels-Haus untergebracht worden war, meldete sich 1960 im Bischöflichen Ordinariat Berlin, um Margarete Sommer zu danken.
Die ehrenamtliche Arbeit im Fürsorgeverein führte spätestens Mitte der zwanziger Jahre zur Begegnung mit dem Charlottenburger Pfarrer Bernhard Lichtenberg, dem geistlichen Beirat des Vereins.

Er bestärkte sie in ihrem Einsatz für die Schützlinge des Michaels-Hauses. Auf Lichtenbergs Initiative hin wird Margarete Sommer von der Diözese bis zum Ende der NS-Herrschaft als Sachverständige in Fragen von "Erbgesundheitsverfahren" hinzugezogen. Wie an Pater Stratmann schätzte sie an Pfarrer Lichtenberg die in tiefer Frömmigkeit wurzelnde soziale Gesinnung und seinen Friedenseinsatz; auch Lichtenberg war schon vor der Machtergreifung wegen seiner Mitarbeit im "Friedensbund deutscher Katholiken" Zielscheibe heftiger Attacken der NS-Presse geworden. Nach der Verhaftung von Pater Stratmann, den der Orden nach erfolgter Freilassung Ende des Jahres 1933 nach Rom versetzt hatte, um ihn vor weiteren Übergriffen zu schützen, wählt Margarete Sommer den Domkapitular und Pfarrer an St. Hedwig zu ihrem geistlichen Ratgeber. Nach der Verhaftung von Dompropst Lichtenberg gehört sie zum Kreis derer, die ihn im Gefängnis besuchen, und nimmt am Prozeß teil.

IV

Auf Vermittlung von Domkapitular Lichtenberg wurde Margarete Sommer nach einem Jahr Arbeitslosigkeit im Juli 1935 beim Katholischen Siedlungsdienst angestellt. Die Geschäftsstelle befand sich zusammen mit Büros verschiedener anderer katholischer Wohlfahrtsverbände im sogenannten Wohlfahrtshaus in der Oranienburger Straße, bis zur Zerstörung im Bombenkrieg auch Sitz der Hauptvertretung Berlin des Deutschen Caritasverbandes (DCV).
Im selben Haus hatte im April 1934 auf Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz das "Caritas-Notwerk" als Abteilung der DCV-Hauptvertretung die Arbeit aufgenommen. Es sollte die kirchliche und caritative Hilfe für die Katholiken koordinieren, die durch NS-Gesetze - hier sei nur das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 genannt - Arbeit und Existenzgrundlage verloren hatten: katholische Beamte, Mitarbeiter der inzwischen aufgelösten christlichen Gewerkschaften, Journalisten der katholischen Tagespresse u.v.a.m. Die kirchliche Hilfe, z.B. durch berufliche Umschulung und Stellenvermittlung, erfolgte unabhängig davon, ob die Betroffenen von den Machthabern als "arisch" oder "nichtarisch" klassifiziert wurden. Geschäftsführer des Caritas-Notwerkes wurde Heinrich Krone, ehemals Zentrumspolitiker und Mitglied des Reichstages, dem im "neuen Staat" ebenfalls Arbeit und berufliche Perspektive genommen waren.

Kurz vor der Anstellung von Margarete Sommer beim Siedlungsdienst war im März 1935 eine weitere Koordinierungsstelle ins Leben gerufen und im Wohlfahrtshaus "angesiedelt" worden: der "Hilfsausschuß für katholische Nichtarier". Der Ausschuß wurde gebildet vom St. Raphaels-Verein, der bereits im Herbst 1933 ein "Sonderhilfswerk" für die Betreuung auswanderungswilliger katholischer "Nichtarier" mit einem Büro in Berlin geschaffen hatte, vom Caritas-Notwerk und einer Interessenvertretung katholischer "Nichtarier". Die Leitung übernahm Heinrich Krone. Der katholische Siedlungsdienst dürfte in die Arbeit einbezogen gewesen sein; denn Priorität für den Hilfsausschuß sollte zunächst ein auch von der Interessenvertretung katholischer "Nichtarier" favorisiertes Projekt erhalten: die - vor allem berufliche - Vorbereitung "nichtarischer" katholischer Jugendlicher auf eine Ansiedlung im Ausland.

Zwei Monate nach Beginn der Tätigkeit von Margarete Sommer im Wohlfahrtshaus werden während des Nürnberger Parteitags der NSDAP die berüchtigten "Nürnberger Gesetze" verabschiedet, die eine neue, noch militantere Phase in der Durchsetzung der nationalsozialistischen Rassenideologie einleiteten. Verstärkt gilt nun die Arbeit und die persönliche Sorge Margarete Sommers der Rechtsberatung und der Hilfe für "Nichtarier".

In der Folgezeit intensivierten die kirchlichen Hilfswerke ihre Unterstützung auswanderungswilliger "Nichtarier". Doch nach den NS-Gesetzen durften finanzielle Mittel der Wohlfahrtsverbände ausschließlich für "Arier" verwendet werden. Als dem Raphaels-Verein im Frühjahr 1938 wegen Nichtbeachtung dieser Vorschrift die Aberkennung der Gemeinnützigkeit drohte, entschlossen sich die deutschen Bischöfe, diese Hilfe unmittelbar in die kirchlichen Strukturen einzubinden. Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit hätte schwerwiegende Beeinträchtigungen für die gesamte Caritas zur Folge gehabt. Träger der kirchlichen Hilfstätigkeit für die "nichtarischen" Christen sollten nicht mehr die caritativen Verbände sein, die - wenigstens in Finanzfragen - nicht frei von staatlicher Kontrolle waren, sondern die Kirche selbst, repräsentiert durch die Bischöfe.

Im August 1938 wird während einer Besprechung zwischen dem Berliner Bischof von Preysing, dem Osnabrücker Bischof Berning als Präsident des Raphaels-Vereins, Weihbischof Wienken vom Commissariat der Fuldaer Bischofskonferenz, Caritasdirektor Füssel von der Hauptvertretung Berlin des Deutschen Caritasverbandes sowie Heinrich Krone und Erich Püschel als den leitenden Mitar-

beitern der für die katholischen "Nichtarier" eingerichteten zentralen Hilfswerke beschlossen, in Berlin das "Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat" zu errichten - eine Umstrukturierung, die einzig den Sinn hatte, die Arbeit weiterhin zu ermöglichen. Die Leitung des Hilfswerkes hatte bis zu seiner Verhaftung im Oktober 1941 Dompropst Lichtenberg, danach übernahm sie Bischof Preysing selbst. Geschäftsführer wurde zunächst Paul Wizinger, bis dahin Leiter des Katholischen Siedlungsdienstes und selbst von der Rassen-Gesetzgebung betroffen. Im April 1939 wird die Geschäftsführung Viktor Engelhardt, einem Oberregierungsrat a.D., übertragen.
Schwerpunkt der Bemühungen des Hilfswerks blieb bis 1941 die Hilfe zur Auswanderung, die immer schwieriger wurde. Zunehmend kompliziert gestaltete sich die Suche nach Aufnahmeländern, trotz der Unterstützung seitens des Heiligen Stuhls.
Daneben mühten sich die zum überwiegenden Teil ehrenamtlichen, selbst "nichtarischen" Mitarbeiter des Hilfswerks - zumeist Frauen -, in Not geratenen Menschen zu helfen. Die aggressive Fortschreibung von Gesetzen und Verordnungen gegen "Nichtarier" ließ deren tägliches Leben zum ständigen Kampf ums Überleben werden. Nachdem jüdischen Kindern der Besuch öffentlicher Schulen untersagt wurde, gelang es dem "Büro Pfarrer Grüber" der Bekennenden Kirche und dem katholischen "Hilfswerk", eine kleine Schule für "nichtarische" christliche Schüler einzurichten, die etwa zweieinhalb Jahre bestehen konnte. Überhaupt gab es bis zur Auflösung des Grüber-Büros nach der Verhaftung des Geistlichen Ende 1940 regelmäßige Kontakte zwischen den beiden christlichen Hilfswerken sowie mit dem Hilfswerk der Quäker, das sich jener "Nichtarier" annahm, die sich weder der jüdischen Religionsgemeinschaft noch einer der großen christlichen Konfessionen zugehörig fühlten. Auch zu den jüdischen Organisationen gab es ständige Arbeitskontakte.

V

Margarete Sommer hatte zum Jahresbeginn 1939 neben ihrer Tätigkeit beim Siedlungsdienst eine Anstellung als Referentin für Frauenseelsorge im Bischöflichen Ordinariat Berlin erhalten. Mit ihrer seit Jahren ehrenamtlich geleisteten Arbeit in katholischen Frauenverbänden hatte sie ihre Eignung für diese pastorale Arbeit unter Beweis gestellt. Das eigene Büro in der bischöflichen Kurie

sollte immer wichtiger werden für die Hilfstätigkeit zugunsten der verfolgten "Nichtarier". Dieser Arbeitsplatz ermöglichte - nach außen hin unauffällig - jederzeit den Kontakt zu Bischof Preysing, dessen Wohn- und Amtssitz sich im selben Haus befand.
Nachdem der Katholische Siedlungsdienst durch das Regime aufgelöst worden war, arbeitete Margarete Sommer seit 1940 offiziell in der Geschäftsstelle des Hilfswerkes mit, das 1939 aus dem Wohlfahrtshaus in Räume des durch die Nazionalsozialisten "abgebauten" bisherigen Theresien-Lyzeums verlegt werden mußte. Rechtsberatung war dem Hilfswerk bereits untersagt; deshalb wurde sie "Sekretärin" des Geschäftsführers. Im Sommer 1941 resignierte Engelhardt - nicht zuletzt angesichts persönlicher Belastungen: seine Ehefrau war nach der NS-Terminologie "Volljüdin". Am 16. September 1941 übernahm Margarete Sommer die Geschäftsführung des Hilfswerkes. Wenige Tage zuvor war die Polizeiverordnung, die jüdische Mitbürger zum Tragen des "Judensterns" zwang, in Kraft getreten; kurz danach begannen am 19. Oktober die planmäßigen Judendeportationen aus Berlin. Das am 23. Oktober erlassene Auswanderungsverbot für Juden machte die Hoffnungen vieler endgültig zunichte, sich dem Zugriff durch das Verlassen Deutschlands entziehen zu können. Am selben Tag wird Dompropst Lichtenberg, den Margarete Sommer als "die Seele des Hilfswerks" bezeichnet, von der Gestapo verhaftet. Dem Hilfswerk bleibt von jetzt an nur der Versuch, wenigstens einzelne vor der Deportation zu retten, den vielen anderen aber helfend und tröstend beizustehen.
Margarete Sommer konnte sich auf eine bis zur Stunde nicht bekannte Anzahl von Helfern stützen: dazu zählten die erwähnten "nichtarischen" Mitarbeiterinnen, angestellte und ehrenamtliche, die selbst zum größten Teil Opfer der NS-Vernichtungsmaschinerie werden sollten; dazu zählten die Geistlichen und Mitarbeiter der Herz-Jesu-Pfarrei, auf deren Grundstück das Büro des Hilfswerks lag, und die Ordensschwestern der Theresienschule, dazu zählten katholische Familien, die reihum verfolgte "Nichtarier" versteckten. In Räumen der Krypta der Herz-Jesu-Kirche verbargen sich bis zu vier verfolgte "Nichtarier" gleichzeitig, ohne voneinander zu wissen, versorgt vom Hilfswerk, den Pfarrgeistlichen und dem Küster.
Margarete Sommer baute ein Netz von Beziehungen auf. Menschen, die sie kannten, erwähnten stets ihre Kartei. Wie einst die Kartei Sonnenscheins, verzeichnete sie Personen und Einrich-

tungen, die für ihre Hilfstätigkeit von Bedeutung sein konnten: Rechtsanwälte, Ärzte, Fürsorger, Klöster, Heime, Ämter ...
Die Berliner Pfarrämter wurden durch das Hilfswerk umgehend informiert, wenn ihm - manchmal früher als den Betroffenen selbst - bekannt geworden war, daß Gemeindeglieder auf den Deportationslisten standen. Dazu war für die Telefonate eine Art "Code" verabredet. Oftmals blieben den verzweifelten Menschen nur Stunden, um die wenigen Habseligkeiten zu packen, die sie in die Sammellager mitnehmen durften. Daß sie gerade in dieser Stunde den Beistand der Kirche erfahren, war die große Sorge Margarete Sommers. Später wird sie dankbar berichten, daß sie nie einen Berliner Priester vergebens um den Besuch bei einem ihrer "Schützlinge" gebeten hat, der nur allzu oft letzter seelsorglicher Trost vor der Deportation - und Ermordung war.
Eindrucksvolles Dokument der Arbeit von Margarete Sommer und dem Hilfswerk ist ein erhalten gebliebenes unscheinbares Heft im A-5-Format, das sogenannte "Abwanderungsbuch". Fortlaufend numeriert enthält es die Namen von etwa 260 zumeist katholischen "Nichtariern", um die sich das Hilfswerk sorgte. Mit dem 19. Oktober 1941 beginnen die Eintragungen. Namen und Geburtsjahre sind verzeichnet, vermerkt ist u.a. die Zustellung des "Räumungsbescheids", die der Deportation vorausging. Die Mehrzahl der Eintragungen endet mit einem Datum oder einem Kreuz in der Spalte "Abtransport"; doch gibt es auch die Eintragung in den Spalten "Rückstellung/Streichung": hier waren Bemühungen geglückt, Menschen vor der Verschleppung zu bewahren.

VI

An erster Stelle stand für Margarete Sommer die Hilfe für ihre "Schützlinge", wie sie sie nennt: die durch das Unrechtsregime ihrer Rechte beraubten "Nichtarier". Seit Beginn der planmäßigen Deportationen gewann ein weiterer Aspekt an Bedeutung: die Sammlung und Weitergabe von Informationen über die Zielorte der "Abwanderungen", wie der NS-Begriff für Deportation lautete. Neben Bischof Preysing unterrichtete sie die Bischöfe Berning und Wienken mündlich. Ab 1942 schilderte sie in mehreren schriftlich vorliegenden Berichten Einzelheiten, die dem Hilfswerk bekannt wurden: Zahlen von Deportierten, Lebensumstände in Lagern und Ghettos, Zwangsarbeit u.a.m.; berichtet wird auch von Erschießungskommandos der SS. Allein diese Informationstätigkeit

war lebensgefährlich für alle Beteiligten, handelte es sich dabei doch nach Auffassung der Nazionalsozialisten um "Hochverrat" - noch dazu im Krieg.
Auch diesen wichtigen Dienst konnte Margarete Sommer nur leisten, weil der Berliner Bischof ihr völlig vertraute und ihr auch dafür die notwendige Rückendeckung gab. Mindestens einen ihrer Berichte schickte er nach Rom. Preysing allein wußte - nach der Verhaftung von Dompropst Lichtenberg - die Einzelheiten ihrer Tätigkeit für die Verfolgten. Er wußte auch, welchen Gefährdungen seine Mitarbeiterin ausgesetzt war. Als sie zur Gestapo vorgeladen wurde, so berichtet Margarete Sommer, habe ihr der Bischof den "amtlichen Auftrag" zu diesem Gespräch erteilt; das solle sie der Gestapo als erstes mitteilen. Sie tat es und war der festen Überzeugung, nur deshalb noch einmal glimpflich davongekommen zu sein.
Auch als ihr im Herbst 1942 durch Kontakte zu Ministerialbeamten bekannt wurde, daß der Erlaß eines Gesetzes zur Zwangsscheidung "rassisch gemischter" Ehen unmittelbar bevorstehe, alarmierte sie die Bischöfe. Mehrfach bat Margarete Sommer den deutschen Episkopat, öffentliche Proteste gegen die Judenverfolgung zu erwägen - zugleich äußerte sie aber die Befürchtung, daß dadurch "kein praktischer Erfolg zu erwarten ist und daß durch einen solchen Schritt die noch mögliche Arbeit gefährdet werden könnte..." In einem heftigen Brief an den Intendanten Piscator wird sie 1963 im Zusammenhang mit der Diskussion um Hochhuths "Stellvertreter" die Vorwürfe gegen Papst Pius XII. zurückweisen; ausdrücklich verwahrt sie sich dagegen, ihren Einsatz für die Verfolgten in einen Gegensatz zu bringen zur Haltung des Papstes und der Kirche.

VII

Nach Kriegsende geht die Arbeit des Hilfswerkes zunächst weiter. Margarete Sommers größte Sorge gilt denjenigen ihrer ehemaligen Schützlinge, die aus Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern oder aus ihren Verstecken, in denen sie überlebten, zurückkehren. Eine kirchliche Statistik spricht von mehr als 2500 betreuten Personen im Jahre 1946. Häufig weist Margarete Sommer auf die Situation dieser Menschen hin, die jahrelangen Verfolgungen und ungleich härteren Entbehrungen ausgesetzt waren als die übrige Bevölkerung. Die Kontakte zum Büro Pfarrer Grüber und zu den Quäkern - beide Einrichtungen haben ihre Hilfstätigkeit nach dem Krieg

wieder aufgenommen - werden neu belebt. Margarete Sommer setzt sich für Wiedergutmachungsleistungen an den Opfern der NS-Rassenideologie ein und arbeitet in entsprechenden Gremien des Berliner Magistrats mit. Sie gehört zu den Gründungsmitgliedern der "Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit". Mehrfach spricht ihr die Jüdische Gemeinde zu Berlin ihre Wertschätzung aus.

Makabre Parallelen zur Tätigkeit im NS-Regime weisen ihre Bemühungen um die Internierten im Lager Sachsenhausen bei Oranienburg auf. Auf dem Gelände und in den Baracken des einstigen NS-Konzentrationslagers hatte die sowjetische Besatzungsmacht ein Internierungslager eingerichtet, in dem auch zahlreiche Unschuldige, unter ihnen viele Jugendliche, inhaftiert wurden. Die Angehörigen wußten oftmals jahrelang nichts über ihren Aufenhaltsort und die Gründe für die Verhaftungen. Wieder suchte Margarete Sommer an Informationen heranzukommen, wieder protestiert Kardinal Preysing, vergeblich.

Nachdem seit 1952 die letzten Aufgaben des Hilfswerkes von der Caritas übernommen werden, wird Margarete Sommer zur Mitarbeit in der Flüchtlingsseelsorge beauftragt, ein Dienst, der sie erneut weit über ein normales Maß hinaus beansprucht.

Bis zu ihrer Pensionierung im Jahre 1960 bleibt sie Referentin für Frauenseelsorge im Bistum Berlin. Unermüdlich ist sie unterwegs in die Gemeinden, zu katholischen Frauengruppen, zu den sich neu formierenden katholischen Verbänden.

Mit dem Tod von Kardinal Preysing im Dezember 1950 war für Margarete Sommer eine Ära zu Ende gegangen. Briefe und Berichte aus der darauf folgenden Zeit sprechen von menschlicher Enttäuschung, auch von einem recht unsensiblen kirchlichen Umgang mit dieser außergewöhnlichen Frau.

Öffentliche Ehrungen - 1946 päpstlicher Orden "Pro ecclesia et pontifice", 1953 Bundesverdienstkreuz 1. Klasse - nimmt sie dankbar entgegen. Doch wird das letzte Lebensjahrzehnt Margarete Sommers überschattet von Krankheit und Depressionen, dem "Alptraum des grenzenlosen Unrechts, das im deutschen Namen über die Juden gebracht worden war. [...] Es bedrängte sie selbstquälend die Frage, ob sie und andere genug getan hätten" (Klausener).

Am 30. Juni 1965 ist Dr. Margarete Sommer in Berlin gestorben.

Helene Wessel (1898-1969)

Als im Mai 1983 die Abgeordnete der Grünen Marie-Luise Beck-Oberdorf im Bundestag bemerkte, daß sie als erste Frau auf die Regierungserklärung eines Bundeskanzlers antworte und dies für einen besonders bemerkenswerten Bestandteil der politischen Kultur der Grünen hielt, irrte sie. Helene Wessel hatte als Fraktionsvorsitzende der Deutschen Zentrumspartei am 30. September 1949 auf die Regierungserklärung des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer geantwortet. Die Politikerin Helene Wessel ist einen ungewöhnlichen und oftmals heftig angefeindeten politischen Weg gegangen. Als Mitbegründerin der Deutschen Zentrumspartei (1945) und später als deren Partei- und Fraktionsvorsitzende hatte sie sich außerhalb des politischen Katholizismus, soweit er in die von Konrad Adenauer geführte CDU übergegangen war, gestellt. Die Gesamtdeutsche Volkspartei, die sie gemeinsam mit Gustav Heinemann 1953 ins Leben rief, geriet in den Verdacht kommunistischer Tätigkeit. Als langjährige Bundestagsabgeordnete der SPD (1957-1969) war die Katholikin Helene Wessel erneut in die Kritik geraten.

I

Helene Wessel wurde 1898 geboren und starb 1969. Sie durchlebte in diesen 71 Jahren zwei Weltkriege, das Ende des Kaiserreiches, die Weimarer Republik, die Zeit des Nationalsozialismus und schließlich die neue Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, die sie mitzugestalten versuchte.

Eine politische Laufbahn war Helene Wessel nicht in die Wiege gelegt. Am 6. Juli 1898 in Dortmund als Tochter des Eisenbahnführers Heinrich Wessel und seiner Ehefrau Helene, geb. Linz, geboren, wuchs sie als Halbwaise im Kreise dreier älterer Geschwister in kleinbürgerlichen Verhältnissen auf. Nach ihrer Ausbildung als Stenotypistin trat sie 1915 eine Stelle als Sekretärin im Büro der Deutschen Zentrumspartei in Dortmund an. Die Partei verstand

sich als Vertretung der Katholiken im politischen Raum und gehörte in der Weimarer Republik zu den staatstragenden Parteien.
Helene Wessel fand in Johannes Gronowski, dem katholischen Arbeiterführer und regionalen Parteisekretär, einen politischen Freund und Mentor. Er sorgte nicht nur für ihre weiterführende Ausbildung zur Fürsorgerin, sondern weckte auch ihr politisches Interesse. Als Helene Wessel 1917 in die Partei eintrat, gab es weder aktives noch passives Wahlrecht für Frauen. Seit Anfang der zwanziger Jahre war Helene Wessel führendes Mitglied des Windthorstbundes, der Jugendorganisation der Deutschen Zentrumspartei. Die Windthorstbunde traten für die republikanische Staatsform ein und propagierten weitgehende sozialpolitische Vorstellungen, die sich in einer Volksgemeinschaft verwirklichen sollten.
Das Engagement Helene Wesssels führte die Angestellte der Zentrumspartei (seit 1921) und ausgebildete Fürsorgerin im Jahre 1928 als jüngste Abgeordnete ihrer Partei (Wahlkreis Westfalen-Süd) in den Preußischen Landtag. Seit 1919 war die Zentrumspartei in Preußen in einer Koalition mit der SPD an der Staatsregierung beteiligt und erwies sich damit als der deutlich demokratisch orientierte Flügel des Zentrums, das im Reich auch Mitte-Rechts-Koalitionen einging.
Im Landtag profilierte sich Helene Wessel bald als sozialpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Die dafür notwendige Qualifikation hatte sie durch eine Ausbildung an der Fürsorgeschule in Münster (1923/24) und in der praktischen Arbeit im Katholischen Fürsorgeverein in Dortmund erworben. Während ihrer Abgeordnetentätigkeit in Berlin erweiterte sie ihr Wissen um die theoretische Fundierung der Sozialarbeit durch eine einjährige berufliche Fortbildung an der dortigen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit (1929/30). Das soziale Interesse gehört zu ihren Grundanliegen.
Auch bei den weiteren Landtagswahlen von 1932 und 1933 wurde Helene Wessel wiedergewählt. Der aufkommende Nationalsozialismus zwang auch sie zur Auseinandersetzung. Sie befürchtete, daß die Nationalsozialisten den Frauen das Wahlrecht wieder nehmen könnten. Als Mitglied des Reichsfrauenbeirates der Zentrumspartei war sie von der Notwendigkeit der politischen Arbeit von Frauen überzeugt: "Wir dürfen hier nicht abseits stehen, wir müssen das Bild unserer Zukunft gestalten. Gerade als Katholiken brauchen wir einen starken Glauben in die Entwicklung der Frauenkräfte in jeder Zeitepoche, und deshalb stellen wir katholische Frauen uns bewußt und freudig auch in die staatsbürgerlichen Aufgaben der Zeit."

Diese politische Grundhaltung machte Helene Wessel zu einer weltanschaulichen Gegnerin des Nationalsozialismus. Als im Landtag Ministerpräsident Hermann Göring am 18. Mai 1933 den Abgeordneten ein Ermächtigungsgesetz vorlegte, stimmte die Fraktion - ebenso wie die des Reichstags am 23. März 1933 - der Entmachtung des Parlamentes zu - bis auf drei Abgeordnete: Franz von Galen hatte sein Mandat niedergelegt; Bernhard Letterhaus, der später von den Nationalsozialisten ermordete katholische Arbeiterführer, war der Abstimmung ferngeblieben - und Helene Wessel. Sie war - so schrieb sie später (1949) - bei der Abstimmung (durch Erheben von den Plätzen) sitzen geblieben. Eine namentliche Abstimmung hat es nicht gegeben. Damit hatte Helene Wessel deutlich gegen den Nationalsozialismus Stellung bezogen.
Sie hatte bis zum Ende der Weimarer Republik eine beachtliche parteipolitische Karriere gemacht - in einer Partei, die die Karriere von Frauen nicht förderte, ihnen aber auch keine Steine in der Weg legte. Ihre Parteifreundinnen Christine Teusch und Helene Weber waren sog. Quereinsteiger, die über ihre Arbeit in der katholischen Frauenbewegung oder über die christlichen Gewerkschaften in Spitzenpositionen Fuß fassen und in den Reichstag einziehen konnten. Helene Wessel bildete mit ihrem innerparteilichen Aufstieg eine deutliche Ausnahme. Ohne Ehrgeiz, Geschick und politische Ambitionen, vor allem aber ohne deutliche und klare Positionen hätte sie dies nicht erreicht.
Helene Wessel hatte sich mit ihrer Ausbildung zur Sozialfürsorgerin ein zweites berufliches Standbein geschaffen. Aber von den Nationalsozialisten als politisch unzuverlässig eingestuft, konnte sie zunächst nicht in ihrem Beruf arbeiten. Als Sekretärin in einem Dortmunder Krankenhaus beschäftigt, betrieb sie weiterhin sozialpolitische Forschungen. Bereits 1931 hatte sie als Abschluß ihrer Ausbildung an der Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit das Buch "Lebenshaltung aus Fürsorge und Erwerbstätigkeit" vorgelegt. Darin stellte sie empirische Vergleiche an zwischen den zu hohen staatlichen Ausgaben für die Einzelversorgung eines Fürsorgeklienten mit dem Verdienst, den ein Arbeiter oder Angestellter für seinen Lebensunterhalt zur Verfügung hat. Dieses Dauerproblem der Sozialpolitik legte Helene Wessel dar, ohne Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Damit konnte ihre Untersuchung, die bei Sozialpolitikern auf großes Interesse stieß, von Gegnern wie Befürwortern einer extensiven Sozialpolitik für den jeweiligen Zweck genutzt werden.

In ihrem zweiten Buch "Bewahrung nicht Verwahrlosung", das Helene Wessel 1934 veröffentlichte, bezog sie deutlicher Stellung. Sie dokumentierte die Gründe für die in weiten Kreisen der Sozialarbeit erhobene Forderung nach einem Bewahrungsgesetz. Es sollte die gesetzliche Grundlage für die Unterbringung sog. Minderwertigen, Asozialen, Erbgeschädigten etc. schaffen. Helene Wessel sah in der "Bewahrung" dieser Menschen - anders als die Nationalsozialisten - den besten Schutz der Gesellschaft. Für Helene Wessel war die Volksgemeinschaft - aber nicht die von der Hitler-Partei propagierte - das wichtigste Ziel. Der Schutz und die Unterstützung der Familie stand vor dem Schutz der Freiheit des Einzelnen. Die Forderung nach einem Bewahrungsgesetz erhob Helene Wessel später dann auch im Deutschen Bundestag.
Mit weiteren Publikationen - z.B. über den Zusammenhalt der Familien durch die katholische Religion - und Aufsätzen in Fachzeitschriften konnte Helene Wessel die Zeit des Nationalsozialismus, in der sie unter ständiger Überwachung durch die Gestapo stand, überstehen. Den Kontakt zu ihren politischen Freunden aber ließ sie trotz aller Bedrängnis nicht abreißen.

II

Helene Wessel half mit, am 14. Oktober 1945 in Soest/Westfalen die Deutsche Zentrumspartei (DZP) wieder- bzw. neu zu gründen. Ihre Vorstellungen von einer neuen demokratischen Grundordnung legte sie in zwei Broschüren dar, die beide 1946 erschienen: "Der Weg der deutschen Demokratie" und "Von der Weimarer Republik zum demokratischen Volksstaat".
Die Einführung des Sozialismus war ihrer Meinung nach unumgänglich, um angesichts der Massen verarmter Menschen soziale Gerechtigkeit für alle herzustellen. Bei Helene Wessel war dieser Begriff keine marxistische Kategorie, vielmehr die Beschreibung der Utopie einer sozial gerecht geordneten Gesellschaft, den sie aus der christlichen Soziallehre ableitete. Auch Teile der neugegründeten CDU verwandten zunächst den Begriff "Sozialismus aus christlicher Verantwortung".
Dieser soziale Staat, in dem die individuellen Menschen- und Freiheitsrechte verwirklicht werden sollten, sollte in den Bund der europäischen Völker eingegliedert sein, um dem Nationalismus vorzubeugen, der sich in der deutschen Geschichte so verhängnisvoll ausgewirkt hatte. Träger des Staates sollten die Parteien sein, in

denen sich die wichtigen Gruppen der Gesellschaft organisierten: die Arbeiterschaft in der SPD und die Christen in der Deutschen Zentrumspartei. Das Zentrum sollte auf der Grundlage christlicher Grundsätze und auch konfessionsübergreifenden Naturrechtes politisch tätig sein.
Es ging Helene Wessel also um eine Parteiendemokratie, die als Wirtschaftsordnung den Sozialismus und im kulturpolitischen Bereich die Grundsätze christlicher Glaubenslehre verwirklichen sollte. Dies ließ sich ihrer Meinung nach am besten in einer Koalition zwischen der DZP und der SPD realisieren, einer Koalition, die sie ja aus ihrer Zeit als preußische Landtagsabgeordnete kennengelernt hatte.
Helene Wessel hatte durchaus erkannt, daß die DZP als Partei des politischen Katholizismus keine Grundlage mehr hatte. Deswegen wollte sie der Partei mit dem Naturrecht eine politische Grundlage geben. Eine Neugründung wie die CDU kam für sie nicht in Frage, im Gegenteil, sie grenzte sich gegenüber der Neugründung ab, deren "C" im Namen sie als Mißbrauch des Christentums bezeichnete. Es war für sie kein Widerspruch, eine alte Partei neuzubegründen. Sie wollte an positive Traditionen anknüpfen und mit neuen Ideen ein neues, aber auch das alte Wählerpotential gewinnen.
Die Zentrumspartei folgte weitgehend den wirtschafts- und vor allem den kulturpolitischen Vorstellungen Helene Wessels und nahm sie in das Parteiprogramm auf. Helene Wessel wurde in den Vorstand gewählt. Aber nicht alle Parteimitglieder teilten ihre Schlußfolgerungen, nämlich die politische Grundlage der Partei und die Verwirklichung ihrer Ziele in einer Koalition mit der SPD. Die Traditionalisten um Wilhelm Hamacher, der in der Weimarer Republik eine führende Position im rheinischen Zentrum eingenommen hatte und den die Delegierten im März 1946 jetzt zum Vorsitzenden wählten, sahen das Zentrum als rein katholische Partei. Auf der anderen Seite stand die Gruppe um Carl Spiecker, der das Zentrum aus seinen weltanschaulichen Grundsätzen lösen und zu einer Art deutscher Labourparty umgestalten wollte.
Mit dem Vorsitzenden Hamacher und dessen Stellvertretern Spiecker und Wessel hatte die Partei alle Strömungen gebündelt, aber der Tradition den Vorrang gegeben. Die innerparteiliche Debatte um die politische oder religiöse Grundlage der Partei führte zu einem unklaren politischen Profil. Hinzu kam die permanente Auseinandersetzung mit der CDU, die um die gleiche Wählerklientel warb und dem Zentrum bereits bei den ersten Wahlen den Rang

abgelaufen hatte. Das Zentrum blieb in der Folgezeit fast ausschließlich auf Nordrhein-Westfalen beschränkt. Das lag auch daran, daß sich die meisten seiner ehemaligen Funktionsträger der neugegründeten CDU zugewandt hatten. Neben harten politischen Attacken kam es auch zu persönlichen Auseinandersetzungen. Viele ehemalige politische Freunde konnten den Schritt Helene Wessels nicht nachvollziehen. Während die Freundschaft zu Christine Teusch auch weiterhin über Parteigrenzen erhalten blieb, kühlte die Beziehung zu Helene Weber ab und die Freundschaft zu ihrem Mentor Johannes Gronowski - dem Vorsitzenden der CDU Westfalen-Lippe - und dessen Familie zerbrach. Helene Wessel aber blieb unbeirrt: "Es gibt eben Ereignisse im Leben, in denen der Mensch seinen Weg gehen muß, wenn er seiner inneren Überzeugung und Erkenntnis nicht untreu werden will. Dieser Weg war eben für mich mit meiner Entscheidung für das Zentrum gegeben." Diese freie Gewissensentscheidung war eine der wichtigsten Grundhaltungen Helene Wessels, die ihr ihre politische Unabhängigkeit verschaffte.

III

Helene Wessel war schon bald - entgegen ihrer ursprünglichen Absicht - wieder voll politisch aktiv. Eine Berufspolitikerin hatte sie nicht werden wollen: "Dadurch wird man zu abhängig und behält nicht seine völlig selbständige Stellung, die gerade im politischen Leben dringend notwendig ist" - betonte sie im April 1947. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie aber bereits zahlreiche Verpflichtungen übernommen: stellvertretende Parteivorsitzende, Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtages, Lizenzträgerin, d.h. mitverantwortliche Herausgeberin des "Neuen Westfälischen Kurier", einer dem Zentrum nahestehenden Zeitung in Werl - wohin sie umgezogen war - und außerdem Vorsitzende des Frauenausschusses der Partei. Helene Wessel war und blieb die einzige profilierte Frau im Zentrum. Ihre Bemühungen, Frauen über sichere Listenplätze und mit Vorstandspositionen zur aktiven Mitarbeit zu gewinnen, waren nicht von Erfolg gekrönt.
Sie stand weiterhin mitten in den politischen Auseinandersetzungen, auch und vor allem mit der CDU. Um den "Bruderzwist" zu beenden, hatten sich immer wieder, mit Unterstützung der katholischen Kirche, Vertreter beider Parteien getroffen. Helene Wessel blieb bei ihrer Entscheidung. Aber als im Dezember 1948 Carl

Spiecker zum Parteivorsitzenden gewählt wurde und in Fusionsverhandlungen mit der CDU eintrat, schien das Ende der Deutschen Zentrumspartei gekommen. Im Januar 1949 sollte die Fusion auf einem außerordentlichen Parteitag beschlossen werden. Die mitreißende Rede Helene Wessels, die sich als einzige aus der Führungsriege deutlich gegen eine Fusion aussprach, stimmte die Delegierten um. Zu einer Parteivorsitzenden konnte man sich auf diesem Parteitag noch nicht entscheiden und wählte mit Johannes Brockmann zwar einen verdienten, aber doch nicht deutlich profilierten Zentrumsmann an die Spitze.
Erst auf dem nächsten Parteitag im Oktober 1949 - es war bereits der sechste - wählte man den vierten Parteivorsitzenden: mit 95% der Stimmen Helene Wessel. Dieser Vertrauensbeweis war auch der Lohn für ihre politische Arbeit im Parlamentarischen Rat 1948/49. Helene Wessel hatte hier gemeinsam mit Johannes Brockman das Grundgesetz mitberaten und geschaffen. Ihr Eintreten für die Grundrechte, die individuellen Freiheitsrechte, auch - wenngleich nicht federführend - für die Gleichberechtigung der Frau und für die Verankerung der Parteiendemokratie hatten ihr Ansehen gefestigt. Auch die katholische Kirche hatte nicht mit Lob gespart wegen ihres Eintretens für die Verankerung des Elternrechtes, das den Eltern das Sorge- und Erziehungsrecht und das Recht auf Entscheidung über die Schulform ihrer Kindern sichern sollte. Für Helene Wessel war das Fehlen des Elternrechtes und das Fehlen der sozialen Grundrechte Grund, im Mai 1949 dem Grundgesetz ihre Zustimmung zu verweigern. Ihre Arbeit als eine der vier Mütter des Grundgesetzes war anerkannt worden. Der Bonner "Hofchronist" Walter Henkels stellte fest: "Sie war von den vier Frauen des Parlamentarischen Rates die gewinnendste, die unbekümmert die Gleichberechtigung der Frauen demonstriert und zigarettenrauchend in ihrem Fraktionszimmer an der Schreibmaschine sitzt und selber ihren Zeitungsaufsatz tippt."

IV

Als Partei- und dann auch als Fraktionsvorsitzende ihrer neun Mitstreiter im ersten Deutschen Bundestag wurde Helene Wessel heftig umworben von Konrad Adenauer, der das Zentrum zur Erweiterung seiner schmalen Regierungskoalition aus CDU, CSU, FDP und DP gewinnen wollte. Helene Wessel lehnte ab. Sie stand dem neuen Bundeskanzler seit langem kritisch gegenüber und konnte,

nachdem sie so lange für die Eigenständigkeit des Zentrums gekämpft hatte, keine Koalition mit der CDU eingehen. Deutliche Differenzen zur Regierungspolitik ergaben sich in Wirtschaftsfragen. Helene Wessel lehnte die soziale Marktwirtschaft des Wirtschaftsministers Ludwig Erhard ab. Sie hielt an ihrer Vorstellung einer sozial gerecht geordneten Gesellschaft fest und forderte daher als erste wirtschaftspolitische Maßnahme ein Antimonopolgesetz, um einer ihrer Meinung nach sich bereits abzeichnenden Zusammenballung von Kapital und Wirtschaft in den Händen einzelner entgegenzuwirken. Helene Wessel sah die Wirtschaftsfrage in einem grundsätzlichen Licht: nur die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, die Mitbestimmung in den Betrieben, die Lösung der sozialen Frage schlechthin konnte zu einer positiven demokratischen Entwicklung führen. Sie hielt nur eine sozialorientierte Gesellschaft für geeignet, einen demokratischen Staat zu formen und zu tragen.

Mit der Vielzahl der von ihm gelösten Nachkriegsprobleme hat der erste Bundestag eine enorme Arbeitsleistung vollbracht. Auch Helene Wessel und ihre Fraktion haben am Lastenausgleich, an der Sozialgesetzgebung, der Mitbestimmung in den Betrieben, bei der Förderung des Wohnungsbaues nach Kräften mitgewirkt. Bei der jeweiligen Entscheidung ging es Helene Wessel immer um eine sachgerechte Lösung des Problems und nicht um parteitaktische Fragen. Daher konnte sie in wirtschaftspolitischen Fragen mit der SPD stimmen, in kulturpolitischen oder sozialpolitischen Fragen aber durchaus mit der CDU.

Entscheidend für Helene Wessels weiteren politischen Weg wurde die Frage der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Bereits in der ersten Debatte zu diesem Thema erklärte sie unter Bravo-Rufen ihrer Fraktionskollegen, daß das Zentrum "sich jeder Art von Remilitarisierung auf das entschiedenste widersetzen wird. Ich glaube, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes nicht den kleinsten Schritt auf einem Weg dulden wird, der irgendwie in einen neuen Krieg hineinführen könnte." Obwohl diese Meinung zu diesem Zeitpunkt noch allgemeiner Konsens war, hatte sich mit dem Ausbruch des Koreakrieges und im Zuge des sich verschärfenden Ost-West-Gegensatzes die Situation verändert. Nicht nur Amerikaner und Franzosen plädierten für die Aufstellung deutscher Truppen in einer europäischen Armee, sondern Adenauer bot einen Wehrbeitrag unter der Voraussetzung der Souveränität der Bundesrepublik an. Auch die SPD lehnte einen Wehrbeitrag nicht grundsätzlich ab. Helene Wessel blieb dagegen bei ihrem strikten Nein.

Sie warnte vor der Verschärfung der Spannungen zum Osten und befürchtete, daß die Wiedervereinigung unerreichbar würde. Sie plädierte für Verhandlungen mit der Sowjetunion, um eine Zusammenführung beider deutscher Staaten zu erreichen.
In der ersten großen Bundestagsdebatte über die Frage der Remilitarisierung im Februar 1952 gab Helene Wessel zu bedenken, ob im Falle der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik es noch möglich sei, "... die Russen zu veranlassen, ihre Zustimmung zu gesamtdeutschen Wahlen und damit zur Befreiung der 18 Millionen Menschen in der Ostzone von dem sowjetischen System zu geben?" Auch die Wiedervereinigung sah Helene Wessel als eine soziale Aufgabe für die Menschen in der DDR, die sie nicht dem kommunistischen Regime ausgeliefert wissen wollte. Trotz ihrer deutlich antikommunistischen Äußerungen hatte Helene Wessel mehrfach Beifall auch von Abgeordneten der KPD erhalten. Ihre Verhandlungsbereitschaft mit der Sowjetunion in der Frage der Wiedervereinigung ließ sie in den Verdacht kommunistenfreundlicher Haltung geraten. Vor allem aus den Reihen der CDU/CSU wurde ihr eine neutralistische Haltung vorgeworfen. In einem Klima, in dem der Antikommunismus konstitutiv für die Bundesrepublik wurde, war Helene Wessel schnell diskreditiert. Die Vorwürfe aus den Reihen der Regierungsparteien waren so massiv, daß Helene Wessel glaubte, sich mit dem Hinweis auf ihre einwandfreie politische Vergangenheit rechtfertigen zu müssen. Auch außerhalb des Parlamentes suchte sie nach Möglichkeiten, ihre politischen Vorstellungen zu verbreiten. Sie sprach vor dem Internationalen Versöhnungsbund, der Deutschen Friedensgesellschaft, der Weltorganisation der Mütter aller Nationen und der Internationale der Kriegsdienstgegner. Zwar achtete sie darauf, daß keine kommunistische Organisation mit zu den jeweiligen Veranstaltern gehörte, der Diffamierung als Kommunistin konnte sie damit nicht entgehen.
Anfang des Jahres 1951 hatte Helene Wessel Kontakt zu dem CDU-Mitglied und Protestanten Gustav Heinemann aufgenommen. Beide stimmten darin überein, daß das wichtigste Ziel deutscher Politik sein müsse, die Wiederaufrüstung zu verhindern und Deutschland wieder zu vereinigen. Da beide in ihren Parteien keine Resonanz für ihre Ansichten fanden, gründeten sie im November 1951 die außerparlamentarische Organisation "Notgemeinschaft für den Frieden Europas".
Drei Tage später fand der Parteitag des Zentrums statt, auf dem die Wiederwahl Helene Wessels erfolgte. "Einstimmig, ohne Enthaltungen und unter nicht enden wollendem Beifall" heißt es im Proto-

koll des Bundesparteitages, wurde sie im Amt bestätigt. Obwohl Helene Wessel auch vor den Delegierten ihre umstrittenen Thesen zur Außen- und Wiedervereinigungspolitik darlegte, fand eine Diskussion darüber nicht statt. Die nach außen demonstrierte Geschlossenheit der Zentrumspartei entsprach allerdings nicht der Realität. Helene Wessel erreichten viele kritische Briefe, die auch ihr Abstimmungsverhalten im Bundestag betrafen. Die Parteibasis konnte in vielen Punkten dem Kurs Helene Wessels nicht mehr folgen. Denn die überwiegende Mehrheit der Mitglieder sah das Zentrum tendenziell als katholische Partei an. Und mit Konrad Adenauer stand ein Katholik an der Spitze des Staates, mit dessen Politik sich die Masse der Gläubigen identifizierte.
Als schließlich am 26. Januar 1952 der Rücktritt Helene Wessels vom Amt der Partei- und Fraktionsvorsitzenden bekanntgegeben wurde, reagierte die Öffentlichkeit überrascht. Die Presse spekulierte über einen erzwungenen Rücktritt.
Nach der Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), die Helene Wessel nunmehr gemeinsam mit Gustav Heinemann ins Leben rief, trat die gestandene Zentrumspolitikerin aus ihrer alten Partei aus. Dieser Schritt war ihr nicht leichtgefallen. Sie begründete ihn mit dem aussichtslosen Kampf um das Zentrum, und sie warf der katholischen Geistlichkeit vor, durch ihr Eintreten für die CDU das Zentrum zu einem aussichtslosen Existenzkampf zu zwingen. "Wir erleben es heute in verstärktem Maße, daß an die Stelle der Freiheit zum politischen Handeln aus christlicher Gewissensentscheidung des einzelnen der Zwang zu einer Einheitsmeinung der Christen und zwar in der Unterstützung der Politik des Bundeskanzlers zum entscheidenden Maßstab der katholischen Haltung erhoben wird." Sie sah, daß dem Zentrum nur noch der Weg in die CDU blieb, das aber lehnte sie ab: "Ich kann die Verantwortung für den Charakter und die Politik dieser Partei tragen, die ich insbesondere in der Außenpolitik für gefährlich und verhängnisvoll halte. Ich muß kompromißlos meinen Weg gehen, weil ich die Politik Adenauers von deutschen Standpunkt in keiner Weise unterstützen kann. Nur das sich selbst Treubleiben gibt die innere Freiheit zum Handeln in einer Welt, in der die Persönlichkeit nicht mehr viel gilt, um so mehr aber die Macht des goldenen Kalbes in der Form von Dollar und Rubel."

Die Gesamtdeutsche Volkspartei, die Helene Wessel gemeinsam mit Gustav Heinemann am 30. November 1952 ins Leben rief, war die Institutionalisierung der "Notgemeinschaft für den Frieden Europas". Die neue Partei sollte eine überkonfessionelle Gemeinschaft bilden, in der die Freiheit der Gewissensentscheidung Vorrang vor der Parteidisziplin haben sollte. Die GVP war aber eine links-bürgerliche, protestantisch geprägte Partei, die sich auf kaum mehr als das Ziel der Wiedervereinigung als gemeinsame politische Grundlage einigen konnte. Die Hoffnung, Politiker anderer Parteien für eine Mitarbeit in der GVP gewinnen zu können, erfüllte sich nicht.

Die Stalin-Noten vom Frühjahr 1952 hatten bei Wessel und Heinemann die Hoffnung geweckt, mit ihren Vorstellungen auf dem politisch richtigen Weg zu sein. Stalin hatte Verhandlungen über ein wiedervereinigtes, aber neutralisiertes Deutschland angeboten, wenn auf die Integration der Bundesrepublik in den Westen ("Deutschlandvertrag") verzichtet würde. Dies lehnte Bundeskanzler Adenauer ab. Bei gemeinsamen Auftritten der Katholikin Wessel und des Protestanten Heinemann warben beide für Verständigung mit der Sowjetunion. Dabei mußte sich Helene Wessel auch mit scharfen, teilweise sogar handgreiflichen Angriffen auseinandersetzen. In Berlin wurde ihre Rede mit lauten Zwischenrufen unterbrochen: "In Moskau steht ein Sessel für Frau Helene Wessel." Dennoch trieb Wessel und Heinemann die Hoffnung auf einen Erfolg bei den Bundestagswahlen im September 1953. Doch konnte die GVP nur 1,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, während die von Adenauer geführte Koalition die absolute Mehrheit erreichte. Entgegen der Prognose von Helene Wessel war nicht der außenpolitische Aspekt für die Wahlentscheidung ausschlaggebend, sondern die Sicherung der Aufwärtsentwicklung im Zeichen der liberalen Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards.

Helene Wessel stand nach der Wahlniederlage vor dem beruflichen Nichts, denn mit ihrem Festhalten an der Zentrumspartei und ihrer Gegnerschaft zum Bundeskanzler konnte die Berufspolitikerin auch nicht mehr in der katholischen Fürsorgearbeit tätig werden. So mußte sie vier Jahre lang beim DGB-Landesbezirk Düsseldorf als Sachbearbeiterin für statistische Erhebungen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik ihren Lebensunterhalt verdienen. Daneben blieb sie, wenn auch in der Öffentlichkeit unbeachtet, politisch aktiv. Sie übernahm die Betreuung der GVP-Mitglieder und redi-

gierte die "Gesamtdeutsche Rundschau", für die sie auch Artikel schrieb. Für Außenstehende entstand allerdings der Eindruck, Helene Wessel habe sich aus der Politik verabschiedet. Auch in der Partei herrschte Agonie.
Hinzu kam, daß sich die außenpolitische Lage durch die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau veränderte. Die "Gesamtdeutsche Aktion", die Gustav Heinemann in Zusammenarbeit mit der SPD initiiert hatte, war die letzte Aktivität der GVP. Nachdem der Partei auch bei Landtagswahlen kein Erfolg beschieden war und die Suche nach Bündnispartnern für die Bundestagswahl 1957 ergebnislos blieb, wurde die Auflösung der Partei beschlossen.

VI

Helene Wessel und Gustav Heinemann traten in die SPD ein, die beiden Politikern auf sicheren Listenplätzen den Einzug in den Bundestag garantierte. Helene Wessel war dieser Schritt nicht leichtgefallen. Es war ihr aber nur die Möglichkeit geblieben, sich mit 59 Jahren aus dem politischen Leben völlig zurückzuziehen, oder aber "zu jener Richtung zu stoßen, die meiner Außen-, Deutschland- und Wehrpolitik, auch meiner sozialen Auffassung am nächsten steht". Die Beteiligung der SPD an der "Gesamtdeutschen Aktion" der GVP hatten sie in ihrer Auffassung politischer Gemeinsamkeiten bestärkt. Sie hatte zudem klar erkannt, daß der Kampf gegen die Aufrüstung und für die Wiedervereinigung verloren war. Auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet hatte Helene Wessel bereits seit langem Übereinstimmungen mit den politischen Vorstellungen der SPD festgestellt. Dennoch war ihr Beitritt zur SPD heftig umstritten. Bis zum Godesberger Programm im Jahre 1959 galt die SPD vielen noch als marxistische und antireligiöse Partei. Ihr war bewußt, daß der Weg in die SPD für überzeugte Katholiken ein qualitativ anderer Schritt war als die Gründung der GVP mit dem Protestanten Heinemann. Aber sie glaubte, "daß ich meinen Entschluß vor meinem Herrgott verantworten kann".
Die Angriffe in der Öffentlichkeit verletzten sie tief: "Helene Wechsel" wurde sie genannt. Der Versuch, ihre politische Glaubwürdigkeit aufgrund des in so kurzer Zeit erfolgten zweimaligen Wechsel der Partei zu untergraben, wurde gleichzeitig mit "christlichen" Argumenten verwoben. Die Politikerin, die im Zentrum ve-

hement das Elternrecht verfochten habe, verleugne ihren Glauben, wenn sie jetzt Mitglied der SPD sei. Ihre "mangelnde Treue" könne nicht als "letztgültiger Beweis für Zielstrebigkeit" angesehen werden und sei "wohl auch kein Diplom für politisches Format." Wenn Helene Wessel auch unter diesen Angriffen litt, so stand sie unbeirrt zu dieser Entscheidung: "Aber das Leben hat mich hart im Nehmen gemacht, weil ich in der persönlichen Gewissensentscheidung und -freiheit mich geborgen weiß."
Für die SPD waren Wessel und Heinemann wichtige Persönlichkeiten, die sie endlich als Beweis für die Vereinbarkeit von Sozialismus und Christentum herausstellen konnte. Helene Wessel wurde im Bundestagswahlkampf 1957 vorwiegend um Vorträge gebeten, in denen sie die Frage "Kann ein Katholik SPD wählen?" thematisieren sollte. Dagegen wehrte sich die Politikerin, die es immer abgelehnt hatte, die Religion zum Aushängeschild der Politik zu machen.
Auch in ihrer neuen Partei galt ihr Hauptinteresse der Außen- und Wiedervereinigungspolitik. Im Zusammenhang mit der Debatte um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr kam es Ende Januar 1958 zu der bekannten Redeschlacht im Bundestag, bei der neben Thomas Dehler und Gustav Heinemann auch Helene Wessel ihre Abrechnung mit der Politik des Bundeskanzlers Adenauer vornahm. Gleich der erste Satz ihrer Rede schürte die Emotionen: "Ich habe bei den Sprechern der CDU und auch der Deutschen Partei den Eindruck gewinnen müssen, daß ihr Glaube an die Kraft der Atombomben für die Bundesrepublik größer ist als der Glaube an Gott als den Lenker der Weltgeschichte."
Hier war die Erbitterung einer Politikerin zu spüren, die erkennen mußte, daß ihre Vorstellungen von einer Politik der Verständigung und Aussöhnung nicht realisierbar waren. Es war die letzte große politische Rede, die Helene Wessel im Deutschen Bundestag gehalten hat. In den insgesamt zwölf Jahren als SPD-Abgeordnete war sie zu ihren politischen Anfängen der Sozialpolitik zurückgekehrt und in den Jahren von 1959 bis 1969 als Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses tätig.
Ihre politische Unabhängigkeit hat sich Helene Wessel auch in der SPD bewahrt. So reiste sie trotz großer Bedenken des Parteivorstandes dreimal in die Sowjetunion, um einen "kleinen Schritt auf dem Weg der Völkerverständigung" zu beschreiten. Sie engagierte sich in der Bewegung "Kampf dem Atomtod", einer von der SPD initiierten außerparlamentarischen Bewegung auch noch zu einem Zeitpunkt, in dem es bereits zu einer Annäherung der außenpoliti-

schen Ansichten von CDU und SPD kam. Und sie stimmte mit dem Hinweis auf das "Ermächtigungsgesetz" von 1933 gegen die Notstandsgesetze - entgegen der Mehrheit ihrer Fraktion.
An der Wahl ihres Freundes Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten am 15. April 1969 konnte sie aufgrund ihrer schweren Herzkrankheit nicht teilnehmen. Helene Wessel starb kurz nach der Bundestagswahl am 13. Oktober 1969 in Bonn, bei der der SPD-Vorsitzende Willy Brandt gemeinsam mit der FDP eine Regierungsmehrheit erhielt.

VIII

Helene Wessel hatte ihr ganzes Leben der Politik gewidmet. Eine Trennung von privatem und politischen Bereich gab es nicht, da sie unverheiratet blieb. Dabei gelang es ihr, Freundschaften über Parteigegensätze aufrechtzuerhalten. Die Fähigkeit, auch dem politischen Gegner mit Achtung und Respekt zu begegnen, hat ihr die Arbeit in allen Parteien und Gruppierungen, denen sie im Laufe ihres bewegten Lebens angehörte, erleichtert. Für Helene Wessel war die Politik ausschließlich Beruf und gleichzeitig Berufung.
Grundlage ihres politischen Handelns bildete die freie Gewissensentscheidung, die in ihrem christlichen Glauben verankert war. Aus ihrer katholischen Überzeugung bezog Helene Wessel die Grundlagen und Normen ihrer politischen Vorstellungen und die innere Kraft und Stärke, ihren Weg trotz des ihr entgegengebrachten Unverständnisses und der Anfeindungen zu gehen. Jedoch begründete sie ihre politischen Ansichten nicht mit "christlichen Werten". Es lag ihr daran, politisch zu argumentieren. Sie stand zu ihren Forderungen mit einer Konsequenz, die persönliche und interfraktionelle Rücksichten nicht zu kennen schien. Woran ihre spätere Parlamentskollegin Hildegard Hamm-Brücher (FDP) erst mit ihrer Streitschrift appellieren mußte - an die Beachtung des Grundgesetzartikels 38, der die freie Gewissensentscheidung der Abgeordneten beinhaltet -, das praktizierte Helene Wessel unzweifelhaft und geradlinig.
Helene Wessel hielt nach 1945 zunächst an der Partei des Zentrums fest. Sie wollte an die Tradition des Mitgründers von 1870/71, Ludwig Windthorst, anknüpfen und in der Partei Demokraten zusammenführen, um eine soziale Politik zu verwirklichen. Dabei kam es ihr nicht auf den Zusammenschluß von Protestanten und Katholiken in einer Partei wie der CDU an. Sie wollte mit dem

Zentrum in Koalition mit der SPD die weltanschaulichen Prämissen aus der Parteipolitik verbannen.
Als Parteivorsitzende versuchte sie, diese Politik im Bundestag umzusetzen. Dabei stand sie, bei aller weltanschaulichen Gegnerschaft, der SPD in vielen Fragen näher als der CDU. Die Wiederbewaffnung wurde dann zum Wendepunkt in Helene Wessels Leben. Die Partei, die sich aus dem vor 1933 existierenden Kommunikationsgeflecht zwischen Kirche und Zentrum ausgeschlossen fühlte und durch die von der Kirche unterstützte Fusion von CDU und Zentrum bedrängt fühlte, konnte den Kurs ihrer Vorsitzenden und die Gegnerschaft zum katholischen Kanzler nicht mittragen.
Der Austritt Helene Wessels aus dem Zentrum war die Konsequenz ihrer kämpferisch vertretenen Haltung. Sie brach mit ihrer Partei, auch wenn die Idee der Existenz dieser Partei in ihrem Leben große Bedeutung hatte. Dieser Bruch war das Resultat ihrer inneren Freiheit, die sich trotz eingestandener Enttäuschung über das Verhalten der Kirche niemals an dem Vorgehen der Amtskirche und der Haltung einer Partei orientierte.
Die Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei war der Versuch, ihren politischen Ideen eine neue Realisierungschance zu geben: weltanschauliche Toleranz in einer überkonfessionellen Gemeinschaft, in der die Freiheit der Gewissensentscheidung mehr zählte als Parteidisziplin. Erst als Helene Wessel einsehen mußte, daß die Wiedervereinigung nicht zu erreichen war, entschloß sie sich 1957 zum Eintritt in die SPD. 1952 war ihr dies aus weltanschaulichen Gründen noch nicht möglich gewesen.
Helene Wessel hielt zwar an ihren von christlichen Grundsätzen geprägten politischen Vorstellungen fest, wollte sie aber künftig in einer Partei realisieren, die auf politischer Ebene dazu in der Lage schien. Die wesentliche Übereinstimmung in der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik war ihr wichtiger als der Kompromiß, den sie mit ihrem Beitritt zur SPD auf kulturpolitischem Gebiet eingehen mußte. Den Weg dieser Partei zu einer Volkspartei, die z.B. in den sechziger Jahren das Elternrecht akzeptierte und mit Willy Brandt eine Politik der Verständigung beschritt, hat sie nach Kräften unterstützt. So war die SPD am Ende ihres Lebens die Partei, die ihre bereits frühzeitig formulierten politischen Vorstellungen am ehesten vertrat. Helene Wessel integrierte damit in ihrem eigenen politischen Weg die Prozesse des gesellschaftlichen Wandels in den Ablauf ihres politischen Lebens. Anders als ein großer Teil ihrer früheren politischen Freunde empfand sie es als notwendig, trotz und wegen ihrer Verwurzelung im Glauben nach einem politi-

schen Verband zu suchen, der ihren Vorstellungen von sozialem Ausgleich und gesellschaftlicher Harmonie entsprach. Daß sie diese Haltung allen Schwierigkeiten zum Trotz in einer exponierten öffentlichen Stellung durchzusetzen verstand, macht sie zu einer der bedeutendsten Politikerinnen der Nachkriegszeit.

Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (1921-1972)

Seit 1949 gab und gibt es nur wenige der inzwischen fast 3.000 Abgeordneten des Deutschen Bundestags in Bonn, die als "einfache" Parlamentarier, ohne je Mitglied einer Bundesregierung, Vorsitzender eines einflußreichen Verbands oder Besitzer eines Presseimperiums gewesen zu sein, eine eigenständige politische Rolle gespielt haben oder noch spielen. Einer von ihnen war der fränkische Aristokrat und Großgrundbesitzer Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, der dem Bundestag als CSU-Abgeordneter von 1957 bis wenige Wochen vor seinem Tod 1972 angehörte. Der begabte Redner und Debatter war ein leidenschaftlicher Verfechter der freiheitlichen Demokratie und der - bereits früh erfolgten, aber später zeitweise wieder gefährdeten - historischen Integration der Bundesrepublik Deutschlands in den Westen und des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen, schließlich einer der bedeutendsten Opponenten gegen die Deutschland- und Ostpolitik der SPD/FDP-Koalition nach 1969.

I

Karl Theodor Maria Georg Achatz Eberhard Joseph Reichsfreiherr von und zu Guttenberg entstammte einem der ältesten deutschen Adelsgeschlechter. Seine Vorfahren zählten zur fränkischen Reichsritterschaft, die jahrhundertelang europäisch-reichisch gesinnt war. Er wurde am 23. Mai 1921 als zweiter Sohn - dem noch zwei Schwestern folgten - des Freiherrn Georg Enoch von Guttenberg (1893-1940) und seiner Ehefrau Elisabeth, Tochter des kommandierenden Generals von und zu der Tann-Rathsamhausen (geb. 1900) und der ungarischen siebenbürgischen Gräfin Mikes, auf dem Familienbesitz Schloß Weisendorf in Oberfranken (Kreis Höchstadt an der Aisch) geboren. Der Vater war noch während des Ersten Weltkriegs in die Kammer der erblichen Reichsräte in München berufen worden, deren Tätigkeit 1918 endete. Er leitete von 1927 bis 1933 den Bayerischen Heimat- und Königbund. Deren

Mitglieder erstrebten die Restauration der Wittelsbacher Monarchie und suchten noch in den ersten Wochen des Jahres 1933 die Übertragung der Regierung an die NSDAP zu verhindern. Wenige Monate nach Hitlers "Machtergreifung", im Juli 1933, mußte sich der Bund auflösen. Guttenberg wurde im Zusammenhang des "Röhm-Putsches" am 30. Juni 1934 verhaftet. Er kam erst nach mehreren Monaten wieder frei, nachdem ausländische Zeitungen bereits seine Ermordung gemeldet hatten.
Die weiterhin in seiner Familie herrschende kompromißlose Ablehnung des Nationalsozialismus hat auch Karl Theodor, der auf dem burgähnlichen Schloß Guttenberg in der Nähe von Kulmbach heranwuchs, geprägt und ließ ihn schon früh zu einem Gegner jeglichen Totalitarismus werden. Später (1966) hat er bekannt, daß ihm sein Vater Vorbild seiner Kinder- und Jugendzeit gewesen sei und daß in seiner Familie Politik die "allergrößte Rolle" gespielt habe. Gleichwohl habe er bis 1945 nicht daran gedacht, Politiker zu werden. Seine Ausbildung begann mit einer katholisch-standesgemäßen Erziehung in Internatsschulen der Jesuiten, von 1930 bis 1934 in Feldkirch in Vorarlberg (Österreich), dann in St. Blasien im Schwarzwald. 1936 wechselte Guttenberg auf das Alte Gymnasium in Würzburg, wo er zwei Jahre später sein Abitur mit der Durchschnittsnote 1,5 bestand. Dieser Schulzeit verdankte Guttenberg eine breite humanistische Bildung. Bei den Jesuiten lernte er zudem die Fähigkeit des Disputierens.
1938 absolvierte er einen mehrmonatigen Arbeitsdienst und trat dann, zusammen mit seinem älteren Bruder Philipp Franz, beim Kavallerieregiment 17 in Bamberg als Fahnenjunker ein, nachdem - wie er später einmal formulierte - "in meiner Familie bereits mehrere politische Verhaftungen vorgekommen waren"; sein Vater habe ihm geraten, möglichst schnell Offizier zu werden, um die Wehrmacht als eine Art "politischer Abdeckung" zu nutzen, andererseits aber auch für den "von Hitler ohnehin beabsichtigten Krieg" entsprechend vorbereitet zu sein.
Bereits 1940, während des Polenfeldzugs, überstand Guttenberg wegen offener Verurteilung nationalsozialistischer Greuel an Juden ("staatsfeindliche Äußerungen") ein Kriegsgerichtsverfahren (mit drei Wochen Haft) und entging so einer Versetzung in ein Strafbataillon. Er nahm am Frankreich-Feldzug teil und seit 1941 am Krieg gegen die Sowjetunion. Ende 1940 starb sein Vater, Korvettenkapitän der Kriegsmarine, in Würzburg. Im Januar 1943 fiel sein ältester Bruder vor Leningrad. Aufgrund des "Letzte-Söhne-Erlasses" wurde der Oberleutnant Karl Theodor von Guttenberg

von der Stalingrad-Front abgezogen. Er war früh über Staatsstreichpläne aus dem Kreis um Admiral Canaris informiert und bereit, sich aktiv an der Verschwörung zu beteiligen.
Im Juli 1943 heiratete er in München Rosa Sofie Prinzessin und Herzogin von Arenberg (geb. 1922) aus einem alten katholischen Fürstengeschlecht, und "einem der reichsten dazu" (W. Henkels). Ihr Vater, Robert Prinz und Herzog von Arenberg, wurde als Offizier und Mitglied der militärischen "Abwehr" nach dem 20. Juli 1944 in Wien verhaftet und entkam nur knapp dem Galgen. Der Ehe Guttenbergs entstammten die Kinder Elisabeth, Georg Enoch, Michaela und Praxedis. Mehrere von Guttenbergs Verwandten wurden nach dem Stauffenberg-Attentat verhaftet, einige, darunter der ihm eng verwandte Klaus Graf Stauffenberg, hingerichtet.
Seit Herbst 1943 war Karl Theodor Ordonnanzoffizier des Oberbefehlshabers des Armee-Oberkommandos 15 in Nordfrankreich und Belgien, wo er im Herbst 1944 in englische Kriegsgefangenschaft geriet. In Großbritannien suchte er über den Londoner Sender und wenig später als "militärpolitischer Berater" und Nachrichtensprecher des "Soldatensender Calais" dazu beizutragen, die Wahrheit über Hitler-Deutschland bekannt werden zu lassen und so den Krieg möglichst rasch zu beenden.

II

Im Oktober 1945 kehrte Guttenberg auf das Gut und Schloß Guttenberg zurück und übernahm den jahrhundertealten Familienbesitz. Dazu gehörten auch land- und forstwirtschaftlicher Besitz in seinem oberfränkischen Geburtsort Weisendorf, ferner ein Waldgut in Eckweisbach in der Rhön sowie Kuranlagen und einige Häuser in Bad Neustadt bei Kissingen. Hinzu kam das Weingut "Reichsrat von Buhl" im pfälzischen Deidesheim an der Weinstraße. Diesen Besitz hatte er durch Adoption der Witwe des früheren bayerischen Reichsrats Franz von Buhl geerbt. So lautete sein voller, aber öffentlich nicht benutzter Name: Karl Theodor Buhl Reichsfreiherr von und zu Guttenberg.
Der junge fränkische Aristokrat war als Land- und Forstwirt sowie kaufmännischer Unternehmer - wie er selbst seine berufliche Tätigkeit umschrieb - ein finanziell unabhängiger Mann. Er begnügte sich allerdings schon bald nicht mehr mit der Verwaltung seiner Güter. Der Kriegsheimkehrer drängte in die Politik. Im Januar 1946 gehörte Guttenberg zu den Gründern der CSU in seinem hei-

mischen Landkreis Stadtsteinach. Aus Familienbesitz stellte er 20 ha Land zur Verfügung, auf dem nach Gründung einer Siedlungsgenossenschaft Wohnungen für einige hundert Vertriebene entstanden. 1952 kandidierte er bei den ersten Kommunalwahlen in der amerikanischen Zone für das Amt des Landrats und wurde mit absoluter Mehrheit gewählt. In diesem Amt hat er anschließend fünf Jahre lang zum Wiederaufbau seiner engeren Heimat und zur Eingliederung zahlreicher Vertriebener und Flüchtlinge beigetragen.

1957 drängte Guttenberg in den Bundestag. Dafür mußte er sich zunächst im Wahlkreis Forchheim gegen mehrere andere CSU-Bewerber durchsetzen. Das gelang ihm mit 16:13 Stimmen der Delegierten, allerdings erst nach einem "höchst unerfreulichen Gerangel". Er erreichte in seinem Wahlkreis das Direktmandat für die CSU. Nach diesem Erfolg entschied er sich für die aktive Politik und legte sein Amt als Landrat nieder. Die Verwaltung seiner Besitzungen übertrug der Landrat a.D. einem Generalbevollmächtigten.

Dem Fraktionsneuling gelang sofort der Einzug in den Auswärtigen Ausschuß des Bundestags, den der CDU-Abgeordnete Kurt Georg Kiesinger leitete. Der fränkische Politiker arbeitete sich innerhalb kürzester Zeit in die komplizierte Materie der Deutschland- und Ostpolitik ein. Er kritisierte schon bald die damals grassierenden, von der Sowjetunion favorisierten Pläne zur Schaffung militärisch verdünnter Zonen in Mitteleuropa, die den Abzug der USA und Großbritanniens aus Europa bezweckten. Guttenberg trat bereits früh für eine Verständigung mit Polen ein - allerdings nicht zu kommunistischen Bedingungen.

Nach zwei Jahren gelang dem bis dahin unbeachteten Hinterbänkler mit seiner Jungfernrede der parlamentarische Durchbruch. Am 5. November 1959 zerfetzte er im Bundestag einen von Herbert Wehner vorgelegten und begründeten "Deutschlandplan" der SPD, die danach eine "Bundesrepublik mit sozialistischen Errungenschaften" erstrebe. Guttenberg zeigte der SPD das "Gebiß eines angriffswütigen Hundes. Die Opposition schrie auf; die eigene Fraktion war zum Teil betroffen" (W. Henkels).

Von Stund an war der fränkische Abgeordnete als Außenpolitiker wie als Debattenredner geschätzt und gefürchtet. Selbst Unionsabgeordnete hielten den schneidigen Redner für einen übertriebenen "Scharfmacher". Keine acht Monate später, am 30. Juni 1960, stimmte Guttenberg dann auch nicht, wie etliche Abgeordnete der Regierungskoalition, in die positive Bewertung jener Kehrtwendung

der SPD ein, mit der sie, wiederum unter Führung Wehners, die bisher ein Jahrzehnt lang von ihr bekämpfte Deutschland- und Integrationspolitik Adenauers akzeptierte. Guttenberg mißtraute der Schwenkung der Opposition, der er zuviel Verständnis und Nachgiebigkeit gegenüber dem unveränderten Expansionsstreben der Sowjetunion vorwarf.

III

Im Sommer 1960 war der fränkische Abgeordnete endgültig in die vorderste Reihe seiner Fraktion gerückt, die 1958 mit dem Weggang Kiesingers nach Stuttgart - als Ministerpräsident von Baden-Württemberg - ihren fähigsten außenpolitischen Debatter verloren hatte. Die CDU lud Guttenberg als Redner zu ihren Parteitagen 1961, 1962 und 1964 ein. Er nahm an vielen Auslandsreisen des Auswärtigen Ausschusses teil und gewann Kontakt zu führenden ausländischen Politikern. Bundeskanzler Adenauer schätzte Guttenbergs Klarheit und Festigkeit, mit der er die Westbindung der Bundesrepublik vertrat und die unterschiedlichen Positionen von Koalition und Opposition verdeutlichte. Umgekehrt zählte der CSU-Abgeordnete zu dessen parlamentarischen Stützen.
Guttenberg hielt die Informationstätigkeit sowie die Vertretung der Kultur- und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik im Ausland für unzureichend. Seinen Vorschlag allerdings, sie zu verstärken und auch institutionell - durch Schaffung eines entsprechenden Staatssekretariats im Auswärtigen Amt - zu bündeln, lehnte der Bundeskanzler ab. Der CSU-Abgeordnete scheiterte auch mit seiner Absicht, ein politisches Nachrichtenmagazin zu gründen, um damit der publizistischen Übermacht der Linkspresse entgegenwirken zu können. Er empfand es als Auszeichnung, als ihn Adenauer 1960 als seinen "persönlichen Beauftragten" für den nächsten Wahlkampf benannte.
Im September 1961 erneut in den Bundestag gewählt, verfolgte Guttenberg mit wachsendem Mißtrauen den Kurs des neuen Außenministers Gerhard Schröder (CDU). Er sah in dessen "Flexibilität" in der Deutschland- und Ostpolitik eine Gefahr für den Zusammenhalt im westlichen Bündnis und befürchtete, daß der Nachfolger Heinrich von Brentanos nicht hart genug zugunsten der Freiheitssicherung für West-Berlin eintreten würde.
Die nach dem Berliner Mauerbau und der anschließenden Wahlschlappe der Unionsparteien im Spätjahr 1961 gebildete vierte Re-

Karl Freiherr von und zu Guttenberg (1921 – 1972)

schiedsgerichtsverfahren unbeschadet zu überstehen. Sein Verhältnis zu Strauß verschlechterte sich dann noch weiter, als er im Juli 1963 gegen dessen Wiederwahl zum Landesvorsitzenden stimmte. Guttenberg hielt die Rolle des früheren Verteidigungsministers in der "Spiegel-Affäre" für ungeklärt, weil er noch nicht wußte, daß dieser sich damals für Adenauer quasi geopfert hatte. Nach der Wiederwahl von Strauß sicherte ihm Guttenberg Loyalität zu.

IV

Wenige Wochen später ging die 14jährige "Ära Adenauer" zu Ende. Dessen Nachfolger Ludwig Erhard begann, gedrängt durch Außenminister Schröder, eine Kurskorrektur in der Außenpolitik vorzunehmen. Sie führte zu einer Distanzierung der Bundesrepublik gegenüber dem von de Gaulle vertretenen Führungsanspruch Frankreichs innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in die Erhard möglichst rasch auch Großbritannien einbezogen wissen wollte. Schröder suchte die Bundesrepublik durch einseitige Abstützung auf die USA und Großbritannien in die westliche Entspannungspolitik einzupassen.
Demgegenüber befürchtete Guttenberg, daß eine flexiblere Ostpolitik, durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Satelliten-Staaten Moskaus, zu einer schrittweisen Hinnahme des Status quo, also auch des "Regimes der SED" und damit der Teilung, führen würde. Die Gefahr einer solchen "Entspannung durch Verzicht" hielt er für bedrohlich, weil er befürchtete, daß sich die Supermächte, deren vordringliches Ziel in Vereinbarungen über gegenseitige Rüstungskontrolle bestand, auf Kosten der Bundesrepublik und der Sicherung West-Berlins zu verständigen suchten. Ein entsprechender "Preis" der USA und Großbritanniens könnte in der Hinnahme des territorialen Status quo bestehen. Demgegenüber hatte de Gaulle in der Berlin-Krise sowjetischen Pressionen nicht nachgegeben.
Die dreijährige Kanzlerschaft Erhards war vom innerparteilichen Dauerstreit der Unionsparteien durchzogen. Guttenberg gehörte zur Minderheit der "Gaullisten". Sie warnte vor den Gefahren, die von der westlichen Beschwichtigungs- und der sowjetischen Koexistenzpolitik ausgingen und glaubte nicht daran, daß sich der Kommunismus liberalisieren könne. Der fränkische Abgeordnete blieb dabei, daß der imperialistische Kommunismus den "Kalten Krieg" hervorgerufen und ein Interesse daran habe, die Ost-West-Spannung

weiterhin aufrecht zu erhalten. Mit seinen unermüdlichen Warnungen vor den Zielen Moskaus verband er seine Forderung, den Vertrag mit Frankreich vom Januar 1963 zu aktivieren und als Ausgangspunkt für eine europäische Einigung nutzbar zu machen, auch um jedem nationalen Alleingang der Bundesrepublik entgegenzuwirken.
Der CSU-Politiker ging inzwischen davon aus, daß die USA, angesichts ihrer inzwischen möglichen eigenen Verwundbarkeit durch sowjetische Interkontinentalraketen, nicht mehr, wie in der bisherigen NATO-Einsatzplanung vorgesehen, als sicherste Abwehrmöglichkeit zum Schutz Europas auch Nuklearwaffen einsetzen würden. Von einer strategischen Denuklearisierung und der zunehmenden Verstrickung der USA in den Vietnam-Krieg - die auch zu einem Abzug amerikanischer Truppen aus der Bundesrepublik führte - befürchtete er eine "Demontage unserer Sicherheit".
Deswegen plädierte Guttenberg dafür, Frankreichs Force de frappe zum Keim einer europäischen Atomstreitmacht zu machen, um der Sowjetunion weiterhin das Risiko eines Angriffs zu belassen. Nur von einer "Europäisierung" der Deutschen Frage durch Einbeziehung der nächsten Nachbarn, um mit ihrer Hilfe ein starkes Europa zu schaffen, hielt er eine Änderung der sowjetischen Expansionspolitik für möglich. Sie wiederum galt ihm als Voraussetzung für eine Wiedervereinigung Deutschlands. Da er sich in dieser Konzeption in Übereinstimmung mit den außenpolitischen Ansichten von F.J. Strauß befand, verbesserten sich ihre persönlichen Beziehungen.
Einen schweren Zusammenstoß mit Schröder riskierte Guttenberg im Sommer 1965, als er den Legationsrat im Auswärtigen Amt Hans Graf Huyn - der die "atlantische" Politik des Außenministers nicht länger mitvertreten konnte - in Schutz nahm und ihm, allerdings vergeblich, parlamentarische Hilfestellung leistete. Um bei Erhards zweiter Regierungsbildung, nach dessen Wahlsieg im Herbst 1965, eine erneute Ernennung Schröders zu verhindern, munitionierte Guttenberg Bundespräsident Heinrich Lübke mit Material, das den Außenminister politisch und persönlich belasten sollte. Diese Aktion, die Adenauer unterstützte, scheiterte.
Guttenberg vertrat seine außenpolitische Linie und Zielsetzung in einer Abfolge von Vorträgen, Aufsätzen und Kommentaren in Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunksendungen. Er entwickelte sich zu einem vielbeachteten politischen Kommentator und Debatter, zum intellektuellen Meinungsführer der deutschen "Gaullisten". Mit der Zusammenfassung seiner Gedanken in einem Buch "Was

der Westen will. Plädoyer für eine mutige Politik" (1964) fand er allerdings wenig Zustimmung in einer inzwischen nach links driftenden Öffentlichkeit, die von Entspannungs- und Fortschrittseuphorie beherrscht war und die Gefahr des kommunistischen Expansionismus leugnete. Guttenberg gab nie seine Hoffnung auf, daß der Kommunismus eines - noch fernen - Tages an der Natur der Menschen scheitern werde. Ebenso blieb er davon überzeugt, daß es nicht gelingen werde, die ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten Moskaus etwa durch Wirtschaftshilfe des Westens vom Kommunismus zu befreien. Er wehrte sich leidenschaftlich gegen Versuche, der Bevölkerung jenseits des Eisernen Vorhangs, eingeschlossen die Deutschen in der DDR, das politische Selbstbestimmungsrecht vorzuenthalten, und kritisierte alle Versuche, die Forderung nach der Gewährung dieses Menschenrechts durch systemkonformes Verschweigen zu übergehen.
Seine politischen Analysen vermochte der fränkische Baron mit einer auch im gegnerischen Lager bewunderten Präzision, mit intellektueller Argumentations- und Artikulationsfähigkeit, zu formulieren. Nach seinen parlamentarischen Vorbildern gefragt, antwortete er 1969: der "frühe" Kiesinger, Wehner und der FDP-Politiker Thomas Dehler.
Im Sommer 1966, nach Abschluß des Zweiten Vatikanischen Konzils, gehörte der katholische Parlamentarier zu den Initiatoren einer "Politischen Arbeitsgemeinschaft Kirche und Welt - Freundeskreis christlich-demokratischer und christlich-sozialer Politiker". Sie sollte das "C" im Namen der Unionsparteien "aktivieren", ausdrücklich im Sinne einer ökumenischen Gemeinsamkeit. Der neue Freundeskreis gewann jedoch keine Bedeutung.

V

Am Sturz der Regierung Erhard, der Ende Oktober 1966 mit dem Auszug der FDP aus der Koalition begann und sich bis zum offenen Loyalitätsentzug durch die Unionsparteien Ende November hinzog, beteiligte sich die CSU-Landesgruppe durch ihr Drängen auf den Rücktritt des Bundeskanzlers. Dabei zählte Guttenberg zu den Aktivisten dieses Konfrontationskurses. Er gehörte auch zu denjenigen Unionspolitikern, die den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Kurt Georg Kiesinger als Nachfolger favorisierten und dessen Kandidatur in einer Kampfabstimmung gegen Eugen Gerstenmaier und Schröder durchsetzten.

Mit der Wahl Kiesingers zum Bundeskanzler am 1. Dezember 1966 und der anschließenden Bildung einer Regierung der Großen Koalition, durch Beteiligung der SPD, hatte Guttenberg sein politisches Traumziel erreicht. Noch nicht im einzelnen erkennbar ist sein persönlicher Anteil an den vorbereitenden Gesprächen und Verhandlungen durch Vermittlung der Kontakte zwischen Kiesinger und Herbert Wehner. Immerhin legte Kiesinger, der nicht dem Bundestag angehörte, Wert darauf, den fränkischen Aristokraten in seiner engsten Umgebung zu haben, als Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundeskanzler. (Die Koalitionspartner hatten die Einführung Parlamentarischer Staatssekretäre vereinbart.) Adenauer unterstützte diese Absicht und lobte Guttenbergs "überlegenes Urteil, seine klaren politischen Vorstellungen und die Fähigkeit, sich durchzusetzen und andere zu überzeugen".
Für Guttenbergs Ernennung setzte sich auch der neue CSU-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Strauß ein, schon um so ein Gegengewicht gegen seine Kabinettskollegen Außenminister Willy Brandt (SPD) und Verteidigungsminister Schröder zu besitzen. Doch nun traten unerwartete Widerstände auf, und zwar aus den Reihen der von Richard Stücklen geführten Landesgruppe der CSU-Abgeordneten in Bonn. In ihr besaß der selbstsichere und selbstbewußte ("arrogante") Kollege wegen seiner Unabhängigkeit nur wenige Freunde.
Sein "illoyales" Verhalten beim Alleingang vom Spätjahr 1962 wurde ihm ebenso vorgehalten wie sein Anti-Strauß-Votum von 1963. Andere fürchteten, daß er in einer Phase internationaler Entspannung eine Belastung für die Bonner Außenpolitik bedeuten könne. Es ist Guttenberg nie gelungen - so formulierte er im Januar 1971 einmal in unpersönlicher Form -, "eine gewisse mißtrauische Ablehnung zu durchbrechen, die viele seiner CSU-Kollegen seiner Eigenart" entgegenbrachten. Dieses Mißtrauen bezog sich auch auf Guttenbergs positive Einschätzung von Herbert Wehner. Sie war ihnen ein Rätsel. Kiesinger benötigte monatelange Überzeugungsarbeit, bevor er, gegen erbitterten Widerstand aus den eigenen Reihen, am 12. April 1967 seinen Wunschkandidaten als Parlamentarischen Staatssekretär erhielt. Adenauer gratulierte Guttenberg zur Ernennung, die er in Rhöndorf als seine letzte Freude bezeichnet hat - sieben Tage später starb der Altbundeskanzler.
Von Stund an gehörte Guttenberg im Palais Schaumburg zum Beraterkreis des Bundeskanzlers. Zu seinen Aufgaben zählte die Pflege der Kontakte zum Bundestag, aber auch zum neuen Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Herbert Wehner. Vor allem aber

lag dem Staatssekretär daran, Kiesinger als außenpolitischer Berater zu dienen. 1968 hat er seine Rolle einmal so charakterisiert: "Er wurde also politisch-parlamentarischer Gehilfe des Regierungschefs. Was ihn hervorhebt, ist, daß er, einer feudalen Familie entstammend, unabhängig durch seinen Besitz, sich mit Leidenschaft dem politischen Handwerk in einer modernen Demokratie verschrieben hat."
Als "Gehilfe" Kiesingers trat er in seiner neuen Position nach außen weniger hervor als in den letzten Jahren. Er war nunmehr quasi einer doppelten Loyalität verpflichtet, die er dazu nutzte, um der Großen Koalition zu einem Erfolg zu verhelfen. Er nahm an den informellen, aber entscheidenden Gesprächen der Koalitionsspitzen teil und achtete darauf, daß bei verstärkten innerdeutschen Kontakten - um das Los der Deutschen jenseits von Mauer und Minenfeldern zu erleichtern - nicht die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen preisgegeben wurde. Guttenberg war an der Formulierung eines Antwortbriefes des Bundeskanzlers vom April 1967 auf ein Schreiben des "Vorsitzenden des Ministerrats der DDR" Willi Stoph beteiligt. Als aber, seit 1968, ostpolitische Alleingänge ("einseitige Überspannungen", wie Heinrich Krone sie nannte) von Brandt (und seinem "Vordenker" Egon Bahr) zunahmen, gelang es auch Guttenberg nicht, sie mit Hilfe Wehners zu neutralisieren. Der "Parlamentarische" vertraute weiterhin auf Kiesingers Fähigkeit zu Konfliktlösungen und ging davon aus, daß er seinerseits mit Wehner einig sei "über Menschen und Dinge".
Während seiner Amtszeit im Palais Schaumburg begann Guttenberg unter gesundheitlichen Störungen (Muskelkrämpfe) zu leiden, die sich bald verstärkten. Deren Ursachen wurden zunächst nicht zutreffend diagnostiziert. Nachdem er jedoch sicher war, daß er die Strapazen des Wahlkampfs vor der Bundestagswahl vom September 1969 nicht würde durchhalten können, verzichtete er im Sommer auf seinen Wahlkreis Kulmbach. Er erhielt mit Unterstützung von Strauß einen sicheren Platz auf der Landesliste der CSU. Bis zum Wahltermin ging er davon aus, daß die Unionsparteien ihre Position halten und dann, wiederum unter Führung Kiesingers, die Große Koalition fortsetzen könnten. Sie hatte es ja nicht geschafft, die Einführung eines mehrheitsbildenden Wahlrechts zu erreichen, weil die SPD von ihrer früheren Zusage abgerückt war. Von der Bildung einer SPD/FDP-Mehrheit befürchtete der CSU-Politiker "nur höchst Unerfreuliches" und bezeichnete sie privatim, drei Wochen vor der Wahl, sogar als "einen Grund zum Auswandern".

VI

Der Beginn der SPD/FDP-Regierung unter Bundeskanzler Brandt im Oktober 1969 bedeutete für den Staatssekretär a.D., der in den 6. Bundestag gewählt worden war, einen politischen wie persönlichen Einschnitt. In der Mayo-Klinik im US-Bundesstaat Minnesota war im Frühsommer seine Krankheit diagnostiziert worden: als eine progressiv fortschreitende Lähmung (Amyotrophe Lateralsklerose), die vom Rückenmark ausging und nicht zu heilen war. Die Ärzte gaben ihm noch maximal drei Jahre. Diese "Schicksalsdiagnose" veränderte Lebensgefühl, Arbeitskraft und Arbeitsmöglichkeit des knapp fünfzigjährigen Politikers, der gleichwohl möglichst wenig von seiner zunehmenden Behinderung sprach und sich mit bewundernswerter Selbstdisziplin dazu zwang, seine Arbeit fortzusetzen.

Sie erhielt einen neuen Inhalt durch den Kampf gegen die Deutschland- und Ostpolitik der SPD/FDP-Koalition. Unmittelbar nach der ersten Regierungserklärung Brandts vom 28. Oktober 1969 kritisierte Guttenberg den damit signalisierten Bruch der außenpolitischen Kontinuität. Schon wegen des Tempos der dann von der neuen Regierung betriebenen "Anpassung" an den Entspannungskurs der Supermächte befürchtete er bedenkliche deutsche Zugeständnisse.

Guttenberg attackierte die Regierung wegen ihrer de facto-Anerkennung der DDR und der damit verbundenen Preisgabe des Selbstbestimmungsrechts. Er befürchtete, daß die "neue Ostpolitik" zur Verwischung der Fronten zwischen Freiheit und Unfreiheit führen und schließlich gar die Verankerung der Bundesrepublik im Westen gefährden könne. Er warnte davor, auf östliche Koexistenzpropaganda hereinzufallen und prophezeite, daß der Anerkennungskurs die Fronten in Ostmitteleuropa nicht auflockern würde. Der CSU-Abgeordnete wehrte sich leidenschaftlich dagegen, durch "Preisgabe von Recht und Freiheit des Nachbarn sich selbst Ruhe und Frieden zu verschaffen".

In einer vielbeachteten Rede am 27. Mai 1970 im Bundestag, von der er wußte, daß sie angesichts seiner geschwächten Gesundheit seine letzte sein würde, bündelte der Oppositionspolitiker noch einmal alle Vorwürfe gegen die Politik der Brandt-Scheel-Regierung in einer inhaltlich und rhetorisch meisterhaften Rede, die zu den Sternstunden des Parlaments zählt. Als er geendet hatte, mußten ihm Strauß und der Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel vom Pult helfen, während ihn die Unionsabgeordneten mit stehenden Ova-

tionen ehrten. Seine Rede wurde als Postwurfsendung und Schallplattenaufnahme verbreitet.
Aufsehen erregte die Art und Weise, in der Guttenberg versuchte, den nach seiner Ansicht von der Bundesregierung unnötigerweise überhastet ausgehandelten (und am 12. August 1970 unterzeichneten) Vertrag mit der Sowjetunion zu verhindern. Am 23. Juli 1970 publizierte er, zusammen mit seinem Fraktionskollegen Werner Marx (CDU), in einer "kritischen Dokumentation" das "Gromyko-Papier", mit dem - in direkter Gegenüberstellung zum "Bahr-Papier" - belegt wurde, wie weit die Bundesregierung sowjetische Vorgaben akzeptiert hatte. Sie hielten es für ihre Pflicht, die deutsche Öffentlichkeit mit einer "seriösen Nachricht über die von ihnen als gefährlich angesehenen Absichten einer fremden Macht" zu informieren.
Guttenbergs Anklage gegen den "friedensgefährdenden Charakter" von Brandts Außenpolitik gipfelte in dem Vorwurf, daß sie die Breschnew-Doktrin akzeptiert, den Status quo im geteilten Deutschland sanktioniert und die Gefahr einer Neuauflage deutscher Schaukelpolitik heraufbeschworen habe. In einer kleinen Schrift "Wege und Irrwege. Die neue Ostpolitik" begründete Guttenberg 1971 das Ergebnis seiner Analyse, wonach die noch ausstehende Ratifizierung der inzwischen paraphierten Verträge mit Moskau und Warschau dem deutschen Volk Schaden zufügen und den "entscheidenden Durchbruch der Sowjetunion" auf ihrem Weg zur angestrebten "Vorherrschaft über ganz Europa" bedeuten würde. Unbeschadet dieser Einschätzung blieb er jedoch weiterhin davon überzeugt, daß die kommunistische "Irrlehre" an den Realitäten der Welt und am gesunden Menschenverstand scheitern werde.
Im März 1970 hatte der fränkische Abgeordnete bereits aus Gesundheitsgründen seinen alten Wahlkreis aufgegeben. Er behielt sein Mandat jedoch - auch auf Drängen des Parteivorstands - noch, um bei der parlamentarischen Abstimmung über die Ostverträge seine Opposition bekunden zu können. Am 25. Oktober 1971 gratulierte er Bundeskanzler Brandt zur Verleihung des Friedens-Nobelpreises, auch wenn er "gerade die Politik, für die das Komitee die Auszeichnung verliehen" habe, für verfehlt hielt. Inzwischen sah Guttenberg den "festen Boden zu schwanken" beginnen, "auf dem allein Recht, Freiheit und Überleben unserer Nation gesichert werden kann". Als letztes politisches Zeugnis verlieh er im Februar 1972 in einem offenen Brief an den Bundeskanzler seiner Sorge über eine Politik Ausdruck, die sich mit dem "Unrecht und der Not, unter der der Nachbar leidet", abgefunden habe.

Zur denkwürdigen Abstimmung am 27. April 1972 über das konstruktive Mißtrauensvotum, mit dem die Unionsfraktion Brandt stürzen und durch Barzel ersetzen wollte - was mißlang -, mußte der bereits todkranke Abgeordnete im Rollstuhl zur Wahlurne geschoben werden. Am 17. Mai 1972 gehörte er dann zu den insgesamt zehn Abgeordneten, die die Ostverträge ablehnten, während 237 Unionsabgeordnete sie durch Stimmenthaltung passieren ließen.
Am 2. Juni 1972 wählte ihn der CSU-Landesvorstand zum Ehrenvorsitzenden - eine späte Anerkennung seiner Verdienste um die bayerische Unionspartei, zu deren überregionaler Bedeutung er maßgeblich beigetragen hatte. Vier Tage später legte Guttenberg sein Bundestagsmandat nieder. Aus diesem Anlaß erhielt er einen Brief von Herbert Wehner, der ihn menschlich versöhnte, nachdem seit drei Jahren eine Entfremdung zwischen ihnen eingetreten war. Der Freiherr wollte allerdings immer noch nicht wahrhaben, daß ihn - so jedenfalls sahen es seine persönlichen Freunde - dieser Gegenspieler nur benutzt habe, um der SPD den Weg zur Macht zu verkürzen. Inzwischen war ihm aber auch Wehner, dem er noch im Januar 1966 "staatsmännische Qualitäten" zugesprochen hatte, ein "Rätsel" geworden.
Der fränkische Freiherr starb am 4. Oktober 1972 auf Schloß Guttenberg und fand in der dortigen Gruft sein Grab. Bei der Trauerfeier hielt der Bundesminister der Verteidigung, Helmut Schmidt (SPD), "die wohl ergreifendste Ansprache" (E. von Guttenberg).

VII

Guttenberg gehörte zu der kleinen Zahl von Bundestagsabgeordneten, die, bei aller privaten Verbindlichkeit, "politisches Urgestein" waren und in der bald fünfzigjährigen Geschichte des Parlamentarismus der Bundesrepublik Deutschland Spuren hinterlassen haben. Er hat sich 15 Jahre lang, bis zur physischen Erschöpfung, für die Ziele der Christlich-Sozialen Union eingesetzt und seine seit 1969 rasch fortschreitende Lähmung mit Selbstdisziplin ertragen und überspielt. Sein ererbter Besitz machte ihn früh materiell unabhängig, erklärt aber noch nicht seine geistige Unabhängigkeit und die Konsequenz, mit der dieser Politiker sein Credo über die historische Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Unfreiheit vorgelebt hat. Das tat er mit analytischer Schärfe, mit Überzeugungskraft

und rhetorischer Brillanz, in "geradezu undeutscher Klarheit" (P. Pucher).
Aus der persönlichen Erfahrung des nationalsozialistischen Totalitarismus hat Guttenberg den kommunistischen Totalitarismus durchschaut und unentwegt vor der Zielsetzung und Gefahr dieser "Irrlehre" und des von ihr getragenen roten Imperialismus gewarnt. Er gehörte zu den leidenschaftlichen Verfechtern der Westintegration der Bundesrepublik, der deutsch-französischen Freundschaft und des Zusammenschlusses eines starken Europas. Er rechnete fest mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit, und zwar dann, wenn den Deutschen im kommunistischen Machtbereich das politische Selbstbestimmungsrecht eingeräumt werden würde. Als deren Voraussetzung bezeichnete er eine Änderung der sowjetischen Politik, auf die es durch "Europäisierung der Deutschen Frage" hinzuwirken gelte.
Guttenberg hat seinen politischen Standort, ein Jahr vor seinem Tod, präzis bestimmt und sich "ganz einfach als einen Konservativen" bezeichnet. Er lebte vor, was er 1966 einmal, auf eine entsprechende Frage hin, als Aufgabe des Adels so formuliert hatte: "sich seiner gesellschaftlichen und öffentlichen Verantwortung bewußt zu bleiben und bei der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken". Dieser Maxime ist er mit christlicher Überzeugung treu geblieben, als Warner vor politischen Alleingängen der Deutschen, vor einem neuen Nationalismus wie Provinzialismus. Für diesen fränkischen Freiherrn war Politik nicht "zweckgebundene Geschäftigkeit nach wunschdenkerischen Leitbildern, sondern eine Verbindung von Wertvorstellungen, geschichtlichen Erfahrungen, logischer Denkfähigkeit und moralischer Entscheidungskraft" - so hat es F.J. Strauß 1970 in seinem Vorwort zu Guttenbergs Sammlung von Aufsätzen und Reden unter dem Titel "Im Interesse der Freiheit" umschrieben.
Für Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg trifft die Einschätzung zu, mit der er kurz vor seinem Tode den Berliner Verleger Axel Springer, mit dem er im leidenschaftlichen Streben nach der Wiederherstellung eines freien Deutschlands einig ging, gewürdigt hat: "Ein aufrechter deutscher Demokrat, dem es um den Frieden in der Welt und um die Freiheitsrechte seines Volkes geht." Das vorschnelle apodiktische Urteil in einem Nachruf, daß die "Zeitgeschichte den Freiherrn widerlegt" habe, ist seinerseits 17 Jahre später durch die Einigung Deutschlands widerlegt worden.

Ernst Föhr (1892-1976)

Im Rückblick auf seinen Widerstand gegen die NS-Diktatur schreibt der langjährige Zentrumsabgeordnete und Vater des Landtagsbeschlusses über die Annahme des Konkordats vom Oktober 1932, Dr. Ernst Föhr: "Von 1921 an war ich auf Wunsch meines Erzbischofs politisch tätig in der Zentrumspartei. 1933 fiel bei den Wahlen das Volk der Massenhysterie zum Opfer; von den Widerstand leistenden Parteien konnten nur die Sozialdemokraten und wir vom Zentrum ihre Mandatsstärke erhalten." Und nach einer Erläuterung der Ursachen von Hitlers Wahlerfolg: "Die demokratischen Parteien meinten es ehrlich mit ihrem Kampf gegen den Nationalsozialismus. Aber die Mehrheit des Volkes ließ sie bei den Wahlen im Stich."

Die Geschichtskundigen treten ihm in diesem Urteil heute nicht durchweg bei. Das politische Urteil der Zentrumsprälaten am Ende der Republik, unter ihnen Ernst Föhr, bleibt Zweifeln ausgesetzt: Hat er doch nicht nur in Berlin, sondern überflüssigerweise auch in Karlsruhe einem Ermächtigungsgesetz für eine nationalsozialistische Regierung zugestimmt? Man fragt sich, ob es klug war in der Stunde der Not, das Kirchenwohl über das Wohl der Republik zu stellen. Er hat die letzte zur Jahreswende 1932/1933 noch existierende "Weimarer Koalition", die in Baden die Regierung stellte, dem Ziel der parlamentarischen Durchsetzung des Konkordats geopfert. Er sah das Versagen des Zentrums nicht. Nicht die Partei, das Volk fiel der Massenhysterie zum Opfer. Darum wollte er nach dem Zweiten Weltkrieg auf den alten Wegen fortwandeln. Er sah nicht, daß eine Neugründung einer christlichen Partei bessere Aussicht bot, den gemeinsamen christlichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus für die deutsche Politik fruchtbar zu machen.

Ernst Föhr galt zu Lebzeiten in Freiburg als rechthaberisch, barsch, dickköpfig, als ein Machtmensch, der von nicht wenigen gefürchtet wurde. Wer ihn kannte, für den war unter der rauhen Schale "ein grundgütiger Mensch von franziskanischer Einfachheit verborgen" (F. Kern). Als Sozialökonom, Schriftsteller im Weltanschauungskampf, als Verbandsvorsitzender, Abgeordneter und politischer Führer war er zunächst und zuletzt ein Mann der Kirche.

Man hat ihn nach seiner politischen Position dem "rechten" Zentrumsflügel zugerechnet. Im Blick auf die linke badische Zentrumsmehrheit und die Verbindung Schofer/Wirth trifft das wohl zu; allerdings sollte man in ihm auch den Vertreter eines "römischen" Kurses sehen, eine Standortbestimmung, die für seine schulpolitische und für seine parteipolitische Haltung auch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg aussagekräftig ist. In seiner römischen Orientierung liegen seine kirchenpolitische Bedeutung und seine allgemeinpolitische Begrenztheit.

I

Ernst Gottlieb Föhr wurde am 15. April 1892 in Josefslust, einem Ortsteil von Leibertingen bei Sigmaringen (Hohenzollern), geboren. Hohenzollern war kein Teil des Großherzogtums, auch nicht des Freitstaats oder des Landes Baden, wohl aber der Erzdiözese Freiburg. Politisch waren die "Hohenzollerschen Lande" seit 1850 von ihren Fürsten (Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen) an Preußen abgetreten worden; zuvor (1827 und 1837) hatten sie die kirchliche Zugehörigkeit ihrer Lande im genannten Sinne geregelt. In dem preußischen Schulinspektionssbezirk Sigmaringen, wo Ernst Föhr die Volksschule besucht hat, galt - dem preußischen Kulturkampf zum Trotz - die Konfessionsschule als traditionelle Regelschule fort.

Föhr ist kleiner Leute Kind. Der Bub des Bahnwärters gelangt zum Abitur, weil seine Begabung seinem Lehrer und seinem Pfarrer auffällt. Eine normale dreizehnjährige Schulzeit führt ihn über die konfessionelle Volksschule in Wollmatingen (1897-1901), die Bürgerschule in Säckingen (1901-1902), die Realschule (1902-1906) und das Realgymnasium in Waldshut (1906-1908) schließlich ins Humanistische Gymnasium von Konstanz (1908-1910), wo er sein Abitur mit der Note "sehr gut" besteht. Er hat sich für die Förderung, die ihm aus Pfarrhäusern zukam, später dadurch erkenntlich gezeigt, daß er seinerseits begabten Buben den Weg zu einem städtischen Gymnasium ebnet - etwa in seinen Söldener und Offenburger Pfarrjahren.

Die erste Phase seines Lebens fällt ins Kaiserreich. Als Kaiser Wilhelm II. abdankt, ist Föhr 26 Jahre alt. Rechnet man die erste Lebensphase bis zum 28. Jahr, dann umfaßt sie die Zeit der Schule, des Studiums, der Priesterweihe bis zur Promotion, und man kann sie leicht unter die Stichworte ecclesia und scientia subsumieren:

Der Weg des früh zum Priestertum Berufenen zur Wissenschaft ist kirchlich unterstützt und dem Dienst an der Kirche gewidmet.
Zwischen 1910 und 1913 absolvierte der junge Föhr das Studium der Theologie an der Freiburger Universität nach den Regeln. "Fleißig besuchte" Vorlesungen und ein gänzlich unauffälliges polizeiliches Führungszeugnis geben in den nachgelassenen Papieren davon Kunde. Dem Generalvikar Föhr wird übrigens 50 Jahre später die Theologische Fakultät den Ehrendoktor verleihen. Auf das seinerzeitige Gutachten des Konvikt-Direktors über den "Bestbegabten seines Kurses" haben wir oben bereits aufmerksam gemacht. Im Jahr vor Ausbruch des Weltkrieges finden wir ihn als Germaniker in Rom, von dort kehrt er ins Priesterseminar nach Sankt Peter im Schwarzwald zurück, wo er - bereits als Soldat - am 30. Juni 1915 die Priesterweihe empfängt.
Nach der Einberufung zum Militärdienst wirkt er in Offenburg in der Garnison und in der Pfarrei Hl. Kreuz (1915 bis Anfang 1917), danach als Lazarettgeistlicher in Ettlingen (1917). Seine Dienstvorgesetzten loben an ihm, daß er seine Obliegenheiten "mit rühmlichster Pflichttreue und großem Geschick erfüllt" habe. Im Januar 1917 wird er vom Infanterieregiment 170 weg an die Westfront zur 8. Landwehrdivision kommandiert, wo er beim Divisionspfarrer Dr. Josef Schofer zum Einsatz kommt. Die Begegnung mit diesem bedeutenden Zentrumspolitiker wird zur Weichenstellung in seinem weiteren Leben. Nach dem Ruhen der Waffen bittet Schofer den Mitbruder, dem er als Träger des Eisernen Kreuzes II und des Ehrenkreuzes für Frontkämpfer "großen Einfluß bei seinen Kameraden" zutraut, bei den Soldaten bis zu deren Heimkehr auszuharren. So wird er erst im Dezember 1918 als "freier Feldgeistlicher" aus dem Militärdienst entlassen. Sein politischer Ziehvater hat sich inzwischen bei kirchlichen Stellen dafür verwendet, daß der Heimkehrer für eine politische Karriere freigestellt wird, wobei er zunächst einen akademischen Titel erwerben soll. Die Promotion in Freiburg zum Dr. rer. pol. gelingt in ganzen vier Semestern. Das Thema ist auf das engere landschaftliche Feld Badens zugeschnitten und lautet: "Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Waldarbeiter im badischen Schwarzwald unter besonderer Berücksichtigung der durch Krieg und Revolution gewordenen Verhältnisse. Eine sozial-politische Studie." Die Dissertation wurde mit magna cum laude bewertet (29. April 1920).

II

Die zweite Phase seines Lebens füllt die Jahre der Republik. Föhr macht sich einen Namen als Parlamentarier und Parteiführer. Zur Charakteristik dieses Lebensabschnitts paßt am ehesten das Stichwort der politica. Man hat - wie bei scientia - auch bei politica gesagt, Föhr habe sie im Dienst der Kirche geübt; er habe seine politische Tätigkeit "als eine Form der Seelsorge" angesehen, als "Kampf für die Kirche und den Menschen auf dem Felde der rauhen Politik" (F. Kern).

Das badische Zentrum hatte wie die meisten anderen regionalen Zentrumsparteien während des Krieges die ihm während der Kulturkampf-Zeit zugefallene Rolle einer systemoppositionellen Minderheitenschutz-Vereinigung aufgegeben und politische Gesamtverantwortung übernommen. Auf der Grundlage neu erreichter nationaler Solidarität wurde das Zentrum zusammen mit Sozialdemokraten und Liberalen Weimarer Verfassungspartei. Dem konfessionellen Proporz im Freistaat Baden entsprechend versammelte das Zentrum in den ersten Wahlen fast 38 Prozent der Wählerschaft; seine Hochburgen lagen in den katholischen Gebieten des Frankenlandes, in den altbadischen Gebieten der katholischen Linie und im ehemals vorderösterreichischen Breisgau.

Das Amt des Parteivorsitzenden war zumeist in der Hand des Fraktionsführers. Es war satzungsmäßig mit besonderen Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheiten ausgestattet, und die Parteichefs Theodor Wacker und Joseph Schofer vermochten neben ihrer geistlichen Autorität eine nicht unerhebliche persönliche Autorität auf die Wagschale zu legen. Dieses Amt also stand Föhr vor Augen. Damit er sich in die badische Politik einfinde, übertrug man ihm zunächst die Aufgabe eines Landessekretärs des Volksvereins für das katholische Deutschland. Dieser für die Öffentlichkeit und die Mitgliederwerbung des Zentrums wichtige Verein war durch den Krieg überall in Deutschland, so auch in der Erzdiözese Freiburg, notleidend geworden und hatte über die Hälfte seiner 62.000 Vorkriegsmitglieder verloren. Föhr sieht in der Überwindung der "fürchterlichen Zersplitterung des katholischen Vereinswesens" den Ansatzpunkt für eine Besserung der Zustände. Er behält die Leitung des Volksvereins bis ans Ende der Republik, ohne verhindern zu können, daß das katholische Vereinswesen an Dynamik und Ausstrahlung verliert. Unterdessen verliert auch die Zentrumspartei während dreier Landtagsperioden ca. 10 Prozentpunkte an Stimmen. 1921 zieht Föhr als Abgeordneter in den Karlsruher Landtag ein.

Die Fraktionsführung liegt bis 1930 bei Schofer und kommt von diesem für knapp zwei Jahre (1930/31) an einen weiteren Mann der Mitte, Eugen Baumgartner. Erst als dieser das Amt des Kultusministers übernimmt, schlägt Föhrs Stunde.
Die Aufgabe, deren er sich schon seit 1926 annimmt, mit Verve annimmt, erwächst aus der Diskussion um ein Reichsschulgesetz. Baden hatte - und dies war einer der Gründe für das Funktionieren der Weimarer Koalition - auf dem sensiblen Feld der Schulformen keinen Veränderungsbedarf angemeldet. Die christliche Simultanschule, die seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts schrittweise gegen erbitterten Widerstand der Kirche durchgesetzt worden war, war längst auch von ihr akzeptiert und wurde praktisch von niemand mehr infrage gestellt. Die Kirchen hatten nicht nur das alleinige Bestimmungsrecht über Ziele und Inhalte sowie Lehrmaterialien des ordentlichen Unterrichtsfaches Religion, das Badische Schulgesetz von 1910 gewährte ihnen auch starken Einfluß auf die Lehrer. Beispielsweise besaßen um die Zeit des Ersten Weltkrieges 90 Prozent der katholischen Lehrer die missio canonica. Es kam hinzu, daß Kollegien nach dem überwiegenden Bekenntnis der Schüler zusammengesetzt wurden, so daß - angesichts der klar abgrenzbaren konfessionellen Gebiete in Baden - die einzelne christliche Simultanschule im Ergebnis praktisch als staatliche Konfessionsschule fungierte. Diese badische Sondersituation wurde von Berlin aus ungern gesehen: Die Zentrumspartei auf Reichsebene forderte nämlich die der schola catholica entsprechende Konfessionsschule als staatliches Pflichtangebot, kontrastierte es mit der weltlichen Gemeinschaftsschule und verlangte zwischen beiden ein Optionsrecht für die Eltern.
Föhr ist bereit, die badischen Verhältnisse zur Disposition zu stellen. Er unterstützt den dritten Entwurf (v. Keudell) zum Reichsschulgesetz, der im Juli 1927 vorlag, und will mit seiner Hilfe erreichen, daß auch das badische Schulwesen strenger konfessionell geordnet wird. Seither schlägt ihm im badischen Landtag Mißtrauen entgegen. Auch der erzbischöfliche Stuhl unterstützt ihn hierin nicht. In der Öffentlichkeit wirbt er für seinen Standpunkt in einem nicht gezeichneten Artikel im "Badischen Beobachter" vom 1.8.1927: "Die schulpolitische Lage in Baden." Weil er sich darin mit dem sozialdemokratischen Koalitionspartner scharf auseinandersetzt, bleibt eine Trübung des Koalitionsfriedens nicht aus. Der Parteivorsitzende der SPD, Ludwig Marum, beklagt sich bei Dr. Schofer: Den anonymen Verfasser des Schulartikels verrate seine Löwenklaue ("ex ungue leonem"). Er ermächtigte Schofer, dessen

"Gerechtigkeitsliebe" und "Sinn für politische Notwendigkeiten" er rühmte, seinen Brief jenem Verfasser zur Kenntnis zu geben. In der Tat wird hier das Problem sichtbar, das nicht nur in Baden das Verhältnis zwischen den demokratischen Parteien belastet: Wieviel muten sie einander zu, wieviel ersparen sie sich angesichts des Todeskampfes der Republik? Übrigens scheitert auch der dritte Entwurf für ein Reichsschulgesetz. Baden behält seine bewährte Schulform, die heute noch immer den verfassungsgemäßen Typus des baden-württembergischen Volksschulwesens bildet.

III

Da ein staatskirchlicher Ausgleich auf Reichsebene wenig wahrscheinlich war, zeigte sich der Vatikan an regionalen Konkordaten interessiert: nach Preußen und Bayern nun auch mit Baden, wo der Bischof von Meissen, Dr. Conrad Gröber, aufgrund kanonischer Grundsätze von Rom eingesetzt worden war. Als politischer und zugleich kirchlicher Agent dieses römischen Interesses stand neben dem neuen Erzbischof seit längerem Ernst Föhr auf dem Plan. Die ihm sehr angelegene Schulfrage wird jedoch in Koalitionsgesprächen mit der SPD ausgeklammert, außerdem wird zwischen den Regierungsparteien vereinbart, daß auch mit der Evangelischen Kirche verhandelt werden soll. Die SPD scheint auf dieser Linie einigungsbereit. Die substantiellen Regelungen des Konkordats betreffen die Rechte, die der erzbischöfliche Stuhl bei Lehrstuhlbesetzungen in der Theologischen Fakultät der Freiburger Universität zuerkannt bekommt, sowie Verpflichtung zur finanziellen Dotierung der katholischen Kirche, die vom Staat in Erfüllung des Reichsrezesses von 1803 akzeptiert wird. Die zahlreichen Kritiker des Konkordats sprechen von einer Privilegierung der Kirche.
Um unnötiges Aufsehen zu vermeiden, wird der Vertragstext am 12. Oktober 1932 von Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli und Vertretern der badischen Regierung in aller Stille in Hegne am Bodensee unterzeichnet. Föhr wirkt als "Sachverständiger", als Prozeßpartei und als Vermittler in einer Person mit, insbesondere steuert er zwischen Oktober und Dezember die parlamentarische Durchsetzung des begleitenden Konkordatsgesetzes. Währenddessen liegt die Republik von Weimar im politischen Koma. Ungerührt berichtet er nach Rom: "Der Konkordatsrummel hat in Baden in den letzten 14 Tagen ein ungeheueres Ausmaß angenommen. In Kulturfragen wird eben in Baden giftiger gekämpft als irgendwo

den Nationalsozialisten aus seinem Amt entfernt werden sollte, nannte das Konkordat "ein Friedenswerk, ein Weihnachtsgeschenk, das der Heiland uns badischen Katholiken nach 130jähriger Friedlosigkeit durch Ihre Hand darreicht" (am 9.12.1932). Der Vatikan dankte Föhr durch die Verleihung der Prälatenwürde. Doch die Freude währt nicht lange. Kaum eine Stunde nach dem feierlichen Austausch der Konkordats-Urkunden im Plenum des badischen Landtags übernimmt Gauleiter Robert Wagner, am 8. März 1933 von Reichsinnenminister Frick als Reichskommissar ernannt, am folgenden Tag die Leitung der badischen Regierung. Staatspräsident Josef Schmitt (1874-1939) wird verhaftet. Die NS-Gleichschaltungspolitik nimmt ihren Lauf.

IV

Unmittelbar nach der Reichstagswahl vom 5. März fordert die NSDAP die Neubildung der Regierung unter ihrer Führung. Föhr zeigt sich zu Verhandlungen bereit, betont die Loyalität der von Staatspräsident Josef Schmitt geführten Regierung gegenüber Berlin, will erreichen, daß diese Regierung bis zum Herbst bestehen bleibt, verbreitert um die Stahlhelm-Fraktionen (DVP, NSDAP). Nach wenigen Tagen ist das Verhandlungsinteresse der anderen Seite zuende: die NSDAP verlangt die ganze Macht. Da hilft es auch nicht, daß Föhr als Reichstagsabgeordneter am 23. März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zustimmt oder daß er am 9. Juni 1933 im Karlsruher Landtag die Zustimmung seiner Fraktion zum Ermächtigungsgesetz als eine "absolut ehrliche Loyalitätserklärung" zum Ausdruck bringt. Der Politiker, der zwölf Jahre lang bei seinen Auftritten im Landtag ernst genommen und respektiert worden war, sieht sich mit seinen Beteuerungen dem höhnischen Gelächter der NSDAP-Abgeordneten ausgesetzt. Man kann es als denkwürdig ansehen, "daß die Zustimmung der einzelnen Zentrumsfraktionen zu den von der NS-Seite geforderten Ermächtigungsgesetzen sowohl im Reichstag als auch im badischen Landtag jeweils von einem Prälaten zum Ausdruck gebracht" worden ist (R. Morsey). In derselben Woche wird die Schutzorganisation des Zentrums, die Baden-Wacht, verboten. Im Monat darauf beschließt die Zentrumspartei die Selbstauflösung, einige Abgeordnete hospitieren in der NS-Fraktion. Wenig später muß auch der Volksverein für das katholische Deutschland seine Tätigkeit einstellen. Die Geistlichen verlieren durch das am 8. Juli 1933 paraphierte Reichskonkordat

ihr politisches Wirkungsfeld. Um wenigstens das Vermögen der badischen Zentrumspartei in Gestalt von Miteigentum an der Badenia Zeitungsverlags-AG in Karlsruhe vor dem Zugriff durch die Nationalsozialisten zu retten, überschreibt Föhr es, der die Vollmacht dazu hat, dem Erzbischöflichen Stuhl. Wegen der fälligen Restitution nach Kriegsende kam es zwischen Prälat und Erzbischöflichem Stuhl zu Streit, der öffentlich - bis hin zu staatlichen Gerichten - ausgetragen wurde.

Die NS-Diktatur übersteht Föhr als Pfarrseelsorger. Erzbischof Gröber versteckt den prominenten Prälaten fürs erste in Sölden im Hexental südwestlich von Freiburg, wo sich für ihn in den Beziehungen zwischen Dorfbürgermeister, Lehrer, Organist und Meßner das Leben eines Dorfpfarrers hätte entfalten können - wäre nicht die Aufmerksamkeit der NSDAP und der Gestapo auf ihm gelegen. Gleichwohl kann er später berichten: "Heil Hitler kam niemals über meine Lippen" - nicht einmal bei Vorladungen zur Gestapo. Er weiß, daß Predigten von ihm mitstenographiert werden, seine Tätigkeit wird behindert, sobald sie den Raum der Öffentlichkeit streift, selbst in einen Gottesdienst stiefelt eine SA-Formation. Föhr verhält sich konsequent und besonnen: Er verkündet Gottes Gebot, urteilt schneidend über die Laster der Zeit, vermeidet jedoch, Personen oder Institutionen beim Namen zu nennen. Es fehlt nicht an einschüchternden Drohungen, nicht an weitgestreuter Verleumdung. Aufgrund einer Denunziation wird Föhr im September 1933 der Begünstigung staatsfeindlicher Hetze beschuldigt - er hatte Wolfermann (Düsseldorf) für dessen Vortrag vor Jungmännern der Pfarrei gedankt - und vom Kreisleiter bei Erzbischof Gröber angezeigt. Der schreibt ihm in einem Brief: "Bei aller Bereitschaft zum Martyrium müssen Sie immer bedenken, ob Sie damit der Ehre Gottes und unserer heiligen katholischen Kirche nützen oder nur sich selber Schwierigkeiten bereiten, die eine weitere Verwendung Ihrer Persönlichkeit erschweren." Einem Mitbruder, der sich in Kirchenkreisen in seiner Ehre gekränkt sieht, schreibt er am Jahresende 1933 sarkastisch: "Ich habe in den letzten Monaten soviel Verleumdung und Unrecht erlitten, daß es auf eines mehr oder weniger nicht ankommt. Es wird zum andern gelegt, und ich erwarte in Ruhe das nächste. Dabei fühle ich mich in dieser seelischen Lage glücklicher als früher. Undank, Untreue und Verleumdung, wenn man einen nicht mehr zu brauchen glaubt, ist - das ist auch meine bittere Lebenserfahrung - der Welt Lohn." (20.12.1933).

In der Pfarrei ist er bei alledem nicht untätig: ein Kindergarten und eine Krankenschwesternstation werden eingerichtet, und die Kirche

wird renoviert. Bei Kriegsausbruch 1939 meldet er sich vergeblich als Militärgeistlicher, Erzbischof Gröber übergibt ihm statt dessen die Pfarrei Hl. Kreuz in Offenburg. Die Nationalsozialisten lassen ihn in Ruhe, obgleich er noch immer den Hitler-Gruß verweigert. Im Juni 1943 vernimmt ihn die Gestapo, Föhr rechnet mit einer Verhaftung und unterrichtet vorsorglich das Ordinariat, doch es bleibt bei einer Verwarnung. Am 12. August 1943 überträgt ihm der Erzbischof die größte Freiburger Stadtpfarrei St. Johann, die zugleich seine letzte Pfarrstelle sein sollte. Noch bevor nach dem 20. Juli 1944 die Rache des Tyrannen anlief, verständigte ihn Erzbischof Gröber von der heraufziehenden Gefahr: es würden frühere Landtags- und Reichstagsabgeordnete verhaftet, auch er komme sicher dran und solle sofort in die Schweiz fliehen. Föhr blieb, man tat ihm nichts, er überstand den englischen Terrorangriff des 27. November 1944, bei dem die Innenstadt zerstört wurde und 3000 Menschen ums Leben kamen, und ging am 21. April 1945 den einrückenden französischen Panzern entgegen, um sie von sinnlosem Geschützfeuer abzubringen.

V

Zu den Honoratioren, mit denen die neue Besatzungsmacht sofort Umgang pflegt, gehört neben dem Erzbischof auch der Prälat. Auf einer Liste mit politisch zuverlässigen Persönlichkeiten, die die Franzosen mitbrachten, habe - so erinnerte sich Föhr - sein Name ganz oben gestanden. Ein übriges habe seine dicke Personalakte getan. Er gilt jedenfalls als Notable, der bei der Besatzungsmacht offene Türen findet.

Mancher Kriegsheimkehrer wendet sich um politischer Orientierung willen an ihn: "Als der letzte Führer der Badischen Zentrums-Partei vor Beginn des national-sozialistischen Geschichtsabschnitts sind Sie wohl allgemein und unbestritten zur Ergreifung der Initiative in dieser geschichtlich schicksalhaften Frage legitimiert", heißt es in einer Zuschrift vom 17. September 1945. Föhr will mit der "alten Fahne in die neue Zeit", wie schon seine Lehrmeister Wacker und Schofer nach dem Ersten Weltkrieg. Das Badische Zentrum verbürgt für ihn ein klares naturrechtliches Fundament, eine bewährte Wählerschaft im Land und die Errungenschaft des Konkordats. Auch im linken Lager in Freiburg sieht man in ihm den Führer einer "politischen Gruppe der Mitte". Schon im April 1945 bildet er mit den ehemaligen Zentrumsleuten Dr. Paul Fleig

und Botschaftsrat a.D. Clemens Brentano ein Führungstriumvirat, das die Wiedergründung des Zentrums für Ende des Monats betreibt und bei der Militärregierung anmelden will. Tatsächlich ist es dafür in Deutschland, in der französischen Zone zumal, viel zu früh. Föhr streckt seine Fühler auch zu ehemaligen christlichen Gewerkschaftlern aus, um über sie eine spätere Linkskoalition zu ermöglichen, "weil wir diese (Sozialisten) nicht gegen das Christentum aufmarschieren lassen dürfen". Daß Evangelische aus der Zentrumsgruppe wegbleiben, ficht ihn wenig an: "Warum sollen für wenige Prozent ehemaliger Volksdienst-Wähler die Fundamente der Partei einem weltanschaulichen Mischmasch geopfert werden?" Die Partei konstituiert sich formell im August 1945. Den Vorsitz übernimmt der vormalige Landtagskollege Föhrs, Dr. Karl Person, der soeben aus der Gefangenschaft zurückgekehrt ist; der Prälat wirkt als spiritus rector ohne Amt.

Föhrs politischer Konkurrent ist damals niemand anders als Erzbischof Conrad Gröber. Gröber gibt einer christlichen Parteigründung den Vorzug, die er über die Christliche Arbeitsgemeinschaft der Professoren Franz Büchner (kath.) und Constantin von Dietze (evgl.) zu erreichen sucht. Er sieht sich auf der Fuldaer Bischofskonferenz im August 1945 von der Mehrzahl seiner Amtskollegen in dem Urteil bestätigt, daß man in Nachkriegsdeutschland eine "breitere Gemeinschaft" als nur die des Zentrums brauche. In diesem Zusammenhang verhindert er, daß Föhr eine Lizenz für eine katholische Tageszeitung ausnutzen kann und drängt ihn auch in der Parteifrage zum Einlenken. Er läßt nämlich durch seinen Sekretär Bernhard Welte ausstreuen, der Erzbischof werde, wenn sonst keine Lösung gefunden werde, selbst die christliche Partei gründen und an ihre Spitze treten. Daß das gegen Föhr zielte, weiß jeder. Der Prälat zieht sich fürs erste grollend zurück, "um das Ärgernis zu vermeiden". Für die Vereinigung von Zentrumsgruppe und Christlicher Arbeitsgemeinschaft bedarf es mehrerer Provisorien bzw. Kompromisse, die vom Namen Badische Christlich-soziale Volkspartei über die Satzung, in der ein berufsständischer Senat vorgesehen ist, bis zur Person des vorläufigen Landesvorsitzenden (Leo Wohleb) reichen. Der Prälat begleitet die Entwicklung mit Argwohn, stellt den Kontakt mit vormaligen Zentrumsfreunden außerhalb der französischen Zone wieder her und gibt das Parteibuch zurück, als die BCSV sich in CDU umbenennt - April 1947.

Eng mit der Parteifrage verknüpft ist in jenen Monaten auch die Schulfrage. Föhr meint, es sei jetzt, nach Kriegsende, die Zeit, die vom Konkordat tolerierte Simultanschule zugunsten der schola

catholica zu überwinden; seine römische Seele lodert hell. Wiederum tritt ihm der Erzbischof hart entgegen. Angesichts der Not der Zeit sieht dieser dringlichere Aufgaben als die, einen neuerlichen Schulkampf durchzufechten, und er will die noch ungefestigte christliche Partei auch nicht durch konfessionelle Streitereien belasten. Nur eine Weisung des Heiligen Stuhls könne ihn zwingen, soder Erzbischof, die Wiedereinführung der Konfessionsschule für Baden zu fordern. Die Weisung bleibt aus. Und so kann Conrad Gröber sich gegen Föhr in seinem Urteil bestätigt sehen, das die Fuldaer Bischofskonferenz vom Juli 1946 mitträgt, daß es "eine Frage der Klugheit (sei), ob man an... gesicherten Vorteilen festhalten oder unter ihrer Gefährdung die volle Verwirklichung des Ideals anstreben soll."
Föhrs politischer Wille ist jedoch noch nicht gebrochen. Er erinnert den Erzbischof im November 1948, daß für den Fall des Wiedererstehens der Badischen Zentrumspartei die Badenia-Aktien, die im Juni 1933 treuhänderisch an den Erzbischöflichen Stuhl übergeben worden seien, zurückgegeben werden müßten. Als Liquidator des alten Zentrums meldet er vor der Restitutionskammer des Landgerichts Freiburg im August 1949 seinen Anspruch an. Gleichzeitig plant er aus dem Schoß der Wählerschaft der CDU die Wiedergründung der Zentrumspartei. Im Zusammenhang mit der südwestdeutschen Neugliederung, in der die CDU eine wenig überzeugende Rolle spielt, sieht Föhr die Stunde der Parteigründung gekommen. Drei Tage nach dem umstrittenen Plebiszit vom 9. Dezember 1951 nutzt er eine Seelsorgerkonferenz im Freiburger Kolpinghaus, um - gegen den Widerstand des Katholischen Männerwerks unter Alois Stiefvater, der sich vom Erzbischof unterstützt weiß - die Gründungsversammlung der Partei einzuberufen. Vorsitzender wird Dr. Hermann Person, Sohn des vormaligen badischen Landtagsabgeordneten Dr. Karl Person, der jedoch von der CDU abgeworben wird und einen sicheren Wahlkreis erhält. An seine Stelle tritt Landrat Dr. Ballweg.
Im Wahlkampf zur Verfassungsgebenden Landesversammlung im März 1952 wird plakatiert: "Katholisch - gut badisch - Zentrum!" Doch die Parole verfängt nicht, und die neue Partei kann kein einziges Mandat gewinnen. Derweil hat Föhr die gerichtliche Klagevertretung in Sachen Badenia-Aktien formell an den neuen Vorsitzenden der Partei abgetreten. Der vor dem Badischen Landgericht in Freiburg stattfindende Prozeß erregt landesweit Aufmerksamkeit. Die "Stuttgarter Nachrichten" meinen, er sei "in der modernen Kirchengeschichte wohl einmalig", denn "nach dem Codex

Juris Canonici kann der Prälat exkommuniziert werden, weil er gegen seinen Erzbischof klagt" (26.3.1953). Das erstinstanzliche Gericht weist die Klage zurück, und Dr. Ballweg beginnt, mit der beklagten Seite Vergleichsverhandlungen, denen Föhr trotzig fernbleibt: "Es handelt sich für mich nicht um eine Geldangelegenheit, sondern um eine ideelle, nämlich die Erhaltung der Werte, für welche die Badische Zentrumspartei einstens die Badenia gegründet hat, und mit deren Rettung mich die Badische Zentrumspartei vor ihrer Zwangsauflösung beauftragt hat... Zur Verletzung dieser Pflichten werde ich mich von niemandem verleiten oder gar zwingen lassen." (28.7.1954)
Vieles mißlang dem eigensinnigen, willensstarken Mann; vieles aber führte er auch - etwa in seiner Pfarrei St. Johann - zum Erfolg. Gewiß kommt es weder zu der von ihm betriebenen Vereinigung der Pfarrkuratie St. Cyriak mit seiner Großpfarrei, noch zu einem Kirchenneubau "Vierzehnheiligen" in der Unterwiehre; aber er erweitert das Altenwohnheim der Pfarrei und baut ein neues dazu, ferner einen Kindergarten, er pflegt die Kirchenmusik in großherziger Weise. Der französischen katholischen Gemeinde gewährt er in seiner Kirche ständiges Gastrecht, wofür der Erzbischof von Paris als Militärbischof ihm besonders dankbar war.

VI

Ein neuer Abschnitt im Leben des Stadtpfarrers von St. Johann beginnt mit der von ihm unterstützten Wahl von Weihbischof Hermann Schäufele zum Erzbischof. Am 9. August 1958 wird er, der gegen den vorigen Erzbischof prozessiert hat, für viele überraschend Generalvikar. Damit erhält er die lange ersehnte Gelegenheit, seinen politischen Verstand, sein Führungstalent, seine Organisationsfähigkeit und seinen Einsatzwillen für die Kirche noch einmal im großen Stil zu entfalten. In seinem zehnjährigen Wirken als Hauschef des Erzbischofs vereinfacht er die pfarrliche Verwaltung und stärkt die Position der Pfarrer in den Stiftungsräten. Er strafft die kirchliche Verwaltung und unterhält eine rege Bautätigkeit, insbesondere im kirchlichen Schul- und Bildungswesen, wobei das Privatschulwesen in ihm einen ebenso tatkräftigen Förderer findet wie die Katholische Akademie in Freiburg. In sein Generalvikariat fallen eine bessere Altersversicherung der Pfarrhaushälterinnen und eine Anhebung der Gehälter der kirchlichen Bediensteten. Uner-

müdlich setzt er sich für die Gastarbeiter ein und lernt gar spanisch.
Weniger erfolgreich wirkt Föhr als Zeitungsgründer. Der von ihm seit Anbeginn mit - wie viele inzwischen einräumen - nicht unbegründetem Mißtrauen beobachteten "Badischen Zeitung" versucht er eine katholische Tageszeitung entgegenzustellen. Das Projekt "Badische Volkszeitung" kommt jedoch zu spät, sie steht wirtschaftlich nie auf eigenen Füßen, sondern wird - wie die alte Zentrumszeitung - aus den Gewinnen des "Konradsblatts" finanziert. Die Zeitung, in der Föhr als Leitartikler tätig ist, stellt nach wenigen Jahren ihr Erscheinen ein. Auch die Beziehungen zur CDU, der regierenden Partei im Land, sind zunächst schwierig. Man verargt ihm, daß Abgeordnete nicht mehr zu Kleruskonferenzen gebeten werden, daß er seine Hand über die Badische Volkspartei (BVP) als "zweite christliche Partei" hält, die 1959 zur Erzwingung eines Volksentscheids in Baden aus dem Schoß der CDU gegründet wird. Der nordbadische CDU-Landesvorstand verklagt ihn bei Nuntius Muench, Erzbischof Schäufele hält an ihm fest. Das politische Klima bessert sich erst, als die BVP-Krise in der Landtagswahl von 1960 durch Mißerfolg erledigt wird. Danach gewinnt er verfassungspolitischen Einfluß in der Schulfrage, die in Baden-Württemberg 1966/1967 akut wird, als SPD und FDP/DVP darauf drängen, daß die südwürttembergisch-hohenzollernsche Konfessionsschul-Regelung zugunsten einer landeseinheitlichen christlichen Gemeinschaftsschule abgelöst wird. Eine Delegation der Landtagsfraktion der SPD besucht damals mehrfach den Freiburger Generalvikar, und der erklärt - ganz politischer Realist geworden - das Modell der herkömmlichen badischen Simultanschule kirchlicherseits für akzeptabel. Tatsächlich wird der Schulartikel der Landesverfassung in diesem Sinne gefaßt. Erzbischof Schäufele steht nicht an, bei der Verabschiedung seines Generalvikars hervorzuheben, daß es dessen Verdienst bleibe, "daß das unverfälschte Bild der Badischen Simultanschule in den neuen Schulgesetzen des Landes Baden-Württemberg aufscheint".
Als Ernst Föhr im Jahr 1968 verabschiedet wird, kommt dies wohl auch für ihn überraschend. Gewiß ist er im Ordinariat nicht unumstritten; dennoch ist er bis zuletzt von seiner Unersetzlichkeit überzeugt und kann gelegentlich drohen, er werde hinschmeißen. Der Erzbischof kann also - wie er beim Abschied sagt - den 76jährigen auf dessen eigenen Wunsch entpflichten. Er dankt ihm für seine großen Verdienste um die Erzdiözese in chronologischer Reihenfolge: zunächst als dem Leiter des Badischen Landessekretariats

des Volksvereins von 1919 bis 1933, dann dem Abgeordneten für den Schutz unserer heiligen Kirche im gesellschaftlichen Raum (1921 bzw. 1929 bis 1933) mit dem Konkordat von 1932 "als einem historischen Denkmal", dann dem Seelsorger in den schweren Jahren 1933 bis 1945 für die Möglichkeiten und Wege, die er unbekümmert um die Belästigungen und Drohungen der Geheimen Staatspolizei aufwies, zuletzt dem Generalvikar für die ihm eigene Entschluß- und Tatkraft.

Föhr hat ein Leben lang für seine Kirche gekämpft, hat den Kulturkampf politisch und geistig ausgefochten und noch als Pensionist ein Buch über "Naturwissenschaftliche Weltsicht und christlicher Glaube" veröffentlicht (1974). Nach 84 Jahren der Gesundheit versagt am 19. Januar 1976 sein Herz. Er stirbt versöhnt. Auf seinem Grabstein auf dem Freiburger Hauptfriedhof steht: "Ein mutiger und tapferer Mann!" Papst Pius XII. hatte das über ihn und zu ihm gesagt, als er 1950 in Rom war.

Josef Müller (1898-1979)

Kein anderer bayerischer Politiker der Nachkriegszeit wurde unter seinem in der Schulzeit geprägten Spitznamen auch außerhalb Bayerns so bekannt wie Josef Müller, der "Ochsensepp". Thomas Dehler, der damalige Bamberger Mitschüler Müllers und spätere FDP-Vorsitzende und Bundesjustizminister, soll diese - zunächst ungeliebte, dann mit Stolz und durchaus kalkuliert verwendete volkstümliche Bezeichnung - in Anspielung auf Müllers Arbeit in den Schulferien kreiert haben. Diese hatte darin bestanden, für Bauern mit dem Ochsenfuhrwerk Mist zu fahren.
Josef Müller, bis zum 28. Mai 1949 Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union (CSU), war eine der markantesten und gleichzeitig umstrittensten Erscheinungen auf der Bühne der bayerischen Nachkriegspolitik.
Beim Griff nach dem Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten in den Jahren 1945/1946 ist er gescheitert. Maßgeblich auf Müller zurück geht jedoch die Gründung der CSU als interkonfessionelle liberal-konservative Volkspartei anstelle der Bayerischen Volkspartei (BVP). So eindeutig dieses politische Verdienst ist, so umstritten bleiben jedoch sein politischer Stil als Parteivorsitzender, so unklar seine politischen Ziele und so unkonturiert seine Tätigkeit als Staatsminister der Justiz vom September 1947 bis zu seinem erzwungenen Rücktritt 1952.

I

Josef Müller wurde am 27. März 1898 in Steinwiesen (Landkreis Kronach, Oberfranken) als sechstes Kind einer Kleinbauernfamilie geboren. Nachdem der älteste Bruder Wolfgang das Theologiestudium abgeschlossen hatte, konnte Josef Müller seit 1910/1911 in Bamberg das Gymnasium besuchen. Er wurde in das erzbischöfliche Knabenseminar Ottonianum aufgenommen. Als prägend für seine politischen Vorstellungen in der Gymnasiastenzeit gibt Müller den Einfluß des Pfarrers Johannes Grandinger an, der als fraktionsloser liberaler Abgeordneter 1907-1911 dem Bayerischen Landtag

angehört hatte. Seit November 1916 Soldat, nahm Müller 1917/1918 beim Bayerischen Minenwerfer-Bataillon IX an den Kämpfen an der Westfront teil und wurde im Februar 1919 als Vizefeldwebel und Offiziersaspirant entlassen. Im gleichen Jahr holte er in Bamberg das Abitur nach. Unbelegt ist die Schilderung in seinen - als Quelle problematischen, jedoch häufig unkritisch rezipierten - Erinnerungen, er habe als Führer einer Gruppe demobilisierter Offiziere und Unteroffiziere für einige Tage die Sicherheit der nach Bamberg ausgewichenen Bayerischen Regierung Hoffmann garantiert. Im Wintersemester 1919/1920 nahm er in München das Studium der Soziologie, Nationalökonomie und Staatswissenschaften auf. Müller war Mitglied der katholischen Studentenverbindungen Ottonia und Isaria. Bei der Aufnahme in die Ottonia hielt Anton Pfeiffer, Generalsekretär der BVP, nach dem Kriege langjähriger Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und 1946 Konkurrent Müllers um das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten, die Einführungsrede auf ihn. Aus der Studienzeit in München stammt auch eine Duzbekanntschaft mit dem Nationalsozialisten Hans Frank. 1925 promovierte Müller bei dem Nationalökonomen Adolf Weber zum Dr. oec. publ. mit einer Arbeit über die deutsche Granitindustrie und ihre Konkurrenzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt. 1927 legte er die große juristische Staatsprüfung ab, anschließend ließ er sich als Anwalt in München am Amiraplatz nieder. Müller erwarb sich einen Ruf als Wirtschaftsanwalt.

II

Seit den zwanziger Jahren war Josef Müller Anhänger der BVP, ohne sich jedoch zunächst zu engagieren. Die Angaben über seinen Parteieintritt schwanken: 1920 oder Anfang 1933. Im Jahr 1933 tauchte er als Ersatzmann auf der Vorschlagsliste für den Bayerischen Landtag auf und war bis zur erzwungenen Selbstauflösung der BVP für kurze Zeit Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Kreistages von Oberbayern.

Müller schildert in seinen Erinnerungen, daß er in den zwanziger Jahren Heinrich Held (BVP), den Bayerischen Ministerpräsidenten der Jahre 1924-1933, durch seine anwaltschaftliche Tätigkeit kennengelernt habe und dieser ihm rasch ein "väterlicher Freund" geworden sei. Er hatte die Familie durch die Söhne Helds kennengelernt, von denen einer vor 1933 mit Müller in der gleichen Anwaltskanzlei tätig war. 1934/1935 bestand eine geschäftliche Ver-

bindung, als Müller im Auftrag der Familie Held als Gesellschafter der Regensburger Walhalla-Verlag GmbH fungierte. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Bayern am 9. März 1933 erlebte Müller tatsächlich an der Seite Helds aus nächster Nähe mit. Zusammen mit dessen Söhnen sorgte er in diesen turbulenten Tagen für den persönlichen Schutz des Ministerpräsidenten. Müller erweckt jedoch in seinen Erinnerungen unzutreffenderweise den Eindruck, er sei auch ein enger Berater des Ministerpräsidenten gewesen. Dies wurde von Helds Sohn Josef nach dem Krieg energisch bestritten: Sein Vater habe ganz im Gegenteil von Müllers politischen Qualitäten wenig gehalten.

Als Anwalt war Müller viel für kirchliche Einrichtungen tätig (er war z.B. Aufsichtsratsmitglied des Echter Verlages in Würzburg); unter anderem für das Kloster Niederaltaich sowie 1933 bei der finanziellen Rettung des Leohauses in München (Hauptstelle katholisch-sozialer Vereine und Leofilm AG). In diesen und anderen Angelegenheiten führte ihn der Weg häufiger nach Rom. Es entstanden Freundschaften zu dem Abt von Metten, Corbinian Hofmeister, und dem Münchner Domkapitular und späteren Weihbischof Johannes Neuhäusler. In den dreißiger Jahren war er als Anwalt auch an Arisierungen beteiligt. Nach dem Kriege wurde Müller in diesem Zusammenhang unter anderem vorgeworfen, sich bei der Arisierung der Münchner Maschinenbaufirma Michaelis 1938 auf Kosten des jüdischen Firmeninhabers bereichert zu haben. Müller wurde vor Gericht und im Rahmen seines Spruchkammerverfahrens von den Vorwürfen entlastet. Auch der Vorwurf, er habe im Zusammenhang mit der Rettung des Leohauses Druck auf einen jüdischen Kläger ausgeübt, konnte nicht aufrechterhalten werden.

Am Gründonnerstag 1934 traute Domkapitular Neuhäusler Müller und seine Frau Maria Lochner, sie war zuvor Müllers Sekretärin gewesen, in der Krypta des Petersdoms in Rom. 1935 wurde die einzige Tochter Christa geboren.

Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges arbeitete Müller weiter als Anwalt in München. 1939 wurde er mit seiner Einwilligung als Offizier eingezogen und in der Münchner Zweigstelle des von Wilhelm Canaris geleiteten Amtes Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht eingesetzt. Bei der militärischen Opposition um Canaris, Hans Oster und Hans von Dohnanyi waren seine Ablehnung Hitlers und seine guten Kontakte zum katholischen Klerus auch in Rom bekannt. Im Auftrag des militärischen Widerstands sollte er diese Beziehungen - Pater Robert Leiber, den Privatse-

kretär des Papstes, kannte Müller gut, bei Pius XII. war er eingeführt - nutzen. Seine Flüge nach Rom waren als nachrichtendienstliche Tätigkeit zur Aufklärung der Absichten der Kriegsgegner sowie der Italiener getarnt. Bereits im September 1939 sollte er erkunden, ob der Vatikan bereit sei, für die Opposition eine Vermittlertätigkeit beim Kontakt mit den Kriegsgegnern Deutschlands zu übernehmen. Müller verhandelte mit Pater Leiber, führte auch Gespräche mit Prälat Ludwig Kaas, dem ehemaligen Vorsitzenden der Zentrumspartei und wurde im Vatikan als Emissär Generaloberst Ludwig Becks betrachtet. Bei seiner zweiten Reise sollte er im Auftrag von Canaris, Oster und Dohnanyi den Vatikan bitten zu sondieren, ob die britische Regierung zu Friedensgesprächen mit der deutschen Opposition bereit sei. Im Oktober konnte Müller eine positive Reaktion melden. In der Folgezeit lief bis Januar 1940 über seine Reisen nach Rom der Kontakt zwischen der britischen Regierung und dem militärischen Widerstand. Die Ergebnisse der Römischen Gespräche Müllers wurden zur Beeinflussung der Generale Halder und von Brauchitsch zu Denkschriften zusammengefaßt. Darunter war der sogenannte "X-Bericht", in dem Müllers Name durch ein X ersetzt worden war. Über Müllers Kontakte in Rom wurden auch Belgien und Dänemark vor den bevorstehenden deutschen Angriffen gewarnt. Dies wurde ihm 1952 von Fritz Schäffer auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen in der CSU als Landesverrat vorgeworfen.

Als die Gestapo am 5. April 1943 Hans von Dohnanyi verhaftete, fanden sich auf seinem Schreibtisch Unterlagen, durch die Müller in Verdacht geriet. Noch am gleichen Tage wurde er verhaftet. Die Unterlagen, wie in Geheimdienstkreisen üblich, als Spielmaterial gekennzeichnet, waren nicht eindeutig genug, um ihn wegen Hochverrats anzuklagen. Er wurde dann vor dem Reichskriegsgericht wegen Wehrkraftzersetzung, militärischen Ungehorsams und Vergehens gegen das Heimtückegesetz angeklagt. Von Otto Lenz, dem späteren Staatssekretär im Bundeskanzleramt, verteidigt, sprach ihn das Gericht zwar frei, er blieb jedoch in Haft. Vom 26. September 1944 bis 7. Februar 1945 war er im Kellergefängnis der Gestapo im Prinz-Albrecht-Palais in Berlin, anschließend in den Konzentrationslagern Flossenbürg und Dachau. Zuletzt gehörte er zu den Anfang Mai 1945 in Südtirol von amerikanischen Truppen befreiten, kurz vor Kriegsende in Marsch gesetzten "Prominenten"-Häftlingen des KZ Dachau. Ende Mai brachte ihn die US-Armee zurück nach München.

Müllers politische Karriere begann erst nach Kriegsende. Im Unterschied zu seinen Kontrahenten konnte Müller nicht an eine politische oder verbandspolitische Tätigkeit aus der Zeit vor 1933 anknüpfen. Er gehörte auch nicht zur hohen bayerischen Ministerialbürokratie, aus der sich ein Teil des bayerischen politischen Führungspersonals in der Nachkriegszeit rekrutierte. Außerdem vertrat er eine jüngere Generation, ein Faktor, der für das Verständnis der Konflikte in der Anfangsphase der CSU nicht unwesentlich ist. Das Entree in die Politik verschafften dem politischen Neuling am Ende der nationalsozialistischen Diktatur seine Beteiligung am militärischen Widerstand und seine Zeit in Gestapo- und KZ-Haft. Müllers Erzählungen darüber waren vor allem für die Jüngeren, die er bereits 1945 in dem legendären Mittwochskreis ("Ochsen-Club") in seiner Wohnung in der Gedonstraße 4 in München-Schwabing zu politischen Gesprächen um sich versammelt hatte, sensationell. Darüber hinaus wird ihm von Zeitzeugen (Hans Weiß) Erzähl- und Redetalent - im Stil dem assoziativen Duktus von Franz Josef Strauß ähnlich -, ja Charisma attestiert.

Ein Schlüssel zum Verständnis Müllers ist in zweierlei Hinsicht der Kontakt zu Adam Stegerwald, dem von der amerikanischen Militärregierung eingesetzten Regierungspräsidenten von Unterfranken. Ihn traf er bereits am 8. Juli 1945 im Pfarrhaus von Rothenburg o.d.T., wo Müllers Bruder Wolfgang Stadtpfarrer war und sich bei Kriegsende auch seine Frau und Tochter aufhielten. Im Unterschied zu Müller war Stegerwald nicht irgendwer, sondern in der Weimarer Republik Vorsitzender des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, preußischer Minister für Volkswohlfahrt, kurze Zeit auch preußischer Ministerpräsident und 1930-1932 Reichsarbeitsminister unter Heinrich Brüning gewesen. Noch wichtiger war aber, daß er mit seiner vielbeachteten, von Brüning mitverfaßten Essener Rede auf dem Kongreß der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands 1920 schon eine interkonfessionelle Volkspartei gefordert hatte.

Diese Forderung, die in der bewußtseinsbildenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auch bei Müller gereift war, wurde sein zentrales politisches Credo. Zum politischen Zusammenschluß von Katholiken und Protestanten trat das Ziel, den in der Weimarer Republik in Bayern in Bauernbund und BVP aufgespaltenen politischen Katholizismus zusammenzuführen.

Das Versagen von Zentrum und BVP vor Hitler und damit die Mitschuld an der Katastrophe von 1945 war für Müller und andere seiner Generation ein weiterer ausschlaggebender Grund für einen Neuansatz. Er bezog sich dafür später ausdrücklich auf den Zentrumsvorsitzenden Ludwig Windthorst, der die Ausdehnung des Zentrums auf alle christlichen Bekenntnisse gefordert hatte, sobald die Zeit reif sei. Müller lehnte jedoch jede klerikale Politik ab und forderte die Trennung der Aufgaben von Kirche und Parteien. In der Praxis bedeutete dies die Ablehnung von Geistlichen in parlamentarischen Gremien, auch dies eine Abkehr von der BVP, deren Reichstags- und Landtagsfraktion von Prälaten geführt worden waren.

Die Zusammenarbeit mit Stegerwald richtete sich aber nicht nur darauf, eine interkonfessionelle Volkspartei in Bayern zu schaffen, sondern verfolgte gleichzeitig das Ziel, den von den Amerikanern Ende Mai 1945 eingesetzten bayerischen Ministerpräsidenten Fritz Schäffer, den letzten BVP-Vorsitzenden vor 1933, abzulösen. Ende August 1945 hielt sich Stegerwald in München auf und berichtete Kardinal Faulhaber über die Sondierungsgespräche, in denen er eine von ihm geleitete Regierung vorbereitete. Parallel dazu war Müller im September die treibende Kraft bei dem Zustandekommen von Gesprächen mit SPD und KPD, die in München eine Aktionsgemeinschaft gebildet hatten, um gemeinsam mit ihnen eine neue Regierung auf breiter politischer Basis zu errichten. Als Beratungsergebnis führte eine Ministerliste vom 14. September 1945 Müller als Ministerpräsidenten. Schäffers Kabinett bezeichnete er am 20. September auf einer Sitzung mit Vertretern von SPD und KPD als "reine Notstandsregierung". Die Militärregierung befragte ihn im September, mit wem inzwischen vakante Posten innerhalb des Kabinetts Schäffer besetzt werden könnten. Ihm selbst bot man einen Ministerposten an, den er in der Regierung Schäffer mit dem Hinweis ablehnte, daß es sich auf der Basis der gemeinsamen Gespräche mit SPD und KPD nicht nur um eine Umbildung, sondern eine Neubildung des Kabinetts handle. Inhaltlich stand Müller mit der Forderung, keine Politik zu treiben, die eine Schwächung der Reichsregierung bedeutete, ebenfalls im Gegensatz zu Schäffer. Dessen Ziel war es, mit der vorläufigen Übernahme von Reichsfunktionen durch die Bayerische Staatsregierung das gesamtstaatliche Vakuum zu nutzen und eine Reföderalisierung einzuleiten. Schäffer wurde am 28. September 1945 entlassen. An diesem Tag hatte Müller, nachdem er neben anderen bayerischen Politikern in den vergangenen Tagen mit General Clays Political Adviser Robert

Vorläufige Landesausschuß bestätigte Müller am 31. März 1946 mit 41 zu 17 Stimmen bei einer Enthaltung als Landesvorsitzenden. Von nun an stand Müller bis zum 28. Mai 1949 an der Spitze der CSU. Unter ihm gelang der Aufbau einer klar gegliederten und von zahlreichen hauptamtlichen Kreis- und Bezirksgeschäftsführern geführten Parteiorganisation, die sich deutlich von der als Honoratiorenpartei organisierten BVP unterschied. 1948 brach diese Struktur aus finanziellen Gründen zusammen.

Am 5. Oktober 1945 hatte die CSU unter Müllers Führung beschlossen, sich offiziell nicht am Kabinett Hoegner zu beteiligen, gleichzeitig aber Vertretern der CSU individuell die Mitarbeit in der Regierung einzuräumen. Dies bot wahltaktisch die Möglichkeit, sich von unpopulären Entscheidungen (Durchführung der Entnazifizierung) zu distanzieren. Langfristig erwies es sich jedoch für Müller als ein Fehler, anderen Personen in der CSU das Terrain und mit den Regierungsämtern ein Feld zur Profilierung überlassen zu haben; dies galt vor allem für Anton Pfeiffer, Joseph Baumgartner und den späteren Ministerpräsidenten Hans Ehard. Die CSU-Spitze war über die Arbeiten der Regierung nur unzureichend unterrichtet. Es ist der Anfang einer Reihe von Entscheidungen, in denen Müller in der Bewertung von Ämtern Fehleinschätzungen unterlag oder sich bei der Bewerbung nicht durchsetzen konnte.

Das Jahr 1946 stand in Bayern im Zeichen der Verfassungsberatungen. Müller gehörte der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung ebenso an wie zuvor dem Bayerischen Beratenden Landesausschuß. Bei der Wahl des Fraktionsvorsitzenden der CSU-Fraktion der Landesversammlung, die am 15. Juli 1946 auf ihrer ersten Sitzung im Münchner Rathaus stattfand, erlitt er eine weitere strategische Niederlage. Nicht er, der als Parteivorsitzender einen natürlichen Anspruch auf das Amt besaß, sondern Alois Hundhammer, einer der schärfsten Gegner Müllers, wurde an die Spitze der Fraktion gewählt. Die Bedeutung dieser Wahl war noch größer, da damit auch die Besetzung des Fraktionsvorsitzes für den ersten Bayerischen Landtag präjudiziert wurde. Müller gehörte im Landtag nicht einmal dem Fraktionsvorstand an. Während der Verfassungsberatungen im Jahre 1946 gehörte er nicht den für die Redaktion des Textes maßgeblichen Gremien an, dem Vorbereitenden Verfassungsausschuß und dem Verfassungsausschuß der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung.

Dennoch war die schärfste Auseinandersetzung innerhalb der Versammlung im Sommer 1946 mit seinem Namen verknüpft: die Kampfabstimmung über den Staatspräsidenten. Die Forderung nach

einem Staatspräsidenten als Symbol bayerischer Eigenstaatlichkeit war bereits von der BVP bei den Verfassungsberatungen im Jahre 1919 erhoben worden und gescheitert; auch ein unter Schäffers Führung initiierter Volksentscheid in den zwanziger Jahren führte nicht zum Ziel. Müller hatte 1946 in der Frage zunächst laviert, war dann jedoch entschieden gegen den Staatspräsidenten. Wie andere betrachtete er das Amt als Vorstufe auf dem Wege zu einer konstitutionellen Monarchie der Wittelsbacher. Ferner sah er Probleme bei der Eingliederung Bayerns in einen künftigen deutschen Bundesstaat und unklare Kompetenzabgrenzungen zwischen dem Staats- und dem Ministerpräsidenten. Am 12. September 1946 lehnte die Verfassunggebende Landesversammlung mit 85 zu 84 Stimmen bei vier Enthaltungen den Staatspräsidenten ab. Müller hatte sich durchgesetzt. Der Konflikt mit Hundhammer - für dessen Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft er sich 1945 eingesetzt haben soll - war unüberbrückbar geworden.
1946 war Müller als Abgeordneter der Stimmkreise Fürth und Schwabach im Wahlkreis III (Ober- und Mittelfranken) für die CSU in den Bayerischen Landtag gewählt worden, dem er ununterbrochen bis 1962 angehörte. 1950 scheiterte er im Stimmkreis München II gegen Waldemar von Knoeringen (SPD) und gelangte über den Wahlkreis Oberbayern in den Landtag. 1954 gewann Müller im Stimmkreis München III als erster CSU-Abgeordneter ein Direktmandat in München (1958 Abgeordneter des Stimmkreises München I und III). Bei der ersten Landtagswahl in Bayern nach dem Kriege am 1. Dezember 1946 hatte die CSU eine absolute Mehrheit errungen und verfügte mit 52,3% der gültigen Stimmen über 104 der 180 Landtagssitze.
Am 14./15. Dezember 1946, kurz vor der ersten Wahl des Bayerischen Ministerpräsidenten, war Müller in Eichstätt mit 327 von 428 Stimmen im Amt des Parteivorsitzenden bestätigt worden. Ferner war, wenn auch gegen die Stimmen des Bezirksverbandes Oberbayern, eine Entschließung angenommen worden, daß Müller auch bei der Regierungsbildung die entscheidende Rolle spielen solle. Parallel dazu wurden jedoch in der Presse massive Vorwürfe gegen Müller erhoben, die sich auf sein Verhalten im Rahmen von Arisierungen sowie seine angebliche Beteiligung an Koalitionsverhandlungen zwischen BVP und NSDAP 1932/1933 bezogen. Die Süddeutsche Zeitung titelte: "Dr. Josef Müller - Koalitionspartner Hitlers" (12.11.1946). Am 11. Dezember wurde ein Verfahren auf Grund des Entnazifizierungsgesetzes gegen Müller eingeleitet. Formal wurde er zunächst als Angehöriger der Abwehr in die Gruppe

2 (Aktivisten) eingereiht. Im November 1947 ist das gegen ihn eingeleitete Spruchkammerverfahren eingestellt worden. Müller war vom Befreiungsgesetz nicht betroffen.
Am 18. Dezember stimmte die CSU-Landtagsfraktion über die Nominierung des Ministerpräsidenten ab. In der Fraktion setzte sich als Kandidat Anton Pfeiffer mit einer Stimme Mehrheit durch. Da Hundhammers Kandidat Pfeiffer nur mit etwas mehr als der Hälfte der Stimmen der eigenen Fraktion rechnen konnte, begannen Koalitionsverhandlungen mit der SPD. Diese lehnte jedoch Pfeiffer ab. Der Flügel um Hundhammer ließ aber weiter nichts unversucht, um die Übernahme des Amtes des Ministerpräsidenten durch Müller zu verhindern. In der entscheidenden Landtagssitzung am 21. Dezember 1946 in der Aula der Universität München schlug der Abgeordnete Eugen Rindt Müller als Kandidaten der CSU für das Amt des Ministerpräsidenten vor. SPD und Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) sprachen sich gegen Müller aus, die FDP trat für ihn ein.
Von 175 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt Müller 73, 69 lauteten auf Nein, 33 waren für Hans Ehard abgegeben worden. Landtagspräsident Michael Horlacher (CSU) stellte fest, daß zur absoluten Mehrheit 88 Stimmen erforderlich gewesen wären, die Müller verfehlt habe. Dies stand jedoch im Widerspruch zu seiner vor der Abstimmung getroffenen Aussage, der Landtag beschließe bei der Wahl des Ministerpräsidenten mit einfacher Mehrheit. Diese Stimmenzahl hatte Müller erreicht. Die völlig unerwartete und willkürliche Deutung des Wahlresultats führte zu einem zweiten Wahlgang, in dem Ehard - zwischenzeitlich hatte der Hundhammer-Flügel erneut mit der SPD über diesen von ihnen präsentierten Kandidaten verhandelt - 121 von 147 Stimmen erhielt und damit zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Müller und seine Freunde verließen unter lautstarkem Protest die Sitzung.
Die Niederlage bei der Wahl zum Bayerischen Ministerpräsidenten 1946 war der Wendepunkt in der politischen Karriere Josef Müllers. Anschließend wurde eine Koalitionsregierung aus CSU, SPD und WAV gebildet, Hundhammer wurde Kultusminister, Anton Pfeiffer wurde im Range eines Staatsministers wieder Leiter der Bayerischen Staatskanzlei. Der von einem Teil der CSU und der SPD gebildeten Regierung gehörten nur zwei Müller-Anhänger als Staatssekretäre an.
Die Frage der Spaltung der CSU stellte sich angesichts dieser Tatsachen massiv. Auf einer Anfang Januar 1947 nach Augsburg einberufenen Landesausschußtagung der CSU wurde nur mit knapper

Mehrheit verhindert, daß dem Kabinett Ehard offiziell das Mißtrauen ausgesprochen wurde. Dies verhinderte zwar die Spaltung, änderte jedoch nichts an der innerparteilichen Konfliktsituation. Für Müller und seine Anhänger in der CSU-Landtagsfraktion war es kaum möglich, Einfluß auf Entscheidungen der Fraktion und der Regierung zu nehmen. Ihnen stand jedoch der Presseapparat der CSU zur Verfügung, den sie zu Angriffen auf Hundhammer und andere nutzten. Müller erwog Anfang 1947 eine Absplitterung von der CSU.

Erst als im September 1947 die SPD die Koalition aufkündigte, erhielt Müller in einem reinen CSU-Kabinett das Justizressort und bis 1950 auch den politisch wertlosen Titel eines stellvertretenden Ministerpräsidenten. Mit Hanns Seidel und Willi Ankermüller als Wirtschafts- und Innenminister zogen zwei von Müllers Anhängern in Schlüsselressorts ein. Zumindest gegenüber der Öffentlichkeit schien mit dieser integrativen Maßnahme die Kluft in der CSU überbrückt. Eine Beruhigung trat allerdings nur kurzzeitig ein.

Müller hatte vor Bildung der CDU auf Bundesebene, die erst im Mai 1950 stattfand, auch dem Vorstand der im Februar 1947 aus der Taufe gehobenen "Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands" angehört, dem Bindeglied zwischen den Zonen- bzw. Landesverbänden der Unionsparteien. Damit hatte er anfänglich den maßgeblichen Einfluß auf die Außenbeziehungen der CSU besessen. Auf einer Tagung der Union im Juni 1946 in Berlin hatte Müller sich zur Reichspartei bekannt. Nachdem er für diese Formulierung von Teilen der CSU, die auf der Selbständigkeit der Partei insistierten, kritisiert worden war, sprach sich Müller im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft in der Folgezeit immer dafür aus, "daß die Union Deutschlands föderativ gegliedert sein müsse". Auf einer Sitzung protestierte er vehement dagegen, daß Adenauer als Vorsitzender der Gesamtpartei begrüßt worden war. Sein politisches Fernziel war die CSU als Landesverband in einer dezentralisierten Union.

Müllers Handlungsspielraum auf dieser Ebene schwand in dem Maße, in dem der anfangs unbekannte Ministerpräsident Ehard mit griffigen Formeln seine föderalistischen Forderungen präsentierte und rasch an Popularität und politischer Statur gewann, was ihm übrigens auch gegenüber seinen "Königsmachern" zunehmend Unabhängigkeit verschaffte. Anders als seine Antipoden in der CSU, Hundhammer und Schäffer, erwuchs mit Ehard ein für die verschiedenen Gruppeninteressen in der CSU konsensfähiger Kandidat

und damit langfristig auch ein ernstzunehmender Konkurrent für Müller um die Führung der Partei.
Obwohl er ihr selbst nicht angehörte, nahm Müller häufig an den Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrates teil. Er nimmt für sich das Verdienst in Anspruch, das erstmalige Zustandekommen der Fraktionsgemeinschaft von CDU/CSU dort mit Erfolg betrieben zu haben, dies gegen Kritik von Ministerpräsident Ehard und anderen in der CSU.
Im Juli 1947 wurde mit der Wahl der Direktoren der fünf Frankfurter Hauptverwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes die exekutive Spitze der Bizone neu besetzt. Die CSU präsentierte als Kandidaten für die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten den bayerischen Landwirtschaftsminister Baumgartner. Die SPD hatte als Voraussetzung einer Koalition mit der CDU/CSU im Wirtschaftsrat bei der Vergabe der Direktorenposten das Wirtschaftsressort gefordert. Müller - in diesem Falle einer Meinung mit Konrad Adenauer - war dagegen, der SPD den einflußreichen Posten zu überlassen. Daraufhin verweigerte sich die SPD und die CDU/CSU besetzte alle Direktorenposten. Dies gilt allgemein als Präjudiz für die Bildung der ersten Bundesregierung 1949. Müller und Adenauer einigten sich im folgenden Monat auf die Wahl des im Lager Müllers stehenden Johannes Semler (CSU) zum Wirtschaftsdirektor. Die CDU beanspruchte das Amt des Landwirtschaftsdirektors und besetzte es mit dem in Bayern als zentralistisch geltenden Hans Schlange-Schöningen. Dies geschah auf Kosten des von Müllers innerparteilichen Gegnern gestützten Joseph Baumgartner und wirkte als Katalysator für dessen baldigen Übertritt zur Bayernpartei Anfang 1948. Müller errang bei der Frankfurter Direktorenwahl im Rahmen der innerparteilichen Flügelkämpfe einen Erfolg, dessen Wirkungen jedoch auf das Ereignis beschränkt blieben.
Ende Januar 1948 kehrte mit Fritz Schäffer, gegen den die Militärregierung im April 1946 ein politisches Betätigungsverbot verhängt hatte, ein unversöhnlicher Gegner Müllers auf die Bühne bayerischer Politik zurück. Hundhammer räumte für ihn im Januar den Vorsitz des CSU-Bezirksverbandes Oberbayern, der die meisten Mitglieder der Partei stellte. Die internen Auseinandersetzungen steuerten einem neuen Höhepunkt zu, nachdem Schäffer das Verbleiben des Bezirksverbandes in der CSU von der Durchführung innerer Reformen - die die Entmachtung Müllers zur Folge gehabt hätten - abhängig machte und mit dem geschlossenen Übertritt des Bezirksverbandes zur Bayernpartei (BP) drohte.

Dies ist vor dem Hintergrund des rasanten Aufstiegs der extremföderalistischen BP unter ihrem Vorsitzenden Baumgartner zu sehen. Dies bot von nun ab für Müllers Gegner das Argument, Müller treibe mit seiner wenig bayerisch-eigenstaatlich akzentuierten Politik der BP die Wähler in die Arme. Im März 1948 beantragte der Bezirksverband Oberfranken den Parteiausschluß Schäffers, dem dieser am 14. September mit dem Austritt aus der CSU zuvorkam.

In dieser Atmosphäre fand im August 1948 die Wahl der CSU-Mitglieder für den über die Verfassung eines Weststaates beratenden Parlamentarischen Rat statt. Ministerpräsident Ehard verhinderte die Wahl Schäffers mit dem Argument, die Berufung eines Exponenten des innerparteilichen Streits behindere eine konstruktive Arbeit in Bonn. Müller bewarb sich nicht um ein Mandat. Ehard hatte den bayerischen Einfluß auf die Arbeit des Rates sowie dessen CSU-Abgeordnete monopolisiert und profilierte sich als Hüter des Föderalismus und Vater des Bundesrates. Müller förderte in dieser Phase die föderalistische Politik des Ministerpräsidenten und versuchte, auch aus taktischen Gründen, keinen Gegensatz zu Ehard entstehen zu lassen. Insgesamt spielte er während der Verfassungsberatungen 1948/1949 jedoch nur eine Nebenrolle.

In diesem Zusammenhang sei angemerkt, daß Müller sich nie ernsthaft um ein Bundestagsmandat beworben hat, ein gewisser Widerspruch zu seinen bis in die fünfziger Jahre intensiv betriebenen deutschlandpolitischen Aktivitäten.

Trotz der Niederlage bei der Wahl zum Ministerpräsidenten im Dezember 1946 und obwohl die parteiinternen Querelen anhielten, wurde Müller auf der außerordentlichen Landesversammlung der CSU am 30./31. August 1947 mit 308 zu 192 Stimmen als Landesvorsitzender bestätigt und auf der Landesversammlung der CSU in Marktredwitz Ende Januar 1948 mit 348 von 447 abgegebenen Stimmen für 18 Monate wiedergewählt. Der lange Zeitraum zwischen seiner gescheiterten Wahl zum Ministerpräsidenten Ende 1946 und seiner Abwahl im Mai 1949 auf der Landesversammlung in Straubing ist nur mit der Parteisatzung und dem Müller begünstigenden Delegiertenschlüssel zu erklären. Er garantierte den mitgliederschwächeren Kreis- und Bezirksverbänden die gleiche Stimmenzahl wie den mitgliederstarken Verbänden. Dies verschaffte dem Landesvorsitzenden auch eine Mehrheit im Landesausschuß der Partei.

Auf der Landesversammlung der CSU in Straubing vom 27.-29. Mai 1949 wurde vollzogen, was sich über die Jahre seit 1946 ange-

deutet hatte: Müller verlor in einer Kampfabstimmung die Wahl zum Landesvorsitzenden der CSU gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Ehard mit 151 zu 396 Stimmen. Der für Müller unerwartet vorgebrachte Vorschlag des seit Dezember 1948 amtierenden Generalsekretärs Franz Josef Strauß, Müller und Ehard zu gleichberechtigten Vorsitzenden wählen zu lassen, drang nicht durch. Ehard war auch von Konrad Adenauer gebeten worden, für das Amt zu kandidieren und es zumindest eine gewisse Zeit zu übernehmen, um die Spaltung der CSU zu verhindern. Bei Hundhammer und den Bezirksvorsitzenden der CSU hatte der Bundeskanzler für die Wahl Ehards geworben. Müller wies in seinen Erinnerungen die eigentliche Urheberschaft für seine Abwahl in Straubing dann auch Adenauer zu. Damit überschätzte er dessen Einfluß in Bayern und stilisierte sich wirkungsvoll zum Opfer des Bundeskanzlers.

Als die CSU am 22. Januar 1955 einen neuen Landesvorsitzenden wählen mußte, Ehard stand nach der Bildung der Viererkoalition (SPD, BP, FDP, GB/BHE) in Bayern im Dezember 1954 nicht mehr zur Verfügung, wurden auch Josef Müller noch einmal Außenseiterchancen eingeräumt. Als aussichtsreichste Kandidaten galten neben dem schließlich siegreichen Hanns Seidel Fritz Schäffer und Franz Josef Strauß. Nachdem Sondierungen ergeben hatten, daß keine Aussicht auf Erfolg bestand, hatte Müller seine Kandidatur zurückgezogen.

Zwischen Adenauer und Müller hatte - mit Ausnahme der Frankfurter Direktorenwahl - in keiner Phase ein gutes Verhältnis geherrscht. In der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU hatte Müller Adenauers Führungsanspruch nicht anerkannt und war mit seiner Forderung nach einer föderalen Struktur der Union ein unangenehmer Widersacher gewesen. Er war Adenauer auch nicht berechenbar genug, zu hemdsärmelig. Gegenüber dem politischen Berater General Clays, Robert Murphy, bezeichnete Adenauer im November 1948 Müller als Abenteurer ohne Zukunft.

Eine Anekdote, die Müller häufig erzählte und die Franz Josef Strauß überliefert hat, illustriert ihr Verhältnis: Bei einem Gespräch in Adenauers Rhöndorfer Haus stellte der Gastgeber eine Flasche Wermut auf den Tisch und goß sich und Müller ein Gläschen ein. Müller, der gerne ein Glas Wein trank, hatte das Glas bald geleert, Adenauer schenkte jedoch nicht nach. Als Müller nach der Flasche griff und sich selbst bedienen wollte, bemerkte Adenauer, wenn ihn die Flasche störe, könne er sie wegstellen, was er dann tat.

Das Verhältnis zwischen Müller und Strauß ist geprägt von dem Bild Müllers als politischem Ziehvater des späteren CSU-Vorsitzenden und von Strauß als dessen "Vorzugsschüler". Beide haben diesen Topos gepflegt. Tatsächlich stieß Strauß Ende 1945 zum Mittwochskreis um Müller, wurde durch ihn rasch Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der CSU sowie Generalsekretär und kam als sein Mann in den Wirtschaftsrat der Bizone. Dennoch scheint dieses Bild mancher Stilisierung zu unterliegen. So gibt es Stimmen, die berichten, Strauß habe Müller auf der Landesversammlung in Straubing ausgespielt und im Vorfeld Müllers politischen Gegnern den desolaten Zustand der Partei und ihrer Finanzen offenbart. Hinzu traten in späteren Jahren unterschiedliche weltanschauliche Vorstellungen, z.B. Strauß' ausgeprägter Antikommunismus. Wenn er sich später dennoch auf Müller berief, so geschah dies primär, um sich von den konservativen Kräften in der CSU, insbesondere Hundhammer, abzugrenzen. Müllers Motiv dürfte die Nähe zu dem inzwischen mächtigsten Mann der CSU gewesen sein. Müller hat die ihm ab 1947 in seinem Amt als Justizminister erwachsenen Aufgaben nicht mit besonderem Engagement versehen. Bei den Sitzungen des Bayerischen Ministerrats war er vergleichsweise häufig abwesend. Indirekt bestätigt das Lob der Spitzenbeamten des Ressorts in seinen Erinnerungen den geringen Anteil, den Müller, der nach Aussage seines politischen Weggefährten August Haußleiter ewig improvisierte und nie die Akten las, an der Leitung des Hauses genommen hat. Als persönliche Referenten förderte er dort Hans Weiß, langjähriger Präsident des Bayerischen Senats, und den späteren Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann. 1948/1949 ließ er sich für einige Wochen wegen einer juristischen Auseinandersetzung von Ministerpräsident Ehard beurlauben. Nachhaltige Spuren aus seiner Amtszeit haben nur einige Skandale hinterlassen. Da ist zum einen die von der Militärregierung scharf kritisierte Intervention des Justizministers in einem Verfahren gegen den mit Müller verfeindeten WAV-Vorsitzenden Alfred Loritz. Zum anderen ist zu nennen die Affäre um den Präsidenten des Bayerischen Landesentschädigungsamtes, Philipp Auerbach, den Interessenvertreter der meist jüdischen Displaced Persons. Das Ende 1950 eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Korruption führte zur Verurteilung Auerbachs, der sich im August 1952 das Leben nahm. Durch eine vorverurteilende Berichterstattung über den Stand der Ermittlungen hatte Müller versucht, die Öffentlichkeit gegen Auerbach einzunehmen, was allgemein als Versuch einer politischen Abrechnung mit Auerbach bzw. mit den

Juden aufgefaßt wurde. Das Verfahren wurde jedoch auch Müller zum Verhängnis. Es begann, angefacht von Alois Hundhammer, ein Kesseltreiben gegen ihn. Ministerpräsident Ehard forderte ihn am 23. Mai 1952 zum Rücktritt vom Amt des Justizministers auf, am 26. stellte Müller sein Amt zur Verfügung und am 27. Mai 1952 genehmigte der Ministerpräsident seine Entlassung. Zu diesem Zeitpunkt verbarg sich als Motiv hinter den Attacken Hundhammers auf Müller auch der erneute Versuch, die nach der Landtagswahl zähneknirschend hingenommene CSU/SPD-Koalition durch eine Annährung von CSU und BP zu kippen.
Müllers Ausscheiden aus dem Kabinett bedeutete im Grunde das Ende seiner politischen Karriere. Walter von Cube, der wortmächtige Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, rief ihm in einem Kommentar nach: "Ich denke, meine Hörer, an den vertrauten Geschmack, an den etwas anrüchigen, aber gewissermaßen unentbehrlichen, den Dr. Josef Müller der bayerischen Politik seit sieben Jahren verliehen hat. Der joviale Mann mit dem populären Spitznamen galt als unverwundbar. Nun, was andere nicht fertigbrachten, hat er selbst geschafft: sich unmöglich zu machen."
Kaum kompensiert wurde der Verlust des Ministeramtes durch seine Wahl zum CSU-Bezirksvorsitzenden Münchens im Jahre 1952. Dieses Amt behielt Müller bis 1960. Am 27. März 1960 kandidierte er bei der Münchner Oberbürgermeisterwahl für die CSU und unterlag gegen den jungen Hans-Jochen Vogel (SPD). Er erzielte lediglich 22% der Stimmen. Danach zog sich Müller aus der Politik zurück und arbeitete wieder als Anwalt. Er starb am 12. September 1979 in München.

IV

Führt man die Betrachtung der politischen Programmatik Müllers über den Kern der dynamischen interkonfessionellen Partei hinaus, so steht man sofort vor einer dichten Nebelwand von Formulierungen, die nicht von ihm, sondern von seinen innerparteilichen Gegnern über ihn in Umlauf gesetzt worden sind.
Da sind zum einen Aussagen, die ihn wegen seiner reichsfreundlichen Intitiativen als Zentralisten bezeichnen. Müller trat jedoch eindeutig für einen föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik und einen Bundesrat ebenso ein, wie er sich für einen föderal gegliederten Aufbau der Union einsetzte. Das von ihm in den Erinnerungen reklamierte Verdienst am Zustandekommen des Bundesrates ist

allerdings eine Übertreibung. Daß Unwahrheiten dieser Art über seine politischen Ansichten verbreitet werden konnten, lag daran, daß er sich programmatisch kaum äußerte. Dies wiederum war kein Versäumnis, vielmehr hatte Müller auf der Bamberger Tagung der CSU 1946 die Vermeidung vorschneller programmatischer Festlegung zum Programm erhoben. Viel wichtiger war für ihn in Abgrenzung zur starren BVP, daß die CSU sich beweglich und dynamisch zeigte. Mit dieser Vernachlässigung, Themen zu besetzen und mit seiner Person zu verknüpfen, schuf er allerdings auf vielen Feldern die Voraussetzung dafür, daß seine innerparteilichen Gegner zweifelhafte Formulierungen über ihn mit großem Erfolg verbreiten konnten. Dies ging soweit, daß auch der Berater General Clays James K. Pollock nach einer Reise durch die US-Zone im Februar 1947 in seinen Aufzeichnungen festhielt, er habe nur einen einflußreichen deutschen Politiker getroffen, den er als Zentralisten charakterisieren würde, Josef Müller.

Eine persönliche Nähe zum CDU-Vorsitzenden Berlins und der sowjetisch besetzten Zone, Jakob Kaiser, führte Müller häufiger zu CDU-Versammlungen nach Berlin. In seinen Reden berücksichtigte Müller immer den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands und bekannte sich ausdrücklich zur gesamtdeutschen Verantwortung. Damit unterschied er sich deutlich von den übrigen Spitzenpolitikern der CSU, deren Politik sich an der Entwicklung in den Westzonen orientierte. Erich Kuby schrieb 1950: "Als den deutschen Politiker hat man ihn eine Zeit lang eingeschätzt. Bei der Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone ist er in viel höherem Maße persona grata als Kurt Schumacher, der sich diese Rolle nur einbildet. Manche Deutsche sahen in ihm ihren künftigen Außenminister." Müller erklärte jedoch 1946 auch, daß Berlin nie wieder das Zentrum eines neuen Deutschland sein könne, sondern dieses im Rhein-Main-Raum liegen müsse. Damit verband sich auch eine Hoffnung, das ihm aus der Schulzeit lieb gewordene Bamberg ins Spiel zu bringen.

Noch gravierender tritt seine Nachlässigkeit in der Wahl der Formulierungen in einem anderen Zusammenhang zu Tage. Müller erzählte gerne, daß er bei seinen Reisen nach Berlin auch Gespräche mit hochrangigen Vertretern der russischen Besatzungsmacht führe, ließ jedoch nichts Konkretes über die Gesprächsinhalte verlauten. Kolportiert wurde vielmehr der enorme Alkoholkonsum bei diesen Unterredungen. Gravierender jedoch war, daß seine nebulösen Angaben zu den Gesprächen in Karlshorst, Müller hatte mit einem Neffen Molotows im KZ gesessen, ihm den Ruf einbrachten,

dem Kommunismus nicht klar und scharf genug ablehnend gegenüberzustehen. Dafür sorgte vor allem Hundhammer. Dabei überschätzten Müller und die ihn kritisierenden Politiker seine Einflußmöglichkeiten bei weitem oder übertrieben sie absichtlich.
Genauso wie Müller sich bester Kontakte nach Karlshorst rühmte, so gab er vor, bei der amerikanischen Militärregierung ein und aus zu gehen. Sicher besaß er anfangs eine Vertrauensstellung, die allerdings bei einer großen Zahl von Militärregierungsoffizieren rasch schwand. Für die sich dann durchsetzende Haltung zumindest bei der bayerischen Militärregierung ist jedoch eher die Wendung in einem Bericht symptomatisch, in dem es über ihn in einem Atemzug mit dem demagogischen Vorsitzenden der damals erfolgreichen WAV Alfred Loritz hieß: "His real opinions and his sincere affiliations are also as much of a mystery as those of Müller." Müller stellte für sie einen unkalkulierbaren Faktor dar; man hielt ihn für einen Opportunisten. Hohe Offiziere der Militärregierung verfolgten nachweislich vor der Wahl des Ministerpräsidenten im Dezember 1946 das Ziel, die Wahl Müllers zu verhindern und ihn als Vorsitzenden der CSU abzusetzen.
Wenn heute die bewegte Frühgeschichte der bayerischen Schwesterpartei der CDU betrachtet wird, verkörpert Josef Müller den Antipoden zum BVP-Erbteil der CSU, für das Hundhammer, Schäffer oder Pfeiffer stehen. Müller hingegen ist Synonym für alles Moderne und Zukunftsweisende in der Partei. Symptomatisch für diese Sicht ist der Wandel im Urteil des langjährigen Staatsministers und bayerischen Landtagspräsidenten Franz Heubl. 1946 hatte er Müller noch als eine "typische Schieberfigur" bezeichnet. Aus der Rückschau des Jubiläumsjahres 1995 beschrieb er ihn als die dominierende, eine neue geistige und politische Weite repräsentierende Gründerfigur der Union.
Diese verklärende Sicht verstellt jedoch den Blick. Müller hatte zweifellos einen Hang zum Taktieren und konnte seinen konspirativen Habitus nie ablegen. Seine innerparteilichen Gegner bekämpften ihn mit aller Härte; er hielt dagegen und war so stets in persönliche Auseinandersetzungen verstrickt. So entsteht von ihm das Bild eines ewig polarisierenden und wenig gestaltenden Politikers. Er glich in vielem - so die Beschreibung eines hohen bayerischen Ministerialbeamten - Homers Odysseus, dem "polytropos anaer", einem vielgewandten Mann. Hinzu kommt, daß Josef Müller zwar über politische Vorstellungen verfügte, jedoch nicht über das Talent und die Zähigkeit, sie auch umzusetzen.

Joseph Kardinal Höffner (1906-1987)

Als Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler am 13. Juli 1877 starb, schrieb die "Frankfurter Zeitung", die nach Johannes Mumbauer "zu den intimsten Gegnern des Heimgegangenen" zählte: "Die Ecclesia militans steht an der Bahre eines ihrer Führer, dessen Verlust sie nicht leicht verschmerzen, für den sie sich lange vergeblich nach Ersatz umsehen wird ... Wenige Kirchenfürsten hat Deutschland gehabt, die sich gleich diesem Sproß eines westfälischen Adelsgeschlechtes im Wissen und praktischer Tätigkeit hervorgetan haben". - Als 110 Jahre später, am 16. Oktober 1987, Joseph Kardinal Höffner heimgerufen wurde, war das öffentliche Echo durchaus vergleichbar. Gerhard Appeltauer z.B. begann seine Gedenksendung im Deutschlandfunk mit dem Satz: "Die Bedeutung großer Persönlichkeiten der Zeitgeschichte läßt sich an jener nicht mehr zu ersetzenden Lücke messen, die sie mit ihrem Tod hinterlassen. Ihr Abtreten beschließt einen unwiederbringlichen Geschichtsabschnitt". Der "SPIEGEL", zwischen Respekt und Häme schwankend, meinte einerseits, der Kardinal habe "mit seinem sturen Festhalten am Überlieferten" seine Kirche "ins gesellschaftliche Abseits" manövriert, mußte andererseits aber feststellen, der "Westerwälder Bauernsohn" sei "gesellschaftspolitisch keineswegs ein Hinterwäldler" gewesen, er habe vielmehr "schon früh für Mitbestimmung der Arbeitnehmer und die Beteiligung der Arbeiter an der Kapitalbildung" geworben, sich für die "Anpassung der Renten an die volkswirtschaftliche Entwicklung und einen Familienlastenausgleich für Kinderreiche" eingesetzt und "Wohnungseigentum für jedermann und so hohe Reallöhne" gefordert, daß "auch weniger Verdienende noch davon sparen könnten". Seine Schriften hätten eine Auflage von 2,8 Millionen Exemplaren erreicht und seien in 12 Sprachen übersetzt worden. Im übrigen: "Des Kardinals Amtsführung verlief dank seines geradlinigen und bescheidenen Charakters ohne Affären - ein Leben, gut für eine typisch katholische Heiligenbiographie". Kurzum: "Ein Bollwerk ist gefallen."

I

Joseph Höffner wurde am 24. Dezember 1906 in Horhausen (Westerwald) in einer Bauernfamilie geboren. Ihm folgten fünf Schwestern. Mit neun Jahren verlor er seine Mutter. In zweiter Ehe wurden seinem Vater noch zwei Söhne geboren. Von 1919 bis 1922 besuchte er, von seinem Heimatpfarrer für die Aufnahmeprüfung in die "Quarta" vorbereitet, das nahegelegene Kaiser-Wilhelm-Gymnasium in Montabaur, dann wechselte er an das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium nach Trier, wo er 1926 die Reifeprüfung ablegte. Noch im gleichen Jahr wurde der angehende Theologiestudent von seinem Bischof nach Rom an die Päpstliche Universität Gregoriana geschickt, wo er zunächst 1929 zum Doktor der Philosophie promoviert wurde, 1931 das Baccalaureat im Kirchenrecht erwarb und 1934 mit einer Arbeit über "Soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe. Versuch einer Bestimmung ihres Wesens" den theologischen Doktorgrad erlangte. Zuvor hatte er am 30. Oktober 1932 in Rom die Priesterweihe empfangen. An das römische theologische Doktorat schloß sich von 1934 bis 1937 eine Kaplanstätigkeit in Saarbrücken an, während der sich Joseph Höffner in seiner Freizeit auf ein zweites theologisches Doktorat vorbereitete, das er 1939 an der Universität Freiburg im Breisgau vollenden konnte. Die Arbeit mit dem Titel "Bauer und Kirche im deutschen Mittelalter" wurde als Veröffentlichung der Sektion für Rechts- und Staatswissenschaften der Görres-Gesellschaft publiziert.
Gleichzeitig hatte Joseph Höffner an der Universität Freiburg mit dem Studium der Volkswirtschaftslehre begonnen, das er 1939 als Diplomvolkswirt abschloß. Ein Jahr später folgte die bei Walter Eucken angefertigte wirtschaftswissenschaftliche Dissertation mit dem Thema "Wirtschaftsethik und Monopole im 15. und 16. Jahrhundert". Die 1941 veröffentlichte Arbeit wurde 1969 von der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft nachgedruckt. Am 21. Juni 1944 wurde Höffner, ebenfalls in Freiburg, für das Fach Moraltheologie habilitiert. Die Arbeit "Christentum und Menschenwürde. Das Anliegen der spanischen Kolonialethik im Goldenen Zeitalter" wurde 1947 erstmals veröffentlicht. Sie erschien in einer zweiten, verbesserten Auflage unter dem Titel "Kolonialismus und Evangelium. Spanische Kolonialethik im Goldenen Zeitalter" 1969, wurde in die spanische und portugiesische Sprache übersetzt und in Lateinamerika weit verbreitet. Neben diesen in fast atemberaubender Geschwindigkeit erstellten wissenschaftlichen Arbeiten war Joseph Höffner von 1939 bis 1943 als Pfarrer der Gemeinde St. Bartholo-

mäus in Kail an der Mosel und von 1943 bis 1945 als Stadtpfarrer der neu gegründeten Arbeiterpfarrei Heiligkreuz in Trier tätig. 1945 wurde er als Professor für Pastoraltheologie und Christliche Soziallehre an das Priesterseminar in Trier berufen. 1951 erfolgte seine Ernennung zum ordentlichen Professor für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Münster in Westfalen. Im gleichen Jahr gründete er dort das "Institut für christliche Sozialwissenschaften" und 1960 das entsprechende "Jahrbuch", das bis heute das einzige seiner Art darstellt.

1962, in dem Jahr, in dem Joseph Höffner mit seinem überaus nachgefragten Lehrbuch "Christliche Gesellschaftslehre" eine erste systematische Bilanz seines bisherigen Forschens und Lehrens vorlegte, wurde er zum Bischof von Münster (9. Juli) berufen und geweiht (14. September). Damit begann der zweite große Abschnitt seines Lebens, der aber mit dem vorausgehenden eng verbunden blieb. Am Anfang seines bischöflichen Wirkens stand die Teilnahme am Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965), auf das er nicht nur als Mitglied der Kommission für "Erziehung und Bildung" Einfluß nahm. Vor allem die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, insbesondere deren "Wirtschaftskapitel", verdankt viel seinen Beiträgen. 1968 wurde der Bischof von Münster zum Erzbischof-Koadjutor von Josef Kardinal Frings nach Köln berufen, wo er am 24. Februar 1969 das Amt des Erzbischofs übernahm und kurz danach ins Kardinalskollegium aufgenommen wurde. Am 22. September 1976 wählte ihn die Deutsche Bischofskonferenz als Nachfolger von Julius Kardinal Döpfner zu ihrem Vorsitzenden, dem sich 1982 die Wiederwahl für weitere sechs Jahre anschloß. Sein zunehmendes weltkirchliches Gewicht zeigt sich u.a. durch die Teilnahme an insgesamt fünf römischen Bischofssynoden. Sein wachsendes Ansehen als Fachmann der Katholischen Soziallehre mit einem besonderen Schwerpunkt in wirtschaftsethischen Fragen schlug sich in einer Reihe von Ernennungen zum Ehrendoktor nieder: der Sophia-Universität in Tokyo (rer. pol.) 1973, der Päpstlichen St. Thomas-Universität in Manila (in the humanities) 1978, der katholischen Fu-Jen-Universität in Taipeh (rer. econ.) 1979, der Ateneo de Manila University (literarum human.) 1983, der Universidad Panamericana in Mexico-City (rer. econ.) 1986 und schließlich der De la Salle-University in Manila (of Management of Social Services) 1986.

Joseph Höffner erhielt 1981 das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und 1982 das Großkreuz des Verdienstordens der italienischen Republik. 1975 wurde er zum

Joseph Kardinal Höffner (1906 – 1987)

änderungen, die über das streng rechtlich Geforderte hinausgehen, sind nur möglich, wenn unter den Staatsbürgern die sittliche Tugend der "sozialen Liebe" besteht. Sie "sieht das Gemeinsame, das Verbundensein aller Bürger, Stände, Berufe und Klassen in einem Staat und Vaterland. Wesentlich ist bei ihr das Wohlwollen, die bejahende Wertschätzung der staatlichen Gemeinschaft und aller Bürger".

Wie "modern" diese 1934 formulierte Erkenntnis Höffners ist, zeigen die gegenwärtigen Bemühungen, jenseits aller "gesetzlichen" Vorgegebenheiten die Probleme der Arbeitslosigkeit und des nicht mehr wie bisher finanzierbaren Sozialstaats zu lösen. Das "Beharren auf dem Rechtsstandpunkt" allein führt nicht weiter, weil die Rechtsordnung "ohne die Krönung durch die soziale Liebe" nicht handhabbar ist. - Höffner hat in seiner römischen Dissertation eine Wahrheit ausgesprochen, deren ganze Tragweite uns erst heute voll bewußt wird. Der moderne Staat ist kein soziotechnischer Automat mit einem "jenseits von Gut und Böse" funktionierenden legalen Regelwerk, sondern er setzt den sittlich handelnden Staatsbürger und eine entprechend geprägte "Civil Society" voraus. Es gibt keine Demokratie ohne Werte. Die den Grundwerten einer Gesellschaft entsprechenden politischen Institutionen können nur entstehen und weiterentwickelt werden, wenn die Staatsbürger diese Werte und Institutionen aus sittlichen Motiven bejahen und die entsprechenden Tugenden praktizieren. Mit Höffner auf den Punkt gebracht, heißt dies: "Soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe sind die beiden Haupttugenden des staatlichen Gemeinschaftslebens" (101). Unter "sozialer Liebe" ist dabei nicht die "göttliche Tugend der Caritas" zu verstehen, sondern eine "sittliche Tugend", die also mit Hilfe der natürlichen Vernunft in ihrer Notwendigkeit und Grundrichtung erkannt werden kann. So wichtig für Höffner die "göttliche Tugend der Liebe" als theologische Tugend ist, zur "christlichen Heilsbotschaft" gehört gegenüber einem "weit verbreiteten Supranaturalismus" die Überzeugung, "daß es auch nach dem Sündenfall eine in der gesellschaftlichen Veranlagung des Menschen grundgelegte, d.h. gottgewollte Ordnung des menschlichen Zusammenlebens gibt. Gott hat den gefallenen Äon nicht seinem Widersacher überlassen" (Die christliche Heilsbotschaft - Richtmaß des Sozialen, 37). Daß die Soziallehre der Kirche nicht ohne Berücksichtigung des natürlichen Sittengesetzes und des damit verbundenen "Naturrechts" formuliert werden kann, hat Höffner sowohl gegenüber der "Politischen Theologie" wie auch gegenüber der Befreiungstheologie stets betont. "Richtig verstanden ist die Theologie

der Befreiung ein Teil der Soziallehre der Kirche. Sie ist nicht mit ihr identisch; denn die Soziallehre der Kirche ist umfassender. Sie handelt nicht nur von der Überwindung der Unfreiheit in der Gesellschaft, sondern von den Ordnungsprinzipien des gesellschaftlichen Lebens (Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl) und vom Ordnungsgefüge der Gesellschaft (Ehe und Familie, Arbeit und Beruf, Wirtschaft, Staat, Völkergemeinschaft)" (Soziallehre der Kirche oder Theologie der Befreiung?, 31).

III

Das wissenschaftliche Lebenswerk Joseph Höffners zeichnet sich nicht nur durch eine außergewöhnliche Quantität von Veröffentlichungen aus, sondern vor allem durch die methodologische Qualität seines Ansatzes. Darin liegt auch die Breite seiner Wirksamkeit sowohl innerhalb der Kirche wie bei außerkirchlichen wissenschaftlichen Gesprächskreisen und Gremien begründet. Joseph Höffner war in einer Person Historiker und Systematiker, Theologe und Nationalökonom, Grundlagenforscher und "Popularisator". Diese Kombination von Fähigkeiten liegt zunächst in der Breite und Tiefe seiner wissenschaftlichen Ausbildung und seiner offensichtlichen Forscherfreude begründet. In seinen römischen Studienjahren (1926-1934) lenkte sein moraltheologischer Lehrer an der Gregoriana, der Jesuit Arthur Vermeersch, die Aufmerksamkeit seines Schülers auf bestimmte moraltheologische Autoren der norditalienischen und spanischen Spätscholastik des 15. und 16. Jahrhunderts, bei denen sich erstmals der Ansatz einer neuzeitlichen Bedingungen genügenden Sozialethik findet. Höffner entdeckt dabei, daß sich bei diesen Autoren jene Verbindung von theologisch-philosophischer Anthropologie und empirischer Beobachtung der humanen Wirklichkeit bzw. des menschlichen Sozialverhaltens findet, die für das neuzeitliche Wissenschaftsverständnis unverzichtbar wird. So kommen z.B. die norditalienischen Moraltheologen Bernardin von Siena (+ 1444) und Antonin von Florenz (+1459) aufgrund einer genauen Analyse der damaligen Geldwirtschaft zu einer Überwindung des pauschalen Zinsverbotes und einer ökonomisch wie ethisch gleichermaßen überzeugenden Kriteriologie der Erlaubtheit des Zinses. Die spanischen Scholastiker Dominikus Bañez und Johannes de Lugo entwickeln aus einer genauen Beobachtung des Marktgeschehens eine Lehre des "gerechten Preises", d.h. sie lehnen sowohl Monopole wie hoheitliche Preisfestsetzungen ab

mit dem Ergebnis, daß unter bestimmten Bedingungen der "Marktpreis" dem Postulat der Gerechtigkeit am nächsten kommt. Anders gesprochen: Diesen Theologen gelingt erstmals der Durchbruch von der reinen Tugendethik zur Idee des Ordnungsdenkens.
Man kann sich gut vorstellen, daß gerade diese Entdeckung bei Walter Eucken, dem Begründer der "Freiburger Schule" und wirtschaftswissenschaftlichen Lehrer Joseph Höffners, auf große Aufmerksamkeit stieß. Dies ist der biographische und wissenschaftsgeschichtliche Hintergrund, der zu Höffners Freiburger wirtschaftswissenschaftlicher Dissertation "Wirtschaftsethik und Monopole im 15. und 16. Jahrhundert" führt, ein Thema, das Höffner zeitlebens beschäftigt. Er widmet sich ihm noch in seinem vorletzten "Eröffnungsreferat" bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, dessen "Schlüsselsatz" lautet: "Die Geschichte lehrt, daß Freiheit und Würde des Menschen weithin vom Ordnungssystem der Wirtschaft abhängen" (Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik. Richtlinien der Katholischen Soziallehre, 5). Als Ergebnis kann man festhalten: Joseph Höffner entdeckt durch seine historisch-systematischen Untersuchungen eine geistige Verbindungslinie zwischen den frühen Ansätzen eines "Ordo-Denkens" in der Spätscholastik und der Ordnungstheorie des Freiburger Kreises um Walter Eucken.
Eine zweite, für den "christlichen Sozialwissenschaftler" Höffner wichtige Einsicht findet sich in seiner von Theodor Müncker betreuten Freiburger moraltheologischen Habilitationsschrift (1944): Er entdeckt bei der spanischen Spätscholastik, insbesondere bei Francisco de Vitoria (+ 1546), in deren Auseinandersetzung mit der spanischen Kolonialpolitik die Grundlagen der modernen Völkerrechtswissenchaft. Das auf der Basis des "Ius gentium" formulierte Recht beinhaltet eine auch durch empirisch-rationale Grundlegung und nicht bloß eine aus metaphysischen anthropologischen Prämissen deduzierte Ableitung der Menschenwürde und der Menschenrechte. Höffner kommt zu der vielleicht überraschenden Feststellung: "Die kolonialethischen Normen, die von den Scholastikern aus dem Naturrecht und aus dem Ius gentium abgeleitet werden, können der Kritik standhalten. Man wird dasselbe nicht in allen Stücken von den Grundsätzen behaupten können, die von der christlichen Offenbarung aus aufgestellt worden sind. Dieser Fragenbereich ist von der bisherigen Literatur zu wenig beachtet worden" (Christentum und Menschenwürde, 303). Damit entdeckt Höffner in der spanischen Spätscholastik des "Goldenen Zeitalters" ein wichtiges "Zwischenglied" zwischen der thomasischen Natur-

rechtsphilosophie und dem "rationalistischen" Naturrechtsverständnis der Aufklärung, wie dies sein ihm "nächster" Münsteraner Schüler und Lehrstuhlnachfolger Wilhelm Weber ausgedrückt hat.
Wenig bekannt und beachtet ist Höffners zweite theologische Dissertation "Bauer und Kirche im deutschen Mittelalter", mit der er 1939 in Freiburg im Breisgau promoviert wurde. Sie enthält in ihren methodologischen Bemerkungen in fast verblüffender Weise jenes Verständnis des Kirche-Welt-Verhältnisses und der entsprechenden wissenschaftlichen Gestalt der Katholischen Soziallehre, wie sie die Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils in das allgemeine Bewußtsein der Kirche gehoben hat. Er kommt dabei zu der Feststellung, "daß die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse an erster Stelle eine weltliche, nicht eine kirchliche Aufgabe ist. Soziologie ist keine angewandte Dogmatik." Die Kirche Christi habe nicht die Sendung, "in gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen die Führung zu übernehmen", denn Staat, Gesellschaft und Wirtschaft seien "in sich eigengesetzlich". Dies heiße "freilich nicht Ungebundenheit. Alle menschlichen Verhältnisse unterstehen dem Willen des durch die Menschennatur und durch die übernatürliche Offenbarung zu uns sprechenden Gottes" (119 f.). In einer Anmerkung wendet sich Höffner ausdrücklich gegen den "Irrtum" bestimmter katholischer Romantiker (Karl von Vogelsang, Anton Orel), die die mittelalterliche "ständische" Gesellschaftsordnung als spezifisch "katholisch" hingestellt hätten (122). Der Begriff "christliche" Gesellschaftsordnung wird immer in Anführungszeichen gesetzt. Höffner weist auf die "Zeitgebundenheit gesellschaftlicher Strukturen" hin und sieht ihre konkrete Gestaltung im Licht christlicher Überzeugung als eine Sache an, die nicht die "kirchliche Hierarchie" zu besorgen hätte, sondern die "vom christlichen Geiste" erfüllten "Laien". So könnte dann "eine Ordnung entstehen, die den christlichen Auffassungen über Menschenwürde, Ehe und Familie, Gerechtigkeit und Liebe, Freiheit der Kirche und dgl. entsprechen würde." Höffner fügt jedoch sofort hinzu: "Auch wenn es eine solche - christliche - Ordnung gäbe, wäre sie nicht die einzig mögliche christliche Lösung. Anders geartete gesellschaftliche Strukturen ließen sich denken, die in gleicher Weise mit den Forderungen des Christentums im Einklang wären" (123). "Meistens" wird die Kirche sogar in Sozialordnungen wirken müssen, "die nur zum Teil oder überhaupt nicht vom christlichen Geiste gestaltet wurden" (123). Ihnen gegenüber sei jedoch nicht "Resignation" angesagt, sondern eine "sozialethische Mission der Kirche", die sich auf "die geradezu umwälzende sozialethische

Wirkung der Lehre von Wesen und Wert des Menschen" (121) stütze. Diese Mission der Kirche würde "lahmgelegt", wenn man entweder, wie etwa "unter dem Einfluß der Philosophie Martin Heideggers ... die Wesensbestimmung des Menschen für unmöglich erklärt" (121), oder in einer reinen Diesseitigkeit vergesse, "daß nur in der Einheit mit Gott die wahre Größe und das Glück des Menschen liegt" (124). In seiner "Christlichen Gesellschaftslehre" unterstreicht Höffner diese Aussage mit der Feststellung: "In der modernen Gesellschaft ist die Kirche nur so weit gegenwärtig und wirksam, als das Zeugnis der Christen reicht...Fehlt dieses Zeugnis, so wird die Kirche den geistigen Raum der Gesellschaft nicht mehr füllen ... Fehlende Glaubenssubstanz kann durch staatliche Privilegien nicht subsidiär ersetzt werden" (292).
Mit diesen Hinweisen wird deutlich, daß die Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils über das Kirche-Welt-Verhältnis und die entsprechende Gestalt der kirchlichen Sozialverkündigung keineswegs "vom Himmel gefallen" sind, sondern von Höffner und anderen (er erwähnt auch Gustav Gundlach) in erheblichem Ausmaß "vorgedacht" waren. Ebenso wird in der Freiburger theologischen Dissertation Höffners sein ausgeprägt soziologisches Interesse sichtbar, das er später als Professor und Bischof weiter ausgebaut und vielfach angewandt hat. In einer gesellschaftlich für die Kirche und ihre Seelsorge zunehmend schwieriger werdenden Situation entwickelte Höffner immer stärker seine Fähigkeit, durch genaue soziologische Analysen pauschale Urteile zu vermeiden und sowohl Hindernisse wie Chancen der kirchlichen Pastoral und Sozialverkündigung differenziert herauszuarbeiten.

IV

Es ist eine historisch schon öfter beschriebene Tatsache, daß die in einer Persönlichkeit angelegten bzw. im Laufe eines Lebens erworbenen Fähigkeiten dann voll entfaltet werden können, wenn geschichtlich besonders günstige Umstände dafür hinzukommen. Eine solche Konstellation war gegeben, als Joseph Höffner 1951 auf den ältesten Lehrstuhl für "Christliche Sozialwissenschaften" nach Münster berufen wurde. Der neue Lehrstuhlinhaber war nicht nur wissenschaftlich wie damals wohl kein anderer befähigt, diese anspruchsvolle Aufgabe wahrzunehmen. Das nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft entstandene geistige Vakuum und die Chance des damit gegebenen neuen Anfangs wurden von Höff-

ner als gottgegebene Aufgabe und Herausforderung angesehen, sich mit allen verfügbaren Kräften zur Verfügung zu stellen, um den Dienst der Kirche an einer neuen gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland wirksam einzubringen. Dies war für ihn auch deshalb selbstverständlich, weil er seine wissenschaftliche Tätigkeit stets als dienende Aufgabe an Gottes Welt und der Kirche Jesu Christi begriff. Er war darin Franz Hitze nicht unähnlich, der 1893 zum ersten Inhaber der neugeschaffenen außerordentlichen Professur für Christliche Sozialwissenschaften berufen worden war. Franz Hitze war zugleich Reichstagsabgeordneter und der führende Sozialpolitiker des Zentrums im Kaiserreich. Für solche direkten politischen Mandate kirchlicher Amtsträger war 1945 die Zeit vorbei. Aufgrund des im vorausgehenden Abschnitt von Höffner selbst Gesagten wäre dies auch methodisch nicht in seinem Sinne gewesen. Indirekt aber hat der neue Münsteraner Lehrstuhlinhaber den geistigen Wiederaufbau Deutschlands, insbesondere im Bereich der Gesellschaftspolitik, nachhaltig beeinflußt. Bereits während seiner Tätigkeit als Professor der Pastoraltheologie und der Christlichen Soziallehre am Priesterseminar (Philosophisch-Theologische Fakultät) in Trier war er, wie auch die Liste seiner Veröffentlichungen ausweist, richtunggebend im Breich der wiedererstandenen Katholischen Verbände tätig. Das veranlaßte den Kölner Erzbischof Josef Kardinal Frings, den damals noch jungen Professor als "Geistlichen Berater" für den neugegründeten Bund Katholischer Unternehmer (BKU) zu empfehlen - eine Aufgabe, der Höffner bis zu seiner Ernennung zum Bischof von Münster (1962) unermüdlich nachkam, ohne dabei die Bildungsarbeit in anderen kirchlichen Sozialverbänden und Gruppierungen zu vernachlässigen.

Noch umfangreichere Wirkmöglichkeiten eröffnete die Berufung auf den Lehrstuhl für Christliche Sozialwissenschaften in Münster. Kennzeichnend dafür wurde die von ihm überzeugend wahrgenommene Möglichkeit, in der dortigen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät mit Lehrverpflichtungen und Prüfungsrechten einen eigenständigen Beitrag zu leisten. Von solcher gelungenen "Zweigleisigkeit" des Angebots profitierte eine große Anzahl von Diplomanden und Doktoranden. Nicht zuletzt dankten ihm dies jene Mitarbeiter, die später selber auf Ordinariate in Theologischen Fakultäten berufen wurden: Franz Klüber (Regensburg), Rudolf Henning (Freiburg i.Br.), Wilhelm Weber (Münster i.W.), Wilhelm Dreier (Würzburg) und Anton Rauscher (Augsburg). Daß Joseph Höffners Grundsatztreue sich durchaus mit einer "offenen" Katholizität verband, beweist neben den eben Genannten, die schon damals unter-

schiedliche Akzente zu setzen wußten, eine Auflistung der von ihm geförderten Studierenden, die seither in Staat, Kirche und Gesellschaft sich auf je ihre Weise dem Gemeinwohl verpflichtet sahen und sehen. Stellvertretend für die vielen seien genannt: Paul Adenauer, Werner Böckenförde, Marita Estor, Ludwig Freibüter, Friedrich Kronenberg, Bruno Molitor, Alois Oberhauser, Helmut Patt, Werner Remmers, Alexander Senftle, Wigand Siebel, Heinrich Sudmann, Rainer Specht, Marie-Theres Starke, Alfons Weyand und Hildegard Wiegmann.

Um auch dem eher Privaten Raum zu geben: Joseph Höffner war nie ein Freund kumpelhaften Umgangs, schätzte es aber durchaus, daß die ihm eigene Menschenfreundlichkeit über den Arbeitsplatz hinaus Bedeutung behielt und erwidert wurde. In Münster hatte er in dem von seiner Schwester Maria Höffner aufmerksam betreuten Haus immer wieder jüngere und ältere "Semester" zu Gast, wie denn auch der Kardinal in Köln für seine Ehemaligen unausgesprochen der "Vater Joseph" blieb, der bei gelegentlichen Treffen annähernd vierzig Gäste um sich versammelte. Selbst abstinent lebend (dies ging auf einen Entschluß aus seiner Kaplanszeit in Saarbrücken zurück, wo er eine Gruppe von Alkoholikern seelsorglich zu betreuen hatte und sich auf diese Weise mit ihnen "solidarisierte"), gehörten die Weine von Mosel und Saar zu den selbstverständlichen Begleitern eines Gesprächs, bei dem der Gastgeber jeweils zu Anfang eine ihm wichtige Frage, etwa die nach dem eigenen "Schwenk" in der Beurteilung der friedlichen Nutzung der Kernenergie, zur Diskussion stellte. Erwünschte Meinungsvielfalt trübte da das Einvernehmen nicht, im Gegenteil: Der Meister war - so hat es Rudolf Henning formuliert - ohnehin "liebenswürdig dominierend" dabei. Er blieb der Lehrer und Freund, dem es schon in Münster nicht darauf ankam, im strengen Sinne eine "Schule" zu begründen.

Für Höffner war der Weg vom gesprochenen zum geschriebenen Wort und umgekehrt nicht lang, wobei dem Professor beides genehm war, das Sitzen am Schreibtisch und der Gang in die Sitzung; letzteres nicht selten zeitbedrängt und in so diffizilen Positionen wie der als Leiter des Sozialreferats im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken und als ein geschätztes Mitglied im Gründungsausschuß der Ruhruniversität Bochum. Ein Fazit: Nicht allein mit Joseph Höffner, aber ganz gewiß nicht ohne ihn war damals die "Christliche Sozialwissenschaft" in Deutschland und darüber hinaus besonders gefragt und präsent. Hinweise darauf gibt es auch sonst, so mit Höffners Berufung in die Wissenschaftlichen Beiräte bei den

Bundesministerien für Familien- und Jugendfragen, für Wohnungsbau und für Arbeit und Sozialordnung. Seine zunehmende wissenschaftliche Reputation führte zu seiner Mitgliedschaft in der "Union Internationale des Etudes sociales" in Brüssel und der "Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften". In dem dort gehaltenen Nachruf (Jahrbuch 1988) faßt Ernst Dassmann gerade die politisch-praktische Relevanz von Höffners Wirksamkeit in der deutschen Nachkriegsgeschichte treffend mit den Worten zusammen: "Technischer Fortschritt und Heil, ethische Probleme der Automation, Freizeit, Eigentumsverteilung als Ziel der Sozialpolitik, Familienlastenausgleich, Probleme der Altersversorgung bilden eine Auswahl aus den Themen, die damals in den Jahren stürmischen Aufbaus und Wachstums der Lösung harrten. Höffner gilt als einer der Väter der dynamischen Rente" (42). Letzteres geschah über eine Bundeskanzler Adenauer 1955 erstatteten Denkschrift zur "Neuordnung der sozialen Leistungen", die Joseph Höffner zusammen mit Hans Achinger, Hans Muthesius und Ludwig Neundörfer (sog. "vier -Professoren-Gutachten") vorgelegt hatte.

Zusammenfassend und ohne Johannes Messner (Wien) und andere zu vergessen, darf man sagen: Mit den Jesuiten Gustav Gundlach und Oswald von Nell-Breuning, die bereits vor ihm unterschiedlich der gemeinsamen Sache dienten und sich bei privater Anspruchslosigkeit "einen Namen machten", der sie z.B. einen erheblichen Einfluß auf die Sozialenzyklika "Quadragesimo anno" (1931) nehmen ließ (diese wurde weitgehend im sog. Königswinterer Kreis vorbereitet), kommt Joseph Höffner das Verdienst zu, daß auf die sozialethisch ausstehenden Fragen Antworten gesucht und und gegeben wurden, die bis heute "gesellschaftsfähig" sind. Seinem Einfluß ist es im besonderen zu verdanken, daß in der Nachkriegszeit an nahezu allen deutschen Katholisch-Theologischen Fakultäten Lehrstühle und Institute seines Faches zum Zuge kamen. Bis dahin gab es außer der Einrichtung in Münster nur das 1921 in Bonn errichtete Ordinariat. Seither sollte, wenn es z.B. um Sparmaßnahmen an staatlichen Theologischen Fakultäten geht, nicht ausgerechnet von kirchlicher (bischöflicher) Seite mit dem in der Sache längst überholten Argument diskutiert werden, das Fach "Christliche Gesellschaftslehre" könne etwa von der Moraltheologie "mitbetreut" werden.

Wesentlich für das öffentliche Ansehen Höffners und die Fruchtbarkeit seiner Tätigkeit und des von ihm vertretenen Verständnisses der Soziallehre der Kirche wurde, wie schon betont, sein interdisziplinärer Ansatz. "Ich als Volkswirt", das war eine in seinen Vorle-

sungen und Seminaren öfters zu hörende Redewendung. Da er zudem über grundlegende soziologische Kenntnisse verfügte und sich auch in der Rechts- und Staatswissenschaft gut auskannte, zugleich aber ebenso sicher sowohl die sozialgeschichtlichen wie die philosophischen und theologischen Dimensionen seines Faches beherrschte, wird deutlich, worin die Ursachen nicht nur für die immense Vielfalt seiner Veröffentlichungen, sondern auch für seine eminente praktische Fruchtbarkeit lag. "Zwischen dem 'Ordoliberalismus' der Freiburger Schule seines Lehrers Walter Eucken und der Katholische Soziallehre suchte er zu vermitteln, dabei sorgfältig darauf bedacht, die Eigengesetzlichkeit wirtschaftswissenschaftlicher Sachverhalte zu beachten und sie nicht vorschnell mit offenbarungstheologischen Inhalten zu vermengen" (E. Dassmann).

V

An der Fakultät in Münster stand, was Verhandlungsgeschick und Begabung für inner- wie außeruniversitäre Einflußnahme angeht, Joseph Höffner mit seinem Kollegen Bernhard Kötting in der ersten Reihe - immer klug und beharrlich, nötigenfalls mit "sanfter Sturheit" (R. Henning). Doch wußte sich Höffner zuallererst seinen Studenten und Doktoranden verpflichtet. Vor allem für sie, aber auch für die Multiplikatoren in den katholischen Verbänden und Bildungseinrichtungen, schrieb er sein Lehrbuch "Christliche Gesellschaftslehre". Es ist in seiner Art und auch hinsichtlich seines Erfolgs einzigartig. In gut zwanzig Jahren erlebte es bis 1983 acht z.T. erweiterte Auflagen und sechs fremdsprachliche Übersetzungen (1964 Englisch und Spanisch; 1967 Japanisch; 1970 Portugiesisch; 1979 Italienisch und Koreanisch). Joseph Höffner war zutiefst davon überzeugt, daß die gesellschaftliche Mitverantwortung der Kirche nur auf dem Fundament des christlichen Menschenbildes und der klassischen, auf deutschem Boden bereits von Bischof Ketteler grundgelegten, von Leo XIII. weltkirchlich initiierten und später auch vor allem von deutschen Fachvertretern wie Heinrich Pesch weiter entwickelten Soziallehre der Kirche wahrgenommen werden könne. Theologisch-ethische Systematik, sozialhistorische Zusammenhänge und empirische Analyse miteinander ins Spiel bringend, entfaltet Höffner die Soziallehre der Kirche in seinem Lehrbuch sowohl in ihren geistigen Grundlagen wie ihrer praktischen Relevanz. Zugleich ist sein Lehrbuch sehr persönlich geprägt. Man spürt an vielen Stellen die Verbindung zwischen akade-

mischer Forschung und Lehre, sozialethischer Politikberatung und pastoraler Weisung.
Infolge der "Ungleichzeitigkeit" der gesellschaftlichen Entwicklung in den verschiedenen Ländern und Kontinenten dieser Erde ist Höffners "Christliche Gesellschaftslehre", natürlich in unterschiedlicher Weise je nach Kontext, von ungebrochener Bedeutung. Dies gilt insbesondere für viele Länder, die sich erst heute anschicken, sich politisch-gesellschaftlich und ökonomisch voll zu entfalten. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa entsteht bei den Kirchen in diesen Ländern neues Interesse an der Soziallehre der Kirche als geistiger Hilfe beim Neuaufbau demokratischer und sozial-marktwirtschaftlicher Gesellschaften. Dies ist der Hintergrund, vor dem im letzten Jahr (1996) eine litauische Übersetzung des Lehrbuchs erschien. Gleichzeitig ist eine neue englische Übersetzung auf der Grundlage der letzten Auflage von 1983 und einer Ergänzung im Blick auf die nach dem Heimgang von Joseph Höffner veröffentlichten Sozialenzykliken "Sollicitudo rei socialis" (1987) und "Centesimus annus" (1991) auf dem Weg.
Nach dem erfolgreichen politischen, ökonomischen und - soweit man dies sagen kann - geistigen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, der stark von den Grundlagen und praktischen Impulsen der Katholischen Soziallehre mitgeprägt war, schien diese nach der Meinung auch mancher in der Kirche den Höhepunkt ihrer Bedeutung hinter sich zu haben. Gleichzeitig tauchten im Blick auf das Kirche-Welt-Verhältnis neue Probleme und Fragestellungen auf. Das Zweite Vatikanische Konzil beschäftigte sich zwar in "Gaudium et spes" durchaus mit Themen aus der Soziallehre der Kirche, insgesamt aber hatte das Konzil andere Probleme zu bewältigen. Es ging ihm mehr um den inneren "Umbau" der Kirche als um deren Weltverantwortung. Dies war zwar nicht so gewollt, ist aber faktisch so geworden. Insbesondere gilt dies im Blick auf die nachkonziliare Entwicklung, die bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Eine Zeitlang sah es auch so aus, als ob die Soziallehre der Kirche innerkirchlich überholt werden könnte. Dafür stehen Stichworte wie "Politische Theologie" und "Theologie der Befreiung". Inzwischen ist die relative Kurzlebigkeit oder auch Unvollständigkeit dieser Ansätze deutlich geworden. Joseph Höffner bringt dies besonders in drei letzten großen "Eröffnungsreferaten" zum Ausdruck, die er vor der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz hielt. Sie behandelten 1984 das Thema "Soziallehre der Kirche oder Theologie der Befreiung?", 1985 "Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik. Richtlinien der

Katholischen Soziallehre" und 1986 "Der Staat. Diener der Ordnung". Wer Höffners Lehrbuch kennt, wird bei der Lektüre der beiden letztgenannten Vorträge schnell feststellen, daß der Autor wie jener biblische "Hausvater" vorgeht, der "Altes und Neues aus seinem Schatze hervorholt". Höffner spürte, wie die Soziallehre der Kirche plötzlich wieder gefragt war. Die Zeit des politischen Pragmatismus, die letzte Sinn- und Wertfragen auf sich beruhen lassen wollte, war in eine Krise geraten. Eine in vielfacher Hinsicht sich selbst fragwürdig gewordene Gesellschaft mußte sich neu auf die Suche nach grundlegender Orientierung begeben. Ein Indiz dafür ist, daß Höffners Ausführungen über "Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik, Richtlinien der Katholischen Soziallehre" in fast dreißig Ländern verbreitet wurden. Er selbst erzählte mit einem verschmitzten Lächeln im kleinen Kreis, ein nordamerikanischer Bischof habe ihm daraufhin geschrieben, sein Referat sei besser als der von der USA-Bischofskonferenz 1986 verabschiedete Wirtschaftshirtenbrief "Gerechtigkeit für alle". Sein letztes Referat vor der Deutschen Bischofskonferenz "Der Staat. Diener der Ordnung" ist im vergangenen Jahr (1996) in englischer Übersetzung in Enugu (Nigeria) vom dortigen "Catholic Institute for Justice, Development and Peace" insbesondere für die englisch sprechenden Länder Afrikas publiziert worden. Die Druckerei trägt den Namen "Cardinal Höffner Memorial Printing Press". Die weltweite Verbreitung des Höffnerschen Lehrbuches und der eben genannten Schriften wurde nicht zuletzt dadurch unterstützt, daß ihr Autor gerade in seiner Zeit als Erzbischof von Köln und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz auf vielen Auslandsreisen mit dort gehaltenen Vorträgen die Soziallehre der Kirche und ihre Relevanz für die Lösung anstehender gesellschaftlicher Probleme persönlich überzeugend vertreten hat.

VI

Es war bisher fast nur von Joseph Höffner als dem Wissenschaftler und führenden Fachvertreter der Soziallehre der Kirche die Rede. Und es schien vielleicht auch so, daß seine direkte pastorale Tätigkeit als Kaplan und Stadtpfarrer (1934-1945) eher nur "vorläufig" und nebensächlich gewesen sei. Dies wäre allerdings ein völlig unzutreffender Eindruck.

Wenig bekannt ist, weil er nicht darüber sprach: Seit März 1943 hielt Höffner das siebenjährige Mädchen Esther Sara Meyerowitz -

mit der Kinderlandverschickung als Christa Koch (nur Höffner kannte ihre wahre Identität) von Berlin nach Kail gekommen - versteckt. Auch nachdem er im April 1943 zum Pfarrer in Trier ernannt worden war und das Kind der Familie des Landwirts Wilhelm Heuchler anvertraut hatte, fühlte er sich weiter verantwortlich. Christa besuchte ihn häufiger in Trier. Im Oktober 1945 beantragte er bei der amerikanischen Militärregierung in Trier einen Interzonenpaß für Esther Sara Meyerowitz und eine Begleitperson nach Berlin. Später sprach er über seine Gefühle am ersten Weihnachtsfest nach dem Krieg: "Ich war glücklich, daß das jüdische Mädchen Sara, das ich seit 1943 in meiner Seelsorgstelle verborgen hatte, bald wieder zurückkehren konnte!"
Ebenfalls 1943 hatte er die Jüdin Dr. Edith Nowak im Hause seiner Eltern im Westerwald für sechs Monate verborgen. 1946 schrieb sie ihm dankbar aus Berlin: "Die Schwierigkeiten, die Ihre Familie damals schon mit dem Naziregime des Kreises Altenkirchen hatte, hat Sie nicht gehindert, dieses Risiko auf sich zu nehmen." Der heutige Aachener Bischof Heinrich Mussinghof, der als Dompropst von Münster Nachforschungen über Höffners Wirken in dieser Sache angestellt hatte, stellt fest: "Die tapfere Tat Kardinal Höffners konnte ihn sein Leben kosten. Er hat in seiner Demut diese Tat nie herausgestellt." (H. J. Joest)
Für Joseph Höffner stand seine wissenschaftliche Tätigkeit ganz unter der Berufung als Priester und dem damit begründeten Dienst an seiner Kirche, aber auch an allen Menschen, die nach seiner Auffassung in das 'Heilsmysterium' einbezogen sind. Insofern war für ihn der Abschied vom Amt des Theologieprofessors, der mit der Übernahme des bischöflichen Amtes verbunden war, keineswegs ein Bruch. Joseph Höffner war 17 Jahre Professor und 25 Jahre Bischof. "Daß seine wissenschaftliche Arbeit die christliche Sozialwissenschaft reich befruchtet und Spuren hinterlassen hat, läßt sich schon heute sagen. Schwieriger zu beurteilen ist der Erfolg seines bischöflichen Wirkens", so meint Ernst Dassmann (ebd. 45) unmittelbar nach seinem Tod. Infolge des inzwischen gewonnenen Abstandes läßt sich etwas mehr dazu sagen.
Nur sechs Jahre war Joseph Höffner Bischof von Münster, sozusagen seine bischöflichen 'Lehrjahre'. Er selber sieht darin eine "sehr bewegte Zeit" und sagt in seiner Abschiedsansprache im Dom zu Münster am 12. Januar 1969: "Wenige Wochen nach meiner Bischofsweihe begann das II. Vatikanische Konzil. Schon während des Konzils, besonders stürmisch jedoch in den Nachkonzilsjahren, erlebten wir einen ungeahnten Aufbruch und Umbruch in der Kir-

che. Bei meinem Abschied kann ich keine Rechenschaft vom Eigentlichen, vom Wachsen des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe in den Herzen der Gläubigen geben" (Reden und Aufsätze, 2. Bd. 541). Diese Sätze sind in doppelter Weise bezeichnend: Sie zeigen zum einen, was für ihren Verfasser das "Eigentliche" war und zum anderen, daß er bereits damals die "nachkonziliare" Situation durchaus nicht ohne Sorge bewertete. Schon ein Jahr zuvor hatte er festgestellt, viele hätten gegenwärtig den Eindruck, "zu den bekannten Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität sei ein neues Super-Prinzip getreten: das 'Prinzip des alles-in-Frage-Stellens'" (ebd. 39). Der Weg von Münster nach Köln als Nachfolger des überaus angesehenen und beliebten Kardinals Frings war für Höffner alles andere als leicht. In welcher inneren Haltung er diesen Weg ging, zeigen seine Worte: "Ich kann nur darauf vertrauen, daß es so Gottes Wille ist. Deshalb will ich die Verantwortung nicht ablehnen und dem Wunsche des Heiligen Vaters nicht ausweichen. Wie jeder Priester, bekenne auch ich mich zur Verfügbarkeit" (ebd. 541).

Stellt man seinen Anfang in Köln in bezug zu jener Endphase seiner Tätigkeit, wie sie sich in den Ansprachen zu seinem 80. Geburtstag, ein knappes Jahr vor seinem Tod, dokumentiert, kann man feststellen: Joseph Höffner war in den fast 18 Jahren, in denen er als Erzbischof von Köln und zugleich 11 Jahre als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz wirkte, in eine nicht weniger angesehene und unangefochtene Position hineingewachsen, wie es ehedem bei dem Münsteraner Theologieprofessor der Fall gewesen war. Was waren die Kennzeichen seines bischöflichen Wirkens und der mit dem Alter noch zunehmenden Ausstrahlungskraft seiner Persönlichkeit?

Das II. Vatikanische Konzil sieht in seinem Dekret über die Hirtenaufgabe der Bischöfe deren Hauptaufgabe darin, "in der Kraft des Geistes ... die Menschen zum Glauben (zu) rufen oder im lebendigen Glauben (zu) stärken". Sie sollen dabei ferner "aufzeigen, daß selbst die irdischen Dinge und die menschlichen Einrichtungen nach dem Plan des Schöpfergottes auf das Heil der Menschen hingeordnet sind". Insofern sollen sie deutlich machen, "wie sehr nach der Lehre der Kirche die menschliche Person zu achten ist, mit ihrer Freiheit und auch mit ihrem leiblichen Leben; ebenso die Familie, ihre Einheit und Festigkeit sowie die Zeugung und Erziehung der Nachkommenschaft; die weltliche Gesellschaft mit ihren Gesetzen und Berufsständen; die Arbeit und die Freizeit; die Künste und die technischen Erfindungen; die Armut und der Reichtum.

Schließlich sollen sie die Grundsätze darlegen, nach denen die überaus schwierigen Fragen über Besitz, Vermehrung und rechte Verteilung der materiellen Güter, über Krieg und Frieden sowie über das brüderliche Zusammenleben aller Völker zu lösen sind" (Christus Dominus 12). - Joseph Höffner hat diesen Auftrag in allen seinen Dimensionen erfüllt. Zeugnis davon geben die zwei umfangreichen Bände mit Ansprachen, Aufsätzen, Interviews, Referaten, Hirtenbriefen und Predigten aus den Jahren 1969-1986, die zu seinem 80. Geburtstag unter dem Titel "In der Kraft des Glaubens" veröffentlicht wurden. Sein erster Kölner "Geheimsekretär" (1969-1975) (dessen Nachfolger in diesem Amt war bis zum Tod des Kardinals der heutige Kölner Weihbischof Manfred Melzer) und späterer Generalvikar Norbert Feldhoff bemerkt dazu mit Recht: "Kardinal Höffner hat ungezählte Male gern und mitreißend als Bischof gepredigt. Er hat durch seine Veröffentlichungen zu aktuellen Fragen vielen Menschen Orientierung gegeben. Die aus 'Christus Dominus' zitierten Aufgaben des Bischofs lesen sich fast wie eine Gliederung dieser beiden Bände" (Vorwort).

Wenn man nach besonderen Akzenten fragt, die Joseph Höffner als Bischof in der Pastoral setzte, dann lassen sich vier oft wiederkehrende "Anliegen" ausmachen: Bei aller Wichtigkeit einer Vielzahl hauptamtlicher Mitarbeiter erinnerte er oft daran, daß das "Leben in den Gemeinden und Verbänden...vor allem von den ehrenamtlichen Mitarbeiterninnen und Mitarbeitern getragen" werde; nicht weniger wichtig war ihm die "tiefe sakramentale Bruderschaft", die der sakramentale Ordo begründet: "Bischöfe, Priester und Diakone" müssen vor allem "im Gebet füreinander und miteinander" verbunden sein, so daß "die Kirche Christi durch unser gemeinsames Wirken Gestalt annimmt"; ferner widersprach er allen Rückzugstendenzen aus der gesellschaftlichen Mitverantwortung der Kirche, betonte aber zugleich die Notwendigkeit der "kleinen Zellen", in denen sich die Gläubigen wie in "Oasen" in der "Wüste" erholen und stärken sollten, um so die Kraft zur "Sendung" zu finden; schließlich plädierte er angesichts rückläufiger Kirchlichkeit und pastoraler Resignationstendenzen für eine missionarische Kirche, die "auf die Menschen zugeht": Die Kirche ist keine "Warte-ab-Kirche", sondern eine "Geh-hin-Kirche" (Pastoral der Kirchenfremden, 1979).

Joseph Höffner war ein Bischof des wirkmächtigen Wortes. Aber er redete nicht nur von der Kanzel oder von dem ihm als Professor ohnehin gewohnten Katheder. Wer ihn in persönlichen Begegnungen und Konferenzen im kleinen Kreis erlebte, der wurde

immer wieder von der Überzeugungskraft seiner Persönlichkeit beeindruckt. Die Fülle seines Wissens, seine Gedächtniskraft, die Klarheit seiner Argumentation, die Aufmerksamkeit des Zuhörens, die Freundlichkeit seines Umgangs mit denen, die Gegenargumente vortrugen, in alldem drückte sich seine Fähigkeit aus, andere zum Nachdenken zu bringen, sie aber auch zu ermuntern und zu überzeugen. Er war in seinen Positionen klar, nie aber gegenüber Gegnern persönlich verletzend. "Mein Bruder schlägt immer mit Güte zurück", so formulierte es seine Schwester Maria, die während seines ganzen priesterlichen Lebens seinen Haushalt führte. Er focht nicht mit dem Säbel, wohl aber mit dem Florett des hintergründigen Humors und der feinen Ironie. Als Beispiel für letzteres sei ein Satz aus seinem Vortrag "Soziallehre der Kirche oder Theologie der Befreiung?" (1984) zitiert: "Die sozialistische Gesellschaft ist ein ungeheures Franziskanerkloster - ohne Gott. Bei einem Besuch in einem kommunistischen Staat sagte man mir: 'Kommunismus ist die miserable Zentralverwaltung des selbstgemachten Elends'" (26).
Im Vergleich zu seinem überaus populären Vorgänger Josef Frings wurde Joseph Höffner von den Kölnern zunächst als "dröge" (trocken) empfunden. Dies änderte sich aber mit seinem Hineinwachsen in sein Bistum. Wie sehr es ihm gelang, auch die einfachen Gläubigen anzusprechen und sogar ein Freund der Kinder zu werden, offenbaren die "Kinderbriefe", die ihn auf seinem Sterbelager erreichten und die in Auswahl in der Dokumentation "Abschied von Joseph Kardinal Höffner" (1987) abgedruckt sind.

VII

Mit einer zweimal siebenjährigen Erfahrung als Diözesanbischof in Münster und in Köln wurde Joseph Höffner am 22. September 1976 nach dem überraschenden Tod seines Vorgängers Julius Döpfner zum neuen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz gewählt und am 21. September 1962 auf sechs Jahre wiedergewählt. Die fast elf Jahre, in denen er dieses wichtige Amt innehatte, sind zunächst durch die zweifache Papstwahl im Jahr 1978 geprägt. Da er durch mehrere Besuche die polnische Kirche und ihren Episkopat recht gut kannte, gehörte Höffner nach allgemeiner Meinung zu jenen Kardinälen, die an der Wahl des gegenwärtigen Papstes in besonderer Weise beteiligt waren. Zu den großen äußeren Ereignissen seiner Zeit als Vorsitzender zählten die beiden

Pastoralbesuche von Johannes Paul II. in Deutschland (1980, 1987), letzterer besonders hervorgehoben durch die Seligsprechung von Edith Stein in Köln. Bis zu seiner Wahl als Vorsitzender der DBK hatte sich Joseph Höffner durch die Leitung der "Priesterkommission" seit 1970 unter seinen Mitbischöfen hohes Ansehen erworben, vor allem aber hatte er sich bereits über zehn Jahre als Vorsitzender der bischöflichen Kommission für gesellschaftspolitische Fragen profiliert. Die Kommission hatte sich unter seiner Führung in diesen Jahren mit einer Fülle schwieriger Probleme und Veränderungen zu befassen. Sie mußte sich der "Studentenrevolte" (1968) stellen, mit dem Verhältnis von Katholischer Soziallehre und Neomarxismus auseinandersetzen, die Probleme des "Christseins in der Wohlstandsgesellschaft" bedenken, sich vor allem aber seit Mitte der 70er Jahre mit Fragen der Strafrechtsreform beschäftigen. Joseph Höffner hat sich dabei mit großem Nachdruck für das Lebensrecht gerade der Schwächsten eingesetzt. Er ist nie müde geworden, den Skandal der hohen Abtreibungszahlen öffentlich beim Namen zu nennen. Er sah sich in seinem Gewissen gerade auch im Hinblick auf den vor der Staatsautorität abgelegten Eid, den grundrechtlichen Schutz des Lebens zu wahren, verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß sich die Kirche mit der "Fristenregelung" in der Abtreibungsfrage "nie abfinden" werde. In zunehmendem Maße verstand es Kardinal Höffner, auch über das Medium des Fernsehinterviews durch die ihm eigene Verbindung von Klarheit in der Sache und Freundlichkeit im Ton Menschen zum Nachdenken zu bringen. Sein Nachfolger im Amt des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Karl Lehmann, bemerkt dazu: "Viele Menschen haben ihm - weit über die Kirche hinaus - ihre Zustimmung, wenigstens aber Respekt und Würdigung gezollt. Die Menschen waren dankbar für eine klare Orientierung in einer verwirrten und verwirrenden Zeit ... So wurde er rasch über seine Funktion hinaus zum anerkannten Sprecher der Katholischen Kirche in der Bundesrepublik" (Würdigung von Joseph Kardinal Höffner vor der Deutschen Bischofskonferenz am 21. September 1987).

Als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz hat Kardinal Höffner nach den Worten des Ratsvorsitzenden der EKD (1979-1985), Landesbischof Eduard Lohse, "dem Zusammenwirken der beiden großen Kirchen besondere Aufmerksamkeit geschenkt". Der Kardinal habe z.B. "dafür Sorge getragen", daß es anläßlich des Papstbesuches am 17. November 1980 "im Land der Reformation zu einem wirklichen Gespräch" zwischen dem Papst und dem Rat

der EKD gekommen sei. Durch die von Höffner und Lohse vorgeschlagene und bei diesem Treffen vom Papst gutgeheißene "Gemeinsame Ökumenische Kommission" sei es möglich geworden, "eine neue Phase intensiver gemeinsamer theologischer Arbeit einzuleiten".
Kardinal Höffner wuchs aber nicht nur immer deutlicher in die Rolle des "führenden Bischofs" der deutschen Katholischen Kirche hinein. Er war und wurde immer mehr auch ein Bischof der Weltkirche. Der Aufbau eines geistig fundierten und starken Europa war ihm ein Herzensanliegen. Die Probleme einer menschengerechten Entwicklungspolitik haben ihn auf seinen verschiedenen internationalen Reisen immer wieder bewegt, insbesondere auch durch die weltweite partnerschaftliche Hilfe seines Erzbistums vor allem für die Kirche in Japan und den Philippinen. Fünfmal hat Höffner als Vorsitzender Polen besucht, mit der Französischen Bischofskonferenz wurde ein jährliches Treffen vereinbart, ebenso seit seiner ersten Reise nach Indien (1978) mit der Indischen Bischofskonferenz. Er war Mitglied der römischen Kongregationen für die Orden und Säkularinstitute, für die Evangelisation der Völker, für die katholische Erziehung, für die Ostkirchen und Mitglied des Sekretariats für die Nichtglaubenden. Insbesondere hat er seine Aufgabe in der Präfektur für die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Vatikanstaats wahrgenommen und angesichts der schwierigen vatikanischen Finanzlage qualifizierte deutsche Fachleute zu einer entsprechenden Sanierung vermittelt. Seine letzte Weltreise, bei der er im Dezember 1986 mehrere lateinamerikanische und asiatische Länder besuchte, führte ihn auch nach Nicaragua, wo er Kardinal Obando y Bravo in seinem Kampf für die Freiheit der Menschen und der Kirche bestärkte und in einer persönlichen Begegnung dem sandinistischen (marxistischen) Präsidenten Ortega ins Gewissen redete. Ein Jahr zuvor hatte er in Rom auf einem Kongreß über die "Zukunft der Weltwirtschaft" eine Revision der "Latifundien-Struktur" in Lateinamerika gefordert und hinsichtlich der "Entschädigung" der Eigentümer erklärt: "Wenn der Soldat sein Leben für das allgemeine Wohl ohne Entschädigung einsetzen muß, wird der Mensch erst recht verpflichtet werden können, zur Behebung schwerster, den Bestand des Staates bedrohenden Mißstände auf Vermögenswerte gegen eine den Verhältnissen angepaßte Entschädigung zu verzichten."

VIII

Bei allem und vor allem war Joseph Kardinal Höffner ein Mann und Zeuge des Glaubens. Innig verbunden damit und wohl auch nicht unabhängig davon war seine ausstrahlende, gewinnende Menschlichkeit. Seine Schwester Maria sagte einmal im Blick auf ihre Erfahrungen mit ihrem Bruder in der eigenen Kindheit und Jugend: "Es hat von ihm uns gegenüber (seinen jüngeren Geschwistern) nie ein hartes Wort gegeben." Seine menschliche Aufmerksamkeit auch für scheinbar nebensächliche Dinge zeigte sich z.B. darin, daß er in seiner Münsteraner Abschiedsansprache im Dom auch den Pfarrhaushälterinnen dankte, die ihn bei seinen Pastoralvisitationen gut und freundlich beherbergt hätten. Ergreifend ist sein "Abschiedswort", das er als Erzbischof von Köln am Aschermittwoch, dem 20. Februar 1980, im Priesterkolleg "Campo Santo Teutonico" in Rom handschriftlich verfaßte. Darin lesen wir u.a.: "So gebe ich mein irdisches Leben in die Hände des Schöpfers zurück, hoffend, daß Jesus Christus, 'das Licht der Menschen' (Joh 1,4), mir beim Hinübergang voranleuchten möge. Mein Leben, meine Geborgenheit in der Kirche, meinen Priesterberuf, alles hat Gott mir ohne mein Verdienst geschenkt. Deshalb ist mein Abschied von dieser Welt ein Akt des Dankes. Ich danke Jesus Christus dafür, daß ich seine lebenspendende Liebe in seiner Kirche, die - trotz aller Runzeln - seine Braut und unsere Mutter ist, als Priester in Saarbrücken, Kail und Trier und als Bischof von Münster und Köln staunend erfahren durfte: wie der Herr in der Eucharistie unter uns gegenwärtig war, wie er nach den Verirrten suchte, den Sündern verzieh, die Kranken und Sterbenden tröstete und junge Menschen zur Nachfolge rief."

In seinem Abschiedshirtenbrief zum 14. September 1987, dem Tag seines Silbernen Bischofsjubiläums, an dem Papst Johannes Paul II. zugleich sein Rücktrittsgesuch annahm, erinnert er die Gläubigen seines Bistums daran, daß er "auf dem Höhepunkt einer Kultur- und Lebenskrise unseres Volkes" nach Köln gerufen wurde. Und er stellt fest: "Amt und Dienst des Bischofs sind in den letzten Jahrzehnten nicht leichter geworden, sondern kreuzesnäher.... Doch Kreuzesnähe bedeutet auch Freude und Frieden, wie ihn die Welt nicht kennt (vgl. Joh 14,27)." Mit beschwörenden Worten gibt der scheidende Bischof wenige Wochen vor seinem Heimgang seinen Sorgen Ausdruck. Er legt seinen Mitchristen vor allem die Liebe zur Kirche ans Herz: "Es ist unmöglich, Christus und die Kirche voneinander zu trennen, zu Christus 'Ja' zu sagen und gegen die

Kirche ein 'Nein' zu setzen. Die Kirche ist nichts ohne Christus, aber wir finden Christus nur in der Kirche und nicht an ihr vorbei." Nicht weniger bedrängend empfindet er die Gefahr, daß der Glaube "sich in Vieldeutigkeit auflöst". Ein solcher Glaube wäre "nicht mehr der Glaube der Kirche. Das Wort Gottes, so lesen wir in der Hl. Schrift, ist nicht 'billig' und es gibt Zeiten, in denen es besonders 'teuer' ist (vgl. 1 Sam 3,1). Heute leben wir in einer solchen Zeit." Er stellt auch die Frage, die ihn wohl zunehmend und immer neu umtrieb: "Kraft welcher Autorität verkündest Du eine Botschaft, die den ungeheuren Anspruch erhebt, Gottes Wort und das Heil der Welt zu sein?" Die Antwort könne nur in der "Treue zur ganzen Wahrheit des Glaubens" liegen, zu der Christus uns befreit habe. Zugleich bekennt Joseph Höffner: "Ich bin nicht der Arzt, der selber gesund ist und andere heilt. Auch ich gehöre zu den Kranken und Sündern, die der Erlösung bedürfen." Trotz aller Gefahren und Gefährdungen überwiegt aber sein Dank für das "Zeugnis des Glaubens in Familie, Beruf und Öffentlichkeit", das er immer wieder inmitten vieler Anfechtungen als Bischof erfahren durfte und das ihn hoffen läßt, "daß die Kirche jung und missionarisch geblieben ist". Er ist sich bewußt und ruft ins Bewußtsein, daß sich die Kirche nicht nach äußeren Erfolgskriterien messen läßt: "Nicht zuletzt danke ich all' jenen, die still und unbekannt für die Kirche beten, sühnen, opfern und dulden, besonders denen, die ein schweres körperliches und seelisches Leid zu tragen haben."
Er selber hat in den letzten Wochen im Blick auf seine eigene Krankheit ausgesprochen: "Gott hat nun seine Hand auf mich gelegt." Er nahm die todbringende Lebenskrise in tiefem Gottvertrauen an. "Man stirbt nicht an einer Krankheit, sondern dann, wenn nach Gottes Willen ein Leben zu Ende geht" (M. Melzer), dies war die Glaubensgewißheit seiner letzten Tage. Der Abschiedshirtenbrief schließt mit dem Blick auf Maria als "Urbild der glaubenden und sich an den Herrn hingebenden Kirche". Der letzte Satz vor dem Segensspruch lautet: "Die Bischöfe kommen und gehen. Christus aber bleibt in Ewigkeit."

Johann Baptist Gradl (1904-1988)

Er öffnete sich nicht leicht, der Berliner Johann Baptist Gradl, dessen Vorname unüberhörbar an seine oberpfälzisch-bayerische und katholische Herkunft erinnerte. Als der Berliner Ehrenbürger 1984 aus Anlaß seines 80. Geburtstags im Reichstagsgebäude gewürdigt wurde, sprach er in seiner Dankrede zunächst über die Erfahrung der Revolution von 1918/19, der Weimarer Republik und des NS-Regimes sowie die daraus gezogenen und zu ziehenden Konsequenzen. Er schloß mit einem Bekenntnis, das einen Einblick in seine Persönlichkeit eröffnete: "In meinen achtzig Lebensjahren gab es keineswegs nur schlimme Zeiten. Aber es gab eben doch viel Drangsal, Ungewißheit, Ratlosigkeit, Herausforderung und Gefahr. So liegt mir daran, für die Gnade des christlichen Glaubens zu danken, den mir meine Eltern mitgegeben haben, durch Wort und Beispiel. Es ist der Glaube, daß Gott über allem Geschehen steht und daß er dem Menschen Sinn, Ziel und unverlierbare Hoffnung ist. Dies hat mir auch über die schweren Bedrängnisse hinweggeholfen und Standhaftigkeit gegeben." Ebenso knapp umschrieb er die Triebfeder seines politischen Wirkens: "Wer das totalitäre NS-Reich hat durchleben müssen und überstehen können, darf und kann sich nicht damit abfinden, daß ein Teil unseres Volkes isoliert und noch einmal ohne entscheidende menschliche und politische Grundrechte bleiben soll."
Gradl galt sowohl als ausgleichend wie als politischer Feuerkopf. Er war ein hartnäckiger Verfechter der deutschen Einheit und stets auf der Suche nach Lösungsmöglichkeiten für die Deutsche Frage. Er verstand sich gleichzeitig als Repräsentant Berlins in Bonn wie als Vertreter des politischen Katholizismus, der aus der Tradition der Zentrumspartei herkommend 1945 in die von ihm mitbegründete Christlich-Demokratische Union überging.

I

Johann Baptist Gradl wurde am 25. März 1904 geboren. Wie bei vielen Berlinern waren die Vorfahren, bei ihm sogar erst seine

Eltern, Zuwanderer. Sein Vater, Johann Georg, bayerischer Berufssoldat, war erst kurz vor der Jahrhundertwende zusammen mit seiner Frau Kunigunde, geb. Braun, nach Berlin gekommen. Er wurde dort als mittlerer Beamter von der Reichspost übernommen. Die Vorfahren waren Bauern aus dem Oberpfälzer Wald. Unter ihnen waren auch Dorfmusikanten, auf die Johann Baptist später seine musikalische Neigung zurückführte. Ein Flügel stand bis zuletzt in seiner Berliner Wohnung. Er spielte besonders gern Bach, Beethoven und Chopin. Die Eltern blieben auch in der Diaspora katholisch - der Sohn hat dies bewußt aufgenommen. Er ging einen Weg, den nicht wenige aus dieser Bildungsreserve des deutschen Katholizismus gegangen sind: er machte Abitur, studierte und stieg gesellschaftlich in das Bürgertum auf. Dabei blieb er sich seines Herkommens bewußt und verlor nie den Kontakt zu seiner Kirche.
Gradl wurde ein wacher Zeuge der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts - im Brennpunkt des Geschehens, in der Reichshauptstadt Berlin. Mit acht Jahren verfolgte er mit großer Aufmerksamkeit den ersten Balkankrieg von 1912. Damals wurde sein Interesse am politischen Zeitgeschehen geweckt. Das Kaiserreich hat er in seinen Glanzparaden genauso wie in den vier Jahren des Ersten Weltkriegs mit Hungersnot und Angst um den zum Kriegsdienst eingezogenen Vater erlebt.
Seit 1910 besuchte er in der Kochstraße im späteren Bezirk Kreuzberg das Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium, wo er 1922 das Abitur bestand. Später sollte hier im Herzen Berlins die Demarkationslinie zwischen Ost und West verlaufen und der Grenzübergang Checkpoint Charlie errichtet werden. Nach dem Abitur begann er eine doppelte Ausbildung. Er studierte an der Friedrich-Wilhelms-Universität Unter den Linden Volkswirtschaft und Jura und machte gleichzeitig eine Banklehre. Im März 1924 bestand er die Abschlußprüfung als Bankkaufmann und konnte sich danach voll dem Studium widmen. Im Juni 1926 legte er sein Examen als Diplomvolkswirt ab. Bei dem Katheder-Sozialisten Heinrich Herkner hatte er dazu eine Arbeit "Über den Zins in der sozialistisch organisierten Volkswirtschaft" geschrieben.
Anschließend verband er wiederum Praxis mit Ausbildung in einem einjährigen Volontariat bei der "Germania", der in Berlin erscheinenden Zentrumszeitung. Im November 1927 wurde er Redakteur beziehungsweise Schriftleiter, wie die Berufsbezeichnung damals hieß. Er blieb bis 1930 Mitglied der Redaktion für die Bereiche Wirtschaftspolitik und Politik. 1930 nahm er in Halle das Studium wieder auf. Bei Gustav Aubin wurde er am 20. Dezember

1930 zum Doktor der wirtschaftlichen Staatswissenschaft der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg promoviert. Das Thema seiner Dissertation lautete: "Die Reparations-Sachleistungen von Versailles bis zur BIZ".
1931 heiratete er Marianne Brecour, die aus einer nach Berlin eingewanderten französischen Emigrantenfamilie stammte. Das Ehepaar bekam vier Kinder.
Gradls Weg durch die Weimarer Republik und die NS-Zeit war geprägt von beruflicher Entscheidung und Aufstieg sowie von politischer Selbstbehauptung in schwierigen Zeiten. Der Ökonom wurde seiner Neigung entsprechend zunächst Journalist. In der "Germania", der auch landesweit mit Aufmerksamkeit gelesenen Tageszeitung des Zentrums, schrieb er zumeist über wirtschaftliche Themen. Seine Beiträge wurden auch von anderen Zentrumszeitungen gedruckt. Nach seinem Ausscheiden wechselte er im Juli 1931 zum Deutschen Sparkassen- und Giroverband. Dort war er zunächst in der volkswirtschaftlichen Abteilung tätig, bevor ab Ende 1933 die Zinspolitik und der Wettbewerb der Kreditinstitute zu seinem Arbeitsgebiet wurden. Seine journalistische Begabung nutzte sein neuer Arbeitgeber auch, indem er ihn bei Tagungen und Lehrgängen als Redner einsetzte und Broschüren erstellen ließ.
Zum 1. Mai 1938 wechselte Gradl in die Geschäftsführung der Reichsgruppe Banken. Sie war die Spitzenorganisation des gesamten deutschen Kreditwesens sowohl der privaten wie der öffentlichen Banken und war in sechs Wirtschaftsgruppen gegliedert: privates Bankgewerbe, öffentliche Banken, öffentlich-rechtliche Kreditanstalten, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, sonstige Kreditunternehmen. Gradl wurde stellvertretender Hauptgeschäftsführer. Er sollte sich besonders um die Verbindungen zum öffentlichen Bankwesen kümmern. Zum Geschäftsführer Friedrich Pfeffer hatte er ein gutes Verhältnis. Für kurze Zeit, vom 1. Oktober 1940 bis 18. Februar 1941, wurde er als Kraftfahrer zur Luftwaffe eingezogen. Danach kehrte er, als unabkömmlich eingestuft, in die Reichsgruppe zurück. Dort blieb er bis zum Ende des Krieges.

II

Das politische Interesse Gradls wurde wohl ebenso durch jugendliche Neugier wie durch das aufregende und hautnah erlebte öffentliche Geschehen in der Reichshauptstadt geweckt. Der Vierzehnjäh-

rige begleitete am 9. November 1918 einen Demonstrationszug ins Berliner Zentrum. Auf seinem Schulweg schossen in den Revolutionswirren Heckenschützen von den Dächern auf alles, was sich bewegte. Kurz darauf klebte er für die Wahlen zur Nationalversammlung Plakate für das Zentrum, und am Wahltag, am 19. Januar 1919, brachte er vor dem Wahllokal Stimmzettel für seine Partei an die Wähler. Das auch durch die Zeitumstände hervorgerufene politische Interesse war wohl ausschlaggebend für die 1926 getroffene Entscheidung für den Journalismus. Die Weimarer Republik war für ihn weder Anlaß für einen nostalgischen Rückblick auf ein verklärtes Kaiserreich noch banale und nicht zu bewältigende Normalität gegenüber soldatisch verklärter Kriegszeit. Sie war für ihn auch kein Transitorium in ein reaktionär-autoritäres System. Er war überzeugter Demokrat und fühlte sich dem republikanischen und linken Flügel des Zentrums zugehörig.

Dies war auch der Grund dafür, daß Gradl 1930 von dem Rechtskatholiken und späteren Reichskanzler und Wegbereiter Hitlers, Franz von Papen, aus der Redaktion der "Germania" entlassen wurde. Papen hatte die Aktienmehrheit und den Aufsichtsratsvorsitz bei der "Germania", der neben der "Kölnischen Volkszeitung" meinungsbildenden Zentrumszeitung. Aus dieser Zeit stammt die Freundschaft mit dem Journalisten und stellvertretenden Chefredakteur der "Germania", Wilhelm Gries, der ihm später in Berlin und Saarbrücken eng verbunden blieb.

Gradl selber ließ sich durch Papen in seiner parteipolitischen Arbeit nicht beirren. Im Gegenteil: noch in demselben Jahr wurde er Vorsitzender des Zentrums in Berlin-Kreuzberg. Allerdings nahm er 1930 ein Angebot nicht an, Pressesprecher von Reichsarbeitsminister Adam Stegerwald im ersten Kabinett Brünings zu werden. Zentrumsmitglied war er 1928 geworden, und er blieb es bis zu dessen Selbstauflösung am 5. Juli 1933. Heinrich Krone, der spätere Adenauer-Vertraute, und Heinrich Vockel, der spätere Berlin-Beauftragte der Bundesregierung, waren in dieser Zeit seine Freunde geworden. Zur letzten Versammlung des Zentrums in Kreuzberg hatte Gradl den Rechtsanwalt Josef Wirmer als Redner gewonnen, der später als einer der Hauptbeteiligten des 20. Juli 1944 von Freislers Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

Gradl hatte bis 1938 im Sparkassen- und Giroverband und danach in der Reichsgruppe Banken ein von politischer Nachstellung relativ freies Lebensumfeld. Er behauptete sich als Fachmann und stand dennoch als Repräsentant des "Weimarer Systems" unter po-

litischem Verdacht. Dem Nationalsozialismus hat er sich aus politischen Gründen und aus Glaubensüberzeugung verweigert. Der Betriebsrat des Sparkassen- und Giroverbandes fragte im Herbst 1933 nach seiner "politischen Zuverlässigkeit" und denunzierte ihn, "im Hause den deutschen Gruß nicht zu erwidern". Auch der Stellenwechsel von 1938 hatte einen Grund in der zunehmenden Nazifizierung des Verbandes. Der zuverlässige Freundeskreis aus der Familie und der Pfarrei sowie aus Zentrumszeiten und Berufsumfeld gab Halt. Bei der Beantwortung des Fragebogens der Militärregierung über Mitgliedschaften und Tätigkeiten in nationalsozialistischen Organisationen konnte er 52 der 55 Fragen verneinen - er war lediglich bei der NS-Volkswohlfahrt, der Reichsschrifttumskammer und beim Reichsluftschutzbund. Dies waren reine Schutzmitgliedschaften zum beruflichen Überleben. Gradl selber hat über diese Zeit später gesagt: "Heroisch war mein Verhalten nicht. Aber nur, wer in einem totalitären System mit lückenlosem Polizei- und Überwachungsapparat gelebt hat, kann ermessen, was solches Leben dennoch verlangt. Ich hatte hin und wieder eine Schreckenssekunde, im ganzen hatte ich Glück."

III

Gradl überstand die Eroberung Berlins 1945 unbeschadet. Nicht verzweifeln hieß die Parole des Neuanfangs. Gradl verstand sich als Repräsentant einer besonders geforderten Generation in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Sie hatte seiner Meinung nach die Pflicht, die Dinge nicht in ein endgültiges Chaos laufen zu lassen. Man müsse und wolle leben, "indem wir schuldbewußt, aber auch besserungswillig zugreifen und jeder an seinem Platz anfängt mit der Arbeit für eine bessere Zukunft". Politisch hieß dies für ihn, daß Freiheit und Leben abhingen vom Willen zu Demokratie und Frieden.
Der "Anfang unter dem Sowjetstern", so verarbeitete er seine politischen Erfahrungen in der russisch besetzten Zone in der unmittelbaren Nachkriegszeit später literarisch, war von Überlebenswillen, Tatbereitschaft und Zukunftshoffnung gekennzeichnet. Lernen aus der Vergangenheit stand als Maxime hinter allen politischen Aktivitäten. Johann Baptist Gradl gehörte zum Gründerkreis der CDU in Berlin, obwohl sein Name auf dem Gründungsaufruf vom 26. Juni 1945 nicht verzeichnet ist. Wahrscheinlich hinderte ihn daran auch seine Tätigkeit als Liquidator der Reichsgruppe Banken, die er im

Auftrag des Magistrats von Berlin übernommen hatte. In einem unzerstört gebliebenen Büro der Reichsgruppe in der Jägerstraße 59/60 traf man sich. Hier wurde die CDU-Parteizentrale errichtet, wie es die sowjetische Besatzungsmacht dekretiert hatte.
Gradl überlieferte eine bezeichnende Begebenheit aus den ersten Anfängen. Am 25. April 1945 hatten sowjetische Panzer Berlin-Zehlendorf erobert. Nur wenige Tage später, inmitten des Chaos um den "Endkampf" in der Reichshauptstadt, ließ die sowjetische Besatzungsmacht - neben vielem Unerfreulichen - die Öffnung der Kirchen zu. Am Sonntag, 29. April, durfte in Zehlendorf bereits wieder eine Messe gefeiert werden. Gradl traf dort die ehemaligen "Germania"-Mitarbeiter und Zentrumspolitiker Dr. Hermann Katzenberger, Prof. Emil Dovifat und Dr. Domschke. Man verabredete sich und traf dabei auch viele andere wieder, für Gradl besonders wichtig Heinrich Krone, Heinrich Vockel und Jakob Kaiser.
Schlüsselgestalt der CDU-Gründung war Andreas Hermes, in dessen Haus in der Platanenallee die wichtigsten Zusammenkünfte stattfanden. Gradl gehörte ebenso wie Kaiser in den folgenden Jahren zu den engsten politischen Gefährten des gerade der Todeszelle entronnenen Widerstandskämpfers Hermes.
Der demokratische Neubeginn in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurde schon bald erstickt. Die Berliner Gründer, die ursprünglich daran gedacht hatten, von der Spree aus eine einheitliche gesamtdeutsche Partei aufzubauen, mußten frühzeitig erleben, wie die CDU mehr und mehr unter die Mühlräder kommunistischer Bevormundung geriet. Bereits im Jahre 1945 begannen für Gradl und seine Freunde die ersten Schwierigkeiten. Hermes und Schreiber mußten auf Druck der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) aus ihren Parteiämtern ausscheiden, weil sie sich weigerten, der Bodenreform zuzustimmen. Jakob Kaiser und Ernst Lemmer wurden ihre Nachfolger. Gradl erlebte in den zwei folgenden Jahren als Mitglied des Hauptvorstandes der CDU in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone die allmähliche Transformation der russischen Zone in eine kommunistische Diktatur hautnah mit. Er selbst schildert, wie die Auseinandersetzung mit der SED und der hinter ihr stehenden Sowjetmacht zunehmend gefährlicher wurde und Leib und Leben bedrohte. Seine Darstellung ist eine dokumentarische Quelle ersten Ranges. Sie verdeutlicht den existentiellen Kampf einer Partei zur Wahrung der Freiheit und Demokratie unter immer ungünstigeren Rahmenbedingungen.

Gradl war Jakob Kaiser auf das engste verbunden. Seinen Vorstellungen gemäß sollte sich die CDU für einen "demokratischen Sozialismus aus christlicher Verantwortung" entscheiden. Mit dieser Formulierung glaubte die Berliner CDU-Führung sowohl eine inhaltlich-konzeptionelle wie auch taktisch geschickte Lösung für die Partei gefunden zu haben. Mit dem Begriff des "christlichen Sozialismus" wurde dem "Zug der Zeit", wie Gradl rückblickend betonte, Rechnung getragen. Der Rückblick auf die Weltwirtschaftskrise und die katastrophale Hinterlassenschaft des NS-Regimes begünstigte die Kritik am sogenannten Laisser-faire-Kapitalismus und die Forderung nach einer Orientierung auf das Gemeinwohl. So sollte Deutschland aus der Krise geführt werden. Derartige Überlegungen waren nicht nur in Berlin auf der Tagesordnung, wie der Blick auf das "Ahlener Programm" der CDU der britischen Zone beweist. Mit diesem Konzept meinte die Union aber auch - und dies war die taktische Variante des "Sozialismus aus christlicher Verantwortung" - ihren Handlungsspielraum in der SBZ erweitern zu können. Sie versuchte so zu verdeutlichen, daß sie keine Partei mit reaktionären Ansichten sei, wie es die allmächtige kommunistische Propaganda fast tagtäglich behauptete. Gradl und Kaiser waren davon überzeugt, mit einer das Gemeinwohl betonenden Position der SED besser Paroli bieten zu können.

Mehr noch als in der Wirtschafts- und Sozialpolitik führten die unterschiedlichen deutschlandpolitischen Ansichten zu Auseinandersetzungen zwischen den "Berlinern" um Kaiser, Ernst Lemmer und Gradl auf der einen und namentlich Konrad Adenauer auf der anderen Seite. Gradl versuchte seinem Konzept einer Deutschlandpolitik ohne Dogmatik und Antisowjetismus Gehör zu verschaffen und mußte zunehmend erleben, wie konsequent Adenauer die Berliner Linie ablehnte und bekämpfte. Gradls aus der Not und den Umständen erwachsene Dialogbereitschaft mit der sowjetischen Besatzungsmacht stieß am Rhein auf taube Ohren. Adenauers Vorbehalte gegen Berlin, wie sie etwa auf der Königsteiner Konferenz am 5./6. Februar 1947 im Streit um den Sitz und den Vorsitz des "außenpolitischen Ausschusses" der CDU zum Vorschein kamen, hinterließen bei Gradl tiefe Spuren. Seine Hoffnung, daß die Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz im Juni 1947 als letzte Chance einen Weg aus dem Dilemma der zunehmenden Spaltung Deutschlands finden möge, erfüllte sich nicht.

Dessen ungeachtet war Gradls Bekenntnis zur Einheit in Freiheit und gegen den Marxismus unzweideutig. Dabei verhielt er sich so unerschrocken, daß die Sowjetische Militäradministration in

Deutschland ihn als erstes Mitglied des Hauptvorstandes der CDU im Herbst 1947 mit Redeverbot belegte. Zur Jahreswende 1947/1948 war jede Hoffnung auf eine eigenständige und selbstbestimmte politische Rolle der CDU als "Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen", wie Kaiser es offen formuliert hatte, in der Sowjetischen Besatzungszone erloschen. "Mit Charakter, aber ohne Erfolg" - so Gradls rückblickende Formulierung - war von der CDU in diesen Jahren das Menschenmögliche versucht worden, einer erneuten Errichtung einer Diktatur Widerstand entgegenzusetzen. Kurz nach der Absetzung Kaisers und Lemmers ging auch Gradl in den Westteil Berlins. Von hier aus sollte er die nächsten 40 Jahre seines Lebens in entscheidender Weise als Anwalt der Wiedervereinigung Deutschlands wirken.

IV

Johann Baptist Gradl hatte die Deutschlandpolitik der Sowjets sowie insbesondere Ulbrichts in all ihren Entwicklungsstadien aus nächster Nähe kennengelernt. Er war sich der Schwierigkeit des Unterfangens, Deutschland wieder zu einigen, vollauf bewußt. Gerade wegen seiner Erfahrungen war er dem Illusionismus ebenso wie jeder martialischen Rhetorik abhold. "Im Jahr 20 der deutschen Teilung", so befand er Mitte der sechziger Jahre, "sind keine leichten Antworten und großen Worte gestattet". Dem begeisterten Klavierspieler lag das Fortissimo in der Politik ebensowenig wie in der Musik. Seine politische Lebensmaxime - Freiheit für die Deutschen jenseits des Eisernen Vorhanges, Einheit der Nation in einem geeinten Europa - vertrat er mit einer Nüchternheit, die mitunter von der eigenen Partei nicht unkritisch gesehen wurde. So stieß es nicht nur auf Verständnis, daß er auch die parteiübergreifende Verständigung mit dem politischen Gegner suchte.
Nach seiner Flucht in den Westen sah Gradl seine erste Aufgabe darin, die Verbindung zu den vielen CDU-Mitgliedern und Funktionsträgern aufzunehmen, die entweder schon geflüchtet waren oder unter zunehmend widrigeren Umständen in der SBZ ausharrten. Auch in den folgenden Jahren arbeitete er engstens mit Jakob Kaiser zusammen, zuerst im "Büro Kaiser" und später in der "Exil-CDU". Gradl und Kaiser ging es darum, einen gewissen Einfluß der "Berliner Linie" auf die Gesamt-CDU auch institutionell zu sichern und damit deutlich zu machen, daß einzig und allein die

"Exil-CDU" legitimiert sei, für die Union in der SBZ zu sprechen. Die Gründungsmitglieder gehörten alle dem letzten demokratisch legitimierten Hauptvorstand der Ost-CDU vom September 1947 an. Vor allem Gradls Einsatz war es zu verdanken, daß die Exil-CDU auf dem Goslarer Gründungsparteitag der CDU 1950 als eigenständiger Landesverband in die Satzung aufgenommen wurde. Die Parteigründung der Gesamt-CDU sei zu spät erfolgt, meinte Gradl. Er sprach in diesem Zusammenhang von "fünf verlorenen Jahren", die gerade den Parteifreunden im Osten zu schaffen gemacht hätten, "die darauf gewartet haben, daß sie durch eine gesamtdeutsche Union den Rückhalt bekommen und die Unterstützung, die sie in ihrem Kampf so notwendig brauchten".

Johann Baptist Gradl schlug in der Gründungsphase der Bundesrepublik keine politische Karriere ein wie etwa Kaiser oder Lemmer. Er ging nicht in den Bundestag nach Bonn, sondern widmete sich vorwiegend in Berlin dem Journalismus. Mit der Gründung der Berliner Tageszeitung "Der Tag", deren Leitung Gradl übernahm, sollte ein publizistisches Sprachrohr für die Politik der Union geschaffen werden. "Der Tag" verstand sich als "unabhängige Zeitung für Deutschland". Sie war Nachfolgerin der "Neuen Zeit", deren hoffnungsvoller Neuanfang unter dem langjährigen Gradl-Vertrauten aus der Zeit der "Germania", Wilhelm Gries, ebenfalls von den Sowjets zunichte gemacht worden war. Gries war von der SMAD von seiner Position als Chefredakteur abgelöst worden und übernahm den "Tag". Ihm war fast die ganze Redaktion gefolgt, so daß "Der Tag" direkt mit einem erfahrenen Redaktionsteam seine Tätigkeit aufnehmen konnte.

Durch seinen publizistischen und politischen Einsatz für Berlin und die Wiedervereinigung wurde Gradl in der Bundesrepublik frühzeitig bekannt. 1952 wurde er Mitglied im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen. Dieses Gremium, das bis Mitte der siebziger Jahre bestand und dessen Präsident Gradl später wurde, hatte zur Aufgabe, praktische und technische Schritte einer Wiedervereinigung auf allen politischen Feldern gedanklich vorzubereiten. Was zunächst dazu gedacht war, eine bevorstehende Vereinigung "ohne Chaos und Krieg" konkret zu bewerkstelligen, entwickelte sich später zu einem Forum, in dem langfristige Lösungsmöglichkeiten der deutschen Frage erforscht und beraten wurden. "Leitschnur wurde", so äußerte Gradl später, "die Überlegung, wie das Nebeneinander der Systeme im Interesse des deutschen Zusammenhalts

und bei Beachtung beiderseitiger Sachinteressen konstruktiv gestaltet werden könnte".
Auf dem Hamburger Parteitag 1953 wurde Gradl in den Bundesvorstand der CDU gewählt. 1954 wurde er Mitbegründer des "Kuratoriums Unteilbares Deutschland", dessen langjähriger Präsident er später werden sollte. Das Kuratorium verstand sich, wie Gradl auf der konstituierenden Sitzung verdeutlichte, weniger als "neue Organisation für geräuschvolles Wirken in der Öffentlichkeit", sondern als parteiübergreifendes Gremium, das "die bestehenden Institutionen und Organisationen für die Stärkung des deutschen Einheitswillen" unterstützen sollte. Die Herausforderung, das "Prinzip Nation" offenzuhalten, wurde seit den siebziger Jahren, wie Gradl freimütig einräumte, angesichts des zunehmenden Desinteresses und einer verbreiteten Resignation vor den vermeintlich unabänderlichen Realitäten immer schwieriger.

V

Gradl war somit auch in der Bundespolitik kein Unbekannter mehr, als er im Alter von nunmehr 53 Jahren als Vertreter seiner Heimatstadt Berlin 1957 in den Dritten Deutschen Bundestag einzog. Mit Adenauer, zu dem er besonders in der Deutschlandpolitik in kritischer Distanz stand, hatte er sich in den Gremien der Bundespartei schon manches Wortduell geliefert, beispielsweise bei der Bewertung der Stalin-Noten von 1952. Der Mann Jakob Kaisers blieb der Politik des Kanzlers aber letztendlich verbunden. Er unterstützte sie als Mahner der deutschen Einheit.
Gradl blieb 23 Jahre Abgeordneter. In dieser langen Zeitspanne als Parlamentarier - bis zu seinem Ausscheiden 1980 - galt er als einer der profiliertesten und anerkanntesten Deutschlandpolitiker der Bundesrepublik. Als Vorsitzender des Gesamtdeutschen Ausschusses des Bundestages und als deutschlandpolitischer Sprecher sowie in seinen weiteren Funktionen in der Partei, dem Kuratorium und dem Forschungsbeirat hat er die deutschlandpolitische Debatte in der Bundesrepublik drei Jahrzehnte lang wesentlich mitgeprägt. Die Wiederherstellung Deutschlands in Frieden und Freiheit blieb das wichtigste Ziel seines politischen Denkens und Handelns. Als nachdenklicher Gestalter, aufmerksamer Beobachter und vielbeachteter Kritiker blieb er dabei immer der Sache verpflichtet.
Polemik und parteiliches Aufrechnen waren ihm fremd. Die Einheit der Nation und die Überwindung der gerade in seiner Heimatstadt

Berlin so schmerzhaft zum Ausdruck kommenden deutschen Teilung war ihm ein zu wichtiges Anliegen, als daß er Zeit seines parlamentarischen Engagements und politischen Wirkens nicht immer auch die Verständigung mit dem politischen Gegner gesucht hätte. Gradl wollte parteiübergreifend im deutschen Volk den deutschlandpolitischen Konsens wahren. Dies schien ihm eine wichtige Voraussetzung dafür zu sein, die Idee von der Einheit der Nation zu erhalten und an kommende Generationen weiterzugeben.
Nach seinem Einzug ins Bonner Parlament im September 1957 machte Gradl rasch von sich reden. Sein am 2. Juli 1958 eingereichter Antrag, ein Viermächtegremium aus hochrangigen Vertretern zu bilden, das mit dem auf Dauer angelegten Auftrag versehen war, gemeinsame Vorschläge zur deutschen Frage zu erarbeiten, wurde einstimmig angenommen. Diese im Vorfeld des Chruschtschow-Ultimatums eingebrachte Initiative hatte nicht zuletzt eine innenpolitische Funktion: Sie leitete - allen tagespolitischen Auseinandersetzungen um sogenannte "verpaßte Chancen" der Vergangenheit zum Trotz - eine deutschlandpolitische Entkrampfung zwischen Regierung und SPD ein, die gerade in der Zeit der Berlin-Krise zu einem Stabilitätsmoment der Bonner Deutschlandpolitik wurde. Herbert Wehner wurde dabei zum wichtigsten Ansprechpartner Gradls, der eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht nur in der Deutschlandpolitik vor dem Hintergrund der positiven Weimarer Erfahrungen des Zentrums mit der SPD immer wieder befürwortete.
Gradl galt als "Mann mit Zukunft", wie ihm in der Presse allseits attestiert wurde. Seine Verbindlichkeit im Umgang mit dem politischen Gegner sollte ihm aber nicht allein zum Vorteil gereichen. Ein Lob des "Vorwärts", daß Gradl das "gesamtdeutsche Gewissen der CDU" verkörpere, konnte in der eigenen Partei auch zu Mißverständnissen führen.
Mit dem Bau der Berliner Mauer zerstoben Gradls Hoffnungen auf die Vier-Mächte-Diplomatie. Er hatte gehofft, die SED bekäme in diesem Kontext große Schwierigkeiten. Mit dem Mauerbau vom 13. August 1961 erwies sich dies als Illusion. Andererseits hielt er Adenauers Angriffe auf den Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt in diesen schwierigen Tagen weitblickend für ein "psychologisches Unglück".
In der Folgezeit gehörte Gradl zu den Erneuerern in den Unionsparteien, die eine starre deutschlandpolitische Grundlinie verlassen wollten und für eine vorsichtige Verständigungsbereitschaft gegenüber dem Osten, insbesondere gegenüber Moskau plädierten. Der

wirksamen Abschottung der DDR und den fortgesetzten Feindseligkeiten des Ostblockes gegen den angeblichen westdeutschen Revanchismus standen im Westen die Abrüstungs- und Entspannungswünsche gerade der amerikanischen Supermacht entgegen. Bonns deutschlandpolitische Erstarrung schien nicht mehr in die Zeit zu passen. Initiative und neue Beweglichkeit waren gefragt. Dafür stand auch Gradls Ernennung zum Bundesminister für Vertriebene im Kabinett Erhard (1963-1966), das sich durch manche diplomatische Entspannungsbemühungen (Außenminister Gerhard Schröder) wie beispielsweise die "Friedensnote" vom März 1966 auszeichnete, wie später auch seine Ernennung zum Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen.
Gradl war sich bewußt, daß eine behutsame Flexibilität im Umgang mit der DDR und dem Ostblock ein Gebot der Stunde war. Er befürwortete das Berliner Passierscheinabkommen ebenso wie er später den Plan eines Redneraustausches zwischen SPD und SED guthieß.
Die kurzzeitigen Ministerehren stellten den formalen Höhepunkt seiner Karriere dar. Im Kabinett der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger seit Dezember 1966 war er nicht mehr vertreten. Man mag sich fragen, inwieweit die Abwesenheit des bekanntesten Deutschlandpolitikers, den die Unionsparteien aufzubieten hatten, nicht Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie war. Der deutschlandpolitische Kompetenzzuwachs, den die SPD im Kabinett der "Großen Koalition" zu verzeichnen hatte, konnte von der Union jedenfalls nicht mehr wettgemacht werden. Über die Gründe der Nichternennung Gradls ist viel gerätselt worden. Innerhalb seiner Partei war er nicht unumstritten, und alte Rechnungen standen zur Begleichung an. Seine Äußerungen zur polnischen Westgrenze, daß man im Verhältnis zu Warschau zu einer Versöhnung nur dann kommen werde, "wenn beide Seiten sich dazu durchringen, die Position, die sie jetzt im politischen Streit miteinander einnehmen, nicht als absolute anzusehen, sondern als Ausgangspositionen, von denen man sich aufeinander zu bewegt", erschienen manchem, gerade den Vertriebenenpolitikern, kaum hinnehmbar.
In einem Interview von 1965 verdeutlichte er, daß es sich "bei der Wiedervereinigung im engeren Sinne ... um die Vereinigung der Deutschen jener Gebiete, die international von keiner Seite als deutsche Gebiete bestritten sind", handeln würde. "Das sind", so schob er unmißverständlich nach, "die Gebiete der Bundesrepublik und der DDR": Die Menschen, "die zusammen für die Welt heute im politischen Sinne das deutsche Volk darstellen, sind die 70 bis

sich Gradls Konzept einer Anerkennung des Moskauer und einer Ablehnung des Warschauer Vertrages auch deutlich von der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion letztendlich eingenommenen Grundlinie. In der vierten Phase, die die Zeit von seinem Ausscheiden aus dem Bundestag bis zu seinem Tod im Jahre 1988 umfaßt, widmete sich Gradl als "elder statesman" der Deutschlandpolitik. Den Regierungswechsel 1982 hat er freudig begrüßt. Er unterstützte nachhaltig die neue deutschlandpolitische Linie von Bundeskanzler Helmut Kohl, dem er sich auch persönlich eng verbunden fühlte.

In den achtziger Jahren beschäftigte ihn vor allem die Frage, wie der Resignation über die Teilung des Landes abgeholfen werden und der Gedanke der Einheit der Nation auch für die Zukunft wachgehalten werden könnte. Deutschlandpolitik wurde für ihn zur "nationalpädagogischen" Aufgabe. Gerade für die junge Generation in der Bundesrepublik betonte er in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer "nationalpolitischen Pädagogik": "Die Kenntnis von Deutschland als Ganzem", so forderte er in einem wegweisenden Aufsatz bereits 1975, "muß permanent vermittelt werden. Das Verhältnis zur eigenen Geschichte und Wirklichkeit muß entwickelt und verlebendigt werden". Der primär pädagogischen Frage, das Interesse an der Deutschlandpolitik "über eine ungewiß lange Zeit wirksam" wachzuhalten, widmete er in der Folgezeit sein Hauptaugenmerk. Debatten über die Entstehung eines bundesrepublikanischen Staatsbewußtseins, die schleichende Entfremdung zwischen den beiden deutschen Staaten, vor allem aber die zunehmende Unkenntnis der jungen Generation über den anderen Teil Deutschlands haben ihn geschmerzt. Die Kultusminister-Konferenz griff Gradls Gedankengänge auf und hat in einem Beschluß 1978 die formalen Voraussetzungen für eine vertiefte Behandlung der deutschen Frage im Schulunterricht geschaffen.

Für sein politisches Wirken erfuhr Johann Baptist Gradl zahlreiche Ehrungen. Anläßlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft seiner Heimatstadt Berlin wurde er als ein Mann gewürdigt, der die Überwindung der deutschen Teilung nicht als Wunschtraum von Phantasten, sondern als reale Vision stets vor Augen hatte. In den von Verwehungen des Zeitgeistes gekennzeichneten 80er Jahren erschienen solche Ansichten manchmal schon als Anachronismen wunderlicher Außenseiter. In der Tat hinterließen die zunehmende Resignation, ja das öffentlich zur Schau getragene Desinteresse hinsichtlich der Zukunft der Deutschen Frage und die wachsende Ablehnung des Ziels der Wiedervereinigung bei dem über achtzigjäh-

rigen Gradl ihre Spuren. Die Bitterkeit, die er darüber manchmal empfand, ließ ihn allerdings nie daran zweifeln, daß eines Tages die Deutschen in freier Selbstbestimmung wieder in einem Staat zusammenleben würden. Johann Baptist Gradl starb im Juli 1988 in seiner Geburts- und Heimatstadt Berlin. Er hatte "an der deutschen Teilung ... bis zu seiner letzten Stunde gelitten" (Karl Wilhelm Fricke). Seine Hoffnung auf eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ging nur kurze Zeit nach seinem Tod in Erfüllung.

und bei Beachtung beiderseitiger Sachinteressen konstruktiv gestaltet werden könnte".
Auf dem Hamburger Parteitag 1953 wurde Gradl in den Bundesvorstand der CDU gewählt. 1954 wurde er Mitbegründer des "Kuratoriums Unteilbares Deutschland", dessen langjähriger Präsident er später werden sollte. Das Kuratorium verstand sich, wie Gradl auf der konstituierenden Sitzung verdeutlichte, weniger als "neue Organisation für geräuschvolles Wirken in der Öffentlichkeit", sondern als parteiübergreifendes Gremium, das "die bestehenden Institutionen und Organisationen für die Stärkung des deutschen Einheitswillen" unterstützen sollte. Die Herausforderung, das "Prinzip Nation" offenzuhalten, wurde seit den siebziger Jahren, wie Gradl freimütig einräumte, angesichts des zunehmenden Desinteresses und einer verbreiteten Resignation vor den vermeintlich unabänderlichen Realitäten immer schwieriger.

V

Gradl war somit auch in der Bundespolitik kein Unbekannter mehr, als er im Alter von nunmehr 53 Jahren als Vertreter seiner Heimatstadt Berlin 1957 in den Dritten Deutschen Bundestag einzog. Mit Adenauer, zu dem er besonders in der Deutschlandpolitik in kritischer Distanz stand, hatte er sich in den Gremien der Bundespartei schon manches Wortduell geliefert, beispielsweise bei der Bewertung der Stalin-Noten von 1952. Der Mann Jakob Kaisers blieb der Politik des Kanzlers aber letztendlich verbunden. Er unterstützte sie als Mahner der deutschen Einheit.
Gradl blieb 23 Jahre Abgeordneter. In dieser langen Zeitspanne als Parlamentarier - bis zu seinem Ausscheiden 1980 - galt er als einer der profiliertesten und anerkanntesten Deutschlandpolitiker der Bundesrepublik. Als Vorsitzender des Gesamtdeutschen Ausschusses des Bundestages und als deutschlandpolitischer Sprecher sowie in seinen weiteren Funktionen in der Partei, dem Kuratorium und dem Forschungsbeirat hat er die deutschlandpolitische Debatte in der Bundesrepublik drei Jahrzehnte lang wesentlich mitgeprägt. Die Wiederherstellung Deutschlands in Frieden und Freiheit blieb das wichtigste Ziel seines politischen Denkens und Handelns. Als nachdenklicher Gestalter, aufmerksamer Beobachter und vielbeachteter Kritiker blieb er dabei immer der Sache verpflichtet.
Polemik und parteiliches Aufrechnen waren ihm fremd. Die Einheit der Nation und die Überwindung der gerade in seiner Heimatstadt

"Exil-CDU" legitimiert sei, für die Union in der SBZ zu sprechen. Die Gründungsmitglieder gehörten alle dem letzten demokratisch legitimierten Hauptvorstand der Ost-CDU vom September 1947 an. Vor allem Gradls Einsatz war es zu verdanken, daß die Exil-CDU auf dem Goslarer Gründungsparteitag der CDU 1950 als eigenständiger Landesverband in die Satzung aufgenommen wurde. Die Parteigründung der Gesamt-CDU sei zu spät erfolgt, meinte Gradl. Er sprach in diesem Zusammenhang von "fünf verlorenen Jahren", die gerade den Parteifreunden im Osten zu schaffen gemacht hätten, "die darauf gewartet haben, daß sie durch eine gesamtdeutsche Union den Rückhalt bekommen und die Unterstützung, die sie in ihrem Kampf so notwendig brauchten".

Johann Baptist Gradl schlug in der Gründungsphase der Bundesrepublik keine politische Karriere ein wie etwa Kaiser oder Lemmer. Er ging nicht in den Bundestag nach Bonn, sondern widmete sich vorwiegend in Berlin dem Journalismus. Mit der Gründung der Berliner Tageszeitung "Der Tag", deren Leitung Gradl übernahm, sollte ein publizistisches Sprachrohr für die Politik der Union geschaffen werden. "Der Tag" verstand sich als "unabhängige Zeitung für Deutschland". Sie war Nachfolgerin der "Neuen Zeit", deren hoffnungsvoller Neuanfang unter dem langjährigen Gradl-Vertrauten aus der Zeit der "Germania", Wilhelm Gries, ebenfalls von den Sowjets zunichte gemacht worden war. Gries war von der SMAD von seiner Position als Chefredakteur abgelöst worden und übernahm den "Tag". Ihm war fast die ganze Redaktion gefolgt, so daß "Der Tag" direkt mit einem erfahrenen Redaktionsteam seine Tätigkeit aufnehmen konnte.

Durch seinen publizistischen und politischen Einsatz für Berlin und die Wiedervereinigung wurde Gradl in der Bundesrepublik frühzeitig bekannt. 1952 wurde er Mitglied im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen. Dieses Gremium, das bis Mitte der siebziger Jahre bestand und dessen Präsident Gradl später wurde, hatte zur Aufgabe, praktische und technische Schritte einer Wiedervereinigung auf allen politischen Feldern gedanklich vorzubereiten. Was zunächst dazu gedacht war, eine bevorstehende Vereinigung "ohne Chaos und Krieg" konkret zu bewerkstelligen, entwickelte sich später zu einem Forum, in dem langfristige Lösungsmöglichkeiten der deutschen Frage erforscht und beraten wurden. "Leitschnur wurde", so äußerte Gradl später, "die Überlegung, wie das Nebeneinander der Systeme im Interesse des deutschen Zusammenhalts

Berlin so schmerzhaft zum Ausdruck kommenden deutschen Teilung war ihm ein zu wichtiges Anliegen, als daß er Zeit seines parlamentarischen Engagements und politischen Wirkens nicht immer auch die Verständigung mit dem politischen Gegner gesucht hätte. Gradl wollte parteiübergreifend im deutschen Volk den deutschlandpolitischen Konsens wahren. Dies schien ihm eine wichtige Voraussetzung dafür zu sein, die Idee von der Einheit der Nation zu erhalten und an kommende Generationen weiterzugeben.
Nach seinem Einzug ins Bonner Parlament im September 1957 machte Gradl rasch von sich reden. Sein am 2. Juli 1958 eingereichter Antrag, ein Viermächtegremium aus hochrangigen Vertretern zu bilden, das mit dem auf Dauer angelegten Auftrag versehen war, gemeinsame Vorschläge zur deutschen Frage zu erarbeiten, wurde einstimmig angenommen. Diese im Vorfeld des Chruschtschow-Ultimatums eingebrachte Initiative hatte nicht zuletzt eine innenpolitische Funktion: Sie leitete - allen tagespolitischen Auseinandersetzungen um sogenannte "verpaßte Chancen" der Vergangenheit zum Trotz - eine deutschlandpolitische Entkrampfung zwischen Regierung und SPD ein, die gerade in der Zeit der Berlin-Krise zu einem Stabilitätsmoment der Bonner Deutschlandpolitik wurde. Herbert Wehner wurde dabei zum wichtigsten Ansprechpartner Gradls, der eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht nur in der Deutschlandpolitik vor dem Hintergrund der positiven Weimarer Erfahrungen des Zentrums mit der SPD immer wieder befürwortete.
Gradl galt als "Mann mit Zukunft", wie ihm in der Presse allseits attestiert wurde. Seine Verbindlichkeit im Umgang mit dem politischen Gegner sollte ihm aber nicht allein zum Vorteil gereichen. Ein Lob des "Vorwärts", daß Gradl das "gesamtdeutsche Gewissen der CDU" verkörpere, konnte in der eigenen Partei auch zu Mißverständnissen führen.
Mit dem Bau der Berliner Mauer zerstoben Gradls Hoffnungen auf die Vier-Mächte-Diplomatie. Er hatte gehofft, die SED bekäme in diesem Kontext große Schwierigkeiten. Mit dem Mauerbau vom 13. August 1961 erwies sich dies als Illusion. Andererseits hielt er Adenauers Angriffe auf den Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt in diesen schwierigen Tagen weitblickend für ein "psychologisches Unglück".
In der Folgezeit gehörte Gradl zu den Erneuerern in den Unionsparteien, die eine starre deutschlandpolitische Grundlinie verlassen wollten und für eine vorsichtige Verständigungsbereitschaft gegenüber dem Osten, insbesondere gegenüber Moskau plädierten. Der

wirksamen Abschottung der DDR und den fortgesetzten Feindseligkeiten des Ostblockes gegen den angeblichen westdeutschen Revanchismus standen im Westen die Abrüstungs- und Entspannungswünsche gerade der amerikanischen Supermacht entgegen. Bonns deutschlandpolitische Erstarrung schien nicht mehr in die Zeit zu passen. Initiative und neue Beweglichkeit waren gefragt. Dafür stand auch Gradls Ernennung zum Bundesminister für Vertriebene im Kabinett Erhard (1963-1966), das sich durch manche diplomatische Entspannungsbemühungen (Außenminister Gerhard Schröder) wie beispielsweise die "Friedensnote" vom März 1966 auszeichnete, wie später auch seine Ernennung zum Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen.
Gradl war sich bewußt, daß eine behutsame Flexibilität im Umgang mit der DDR und dem Ostblock ein Gebot der Stunde war. Er befürwortete das Berliner Passierscheinabkommen ebenso wie er später den Plan eines Redneraustausches zwischen SPD und SED guthieß.
Die kurzzeitigen Ministerehren stellten den formalen Höhepunkt seiner Karriere dar. Im Kabinett der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger seit Dezember 1966 war er nicht mehr vertreten. Man mag sich fragen, inwieweit die Abwesenheit des bekanntesten Deutschlandpolitikers, den die Unionsparteien aufzubieten hatten, nicht Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie war. Der deutschlandpolitische Kompetenzzuwachs, den die SPD im Kabinett der "Großen Koalition" zu verzeichnen hatte, konnte von der Union jedenfalls nicht mehr wettgemacht werden. Über die Gründe der Nichternennung Gradls ist viel gerätselt worden. Innerhalb seiner Partei war er nicht unumstritten, und alte Rechnungen standen zur Begleichung an. Seine Äußerungen zur polnischen Westgrenze, daß man im Verhältnis zu Warschau zu einer Versöhnung nur dann kommen werde, "wenn beide Seiten sich dazu durchringen, die Position, die sie jetzt im politischen Streit miteinander einnehmen, nicht als absolute anzusehen, sondern als Ausgangspositionen, von denen man sich aufeinander zu bewegt", erschienen manchem, gerade den Vertriebenenpolitikern, kaum hinnehmbar.
In einem Interview von 1965 verdeutlichte er, daß es sich "bei der Wiedervereinigung im engeren Sinne ... um die Vereinigung der Deutschen jener Gebiete, die international von keiner Seite als deutsche Gebiete bestritten sind", handeln würde. "Das sind", so schob er unmißverständlich nach, "die Gebiete der Bundesrepublik und der DDR": Die Menschen, "die zusammen für die Welt heute im politischen Sinne das deutsche Volk darstellen, sind die 70 bis

Johann Baptist Gradl (1904 – 1988)

75 Millionen in West- und Mitteldeutschland. Ein deutscher Friedensvertrag muß mit ihnen geschlossen werden." Gradl war deutschlandpolitisch nicht rückwärtsgewandt, sondern zukunftsorientiert. Das hier mit Mut und Umsicht versinnbildlichte Modell sollte 1990 Wirklichkeit werden.
Mit dem 1969 eingeleiteten Machtwechsel zur sozial-liberalen Koalition zerbrach der Konsens in der Deutschlandfrage. Bei aller ablehnenden Kritik an der Politik der Regierung Brandt/Scheel - als langjähriger Befürworter einer überparteilichen Ost- und Deutschlandpolitik bedauerte er die Konzeption und Umsetzung der "neuen Ostpolitik" zutiefst - steuerte er einen eigenwilligen Kurs innerhalb der Unionsfraktion. Den Moskauer Vertrag von 1970 hielt er für zustimmungsfähig, den Warschauer Vertrag lehnte er als unzulässige Vorwegnahme einer kommenden friedensvertraglichen Grenzregelung ab. Die Unionsfraktion entschied sich bekanntlich für die Kompromißlösung, sich bei der Abstimmung über beide Verträge im Bundestag der Stimme zu enthalten, um die nicht unbeachtlichen Differenzen im eigenen Lager, nicht zuletzt zwischen CDU und CSU, zu überbrücken. Inwieweit Gradls Vorschlag einer sachlich differenzierten Wertung der beiden Vertragswerke - dem einen Vertrag zuzustimmen und dem anderen ebenso geschlossen die Zustimmung zu versagen - die Union aus ihrer damaligen deutschlandpolitischen Sackgasse befreit hätte, ist eine offene Frage.

VI

Gradls deutschlandpolitische Ansichten in der Zeit seines parlamentarischen Lebens und der sich daran anschließenden Zeitspanne des politischen "Unruhestands" während der achtziger Jahre lassen sich in verschiedene Phasen einteilen: Zwischen 1957 und 1962 stand der erfahrene Politiker, aber parlamentarische Neuling bereits mit ersten deutschlandpolitischen Vorstößen im Zentrum des öffentlichen Interesses. Gradl ging es in dieser von der Berlin-Krise geprägten Zeit vor allem um die Erhaltung und Vertiefung des deutschlandpolitischen Konsenses zwischen Regierung und SPD-Opposition. Zwischen 1962 und 1969 gehörte er zu jenen in seiner Partei, die für ein behutsames Zugehen auf den Ostblock plädierten, ohne einer Entspannungseuphorie zu erliegen.
In der dritten, durch die Auseinandersetzung um die Ostverträge gekennzeichneten Zeitspanne gehörte er zu den erfahrensten deutschlandpolitischen Köpfen seiner Fraktion. Indes unterschied

sich Gradls Konzept einer Anerkennung des Moskauer und einer Ablehnung des Warschauer Vertrages auch deutlich von der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion letztendlich eingenommenen Grundlinie. In der vierten Phase, die die Zeit von seinem Ausscheiden aus dem Bundestag bis zu seinem Tod im Jahre 1988 umfaßt, widmete sich Gradl als "elder statesman" der Deutschlandpolitik. Den Regierungswechsel 1982 hat er freudig begrüßt. Er unterstützte nachhaltig die neue deutschlandpolitische Linie von Bundeskanzler Helmut Kohl, dem er sich auch persönlich eng verbunden fühlte.

In den achtziger Jahren beschäftigte ihn vor allem die Frage, wie der Resignation über die Teilung des Landes abgeholfen werden und der Gedanke der Einheit der Nation auch für die Zukunft wachgehalten werden könnte. Deutschlandpolitik wurde für ihn zur "nationalpädagogischen" Aufgabe. Gerade für die junge Generation in der Bundesrepublik betonte er in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer "nationalpolitischen Pädagogik": "Die Kenntnis von Deutschland als Ganzem", so forderte er in einem wegweisenden Aufsatz bereits 1975, "muß permanent vermittelt werden. Das Verhältnis zur eigenen Geschichte und Wirklichkeit muß entwickelt und verlebendigt werden". Der primär pädagogischen Frage, das Interesse an der Deutschlandpolitik "über eine ungewiß lange Zeit wirksam" wachzuhalten, widmete er in der Folgezeit sein Hauptaugenmerk. Debatten über die Entstehung eines bundesrepublikanischen Staatsbewußtseins, die schleichende Entfremdung zwischen den beiden deutschen Staaten, vor allem aber die zunehmende Unkenntnis der jungen Generation über den anderen Teil Deutschlands haben ihn geschmerzt. Die Kultusminister-Konferenz griff Gradls Gedankengänge auf und hat in einem Beschluß 1978 die formalen Voraussetzungen für eine vertiefte Behandlung der deutschen Frage im Schulunterricht geschaffen.

Für sein politisches Wirken erfuhr Johann Baptist Gradl zahlreiche Ehrungen. Anläßlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft seiner Heimatstadt Berlin wurde er als ein Mann gewürdigt, der die Überwindung der deutschen Teilung nicht als Wunschtraum von Phantasten, sondern als reale Vision stets vor Augen hatte. In den von Verwehungen des Zeitgeistes gekennzeichneten 80er Jahren erschienen solche Ansichten manchmal schon als Anachronismen wunderlicher Außenseiter. In der Tat hinterließen die zunehmende Resignation, ja das öffentlich zur Schau getragene Desinteresse hinsichtlich der Zukunft der Deutschen Frage und die wachsende Ablehnung des Ziels der Wiedervereinigung bei dem über achtzigjäh-

rigen Gradl ihre Spuren. Die Bitterkeit, die er darüber manchmal empfand, ließ ihn allerdings nie daran zweifeln, daß eines Tages die Deutschen in freier Selbstbestimmung wieder in einem Staat zusammenleben würden. Johann Baptist Gradl starb im Juli 1988 in seiner Geburts- und Heimatstadt Berlin. Er hatte "an der deutschen Teilung ... bis zu seiner letzten Stunde gelitten" (Karl Wilhelm Fricke). Seine Hoffnung auf eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ging nur kurze Zeit nach seinem Tod in Erfüllung.

Berlin so schmerzhaft zum Ausdruck kommenden deutschen Teilung war ihm ein zu wichtiges Anliegen, als daß er Zeit seines parlamentarischen Engagements und politischen Wirkens nicht immer auch die Verständigung mit dem politischen Gegner gesucht hätte. Gradl wollte parteiübergreifend im deutschen Volk den deutschlandpolitischen Konsens wahren. Dies schien ihm eine wichtige Voraussetzung dafür zu sein, die Idee von der Einheit der Nation zu erhalten und an kommende Generationen weiterzugeben.
Nach seinem Einzug ins Bonner Parlament im September 1957 machte Gradl rasch von sich reden. Sein am 2. Juli 1958 eingereichter Antrag, ein Viermächtegremium aus hochrangigen Vertretern zu bilden, das mit dem auf Dauer angelegten Auftrag versehen war, gemeinsame Vorschläge zur deutschen Frage zu erarbeiten, wurde einstimmig angenommen. Diese im Vorfeld des Chruschtschow-Ultimatums eingebrachte Initiative hatte nicht zuletzt eine innenpolitische Funktion: Sie leitete - allen tagespolitischen Auseinandersetzungen um sogenannte "verpaßte Chancen" der Vergangenheit zum Trotz - eine deutschlandpolitische Entkrampfung zwischen Regierung und SPD ein, die gerade in der Zeit der Berlin-Krise zu einem Stabilitätsmoment der Bonner Deutschlandpolitik wurde. Herbert Wehner wurde dabei zum wichtigsten Ansprechpartner Gradls, der eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht nur in der Deutschlandpolitik vor dem Hintergrund der positiven Weimarer Erfahrungen des Zentrums mit der SPD immer wieder befürwortete.
Gradl galt als "Mann mit Zukunft", wie ihm in der Presse allseits attestiert wurde. Seine Verbindlichkeit im Umgang mit dem politischen Gegner sollte ihm aber nicht allein zum Vorteil gereichen. Ein Lob des "Vorwärts", daß Gradl das "gesamtdeutsche Gewissen der CDU" verkörpere, konnte in der eigenen Partei auch zu Mißverständnissen führen.
Mit dem Bau der Berliner Mauer zerstoben Gradls Hoffnungen auf die Vier-Mächte-Diplomatie. Er hatte gehofft, die SED bekäme in diesem Kontext große Schwierigkeiten. Mit dem Mauerbau vom 13. August 1961 erwies sich dies als Illusion. Andererseits hielt er Adenauers Angriffe auf den Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt in diesen schwierigen Tagen weitblickend für ein "psychologisches Unglück".
In der Folgezeit gehörte Gradl zu den Erneuerern in den Unionsparteien, die eine starre deutschlandpolitische Grundlinie verlassen wollten und für eine vorsichtige Verständigungsbereitschaft gegenüber dem Osten, insbesondere gegenüber Moskau plädierten. Der

wirksamen Abschottung der DDR und den fortgesetzten Feindseligkeiten des Ostblockes gegen den angeblichen westdeutschen Revanchismus standen im Westen die Abrüstungs- und Entspannungswünsche gerade der amerikanischen Supermacht entgegen. Bonns deutschlandpolitische Erstarrung schien nicht mehr in die Zeit zu passen. Initiative und neue Beweglichkeit waren gefragt. Dafür stand auch Gradls Ernennung zum Bundesminister für Vertriebene im Kabinett Erhard (1963-1966), das sich durch manche diplomatische Entspannungsbemühungen (Außenminister Gerhard Schröder) wie beispielsweise die "Friedensnote" vom März 1966 auszeichnete, wie später auch seine Ernennung zum Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen.
Gradl war sich bewußt, daß eine behutsame Flexibilität im Umgang mit der DDR und dem Ostblock ein Gebot der Stunde war. Er befürwortete das Berliner Passierscheinabkommen ebenso wie er später den Plan eines Redneraustausches zwischen SPD und SED guthieß.
Die kurzzeitigen Ministerehren stellten den formalen Höhepunkt seiner Karriere dar. Im Kabinett der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger seit Dezember 1966 war er nicht mehr vertreten. Man mag sich fragen, inwieweit die Abwesenheit des bekanntesten Deutschlandpolitikers, den die Unionsparteien aufzubieten hatten, nicht Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie war. Der deutschlandpolitische Kompetenzzuwachs, den die SPD im Kabinett der "Großen Koalition" zu verzeichnen hatte, konnte von der Union jedenfalls nicht mehr wettgemacht werden. Über die Gründe der Nichternennung Gradls ist viel gerätselt worden. Innerhalb seiner Partei war er nicht unumstritten, und alte Rechnungen standen zur Begleichung an. Seine Äußerungen zur polnischen Westgrenze, daß man im Verhältnis zu Warschau zu einer Versöhnung nur dann kommen werde, "wenn beide Seiten sich dazu durchringen, die Position, die sie jetzt im politischen Streit miteinander einnehmen, nicht als absolute anzusehen, sondern als Ausgangspositionen, von denen man sich aufeinander zu bewegt", erschienen manchem, gerade den Vertriebenenpolitikern, kaum hinnehmbar.
In einem Interview von 1965 verdeutlichte er, daß es sich "bei der Wiedervereinigung im engeren Sinne ... um die Vereinigung der Deutschen jener Gebiete, die international von keiner Seite als deutsche Gebiete bestritten sind", handeln würde. "Das sind", so schob er unmißverständlich nach, "die Gebiete der Bundesrepublik und der DDR": Die Menschen, "die zusammen für die Welt heute im politischen Sinne das deutsche Volk darstellen, sind die 70 bis

Johann Baptist Gradl (1904 – 1988)

75 Millionen in West- und Mitteldeutschland. Ein deutscher Friedensvertrag muß mit ihnen geschlossen werden." Gradl war deutschlandpolitisch nicht rückwärtsgewandt, sondern zukunftsorientiert. Das hier mit Mut und Umsicht versinnbildlichte Modell sollte 1990 Wirklichkeit werden.
Mit dem 1969 eingeleiteten Machtwechsel zur sozial-liberalen Koalition zerbrach der Konsens in der Deutschlandfrage. Bei aller ablehnenden Kritik an der Politik der Regierung Brandt/Scheel - als langjähriger Befürworter einer überparteilichen Ost- und Deutschlandpolitik bedauerte er die Konzeption und Umsetzung der "neuen Ostpolitik" zutiefst - steuerte er einen eigenwilligen Kurs innerhalb der Unionsfraktion. Den Moskauer Vertrag von 1970 hielt er für zustimmungsfähig, den Warschauer Vertrag lehnte er als unzulässige Vorwegnahme einer kommenden friedensvertraglichen Grenzregelung ab. Die Unionsfraktion entschied sich bekanntlich für die Kompromißlösung, sich bei der Abstimmung über beide Verträge im Bundestag der Stimme zu enthalten, um die nicht unbeachtlichen Differenzen im eigenen Lager, nicht zuletzt zwischen CDU und CSU, zu überbrücken. Inwieweit Gradls Vorschlag einer sachlich differenzierten Wertung der beiden Vertragswerke - dem einen Vertrag zuzustimmen und dem anderen ebenso geschlossen die Zustimmung zu versagen - die Union aus ihrer damaligen deutschlandpolitischen Sackgasse befreit hätte, ist eine offene Frage.

VI

Gradls deutschlandpolitische Ansichten in der Zeit seines parlamentarischen Lebens und der sich daran anschließenden Zeitspanne des politischen "Unruhestands" während der achtziger Jahre lassen sich in verschiedene Phasen einteilen: Zwischen 1957 und 1962 stand der erfahrene Politiker, aber parlamentarische Neuling bereits mit ersten deutschlandpolitischen Vorstößen im Zentrum des öffentlichen Interesses. Gradl ging es in dieser von der Berlin-Krise geprägten Zeit vor allem um die Erhaltung und Vertiefung des deutschlandpolitischen Konsenses zwischen Regierung und SPD-Opposition. Zwischen 1962 und 1969 gehörte er zu jenen in seiner Partei, die für ein behutsames Zugehen auf den Ostblock plädierten, ohne einer Entspannungseuphorie zu erliegen.
In der dritten, durch die Auseinandersetzung um die Ostverträge gekennzeichneten Zeitspanne gehörte er zu den erfahrensten deutschlandpolitischen Köpfen seiner Fraktion. Indes unterschied

sich Gradls Konzept einer Anerkennung des Moskauer und einer Ablehnung des Warschauer Vertrages auch deutlich von der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion letztendlich eingenommenen Grundlinie. In der vierten Phase, die die Zeit von seinem Ausscheiden aus dem Bundestag bis zu seinem Tod im Jahre 1988 umfaßt, widmete sich Gradl als "elder statesman" der Deutschlandpolitik. Den Regierungswechsel 1982 hat er freudig begrüßt. Er unterstützte nachhaltig die neue deutschlandpolitische Linie von Bundeskanzler Helmut Kohl, dem er sich auch persönlich eng verbunden fühlte.

In den achtziger Jahren beschäftigte ihn vor allem die Frage, wie der Resignation über die Teilung des Landes abgeholfen werden und der Gedanke der Einheit der Nation auch für die Zukunft wachgehalten werden könnte. Deutschlandpolitik wurde für ihn zur "nationalpädagogischen" Aufgabe. Gerade für die junge Generation in der Bundesrepublik betonte er in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer "nationalpolitischen Pädagogik": "Die Kenntnis von Deutschland als Ganzem", so forderte er in einem wegweisenden Aufsatz bereits 1975, "muß permanent vermittelt werden. Das Verhältnis zur eigenen Geschichte und Wirklichkeit muß entwickelt und verlebendigt werden". Der primär pädagogischen Frage, das Interesse an der Deutschlandpolitik "über eine ungewiß lange Zeit wirksam" wachzuhalten, widmete er in der Folgezeit sein Hauptaugenmerk. Debatten über die Entstehung eines bundesrepublikanischen Staatsbewußtseins, die schleichende Entfremdung zwischen den beiden deutschen Staaten, vor allem aber die zunehmende Unkenntnis der jungen Generation über den anderen Teil Deutschlands haben ihn geschmerzt. Die Kultusminister-Konferenz griff Gradls Gedankengänge auf und hat in einem Beschluß 1978 die formalen Voraussetzungen für eine vertiefte Behandlung der deutschen Frage im Schulunterricht geschaffen.

Für sein politisches Wirken erfuhr Johann Baptist Gradl zahlreiche Ehrungen. Anläßlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft seiner Heimatstadt Berlin wurde er als ein Mann gewürdigt, der die Überwindung der deutschen Teilung nicht als Wunschtraum von Phantasten, sondern als reale Vision stets vor Augen hatte. In den von Verwehungen des Zeitgeistes gekennzeichneten 80er Jahren erschienen solche Ansichten manchmal schon als Anachronismen wunderlicher Außenseiter. In der Tat hinterließen die zunehmende Resignation, ja das öffentlich zur Schau getragene Desinteresse hinsichtlich der Zukunft der Deutschen Frage und die wachsende Ablehnung des Ziels der Wiedervereinigung bei dem über achtzigjäh-

rigen Gradl ihre Spuren. Die Bitterkeit, die er darüber manchmal empfand, ließ ihn allerdings nie daran zweifeln, daß eines Tages die Deutschen in freier Selbstbestimmung wieder in einem Staat zusammenleben würden. Johann Baptist Gradl starb im Juli 1988 in seiner Geburts- und Heimatstadt Berlin. Er hatte "an der deutschen Teilung ... bis zu seiner letzten Stunde gelitten" (Karl Wilhelm Fricke). Seine Hoffnung auf eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ging nur kurze Zeit nach seinem Tod in Erfüllung.

"Exil-CDU" legitimiert sei, für die Union in der SBZ zu sprechen. Die Gründungsmitglieder gehörten alle dem letzten demokratisch legitimierten Hauptvorstand der Ost-CDU vom September 1947 an. Vor allem Gradls Einsatz war es zu verdanken, daß die Exil-CDU auf dem Goslarer Gründungsparteitag der CDU 1950 als eigenständiger Landesverband in die Satzung aufgenommen wurde. Die Parteigründung der Gesamt-CDU sei zu spät erfolgt, meinte Gradl. Er sprach in diesem Zusammenhang von "fünf verlorenen Jahren", die gerade den Parteifreunden im Osten zu schaffen gemacht hätten, "die darauf gewartet haben, daß sie durch eine gesamtdeutsche Union den Rückhalt bekommen und die Unterstützung, die sie in ihrem Kampf so notwendig brauchten".

Johann Baptist Gradl schlug in der Gründungsphase der Bundesrepublik keine politische Karriere ein wie etwa Kaiser oder Lemmer. Er ging nicht in den Bundestag nach Bonn, sondern widmete sich vorwiegend in Berlin dem Journalismus. Mit der Gründung der Berliner Tageszeitung "Der Tag", deren Leitung Gradl übernahm, sollte ein publizistisches Sprachrohr für die Politik der Union geschaffen werden. "Der Tag" verstand sich als "unabhängige Zeitung für Deutschland". Sie war Nachfolgerin der "Neuen Zeit", deren hoffnungsvoller Neuanfang unter dem langjährigen Gradl-Vertrauten aus der Zeit der "Germania", Wilhelm Gries, ebenfalls von den Sowjets zunichte gemacht worden war. Gries war von der SMAD von seiner Position als Chefredakteur abgelöst worden und übernahm den "Tag". Ihm war fast die ganze Redaktion gefolgt, so daß "Der Tag" direkt mit einem erfahrenen Redaktionsteam seine Tätigkeit aufnehmen konnte.

Durch seinen publizistischen und politischen Einsatz für Berlin und die Wiedervereinigung wurde Gradl in der Bundesrepublik frühzeitig bekannt. 1952 wurde er Mitglied im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen. Dieses Gremium, das bis Mitte der siebziger Jahre bestand und dessen Präsident Gradl später wurde, hatte zur Aufgabe, praktische und technische Schritte einer Wiedervereinigung auf allen politischen Feldern gedanklich vorzubereiten. Was zunächst dazu gedacht war, eine bevorstehende Vereinigung "ohne Chaos und Krieg" konkret zu bewerkstelligen, entwickelte sich später zu einem Forum, in dem langfristige Lösungsmöglichkeiten der deutschen Frage erforscht und beraten wurden. "Leitschnur wurde", so äußerte Gradl später, "die Überlegung, wie das Nebeneinander der Systeme im Interesse des deutschen Zusammenhalts

und bei Beachtung beiderseitiger Sachinteressen konstruktiv gestaltet werden könnte".
Auf dem Hamburger Parteitag 1953 wurde Gradl in den Bundesvorstand der CDU gewählt. 1954 wurde er Mitbegründer des "Kuratoriums Unteilbares Deutschland", dessen langjähriger Präsident er später werden sollte. Das Kuratorium verstand sich, wie Gradl auf der konstituierenden Sitzung verdeutlichte, weniger als "neue Organisation für geräuschvolles Wirken in der Öffentlichkeit", sondern als parteiübergreifendes Gremium, das "die bestehenden Institutionen und Organisationen für die Stärkung des deutschen Einheitswillen" unterstützen sollte. Die Herausforderung, das "Prinzip Nation" offenzuhalten, wurde seit den siebziger Jahren, wie Gradl freimütig einräumte, angesichts des zunehmenden Desinteresses und einer verbreiteten Resignation vor den vermeintlich unabänderlichen Realitäten immer schwieriger.

V

Gradl war somit auch in der Bundespolitik kein Unbekannter mehr, als er im Alter von nunmehr 53 Jahren als Vertreter seiner Heimatstadt Berlin 1957 in den Dritten Deutschen Bundestag einzog. Mit Adenauer, zu dem er besonders in der Deutschlandpolitik in kritischer Distanz stand, hatte er sich in den Gremien der Bundespartei schon manches Wortduell geliefert, beispielsweise bei der Bewertung der Stalin-Noten von 1952. Der Mann Jakob Kaisers blieb der Politik des Kanzlers aber letztendlich verbunden. Er unterstützte sie als Mahner der deutschen Einheit.
Gradl blieb 23 Jahre Abgeordneter. In dieser langen Zeitspanne als Parlamentarier - bis zu seinem Ausscheiden 1980 - galt er als einer der profiliertesten und anerkanntesten Deutschlandpolitiker der Bundesrepublik. Als Vorsitzender des Gesamtdeutschen Ausschusses des Bundestages und als deutschlandpolitischer Sprecher sowie in seinen weiteren Funktionen in der Partei, dem Kuratorium und dem Forschungsbeirat hat er die deutschlandpolitische Debatte in der Bundesrepublik drei Jahrzehnte lang wesentlich mitgeprägt. Die Wiederherstellung Deutschlands in Frieden und Freiheit blieb das wichtigste Ziel seines politischen Denkens und Handelns. Als nachdenklicher Gestalter, aufmerksamer Beobachter und vielbeachteter Kritiker blieb er dabei immer der Sache verpflichtet.
Polemik und parteiliches Aufrechnen waren ihm fremd. Die Einheit der Nation und die Überwindung der gerade in seiner Heimatstadt

litischem Verdacht. Dem Nationalsozialismus hat er sich aus politischen Gründen und aus Glaubensüberzeugung verweigert. Der Betriebsrat des Sparkassen- und Giroverbandes fragte im Herbst 1933 nach seiner "politischen Zuverlässigkeit" und denunzierte ihn, "im Hause den deutschen Gruß nicht zu erwidern". Auch der Stellenwechsel von 1938 hatte einen Grund in der zunehmenden Nazifizierung des Verbandes. Der zuverlässige Freundeskreis aus der Familie und der Pfarrei sowie aus Zentrumszeiten und Berufsumfeld gab Halt. Bei der Beantwortung des Fragebogens der Militärregierung über Mitgliedschaften und Tätigkeiten in nationalsozialistischen Organisationen konnte er 52 der 55 Fragen verneinen - er war lediglich bei der NS-Volkswohlfahrt, der Reichsschrifttumskammer und beim Reichsluftschutzbund. Dies waren reine Schutzmitgliedschaften zum beruflichen Überleben. Gradl selber hat über diese Zeit später gesagt: "Heroisch war mein Verhalten nicht. Aber nur, wer in einem totalitären System mit lückenlosem Polizei- und Überwachungsapparat gelebt hat, kann ermessen, was solches Leben dennoch verlangt. Ich hatte hin und wieder eine Schreckenssekunde, im ganzen hatte ich Glück."

III

Gradl überstand die Eroberung Berlins 1945 unbeschadet. Nicht verzweifeln hieß die Parole des Neuanfangs. Gradl verstand sich als Repräsentant einer besonders geforderten Generation in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Sie hatte seiner Meinung nach die Pflicht, die Dinge nicht in ein endgültiges Chaos laufen zu lassen. Man müsse und wolle leben, "indem wir schuldbewußt, aber auch besserungswillig zugreifen und jeder an seinem Platz anfängt mit der Arbeit für eine bessere Zukunft". Politisch hieß dies für ihn, daß Freiheit und Leben abhingen vom Willen zu Demokratie und Frieden.
Der "Anfang unter dem Sowjetstern", so verarbeitete er seine politischen Erfahrungen in der russisch besetzten Zone in der unmittelbaren Nachkriegszeit später literarisch, war von Überlebenswillen, Tatbereitschaft und Zukunftshoffnung gekennzeichnet. Lernen aus der Vergangenheit stand als Maxime hinter allen politischen Aktivitäten. Johann Baptist Gradl gehörte zum Gründerkreis der CDU in Berlin, obwohl sein Name auf dem Gründungsaufruf vom 26. Juni 1945 nicht verzeichnet ist. Wahrscheinlich hinderte ihn daran auch seine Tätigkeit als Liquidator der Reichsgruppe Banken, die er im

Auftrag des Magistrats von Berlin übernommen hatte. In einem unzerstört gebliebenen Büro der Reichsgruppe in der Jägerstraße 59/60 traf man sich. Hier wurde die CDU-Parteizentrale errichtet, wie es die sowjetische Besatzungsmacht dekretiert hatte.
Gradl überlieferte eine bezeichnende Begebenheit aus den ersten Anfängen. Am 25. April 1945 hatten sowjetische Panzer Berlin-Zehlendorf erobert. Nur wenige Tage später, inmitten des Chaos um den "Endkampf" in der Reichshauptstadt, ließ die sowjetische Besatzungsmacht - neben vielem Unerfreulichen - die Öffnung der Kirchen zu. Am Sonntag, 29. April, durfte in Zehlendorf bereits wieder eine Messe gefeiert werden. Gradl traf dort die ehemaligen "Germania"-Mitarbeiter und Zentrumspolitiker Dr. Hermann Katzenberger, Prof. Emil Dovifat und Dr. Domschke. Man verabredete sich und traf dabei auch viele andere wieder, für Gradl besonders wichtig Heinrich Krone, Heinrich Vockel und Jakob Kaiser.
Schlüsselgestalt der CDU-Gründung war Andreas Hermes, in dessen Haus in der Platanenallee die wichtigsten Zusammenkünfte stattfanden. Gradl gehörte ebenso wie Kaiser in den folgenden Jahren zu den engsten politischen Gefährten des gerade der Todeszelle entronnenen Widerstandskämpfers Hermes.
Der demokratische Neubeginn in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurde schon bald erstickt. Die Berliner Gründer, die ursprünglich daran gedacht hatten, von der Spree aus eine einheitliche gesamtdeutsche Partei aufzubauen, mußten frühzeitig erleben, wie die CDU mehr und mehr unter die Mühlräder kommunistischer Bevormundung geriet. Bereits im Jahre 1945 begannen für Gradl und seine Freunde die ersten Schwierigkeiten. Hermes und Schreiber mußten auf Druck der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) aus ihren Parteiämtern ausscheiden, weil sie sich weigerten, der Bodenreform zuzustimmen. Jakob Kaiser und Ernst Lemmer wurden ihre Nachfolger. Gradl erlebte in den zwei folgenden Jahren als Mitglied des Hauptvorstandes der CDU in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone die allmähliche Transformation der russischen Zone in eine kommunistische Diktatur hautnah mit. Er selbst schildert, wie die Auseinandersetzung mit der SED und der hinter ihr stehenden Sowjetmacht zunehmend gefährlicher wurde und Leib und Leben bedrohte. Seine Darstellung ist eine dokumentarische Quelle ersten Ranges. Sie verdeutlicht den existentiellen Kampf einer Partei zur Wahrung der Freiheit und Demokratie unter immer ungünstigeren Rahmenbedingungen.

Gradl war Jakob Kaiser auf das engste verbunden. Seinen Vorstellungen gemäß sollte sich die CDU für einen "demokratischen Sozialismus aus christlicher Verantwortung" entscheiden. Mit dieser Formulierung glaubte die Berliner CDU-Führung sowohl eine inhaltlich-konzeptionelle wie auch taktisch geschickte Lösung für die Partei gefunden zu haben. Mit dem Begriff des "christlichen Sozialismus" wurde dem "Zug der Zeit", wie Gradl rückblickend betonte, Rechnung getragen. Der Rückblick auf die Weltwirtschaftskrise und die katastrophale Hinterlassenschaft des NS-Regimes begünstigte die Kritik am sogenannten Laisser-faire-Kapitalismus und die Forderung nach einer Orientierung auf das Gemeinwohl. So sollte Deutschland aus der Krise geführt werden. Derartige Überlegungen waren nicht nur in Berlin auf der Tagesordnung, wie der Blick auf das "Ahlener Programm" der CDU der britischen Zone beweist. Mit diesem Konzept meinte die Union aber auch - und dies war die taktische Variante des "Sozialismus aus christlicher Verantwortung" - ihren Handlungsspielraum in der SBZ erweitern zu können. Sie versuchte so zu verdeutlichen, daß sie keine Partei mit reaktionären Ansichten sei, wie es die allmächtige kommunistische Propaganda fast tagtäglich behauptete. Gradl und Kaiser waren davon überzeugt, mit einer das Gemeinwohl betonenden Position der SED besser Paroli bieten zu können.

Mehr noch als in der Wirtschafts- und Sozialpolitik führten die unterschiedlichen deutschlandpolitischen Ansichten zu Auseinandersetzungen zwischen den "Berlinern" um Kaiser, Ernst Lemmer und Gradl auf der einen und namentlich Konrad Adenauer auf der anderen Seite. Gradl versuchte seinem Konzept einer Deutschlandpolitik ohne Dogmatik und Antisowjetismus Gehör zu verschaffen und mußte zunehmend erleben, wie konsequent Adenauer die Berliner Linie ablehnte und bekämpfte. Gradls aus der Not und den Umständen erwachsene Dialogbereitschaft mit der sowjetischen Besatzungsmacht stieß am Rhein auf taube Ohren. Adenauers Vorbehalte gegen Berlin, wie sie etwa auf der Königsteiner Konferenz am 5./6. Februar 1947 im Streit um den Sitz und den Vorsitz des "außenpolitischen Ausschusses" der CDU zum Vorschein kamen, hinterließen bei Gradl tiefe Spuren. Seine Hoffnung, daß die Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz im Juni 1947 als letzte Chance einen Weg aus dem Dilemma der zunehmenden Spaltung Deutschlands finden möge, erfüllte sich nicht.

Dessen ungeachtet war Gradls Bekenntnis zur Einheit in Freiheit und gegen den Marxismus unzweideutig. Dabei verhielt er sich so unerschrocken, daß die Sowjetische Militäradministration in

Deutschland ihn als erstes Mitglied des Hauptvorstandes der CDU im Herbst 1947 mit Redeverbot belegte. Zur Jahreswende 1947/1948 war jede Hoffnung auf eine eigenständige und selbstbestimmte politische Rolle der CDU als "Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen", wie Kaiser es offen formuliert hatte, in der Sowjetischen Besatzungszone erloschen. "Mit Charakter, aber ohne Erfolg" - so Gradls rückblickende Formulierung - war von der CDU in diesen Jahren das Menschenmögliche versucht worden, einer erneuten Errichtung einer Diktatur Widerstand entgegenzusetzen. Kurz nach der Absetzung Kaisers und Lemmers ging auch Gradl in den Westteil Berlins. Von hier aus sollte er die nächsten 40 Jahre seines Lebens in entscheidender Weise als Anwalt der Wiedervereinigung Deutschlands wirken.

IV

Johann Baptist Gradl hatte die Deutschlandpolitik der Sowjets sowie insbesondere Ulbrichts in all ihren Entwicklungsstadien aus nächster Nähe kennengelernt. Er war sich der Schwierigkeit des Unterfangens, Deutschland wieder zu einigen, vollauf bewußt. Gerade wegen seiner Erfahrungen war er dem Illusionismus ebenso wie jeder martialischen Rhetorik abhold. "Im Jahr 20 der deutschen Teilung", so befand er Mitte der sechziger Jahre, "sind keine leichten Antworten und großen Worte gestattet". Dem begeisterten Klavierspieler lag das Fortissimo in der Politik ebensowenig wie in der Musik. Seine politische Lebensmaxime - Freiheit für die Deutschen jenseits des Eisernen Vorhanges, Einheit der Nation in einem geeinten Europa - vertrat er mit einer Nüchternheit, die mitunter von der eigenen Partei nicht unkritisch gesehen wurde. So stieß es nicht nur auf Verständnis, daß er auch die parteiübergreifende Verständigung mit dem politischen Gegner suchte.
Nach seiner Flucht in den Westen sah Gradl seine erste Aufgabe darin, die Verbindung zu den vielen CDU-Mitgliedern und Funktionsträgern aufzunehmen, die entweder schon geflüchtet waren oder unter zunehmend widrigeren Umständen in der SBZ ausharrten. Auch in den folgenden Jahren arbeitete er engstens mit Jakob Kaiser zusammen, zuerst im "Büro Kaiser" und später in der "Exil-CDU". Gradl und Kaiser ging es darum, einen gewissen Einfluß der "Berliner Linie" auf die Gesamt-CDU auch institutionell zu sichern und damit deutlich zu machen, daß einzig und allein die

"Exil-CDU" legitimiert sei, für die Union in der SBZ zu sprechen. Die Gründungsmitglieder gehörten alle dem letzten demokratisch legitimierten Hauptvorstand der Ost-CDU vom September 1947 an. Vor allem Gradls Einsatz war es zu verdanken, daß die Exil-CDU auf dem Goslarer Gründungsparteitag der CDU 1950 als eigenständiger Landesverband in die Satzung aufgenommen wurde. Die Parteigründung der Gesamt-CDU sei zu spät erfolgt, meinte Gradl. Er sprach in diesem Zusammenhang von "fünf verlorenen Jahren", die gerade den Parteifreunden im Osten zu schaffen gemacht hätten, "die darauf gewartet haben, daß sie durch eine gesamtdeutsche Union den Rückhalt bekommen und die Unterstützung, die sie in ihrem Kampf so notwendig brauchten".

Johann Baptist Gradl schlug in der Gründungsphase der Bundesrepublik keine politische Karriere ein wie etwa Kaiser oder Lemmer. Er ging nicht in den Bundestag nach Bonn, sondern widmete sich vorwiegend in Berlin dem Journalismus. Mit der Gründung der Berliner Tageszeitung "Der Tag", deren Leitung Gradl übernahm, sollte ein publizistisches Sprachrohr für die Politik der Union geschaffen werden. "Der Tag" verstand sich als "unabhängige Zeitung für Deutschland". Sie war Nachfolgerin der "Neuen Zeit", deren hoffnungsvoller Neuanfang unter dem langjährigen Gradl-Vertrauten aus der Zeit der "Germania", Wilhelm Gries, ebenfalls von den Sowjets zunichte gemacht worden war. Gries war von der SMAD von seiner Position als Chefredakteur abgelöst worden und übernahm den "Tag". Ihm war fast die ganze Redaktion gefolgt, so daß "Der Tag" direkt mit einem erfahrenen Redaktionsteam seine Tätigkeit aufnehmen konnte.

Durch seinen publizistischen und politischen Einsatz für Berlin und die Wiedervereinigung wurde Gradl in der Bundesrepublik frühzeitig bekannt. 1952 wurde er Mitglied im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen. Dieses Gremium, das bis Mitte der siebziger Jahre bestand und dessen Präsident Gradl später wurde, hatte zur Aufgabe, praktische und technische Schritte einer Wiedervereinigung auf allen politischen Feldern gedanklich vorzubereiten. Was zunächst dazu gedacht war, eine bevorstehende Vereinigung "ohne Chaos und Krieg" konkret zu bewerkstelligen, entwickelte sich später zu einem Forum, in dem langfristige Lösungsmöglichkeiten der deutschen Frage erforscht und beraten wurden. "Leitschnur wurde", so äußerte Gradl später, "die Überlegung, wie das Nebeneinander der Systeme im Interesse des deutschen Zusammenhalts

und bei Beachtung beiderseitiger Sachinteressen konstruktiv gestaltet werden könnte".
Auf dem Hamburger Parteitag 1953 wurde Gradl in den Bundesvorstand der CDU gewählt. 1954 wurde er Mitbegründer des "Kuratoriums Unteilbares Deutschland", dessen langjähriger Präsident er später werden sollte. Das Kuratorium verstand sich, wie Gradl auf der konstituierenden Sitzung verdeutlichte, weniger als "neue Organisation für geräuschvolles Wirken in der Öffentlichkeit", sondern als parteiübergreifendes Gremium, das "die bestehenden Institutionen und Organisationen für die Stärkung des deutschen Einheitswillen" unterstützen sollte. Die Herausforderung, das "Prinzip Nation" offenzuhalten, wurde seit den siebziger Jahren, wie Gradl freimütig einräumte, angesichts des zunehmenden Desinteresses und einer verbreiteten Resignation vor den vermeintlich unabänderlichen Realitäten immer schwieriger.

V

Gradl war somit auch in der Bundespolitik kein Unbekannter mehr, als er im Alter von nunmehr 53 Jahren als Vertreter seiner Heimatstadt Berlin 1957 in den Dritten Deutschen Bundestag einzog. Mit Adenauer, zu dem er besonders in der Deutschlandpolitik in kritischer Distanz stand, hatte er sich in den Gremien der Bundespartei schon manches Wortduell geliefert, beispielsweise bei der Bewertung der Stalin-Noten von 1952. Der Mann Jakob Kaisers blieb der Politik des Kanzlers aber letztendlich verbunden. Er unterstützte sie als Mahner der deutschen Einheit.
Gradl blieb 23 Jahre Abgeordneter. In dieser langen Zeitspanne als Parlamentarier - bis zu seinem Ausscheiden 1980 - galt er als einer der profiliertesten und anerkanntesten Deutschlandpolitiker der Bundesrepublik. Als Vorsitzender des Gesamtdeutschen Ausschusses des Bundestages und als deutschlandpolitischer Sprecher sowie in seinen weiteren Funktionen in der Partei, dem Kuratorium und dem Forschungsbeirat hat er die deutschlandpolitische Debatte in der Bundesrepublik drei Jahrzehnte lang wesentlich mitgeprägt. Die Wiederherstellung Deutschlands in Frieden und Freiheit blieb das wichtigste Ziel seines politischen Denkens und Handelns. Als nachdenklicher Gestalter, aufmerksamer Beobachter und vielbeachteter Kritiker blieb er dabei immer der Sache verpflichtet.
Polemik und parteiliches Aufrechnen waren ihm fremd. Die Einheit der Nation und die Überwindung der gerade in seiner Heimatstadt

Berlin so schmerzhaft zum Ausdruck kommenden deutschen Teilung war ihm ein zu wichtiges Anliegen, als daß er Zeit seines parlamentarischen Engagements und politischen Wirkens nicht immer auch die Verständigung mit dem politischen Gegner gesucht hätte. Gradl wollte parteiübergreifend im deutschen Volk den deutschlandpolitischen Konsens wahren. Dies schien ihm eine wichtige Voraussetzung dafür zu sein, die Idee von der Einheit der Nation zu erhalten und an kommende Generationen weiterzugeben.
Nach seinem Einzug ins Bonner Parlament im September 1957 machte Gradl rasch von sich reden. Sein am 2. Juli 1958 eingereichter Antrag, ein Viermächtegremium aus hochrangigen Vertretern zu bilden, das mit dem auf Dauer angelegten Auftrag versehen war, gemeinsame Vorschläge zur deutschen Frage zu erarbeiten, wurde einstimmig angenommen. Diese im Vorfeld des Chruschtschow-Ultimatums eingebrachte Initiative hatte nicht zuletzt eine innenpolitische Funktion: Sie leitete - allen tagespolitischen Auseinandersetzungen um sogenannte "verpaßte Chancen" der Vergangenheit zum Trotz - eine deutschlandpolitische Entkrampfung zwischen Regierung und SPD ein, die gerade in der Zeit der Berlin-Krise zu einem Stabilitätsmoment der Bonner Deutschlandpolitik wurde. Herbert Wehner wurde dabei zum wichtigsten Ansprechpartner Gradls, der eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht nur in der Deutschlandpolitik vor dem Hintergrund der positiven Weimarer Erfahrungen des Zentrums mit der SPD immer wieder befürwortete.
Gradl galt als "Mann mit Zukunft", wie ihm in der Presse allseits attestiert wurde. Seine Verbindlichkeit im Umgang mit dem politischen Gegner sollte ihm aber nicht allein zum Vorteil gereichen. Ein Lob des "Vorwärts", daß Gradl das "gesamtdeutsche Gewissen der CDU" verkörpere, konnte in der eigenen Partei auch zu Mißverständnissen führen.
Mit dem Bau der Berliner Mauer zerstoben Gradls Hoffnungen auf die Vier-Mächte-Diplomatie. Er hatte gehofft, die SED bekäme in diesem Kontext große Schwierigkeiten. Mit dem Mauerbau vom 13. August 1961 erwies sich dies als Illusion. Andererseits hielt er Adenauers Angriffe auf den Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt in diesen schwierigen Tagen weitblickend für ein "psychologisches Unglück".
In der Folgezeit gehörte Gradl zu den Erneuerern in den Unionsparteien, die eine starre deutschlandpolitische Grundlinie verlassen wollten und für eine vorsichtige Verständigungsbereitschaft gegenüber dem Osten, insbesondere gegenüber Moskau plädierten. Der

wirksamen Abschottung der DDR und den fortgesetzten Feindseligkeiten des Ostblockes gegen den angeblichen westdeutschen Revanchismus standen im Westen die Abrüstungs- und Entspannungswünsche gerade der amerikanischen Supermacht entgegen. Bonns deutschlandpolitische Erstarrung schien nicht mehr in die Zeit zu passen. Initiative und neue Beweglichkeit waren gefragt. Dafür stand auch Gradls Ernennung zum Bundesminister für Vertriebene im Kabinett Erhard (1963-1966), das sich durch manche diplomatische Entspannungsbemühungen (Außenminister Gerhard Schröder) wie beispielsweise die "Friedensnote" vom März 1966 auszeichnete, wie später auch seine Ernennung zum Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen.
Gradl war sich bewußt, daß eine behutsame Flexibilität im Umgang mit der DDR und dem Ostblock ein Gebot der Stunde war. Er befürwortete das Berliner Passierscheinabkommen ebenso wie er später den Plan eines Redneraustausches zwischen SPD und SED guthieß.
Die kurzzeitigen Ministerehren stellten den formalen Höhepunkt seiner Karriere dar. Im Kabinett der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger seit Dezember 1966 war er nicht mehr vertreten. Man mag sich fragen, inwieweit die Abwesenheit des bekanntesten Deutschlandpolitikers, den die Unionsparteien aufzubieten hatten, nicht Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie war. Der deutschlandpolitische Kompetenzzuwachs, den die SPD im Kabinett der "Großen Koalition" zu verzeichnen hatte, konnte von der Union jedenfalls nicht mehr wettgemacht werden. Über die Gründe der Nichternennung Gradls ist viel gerätselt worden. Innerhalb seiner Partei war er nicht unumstritten, und alte Rechnungen standen zur Begleichung an. Seine Äußerungen zur polnischen Westgrenze, daß man im Verhältnis zu Warschau zu einer Versöhnung nur dann kommen werde, "wenn beide Seiten sich dazu durchringen, die Position, die sie jetzt im politischen Streit miteinander einnehmen, nicht als absolute anzusehen, sondern als Ausgangspositionen, von denen man sich aufeinander zu bewegt", erschienen manchem, gerade den Vertriebenenpolitikern, kaum hinnehmbar.
In einem Interview von 1965 verdeutlichte er, daß es sich "bei der Wiedervereinigung im engeren Sinne ... um die Vereinigung der Deutschen jener Gebiete, die international von keiner Seite als deutsche Gebiete bestritten sind", handeln würde. "Das sind", so schob er unmißverständlich nach, "die Gebiete der Bundesrepublik und der DDR": Die Menschen, "die zusammen für die Welt heute im politischen Sinne das deutsche Volk darstellen, sind die 70 bis

Johann Baptist Gradl (1904 – 1988)

75 Millionen in West- und Mitteldeutschland. Ein deutscher Friedensvertrag muß mit ihnen geschlossen werden." Gradl war deutschlandpolitisch nicht rückwärtsgewandt, sondern zukunftsorientiert. Das hier mit Mut und Umsicht versinnbildlichte Modell sollte 1990 Wirklichkeit werden.
Mit dem 1969 eingeleiteten Machtwechsel zur sozial-liberalen Koalition zerbrach der Konsens in der Deutschlandfrage. Bei aller ablehnenden Kritik an der Politik der Regierung Brandt/Scheel - als langjähriger Befürworter einer überparteilichen Ost- und Deutschlandpolitik bedauerte er die Konzeption und Umsetzung der "neuen Ostpolitik" zutiefst - steuerte er einen eigenwilligen Kurs innerhalb der Unionsfraktion. Den Moskauer Vertrag von 1970 hielt er für zustimmungsfähig, den Warschauer Vertrag lehnte er als unzulässige Vorwegnahme einer kommenden friedensvertraglichen Grenzregelung ab. Die Unionsfraktion entschied sich bekanntlich für die Kompromißlösung, sich bei der Abstimmung über beide Verträge im Bundestag der Stimme zu enthalten, um die nicht unbeachtlichen Differenzen im eigenen Lager, nicht zuletzt zwischen CDU und CSU, zu überbrücken. Inwieweit Gradls Vorschlag einer sachlich differenzierten Wertung der beiden Vertragswerke - dem einen Vertrag zuzustimmen und dem anderen ebenso geschlossen die Zustimmung zu versagen - die Union aus ihrer damaligen deutschlandpolitischen Sackgasse befreit hätte, ist eine offene Frage.

VI

Gradls deutschlandpolitische Ansichten in der Zeit seines parlamentarischen Lebens und der sich daran anschließenden Zeitspanne des politischen "Unruhestands" während der achtziger Jahre lassen sich in verschiedene Phasen einteilen: Zwischen 1957 und 1962 stand der erfahrene Politiker, aber parlamentarische Neuling bereits mit ersten deutschlandpolitischen Vorstößen im Zentrum des öffentlichen Interesses. Gradl ging es in dieser von der Berlin-Krise geprägten Zeit vor allem um die Erhaltung und Vertiefung des deutschlandpolitischen Konsenses zwischen Regierung und SPD-Opposition. Zwischen 1962 und 1969 gehörte er zu jenen in seiner Partei, die für ein behutsames Zugehen auf den Ostblock plädierten, ohne einer Entspannungseuphorie zu erliegen.
In der dritten, durch die Auseinandersetzung um die Ostverträge gekennzeichneten Zeitspanne gehörte er zu den erfahrensten deutschlandpolitischen Köpfen seiner Fraktion. Indes unterschied

sich Gradls Konzept einer Anerkennung des Moskauer und einer Ablehnung des Warschauer Vertrages auch deutlich von der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion letztendlich eingenommenen Grundlinie. In der vierten Phase, die die Zeit von seinem Ausscheiden aus dem Bundestag bis zu seinem Tod im Jahre 1988 umfaßt, widmete sich Gradl als "elder statesman" der Deutschlandpolitik. Den Regierungswechsel 1982 hat er freudig begrüßt. Er unterstützte nachhaltig die neue deutschlandpolitische Linie von Bundeskanzler Helmut Kohl, dem er sich auch persönlich eng verbunden fühlte.

In den achtziger Jahren beschäftigte ihn vor allem die Frage, wie der Resignation über die Teilung des Landes abgeholfen werden und der Gedanke der Einheit der Nation auch für die Zukunft wachgehalten werden könnte. Deutschlandpolitik wurde für ihn zur "nationalpädagogischen" Aufgabe. Gerade für die junge Generation in der Bundesrepublik betonte er in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer "nationalpolitischen Pädagogik": "Die Kenntnis von Deutschland als Ganzem", so forderte er in einem wegweisenden Aufsatz bereits 1975, "muß permanent vermittelt werden. Das Verhältnis zur eigenen Geschichte und Wirklichkeit muß entwickelt und verlebendigt werden". Der primär pädagogischen Frage, das Interesse an der Deutschlandpolitik "über eine ungewiß lange Zeit wirksam" wachzuhalten, widmete er in der Folgezeit sein Hauptaugenmerk. Debatten über die Entstehung eines bundesrepublikanischen Staatsbewußtseins, die schleichende Entfremdung zwischen den beiden deutschen Staaten, vor allem aber die zunehmende Unkenntnis der jungen Generation über den anderen Teil Deutschlands haben ihn geschmerzt. Die Kultusminister-Konferenz griff Gradls Gedankengänge auf und hat in einem Beschluß 1978 die formalen Voraussetzungen für eine vertiefte Behandlung der deutschen Frage im Schulunterricht geschaffen.

Für sein politisches Wirken erfuhr Johann Baptist Gradl zahlreiche Ehrungen. Anläßlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft seiner Heimatstadt Berlin wurde er als ein Mann gewürdigt, der die Überwindung der deutschen Teilung nicht als Wunschtraum von Phantasten, sondern als reale Vision stets vor Augen hatte. In den von Verwehungen des Zeitgeistes gekennzeichneten 80er Jahren erschienen solche Ansichten manchmal schon als Anachronismen wunderlicher Außenseiter. In der Tat hinterließen die zunehmende Resignation, ja das öffentlich zur Schau getragene Desinteresse hinsichtlich der Zukunft der Deutschen Frage und die wachsende Ablehnung des Ziels der Wiedervereinigung bei dem über achtzigjäh-

rigen Gradl ihre Spuren. Die Bitterkeit, die er darüber manchmal empfand, ließ ihn allerdings nie daran zweifeln, daß eines Tages die Deutschen in freier Selbstbestimmung wieder in einem Staat zusammenleben würden. Johann Baptist Gradl starb im Juli 1988 in seiner Geburts- und Heimatstadt Berlin. Er hatte "an der deutschen Teilung ... bis zu seiner letzten Stunde gelitten" (Karl Wilhelm Fricke). Seine Hoffnung auf eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ging nur kurze Zeit nach seinem Tod in Erfüllung.

Bruno Heck (1917-1989)

"Christ sein heißt glauben, daß die Erlösung der Welt, die Erlösung der Gesellschaft und des einzelnen nur in Christus vollendet werden kann. Das christliche Urteil über die Welt und die christliche Arbeit in der Welt stehen unter seinem Zeichen. Die Hoffnung auf ein Paradies auf Erden, das aus menschlicher Kraft geschaffen werden könnte, wird durch christlichen Glauben nicht gedeckt. Der Christ weiß, daß die Bearbeitung der Erde mühselig bleiben und daß Frieden in seiner ganzen Fülle erst jenseits dieser Zeit sein wird. In dieser Gewißheit gewinnt er Abstand von allen utopischen Hoffnungen und Entwürfen."
Als Bruno Heck dieses Grundverständnis seines politischen Handelns 1971 formulierte, schienen Utopien wieder denkbar und Reformen unbegrenzt machbar. Für Heck erwies sich die "Reformeuphorie vielfach als Neuerungssucht". Er war bereit, Althergebrachtes auf den Prüfstand zu stellen, aber er lehnte es ab, Bewährtes aufzugeben, nur weil es dem Zeitgeist oder einem aktuellen Lebensgefühl nicht entsprach. Für seine Kritiker war er ein "konservativer Moralist" ('Die Zeit'), seine Freunde beschrieben ihn als "gläubig tätig auf festem Grund" (Heinrich Basilius Streithofen).
Über nahezu vier Jahrzehnte ist Bruno Heck in wichtigen Funktionen politisch tätig gewesen - als Bundesgeschäftsführer und Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, langjähriger Bundestagsabgeordneter, Bundesminister unter den Kanzlern Adenauer, Erhard und Kiesinger, zuletzt als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

I

Bruno Heck stammte, wie man es früher zu formulieren pflegte, aus "einfachen Verhältnissen". Als Sohn des Arbeiters und Schloßgärtners Josef Heck (1884-1973) und der Hausfrau Magdalene Heck, geborene Ernst (1885-1964), wurde er am 20. Januar 1917 in der Kreisstadt Aalen auf der Schwäbischen Alb, einer der ärm-

sten Regionen Württembergs, geboren. Bruno Heck hatte eine ältere Schwester.
Dem Vater gelang ein bescheidener beruflicher Aufstieg zum Werkmeister. Ein Onkel, der Priester war, sorgte dafür, daß der begabte Neffe das Humanistische Gymnasium in Ellwangen besuchte. Die finanzielle Basis konnte längerfristig dadurch gesichert werden, daß der Schüler das württembergische "Landexamen" als einer der besten seines Jahrganges bestand und eine Art Stipendium erhielt. Seit 1932 lebte er in Rottweil/Neckar im katholischen Konvikt und besuchte das staatliche Gymnasium.
Als Schüler schloß Bruno Heck sich dem 'Bund Neudeutschland' an, einem 1919 gegründeten Bund katholischer Gymnasiasten und Hochschüler, der noch vor Beginn des 2. Weltkrieges von den Nationalsozialisten verboten wurde und von dem er schrieb, hier seien "die Ideale der Jugendbewegung mit dem lebendigen Vollzug des Glaubens zusammen gedacht" worden. Mit 17 Jahren Stadtgruppenführer des 'ND', erfuhr er einen kurzen, aber heftigen Zusammenstoß mit dem Regime: Im Unterricht äußerte er sich despektierlich über den "Reichsjugendführer" von Schirach, den Repräsentanten der Hitler-Jugend. Heck erhielt einen scharfen Verweis aus dem Kultusministerium, der Ausschluß aus der Schule wurde ihm angedroht. Dennoch konnte er das Abitur ablegen, rückte in den halbjährigen Reichsarbeitsdienst ein und nahm anschließend das Studium der Theologie in Tübingen auf. Vier Semester verbrachte er im Wilhelmstift, dem Konvikt der katholischen Theologen. Als Werkstudent verdiente er sich in der vorlesungsfreien Zeit das Kolleggeld und das Reisegeld für seine Wanderungen in den Dolomiten.
Die Absicht, Theologe zu werden, gab Heck 1938 auf und trat seinen Wehrdienst an. Als Soldat der Luftnachrichtentruppe wurde er nach Kriegsbeginn an der Westfront, später auf dem Balkan und an der Ostfront eingesetzt. Ausgerechnet auf dem Flug zu dem ursprünglich festgesetzten Hochzeitstermin stürzte er 1942 mit einer Transportmaschine in Warschau ab und wurde schwer verwundet. Mit mehrwöchiger Verspätung heiratete er schließlich seine Braut Gertrud Mattes, Tochter eines Rottweiler Studienrates. Der Ehe entstammten drei Söhne und drei Töchter.
Bei Kriegsende geriet Heck als Oberleutnant kurz in amerikanische Gefangenschaft, konnte sich dann aber in die französische Besatzungszone zu seiner Familie nach Rottweil durchschlagen.
Wie viele seiner Generation stand der inzwischen 28jährige Familienvater - der erste Sohn war noch während des Krieges geboren

worden - nach dem militärischen Zusammenbruch vor der Notwendigkeit, rasch eine Ausbildung zu absolvieren. Heck gehörte zu den ersten Studenten der wiedereröffneten Universität Tübingen; er immatrikulierte sich für die Fächer Klassische Philologie, Germanistik und Geschichte mit dem Ziel, in den höheren Schuldienst einzutreten. Trotz der ungeheuren materiellen Not in der unmittelbaren Nachkriegszeit suchte gerade diese Studentengeneration engagiert die geistige und politische Erneuerung.
Heck, inzwischen in die CDU eingetreten und in den Vorstand der Jungen Union Württemberg-Hohenzollern berufen, wurde im Herbst 1946 in Abwesenheit zum Vorsitzenden der Studentenvertretung gewählt - es war seine erste "politische" Funktion. Die Auseinandersetzung mit der französischen Besatzungsmacht um die Lebens- und Studienbedingungen bestimmten diese Aufgabe.
Auf dem Studententag seiner Besatzungszone setzte er sich im Mai 1947 ebenso nachdenklich wie selbstkritisch mit der Haltung seiner Generation in der Zeit vor 1945 auseinander. "Wo unser Bekenntnis (gegen den Nationalsozialismus) hätte gefährlich werden können, ... dort haben wir nicht bekannt, dort sind wir Auch-Nationalsozialisten gewesen", und: "Auch wenn wir nationalsozialistisch nicht gedacht haben - nationalistisch haben wir gedacht. Groß-Deutschland hat uns imponiert." Seine Rede verlieh ihm trotz der damals bestehenden, sehr eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten einen ganz ungewöhnlichen Bekanntheitsgrad über die französische Zone hinaus. So wurde er gebeten, im Oktober 1947 vor der ersten - und für mehr als vier Jahrzehnte letzten - gesamtdeutschen Kultusministerkonferenz zu sprechen. Heck kritisierte eine "zonal" ausgerichtete Reform des Schulwesens und forderte statt dessen eine Reorganisation des Erziehungswesens, die "Rücksicht zu nehmen (hat) auf die Einheit der vier Zonen", mithin auf die Einheit Deutschlands.
Heck zog sich danach vorübergehend von jeder politischen Betätigung zurück und legte das Staatsexamen ab. Eine Kandidatur für das Bürgermeisteramt in Ellwangen schlug im Sommer 1948 fehl. Er absolvierte sein Gymnasial-Referendariat, 1949 folgte die Ernennung zum Assessor. Im darauffolgenden Jahr wurde er in Tübingen bei Otto Weinreich mit einer Dissertation über "Die Anordnung der Gedichte bei Gaius Valerius Catullus" zum Dr. phil. promoviert.

Ganze drei Monate unterrichtete Heck an seinem früheren Gymnasium in Rottweil, dann holte Albert Sauer, Kultusminister des Landes Württemberg-Hohenzollern, den früheren Tübinger AStA-Vorsitzenden als Persönlichen Referenten in sein Ministerium. Der Regierungsrat Heck begleitete sehr aktiv die Arbeit seines Ministers und entwickelte darüber hinaus persönliche politische Initiativen; er aktivierte die örtliche Parteiarbeit und wurde schließlich in den Landesvorstand der CDU gewählt.

Während der Vorbereitung für die ersten Parlamentswahlen des 1952 neu gebildeten Landes Baden-Württemberg vollzog sich die Weichenstellung für sein gesamtes weiteres Leben. Der organisatorische Ausbau der CDU, die im Unterschied zur SPD nach 1945 neu gegründet worden war, litt auf Bundesebene darunter, daß die Partei wichtige Persönlichkeiten an die Bundesregierung, für parlamentarische Funktionen und an verschiedene Verwaltungsbereiche "verlor". Auch regionale Sonderentwicklungen und Eigenwilligkeiten, die z. T. aus der Gründungszeit resultierten, behinderten den Aufbau. Vor diesem Hintergrund war die Bundesgeschäftsstelle in Bonn nicht mehr als ein Tagungsbüro der obersten Parteigremien und ein zentraler Planungsstab für Wahlkämpfe (H.-O. Kleinmann), und gegen die Stärkung dieser "Zentrale" gab es zunächst Bedenken - ganz besonders bei dem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden Konrad Adenauer. Kurt Georg Kiesinger, der den schwäbischen Landsmann Heck in seiner Zeit als CDU-Landesgeschäftsführer Württemberg-Hohenzollern kennengelernt hatte und inzwischen mit Robert Tillmanns und Franz-Josef Wuermeling zum geschäftsführenden Bundesvorstand der CDU gehörte, schlug ihn als hauptamtlichen Geschäftsführer vor. Zögernd - u. a. nach einer Beratung mit seinem früheren AStA-Kollegen Hans Bausch - willigte Heck ein.

Adenauer, der nicht bereit war, Heck zu einem Vorstellungsgespräch zu empfangen, bestand darauf, daß der Kandidat von einer Kommission des Parteivorstandes unter dem Vorsitz von Jakob Kaiser auf seine Eignung geprüft werden solle; deren positives Ergebnis wurde vom Vorstand einstimmig - in Abwesenheit Adenauers - bestätigt.

Heck trat sein neues Amt im Frühjahr 1952 in Bonn an. Der organisatorische Aufbau der Partei, die erst seit Juli 1950 über eine Satzung verfügte, mußte vorangebracht werden. Gleichzeitig hatte die Union mit erheblichen politischen Problemen zu kämpfen. Die Ver-

unsicherung durch den Korea-Krieg und die Diskussion um die Wiederbewaffnung war ein Grund für eine Serie von verlorenen Landtagswahlen. Zuletzt hatte die CDU in Hecks Heimatland Baden-Württemberg einen Verlust von fast 9% hinnehmen müssen. Innenpolitisch gewannen CDU und CSU in der Folge Profil vor allem durch die Sozialpolitik. Die Verabschiedung des Lastenausgleichs-, des Schwerbeschädigten-, des Montanmitbestimmungs- und des - vom DGB heftig kritisierten - Betriebsverfassungsgesetzes standen für diese Politik.
In mühevoller Kleinarbeit und mit großem persönlichen Einsatz trug Heck seinen Teil zur Vorbereitung der Bundestagswahlen im September 1953 bei. Eine wichtige Etappe auf diesem Weg war der 4. Bundesparteitag der CDU im April 1953 in Hamburg. Das dort verabschiedete Parteiprogramm hatte in modifizierter Form Bestand für 15 Jahre. Seine zentrale Botschaft faßte Heck in ein Bild: Der Neubau stehe auf "festen Grundmauern", jetzt gelte es, einen "Zustand behaglicher Wohnlichkeit" zu erreichen. Das Programm hob im besonderen die soziale Kompetenz der Partei hervor; die Neuordnung des Systems der sozialen Sicherheit wurde als das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft beschrieben.
Bei den Bundestagswahlen erreichten CDU und CSU mit 45,2% der Stimmen eine Steigerung von mehr als 14% und verfehlten nur knapp die absolute Mehrheit der Sitze im Deutschen Bundestag. Hecks engagierter Einsatz im Vorfeld der Wahlen wird dazu beigetragen haben, daß er schließlich das latente Mißtrauen Adenauers halbwegs überwinden konnte. Gerade die ersten Jahre der Zusammenarbeit empfand Heck als "das härteste Brot", das er je gegessen habe. Seiner Loyalität Adenauer gegenüber hat das nie Abbruch getan.
In seiner Funktion als Bundesgeschäftsführer kamen Heck Eloquenz, Selbstbewußtsein und Einsatzwille zugute. Politische Studienreisen in die USA machten ihn mit dem dortigen Parteimanagement und mit amerikanischer Wahlkampfführung vertraut, Erfahrungen und für die Union neue Einsichten, die er in die Parteiarbeit einbrachte. Zu den permanenten Problemen und Aufgaben gehörten die finanzielle Lage der Partei und die Mitgliederwerbung, aber er schaltete sich auch frühzeitig in programmatische Diskussionen ein. Für ihn war der demokratie-geschichtlich neue Typ der Volkspartei, den die Union darstellte, nicht nur ein historisches und soziologisches Phänomen, sondern sie verkörperte durch das christliche Fundament darüber hinaus eine grundsätzlich neue programmatische Qualität. Heck suchte die CDU als moderne und zugleich auf

Sicherheit und Bewahrung bedachte Nachkriegspartei zu präsentieren, deren Hauptgegner, die SPD, zu dieser Zeit auch programmoffiziell noch das marxistische Erbe des 19. Jahrhunderts mitschleppte.
In der Einsicht, daß die Erziehung zur Demokratie in unserer Gesellschaft ebenso dringlich sei wie die politische Qualifizierung des Parteinachwuchses, verband Heck inhaltliche wie taktische Überlegungen. Auf diesem Feld konnte er seinem trotz nur kurzer schulischer Praxis stark ausgeprägten pädagogischen Ethos Raum geben: 1956 übernahm er den Vorsitz der "Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit", die unter tatkräftiger Mithilfe des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Krone, als eine Vorstufe der späteren Konrad-Adenauer-Stiftung gegründet worden war.
1957 hatte Heck - zusammen mit Franz Meyers - an der Organisation der Bundestagswahlen erneut hervorragenden Anteil. Sie sind die bislang erfolgreichsten in der Geschichte der CDU gewesen. Zusammen mit der CSU errang die CDU 50,2% der Stimmen und damit eine deutliche absolute Mehrheit im Parlament. Heck zog selbst als direkt gewählter Kandidat für den Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen in den Bundestag ein. Bis zu seinem freiwilligen Verzicht 1976 hat er diesen Wahlkreis viermal mit deutlichem Vorsprung verteidigt. Das Amt des Bundesgeschäftsführers gab er 1958 auf, um sich ganz auf seine parlamentarische Karriere zu konzentrieren.

III

Unüblich für einen Parlamentsneuling übernahm Heck gleich in seiner ersten Legislaturperiode den Vorsitz des Bundestagsausschusses für Kulturpolitik und Publizistik. Nachdem der Bundestag das Gesetz über die Deutsche Welle verabschiedet hatte, für das sein Ausschuß federführend gewesen war, wählte ihn der Verwaltungsrat des deutschen Auslandssenders zu seinem Vorsitzenden.
Als Heck im September 1961, fünf Wochen nach dem Mauerbau vom 13. August, in den Deutschen Bundestag wiedergewählt worden war, hatte die CDU ihre absolute Mehrheit verloren und mußte eine Koalition mit der FDP eingehen. Die Heck nachgesagte stille Hoffnung, das Erbe des nicht mehr kandidierenden Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone antreten zu können, erfüllte sich nicht. Er erhielt das neugeschaffene Amt eines Fraktionsgeschäftsführers

neben dem Abgeordneten Will Rasner, der als Parlamentarischer Geschäftsführer bestätigt wurde. Heck sollte, so die Erklärung nach außen, den neuen Fraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano entlasten.
Tatsächlich befand sich Heck im Herbst 1961 in einer Art politischem Wartestand: Er war von der CDU als Gründungsintendant für das ZDF vorgesehen, das Mitte 1962 den Sendebetrieb aufnehmen sollte. Seine Kandidatur scheiterte im Frühjahr 1962 am Widerstand der SPD, weil Heck als Vertreter von Adenauers Konzeption eines Bundesfernsehens galt.
Heck hat auch weiterhin starkes Interesse an den Medien gehabt, deren wachsende gesellschaftliche und politische Bedeutung er nicht zuletzt aufgrund seiner Amerika-Studien zutreffend einschätzte. Dieses Interesse fand u. a. Niederschlag in seiner 28jährigen Tätigkeit an der Spitze des Verwaltungsrates der Deutschen Welle - eine Tatsache, die in der deutschen Medienlandschaft ohne Beispiel ist.
Nach dem Scheitern weitergehender medienpolitischer Ambitionen stand Heck wieder der Bundespolitik zur Verfügung. Auf Vorschlag Heinrich Krones, der als Mentor Hecks galt, berief Adenauer ihn bei der Kabinettsumbildung nach der "Spiegel-Affäre" im Dezember 1962 zum Bundesminister für Familie und Jugend. Nach Rainer Barzel war der 45jährige Heck das zweitjüngste Mitglied in Adenauers letztem Kabinett, das von manchen Beobachtern bereits als Übergangsregierung in eine Ära Erhard betrachtet wurde. Als Ludwig Erhard im Oktober 1963 die Nachfolge Adenauers antrat, bestätigte er Heck in seinem Amt.
Für Heck war das vergleichsweise kleine Familienministerium, dessen Selbständigkeit wiederholt in Frage gestellt wurde, keineswegs mit dem Ruch mangelnder politischer Bedeutung verbunden, auch wenn er weitergehende persönliche Ziele nicht aufgegeben hatte. Ganz in der Tradition der kirchlichen Soziallehre sah der Vater von sechs Kindern in der intakten Familie die Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen.
Heck setzte als Minister im wesentlichen die Linie seines Vorgängers Franz-Josef Wuermeling fort. Neu war, daß der CDU-Familienminister die Abschaffung der Kinderfreibeträge in der Lohn- und Einkommensteuer zugunsten höherer direkter Zuwendungen erwog; sie wären besonders den Beziehern kleinerer Einkommen zugute gekommen. Er konnte diese Überlegungen ebensowenig umsetzen wie die Forderung nach einer 1%igen Sonderabgabe aller Einkommensbezieher zugunsten des Familienlastenausgleichs.

Andere familienfreundliche Verbesserungen sind dagegen unter seiner Ägide Wirklichkeit geworden, so eine breite gesetzliche Ausbildungsförderung.
Nachdem Charles de Gaulle und Konrad Adenauer 1963 den Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag unterzeichnet und damit einen symbolischen Schlußstrich unter jahrhundertealte Auseinandersetzungen zwischen beiden Völkern gezogen hatten, hat Heck, der stark in historischen Kategorien dachte, mit Nachdruck den Aufbau des Deutsch-Französischen Jugendwerkes gefördert. Möglicherweise ist von dieser Gründung die nachhaltigste Wirkung Hecks als Bundesminister für Familie und Jugend ausgegangen: Inzwischen haben mehr als fünf Millionen junge Deutsche und Franzosen durch persönliche Begegnungen die Verständigung zwischen ihren Völkern gefördert und einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau des neuen Europa geleistet.
In der zweiten Hälfte seiner Amtszeit beobachtete Heck mit Sorge und wachsendem Unmut Entwicklungen, die in der "Kulturrevolution" von "68" ihren sichtbarsten Ausdruck fanden. Er suchte dem ohne Zugeständnisse an den Zeitgeist durch die Betonung traditioneller Werte entgegenzusteuern. Wie Eugen Gerstenmaier formulierte, wußte Heck "eine scharfe Klinge zu schlagen gegen die Verhunzung unserer Demokratie, die unter dem harmlos klingenden Namen der Demokratisierung" von den Gegnern des freiheitlichen Rechtsstaates betrieben werde. Für "progressive" Kräfte war er mit seinen in klarer Diktion vorgetragenen Ansichten über den Zusammenhang von Rechten und Pflichten, über Familie und Moral Symbol einer Zeit und eines Systems, das es zu überwinden galt. Tatsächlich wurde dieses Urteil weder der Persönlichkeit gerecht noch seiner Rolle in der Programmdiskussion der CDU.

IV

Seit Jahresbeginn 1966 war Heck in den Medien für ein führendes Parteiamt gehandelt worden. Der 14. CDU-Bundesparteitag im März 1966 in Bonn, auf dem Erhard die Nachfolge Adenauers auch als Parteivorsitzender antrat, wählte Heck zum "Geschäftsführenden Mitglied des Präsidiums" der CDU. Er selbst hätte die umfassendere Funktion eines Generalsekretärs der Partei bevorzugt. Nach Erhards Intentionen sollte mit der neuen Konstruktion ein weiterer Machtzuwachs von Rainer Barzel verhindert werden, der selbst den Parteivorsitz anstrebte.

In Bonn zum Ersten Stellvertreter des Parteivorsitzenden gewählt, hielt Barzel seinerseits die Funktion eines "Geschäftsführenden Präsidiumsmitgliedes" für überflüssig. Die unterschiedlichen persönlichen Interessen waren deutlich; inhaltlich gehörten beide, Barzel und Heck, zu jenen, die die Partei reformieren wollten, ohne ihre Konturen zu verwischen. Nach außen schien der Verlauf des Parteitages trotz dieser Kontroverse "eine Wachablösung ohne Revolutionen" wiederzugeben und ließ die CDU von einem "neuen Frühling" träumen (Franz Meyers).
Heck sammelte eine Gruppe jüngerer Bundestagsabgeordneter um sich mit dem Ziel, eine politische Konzeption für die 70er Jahre zu entwickeln und im besonderen den Kontakt mit der Parteibasis zu verbessern: Die CDU-Mitglieder sollten sich als Mitgestalter christlich-demokratischer Politik verstehen und nicht länger nur als Beitragszahler und Wahlhelfer. Das Konzept leitete den Abschied vom "Kanzlerwahlverein" der Ära Adenauer ein und zielte bereits auf das Wahljahr 1969. Hecks Vorgehen ließ erkennen, daß er die Möglichkeiten seines Amtes nutzen wollte - im Einvernehmen mit dem Parteivorsitzenden Ludwig Erhard, das er stets betonte.
Die Voraussetzungen änderten sich indes rasch. Der Kanzler konnte der pessimistischen Stimmung, die sich nach den im Juli 1966 verlorenen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und der erkennbaren Rezession ausbreitete, nicht mehr wirkungsvoll entgegentreten. Öffentlich wurde ausgedehnt über einen Kanzlerwechsel diskutiert. Heck gehörte zu den wenigen Prominenten der Partei, die auch in den Medien zu Erhard standen. Schließlich konnte aber auch er sich nicht der Einsicht verweigern, daß gehandelt werden mußte. So nahm er an einer von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier initiierten Besprechung mit den CDU-Landesvorsitzenden von Westfalen-Lippe, Josef-Hermann Dufhues, und Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, teil. Die Lage wurde erörtert, Konsequenzen wurden aber noch nicht gezogen. Schließlich spitzte der Koalitionspartner die Situation entscheidend zu: Ein Dissens zwischen den FDP-Ministern und der FDP-Bundestagsfraktion in der Steuerfrage führte zum Bruch der Koalition und am 30. November 1966 zum Rücktritt Ludwig Erhards als Bundeskanzler.
Die Ereignisse schienen Heck in seinem negativen Bild von der FDP zu bestätigen. Für den praktizierenden Katholiken gehörten diese Liberalen weltanschaulich in das 19. Jahrhundert; in ihrer politischen Organisation hielt er sie für überflüssig und verwies darauf, daß die CDU mit Ernst Lemmer und Walther Schreiber prominente Liberale der Weimarer Republik zu ihren Gründern zählte.

'Die Zeit' meinte, sein "kühl abwägendes Urteil" verlasse ihn, wenn es um die FDP gehe; diese Partei sei ihm ein "Ärgernis". Er hat seine Einschätzung auch später nicht revidiert.
Heck zog in dieser Situation die SPD als Partner vor. Weltanschaulich und politisch hat er sich stets klar von der Sozialdemokratie abgegrenzt, aber die notwendige Abgrenzung hinderte ihn nicht an der sachlich gebotenen Zusammenarbeit. So befürwortete er noch vor Bildung der Großen Koalition im Sommer 1966 öffentlich den zwischen SPD und SED geplanten, dann aber am Widerstand der DDR-Staatspartei gescheiterten Redneraustausch. Heck hatte hier eine Chance gesehen, "der Stimme der Freiheit in Mitteldeutschland Gehör zu verschaffen". Für ihn standen Grundsatzfragen höher als parteipolitische Interessen.
Heck hat die unter Kurt Georg Kiesinger Ende 1966 gebildete Große Koalition von CDU/CSU und SPD nachhaltig, freilich ohne Enthusiasmus befürwortet. Vor allem die Notstandsgesetzgebung, der er innen- wie außenpolitisch hohe Bedeutung beimaß, und die Einführung des Mehrheitswahlrechtes wollte er in diesem Bündnis verwirklicht sehen. Später hat Heck konstatiert, man sei der SPD und im besonderen Herbert Wehner "auf den Leim gegangen", der Kiesinger mit dem Mehrheitswahlrecht geködert, die entsprechende Zusage aber bedenkenlos gebrochen habe, als sich die Chance einer Regierungsübernahme mit der FDP bot.

V

Nachdem Erhard auch als Parteivorsitzender zurückgetreten war, fand auf dem 15. Bundesparteitag in Braunschweig im Mai 1967 eine Neuwahl statt. Sie gab erneut Anlaß zum Umbau der CDU-Führungsstruktur. Unter dem neuen Bundesvorsitzenden Kurt Georg Kiesinger wurde Heck zum ersten Generalsekretär der CDU Deutschlands bestimmt. Dies geschah nicht ohne Widerspruch: Im besonderen in der norddeutschen CDU wurden landsmannschaftliche und konfessionelle Bedenken geäußert, weil neben dem Parteivorsitzenden nun auch noch der Generalsekretär Schwabe und Katholik war.
Kiesinger hatte zwar bei der Satzungsänderung durchgesetzt, daß die Kompetenzen des Generalsekretärs nicht allzu umfassend definiert wurden, aber die politische und organisatorische Gesamtsteuerung der Partei lag de facto doch in Hecks Händen - Kiesinger betrachtete die Parteiführung nicht als seine zentrale Aufgabe. Hecks

Bemühungen zielten auf den Zusammenhalt und das Selbstverständnis der CDU als Volkspartei, deren politische Zukunftsfähigkeit gesichert werden mußte. Dazu gehörte auch das Werben um die Wähler der FDP. Ihnen sollte verdeutlicht werden, daß christliches Bekenntnis nicht doktrinäre Enge bedeute und die CDU auch den liberal denkenden Wählern politische Heimat sein könne.
Da Kiesinger, der ohnehin einen eher "präsidialen" Regierungsstil pflegte, innerhalb der Koalition Rücksicht auf den Partner nehmen mußte, lag es an der Partei und im besonderen ihrem Generalsekretär, das Profil gegenüber der SPD zu schärfen. Heck hat das immer wieder getan. Korrektur- und Abgrenzungsbedarf gab es mehr als genug, so hinsichtlich sozialdemokratischer Bestrebungen, die Notstandsvorlage abzuschwächen oder gegenüber Versuchen, die Regierung auf dem Feld der Ost- und Deutschlandpolitik für SPD-Positionen zu vereinnahmen. Heck stellte sich gegen den SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt und ganz massiv gegen den engsten Berater von Außenminister Willy Brandt, Egon Bahr. Dessen These vom "Wandel durch Annäherung", so schrieb Heck im September 1968, sei durch die sowjetische Invasion in der CSSR am 20. August 1968 "sichtbar widerlegt" worden.
Kiesinger überraschte die Öffentlichkeit und seinen eigenen Generalsekretär im Sommer 1968 mit der Ankündigung, Heck werde das Kabinett verlassen, um sich ganz auf den Bundestagswahlkampf 1969 zu konzentrieren. Heck war über dieses Vorgehen sichtlich verärgert, fügte sich aber und schied zum 1. Oktober 1968 aus dem Ministeramt. Seine Nachfolgerin als Bundesminister für Familie und Jugend wurde Aenne Brauksiepe.
Innerhalb der Partei kam ihm mehr und mehr eine Schlüsselrolle zu. Das "Berliner Programm", das die CDU auf ihrem 16. Bundesparteitag Anfang November 1968 beschloß, war "wesentlich von Bruno Heck initiiert, vorbereitet und vorangetrieben" worden (Helmut Kohl). Auch wenn Heck sich "gegen das Grundsatzprogramm und für das Aktionsprogramm" als Bezeichnung aussprach, weil nicht "die Grundsatztreue der Partei neu zu betonen war, sondern ihre Leistungsfähigkeit in der Aktion", so gab es doch eine zentrale inhaltliche Modifikation. Das "C" im Parteinamen stand zwar für die Mehrheit nicht prinzipiell zur Diskussion, erfuhr aber eine - gegenüber dem Verständnis der Gründungsphase deutlich abgeschwächte - neue Interpretation: "Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands orientiert sich am christlichen Glauben und Denken." Mit dieser Formulierung vollzog die Partei in einer sich

dramatisch verändernden Gesellschaft die Öffnung auch für Nichtgläubige.
Der Verabschiedung ging eine breite und vor allem offene Programmdiskussion der Mitglieder voraus, die in der deutschen Parteienlandschaft ohne Beispiel war. Gerstenmaier attestierte Heck in gewiß nicht zufälliger Wortwahl "eine parteipädagogische Leistung großen Stils". Selbst die nicht unbedingt CDU-freundliche Öffentlichkeit zollte dem neuen Programm und der Art, wie es zustande gekommen war, Anerkennung. Über die programmatische Neuorientierung der Partei hinaus war mit dem Berliner Parteitag der erste große Schritt in Hinblick auf die Wahlentscheidung des Jahres 1969 getan.
Schon zu Beginn des Jahres, als Eugen Gerstenmaier vom Amt des Bundestagspräsidenten zurücktrat und die SPD seinem Nachfolger Kai-Uwe von Hassel die Zustimmung verweigerte, warf der Wahlkampf seinen Schatten voraus. Im März 1969 setzte sich Gustav Heinemann, der inzwischen zur SPD gefunden hatte, bei der Bundespräsidentenwahl mit den Stimmen der FDP gegen Gerhard Schröder (CDU) durch. Das Votum der FPD und Heinemanns Kommentar, dies sei "ein Stück Machtwechsel", deuteten bereits an, daß die Union nach den Bundestagswahlen ohne Koalitionspartner bleiben würde. Ein wie auch immer geartetes Zusammenspiel mit der später knapp an der 5%-Hürde gescheiterten rechtsradikalen NPD kam für die Union nicht in Frage, und gerade Heck zeigte sich hier kompromißlos: Als bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen vereinzelt CDU-Mitglieder mit NPD-Leuten kooperierten, ließ er sie sofort aus der Partei ausschließen.
Heck führte als Generalsekretär der CDU einen entschlossenen Wahlkampf, in dem sich die Partei auf den bisherigen Koalitionspartner SPD als Hauptgegner festlegte, der vor allem auf dem Feld der Ost- und Deutschlandpolitik gestellt werden sollte. Im besonderen der Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Linie erteilte die CDU eine klare Absage. Unter Hecks Regie fanden zahlreiche Tagungen und Kongresse der Partei und ihrer Vereinigungen zu vielfältigen Themen statt; die CDU erlebte eine bis dahin nicht gekannte Wahlkampfmobilisierung.

VI

Bei den Bundestagswahlen im September 1969 erzielten CDU und CSU zwar mit 46,1% ein glänzendes Ergebnis und bildeten die mit

Bruno Heck (1917 – 1989)

Abstand stärkste Fraktion, aber zusammen "mit dem eindeutigen Verlierer der Wahl, der FDP" (Heck) erreichte die SPD eine knappe Mehrheit im Deutschen Bundestag. Vergeblich hatte die CDU-Spitze äußerste Versuche unternommen, die FDP von dieser Koalition abzuhalten, und auch Heck hatte sich allen Vorbehalten zum Trotz daran beteiligt. Willy Brandt wurde Bundeskanzler.
In einem Rundbrief an die "lieben Parteifreunde" schrieb Heck in einer der Stimmungslage entsprechenden Emotionalität, dieses Bündnis gleiche "mehr einer Verschwörung gegen uns als einer Regierungsbildung" und warnte vor nicht wieder gutzumachenden Fehlern im besonderen in der Ost- und Deutschlandpolitik. Um dies zu verhindern und nicht "etwa den Freien Demokraten nachzulaufen" sei die CDU-Führung auf die FDP zugegangen. Heck appellierte an die CDU-Mitglieder, "Parteiführung und Bundestagsfraktion im politischen Kampf gegen diese Linkskoalition mit aller Kraft zu unterstützen".
Der Mainzer CDU-Parteitag im November 1969 bot Gelegenheit zu einer Betrachtung, die über erste, stimmungsbetonte Reaktionen hinausging. Die Wahlen hatten gezeigt, daß die CDU im besonderen bei jungen Leuten und Frauen Stimmen verloren hatte und der Weg der Parteireform noch konsequenter beschritten werden mußte. Heck führte die selbstkritische Diskussion mit an: "Entscheidend" werde, "ob wir die neuen Motive, Leistungsfähigkeit und Fortschrittlichkeit auf uns zu beziehen verstehen, ohne dabei das Vertrauen in unsere Zuverlässigkeit zu verlieren".
Seiner inhaltlich wie strategisch begründeten Reformzielstrebigkeit war es maßgeblich zu verdanken, daß nur zwölf Monate nach der Verabschiedung des Berliner Programms erneut eine Kommission gebildet wurde, die dieses Programm fortschreiben und so der Öffentlichkeit "die Union der Zukunft" (Heck) präsentieren sollte. Den Vorsitz dieser Kommission übernahm der von Heck zur "Avantgarde" der Partei gerechnete rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl. Er legte ein auf dem Düsseldorfer Parteitag im Januar 1971 verabschiedetes Programm vor, das deutlich über Berlin hinauswies und konzeptionelle Grundlage wie politisches Aktionsprogramm der in die Opposition gedrängten Partei wurde. Das "C" im Parteinamen stand nicht zur Disposition. In der Deutschlandpolitik hielt die CDU unmißverständlich am Ziel der Wiedervereinigung fest, aber sie bekräftigte den bereits bisher von ihr vertretenen und durch die spätere politische Entwicklung umfassend bestätigten Zusammenhang zwischen der Überwindung der deutschen Teilung und der Teilung Europas.

Gleichwohl entbrannte in der Partei, die durch den Regierungswechsel nach zwanzig Jahren CDU-Kanzlerschaft ihre Verbindung mit dem Regierungsapparat verloren hatte, eine Strategiedebatte, die über programmatische Überlegungen hinausging. Kiesinger, durch die Ereignisse des Herbstes 1969 tief verletzt, wollte die FDP bei den bevorstehenden Landtagswahlen "herauskatapultieren", Rainer Barzel, als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im neuen Machtzentrum der Union, setzte auf den Kampf einer erneuerten CDU gegen den Hauptgegner SPD. Kiesinger war zwar im November 1969 in Mainz wieder zum Parteivorsitzenden gewählt worden, aber die Wahl seiner Stellvertreter und der übrigen Vorstandsmitglieder hatte gezeigt, daß der Wachwechsel eingeleitet war; schon wenige Monate nach dem Regierungswechsel zeigte sich der Parteivorsitzende Kiesinger als Folge von Auseinandersetzungen um den Oppositionskurs und parteiinternen Machtkämpfe amtsmüde. Das Verhältnis zu Heck blieb davon nicht unberührt. Selbst in der Öffentlichkeit wurde über eine Abkühlung der gegenseitigen Beziehungen spekuliert.

Heck ging davon aus, daß Rainer Barzel der nächste Kanzlerkandidat der Union sein würde, und es war offenkundig, daß Barzel, der schon 1966 gegen Kiesinger um den Parteivorsitz kandidiert hatte, auch an die Parteispitze drängte. Damit war Hecks Funktion als Generalsekretär der CDU unmittelbar berührt, zumal seine Amtszeit 1971 auslief. Das Vorschlagsrechts für den Generalsekretär stand dem Parteivorsitzenden zu, und es gab keinen Zweifel, was dies im Falle einer Wahl Barzels bedeutete - ihn und Heck verband ein tiefes gegenseitiges Mißtrauen, das der amtierende Generalsekretär in dem Satz zusammenfaßte: "Wir sind fundamental verschiedene Leute." Im Oktober 1971 traten auf dem 19. Bundesparteitag der CDU in Saarbrücken mit Rainer Barzel und Helmut Kohl zwei Kandidaten bei der Wahl für den Parteivorsitz an. Barzel ging mit dem Bonus des Bundestagsfraktionsvorsitzenden in das Rennen und setzte sich durch. Nachdem es im Vorfeld des Parteitages noch einmal zu einem öffentlichen Zusammenstoß zwischen ihm und Barzel gekommen war, hatte Heck erklärt, daß er sich nicht mehr um das Amt des Generalsekretärs bewerbe. Sein Nachfolger wurde für die kurze Zeit des Parteivorsitzes von Rainer Barzel Konrad Kraske.

Heck hatte in Saarbrücken zum unterlegenen Lager gezählt und folgerichtig konnte ihm in der Ära Barzel keine entscheidende Rolle zufallen. In der Debatte um die Ost-Verträge und später den Grundlagenvertrag mit der DDR, die lange Zeit im Zentrum der

parlamentarischen Auseinandersetzungen standen, zählte er zu den Kritikern, die das Prinzip von Leistung und Gegenleistung durch die Politik und die Verhandlungsführung der Regierung Brandt/ Scheel mißachtet sahen. Im Unterschied zu anderen Unionspolitikern lehnte Heck angesichts veränderter Realitäten die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie nicht prinzipiell ab, hielt es aber für möglich und geboten, diese Frage mit der Überwindung der deutschen Teilung zu verknüpfen.

Die fortgesetzten inhaltlichen und politischen Auseinandersetzungen in Partei und Fraktion führten im Mai 1973 zum Rücktritt Barzels als Vorsitzender der Fraktion und wenig später auch der Gesamtpartei. Bereits im Januar hatte Kohl angekündigt, auf dem nächsten Bundesparteitag erneut für den Vorsitz kandidieren zu wollen. In Bonn wurde er im Juli 1973 mit überwältigender Mehrheit gewählt. Heck konnte für sich im Rückblick in Anspruch nehmen, der erste Parteiprominente gewesen zu sein, der öffentlich Kohls Kandidatur befürwortet hatte.

Auch unter veränderten Vorzeichen hat Heck keine Funktionen in Partei oder Fraktion übernommen. In die parlamentarische Auseinandersetzung griff er noch einmal entschlossen ein, als die sogenannte Reform des § 218 StGB, der die Abtreibung unter Strafe stellte, auf der Tagesordnung des Bundestages stand. SPD und FDP gaben den Schutz des ungeborenen Lebens in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten faktisch preis. Sie argumentierten u. a. mit der "Sozialen Indikation", die Heck aus der Haut fahren ließ; es gebe, so seine unmißverständliche Haltung, nichts "Asozialeres als eine Mutter, die ihrem Kind das Leben verweigert".

Seine eigene CDU/CSU-Fraktion setzte den Koalitionsplänen ein medizinisches und kriminologisches Indikationsmodell entgegen, verbunden u.a. mit familienpolitischen Maßnahmen, um die Gefahr von Konfliktsituationen zu verringern. Heck, der als Familienminister engagiert für den Familienlastenausgleich und die Rechte unehelicher Kinder eingetreten war, sah sich aus Gewissensgründen nicht im Stande, die Unionsvorlage mitzutragen. Als Hauptwortführer einer Abgeordnetengruppe, die man in der Öffentlichkeit in die rechte Ecke zu drängen versuchte, legte er einen eigenen Gesetzentwurf vor, der nur die medizinische Indikation zuließ. Im Bundestag setzte die SPD/FDP-Koalition ihre später vom Bundesverfassungsgericht für grundgesetzwidrig erklärte Fristenlösung durch.

Bei den Bundestagswahlen 1976 kandidierte Heck nicht wieder; er hielt die früher gegebene Zusage ein, seinen Wahlkreis einem Jün-

geren zu überlassen. Nachhaltige Bemühungen, ihn mit einem sicheren Listenplatz für den Wiedereinzug in den Bundestag zu gewinnen, hat es in seinem Landesverband nicht gegeben. Mit 59 Jahren zog er sich aus dem politischen Tagesgeschäft zurück.

VII

Als "politischer Pensionär" sah sich Heck deswegen noch lange nicht. Seit 1968 stand er als Nachfolger der bis dahin gleichberechtigten Vorsitzenden Alfred Müller-Armack und Franz Thedieck an der Spitze der Konrad-Adenauer-Stiftung. Den geschäftsführenden Vorsitz und damit die notwendige Entlastung des CDU-Generalsekretärs übernahm für einige Jahre der Bundestagsabgeordnete Manfred Wörner. Die 1964 gegründete Stiftung bestand zu dieser Zeit aus vier Instituten, die sich der politischen Bildungsarbeit, entwicklungspolitischen Aufgaben, der Studienförderung und der Sozialforschung widmeten. Die Institute wurden unter Hecks Vorsitz kontinuierlich ausgebaut; 1972 kam ein Institut für Kommunalwissenschaften hinzu. 1976 zog die Stiftung, die schließlich etwa 600 Mitarbeiter beschäftigte, in einen unter Hecks Leitung geplanten Neubau nach Sankt Augustin bei Bonn um.
Der Ausbau der Stiftung erfolgte auch unter dem Aspekt einer "Denkfabrik" für die Christlich-Demokratische Union. Gleichwohl legte Heck Wert auf Unabhängigkeit von der Partei. Als die politischen Stiftungen Anfang der 80er Jahre insgesamt verdächtigt wurden, die "sichersten Geldwaschanlagen für die Parteimutter" ('Die Welt') zu sein, konnte Heck dem sofort nachdrücklich - auch unter Einsatz presserechtlicher Mittel - entgegentreten.
Ein besonderer Stellenwert in der Stiftungsarbeit kam dem 1975 gegründeten Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) zu, das seine Entstehung Überlegungen von Heinrich Krone und Helmut Kohl verdankte, die Heck aufnahm und umsetzte. Die Gründung ging indirekt zurück auf die Diskussion um die Ost-Verträge und damit verbundene Legendenbildungen: Die Regierungsübernahme durch die sozialliberale Koalition wurde vielfach als eine "Stunde Null" westdeutscher Ostpolitik interpretiert. Die Bemühungen früherer Bundesregierungen um den Dialog und die Kooperation mit den Staaten Mittel- und Osteuropas und auch um Kontaktversuche mit der DDR waren weithin unbekannt oder wurden ignoriert. Diese Bemühungen gingen bis in die Adenauer-Zeit zu-

rück und waren unter den von der CDU gestellten Kanzlern Erhard und Kiesinger intensiviert worden.
Hecks Förderung des internationalen Bereichs der Konrad-Adenauer-Stiftung hing damit zusammen, daß seine Partei - von den üblichen parlamentarischen Kontakten abgesehen - bis zur Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler im Oktober 1982 kaum Möglichkeiten hatte, auf den Gebieten Außen- und Entwicklungspolitik tätig zu werden. Heck hatte bis dahin in den genannten Bereichen keine umfassenden praktischen Erfahrungen sammeln können, wandte sich diesen politischen Feldern aber mit großem Interesse und Engagement zu. In vorgerückten Jahren betrieb er sogar noch einmal Fremdsprachenstudien, um seinen Aufgaben besser gerecht werden zu können.
Heck, dessen außen- und sicherheitspolitisches Denken maßgeblich durch den Ost-West-Konflikt der 50er und 60er Jahre geprägt worden war, lernte auf Studienreisen und in zahlreichen Gesprächskontakten die vielschichtige Problematik der sogenannten Dritten Welt kennen. Besonders enge Beziehungen kamen nach Lateinamerika zustande; die Stiftung hatte dort in den 70er und 80er Jahren die Demokratieförderung zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. In zahlreichen Ländern des Subkontinents wurde die Freiheit durch marxistisch-leninistische Bewegungen oder durch die Doktrin der nationalen Sicherheit bedroht und unterdrückt. Die Stiftung ging in ihrer Konzeption davon aus, daß Freiheit und Demokratie dauerhaft nur gesichert werden konnten, wenn auch die Verbesserung der sozialen und ökonomischen Bedingungen gelang. Heck hat die entsprechenden Programme seiner Stiftung unterstützt, selbst wenn er nicht in jedem Fall mit den Ansichten seiner Gesprächspartner vor Ort übereinstimmte. Dies galt im besonderen für die auch unter christlich-demokratischen Politikern Lateinamerikas verbreitete, Heck ganz fremde USA-feindliche Rhetorik.
Zu einer Zuspitzung kam es Mitte der 80er Jahre, als in Deutschland eine heftige Zentralamerika-Debatte entbrannte. Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die ihren christlich-demokratischen Partnerorganisationen in den Bürgerkriegsstaaten El Salvador und Nicaragua nach Möglichkeit zu helfen suchte, sah sich einer öffentlichen Kampagne des internationalen Netzwerkes linker und linksextremer Gruppierungen ausgesetzt, die zum Teil von östlichen Geheimdiensten instrumentalisiert wurden. Die Aktionen gipfelten in dem Vorwurf, die Stiftung habe Gelder des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA nach Zentralamerika weitergeleitet. Der Versuch, die Förderungswürdigkeit der Stiftung in Deutschland in Frage zu stel-

len und ihre Glaubwürdigkeit vor Ort zu zerstören, schlug fehl, weil sich Heck auch in diesem Fall öffentlich gegen die Kampagne zur Wehr setzte.
Ende der 80er Jahre konnte er erleben, daß in einer Reihe von Ländern, in denen sich die Stiftung engagiert hatte, die Wende zu freiheitlich-demokratischen Systemen eingeleitet wurde und gelang. Mit einer Vielzahl von hohen Auszeichnungen, die Heck auch als Würdigung der Stiftungsarbeit verstanden wissen wollte, ist sein internationales Engagement belohnt worden.
Anläßlich seines 70. Geburtstages verlieh ihm der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth den Professorentitel, eine Auszeichnung, die den ehemaligen Studienrat mit besonderem Stolz erfüllte. Heiner Geißler, einer seiner Nachfolger im Amt des CDU-Generalsekretärs, schrieb ihm zu diesem Tag, in seiner Stiftungsarbeit verkörpere er "eine Synthese von Geist und Politik, die nicht im Grundsätzlichen verharrt, sondern beharrlich für die konkrete Tat eintritt". Nach mehr als 20 Jahren gab Bruno Heck den Vorsitz der Konrad-Adenauer-Stiftung im Frühjahr 1989 an den ehemaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel weiter. Die Stiftung ernannte ihn zu ihrem Ehrenvorsitzenden.

VIII

"Politischer Wagemut und Bürgersinn des Gebildeten" wurden Bruno Heck zugeschrieben (Alois Rummel), aber auch die für seine schwäbische Landsmannschaft nicht untypische Hartnäckigkeit, Ecken und Kanten, an denen sich die Menschen rieben. Konsequent beharrte er auf seinem Standpunkt, wenn es ihm sachlich oder moralisch geboten schien. So stand er fest an der Seite des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger, der 1978 wegen seiner Tätigkeit als Marinestabsrichter im 2. Weltkrieg Zielscheibe einer Kampagne wurde. Nach Hecks Überzeugung richtete sie sich gegen die Kriegsgeneration insgesamt - für ihn, der sich im Unterschied zu anderen selbstkritisch mit der Zeit vor 1945 auseinandergesetzt hatte, Anlaß genug, auch grundsätzlich Stellung zu beziehen.
Die private Seite Bruno Hecks beschrieb sein Freund Heinrich Basilius Streithofen in einem Nachruf, er sei für die Familie und die Freunde "wie ein Patriarch" gewesen, aber er unterschlug auch nicht die bestimmende, "leicht autoritär(e)" Seite seiner ausgeprägten Fürsorglichkeit.

Heck hatte in seiner Jugend begeistert Sport betrieben und sein "Goldenes Sportabzeichen", das er als Minister erwarb, erfüllte ihn mit größerem Stolz als mancher seiner zahlreichen staatlichen Orden. Sportliche Neigung und Liebe zur schwäbischen Heimat verband er in ausgedehnten Wanderungen im Familien- und Freundeskreis. In Anknüpfung an mittelalterliche Wallfahrtstraditionen wanderte Heck, begleitet von Freunden, in mehreren Jahresetappen nach Rom und Santiago de Compostela. Seine letzte Wallfahrt führte über Griechenland und das Mittelmeer nach Haifa; von dort erreichte er zu Fuß Jerusalem. Seine Begleiter berichteten über "viele Rosenkränze", die auf den Wallfahrten gebetet worden seien, aber auch die Lebensfreude sei nicht zu kurzgekommen: Heck habe einen guten Tropfen durchaus geschätzt und ihm in abendlicher Runde gerne zugesprochen.

In Hecks persönlichem Verhältnis zur Kirche stand "die Dankbarkeit für die Orientierung seines Lebens", die er durch sie erfahren habe, "noch vor dem Respekt und Gehorsam gegen ihre Gebote", formulierte sein protestantischer Landsmann Eugen Gerstenmaier. Von 1967 bis 1971 hat Heck als Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) im weiteren Sinne eine Funktion in der Kirche ausgeübt, deren Aufbruch in den 60er Jahren er, theologisch interessiert und belesen, begrüßt hatte. Manche theologische und kirchliche Entwicklung hat er in der folgenden Zeit mit Sorge beobachtet und kommentiert.

Auf einer Wanderung in der schwäbischen Heimat starb Bruno Heck am 16. September 1989 plötzlich und unerwartet, sechs Monate, nachdem der 72jährige in den Ruhestand getreten war.

Johannes Schauff (1902 - 1990)

Zu den allgemein bekannten Persönlichkeiten der Zeitgeschichte zählt Johannes Schauff zweifellos nicht. Sein Leben als Bürger zwischen zwei Welten war ein ungewöhnliches deutsches Schicksal im 20. Jahrhundert. Der als Siedlungsexperte seit 1927 in Berlin tätige Rheinländer erlebte dort als jüngster Reichstagsabgeordneter der Deutschen Zentrumspartei 1932/33 die Auflösung der Weimarer Republik und die rasche Befestigung von Hitlers Herrschaft. 1933 übersiedelte er mit seiner großen Familie in die Eifel und erkundete in den folgenden Jahren in Südamerika Möglichkeiten einer Ansiedlung politischer Flüchtlinge. Ende 1937 verließ die Familie Deutschland und emigrierte zwei Jahre später, nach einer Zwischenstation in Rom, nach Brasilien. Dort baute Schauff im Urwald eine neue Siedlerexistenz auf und war politischen Emigranten und jüdischen Mitbürgern bei der Ausreise nach Lateinamerika sowie beim Leben und Überleben in der Fremde behilflich.

1949 nach Europa zurückgekehrt, betätigte sich Johannes Schauff zunächst von Genf aus in der internationalen Wanderungs- und Flüchtlingshilfe. Eine Rückkehr in die deutsche Politik lehnte er ab, blieb aber - zunächst unter Beibehaltung der Fazenda in Rolândia (Brasilien) - von seinen neuen Wohnsitzen in Sterzing, Rom, Bozen und München aus als stiller, der Öffentlichkeit unbekannter Mittler zwischen Nationen und Völkern tätig. Er war beteiligt an der Aktivierung deutscher Entwicklungshilfe wie an der Mitte der sechziger Jahre begonnenen kirchlichen Aussöhnung mit Polen, beim transatlantischen Brückenschlag der christlichen Demokratie nach Südamerika und bei der Entschädigungsregelung für Umsiedler in Südtirol. Als Mittelsmann zwischen Kiesinger und Wehner trug Schauff Ende 1966 zur Bildung der Großen Koalition bei. Die Spuren seines Wirkens, die sich in zahlreiche Länder dreier Kontinente verzweigen, sind auch heute noch keineswegs alle bekannt, geschweige denn erforscht.

I.

Johannes Schauff wurde am 19. Dezember 1902 in Stommeln in der Nähe von Köln - später in Pulheim eingemeindet - als zweites Kind und erster Sohn der Eheleute Jakob Schauff und Sophia geb. Müller geboren. Sein Vater betrieb in der dörflichen "Hauptstraße" eine Gaststätte, ein Spezereiengeschäft und eine kleine Landwirtschaft. Er hatte kurze Zeit als Lehrer gearbeitet und gehörte jahrzehntelang für das Zentrum dem Gemeinderat an. Johannes Schauff wuchs zusammen mit schließlich sieben Geschwistern in beengten kleinbäuerlichen Verhältnissen auf. Katholisch erzogen, besuchte er - wie schon sein Vater - das städtische Gymnasium St. Michael in Münstereifel, das er mit guten Noten durchlief und 1922 mit dem Abitur abschloß. Bis zum "Einjährigen" war er im Erzbischöflichen Konvikt am Ort untergebracht. Während der letzten Schuljahre hatte er in der Stadt gewohnt und mit Nachhilfestunden sein erstes Geld verdient. Sein früh erwachtes, im Elternhaus gefördertes politisches und historisches Interesse war westlich-antipreußisch und weltoffen bestimmt.

Dennoch hatte die Entscheidung des 20jährigen Rheinländers, wegen seiner "politischen Betätigung gegen die Separatisten" sein Studium "außerhalb des Rheinlandes zu beginnen" (so in einem Lebenslauf von 1925), in der preußisch-protestantisch bestimmten Reichshauptstadt "etwas Abenteuerliches und Pionierhaftes an sich" (K. Schauff). An der Universität Berlin studierte er von 1922 an vier Semester lang Staatswissenschaften und Neuere Geschichte. Von der katholischen Jugendbewegung wie von der Sozialbewegung (Anton Heinen) geprägt, wohnte und arbeitete er zeitweise in einem Heim für obdachlose Jugendliche und geriet in den Bannkreis des 1929 gestorbenen Großstadtseelsorgers Carl Sonnenschein. Auf Wanderungen lernte er große Teile Deutschlands, der Schweiz und Dänemarks kennen.

Sein Studium finanzierte Schauff als Werkstudent. Er erstellte regelmäßig einen Großhandelsindex - in der damaligen Inflationszeit ein wichtiges Wirtschaftsbarometer - für die Handelsredaktion des angesehenen "Berliner Tageblatts", in dessen Redaktion er auch zeitweise beim Umbruch aushalf. Kennzeichnend für Schauff war seine frühe aktive politische Betätigung, so in der Jugendorganisation des Zentrums (Windthorstbunde) und im "Kartell der Deutschen Republikanischen Studentenschaft", dessen Berliner Gruppe er zeitweise leitete. 1924 nahm er an einer Tagung der "Zentralstelle für studentische Völkerbundsarbeit" in Genf teil.

In den Berliner Jahren weitete sich Schauffs geistiger Horizont, gewann er einen großen Freundes- und Bekanntenkreis, zu dem Heinrich Krone, Heinrich Vockel, Georg Smolka und Waldemar Gurian gehörten. Er lernte viele Große und weniger Große des politischen Katholizismus kennen. Berlin vermittelte ferner die Begegnung mit führenden Persönlichkeiten des kirchlichen Lebens wie Romano Guardini, vor allem aber Ludwig Wolker und Hermann Josef Schmitt. In einem theologischen Arbeitskreis des Jesuitenpaters Robert Leiber lernte Schauff den späteren österreichischen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß kennen.

Seine beiden letzten Semester verbrachte er an der Universität Leipzig, weil es dort noch möglich war, bereits nach sechs Semestern Studium eine Dissertation vorzulegen. In Auswertung seiner bisherigen Berliner "Nebentätigkeit" schrieb er eine Arbeit "Die methodischen Grundlagen der Großhandelsindexziffernberechnung". Auf deren Grundlage wurde er im Mai 1925 von der Philosophischen Fakultät, die die staatswissenschaftlichen Disziplinen einschloß, zum Doktor der Philosophie promoviert.

In den Leipziger Monaten begegnete er Vertretern des religiösen Sozialismus (Hermann Heller, Hans Simons, Reinhold Niebuhr, Karl Thieme, Maria Grollmuß), aber auch, durch seine Betätigung in der Republikanischen Studentenschaft, dem in Leipzig aktiven Kommunisten Herbert Wehner. Schauffs politischer Standort war im republikanischen, am ehesten von Joseph Wirth verkörperten Spektrum der Zentrumspartei. Von daher ergaben sich unschwer Kontakte auch zu Angehörigen der liberalen, mehr noch der sozialen Demokratie, die er nie hat abreißen lassen.

Nach Abschluß seines Studiums fand Schauff seine erste berufliche Anstellung (1925-1927) als Hilfsreferent im "Institut für Konjunkturforschung" des Statistischen Reichsamts in Berlin. 1926 heiratete er die gleichaltrige (am 21. Februar 1902 geborene) Karin Mager aus Gemünd in der Eifel, die Älteste von zehn Geschwistern. Beide kannten sich bereits aus der Schulzeit in Münstereifel. Die ebenfalls in der Katholischen Jugendbewegung aktive Karin Mager hatte in Berlin zunächst Medizin studiert, dann eine Soziale Frauenschule besucht, auch in Dänemark, wo sie zeitweise als Lehrerin tätig war. Carl Sonnenschein segnete die Ehe ein, aus der neun Kinder stammten. Die dauerhafte Unterstützung seiner klugen und tatkräftigen, später auch als Schriftstellerin hervorgetretenen Ehefrau war die Voraussetzung für Schauffs Lebenswerk; denn seine politischen, beruflichen und caritativen "Expeditionen" hielten ihn oft monatelang von der Familie fern.

II

Am 1. Juli 1927 wechselte Schauff, wie 1925 vom Zentrumsabgeordneten Heinrich Brüning empfohlen, in die 1912 gegründete "Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation" (GfK) in Berlin über. Dort übernahm er - zunächst zusammen mit dem Siedlungspionier Silvio Broedrich - die Leitung der Siedlervermittlungsstelle, seit 1931 Reichsstelle für Siedlerberatung. Die Siedlungsbewegung hatte nach 1918 einen enormen Aufstieg erlebt. Dabei diente die West-Ost-Siedlung dem Ziel, auf Gütern der ostdeutschen Großlandwirtschaft Bauernsöhne aus dem Westen und Südwesten Deutschlands anzusiedeln (unter Anwendung des gesetzlichen Vorkaufsrechts von Siedlungsgesellschaften). Die zeitgenössische Agrarreform verfolgte gleichzeitig auch arbeitsmarkt- und bevölkerungspolitische Ziele der Familienpolitik. Angesichts eines 1929 einsetzenden Zustroms von ca. 13 000 Rußland-Deutschen wurden Pläne erwogen, einen Teil von ihnen in Südamerika anzusiedeln.
Als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation und der "Siedlungsgesellschaft Neuland AG", als Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Siedlungsbank, als Herausgeber der Monatsschrift "Der Ost-Siedler" sowie (bis 1931) auch als Vorsitzender des Ausschusses des Katholischen Siedlungswerks wurde Schauff zum Experten für ländliche Siedlung im Rahmen einer Agrarreform Ostdeutschlands. Seine berufliche Tätigkeit führte ihn neben häufigen Reisen, vor allem nach Pommern und Schlesien, mit vielen Politikern zusammen, mit Reichs- und preußischen Ministern, mit den Spitzen der Ministerialbürokratie sowie mit kirchlichen Amtsträgern. Aus dieser Zeit stammte seine Freundschaft zu Heinrich Lübke, dem Repräsentanten klein- und mittelbäuerlicher Belange in der "Deutschen Bauernschaft" und deren "Siedlungsgesellschaft Bauernland".
Schauff vertrat seine siedlungspolitischen Zielsetzungen auch in einer Reihe literarischer Arbeiten, ergänzt um politisch-historische und -statistische Publikationen. 1928 veröffentlichte er eine (auch methodisch) wegweisende Untersuchung über das Wahlverhalten der deutschen Katholiken seit dem Beginn des Kaiserreichs ("Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei"). Als dessen politisches Ergebnis prognostizierte er - durchaus zutreffend - ein weiteres Absinken der seit langem gleichmäßig abwärts verlaufenden "Schicksalskurve" der Zentrumspartei und dementsprechend einen weiteren Verlust ihrer Wählerschaft. Dieses inzwischen "klassische" Werk früher Wahlforschung in Deutschland ist 1975, ergänzt

um drei weitere Studien Schauffs über Wahlen von 1928, neu herausgegeben worden.
Schon früh erkannte er die Gefährdung der von politischen und wirtschaftlichen Krisen geschüttelten Weimarer Republik, der von der ersten Reichstagswahl 1920 an verfassungskonforme Mehrheiten im Berliner Parlament fehlten. Die Einsicht, daß diese Krisen auch und nicht zuletzt eine Folge des extremen Verhältniswahlrechts waren, führte den jungen Siedlungsexperten dazu, 1929 für ein mehrheitsbildendes und persönlichkeitsbestimmtes Wahlrecht einzutreten.
Das von ihm herausgegebene Sammelwerk "Neues Wahlrecht", in dem auch seine Frau sowie Karl Braunias und der Sozialdemokrat Carl Mierendorff - der später von den Nationalsozialisten ermordet wurde - mit Beiträgen vertreten sind, blieb allerdings in der politischen Öffentlichkeit unbeachtet. Auch der im Sommer 1930 von Schauff einige Wochen lang im Reichsministerium des Innern für Reichsminister Joseph Wirth erarbeitete Entwurf eines neuen (Mehrheits-)Wahlrechts blieb eine Schubladenvorlage.

III

Bei der von Reichskanzler Franz von Papen herbeigeführten Neuwahl des Reichstags am 31. Juli 1932, zwei Monate nach dem Sturz von Reichskanzler Brüning - der selbst einen Wahlkreis in Schlesien vertrat -, kandidierte Schauff im niederschlesischen Wahlkreis Liegnitz für den Reichstag. Er wurde auch, über die Reichswahlliste des Zentrums, gewählt. Der Beginn seiner Tätigkeit als Abgeordneter fiel in eine Zeit, in der die Weimarer Republik bereits in der Agonie lag. Sie noch zu retten, wäre - vielleicht - mit Hilfe der Streitkräfte möglich gewesen. Diese Überzeugung hat Schauff allerdings erst Jahrzehnte später, 1983, vertreten: 1932 wäre ein Eingreifen der Reichswehr, selbst um den Preis von "einigen tausend Toten", vertretbar gewesen, um Hitler und damit den durch ihn zu erwartenden Krieg zu verhindern.
Der 30jährige Zentrumsabgeordnete war das jüngste Mitglied seiner Fraktion. Er stand damals im Wahlkreis Liegnitz - in dem die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 1932/33 die mit Abstand meisten Wählerstimmen (48 bis schließlich 52 %) erhielt und das Zentrum mit knapp 7 % der Wählerstimmen erst an vierter Stelle rangierte - auf verlorenem Posten gegenüber der im Osten Deutschlands übermächtigen braunen Flut. Wegen seiner erfolgrei-

chen Siedlungspolitik war Schauff inzwischen zur Zielscheibe politischer Angriffe aus dem protestantisch-deutschnationalen (Reichslandbund) und zunehmend auch aus dem nationalsozialistischen Lager geworden (Goebbels: "Agrarbolschewist"). Die unter seiner Mitwirkung im Spätjahr 1932 aufgedeckten Skandale im Zusammenhang staatlicher "Osthilfe" an ostelbische Großgrundbesitzer verunsicherten die Umgebung von Reichspräsident Paul von Hindenburg. Diese Diskussionen begünstigten die Ablösung des Reichskanzlers Kurt von Schleicher und die Ernennung Hitlers Ende Januar 1933.
Den faktischen Schlußpunkt seiner Tätigkeit im Reichstag, in den er am 6. November 1932 und am 5. März 1933 erneut gewählt worden war, bildete die von den Abgeordneten der Zentrumsfraktion am 23. März 1933 geschlossen erteilte Zustimmung zu dem von der Regierung Hitler verlangten "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", dem später berüchtigten "Ermächtigungsgesetz". Schauff hatte bei der unmittelbar voraufgegangenen Fraktionsberatung, seiner bereits 1934 schriftlich fixierten Erinnerung zufolge, mit einigen anderen - insgesamt neun - Mitgliedern um die Exkanzler Heinrich Brüning und Joseph Wirth in einer geheimen Probeabstimmung gegen eine Annahme des Gesetzentwurfs votiert. Bei einem anschließenden sechswöchigen Aufenthalt in Rom, zusammen mit seiner Frau, war ihnen der bereits dorthin emigrierte Wirth ein kundiger "Stadtführer".
Im Mai trat Schauff von seinen Ämtern in der Leitung der Reichsstelle für Siedlerberatung und als geschäftsführendes Mitglied der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation zurück. Er kam damit - soweit sich das bisher ermitteln läßt - seiner andernfalls erfolgten Entlassung zuvor, die härtere finanzielle Konsequenzen nach sich gezogen hätte.
Nach der Selbstauflösung der traditionsreichen Zentrumspartei (am 5. Juli 1933) zählte Schauff zu einem kleinen Kreis jüngerer Politiker um den badischen Industriellen und Reichstagsabgeordneten Albert Hackelsberger, die die Auflösung der Partei organisatorisch abwickelten. Der illusionäre Versuch dieser Gruppe, nach der Mitte Oktober 1933 erfolgten Auflösung des Reichstags für die am 14. November angesetzte Neuwahl auch etwa ein Dutzend Kandidaten des Zentrums aufzustellen, Schauff eingeschlossen, scheiterte. Nur zwei der bisherigen Fraktionsmitglieder (Hackelsberger und Oskar Farny) gelangten in den neuen uniformierten Reichstag.

Für Johannes Schauff boten das neue, das "Dritte Reich", und dessen Hauptstadt Berlin, in der er mit seiner inzwischen gewachsenen Familie Wurzel geschlagen hatte und einen großen Freundes- und Bekanntenkreis besaß, keine Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten mehr. Eine Erkundungsreise als Sachverständiger des Völkerbunds in die Mandschurei - die bisher nicht datierbar ist - entzog ihn vorübergehend der Aufmerksamkeit der neuen Machthaber. Die siebenköpfige Familie siedelte nach Steinfeld in der Eifel über, auf ein bäuerliches Anwesen, das sie als Rückzugsbastion - von Verwandten, die nach Mecklenburg umgesiedelt worden waren - erworben hatte. Die im "Eifelhof" bisher untergebrachte, von Karin Schauff und einer ihrer Schwestern mitbegründete kleine Siedlerinnenschule für Bauernmädchen hatte sich inzwischen auflösen müssen.
In Steinfeld erwartete Schauff Ende Juni 1934 - nach der regimekritischen Marburger Rede des Vizekanzlers von Papen am 17. Juni - einen Putsch der Reichswehr gegen die Hitler-Führung. Schauff hatte einen Entwurf dieser Rede von deren Verfasser, Edgar Jung, bereits Mitte Mai erhalten und an Brüning weitergegeben (der inzwischen, am 21. Mai, in das westliche Ausland emigriert war). Anstelle eines militärischen Staatsstreichs geschah das Gegenteil: Hitler entledigte sich, mit Duldung der Reichswehr, unter dem Vorwand eines "Röhm-Putsches" der ihm lästig gewordenen SA-Spitze. Den Massenmorden Anfang Juli 1934 fielen auch Freunde und Bekannte Schauffs zum Opfer: Erich Klausener, Adalbert Probst, Edgar Jung.
Inzwischen hatte Schauff Möglichkeiten einer Emigration nach Brasilien erkundet. Dorthin war er erstmals im Winter 1933/34 gereist, um Siedlungsmöglichkeiten für deutsche Auswanderer zu prüfen. Bereits 1932 hatten die vom früheren Reichsminister Erich Koch-Weser geleitete "Gesellschaft für wirtschaftliche Studien in Übersee" und die "Gesellschaft für Siedlung im Ausland" entsprechende Vereinbarungen mit einer brasilianischen Filiale der englischen Siedlungsgesellschaft "Paraná Plantations Ltd." getroffen. In der Folgezeit konnten die zur Auswanderung gezwungenen Emigranten durch komplizierte Tauschgeschäfte Besitztitel für Ländereien im Urwaldgebiet, zusammen mit einem Einreisevisum, erwerben. So entstand im Norden Paranás die Siedlung Rolândia, die zu einem Zufluchtsort vornehmlich deutscher, darunter vieler jüdischer, Flüchtlinge wurde.

Bis 1937 weilte Schauff wiederholt, oft monatelang, in Brasilien, 1934 einmal zusammen mit seiner Frau, wobei er den "Kreuzhof" in der späteren Flüchtlingssiedlung Rolândia als erstes Refugium erwarb. Er bereitete systematisch die Flucht in den Urwald und den Aufbau neuer Existenzmöglichkeiten vor - "um der Freiheit willen", wie es der Titel der 1983 für Johannes und Karin Schauff erschienenen Festgabe treffend umschreibt. Sie ist von Paulus Gordan - einem Benediktiner-Freund aus der brasilianischen Emigration, der 1939 aus rassischen Gründen die Erzabtei in Beuron hatte verlassen müssen - herausgegeben worden.
Während dieser Jahre versorgte Karin Schauff - "unter dem Schutz und der Hilfe meines Vaters und zweier Schwestern", wie sie 1983 schrieb - in der Einsamkeit von Steinfeld die inzwischen sieben Kinder. Ihnen gelang dann Ende Dezember 1937 - während Schauff in Brasilien weilte, wohin er bis 1939 insgesamt neunmal reiste - die Ausreise nach Rom. Dort bewährte sich vor allem der im Exil lebende frühere Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Ludwig Kaas, als hilfreicher Freund.
Die Hoffnung, in Rom, wo bald ein geräumiges Haus eingerichtet war, das "Dritte Reich" zu überleben, erwies sich jedoch als trügerisch. So erfolgte im Sommer 1939, kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, die Ausreise nach Südamerika. Dort baute sich die Familie unter unvorstellbar schwierigen Anfangsbedingungen - die Karin Schauff später in mehreren Büchern anschaulich beschrieben hat - eine Farmerexistenz im subtropischen brasilianischen Urwald von Paraná auf. Gleichzeitig half Schauff weiterhin zahllosen anderen politisch Verfolgten und Bedrängten, in Lateinamerika Fuß zu fassen. Das galt nach Kriegsende 1945 auch für Flüchtlinge und Einwanderer aus vielen europäischen Ländern.

V

Was dieses Jahrzehnt auf der schließlich auch wirtschaftlich blühenden Fazenda "Santa Cruz", in dem sich die Familie auf neun Kinder vergrößert hatte, für Johannes Schauff bedeutete, hat sein alter Berliner Freund und Mitstreiter aus der Siedlungsarbeit, Heinrich Lübke, im Dezember 1967 in seinem Glückwunsch zum 65. Geburtstag von Schauff zum Ausdruck gebracht. Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland schrieb in der ihm eigenen Nüchternheit: "In der Zeit der Weimarer Republik hat uns nicht nur die Arbeit im Dienst des Landvolks und des Siedlungswesens zusammen-

geführt. Wir haben Seite an Seite im Zentrum das Ringen um den Bestand der Demokratie in Deutschland miterlebt und ihren Untergang miterlitten. Aus der gleichen, im Glauben verankerten Überzeugung, die Dich bei der Wahrnehmung des Mandats als Reichstagsabgeordneter leitete, hast Du Dich nach 1933 für die Emigration entschieden. Vielleicht war gerade die leidvolle Odyssee, die Dich schließlich nach Brasilien verschlug, eine Gnade. Denn Du konntest dort zunächst politisch verfolgten Landsleuten und nach Kriegsende den Flüchtlingen und Auswanderern aus Europa in beispielhafter Weise helfen."
Ob und inwieweit die hier angesprochene "leidvolle Odyssee" eine "Gnade" bedeutete, entzieht sich der Beurteilung des Historikers. Dafür aber kann er auf einen Sachverhalt verweisen, der eindrucksvoll erkennen läßt, aus welchen geistigen Wurzeln Johannes Schauff lebte und worauf sein Lebenswerk gegründet blieb. Im August 1945, drei Monate nach Kriegsende, hat er in seiner brasilianischen Neuheimat mit einem gedruckten Totenzettel Freunde und Bekannte mit ihren Familien zu einem Requiem ("Missa Comemorativa") in Rio de Janeiro eingeladen. Es sollte folgenden, namentlich aufgeführten früheren politischen Mitstreitern zugedacht werden, die vom Hitlerregime umgebracht worden waren: Erich Klausener, Adalbert Probst, Engelbert Dollfuß, Benedikt Schmittmann, Albert Hackelsberger, Eugen Bolz, Joseph Wirmer und Bernhard Letterhaus.
Diese - und nicht nur von einem Deutschen in der Emigration - singuläre Tat war Bekenntnis, Erinnerung und Vermächtnis in einem. Sie macht zugleich verständlich, daß und warum für Schauff, den "Laienkolonisator", die benediktinische Lebenseinstellung des "ora et labora" Richtschnur zu "unabhängigem, sozialem politischen Wirken in Welt und Kirche geworden ist, in der alten und in der neuen Heimat und darüber hinaus" (so 1983).

VI

Schon bald nach Kriegsende wurde die brasilianische Neuheimat zum Ausgangspunkt für einen neuen Aufbruch nach Europa, verbunden mit der Übernahme größerer Aufgaben. Er führte jedoch weder unmittelbar noch endgültig nach dem inzwischen geteilten Deutschland zurück - für dessen hungernde Landsleute Schauff von Brasilien aus umfassende Hilfeleistungen organisiert hatte -, son-

dern dorthin zunächst nur besuchsweise und in der Regel betont zweckgerichtet.
Künftig suchte Johannes Schauff, stärker als früher, in die außerdeutsche Welt und gleichzeitig auch in die Kirche hineinzuwirken. Voraussetzung dafür war der Verzicht, aktiv in die deutsche Politik zurückzukehren und in der Bundesrepublik heimisch zu werden. Er erst schuf den geistigen Freiraum und die persönliche Unabhängigkeit, um zwischen den Ländern und Kontinenten Brücken schlagen zu können.
1949 aus Brasilien - zunächst nach Rom - zurückgekehrt, bereitete er dort die Organisation deutscher Pilgerzüge vor, die im "Heiligen Jahr" 1950 in großer Zahl am Tiber eintrafen. Im Jahr darauf erfolgte dann die Übersiedlung der Familie - ausgenommen die beiden ältesten Kinder, die bereits das Haus verlassen hatten - nach Europa. Sie fand zunächst in Südtirol, in einem schon früher erworbenen Ansitz Löwenegg in Sterzing - dessen eine Hälfte Prälat Kaas gehörte -, eine neue Heimat.
Schauff betätigte sich in den folgenden neun Jahren vornehmlich bei der Lösung internationaler Flüchtlings- und Siedlungsaufgaben. Dafür allerdings mußte er, wiederum ohne seine Familie, nach Genf übersiedeln, wo die von ihm seit 1949, noch von Brasilien aus, mitvorbereitete und mit Unterstützung von Kardinal Frings 1951 mitbegründete (und fünf Jahre lang von ihm mitgeleitete) "Internationale katholische Auswanderungskommission" (ICMC) ihren Hauptsitz erhielt (und nicht, wie er gehofft hatte, in Rom). Sie schuf in enger Verbindung mit dem Hl. Stuhl die Voraussetzungen, um Flüchtlinge und Auswanderer aus vielen europäischen Ländern in Übersee anzusiedeln, und koordinierte internationale, hauptsächlich mit amerikanischen Geldern (vor-)finanzierte Auswanderungshilfe.
Von Genf aus unternahm Schauff zahlreiche, teilweise weltweite Reisen. Gleichzeitig mußten er und seine Frau auch noch, über viele Jahre hin, die "Oberaufsicht" über die zunächst verpachtete (und in späteren Jahren den Kindern übergebene) Farm in Rolândia behalten. Sie bildete weiterhin - neben der seit 1959 gezahlten Wiedergutmachung auf der Basis von Ruhestandsbezügen als Ministerialdirigent - die Finanzierungsgrundlage für die große Familie und machte regelmäßige, teilweise mehrmonatige Reisen nach Südamerika notwendig.

Anfang der sechziger Jahre gab Schauff den - nach dem Tode von Kaas (1952) um dessen Anteil erweiterten - großen Familienbesitz in Sterzing auf, nachdem die Kinder inzwischen das Haus verlassen hatten, und kaufte eine Wohnung in Rom. Sie blieb seitdem gleichsam das europäische Hauptquartier, ergänzt um Kleinwohnungen in Bozen und München. Diese dezentralisierte "Wohnungspolitik" (K. Schauff) ermöglichte bzw. erleichterte ihm die Lösung neuer, selbstgestellter Aufgaben beim Brückenschlag zur Völkerverständigung wie im kirchlichen Bereich.

Während der Dauer des Zweiten Vatikanischen Konzils von 1962 bis 1965 erfüllte Schauff verschiedene politisch wie kirchenpolitisch bedeutsame, aber auch heikle Mittlerfunktionen. So brachte er in seiner geräumigen römischen Wohnung an der Via Gregoriana Hunderte von Bischöfen, Politikern und Journalisten aus aller Herren Länder, und nicht nur christliche Demokraten verschiedener Kontinente, zusammen. Dabei intensivierte er frühere Kontakte zur Sozialdemokratie in der Bundesrepublik, die sich im Godesberger Programm von 1959 eine neue geistige Grundlage geschaffen hatte. Als Beitrag zur Normalisierung des Verhältnisses der SPD zur katholischen Kirche wie zum Vatikan beteiligte sich Schauff an der Vorbereitung des 1964 erfolgten Besuchs der SPD-Politiker Fritz Erler und Georg Leber bei Papst Paul VI., der Aufsehen erregte.

Durch persönlichen Kontakt mit dem polnischen Kardinalprimas Stefan Wyszynski und dem Breslauer Erzbischof (und späteren Kardinal) Boleslaw Kominek bereitete er 1965 auch jenen Briefwechsel zwischen der deutschen und der polnischen Bischofskonferenz vor, der eine wichtige Etappe im Beginn der deutsch-polnischen Aussöhnung darstellte. 1966 wurde Schauff von Papst Paul VI. in ein Gremium zur Umsetzung der Konzilsbeschlüsse, das Vorläufige Komitee für das Laienapostolat, berufen, später auch in die selbständige Kommission Justitia et Pax, der er bis 1972 angehörte.

Seit Anfang der sechziger Jahre bemühte er sich ferner, schließlich mit Erfolg, um die Bereinigung eines deutsch-italienischen Problems. Als Vorsitzender des "Beratungsausschusses für Umsiedlungsgeschädigte" in Bozen konnte er im Einvernehmen auch mit Bundesaußenminister (1955-1961) Heinrich von Brentano - dem 1964 verstorbenen engen Freund der späteren Jahre - dazu beitragen, die Folgen einer deutsch-italienischen Umsiedlungsaktion (aufgrund eines Abkommens von 1939) durch Entschädigungen für die-

jenigen Südtiroler zu mildern, die für Deutschland optiert hatten und ausgewandert waren, aber in ihre Heimat zurückkehren wollten. Auf diese Weise wurde das Südtirol-Problem nicht zu einem Streitpunkt zwischen Bonn und Rom.
Schauff zeichnete die Fähigkeit aus, Persönlichkeiten unterschiedlicher Nationen und Generationen, Konfessionen und politischer Anschauungen zusammenzuführen, dabei seinerseits aber im Hintergrund zu bleiben, und ausgleichend zu wirken. Von 1963 bis 1971 führte er - von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt - christlich-demokratische Politiker aus verschiedenen europäischen Ländern im Rahmen der "Fondation Internationale de Solidarité" mit solchen in Lateinamerika zusammen. Er unterstützte insbesondere den Aufbau einer christlichen Demokratie in Chile.
Aufgrund früherer persönlicher Beziehungen zum nunmehrigen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Kurt Georg Kiesinger - der 1938 zeitweise geplant hatte, nach Brasilien zu emigrieren -, sowie zum führenden SPD-Politiker Herbert Wehner spielte Schauff 1966 eine Hindergrund- und Mittlerrolle bei der Bildung der Großen Koalition in Bonn, die am 1. Dezember unter Bundeskanzler Kiesinger ihre Arbeit aufnahm. Dabei setzte er seine Hoffnung auf die Einführung des - von den SPD-Unterhändlern zugesagten, aber später nicht realisierten - Mehrheitswahlrechts. Mit Wehner wußte sich Schauff, wie er allerdings erst 1989 formulierte, "durch gemeinsame Grundüberzeugungen verbunden".
Die von Bundespräsident (1959-1969) Heinrich Lübke nachdrücklich geförderte Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland hat Schauff mannigfach unterstützt, auch zur Vorbereitung mehrerer Reisen Lübkes nach Lateinamerika beigetragen. Als dann, seit 1967 zunehmend erkennbar, die körperlichen und geistigen Kräfte des inzwischen 74jährigen Bundespräsidenten sichtbar nachließen, übernahm er eine heikle Aufgabe. Im Sommer 1968 hat er, im Einvernehmen mit Bundeskanzler Kiesinger und Bundesminister Herbert Wehner, Lübke zum vorzeitigen Rücktritt geraten (was einige Monate später zum Erfolg führte).

VIII

Seit seiner Rückkehr nach Europa lag Schauff daran, die politischen Vorgänge, die zur Machtübernahme der Nationalsozialisten geführt hatten, aufzuhellen und seinerseits zur Erforschung der jüngsten Geschichte auch des deutschen Katholizismus beizutragen.

Dabei galt sein besonderes Augenmerk der bis dahin in der Bundesrepublik Deutschland noch wenig bekannten Emigrationsgeschichte. Für einen von ihm geplanten Sammelband zum Thema "Widerstand und Exil", der 1960 erscheinen sollte, hatte er bereits eine Reihe von Autoren gewonnen. Dieses Unternehmen wie der Plan einer Publikation von Reden Ludwig Kaas' kam jedoch nicht zustande.
Hingegen brachte Schauff 1961 politische Akteure vor allem der früheren Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei mit einigen Historikern zusammen, die inzwischen neue Ergebnisse über das Ende der Zentrumspartei 1933 und den nahezu gleichzeitigen - seit Mitte der fünfziger Jahre umstrittenen - Abschluß des Reichskonkordats vorgelegt hatten. Aus diesem Gesprächskreis entstand 1962 die "Kommission für Zeitgeschichte", zunächst bei der Katholischen Akademie in Bayern unter deren Direktor Karl Forster. In ihrem Beraterkreis hat Schauff bis 1972, bis zur Verselbständigung der Kommission und ihrer Übersiedlung nach Bonn, mitgearbeitet. Er blieb auch weiterhin am Fortgang zeitgeschichtlicher Untersuchungen zur Geschichte insbesondere des politischen und sozialen Katholizismus interessiert. Dabei wuchs er selbst immer stärker in die Rolle eines "Zeitzeugen" hinein.
Im Blick auf seine eigenen Erfahrungen und als Lehre aus der Vergangenheit lag ihm daran, zu verhindern, daß sich die demokratischen Parteien erneut entfremdeten, daß sich Konfessionen und Generationen, auch innerhalb der Familien, auseinanderlebten. Dabei wußte er, daß sich noch so schmerzliche eigene Erfahrungen nicht einfach tradieren ließen und lassen.
Nach Übernahme der Bundesregierung durch eine SPD/FDP-Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) seit Ende 1969 hielt Schauff weiterhin Fühlung insbesondere zu Wehner und Leber, deren Vatikanbesuch von 1970 er mitvorbereitete. Seine Unterstützung der Ostpolitik dieser Regierung, auch durch stille Vermittlertätigkeit im Vorfeld der Verträge von Moskau und Warschau, fand keineswegs das Verständnis aller seiner alten Freunde in der Bundesrepublik. Die daraus resultierenden Differenzen trugen dazu bei, daß sich Schauff in den achtziger Jahren zunehmend von der "Bonner" Politik distanzierte und dem dortigen Bekanntenkreis entfremdete. Zu den wenigen Unionspolitikern, mit denen er in lockerer Verbindung blieb, gehörte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (bis 1988) Bernhard Vogel.
Seit seinem achtzigsten Geburtstag 1982 interessierte sich auch die Öffentlichkeit für die ungewöhnliche Vita Schauffs und seiner

großen Familie - zuletzt mit mehr als 60 Kindern, Enkeln und Urenkeln. Nach der ihm gewidmeten Festschrift von 1983 wurde seine Arbeit in einer Anzahl von Artikeln gewürdigt, insbesondere auch sein Einsatz um den deutsch-polnischen Ausgleich. Johannes Schauff starb nach kurzer Krankheit am 19. Mai 1990 in Bad Wiessee und wurde am 14. Juli auf dem Campo Santo Teutonico im Vatikan beigesetzt.

IX

Inzwischen waren Schauffs jahrzehntelang in der Stille geleisteten Dienste und Verdienste um Staat und Kirche durch höchste Orden der Bundesrepublik Deutschland, der Republiken Italien, Brasilien und Venezuela wie der Regierung von Tirol sowie durch päpstliche Auszeichnungen gewürdigt worden. Darin kam die Ehrung für eine Persönlichkeit der Zeitgeschichte zum Ausdruck, die nicht infolge spektakulärer Einzelaktionen oder vorübergehend ausgeübter Regierungsämter bemerkenswert ist, sondern wegen der Gesamtheit der Lebensleistung.
Schauff war Weltbürger und Wanderer zwischen Völkern und Kontinenten, Vorkämpfer für innerstaatliche wie für Völkerverständigung, Anwalt von Minderheiten und Staatenlosen wie von Flüchtlingen und Vertriebenen, Helfer für Bedrängte und Verfolgte in aller Welt, schließlich Pionier für internationale Siedlungsarbeit und Entwicklungshilfe. Er war, mit der Summe dieser Eigenschaften bezeichnet, Botschafter des guten Willens, hat die "uns früh auferlegte Heimatlosigkeit" (so K. Schauff 1983) innerlich angenommen und, "um der Freiheit willen", Existenz und Leben aufs Spiel gesetzt, gerade dadurch aber neue Freiheit gewonnen.
1983, "zum Abschluß" seines Lebens, formulierte der 80jährige Schauff: "Die bewegende Triebkraft meines Lebens, letztlich die Bestimmung meiner sozialen und religiösen Verantwortung für die Mitmenschen war und ist in erster Linie, den opferwilligen, mutigen und zur Selbsthilfe bereiten Menschen den Weg zum wirtschaftlichen Aufstieg und zur Begründung gesunder Familien zu bahnen. Mein Einsatz galt und gilt den Pionieren und wagemutigen Naturen in einem Familienverband auf eigenem Grund und Boden, also den Bauern, der landwirtschaftlichen Neusiedlung und Kolonisation. In unserer Zeit bedürfen dieser Hilfe vorrangig die Kinderreichen, die Vertriebenen und Verfolgten, die Auswanderer, die unterdrückten Minderheiten und Staatenlosen."

Gebhard Müller (1900-1990)

I

"Ich habe mich bemüht, christliche Grundwerte im Volks- und Staatsleben durchzusetzen, weil ich auf das tiefste überzeugt bin, daß ein Staatswesen auf die Dauer nur bestehen kann, wenn es sich von ihnen leiten läßt. Ich selber habe es der Erziehung in einem christlichen Elternhaus zu danken, daß ich die vielen Anfechtungen, Gewissenskonflikte, Niederlagen und Hoffnungslosigkeiten in meinem Leben bestehen konnte", schrieb der ehemalige Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Präsident des Bundesverfassungsgerichts Gebhard Müller in einem Dankesbrief für Glückwünsche zu seinem 85. Geburtstag.

Er starb am 7. August 1990 in Stuttgart im hohen Alter von neunzig Jahren. Bischof Walter Kaspar zelebrierte das Pontifikalrequiem. In seiner Würdigung des Verstorbenen griff er die eingangs zitierten Zeilen auf und fügte hinzu: "Ein Gerechter, ein Rechtschaffender, ein Mensch, der nicht zurückweicht, der uneigennützig jedem das Seine zu geben bestrebt ist, war Gebhard Müller zeitlebens."

Gebhard Müller war 1945 einer der Männer der "ersten Stunde". Politische Erfahrung hatte er schon in der Weimarer Republik gesammelt. Nach der Katastrophe von 1945 gestaltete er von Anfang an die Entwicklung des westlichen Deutschlands zum freiheitlichen Rechtsstaat mit. Er war einer der Baumeister des Südweststaats, er wirkte mit am politischen Gebäude der Bundesrepublik, er war einer der maßgebenden Gestalter der deutschen Judikatur, stets orientiert an einem Menschenbild, "das der sittlichen Natur des Menschen gerecht wird". Diese Orientierung erwartete er nicht nur vom Richter, sondern auch vom Parlamentarier "im Verhältnis zu den von ihm Repräsentierten" und "von den Mitgliedern der vollziehenden Gewalt".

II

Geboren am 17. April 1900 in Füramoos, einem kleinen Ort im Kreis Biberach, wuchs Gebhard Müller mit fünf Geschwistern auf. Seine Eltern, Johannes und Josefa geb. Müller, entstammten dem bäuerlichen Milieu. Sein Vater war Lehrer der siebenklassigen Volksschule in Füramoos, bevor er sich 1906 nach Ludwigsburg versetzen ließ, um den Kindern den Besuch eines Gymnasiums zu ermöglichen.

Die finanziellen Verhältnisse des kinderreichen Lehrerhaushalts waren sehr beengt. Gebhard Müllers später gerühmte, oft aber auch belächelte Sparsamkeit geht darauf zurück. Prägend war auch die tiefe Religiosität der fest im katholischen Glauben verwurzelten Eltern.

Zwei der Brüder Gebhards fühlten sich zum geistlichen Stand berufen. Der eine wurde Pfarrer; der andere, der zunächst Mathematik studiert und dann eine Assessorenstelle in Stuttgart übernommen hatte, bevor er sich entschloß, ebenfalls Theologie zu studieren, trat in den Jesuitenorden ein. Am 8. September 1944 wurde er, nach dem "Untertauchen" des Provinzials Augustin Rösch, zum Vizeprovinzial und am 2. Februar 1945 zum Provinzial der Oberdeutschen Provinz der Societas Jesu in München berufen. Wie andere seiner Mitbrüder mußte er sich im Versteck dem Zugriff der Gestapo entziehen. 1955 ging er an die Jesuiten-Universität in Gijón im Norden Spaniens.

Auch Gebhard wollte nach der Schulzeit zunächst Pfarrer werden. Seine schulische Ausbildung hatte er in Ludwigsburg und ab 1914/15 im Martinihaus des Progymnasiums Rottenburg erhalten, wo er im Juli 1915 als Bester das Landexamen bestand. Anschließend besuchte er das Gymnasium in Rottweil, das den Nachwuchs für katholische Geistliche heranbildete. Dort machte er 1918 das Notmaturum. Acht Monate vor Ende des Ersten Weltkriegs wurde er nach Tübingen zur königlich-württembergischen Feldartillerie eingezogen. Das Kriegsende und die Revolution erlebte er in Ludwigsburg.

Nach der Entlassung aus dem Militär und der regulären Beendigung der letzten Schulklasse im Sommer 1919 studierte er in Tübingen Theologie und daneben Geschichte und Philosophie, bevor er nach fünf Semestern 1922 zu den Staats- und Rechtswissenschaften wechselte. Sieben Semester verbrachte er in Tübingen, das Sommersemester 1923 in Berlin, wo er als politisch Interessierter auch zahlreiche Reichstagssitzungen besuchte.

Mit der Politik war er schon früh über seinen Vater in Berührung gekommen, der Schriftführer der Zentrumspartei in Ludwigsburg war. 1920 wurde er Mitglied im Windthorstbund und betätigte sich in der Sozialarbeit im damaligen Gesellenverein, dem heutigen Kolpingwerk. Sein Studium finanzierte er durch Arbeit in einer Bank und in einer Maschinenfabrik.
Seine starke soziale Grundhaltung wurde vertieft durch den engen Kontakt, den er in Berlin über das "Sekretariat Sozialer Studentenarbeit" zu Carl Sonnenschein knüpfte, an dessen Ausflügen und Kursen er regen Anteil nahm und der ihn mit der Betreuung kranker Studenten beauftragte.
Auch engagierte er sich in der katholischen Studentenverbindung Alamannia, durch die er seinen Mentor, den württembergischen Minister Josef Beyerle, kennenlernte, der seine juristische wie politische Karriere später förderte. Die erste juristische Staatsprüfung legte er 1926 mit der Note "gut" in Tübingen ab, anschließend wurde er Referendar beim Amtsgericht in Ludwigsburg, dann in Stuttgart beim Land- und beim Oberlandesgericht. 1929 bestand er die Assessorprüfung. Kurz darauf wurde er mit einer Arbeit über die strafrechtliche Bekämpfung des Wuchers zum Dr. jur. promoviert.
Das Angebot, in ein Anwaltsbüro in Ludwigsburg einzutreten, schlug Gebhard Müller aus. Er war durchdrungen von der Idee der Gerechtigkeit und wollte Richter werden. Zwischen 1929 und 1930 war er in Stuttgart und in Tübingen eingesetzt, wo er Carlo Schmid und Viktor Renner kennenlernte, mit denen er nach dem Zweiten Weltkrieg politisch eng zusammenarbeitete. 1930 trat er als Referent für Kirchensteuer, Haushaltsaufgaben, Aufsicht über Kirchenpflegen und Kirchengemeinden in den Dienst des bischöflichen Ordinariats in Rottenburg ein. Seit 1929 engagierte er sich in der Zentrumspartei und wurde 1932 zum Vorsitzenden in Stadt und Kreis Rottenburg gewählt.
Gebhard Müller war ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus. Trotzdem entschloß er sich im Mai 1933, wieder in den Staatsdienst zurückzukehren, um dem geliebten Richterberuf nachgehen zu können. Zunächst stellvertretender Amtsrichter in Waiblingen, erhielt er am 1. April 1934 die Ernennung zum Amtsgerichtsrat in Göppingen. Von Kollegen denunziert, die seine abfälligen Bemerkungen über den Nationalsozialismus und Hitler weitergetragen hatten, sah er sich gezwungen, den Dienstort zu wechseln und sich nach Stuttgart versetzen zu lassen, wo er vom 1. Januar 1939 bis September 1944 als Landgerichtsrat wirkte.

Zum offenen Konflikt kam es im November 1938 bei der sogenannten Reichskristallnacht, die er in Göppingen miterlebte. Auch hier stand die Synagoge in Flammen. Warnschüsse eines SS-Kommandos hielten ihn nicht vom Ort der Brandstiftung ab. Vergebens versuchte er, den anwesenden Landrat und Polizeidirektor wie auch die Feuerwehr zum Eingreifen zu veranlassen. Sein Bericht an die Staatsanwaltschaft und seine Anzeige wegen schweren Landfriedensbruchs, Brandstiftung und anderer Straftaten blieb ohne Folgen.
Seine richterliche Tätigkeit in Stuttgart wurde unterbrochen, als er am 25. August 1939 zum Feldartillerieregiment 25 in Ludwigsburg eingezogen wurde, mit dem er als Schreiber 1940 den Frankreichfeldzug bis zum Waffenstillstand mitmachte. Im selben Jahr heiratete er Marianne Lutz. Aus der Ehe gingen drei Söhne hervor.
Am 20. September 1944 wurde er erneut eingezogen und bei der in Zimmern ob Rottweil stationierten Flak-Ersatz-Abteilung 45 als Unteroffizier eingesetzt, wodurch er wahrscheinlich der "Schutzhaft" durch die Gestapo entging, die vergeblich nach seinem Bruder, dem Jesuitenprovinzial, fahndete. In den letzten Kriegsmonaten, im Januar 1945, ergab sich die Möglichkeit einer Reise nach Berlin, wahrscheinlich weil seine Einheit Geschütze an die bedrohte Ostfront abliefern mußte. Müller nahm die Gelegenheit wahr, Näheres über den nach dem 20. Juli 1944 verhafteten früheren württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz in Erfahrung zu bringen.
Mit Bolz, der am 23. Januar 1945 hingerichtet wurde, hatte Müller als Vorsitzender der Rottenburger Zentrumspartei schon vor 1933 enge und freundschaftliche Kontakte, denn Bolz stammte aus Rottenburg. Die Verbindung riß auch während des Dritten Reiches nicht ab. Ehemalige Zentrumsmitglieder trafen sich regelmäßig im "Europäischen Hof" in Stuttgart. Zu ihnen zählten neben Bolz Josef Andre, Josef Beyerle, Josef Ersing, Johannes Rieder, Felix Walter sowie Wilhelm Simpfendörfer vom Christlich-Sozialen Volksdienst. Dabei erfuhr Müller im Frühjahr 1944 von den Umsturzplänen und der Bereitschaft Bolz', sich nach dem Gelingen für ein staatliches Amt zur Verfügung zu stellen. Bei einer dieser Zusammenkünfte im Frühsommer 1944 richtete Bolz an Müller die Frage, ob er bereit sei, das Justizressort zu übernehmen, womit wahrscheinlich die Leitung der württembergischen Justizverwaltung gemeint war.
Müller konnte während der zwölf Jahre des Nationalsozialismus mit Mut und Charakter seine richterliche Unabhängigkeit bewahren

und viel für diejenigen tun, die ungerecht verfolgt wurden. Das Ansinnen, der NSDAP beizutreten, wies er stets weit von sich.
Bei Kriegsende setzte er sich in Oberreute von seiner Einheit ab und machte sich zu Fuß auf den Weg nach Hause. Unterwegs wurde er vorübergehend von französischen Truppen verhaftet, die ihn verdächtigten, Mitglied des Sondergerichts in Stuttgart gewesen zu sein. Als er jedoch seine Zugehörigkeit zum Stammtisch von Eugen Bolz im "Europäischen Hof" erwähnte, wurde er freigelassen. Am 23. Mai 1945 erreichte er Göppingen.

III

Kaum eine Woche nach seiner glücklichen Rückkehr bestellte ihn sein Mentor Josef Beyerle, der in Stuttgart von den Franzosen zum Landesdirektor für Justiz ernannt worden war, zum Mitglied einer Kommission, die über die personelle Ausstattung der gesamten Rechtspflege, also der Gerichte, Staatsanwaltschaften, Notariate und Vormundschaftsgerichte, zu entscheiden hatte und damit die Rechtspflege wieder in Gang setzte. Einen Monat später schickte ihn Beyerle als Delegierten der Stuttgarter Regierung nach Freudenstadt und Tübingen, um in der französischen Zone von Württemberg-Hohenzollern, Lindau und Weiler die Justiz mit unbelasteten Beamten wieder aufzubauen, was ihm auch bis Oktober 1945 gelang.
Das - kurzlebige - System der "Landesdelegation" von Stuttgart aus hob in gewisser Weise die willkürliche Trennung Württembergs und Badens durch die Demarkationslinie entlang der Autobahn Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart-Ulm wieder auf. Durch die Bildung eines Staatssekretariats in Tübingen im Oktober und das amerikanische Verbot, mit der französischen Zone enge Verbindungen zu halten, begann der Verselbständigungsprozeß Südwürttemberg-Hohenzollerns gegenüber der Stuttgarter Regierung, auch wenn der Vorsitzende des Staatssekretariats, Carlo Schmid, bis zu den ersten Landtagswahlen 1947 noch als Staatsrat der Regierung von Reinhold Maier in Stuttgart angehörte.
Gebhard Müller war im Staatssekretariat in Tübingen zunächst als Ministerialrat und seit Dezember 1946 als Ministerialdirektor praktisch Leiter des Justizressorts - in Vertretung von Carlo Schmid, der nicht nur provisorischer Regierungschef, sondern gleichzeitig auch Landesdirektor der Justiz war.

Parallel zum Aufbau der Staatsverwaltung vollzog sich der Aufbau von politischen Parteien. Durch die anfangs scharfe Trennung der beiden Zonen war das politische Leben stark beeinträchtigt. Die amerikanische Militärverwaltung erlaubte als erste die Gründung bzw. Wiedergründung von Parteien. Im Sommer 1945 fanden in Stuttgart Gespräche über eine neue christliche Volkspartei statt, in die Müller wohl involviert war. Der eigentliche Gründungsakt ist auf den 25. September zu datieren, als sich im Stuttgarter Katholischen Gesellenhaus Vertreter der ehemaligen Zentrumspartei, des Christlich-sozialen Volksdienstes und des Bauern- und Weingärtnerbundes auf den Namen "Christlich-soziale Volkspartei" einigten.

Die Lage in der französischen Zone war wegen des hemmenden Einflusses der Besatzungsmacht komplizierter. Die offizielle Gründung von Parteien wurde erst mit dem Dekret des französischen Oberkommandierenden General Koenig vom 13. Dezember 1945 genehmigt. Am 6. Januar 1946 fand in Aulendorf die Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Union statt. Nach ihrer offiziellen Zulassung am 22. März 1946 setzte der organisatorische Aufbau in den Kreisen ein. Die erste Ortsgruppe des Landesverbandes wurde am 11. April in Tübingen gegründet. Gebhard Müller hielt die Grundsatzrede.

Ein Jahr später, am 29. März 1947, wurde er von der dritten Landesversammlung der CDU in Biberach in der Nachfolge von Landwirtschaftsminister Dr. Franz Weiß zum Landesvorsitzenden gewählt. Dieses Amt hatte er bis 1956 inne. Kurz nach seiner Wahl gewann er einen seiner Bundesbrüder für die CDU, Kurt Georg Kiesinger, und berief ihn zum Landesgeschäftsführer. Bei seinem schnellen Aufstieg in der Partei, die innerhalb eines Jahres zur dominierenden politischen Kraft in Südwürttemberg geworden war, kam Müller nicht nur seine Erfahrung als Zentrumsvorsitzender in der Weimarer Zeit zugute. Auch das hohe Ansehen, das er durch seine taktisch geschickte Zurückhaltung erworben hatte, seine Einbindung in die Verwaltung des Staatssekretariats und seine exzellenten juristischen Kenntnisse ließen ihn schnell in den Vordergrund rücken. Konsequenterweise wurde er nach der Wahl zum ersten gewählten Landtag am 18. Mai 1947 (der verfassunggebenden Landesversammlung hatte er nicht angehört) zum Vorsitzenden der CDU-Fraktion gewählt. Somit stand er nun Carlo Schmid in zweifachem Verhältnis gegenüber: seinem Minister als weisungsgebundener Ministerialdirektor, dem SPD-Vorsitzenden als CDU-Fraktionsführer. Probleme ergaben sich aus dieser kuriosen Konstella-

tion aber nicht, da beide sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlten und eine faire Zusammenarbeit pflegten.
In der Frage, wen die CDU, die 32 von 60 Sitzen gewonnen hatte, als Staatspräsident vorschlagen sollte, waren Partei und Fraktion gespalten. Der Landesvorstand votierte mehrheitlich für Müller, doch setzte sich in der Fraktion Lorenz Bock durch. Müller hatte sich mit der Erklärung, zwei Minister ablösen zu wollen, unbeliebt gemacht. Außerdem besaß Bock als früherer Vorsitzender der Zentrumsfraktion im württembergischen Landtag (seit Mitte der zwanziger Jahre), durch seine kommunalpolitischen Aktivitäten im Rottweiler Gemeinderat, als Kreistagsabgeordneter und als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Landesversammlung einen höheren Bekanntheitsgrad, und schließlich hatte er gemeinsam mit dem CDU-Abgeordneten Professor Emil Niethammer, einem ehemaligen Reichsgerichtsrat, den Verfassungsentwurf konzipiert.
Müller hatte allerdings auch an der Verfassung mitgewirkt, denn das Justizressort war an der Überarbeitung des Entwurfs Bock/Niethammer maßgebend beteiligt. Die Überarbeitung hatte die französische Besatzungsmacht, die eine "föderalistische Formulierung" erwartete, ultimativ verlangt. Müllers Vorschlag für Artikel 1 nahm die später vom Parlamentarischen Rat beschlossene föderative Struktur des neuen deutschen Bundesstaates vorweg: "Württemberg-Hohenzollern ist ein freier Volksstaat und Glied der Deutschen Bundesrepublik."
Zur Entgegennahme der "Frankfurter Dokumente" am 1. Juli 1948, mit welchen die West-Alliierten die Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung empfahlen und die Überprüfung der Ländergrenzen vorschlugen sowie Leitsätze für die Beziehungen zwischen den Besatzungsmächten und einer künftigen westdeutschen Bundesregierung unterbreiteten, begleitete er Lorenz Bock; ebenfalls nahm er als CDU-Landesvorsitzender an der "Rittersturz-Konferenz" der Ministerpräsidenten der Westzonen in Koblenz am 8.-10. Juli teil, bei der die "Frankfurter Dokumente" beraten wurden. Als Unbekannter auf überzonaler Bühne konnte er damals schon nicht mehr gelten: Bereits im Juli 1946 hatte er an der Tagung der Leiter der deutschen Justizverwaltungen in Bad Godesberg teilgenommen. Beim ersten gesamtdeutschen Juristentag vom 2.-5. Juni 1947 in Konstanz war er ebenso anwesend wie bei der ersten und einzigen Konferenz der Ministerpräsidenten aller Besatzungszonen in München vom 6.-8. Juni 1947.
Anstrengende Detailarbeit leistete er als Vorsitzender des Rechtsausschusses der Ministerpräsidentenkonferenz, einer Art Vorläufer

des Bundesrats. In diesem hatte er 1951/52 den Vorsitz des Rechtsausschusses erneut inne. 1956/57 übernahm er im Bundesrat den Vorsitz des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen und 1957 den Vorsitz des Außenpolitischen Ausschusses.
Als Lorenz Bock am 4. August 1948 überraschend starb, war Müller der geborene Nachfolger. Am 13. August wurde er mit 53 von 59 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Die Presse kommentierte seine Wahl mit der Bemerkung, daß der anerkannte Südwürttemberger aus der deutschen Innenpolitik der kommenden Jahre ebensowenig wegzudenken sei wie sein Ministerkollege Carlo Schmid.
Aus Protest gegen die Besatzungsmacht, die umfangreiche Demontagen und wirtschaftlich unvertretbare, großflächige Abholzungen im Schwarzwald angeordnet hatte, hatte der Landtag auf Anregung Müllers wenige Tage zuvor, am 6. August, beschlossen, vorerst nicht mehr zu Sachberatungen zusammenzutreten. Gleichzeitig war die Regierung zurückgetreten und damit nur noch geschäftsführend im Amt. Verschiedene Versuche der französischen Militärregierung, Müller zur Bildung einer neuen Landesregierung zu bewegen, blieben erfolglos. Unbeugsam prangerte Müller die Besatzungswillkür an; unbeirrt beharrte er in den zum Teil sehr heftigen Auseinandersetzungen darauf, daß das machtlose Recht am Ende doch über die rechtlose Macht siegen werde.
Seine entschiedene Haltung und die Mobilisierung der Öffentlichkeit blieben nicht ohne Folgen: Die Demontagen wurden reduziert, die Abholzungen eingestellt und sogar eine Entschädigung in Höhe von 50 Millionen DM gezahlt. Als sich das Verhältnis zur Besatzungsmacht besserte - nicht zuletzt auch infolge der Veränderung der weltpolitischen Konstellation -, stellte Müller am 24. Juni 1949 sein neues Kabinett vor, in dem er zusätzlich das Amt des Finanzministers und, nach dem Ausscheiden Carlo Schmids 1950, auch noch das des Justizministers übernahm.
Über einen Mangel an Aufgaben und Arbeitsbelastung konnte er nicht klagen. Weiterhin beschäftigte ihn der Auf- und Ausbau des Rechtswesens. Mit der Besatzungsmacht kämpfte er um die Lebensfähigkeit seines Landes. Besonderes Augenmerk aber widmete er dem Wiedererstehen einer einheitlichen gesamtdeutschen Staatsgewalt, die er sich nur in föderativer Struktur vorstellen konnte. Und nicht zuletzt setzte er sich beharrlich und mit großer Leidenschaft für den Zusammenschluß der drei südwestdeutschen Länder Südbaden, Württemberg-Hohenzollern und Nordwürttemberg-Nordbaden ein.

Drei Tage vor seiner Wahl zum Staatspräsidenten hatte der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee seine Beratungen über die zukünftige Verfassung Deutschlands aufgenommen. Nach dort und in den Parlamentarischen Rat hatte der Landtag auf seinen Vorschlag, trotz absoluter Mehrheit der CDU, nicht zwei CDU-Vertreter, sondern neben dem Wirtschaftsfachmann Paul Binder (CDU) auch Carlo Schmid entsandt, wofür Hamburg im Gegenzug einen CDU-Vertreter, Paul de Chapeaurouge, nach Bonn abordnete. Weil vielen seiner Parteifreunde dieses Geschäft nicht einleuchtete, handelte sich Müller harsche Kritik ein, insbesondere auch von Konrad Adenauer. Gebhard Müller hingegen, der Carlo Schmid aufgrund der hervorragenden Zusammenarbeit im Landtag von Bebenhausen wie in der Regierung als "gemäßigten Sozialdemokraten" schätzte, setzte auf dessen mäßigenden Einfluß auf die SPD-Fraktion des Parlamentarischen Rats.
Am 3. August 1948 hatte die erste Verhandlung über den Zusammenschluß der württembergischen und badischen Landesteile auf dem Hohenneuffen stattgefunden. Das Ergebnis der Konferenz war die Einsetzung einer Kommission, die den "Karlsruher Vertrag" ausarbeitete. Dieser sah u.a. vor, daß ein Zusammenschluß der drei Länder nur dann erfolgen sollte, wenn dafür in allen eine Mehrheit zustande komme. An all diesen weichenstellenden Entscheidungen und Ereignissen war Müller direkt oder indirekt beteiligt.

IV

Mit nicht nachlassender Energie focht Müller auf allen Ebenen, im Ellwanger Freundeskreis von CDU und CSU, in der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft und im Parlamentarischen Rat für "eine gesunde föderalistische Verfassung" und für einen "echten Bundesrat, einen Bundesrat ohne Schleppe und ohne Schwanz und ohne Bart", der gegenüber dem Bundestag vor allem in Fragen der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern und im Finanzwesen gleichberechtigt sein sollte.
Sein föderalistisches Engagement - er war weder Partikularist noch gar Separatist - entsprang nicht nur der Sorge, zentralistische Tendenzen könnten dem Totalitarismus Vorschub leisten. Er sah im Nebeneinander von Bundestag und Bundesrat auch eine Garantie für beständige und sachliche Arbeit, wie er bei der Diskussion um die Abstimmung über den Grundgesetzentwurf am 21. Mai 1949 im Bebenhausener Landtag ausführte. Trotz seiner Kritik im Grund-

sätzlichen, was den sogenannten kooperativen Föderalismus des Grundgesetzes angeht, wie auch in Einzelfragen, befürwortete er die Annahme des Grundgesetzes aus einer Reihe von übergeordneten Gesichtspunkten, "die nicht zuletzt begründet waren in der Erwartung, daß nur mit der Bildung der Bundesrepublik, nur mit dem Zusammenschluß der drei Zonen, das Elend der französischen Zone behoben werden könne".
Noch kurz vor der Verabschiedung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat hatte Müller direkt in die Beratungen eingegriffen, weil er befürchtete, daß das von ihm erstrebte Ziel des Südweststaats durch entgegenstehende oder hemmende Bestimmungen vertagt oder gar verhindert werden könnte.
Gebhard Müller dachte ursprünglich, bis 1948, eher an eine Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg unter Einbeziehung des ehemals preußischen Regierungsbezirks Sigmaringen. Doch erkannte er bald, daß diese Vorstellung sich nicht gegen den von Nordwürttemberg-Nordbaden und seinem Ministerpräsidenten Reinhold Maier favorisierten Südweststaat würde durchsetzen können. Den status quo, und damit die Verfestigung der staatlichen Dreiteilung, wollte er aber auf alle Fälle vermeiden. So schwenkte er nach der Übergabe der "Frankfurter Dokumente" auf den Gedanken des Südweststaats ein, der, wirtschaftlich und finanziell auf solider Grundlage stehend, zu einem selbstbewußten Gliedstaat werden und dem Zusammenschluß weiterer Länder Vorbild sein könnte.
Die Durchsetzung aber war extrem schwierig, vor allem wegen der Abstimmungsmodalitäten. Zwischen den Regierungen in Tübingen und Stuttgart bestanden erhebliche Differenzen. Im südbadischen Freiburg stand mit Leo Wohleb, mit dem er trotz aller Auseinandersetzungen freundschaftlich und privat eng verbunden war, ein harter und fintenreicher Gegner an der Spitze der Regierung. Die Frontlinien verliefen durch die eigene Partei. Auch Konrad Adenauer war ein Gegner des Südweststaats, weil er um das Stimmenverhältnis für seine Partei im Bundesrat fürchtete. Selbst seitens der Kirche, vor allem vom erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg, wurden starke Hindernisse aufgebaut, was dem strengen, aber weder klerikalen noch militanten Katholiken Müller besonders zusetzte. Und nicht zuletzt gab es bei den Amerikanern und mehr noch bei den Franzosen offene Ablehnung.
Den im Grundgesetz vorgesehenen Neugliederungsartikel 29 empfand Müller nach einer Reihe ergebnislos verlaufener Südweststaatskonferenzen der Regierungschefs der drei Länder als "völlig

unzulänglich und unbrauchbar". Er formulierte deshalb in Zusammenarbeit mit Theodor Eschenburg buchstäblich in letzter Minute vor Abschluß der Beratungen des Parlamentarischen Rats den Artikel 118, der abweichend von den Vorschriften des Artikels 29 vorsah, die Neugliederung durch den Bundesgesetzgeber auf der Grundlage einer Volksbefragung zu beschließen, falls eine Vereinbarung darüber nicht zustande kommen sollte. Sein Vorschlag, "ein Glanzstück juristischer Kunst", wurde innerhalb von drei Tagen als letzter Artikel des Grundgesetzes beschlossen und dann mit dem Grundgesetz von den Alliierten genehmigt.
Zuvor aber war noch die Zustimmung der französischen Besatzungsmacht zu gewinnen. Am 20. Februar 1949 wurde Gebhard Müller nach Paris zitiert, zu Robert Schuman, dessen Unterstützung er erreichte, obwohl der designierte Hochkommissar François-Poncet sich energisch gegen einen Zusammenschluß aussprach. Schuman beendete das Gespräch mit der Erklärung: "Was der Sondergesandte François-Poncet ausgeführt hat, ist seine persönliche Meinung. Ich als der maßgebliche Außenminister Frankreichs erkläre Ihnen, die Abstimmung über den Südweststaat kann stattfinden. Frankreich anerkennt jedes Ergebnis. Ich wünsche lediglich eine faire Abstimmung." Zeuge des Gesprächs war Müllers rheinland-pfälzischer Amtskollege Peter Altmeier.
Auf der Grundlage von Artikel 118 erging am 15. Mai 1951 ein Neugliederungsgesetz, dessen Wahlmodus mit vier Wahlbezirken auf den sogenannten Tübinger Entwurf zurückging, den Gebhard Müller vorgelegt und Kurt Georg Kiesinger im Innenausschuß des Bundestags vorgeschlagen hatte. Doch vor der Abstimmung war noch eine wesentliche Hürde zu überwinden: Die Gegner des Gesetzes hatten das Bundesverfassungsgericht angerufen und eine Phalanx hochkarätiger Gutachter aufgeboten. Diese kamen alle zu einem negativen Ergebnis. Müller kommentierte ihre Ausführungen mit einem Vers von Viktor von Scheffel, womit er sich eine Rüge des Vorsitzenden einhandelte:

Gott grüß' Euch, Ihr trefflichen Vögel
an der fernen Guanoküst',
nebst meinem Landsmann, dem Hegel,
schafft Ihr den gediegensten Mist.

Der Antrag der Neugliederungsgegner wurde am 23. Oktober 1951 bei Stimmengleichheit (6:6) abgelehnt. Bei der Volksbefragung am 9. Dezember 1951 erhielt das Gesetz eine beeindruckende Mehrheit

von 69,7 Prozent. Mit Ausdauer und Festigkeit hatte Müller sein Ziel erreicht, die Bildung des Südweststaates.

V

Diesem Höhepunkt seines politischen Wirkens folgte eine tiefe menschliche Enttäuschung. Obwohl aus den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. März 1952 mit relativer Mehrheit hervorgegangen, wurde die CDU-Fraktion in die Opposition verwiesen. Reinhold Maier hatte insgeheim bereits eine Koalition aus DVP/FDP, SPD und BHE gezimmert, obwohl er wenige Monate zuvor kundgetan hatte, eine Kandidatur Müllers für das Amt des Ministerpräsidenten unterstützen zu wollen. In seinen Erinnerungen führt Maier aus, er habe Müller in der schwierigen Konsolidierungsphase des neuen Landes vor den Neugliederungsgegnern im eigenen Lager schützen wollen. Zudem sei es ihm unmöglich erschienen, die DVP/FDP-Fraktion in den brodelnden Unruheherd einer Koalition mit dieser zerstrittenen CDU-Fraktion zu führen. Tatsächlich habe später - so Maier - der altbadische Widerstand in der CDU Müller die Freude an der Arbeit so sehr vergällt, daß er 1958 das Ministerpräsidentenamt niedergelegt und das Amt des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts angenommen habe.
Gebhard Müller, der diese Argumentation stets heftig zurückwiesen hat, zog sich nach der Niederlage von 1952 nicht in den Schmollwinkel zurück. Das Angebot Adenauers, Botschafter in Madrid zu werden, lehnte er ab. Auch blieb er der Politik treu, als er die Möglichkeit erhielt, Präsident des Bundesverfassungsgerichts zu werden. Als Vorsitzender des Verfassungsausschusses kümmerte er sich intensiv um die Erarbeitung der Landesverfassung. Um Einzelheiten, vor allem in Weltanschauungsfragen, wurde dabei hart gerungen (v.a. um die Weitergeltung des Konkordats, um Elternrecht und Schulsystem). Als die Verfassungsberatungen festgefahren waren, verständigte er sich im Sommer 1953 mit Alex Möller (SPD) auf das weitere Procedere und darüber hinaus auf eine zukünftige Regierungsbildung.
Müllers Stunde kam nach der Bundestagswahl vom 6. September 1953, die der CDU in Baden-Württemberg einen Zugewinn von fast 13 Prozent und damit die absolute Mehrheit, der DVP/FDP aber den Verlust von knapp 5 Prozent bescherte. Dies kam einem Mißtrauensvotum für Reinhold Maier gleich, der die Wahl zum Test für seine Anti-Adenauer-Politik erklärt hatte und nun sein Amt

niederlegte. Am 30. September wurde Müller gewählt, am 7. Oktober stellte er sein Allparteienkabinett vor.
Der Verabschiedung der Verfassung stand nun nichts mehr im Wege. Sie wurde nahezu einstimmig angenommen und trat am 19. November 1953 in Kraft. Zügig trieb Müller die Konsolidierung des Südweststaats voran: Am 25. Juli 1954 wurde als erstes Organisationsgesetz die Gemeindeordnung verabschiedet, am 10. Oktober folgte die Landkreisordnung und am 7. November schließlich das Landesverwaltungsgesetz. Die Beseitigung der Notstandsgebiete wurde in Angriff genommen und die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge vorangetrieben. Mit den Wahlen zum zweiten Landtag von Baden-Württemberg am 4. März 1956, bei der die CDU 42,6 Prozent der Stimmen erhielt, wurde Gebhard Müller in seinem Amt bestätigt. Wiederum bildete er ein Kabinett aus allen im Landtag vertretenen Parteien.
Müller war - dies zeigen seine Regierungsbildungen in Württemberg-Hohenzollern wie in Baden-Württemberg - stets ein Befürworter von Koalitionen auf breiter Grundlage, selbst dann, wenn die Mandatsverteilung dies nicht erforderte. Er vertrat die Auffassung, daß die große Not des Landes und die schweren politischen Entscheidungen breiten Konsens und das Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte erforderten. Differenzen mit Adenauer blieben deshalb nicht aus. Bei ihrer ersten längeren Begegnung nach den ersten Bundestagswahlen am 21. August 1949 in Rhöndorf war die Frage einer großen oder einer kleinen Koalition im Bund zu entscheiden. Vergeblich drängte Müller den zukünftigen Bundeskanzler, mit der SPD Schumachers eine große Koalition zu bilden, wie er sie selbst in seinem Land mit Erfolg praktizierte. Die öffentliche, meist überspitzte Austragung parteipolitischer Gegensätze und die damit verbundene parteipolitische Polarisierung lag ihm nicht, und er hielt sie angesichts der Not Deutschlands und seiner Menschen auch für "untragbar und unmöglich". Gegen Adenauer allerdings konnte er sich nicht durchsetzen.
Müllers Weg zum Bundesverfassungsgericht hat eine längere Vorgeschichte. Schon zweimal, 1951 und 1954, hatte er das ehrenvolle Angebot abgelehnt, Präsident zu werden. Beide Male sah er sich in der Pflicht für sein Land, das er in schwieriger Situation nicht im Stich lassen wollte. 1958 erhielt er erneut einen Ruf, der wiederum vom "Kronjuristen" der SPD, Adolf Arndt, ausging. Müller schwankte buchstäblich bis zur letzten Stunde, ob er die politische Arbeit aufgeben sollte. Gesundheitliche Erwägungen (er litt seit dem Krieg an einem Zwölffingerdarmgeschwür, das bis zur Opera-

tion 1960 nicht auskuriert wurde) gaben schließlich den Ausschlag. Möglicherweise spürte er aber auch instinktiv, daß die Zeit der "Konkordanz-Demokratie", für die er stand, sich dem Ende näherte; Umfrageergebnisse zeigten, daß nur die SPD von der Koalition mit der CDU profitierte. Am 9. Dezember 1958 erklärte er seinen Rücktritt als Ministerpräsident. Nachfolger wurde Kurt Georg Kiesinger, der nach seiner Meinung eher für einen maßgeblichen Posten in Bonn in Frage kam. Er hätte Oskar Farny, damals Bundesratsminister, oder den CDU-Landesvorsitzenden von Südbaden, Anton Dichtel, bevorzugt.

VI

Am 13. Februar 1959 trat Müller sein neues Amt in Karlsruhe an. Seine Antrittsrede gibt Auskunft über sein Amtsverständnis. Er sehe sich unter dem "Zwang zum Denken und Handeln in neuen Bahnen"; sein Amt erfordere den "Verzicht auf jede politische Initiative und Aktivität, letzte Zurückhaltung in Tagesfragen, für die Zukunft Schweigen auch dort, wo innere Verbundenheit mit den Existenzfragen der Nation zur Stellungnahme drängen will". Öffentliche Selbstdarstellung und Eigenwerbung hat Müller nie sonderlich geschätzt, und so mied er auch konsequent öffentliche Äußerungen und Stellungnahmen in verfassungspolitischen und verfassungsrechtlichen Fragen, weil er befürchtete, das Bundesverfassungsgericht könne dadurch in aktuelle politische Diskussionen hineingezogen werden, womit seine Integrationskraft und friedenstiftende Rolle Schaden nehmen würde.
Der Rollenwechsel von der Politik ins Richteramt gelang. Müller fand allseits höchste Anerkennung. Neben dem Amt des Gerichtspräsidenten hatte er zugleich in den 13 Karlsruher Jahren den Vorsitz des Ersten Senats inne. Da der Präsident bzw. Vorsitzende im Plenum der Richter nicht Dienstvorgesetzter, sondern nur primus inter pares ist, verlangten seine neuen Aufgaben ein hohes Maß an Geduld, an Toleranz und Kompromißbereitschaft, aber auch Festigkeit in grundsätzlichen Fragen - Fähigkeiten und Tugenden, die Müller als Chef von Koalitionsregierungen hinreichend unter Beweis gestellt hatte. Er beeindruckte durch kompetente Beherrschung des Stoffs, auch in Details, und durch strenge Rechtlichkeit. Seine Auffassungen vertrat er verbindlich, jedoch mit Nachdruck in der Sache. Allzu hoch gestochenen Texten und rechtsphilosophischen Höhenflügen seiner Zuarbeiter begegnete er mit gesundem

Mißtrauen, obwohl er stets großen Wert auf die Auseinandersetzung mit der Wissenschaft legte. Ein bequemer Präsident war er nicht.
Bald nach Amtsantritt mußte er feststellen, wie ungleich die Arbeitsbelastung zwischen dem Ersten und Zweiten Senat verteilt war. Waren beim Ersten Senat Ende 1958 862 Verfahren anhängig, so waren es beim zweiten nur 36. Also drängte er darauf, dieses Ungleichgewicht durch Verlagerung von Zuständigkeiten auszugleichen. Im zweiten Änderungsgesetz zum Bundesverfassungsgerichtsgesetz vom 26. Juni 1959 wurde dafür die gesetzliche Grundlage geschaffen. Auch erreichte er zur Entlastung des Gerichts eine Veränderung des Annahmeverfahrens für Verfassungsbeschwerden.
In seine Amtszeit fallen wesentliche Entscheidungen verfassungsrechtlicher Fragen, insbesondere auch in Auslegung der Grundrechte (Art. 1-20 GG). Dazu zählen das Fernsehurteil, die Urteile anläßlich der "Spiegelaffäre" zum Recht der Presse und der Freiheit der Information, das Urteil zur Parteienfinanzierung, des weiteren Urteile über die Abwägung zwischen Kunstfreiheit und Persönlichkeitsrecht, zum Kirchensteuerrecht, zur Gleichberechtigung in Ehe und Familie und zur rechtlichen Gleichstellung nichtehelicher Kinder, zum Post- und Fernmeldegeheimnis, zur Grundlegung der verfassungsgerichtlichen Eigentumsjudikatur, um nur einige zu nennen. Natürlich waren das nicht alles Entscheidungen, die durch sein Votum herbeigeführt wurden; das Beratungsgeheimnis erlaubt es nicht, einen nur annähernd zuverlässigen Eindruck von seinem Einfluß auf Diskussion, Urteilsfindung und Abstimmungsverhalten zu gewinnen. Daß es bei den Beratungen aber oft hoch herging, und daß er dabei in seiner unprätentiösen Art, mit seiner Besonnenheit und Souveränität gefordert war, ist allerdings hinlänglich bekannt.
Entschiedene Position bezog er, auch öffentlich, in der Frage, ob es dem überstimmten Bundesrichter erlaubt sei, eine abweichende Meinung zu einer Entscheidung oder ihrer Begründung in einem Sondervotum niederzulegen. Er warnte, daß - vor allem bei brisanten Fällen - in den Medien weniger die Argumente der Mehrheit als die der Minderheit ausgebreitet würden. Damit werde die Unabhängigkeit der Richter bedroht, die Integrationskraft des Gerichts sei gefährdet, es werde auf Kosten des Ganzen Tür und Tor geöffnet für die Selbstdarstellung und Profilierung einzelner Richter. Dennoch konnte er die Einführung des Sondervotums, das mit dem vierten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfas-

sungsgerichts vom 21. Dezember 1970 - also kurz vor seinem Ausscheiden - zugelassen wurde, nicht aufhalten.
Müller verließ, als er am 8. Dezember 1971 sein Amt aufgab, ein wohlbestelltes Haus. Das Bundesverfassungsgericht, 1951 als ein weithin ungesichertes verfassungspolitisches Experiment ins Leben gerufen, war stabilisiert und konsolidiert. Karlsruhe war zum endgültigen Standort erklärt. 1969 konnte - nach schwierigen Verhandlungen - auch ein neues Amtsgebäude bezogen werden. Als Vorsitzender der Baukommission kümmerte sich Müller persönlich um Planung, Bauausführung und Ausstattung. Es verwundert deshalb nicht, daß der Neubau nicht unerheblich weniger gekostet hat als vergleichbare öffentliche Bauwerke jener Jahre.
Im Ruhestand blieb Müller nicht untätig. Im Alter von 72 Jahren noch zum Honorarprofessor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen ernannt, hielt er noch einige Zeit Vorlesungen über Staats- und Verfassungsrecht. In die Tagespolitik schaltete er sich nicht ein. Doch meldete er sich zu Wort, wenn sein Gerechtigkeitsempfinden getroffen war, wie in der Kampagne gegen den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger.

VII

Gebhard Müller entsprach dem Prototyp des Schwaben, dem nachgesagt wird, er zeichne sich durch Geradheit, Fleiß, Hartnäckigkeit und Sparsamkeit aus. Er war ein Vorbild an persönlicher Bescheidenheit. Noch als Ministerpräsident lebte er bis 1958 in einer Dreizimmerwohnung im Verwaltungsbau der Landesstrafanstalt Ludwigsburg, an deren Haustür "Gebhard Müller 2x läuten" stand. Er war in seinem Regierungsstil allem Pathos abhold, eine uncharismatische Erscheinung, die nach außen zwar wenig aus sich machte, aber trotzdem weit über den Südweststaat hinaus bekannt und beliebt war.
Sprichwörtlich war sein eminenter Fleiß. Sein erstaunliches Gedächtnis verband sich mit überaus soliden juristischen Kenntnissen, die ihn nicht nur zu einem großen Politiker, sondern auch zu einer herausragenden Richterpersönlichkeit werden ließen. Seine Stärke war, daß er klare politische Vorstellungen hatte und ihre Realisierungsmöglichkeiten bis ins Detail durchdachte. Seine Ziele verfolgte er, ohne der Schläue zu entsagen, mit Mut und Hartnäckigkeit und manchmal auch mit schwäbischer Dickköpfigkeit. Er konnte

zuhören, war überzeugenden Argumenten stets aufgeschlossen und zur Revision seiner Konzeptionen bereit. Seine auf Ausgleich bedachte Mentalität schuf ihm allseits Vertrauen.
Seine Wesensart wurde manchmal als herb und spröde empfunden; dabei war er von liebenswürdigem Naturell. Seine feine Ironie, sein bodenständiger Humor und seine ausgeprägte Freude am Anekdotischen verblüfften nicht wenige. Um seine Sparsamkeit, insbesondere mit den ihm anvertrauten Steuermitteln, ranken sich eine Fülle von Anekdoten, die er selbst gerne zum besten gab. Als Staatspräsident in Tübingen benutzte er - der Wirkung wohl bewußt - im Vorraum seines Dienstzimmers ein von der Firma Bosch ausrangiertes Sofa, das einen so ärmlichen Eindruck machte, "daß die vielen Bittsteller, Bürgermeister und Abgeordneten, die warten mußten, von vornherein nur die Hälfte von dem verlangt haben, was sie eigentlich wollten". Mit Steuergeldern besonders sparsam umzugehen, war nicht nur Attitüde.
Kennzeichnend für seine Grundeinstellung war, was er zum 25jährigen Jubiläum des Grundgesetzes schrieb: "Es gilt, die Bedeutung des Dienens, der Treue und des Opfers als Rückhalt jeder Staatsgesinnung lebendig zu machen." Von diesem Ethos des Dienens war er ebenso tief durchdrungen wie von der Überzeugung, daß die Person hinter einem einmal übernommenen Amt oder einer verpflichtenden Aufgabe zurückzutreten habe.
"Ich weiß, wer Sie sind, daß Sie das große und laute Wort nicht lieben ... Ich habe da, wo ich stand, getan, was zu tun war. Man nennt das seine Pflicht tun. Ich ging nicht gern auf den Jahrmarkt. Und von Konrad Adenauer konnte ich lernen, daß man zuhören muß." So antwortete Heinrich Krone auf Müllers Geburtstagsglückwunsch im Jahr 1982. Und er fuhr fort: "Sind Sie nicht von derselben Art? Ich habe Sie nie auf dem Jahrmarkt der Politik angetroffen. Sind wir so nicht verwandte Seelen? Ich glaube schon."
Gebhard Müller war, wie Bischof Kaspar in seiner Abschiedspredigt am Schluß ausführte, "einer der glaubwürdigsten Repräsentanten einer gerechten Ordnung und Verfassung".

Walter Dirks (1901-1991)

In unserem Jahrhundert ist kaum ein anderer deutscher politischer Publizist dem Typus der von Emil Dovifat beschriebenen publizistischen Persönlichkeit "als Mensch innerster Überzeugung, öffentlichen Bekenntnisses und opferbereiter Hingabe" so nahe gekommen wie Walter Dirks. Wer sich mit ihm und seinem fast 5.000 Beiträge umfassenden publizistischen Werk näher beschäftigt, wird rasch gewahr, daß er es mit einer Ausnahmeerscheinung zu tun hat. Nicht nur, daß dieses Lebenswerk drei Epochen deutscher Zeitgeschichte - die Weimarer Republik, das Dritte Reich und die Bundesrepublik - umspannt und ihn so zu einem einzigartigen Zeugen der Zeit von den Krisenjahren nach dem Ende des Kaiserreichs bis zur Wiedervereinigung Deutschlands macht, weit mehr noch fasziniert er aufgrund seiner weltanschaulichen Grundhaltung, zugleich Katholik, Sozialist und Pazifist zu sein, in der Rolle eines Außenseiters. Durch eine "nonkonformistische, vereinzelte Position", in die er sich - sehr bewußt - schon in jungen Jahren begab, verschaffte er sich den für seine unabhängige Publizistik nötigen Freiraum zwischen den Gruppierungen und Strukturen der Gesellschaft.

Für sein Denken und Schreiben, ja für seine ganze Lebenseinstellung ist ausschlaggebend gewesen, daß sein geistiges und politisches Erwachen zeitlich mit der allgemeinen Orientierungskrise nach dem Ersten Weltkrieg zusammenfiel. Die Herausforderung der Zeit, die einander widerstrebenden großen geistigen und sozialen Kräfte zwischen Tradition und Revolution zu einer grundlegenden Neuordnung von Staat und Gesellschaft zu verbinden oder doch in ihrer gegensätzlichen Spannung fruchtbar zu machen, blieb für ihn zeitlebens, in allen beruflichen Stationen seines publizistischen Wirkens, prägend.

Von 1924 bis 1934 gehörte Dirks als Feuilletonchef dem Kreis der "Rhein-Mainischen Volkszeitung" (RMV) in Frankfurt an, der mit seiner republikanischen und demokratisch-sozialistischen Grundorientierung auf dem linken Flügel des politischen Katholizismus stand und einen mutigen Kampf gegen den aufkommenden Nationalsozialismus führte. Nach dem Verbot des Blattes trat er 1935 in

die Feuilletonredaktion der "Frankfurter Zeitung" ein, wo er sich bis 1943 mit Musikaufsätzen und anderen Kulturbeiträgen auf das unpolitische Feld zurückzog, um die Zeit der Unfreiheit und der Verfolgung Andersdenkender zu überstehen.
Von 1946 an war sein Name, wie derjenige seines Geistesverwandten Eugen Kogon, untrennbar mit den "Frankfurter Heften" verbunden, die er mitgegründet hatte und deren Mitherausgeber er bis 1985 war. Zehn Jahre, von 1956 bis 1966, leitete er die Hauptabteilung Kultur des Westdeutschen Rundfunks (WDR). Als freier Schriftsteller, der sich mit Essays und Kommentaren zu politischen Ereignissen und Zeiterscheinungen "einmischte", ist er in der konsolidierten Bundesrepublik dann, nach den Worten von Bundespräsident Gustav Heinemann, zum "Sprecher des moralischen Gewissens in einer Gemeinschaft" (1971) geworden. Er selbst verglich sich mit dem aus der mittelhochdeutschen Poesie bekannten "Merker", der das Geschehen um ihn herum beobachtet und sich immer wieder vermittelnd, kritisierend und warnend zu Wort meldet. Dabei nahm er keine andere Legitimation für sich in Anspruch als seine innere Berufung, die er freilich bis zur äußersten Grenze publizistischer Ungebundenheit, der "Narrenfreiheit", auslegte.

I

Geboren wurde Walter Dirks am 8. Januar 1901 in der Fabrikstadt Hörde bei Dortmund als fünftes von sechs Kindern des Brauereivertreters Anton Dirks und seiner Frau Luise geb. Risse. Als Zehnjähriger erlebte er den infolge Arbeitsunfähigkeit seines herzkranken Vaters erzwungenen Verkauf des elterlichen Anwesens und den Kampf der Familie gegen den sozialen Abstieg. Die "soziale Frage" war für ihn eine Kindheitserfahrung, zu welcher der Industriearbeiteralltag in seinem von Hochöfen und Kohlengruben beherrschten Heimatort ebenso beitrug wie die Fürsorgetätigkeit seiner Mutter, der bald die Hauptsorge für den Familienunterhalt zufallen sollte. Die Anstellung der engagierten, tatkräftigen Frau als Fürsorgerin, zunächst bei der katholischen Gemeinde, dann bei der Stadtverwaltung, konnte der Familie allerdings nur ein bescheidenes Auskommen in kleinbürgerlichen Verhältnissen sichern.
Sozialer Rückhalt wurde im katholischen Milieu mit seinen Vereinen und Jugendorganisationen gefunden, während die politische Orientierung das Zentrum bot, das im Wahlkreis Dortmund-Hörde dank eines katholischen Bevölkerungsanteils von über vierzig Pro-

zent eine starke Position auch gegenüber den führenden Sozialdemokraten behauptete. Die Zentrumstradition mit ihren kulturkämpferischen, antipreußischen Komponenten war in der Familie sehr lebendig, vor allem durch Vermittlung seines Großvaters mütterlicherseits, an den Dirks später als Mitarbeiter an der radikaldemokratischen "Deutschen Republik" durch Verwendung des Pseudonyms "Georg Risse" erinnerte.

Dirks empfing am "Königlichen Gymnasium" in Dortmund, einer 1908 vom preußischen Staat für die katholische Minderheit errichteten Anstalt, eine humanistische Schulbildung. Obwohl er im Rückblick den Einfluß der Schule nur bei seinen Neigungsfächern Religion und Musik gelten lassen wollte, zeugen doch später auch der rhetorische Reichtum und die logische Schärfe seines Stils von der Schulung durch die alten Sprachen. Nach dem 1920 bestandenen Abitur studierte er am Priesterseminar in Paderborn Theologie und Philosophie, wohl weniger aus Berufung zum Priesteramt als vielmehr aus einem Gefühl der Lebensschwäche, "in der Welt der bürgerlichen Berufe bestehen zu können", wie er später freimütig bekannte. Statt Schule und Studium wurde die katholische Jugendbewegung für seine Persönlichkeitsformung entscheidend. Als Gymnasiast trat er dem "Quickborn" bei, wo seine Suche nach dem eigenen Weg inmitten des geistig-politischen Umbruchs der Nachkriegszeit die lebensbestimmende Richtung bekam.

Der Quickborn-Bund, seit 1908 aus abstinenten Schülerzirkeln hervorgegangen, entwickelte sich nach dem Krieg zur bedeutendsten katholischen Gruppierung innerhalb der Jugendbewegung. Offenheit gegenüber dem Programm des Wandervogels und Aufgeschlossenheit für lebensreformerische Ideale ließen ihn aus dem katholischen Verbandsghetto heraustreten. Durch ein "Aufwachen zur Wirklichkeit" (R. Guardini) wollte die Jugend zu neuer Gemeinschaft und neuer Gesinnung finden. Mit der Jugendbewegung war dem Quickborn die Frontstellung gegen die konventionserstarrte bürgerliche Gesellschaft und deren formale Einrichtungen gemeinsam, zu denen auch eine anstaltlich begriffene Kirche gezählt wurde. In diesem geistigen Klima ist Dirks herangereift: Im Gemeinschaftserleben des Quickborn kam er zu sich selbst, überwand er seine Lebensangst, verlor sich sein Stottern, das ihn in der Kindheit gequält hatte, verfaßte er seine ersten Artikel, die in den Gaublättern und den Bundeszeitschriften "Quickborn" und "Die Schildgenossen" erschienen. Die eindrucksvollste Erfahrung dieser Zeit war die Begegnung mit Romano Guardini, der zum geistigen Führer der Quickborner wurde und sie für die liturgische Frömmigkeit begei-

sterte. Von Guardini lernte Dirks, zu "sehen, was ist", um nach dem Wesentlichen fragen zu können. Wesensschau, nicht Weltanschauung sollte zum richtigen Handeln führen. Quickborner Erinnerungen sehen ihn als einen Wortführer der "Älterenbewegung" auf Burg Rothenfels am Main, dem Zentralort des Jugendbundes, wie er mit der "Klampfe" die Bundeslieder begleitete oder "gebückt auf einem der harten Burgschemel sitzend, seine Hörer gar nicht in den Blick nehmend, fast monologisch sprach ... Seine Stimme erhob er selten, ein von Wesen stiller Mann".
Während seines Theologiestudiums und seines Engagements im Quickborn wandelte sich Dirks zum entschiedenen "Modernisten", der die politische Verantwortung der Christen vertrat und ihre aktive Mitwirkung - "als Salz und Sauerteig" - an den Kämpfen und Risiken der Politik forderte. Auf dem dritten Burgtag 1921 gehörte er zu den energischsten Befürwortern einer Mitgliedschaft von "Werktätigen", von jungen Handwerkern und Arbeitern, im Quickborn. In seinen Vorstellungen von einer "neuen Volksgemeinschaft" fand bereits seine Auseinandersetzung mit Gesellschaftsauffassungen ihren Niederschlag, wie sie die katholische Sozialphilosophie im ersten Viertel des Jahrhunderts in der Bemühung um eine Versöhnung von Christentum und Arbeiterbewegung entwickelte. Der "Christliche Sozialismus", 1919 von dem Solidarismus-Denker Heinrich Pesch SJ (1854-1926) belebt, 1921 von Theodor Steinbüchel (1888-1949) moraltheologisch fundiert, in der Folgezeit von anderen, wie Heinrich Mertens oder Ernst Michel, auf die praktischen Konsequenzen hin weitergedacht, übte auf den jungen Dirks eine Faszination aus, die lebenslänglich währte. Noch 1980 erkannte er für sich die Bezeichnung "christlicher Sozialist" als richtig, weil er ein Christ sei, "der ein Sozialist ist".

II

Nach dem Abbruch seines Studiums 1923 fand Dirks kurzzeitig Beschäftigung als Sekretär Guardinis, der ihn, von der gesellschaftskritischen Leidenschaft und journalistischen Neigung seines Zöglings beeindruckt, dem Herausgeber der "Rhein-Mainischen Volkszeitung", Friedrich Dessauer, empfahl. Am 1. April 1924 übernahm Dirks als leitender Redakteur das Feuilletonressort des im Oktober 1923 neugegründeten Frankfurter Blatts, das bis zu seinem Verbot 1934 das Sprachrohr des republikanischen, linken politischen Katholizismus war.

Mit dem Eintritt in den Kreis der RMV geriet Dirks auf das Betätigungsfeld, das seiner Begabung entsprach. In den folgenden Journalistenjahren entwickelte er sich mit ungewöhnlicher Schaffensenergie, ja fast künstlerischem Hingerissensein zu einem Meister publizistischer Einfühlung und Form. Sein Kürzel WD wurde in der Welt der Meinungspresse zum Markenzeichen für anspruchsvolle Essays, Leitartikel und Glossen, die in einfacher, aber eindringlicher Diktion, sachlich und sachkundig zugleich, mit vertiefender Reflexion und nachvollziehbarer Argumentation den Standpunkt eines kritischen Katholiken angesichts der krisenhaften Gegenwart des Weimarer Staates markierten.
Die Themen für sein Schreiben wurden zwar von der Aktualität diktiert, aber von Anfang an läßt er dabei die Tendenz erkennen, stets zum Kern der Dinge vorzudringen und am Einzelfall allgemeine Zusammenhänge zu verdeutlichen. Das findet sich selbst in seinen Kritiken zum Frankfurter Musik- und Theaterleben, noch mehr freilich in seinen kulturpolitischen Beiträgen grundsätzlicher Art, etwa zur Schund- und Schmutzgesetzgebung oder zum Reichsschulgesetz Mitte der 20er Jahre. Schon früh klang aber auch als Leitmotiv seiner Publizistik die Auseinandersetzung mit der christlichen Politik auf. Im Mittelpunkt stand dabei die Forderung nach einer "schöpferischen Leistung" des Katholizismus in Bezug auf die konkreten "Nöte der Welt". Nach seinem Religionsverständnis sollte sich christliches Entscheidungshandeln realitätsnah am "Primat der politischen Aufgabe" orientieren, und daraus ergab sich für ihn wiederum die Notwendigkeit einer unbefangenen Rezeption profaner Weltentwürfe und Erklärungsversuche, wie sie die Existenzphilosophie, die Soziologie und vor allem der Marxismus bereithielten.
Seine im Ethisch-Moralischen wurzelnde Kritik des liberalen Kapitalismus, wie er sie in der Jugendbewegung kennengelernt hatte, machte Dirks für die marxistische Gesellschaftstheorie empfänglich. Zu einer vertieften Beschäftigung mit dem Sozialismus und dessen philosophischen Grundlagen brachte ihn der Gedankenaustausch mit anderen katholischen "Linksintellektuellen", so mit E. Michel, Mitarbeiter der für die Erwachsenenbildung gegründeten "Akademie der Arbeit" an der Frankfurter Universität, dessen Programm einer "Ökumene der Tat" und einer "Politik aus dem Glauben" Dirks' eigenen Ideen der politischen Verantwortung des Christen in der gesellschaftlichen Realität sehr verwandt waren. Wichtig für die Entwicklung seines Denkens wurden ferner die organizistischen Gesellschaftsvorstellungen von H. Mertens, der vom

"Studienkreis katholischer Soziologen" geprägt war und als Herausgeber des "Roten Blattes der katholischen Sozialisten" den katholisch-sozialistischen Brückenschlag versuchte. Auch der Mainzer Pfarrer Karl Neundörfer wäre noch zu nennen, der - in engem Kontakt zum linkskatholischen Kreis in Frankfurt - Dirks im Eintreten für die politische Verantwortung der katholischen Laien bestärkte. Am nachhaltigsten hat zweifellos der Gießener Theologe und Philosophieprofessor Th. Steinbüchel mit seinem Hauptwerk "Der Sozialismus als sittliche Idee" (1921), in dem er den Marxismus für die christliche Sozialethik fruchtbar zu machen suchte, auf die sozialistischen Vorstellungen von Dirks eingewirkt, zumal auf dessen religiöse Marx-Deutung. Bei ihm bereitete Dirks nach Aufnahme eines Philosophiestudiums im Jahr 1930 auch eine Dissertation über das Werk von Georg Lukács vor.

Das erste Buch von Dirks, mit dem Titel "Erbe und Auftrag" (1931), war die Frucht seines intensiven Nachdenkens über die politischen Möglichkeiten des Katholizismus im Weimarer Staat. Der Sammelband vereinigte zeitkritische, meinungsbildende Arbeiten zur Position des Katholizismus in der Kulturkrise, zur katholisch-sozialistischen Verständigung, zum Pazifismus sowie zur "politischen Front der deutschen Katholiken" und wollte mithelfen, die Impulse des neuen Aufbruchs der deutschen Katholiken nach dem Kriege "in die Zukunft" zu retten. Hier klang schon vieles an, was ihn auch in der zweiten deutschen Republik nach 1945 umtreiben sollte.

Das gilt insbesondere auch für sein Engagement in der katholischen Friedensarbeit. Der Pazifismus wurde zu einem wesentlichen Teil seines Weltbildes und seiner politischen Zielsetzung. So war er im 1919 gegründeten Friedensbund Deutscher Katholiken aktiv; unter anderem gehörte er seit 1924 dem Vorstand der Frankfurter Ortsgruppe an und redigierte zwischen 1928 und 1931 das Bundesorgan "Der Friedenskämpfer". Charakteristisch für seine Haltung war auch hier wieder der integrative Ansatz, der den religiösen Beweggrund und den Bezug auf die konkret-tatsächliche Politik verknüpfte. Dirks verstand den Pazifismus als "politische Bewegung", die, von einer allgemeinen, auch die Katholiken einschließenden pazifistischen Front getragen, über den ethisch-moralischen Affekt gegen den Krieg hinausgehen und "realistisch" auf einen Umbau der Wirtschafts- und Sozialordnung sowie auf eine europäische Friedensorganisation hinarbeiten sollte.

Bei seinen kritischen sozial- und friedenspolitischen Grundpositionen lag es nahe, daß sich daraus gewisse Konsequenzen für sein

Verhältnis zur Zentrumspartei und deren Regierungspolitik ergaben. Mit seinen Journalistenkollegen in der RMV, dem Chefredakteur Heinrich Scharp und dem für das innenpolitische Ressort zuständigen Werner Thormann, vertrat Dirks im Streit um den Zentrumscharakter nachdrücklich das Bündnis mit den Sozialdemokraten und lehnte den Kurs der katholischen "Einheitsfront" und der Politik der Mitte entschieden ab. Seine Konzeption eines "offenen" politischen Katholizismus mit dem Votum für Demokratie und Sozialismus stand der Zentrumslinie des vormaligen Reichskanzlers Joseph Wirth (1921/22) nahe, für dessen 1926 gegründete Wochenschrift "Deutsche Republik" er auch öfters schrieb. Entsprechend kritisch sah er, wie die RMV überhaupt, die "Präsidialregierung" Heinrich Brünings, mit der er, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise und vor dem Hintergrund der sich sammelnden "nationalen Opposition", die politische Demokratie von Weimar für beendet erklärte. Im November 1931, nach Bildung der "Harzburger Front", schrieb er: "Unser katholisches Denken steht einem Augenblick gegenüber, da der bürgerliche Staat als erledigt gilt und auf der Klippe zwischen faschistischen und demokratischen Möglichkeiten steht."

Sein Schreiben wurde nun mehr und mehr vom Kampf gegen die "faschistische Gefahr" bestimmt. Es war ihm dabei vor allem um die beschreibende und erklärende Analyse des Phänomens als solchem zu tun. Die Essays und Artikelserien, die er zu diesem Thema zwischen 1930 und 1933 verfaßt hat, erlauben es jedoch zusammengenommen, von einer originären "Faschismustheorie" (K. Prümm) des Publizisten Dirks zu sprechen. Es mag mit der gleichzeitigen Arbeit an seiner Dissertation zusammengehangen haben, daß er seine theoretische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus vom marxistischen Denksystem her anging. Als die Grundstruktur des "Faschismus" erkannte er eine bestimmte Konstellation in Staat und Gesellschaft, in der sehr heterogene Kräfte, allein geleitet durch ihren Willen zur Macht und durch ihre Frontstellung gegen Liberale und Sozialisten, zu einem politischen Bündnis gelangten. Diese "faschistische Koalition" aus Militärs, Großagrariern und Schwerindustrie finde ihre Basis in den durch Proletarisierung bedrohten Mittelschichten. Im Kern diagnostizierte er den Nationalsozialismus als eine soziale Protestbewegung, als Mittelstandsrevolte, in der auch die "neuen Wirtschaftsabhängigen", die Angestellten, und die dem Schicksal der Arbeitslosigkeit ausgelieferten Intellektuellen zur "utopischen Aktion" übergingen. Den ideologischen Überbau liefere die "Nation" als "die Verkörperung,

das Subjekt des irrationalen souveränen Willens zur Macht". So bestimmte er den "Faschismus" 1932 als "die der gegenwärtigen Produktions- und Gesellschaftsstufe entsprechende Form der Herrschaft des Kapitals, als autoritären Staat, gestützt auf die Macht des Militärs, getarnt durch die vom Mittelstand getragene nationale Volksbewegung". Auf diesem "Faschismus"-Modell beruhte auch seine Vorstellung von einer "Einheitsfront" aus Sozialdemokratie, Kommunisten und Politischem Katholizismus, auf der die Strategie im Kampf gegen Rechts aufbauen sollte.

Bei aller rationalen Klarheit und prognostizierenden Schärfe fehlte diesen Analysen doch die Nähe zum praktisch-politischen Alltag. Das kann überhaupt als charakteristischer Zug der Dirksschen Publizistik gelten. Er war ein Mann des Diskurses, nicht der politischen Aktion, geschweige denn ein Demagoge. So unterschätzte er Hitler ebenso wie die Verführbarkeit großer Teile des deutschen Volkes. Den realen Energien des Nationalsozialismus stand er nach dem 30. Januar 1933 wie viele führende Repräsentanten des deutschen Geisteslebens hilflos gegenüber.

Für den Katholiken Dirks bedeutete zudem die nachgiebige Haltung seiner Kirche wie auch der Zentrumspartei zur Hitler-Regierung eine Quelle zusätzlicher Sorge. Für einen Moment lang scheint er sogar von der weitverbreiteten positiven Stimmung ergriffen worden zu sein, in welcher der Anbruch des Dritten Reiches als eine große geschichtliche Wende zur Kultur- und Volkserneuerung empfunden wurde. Wie andere namhafte Intellektuelle der Weimarer Republik unternahm er den Versuch, die nationalsozialistische Machtergreifung geistig zu bewältigen. Besonders umstritten sind in diesem Zusammenhang seine "Reichs-Aufsätze", mit denen er sich zwischen Juni und Oktober 1933 an der Ausdeutung des Reichsgedankens im Rahmen einer theologisch-politischen Reichsideologie beteiligte. Wenn er damit die Absicht verfolgt haben sollte, durch eine "subversive Aufklärungsarbeit" (Th. Seiterich) seine bis dahin verfolgten gesellschaftstheoretischen Ideen weiter zu vertreten und sowohl im Sinne eines Aufbrechens der "faschistischen Koalition" den linken Flügel der NSDAP anzusprechen als auch den Katholiken das "Reich" als eine politische Ordnungsaufgabe nahezubringen, so war das geradezu verzweifelt illusionär, nicht zuletzt auch deshalb, weil bei der Mehrdeutigkeit und Chiffrierung vieler Formulierungen die Trennschärfe zwischen Abgrenzung und Arrangement gegenüber dem neuen Regime verlorenging.

Als "entschiedener Demokrat und Antifaschist" war Dirks ein kompromißloser Gegner des Nationalsozialismus, ohne allerdings Widerstand zu leisten. Er hat seine Haltung im Dritten Reich immer wieder damit gerechtfertigt, daß er "kein Held" sei. Anders als sein Redaktionskollege und Freund Thormann, der ins Exil ging, wählte er den Weg in die "innere Emigration". Das nationalsozialistische Vorgehen gegen oppositionelle Zeitungen und Journalisten traf mit Verboten nicht nur die RMV und andere Blätter, an denen er mitgearbeitet hatte, sondern setzte ihn auch persönlicher Verfolgung aus. Im Zusammenhang mit der Auflösung des "Friedensbundes der Deutschen Katholiken", der im Verlagshaus der RMV seinen Sitz hatte, kam er am 17. Juli 1933, wenige Tage nach der Verhaftung von Dessauer, Scharp und dem Verlagsbesitzer Josef Knecht, für sechs Wochen in "Schutzhaft".
Nach seinem Ausscheiden aus der RMV am 1. Februar 1934 konnte er zunächst am Reichssender Frankfurt mitarbeiten, wo sein Interesse am Medium Rundfunk geweckt wurde. Nachdem ein über ihn verhängtes Schreibverbot aufgehoben worden war, fing er am 1. Juli 1935 bei der "Frankfurter Zeitung" an, die sich bis in den Krieg hinein, von den NS-Machthabern zur Vorspiegelung einer pluralen Meinungsvielfalt auserkoren, mit Namen wie Dolf Sternberger, Wilhelm Hausenstein und Karl-Heinz Knappstein des Rufs einer "nazifreien Oase" in der gleichgeschalteten Presselandschaft des Dritten Reiches erfreute. Dort wurde er - nach einer dreijährigen Einarbeitungszeit im Lokalteil - stellvertretender Feuilletonchef und verantwortlicher Redakteur der Wochenendbeilage "Berichte und Bilder". Der Wechsel an das renommierte Weltblatt bedeutete für Form und Gegenstand seines Schreibens eine merkliche Veränderung, aber auch eine Bereicherung: Statt politischer Meinung war geistreiche Unterhaltung gefragt; statt Essays und Glossen mußten Reportagen, Skizzen, Portraits und Miniaturen geliefert werden. Vom Gegenstand her ging es um Aspekte des Stadtlebens und um Fragen des Verkehrs, um Landschaftsschilderungen sowie vor allem um Musik- und Architekturkritik; seit 1938 hatte Dirks alljährlich über die Bayreuther Festspiele zu berichten, was wegen des staatspolitischen Repräsentationscharakters dieses Ereignisses problematisch war und ihm 1942 auch eine Rüge durch das Reichspresseamt eintrug.
Zu Recht ist bemerkt worden, daß sein Schreiben in den acht FZ-Jahren eine "Literarisierung" erfuhr. Er lernte, amüsant zu erzäh-

len, reizvoll zu plaudern, Stimmungsbilder einzufangen - kein Zweifel, daß er auch das Zeug zum großen Feuilletonisten besaß, aber die Gattung entsprach doch weder seinem Temperament noch seinen Interessen. Es war kein Zufall, daß der wesentliche Teil seiner Beiträge Musikthemen gewidmet war. Diese Schwerpunktsetzung entsprach nicht nur seiner anderen ausgeprägten Begabung neben dem Schreiben, sondern diente ihm auch zur Selbstverteidigung des Ichs gegen den zunehmenden Druck des NS-Regimes. Der Kauf eines Clavichords nach Kriegsausbruch 1939 mutet hier fast wie ein symbolischer Akt an, eines Instruments "sui generis, unverwechselbar unterschieden", mit dem nützlichen Nebengewinn, "daß man von der Tyrannei des universellen modernen Klaviers loskommt und überhaupt zu unterscheiden lernt". Aus der Musik gewann er die selbsterhaltende, ichbewahrende Kraft, die es ihm ermöglichte, zwischen prinzipieller Distanzhaltung und alltäglichem Zwang zu Kompromissen nicht nur seine Persönlichkeitsstruktur intakt zu halten, sondern auch sein stil- und ausdrucksschöpferisches Können weiterzuentwickeln.
In seinen Feuilletonarbeiten dieser Jahre finden sich nur wenige Passagen, die als verschlüsselte Botschaften oder Camouflage-Widersetzlichkeit gegen das Regime gelesen werden können. Mit der getarnten Widerstandspublizistik eines Rudolf Pechels in der "Deutschen Rundschau" lassen sie sich nicht vergleichen. Die existentielle Form des Dirksschen Protestes war vielmehr die private Sozialisation, um die er sich in den Zeiten bedrängender Unsicherheit mit Zukunftsoptimismus und Gottvertrauen bemühte. Nachdem er 1934/35 schon, trotz Verlustes seiner Stellung bei der RMV, ein Haus gebaut hatte, in das auch seine Mutter gezogen war, entschloß er sich mitten im Kriege, kurz nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, zum "Schritt fürs Leben". Am 28. August 1941 heiratete er. Die "spezielle", einmalige Bedeutung seiner um zwölf Jahre jüngeren Frau Marianne geb. Ostertag für ihn hat er in autobiographischer Selbstreflexion so charakterisiert: "Es gäbe mich nicht, wenn uns nicht diese Ehe geschenkt und gelungen wäre." Die studierte Musiklehrerin erwarb sich nach dem Krieg als Vorsitzende des Zentralverbandes der Katholischen Frauen- und Müttergemeinschaften Deutschlands und Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken bleibende Verdienste um die Mitarbeit der Frauen in der Kirche. Der Ehe entstammten vier Töchter.
Seine letzte Feuilletonplauderei in der FZ erschien am 29. August 1943 unter dem Titel "Trügerischer Mond". Zwei Tage später wurde die Zeitung geschlossen und Dirks entlassen. Nach einem drei-

viertel Jahr Arbeitslosigkeit bot ihm der Herder-Verlag mit der Aufgabe, ein Verlagsprogramm mit katholischer Orientierung für die Zeit nach dem Kriege zu entwickeln, eine Überbrückungshilfe für seinen Lebensunterhalt. Ein übriges trug die anonyme Mitarbeit an der Berliner Postreklame GmbH bei. Das Kriegsende erlebte der überzeugte Pazifist als Volkssturmmann, der "zu spät zum Sammelplatz" kam.

IV

Pünktlich zur Stelle war er - ein Mann der "ersten Stunde" -, als im April 1945 im besetzten Frankfurt der zivile Nachkriegsaufbau begann. Die amerikanische Militärregierung berief ihn in den ersten Bürgerrat der Stadt und machte ihn kommissarisch zum Personalreferenten im Landesarbeitsamt Groß-Hessens. Mit dem politischen Neuanfang schien sich für ihn die Chance zu eröffnen, seine Ideen einer Verständigung zwischen Christentum und Sozialismus endlich in die Tat umzusetzen. Seine Vorstellungen gingen in Richtung einer Sozialistischen Einheitspartei, die als Erbe von Sozialdemokratie und Kommunismus, in der absoluten Bindung durch "den (pantheistischen) Glauben des Marxismus und den (theistischen) Glauben der christlichen Kirchen", eine "die Menschen erneuernde, heilende und stärkende Kraft" ausüben sollte. Dirks mußte freilich nur zu bald einsehen, daß mit solch utopischer Programmatik in der politischen Praxis wenig auszurichten war. Seine Sozialismuskonzeption beeinflußte zwar die einem "Sozialismus aus christlicher Verantwortung" verpflichteten "Leitsätze" des Frankfurter Gründerkreises der CDU (September 1945), aber ein weitergehendes parteipolitisches Engagement folgte für ihn daraus nicht. Sein Hauptreferat auf der Gründungsversammlung der hessischen CDU am 25. November 1945 beschwor nur noch den "Labour-Traum". Die historische Rolle, die er für die Gründung der CDU spielte, beschränkte sich auf das Initiatorische.
Stärker als der direkten Politik galt sein Planen und Schaffen in dieser Zeit dem Projekt, das ihn schon im letzten Kriegsjahr beschäftigt hatte und das er nun im Zusammenwirken mit Eugen Kogon und Clemens Münster, einem Freund aus Quickborn-Tagen, realisierte: die Herausgabe einer Zeitschrift für Kultur und Politik, der "Frankfurter Hefte", die von April 1946 an erschienen und sich zu einer der bedeutendsten Monatszeitschriften in der Zeit der Besatzungsherrschaft und der frühen Bundesrepublik entwickeln soll-

ten. Mit den FH schuf Dirks sich das adäquate Organ für seine Publizistik. Mit Kogon, der von der konservativen ständestaatlich, universalistisch geprägten österreichischen Zeitschrift "Schönere Zukunft" herkam, aber durch seine Erfahrungen im Konzentrationslager Buchenwald zu ähnlichen Schlußfolgerungen für die Nachkriegsordnung gekommen war, fand er einen idealen Partner, mit dem er sich in einer "Herzensverbindung" (E. Kogon) wußte. Sie waren sich darin einig, die "Gnade der Stunde Null" (Dirks) zu nutzen, zu einem Neuaufbau statt einem Wiederaufbau beizutragen und "an der theoretischen und praktischen Begegnung der Arbeiter und der Christen, von Christentum und Sozialismus" zu arbeiten. In diesem Sinne begleiteten die FH in der Folge die Wirklichkeit des Staats- und Gesellschaftslebens in Deutschland und Europa sichtend, kommentierend und orientierend. Mit seiner linkskatholischen Signatur und einer Autorenschaft, in der kaum einer der namhaften Schriftsteller und Publizisten der Bundesrepublik nicht vertreten war, erfüllte das Blatt eine wichtige Funktion für das geistige Klima des neuen Staatswesens. Der Historiker Arnulf Baring bezeichnete die FH als einen "möglichen Kristallisationskern kritischen Bewußtseins" in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegsdemokratie. Das ließe sich auch von Dirks selbst sagen, der über sein publizistisches Wirken hinaus um politisch-gesellschaftliche Einflußnahme bemüht war, wo immer er es für angebracht hielt. Er wurde so auch zu einer Integrationsfigur für kritische Minderheiten im deutschen Katholizismus der Nachkriegszeit. Wo es um politische Verantwortung und Teilnahme katholischer Christen ging, tauchte auch sein Name gleichsam wie eine Qualitätsmarke auf: so unter anderem zu Beginn der 50er Jahre in der "Aktion linker Christen" und im Bendorfer Kreis, der, aus der Bonner katholischen Studentengemeinde entstanden, eine sozialkatholische Sammlung unterstützte; in den 60er Jahren im Bensberger Kreis katholischer Publizisten, der mit der Pax-Christi-Bewegung sympathisierte und durch seine Memoranden zu aktuellen politischen und kirchlichen Fragen (u.a. deutsch-polnische Versöhnung, Vietnamkrieg, Kriegsdienstverweigerung, Demokratisierung der Kirche, § 218) die öffentliche Diskussion in Wallung brachte; in den 70er Jahren im Katholischen Arbeitskreis der sozialdemokratischen Wählerinitiative sowie in den 80er Jahren in der "Initiative Kirche von unten".
Die Themen, über die er sich äußerte, umfaßten die ganze Vielfalt der tagespolitischen Diskussionen: sie reichten von der Zeit- und Zeitgeistanalyse über die kultur- und bildungspolitische Orientierung bis zur Klage über das "unerträgliche Konsumfest" Weihnach-

ten, von der Bodenreformfrage (1947) bis zur Problematik eines "gemeinsamen Hauses" (1989), von der Aufgabenbestimmung für den deutschen Katholizismus (1946) bis zur Frage, was ein Christ in der Gegenwart sei (1989), und immer wieder Reflexionen zur Aktualität des Sozialismus, zur Europaidee und zur Friedenspolitik. Seine Solostimme war im öffentlichen Gespräch der Republik unverwechselbar, selten gern gehört von denen, die in Politik, Wirtschaft und Kirche Verantwortung trugen.

Er war der Urheber der Restaurationsthese, die er erstmals 1950 in dem FH-Essay "Der restaurative Charakter der Epoche" darlegte. Statt einer revolutionären Erneuerung, statt des Aufbaus einer menschlicheren Welt sei es nach dem Krieg in Europa, in der Bundesrepublik noch beschleunigt durch die Währungsreform, zu einer Wiederherstellung der bürgerlich bestimmten sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Zustände gekommen, zum Wiederaufbau einer Welt, die "den Keim des Unheils in sich trägt". Er war ein Wortführer der intellektuellen Opposition gegen Adenauer, der ihm als Agent der Restauration erschien und den er als "einen Verderber der Nachkriegspolitik" apostrophierte. Immer wieder rieb er sich auch an den Unionsparteien, denen er Verrat an ihrer sozialistisch-christlichen Uridee vorwarf und deren "C" er als einen Etikettenschwindel anprangerte, in Wirklichkeit seien sie Erben "aller früheren bürgerlichen Interessen und Parteien" geworden. Doch bewahrte er eine Haltung "kritischer Solidarität" zur CDU als Partei, die "doch auch die Stimmen vieler Christen hat".

Zwischen 1950 und 1955 trat er als ein entschiedener Gegner der Wiederbewaffung auf, ohne jedoch eine neutralistische Politik für richtig zu halten oder einer "Ohne-mich"-Haltung das Wort zu reden. Einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag mochte er nur als Baustein der Integration Europas gelten lassen. Die Pariser Verträge lehnte er ab; das Deutsche Manifest der Paulskirche-Bewegung trägt seine Unterschrift. In der Innenpolitik machte er sich insbesondere für die Mitbestimmung stark, die er als notwendigen Schritt zur Wirtschaftsdemokratie pries (weshalb er auch bei den Gewerkschaften eine große Wertschätzung genoß). Die Volksparteientwicklung der Sozialdemokraten, nach ihrer Godesberger Programmentscheidung, verfolgte er mit großer Sympathie und setzte in sie seine Hoffnungen, als er mit der Spiegel-Affäre und der Notstandsgesetzgebung Gefahren für die demokratische Kultur der Bundesrepublik zu erblicken vermeinte. So gehörte er auch zu den Intellektuellen, welche die Kanzlerkandidatur Willy Brandts begrüßten. Die Unterstützung, die er zusammen mit vielen anderen

Schriftstellern und Künstlern im Bundestagswahlkampf von 1972 der SPD angedeihen ließ, verband sich mit der Erwartung einer weitreichenden Demokratisierung von Staat und Gesellschaft und einer konsequenten Fortsetzung der neuen Ostpolitik. Die sozialliberale Koalition, später auch die aufkommenden Protestbewegungen und die "Grünen" machten ihm den Bonner Staat, dem er so wenig über den Weg getraut hatte, schließlich doch noch "erträglich" (1989).
Dirks hat im Rückblick manche seiner aktuellen Stellungnahmen und Meinungsäußerungen in einem anderen Licht gesehen und wenn nicht Korrekturen, so doch Differenzierungen vorgenommen. Als "heißen Kern" seines Weltbildes gab er allerdings die Doppelvision von Europa als dritter Kraft zwischen US-amerikanischer und sowjetischer Weltmacht und vom freiheitlichen Sozialismus als drittem Weg zwischen Kapitalismus und Staatskollektivismus nie auf. Mit diesem Fernziel vor Augen forderte er noch 1985 die Ablösung der Regierung Kohl und sprach sich für eine rot-grüne Koalition aus. Gegen den Pragmatismus und das Räsonhandeln in der Politik berief er sich auf die "Vernünftigkeit" des guten Willens und engagierte sich für die "reale Möglichkeit des guten Endes". Einen donquichotteresken Zug konnte er schwerlich verleugnen. So erstaunlich die Kontinuität seines Denkens erscheint, noch mehr muß verwundern, daß er auch in der gründlich veränderten Gegenwart des letzten Jahrhundertviertels die Veränderungsideen einer vergangenen Welt unverdrossen und streitbar, ja bisweilen aufsässig weiterverfolgte. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß er von denjenigen, die seine Kritik traf, oft als ein Ärgernis empfunden wurde und seine Publizistik vielfach auf Ablehnung stieß. Mit dem Vorwurf des "sich ewig verkannt fühlenden Weltverbesserers" (Christ und Welt 1961) war er häufiger konfrontiert. Von keinem geringeren als dem Sozialphilosophen und Nationalökonomen Oswald von Nell-Breuning SJ, mit dem er wegen seiner Kritik an den päpstlichen Sozialenzykliken und am katholischen Sozialreformismus öfters in Fehde lag, mußte er sich seine Sozialismusvorstellungen wegen ihres "nebelhaften Unbestimmten" als "Lyrik" abqualifizieren lassen.

V

"Den Roten zu schwarz und den Schwarzen zu rot" hat man von Dirks mit einigem Recht sagen können. Es verdient ergänzt zu wer-

den, daß er sich den Vereinnahmungsversuchen der einen wie der anderen Seite stets entzogen hat und im öffentlichen Gespräch der vermittelnde Kämpfer zwischen den Fronten geblieben ist, als den er sich gern gesehen hat. Seine Restaurationsthese verleitete ihn jedenfalls nicht dazu, sich resignierend auf die Position des distanzierten Beobachters und Zeitdeuters zurückzuziehen. Dem Grundsatz folgend, daß die Frommen das Heil in der Welt zu wirken haben, erklärte er sich zum verantwortlich Beteiligten und suchte im Rahmen seiner Interessen und Möglichkeiten in der res publica aktiv zu sein.

Zwischen 1953 und 1965 gehörte Dirks dem Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen an, der, durch Bund und Länder getragen, Reformanregungen für die Bildungspolitik erarbeitete. Als "Cheftexter" wie auch in der Sache hatte er an der Formulierung der 29 ergangenen Gutachten hervorragenden Anteil. Den Ausschußempfehlungen zur politischen Bildung, zum Religionsunterricht und zur Musikerziehung ist dabei sein besonderer Sachverstand zugute gekommen. Theodor Heuss, der Dirks in den Ausschuß berufen hatte, hielt ihn für "sehr gebildet, stark, doch nicht impertinent katholisch, nicht nur als Musikkritiker geschätzt, sondern auch durch politisch-soziologische Aufsätze anerkannt". Nicht zuletzt wegen dieses Ansehens wurde Dirks auch von den im Aufbau begriffenen Rundfunkanstalten sehr umworben. Als er 1956 das Angebot bekam, die Leitung der Hauptabteilung Kultur des Westdeutschen Rundfunks in Köln zu übernehmen, nahm er an und gab seine Existenz als freier Publizist auf. Der Programmbereich, für den er am 1. April Verantwortung übernahm, umfaßte auch die Abteilungen Nachtprogramm, Frauen- und Kinderfunk sowie Kirchenfunk, ein Apparat mit 42 festen Mitarbeitern, dessen Management dem in Verwaltungsaufgaben Unbewanderten nicht leicht fiel. Statt als "richtiger Chef" wirkte er vor allem als "ein großer Anreger", wie sein Freund Klaus von Bismarck, WDR-Intendant von 1960 bis 1976, ihm bescheinigte. Die Neueinrichtung des Dritten Programms mit so anspruchsvollen Sendereihen wie "Redakteur am Mikrophon", "Kritisches Tagebuch" oder "Neue Grenzen" trägt seine Handschrift. In seiner Konzeption war Kultur ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen Dimension nach gleichbedeutend mit Politik.

Nach der Pensionierung 1966 lebte er als freier Schriftsteller in Wittnau bei Freiburg im Breisgau, nahe dem Belchen. Er meldete sich weiter zu Wort, als sensibler, betroffener Zeitgenosse mit dem Hang, sich einzumischen, in der "glücklichen Lage", seinen Beruf

des Schreibens weiter ausüben zu können. Auch der Pazifist trat noch einmal in Aktion, im Protest der Friedensbewegung gegen die westliche Nachrüstungspolitik zu Beginn der 80er Jahre.
Am 30. Mai 1991 ist er in Wittnau gestorben - ein gläubiger Christ, der mit "Unbefangenheit in der Praxis des römischen Katholizismus lebte", voller Vertrauen in Gott, das ihn auch "Vertrauen in die Welt" haben ließ. Sonntags beim Gottesdienst, so hat er einmal gemeint, "beim Brot und beim Wort, kommt überhaupt manches ins Lot". Er war ein kleiner, leiser Mann, von einem sanften, bedächtigen Wesen, in dem Bescheidenheit und Bestimmtheit sich vereinigten. Er sprach mit ruhiger, eindringlicher Stimme, die aber auch, wenn es "zur Sache ging", einen Ton konzentrierter Kühle annehmen konnte. Neben der leidenschaftlichen und kundigen Beziehung zur Musik hegte er eine tiefe Liebe zur Natur, war ein begeisterter Wanderer, vor allem das Bergsteigen hatte es ihm angetan. Als die "Verdichtungspunkte" seiner Biographie bezeichnete er den Sozialismus, die Ehe, die Eucharistie und die Musik.
Im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit lebte er - was die Medien im Rhythmus seiner runden und halbrunden Geburtstage immer wieder rezitierten - mit Beinamen wie Moralist, produktiver Utopist, ruheloser Revolutionär oder gar Heiliger der Feder. Öffentliche Auszeichnungen für ihn gab es zuhauf: 1959 Großes Bundesverdienstkreuz, 1966 Ehrendoktor der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster, 1969 Kulturpreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1971 Ernennung zum Professor durch das Land Nordrhein-Westfalen, 1981 Romano-Guardini-Preis, 1983, für die Goethe-Plakette der Stadt Frankfurt vorgesehen, die er aus "Irritation" über die im Jahr zuvor an Ernst Jünger ergangene Auszeichnung jedoch ablehnte, erhielt er den Geschwister-Scholl-Preis der Stadt München; 1986 Reinhold-Schneider-Preis der Stadt Freiburg und Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen. Die meisten Ehrungen wurden ihm bezeichnenderweise erst zuteil, als es um ihn stiller wurde und auch dieser unruhige, stets präsente Geist dem Alter Tribut zollen mußte. "Bin ich am Ende schon ein Greis?" fragte er sich 1985 in einem ironisch-weisen Plädoyer für die "lebendigen Alten", denen er für ihre "ambivalente Jahreszeit" die Devise vermittelte: "Ruhen und zur Stelle sein, zur Stelle sein und ausruhen". Er selbst blieb bis ins Greisenalter ein begehrter Interviewpartner, der als Zeuge des Jahrhunderts, ohne jede Spur von Selbstgefälligkeit, aber mit sympathischer Selbstdarstellung, Rede und Antwort stand über sich, seine Erfahrungen und seinen Standort. Allerdings wurde das Publikum, für das er schrieb und

Auskunft gab, in der postmodernen Bundesrepublik ständig weniger. Kurz vor seinem Tode, 1991 beim Erscheinen des ersten Bandes seiner "Gesammelten Schriften", zog er für sich und sein exemplarisches Publizistenleben die Bilanz: "War ich stur? War ich treu? Hoffentlich, so meine ich, beides. Sagen wir: ziemlich treu und ein bißchen stur."

Franz Kardinal Hengsbach (1910-1991)

I

Als am 29. Mai 1988 die Nachricht verbreitet wurde, Papst Johannes Paul II. werde den Bischof von Essen zum Kardinal erheben, löste sie Überraschung und Freude aus. Schon bei den vorausgegangenen Kardinalskreierungen war sein Name genannt worden. Viele Gläubige in seiner Diözese und weit darüber hinaus hatten damit geliebäugelt, weil sich Franz Hengsbach außerordentliche Verdienste um das erst 1957 errichtete Bistum Essen erworben hatte, dem er seit dem 1. Januar 1958 als Bischof vorstand. Er war darum bemüht gewesen, die einzelnen Teile, die aus den Diözesen Köln, Paderborn und Münster herausgelöst worden waren, zu einer lebensvollen Einheit zusammenzufügen. Zugleich war er darauf bedacht, die Verantwortung der Christen für die Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse zu aktivieren und die Wertorientierungen der katholischen Soziallehre gerade auch in Zeiten des tiefgreifenden Wandels zur Geltung zu bringen. Der Bischof hatte sich frühzeitig auch für die Weltkirche engagiert. 1961 hatte er das Hilfswerk "Adveniat" ins Leben gerufen, damit die Kirche in Lateinamerika ihre Sendung erfüllen könne, den Menschen das Evangelium zu verkünden und für soziale Gerechtigkeit einzutreten.

Jetzt, da der Bischof bald 78 Jahre alt war, rechnete niemand mehr mit seiner Ernennung zum Kardinal. Bereits drei Jahre zuvor hatte er, wie es das Zweite Vatikanische Konzil von jedem Bischof verlangt, der das 75. Lebensjahr vollendet, sein Rücktrittsgesuch dem Papst eingereicht, auch wenn er noch voller Vitalität war. Bislang war es nicht angenommen worden. Die Ernennung war wohl ein Zeichen der Wertschätzung für den Essener Oberhirten, auch der persönlichen Verbundenheit, die bis zu den Tagen des Konzils zurückreichte und beim zweiten Deutschlandbesuch des Papstes, der ihn 1987 auch ins Ruhrgebiet führte, sichtbar wurde.

Die Kardinalsernennung fiel in eine Zeit, in der der Kirche in Deutschland ein starker Gegenwind ins Gesicht blies. Es mehrten sich antirömische Tendenzen in der veröffentlichten Meinung. Auch im Kirchenvolk und bei Theologen nahmen die kritischen Einstellungen gegenüber der "Amtskirche" und gegenüber Rom zu. Hengsbach, der nie auch nur den geringsten Zweifel an seiner Treue zu Rom und an der Einheit mit dem Heiligen Vater hatte aufkommen lassen, litt unter diesen Entwicklungen und machte sich große Sorgen. Die Auszeichnung mit der Kardinalswürde konnte ein positives Signal für die Kirche in Deutschland sein.

II

Geboren wurde Franz Hengsbach am 10. September 1910 in Velmede im Sauerland als Ältester von acht Kindern der Eheleute Johann und Theresia, die eine Landwirtschaft betrieben. Das Elternhaus war geprägt von einfachem Lebenszuschnitt, von sozialer Hilfsbereitschaft und von einer kernigen Frömmigkeit. Der Vater versah nebenbei das Amt des Küsters in der Pfarrkirche, wo der kleine Franz Meßdiener wurde. Zu den Vorfahren der Familie gehört der Prämonstratenser-Abt Nikolaus Hengsbach (gest. 1736). In den schlechten Zeiten nach dem Ersten Weltkrieg schickte die Mutter den heranwachsenden Franz häufig zu seinem Onkel, der Pfarrer in Gelsenkirchen war. Hier schnupperte der Junge, wie er selbst im Rückblick einmal feststellte, "zum ersten Mal den unverwechselbaren süßen Duft der Kokerei".
Welchen Beruf sollte Franz ergreifen? Eine Zeitlang hatte er daran gedacht, Bankkaufmann bei der örtlichen Genossenschaftsbank zu werden. Es kam anders. Ein Kaplan weckte sein Interesse für den Priesterberuf. Er büffelte Latein und bestand die Aufnahmeprüfung am Gymnasium in Brilon. Mit 14 Jahren schickten ihn seine Eltern ins erzbischöfliche Knabenkonvikt in Paderborn. Nach dem Abitur absolvierte er die philosophischen und theologischen Studien in Paderborn und Freiburg. Am 13. März 1937 weihte ihn Erzbischof Dr. Kaspar Klein zum Priester.
Von 1937 bis 1946 war Hengsbach als Vikar an St. Marien in einer Bergarbeitersiedlung in Herne-Baukau tätig. In diesen neun Jahren lernte er den "Kohlenpott" und seine Menschen kennen und lieben. Er schätzte den rauhen, aber herzlichen und ehrlichen Ton, der bei den Arbeitern und ihren Familien herrschte. Ganz im Sinne des Apostels Paulus, der allen alles werden wollte, wurde Hengsbach

einer von ihnen und blieb es bis zu seinem Tode. Er konnte mit den Arbeitern im Ruhrgebiet ebenso gut umgehen wie später mit Unternehmern, Wissenschaftlern oder Politikern.
Der Beginn seines seelsorglichen Wirkens fiel zusammen mit den wachsenden Spannungen zwischen der katholischen Kirche und den braunen Machthabern. Im März 1937 erließ Pius XI. die Enzyklika "Mit brennender Sorge" gegen den Nationalsozialismus. Viele Katholiken fühlten sich in ihrer Abneigung und auch in ihrem Widerstand gegen das totalitäre Machtsystem bestärkt. Die Partei verschärfte die Überwachung der Gottesdienste und der Seelsorge. Auch Vikar Hengsbach, der von seiner sauerländischen Heimat her politisch tief schwarz geprägt war, bekam dies alsbald zu spüren.
Von den Besuchen bei seinem Onkel in Gelsenkirchen wußte er, daß schon in der Kaiserzeit und verstärkt nach 1918 viele Polen mit ihren Familien ins Ruhrgebiet gekommen waren, um hier Arbeit und Brot zu finden. Es gab mehrere polnische Zeitungen. Wenn er als Priester im Ruhrgebiet tätig werden wollte, dann mußte er auch für die Polen da sein. Deshalb erlernte er im Priesterseminar die polnische Sprache. Als Vikar wurde er mit der Seelsorge für die in Herne lebenden Polen betraut. Im Vorfeld des Überfalls auf Polen 1939 verboten die Nationalsozialisten diese Aktivität. Hengsbach setzte sie heimlich fort. Mehrfach durchsuchte die Gestapo sein Büro. Als er sich weigerte, die Akten des Jungmännervereins herauszugeben, wurde ihm die Verhaftung angedroht. In den Kriegsjahren betreute er auch die polnischen Zwangsarbeiter, die in großer Zahl ins Ruhrgebiet verbracht worden waren. Damals erkannte Hengsbach, wie notwendig ein neues Denken ist, wenn die Spannungen und Gegensätze zwischen Deutschen und Polen abgebaut werden und die Zusammenarbeit gelingen sollen.
Die Jahre des Zweiten Weltkrieges nutzte Hengsbach, um seine Promotion zum Dr. theol. an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster vorzubereiten. Die Dissertation behandelt das Thema: "Das Wesen der Verkündigung. Eine homiletische Untersuchung auf paulinischer Grundlage". Hengsbach hatte hohe Geistesgaben, aber er fühlte sich nicht zum Wissenschaftler geboren. Sein ganzes Sinnen und Trachten galt der pastoralen Aufgabe, wie die Kirche den Menschen unserer Zeit das Evangelium verkünden und nahebringen könne. Im Jahre 1944 konnte er die Promotion abschließen.

III

Die Seelsoge für die Menschen im Ruhrgebiet hat Franz Hengsbach geprägt. In diesen Jahren hat sich auch sein Blick für die Bedeutung des gesellschaftlichen Lebens geschärft. Nur wenn die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen gerecht und solidarisch gestaltet sind, können sich die Menschen entfalten und Kultur aufbauen. Hier hat die Frage nach der Gesellschaftsverantwortung der Christen und der Kirche ihren Sitz. Hengsbach hatte ein ausgesprochenes Gespür für die sozialen Aufgaben und Fragestellungen. Die Bistumsleitung erkannte diese Begabung und berief ihn 1946 zum Generalsekretär der Akademischen Bonifatius-Einigung, um die Akademikerseelsorge in der Nachkriegszeit neu aufzubauen.

Ein Jahr später wurde Hengsbach auch Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Das Zentralkomitee war vor 1933 verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung der Katholikentage und für die Koordination der Arbeit der "Katholischen Aktion". In der nationalsozialistischen Zeit war eine öffentliche Wirksamkeit nicht mehr möglich. Der erste Katholikentag hatte 1848 in Mainz stattgefunden. Die deutschen Bischöfe wollten das hundertjährige Jubiläum dazu nützen, um der katholischen Kirche und dem Katholizismus nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Unrechtssystems und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder öffentlich eine Stimme zu geben und die Positionen und Ziele für die geistig-sittliche Erneuerung im deutschen Volk aufzuzeigen. Der 72. Katholikentag in Mainz 1948, den Hengsbach mit Umsicht und Energie vorbereitete, war ein sichtbares Zeichen für die ungebrochene Lebenskraft der katholischen Kirche und für die Bereitschaft der Katholiken, sich beim Wiederaufbau von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu engagieren.

Schon ein Jahr später, 1949, folgte der nächste Katholikentag in Bochum. Hengsbach hatte für das Leitwort geworben: Gerechtigkeit schafft Frieden. Dieses Wort des Propheten Isaias hatte Pius XII. zu seinem Wahlspruch gemacht, der wie kein Papst vor ihm die Sozialverkündigung der Kirche ausbaute und der für das deutsche Volk in der dunkelsten Stunde seiner Geschichte ein fester Halt war. In Deutschland zeichneten sich neue politische Strukturen ab. Während die Zentrumspartei vor 1933 praktisch nur katholische Mitglieder und Wähler vereinigte, war es jetzt gelungen, Katholiken und Protestanten in den christlichen Unionsparteien zusammen-

zuführen. Damit wuchsen die Chancen, die politischen Entwicklungen stärker mitgestalten zu können.
Große Bedeutung kam dem Katholikentag in Bochum für die Neuordnung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu. Im Mittelpunkt stand die Lösung der "sozialen Frage". Die Katholiken hatten immer gegen den liberalen Kapitalismus und genauso gegen den revolutionären Sozialismus gekämpft. Hengsbach, der die Situation der Berg- und Stahlarbeiter an der Ruhr aus eigenem Erleben kannte, war bemüht, schon in der Vorbereitung des Katholikentages die Linien abzustecken. Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollten auf eine neue Grundlage gestellt werden. Ganz im Sinne der Enzyklika Quadragesimo anno bildete die Sozialpartnerschaft die entscheidende Perspektive. Nicht der überholte Herr-im-Hause-Standpunkt der Fabrik- und Konzernherrn, noch die Klassenideologie, wie sie die sozialistischen Gewerkschaften und das Heidelberger Programm der SPD (1925) verfochten, sondern soziale Gerechtigkeit und eine konstruktive Zusammenarbeit, die wechselseitige Verantwortung und Rücksichtnahme auf den Partner sollten - bei allen Interessengegensätzen - die Leitlinien werden. Diese Grundsatzentscheidung war wichtiger als die Kontroversen um die paritätische Mitbestimmung. Die Sozialpartnerschaft war und ist ein integrierender Bestandteil der "Sozialen Marktwirtschaft". Dieser Grundlinie blieb Hengsbach immer treu; sie ermöglichte eine Orientierung auch in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs und der sozialen Erschütterungen, vor denen das Ruhrgebiet und der Ruhrbischof alsbald stehen sollten.
In Bochum gingen katholische Arbeitnehmer und katholische Unternehmer aufeinander zu. Die katholische Soziallehre bildete die gemeinsame Grundlage und den Zielhorizont für die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Katholische Unternehmer sollten im Unternehmerlager ebenso Sauerteig für Gerechtigkeit und Solidariät werden, wie es die katholischen Arbeitnehmer in der Arbeiterschaft sein wollten. Dies war um so wichtiger, als nach 1945 die früheren Richtungsgewerkschaften nicht wiederkehrten, es vielmehr zur Gründung der DGB-Einheitsgewerkschaft kam.

IV

Die beiden Katholikentage in Mainz und Bochum, die für den Katholizismus und die Kirche einen erfolgreichen Wiederbeginn markieren, beantworteten noch nicht die Frage, ob die Kirche in

ihrer Pastoral und der Katholizismus mit seinem Wirken in die Gesellschaft hinein dort wieder ansetzen sollten, wo man 1933 gestanden hatte. Der Katholizismus war damals gleichbedeutend mit dem Verbandskatholizismus, wobei nicht wenige Verbände auf ein hohes Maß an Eigenständigkeit und auch Unabhängigkeit gegenüber den Bischöfen bedacht waren. Die Bischöfe wiederum machten sich für die Katholische Aktion stark, also für pastorale und soziale Aktivitäten, die von den Laien im Auftrag der Bischöfe ausgeführt wurden. Hengsbach, der 1948 die Leitung des Erzbischöflichen Seelsorgeamtes Paderborn übernommen hatte und diesen Aufgabenbereich zehn Jahre lang versah, spürte, daß die Kirche nicht mehr auf Struktur- und Handlungsmuster zurückgreifen konnte, wie sie für die Weimarer Zeit Geltung hatten. Die in Westdeutschland sich formierende pluralistische Gesellschaft und der Aufbau demokratischer Strukturen bedurften auch neuer Ansätze in der Pastoral der Kirche und für die gesellschaftliche Präsenz des Katholizismus.
Zusammen mit dem 1948 neu gewählten Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Fürst Karl zu Löwenstein, ging Hengsbach daran, dem Zentralkomitee eine neue Gestalt zu geben. Es sollte nicht mehr nur Organ der katholischen Verbände sein, sondern oberste Repräsentanz der katholischen Laienarbeit in Kirche und Gesellschaft. Das neue Statut, das 1952 in Kraft trat, bestimmte, daß jede deutsche Diözese einen vom Bischof benannten Vertreter ihrer Laienarbeit entsendet. Das Zentralkomitee sollte die Tätigkeit der in ihm zusammengefaßten Kräfte aufeinander abstimmen, für die Erfüllung gemeinsamer Aufgaben Sorge tragen und Tagungen und Unternehmungen der deutschen Katholiken wie z. B. die Katholikentage vorbereiten und durchführen. Damit war die Mitverantwortung der Laien nicht nur für die Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensbereiche, sondern auch für die religiöse Sendung der Kirche grundgelegt. Die Aufgabe des Generalsekretärs fiel jetzt einem vom Präsidium des Zentralkomitees gewählten Laien zu. Hengsbach gehörte künftig als vom Episkopat entsandter "Generalassistent" dem Präsidium an, der sich in besonderer Weise um die Verbindung zwischen den Bischöfen und dem Zentralkomitee kümmern sollte.
Die geschichtlichen Umstände waren es, die in Deutschland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine kraftvolle Laienbewegung entstehen ließen. Auch in Frankreich, Belgien, in den Niederlanden, in Österreich und Italien hatten sich ähnliche Initiativen und Aktivitäten entwickelt. Jetzt, nach der Befreiung aus dem totalitären Zwangssystem, war ein Aufbruch der Laien zu verzeichnen,

zumal Papst Pius XII. ihre Verantwortung für die Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse bei vielen Gelegenheiten unterstrich und ihnen zurief: Ihr gehört nicht nur zur Kirche, ihr seid Kirche!

Zur Vorbereitung des Zweiten Vatikanischen Konzils wurde auch eine Kommission über das Apostolat der Gläubigen eingesetzt. Papst Johannes XXIII. berief Franz Hengsbach - seit 1958 Bischof von Essen - in dieses Gremium. Er hatte sich mit seinen Bemühungen, in Deutschland die Laienarbeit neu zu gestalten, einen Namen gemacht. Das Konzilsdekret "Über das Apostolat der Laien" trägt zu einem guten Teil die Handschrift des Essener Bischofs und seiner deutschen Beratergruppe. In dem von ihm verfaßten Kommentar heißt es: "Zum erstenmal in der Geschichte hat sich ein Konzil direkt und ausführlich mit den Laien und ihrem Anteil an der Sendung der Kirche befaßt. Daher kommt diesem Dekret sowohl als Ausdruck eines erneuerten Selbstverständnisses der Kirche wie aber auch als Anstoß für eine intensivere nachkonziliare Inanspruchnahme und Verpflichtung der Laien als aktiver Glieder der Kirche eine besondere Bedeutung zu." Das Dekret bilde gleichsam die Nahtstelle zwischen der Dogmatischen Konstitution über die Kirche und der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute.

Dabei war sich Hengsbach durchaus der Spannung bewußt, die darin begründet liegt, daß das "Apostolat der Laien" nicht ohne weiteres mit dem Weltdienst der Christen deckungsgleich ist, daß die Evangelisierung und Heiligung der Menschen und die Durchdringung und Vervollkommnung der zeitlichen Ordnung mit dem Geist des Evangeliums, worin das Dekret das Ziel des Apostolats sieht, noch nicht ausreicht, um die Gesellschaftsverantwortung für gerechte und solidarische Strukturen wahrzunehmen. Diese möglichen Einwände tat Hengsbach ab, weil zur Vermeidung von Stellungnahmen zu Lehrstreitigkeiten die Begriffe "Welt", "Laie" und "Apostolat" im Dekret nicht näher terminologisch festgelegt seien. Für Hengsbach kam es wesentlich auf die Aktivierung der Laien an. Schwierigkeiten, wie sie heute zwischen dem Amt und der Laienbewegung in der Kirche spürbar werden, waren damals noch nicht vorauszusehen.

V

1953 wurde Franz Hengsbach zum Titularbischof von Cantano und Weihbischof in Paderborn berufen. Damals war die Teilung Deutschlands noch durchlässig, so daß Erzbischof Dr. Lorenz Jaeger zusammen mit dem Berliner Bischof Wilhelm Weskamm und dem Magdeburger Weihbischof Friedrich Maria Rintelen die Bischofsweihe erteilte. Statt eines Edelsteins trägt der neue Weihbischof ein Stück geschliffener Steinkohle aus dem Bochumer Pütt "Hannibal" in seinem Ring. In jenen Jahren kamen die Verhandlungen über die Gründung eines eigenen "Ruhrbistums" zwischen Rom und den betroffenen Diözesen sowie dem Land Nordrhein-Westfalen in Gang. Am 18. November 1957 ernannte Papst Pius XII. Franz Hengsbach zum ersten Bischof des neuen Bistums Essen. Als Wappenspruch wählte er das Wort des Herrn an seine Apostel: Eritis mihi testes (Ihr sollt meine Zeugen sein). Am Neujahrtag 1958 wurde er feierlich inthronisiert. Nach der Feier in der Münsterkirche sagte der Bischof vor 15.000 Menschen auf dem Essener Burgplatz: "Der Bischof ist nun vor Ort gegangen. In Gottes Namen wollen wir die erste Schicht verfahren. Glückauf!"

Die Gründung des Bistums fiel in eine schwierige Zeit. Die erste Kohlenkrise überschattete das Revier, viele Zechen mußten schließen. "Wenn ich eine Zeche besuchte," erzählte Hengsbach später, "sagten die Kumpel schon: Der Bischof kommt, um die letzte Ölung zu spenden." Tatkräftig engagierte sich Hengsbach für die Arbeitnehmer und die Wirtschaft im Ruhrgebiet. Bei einer Protestveranstaltung gegen die Schließung der Zeche Graf Bismarck in Gelsenkirchen betonte er: "Die Kirche darf nicht wie ein stummer Hund dastehen, wenn es um die Rechte des Menschen geht." Sehr schnell wußten die Bergleute und die Arbeiter, was sie an ihrem Bischof hatten. Kein Wunder, daß sie ihn einfach den "Ruhrbischof" oder "Kumpel Franz" oder auch nur "unser Franz" nannten.

Der Bischof redete Unternehmern, Gewerkschaften, Politikern immer wieder ins Gewissen. Notwendige Umstrukturierungen dürften nicht allein zu Lasten der Arbeitnehmer gehen, denn "die Wirtschaft ist für den Menschen da". Und: "Es darf keine falsche Konkurrenz geben. Parteien, Gewerkschaften, Unternehmer sind aufgerufen zur Solidarität. Das ist ein großes geistiges Tugendpotential des Ruhrgebietes und seiner Bewohner, das wird uns weiterbringen." Jedwedem Klassendenken abhold, setzte er im Sinne der katholischen Soziallehre auf die Sozialpartnerschaft zur Lösung der

Strukturkrise. Auf diesem Wege suchte er die Gemeinsamkeit auch mit der Evangelischen Kirche. Schon 1950 hatte er die Gründung der Gemeinsamen Sozialarbeit der Konfessionen im Bergbau zusammen mit dem Leiter des Sozialamtes der Evangelischen Kirche in Westfalen, D. Klaus von Bismarck, auf den Weg gebracht. Jetzt, Mitte der sechziger Jahre, gründete er, wiederum zusammen mit der Evangelischen Kirche, die "Gesellschaft zur Verbesserung der Beschäftigtenstruktur".

Die Herausforderungen hörten nicht auf. Besonders lag Hengsbach die Jugend am Herzen. Als die Lehrstellen Mitte der achtziger Jahre knapp werden, setzt sich die Kirche massiv für dieses Anliegen ein. Für die "Ausbildungs-Aktie", den "Solidaritäts-Taler" und den "Zukunftsschlüssel" ging der Bischof auf die Straße, um diese Symbole der Solidarität mit arbeitslosen Jugendlichen zu verkaufen. Über drei Millionen Mark erbrachten die Aktionen, fast 500 Jugendliche erhielten dadurch einen Ausbildungsplatz. Die nächste Aktion, der Verkauf der "Klammer", galt den benachteiligten jungen Menschen, die keinen Hauptschulabschluß erreichten. Das Engagement des Bischofs wirkte. Die Ruhrkohle machte ihm aus Anlaß des 50jährigen Priesterjubiläums ein besonderes Geschenk: 53 Lehrstellen wurden eingerichtet.

Hengsbach spürte, daß die schwere Wirtschaftskrise, die das Ruhrgebiet befiel, auch ein geistig-kulturelles Problem ist. Um die wachsende Resignation zu durchbrechen, holte er am 16. Juli 1988 führende Unternehmer und Oberbürgermeister der Revierstädte an seinen Tisch, unter ihnen den Veba-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder und den wenig später von Terroristen ermordeten Sprecher der Deutschen Bank Alfred Herrhausen. Es war die Geburtsstunde des Initiativkreises Ruhrgebiet. Die 60 Unternehmer, die dem Kreis seither angehören, verpflichteten sich, im Ruhrgebiet zu investieren.

Hengsbach trat oft als Gastgeber auf, vor allem dann, wenn sich Gewerkschafter und Unternehmer scheinbar nichts mehr zu sagen hatten. Als dem Bischof 1989 der Karl-Arnold-Preis der CDU Nordrhein-Westfalen verliehen wurde, hielt der ehemalige Bundesarbeitsminister Hans Katzer die Laudatio: "Sie sehen ihre Mission im Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit. Gegen Klassenkampf setzen Sie die Idee der Partnerschaft, wie es christlich-sozialem Denken entspricht."

Bei allem sozialem Engagement blieb Hengsbach als Bischof der erste Seelsorger seiner Diözese. Die zahllosen Predigten und Ansprachen, von denen viele auch gedruckt erschienen sind, geben

Zeugnis davon, daß die zeitgerechte Verkündigung des Evangeliums, die wirksame Vermittlung der zentralen Wahrheiten des Glaubens und der darin verankerten Wertorientierung für das persönliche und das soziale Leben sein Kernanliegen bildeten. Hengsbach wußte nur zu gut, daß nur ein lebendiger Glaube die Mauern des Egoismus überspringen kann und zur sozialen Tat befähigt. In Sachen des Glaubens und der Kirche war er unbeugsam: "Der Sonntag als Tag der Besinnung ist durch keinen Werktag zu ersetzen. Sonntagsarbeit aus Wettbewerb lehnen wir entschieden ab." Oder: "Ein Staat, der die Tötung des ungeborenen Kindes nicht mehr unter Strafe stellt, stellt damit die Unantastbarkeit des Lebens in Frage." Und ganz aktuell: "Niemand wird für sich Priester. Niemand bedarf auch der Priesterweihe zu seinem eigenen Heil. Der Priester ist für das Volk Gottes bestellt. Darum muß er ganz nahe bei diesem Volke Gottes sein, im Denken, im Reden, im Handeln." Dort sein, wo die Menschen sind, dazu gehört im Ruhrgebiet natürlich auch der Fußballplatz. Auch wenn dies nicht allzu oft vorkam, war Hengsbach auch in den Stadien des Reviers zu Hause. Dann zitterte er auf der Tribüne mit. Besonders schlug sein Herz für Schalke, das er schon als Junge bei seinen Besuchen in Gelsenkirchen kennenlernte. Ruhrgebietsschlager brachten freilich den Bischof in eine Zwickmühle, die er klug löste: "Ich schicke ein ums andere Mal ein Stoßgebet gen Himmel. Lieber Gott, laß sie unentschieden spielen".

VI

Für Franz Hengsbach war das Bistum Teil der Weltkirche, weshalb auch der Bischof teil hat an der Mitverantwortung für die Weltkirche. Aus diesem Bewußtsein heraus gründete er 1961 das Hilfswerk "Adveniat", dessen Präsident er bis zu seinem Tode geblieben ist. Ohne vorher in Lateinamerika gewesen zu sein, war er durch zahlreiche Begegnungen und Gespräche mit der schwierigen Situation der Kirche in diesem gewaltigen Subkontinent vertraut. So wie das Werk "Misereor" die Entwicklung der Menschen und Völker aus Armut und Elend fördern wollte, so sollte Adveniat der Kirche helfen, ihre Sendung zu erfüllen. Die deutschen Katholiken haben das Anliegen des Bischofs verstanden und in den dreißig Jahren, in denen Hengsbach die Verantwortung trug, 2,6 Mrd. DM dafür gespendet. Bereits 1963 wurde Hengsbach in den Generalrat der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika berufen. Wie sehr die

Kirche in Bewegung geraten war, davon gibt die Zweite Generalversammlung des Lateinamerikanischen Episkopats 1968 in Medellín Zeugnis. Ähnlich wie die "soziale Frage" in Deutschland und Europa zur Entstehung der christlich-sozialen Bewegung und zur modernen katholischen Soziallehre geführt hatte, so kam es jetzt in Lateinamerika darauf an, das soziale Gewissen der Christen und die Gesellschaftsverantwortung der Kirche für die Armen und Notleidenden zu wecken. Medellín war das Signal zum Aufbruch.
Womit man freilich nicht gerechnet hatte, war eine Gegenbewegung, die von den neomarxistischen Ideen der Frankfurter Schule und der in Europa aufgetretenen "Politischen Theologie" und der "Theologie der Revolution" stark beeinflußt war. Unter dem Eindruck verschiedener "Befreiungsbewegungen" geriet auch die "Theologie der Befreiung", die von Gustavo Gutiérrez in dem gleichnamigen Buch (1971) vorgelegt wurde, in den Bannkreis einer radikalen Gruppe von Theologen, die im Evangelium nur noch einen Impuls zur revolutionären Veränderung der Verhältnisse auf eine sozialistische Gesellschaft hin erblickten. "Christen für den Sozialismus" hieß die Stoßrichtung, die von einem Treffen in Chile, wo der Marxist Alliende an die Macht gelangt war, ausging.
Was viele Bischöfe in Lateinamerika aufhorchen ließ, waren die sich häufenden Versuche, den christlichen Glauben und die kirchliche Gemeinschaft für den Klassenkampf und die Revolution zu instrumentalisieren und umzudeuten. Als Bischof Hengsbach 1973 wieder Lateinamerika besuchte, berichteten ihm mehrere Bischöfe von den bedrohlichen Tendenzen, die in der Pastoral in Pfarrgemeinden, auch in der Theologie und im Welt- und Ordensklerus bereits spürbar geworden waren. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland rief Hengsbach zusammen mit dem damaligen Weihbischof und späteren Generalsekretär des Lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM), Alfonso López Trujillo, den Studienkreis "Kirche und Befreiung" ins Leben. Er sollte international zusammengesetzt sein und auf jährlichen Tagungen zur Klärung des Fragenkomplexes beitragen. In den Veröffentlichungen des Studienkreises spielt die Unterscheidung zwischen dem christlichen und marxistischen Verständnis von "Befreiung" eine wichtige Rolle. Das erste Referat hielt der Bischof selbst: "Befreiung durch Christus - wovon und wozu?" Darin heißt es: "Wer als Christ sagt, Aufgabe gerade der Christen sei die Änderung der Verhältnisse und möglicherweise sogar mit Gewalt, und nicht weiß oder nicht sagt, daß die eigentliche Befreiung des Menschen in seinem Verhältnis zu Gott beginnen muß, der hat - bildlich gesprochen - nicht

zu enge Schuhe an, sondern geht einen falschen Weg." Der Studienkreis, der schnell ins Feuer der linken Kritiker geriet, hat mit dazu beigetragen, daß Lateinamerika der Irrweg des Sozialismus erspart blieb. Zugleich wurden Bischöfe, Theologen und Laien ermutigt, sich mit der katholischen Soziallehre zu beschäftigen und sich um den Aufbau leistungsfähiger wirtschaftlicher Strukturen und einer gerechten Sozialordnung zu bemühen.
Auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil ist den Bischöfen wie nie zuvor die eine "katholische" Kirche in einer Welt, die immer mehr zusammenwächst, zum Bewußtsein gekommen. Hengsbach nutzte die langen Sitzungsperioden, um persönliche Kontakte zu vielen Mitbrüdern aus Lateinamerika zu gewinnen und ein Vertrauensverhältnis entstehen zu lassen. "Adveniat" war für ihn keine Einbahnstraße: "Wir können auch von dort viel lernen, etwa für das Engagement der Laien und für die Gemeindekatechese."

VII

Besonders hervorzuheben ist der Einsatz des Essener Bischofs für die deutsch-polnische Aussöhnung. Als Vikar in Herne hatte er erfahren müssen, wozu engstirniger Nationalismus fähig ist. Auf dem Konzil gehörte er - ebenso wie der Krakauer Erzbischof Karol Wojtyla - der Kontaktkommission an, die den historischen Briefwechsel zwischen der Deutschen und der Polnischen Bischofskonferenz vorbereitete. Dies war kein leichtes Unterfangen, da auf deutscher Seite die tiefen Wunden der Vertreibung so vieler Katholiken aus Schlesien und dem Ermland brannten, da auf polnischer Seite ebenfalls Millionen Menschen aus den Gebieten Ostpolens, die von der Sowjetunion annektiert worden waren, vertrieben wurden und die kommunistische Regierung in Polen jede Versöhnung gegen die Kirche auszuspielen bereit war. Wenn der Briefwechsel unter den Bedingungen des Ost-West-Konfliktes zustande kam, dann war dies ein Zeichen für die Glaubenskraft in beiden Kirchen, die den Weg für das Verzeihen und für die Versöhnung öffnete.
Ein ganz anderer Aktionsbereich kam auf den Essener Oberhirten zu, als die deutschen Bischöfe ihn 1961 drängten, das Amt des Katholischen Militärbischofs für die Bundeswehr zu übernehmen. Eigentlich war er schon jetzt mehr als ausgelastet, weil das neue Bistum für lange Zeit seine ganze Kraft brauchte und auch die weltkirchlichen Aktivitäten ihm viel von der wenigen noch verbliebenen freien Zeit abverlangten. Wenn dennoch seine Mitbrüder das schier

Unmögliche von ihm erwarteten, dann hing dies einerseits mit den Schwierigkeiten zusammen, die dem Aufbau der Bundeswehr und ihrer Rolle im atlantischen Bündnis entgegenstanden, andererseits mit den besonderen Fähigkeiten, die Hengsbach für dieses Amt mitbrachte. Der Bischof hatte nichts Militärisches an sich, aber er konnte auf die Soldaten und Offiziere zugehen und mit ihnen über ihren Auftrag, im Notfall die Grundwerte und Grundrechte der Menschen, auch die Freiheit der Völker zu verteidigen, sprechen. Vor allem war es ihm ein Anliegen, daß die jungen Menschen, die ihren Militärdienst ableisteten, in dieser Zeit auch seelsorglich nicht allein gelassen wurden. "Die Kirche will den Soldaten in ihren Kasernen und auf ihren Übungsplätzen nahe bleiben mit der Wahrheit und dem Leben des Herrn." Sein freundliches und den Menschen zugewandtes Wesen haben ihm rasch die Achtung und die hohe Wertschätzung der Soldaten und Offiziere verschafft. Seelsorge ist keine funktionale Angelegenheit, sondern personale Sorge um den Menschen. Die Soldatenwallfahrten nach Lourdes, an denen er immer teilnahm, waren ein geistliches und menschliches Erlebnis. Der umsichtigen Tätigkeit Hengsbachs ist es zu danken, daß das Verhältnis der Katholiken zur Bundeswehr auch in Zeiten wachsender pazifistischer Strömungen unbelastet sich entwickelte. Seit 1965 war der Bischof auch verantwortlich für die Seelsorge an den katholischen Ersatzdienstleistenden. Erst 1978 wurde er vom Amt des Militärbischofs entpflichtet.

In diesem Zusammenhang sei auch das Wirken Hengsbachs für den Ritterorden vom Heiligen Grabe erwähnt. 1975 wurde er zum Großprior der Deutschen Statthalterei gewählt. Wenn er sich hier engagierte, dann sicherlich auch deshalb, weil er die Geschichte des Ordens schätzte und dessen Ziele im Heiligen Land unterstützte. Der Hauptgrund dürfte aber das apostolische Anliegen gewesen sein, den Menschen, die in Wirtschaft und Gesellschaft, in Kultur und Politik hohe Ämter innehatten, die zugleich im Ritterorden Zeugnis für den Glauben und für ihre Verbundenheit mit der Kirche ablegten, nahe zu sein und sie geistlich zu inspirieren.

Eine der fruchtbarsten Initiativen Bischof Hengsbachs, die bis heute andauert, sind die "Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche", zu denen alljährlich Wissenschaftler verschiedener Fakultäten und Konfessionen, insbesondere Juristen und Staatskirchenrechtler, eingeladen werden. Geboren wurde diese Idee wohl in Gesprächen mit seinem engsten Mitarbeiter, dem langjährigen Generalvikar Joseph Krautscheidt, und dem sachkundigen Rechtsdirektor Heiner Marré, die beide auch für die Publikation der Berichtsbände in der

im Verlag Aschendorff in Münster erscheinenden Reihe verantwortlich zeichnen. Das erste Gespräch fand im Jahre 1966 statt. Das Zweite Vatikanische Konzil war gerade beendet. Viele Bischöfe und Laien waren von der Idee des "Aggiornamento" der Kirche bewegt. Deshalb waren sie nicht wenig überrascht, als sich in der deutschen Gesellschaft nach den Jahren des Wiederaufbaus antikirchliche Tendenzen breit machten. Hengsbach hatte ein feines Gespür für unterschwellig sich anbahnende tiefgreifende Veränderungen, wie sie die sogenannte Studentenrevolution 1968 und die sozialliberale Koalition von 1969 und die von ihr verfochtenen "inneren Reformen" markierten. In seiner Eröffnungsansprache wies der Bischof auf die verschiedenen Strömungen hin, die ihm Sorge bereiteten. Da sind jene antikirchlichen Kräfte, die eine laizistische Trennung von Staat und Kirche anstreben, die "die vom Grundgesetz garantierte positive Bekenntnis- und Religionsfreiheit durch die Überbetonung ihres negativen Aspektes zu pervertieren" trachten. Die "Hauptsorge" freilich galt jenen innerkirchlichen Stimmen, die das gewachsene Verhältnis von Kirche und Staat in Deutschland, die Religions- und Kirchenartikel, die von der Weimarer Verfassung in das Grundgesetz übernommen wurden, und überhaupt ein Staatskirchenrecht in Frage stellten. Für sie war die Kirche nur eine eschatologische Größe, die sich auf den geistlichen Kernbereich beschränken müsse.

Es ist das Verdienst der Essener Gespräche, daß sich derartige Bestrebungen nicht ausbreiten und auch im Kreis der Juristen für öffentliches Recht keine größere Resonanz finden konnten. Noch größer ist das Verdienst, daß die Essener Gespräche zu einem Forum wurden, auf dem die aktuellen Fragen und Probleme im Verhältnis von Staat und Kirche, auch neue sittlich-rechtliche Vorstellungen und Entwicklungen offen und rechtzeitig diskutiert werden. Nur so lassen sich auch Ansätze und Tendenzen, die sich nicht nur für die Kirchen, sondern ebenso für Gesellschaft und Staat nachteilig, ja gefährlich auswirken würden, erkennen, nur so kann ihnen auch ein Riegel vorgeschoben werden.

Noch eine andere Initiative darf hier nicht ungenannt bleiben: 1978 stiftete der Bischof den "Heinrich-Brauns-Preis" für Verdienste um die katholische Soziallehre und ihre Umsetzung in die Praxis. Die Verleihung des mit 10.000 Mark dotierten Preises bot die Möglichkeit, die Bedeutung der katholischen Soziallehre immer neu ins Bewußtsein zu rücken und Christen, die sich in der sozialen Praxis verdient gemacht hatten, auszuzeichnen. Dies sollte Beispiel und Ansporn für andere sein.

Wer viel hat, dem wird noch gegeben werden, heißt es im Evangelium. Auch auf den Essener Bischof kamen noch weitere Verpflichtungen zu. Nach dem Konzil wurden die Strukturen der katholischen Kirche neu geordnet. 1967 übernahm Hengsbach den Vorsitz des Verwaltungsrates und des Verbandsausschusses (Finanzkommission) des Verbandes der Diözesen Deutschlands. In dieser Zuständigkeit hat er auf die organisatorische und innere Entwicklung der Kirche in der Bundesrepublik Deutschland großen Einfluß ausgeübt. Auch konnte er, ohne daß dies an die Öffentlichkeit gedrungen wäre, viel für die katholische Kirche in der DDR tun und den Zusammenhalt der deutschen Katholiken stärken. 1976 übernahm Hengsbach den Vorsitz der Kommission für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz.
1977 wurde Hengsbach Vertreter des deutschen Episkopates im Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE). 1980 übernahm er das Amt des Präsidenten der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE). Schon 1973 wurde er Mitglied der römischen Kongregation für den Klerus und des Zentralkomitees für das Heilige Jahr. Seit 1977 gehörte er dem Päpstlichen Rat Cor Unum an. Nach seiner Erhebung in den Kardinalsstand am 28. Juni 1988, wobei er die Titelkirche Nostra Signora di Guadalupe auf dem Monte Mario in Rom zugewiesen erhielt, wurde Hengsbach in die Kongregation für die Glaubensverbreitung, in das Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen und in den Päpstlichen Rat Iustitita et Pax berufen.
Es ist erstaunlich, wie es dem Essener Kardinal gelungen ist, in den langen Jahren seines bischöflichen Wirkens auf so vielen Aktionsfeldern und in so zahlreichen Gremien nicht nur dabei zu sein, sondern immer wieder neue Impulse zu geben, bleibende Linien zu ziehen, verkrustete Strukturen aufzubrechen, den Herausforderungen der Zeit zu begegnen, neue Akzente zu setzen.
Von den vielen Ehrungen, die ihm zuteil wurden, seien erwähnt: 1958 Ehrendomherr des Metropolitankapitels Paderborn; 1964 Ehrendomherr des Domkapitels Sens in Frankreich; 1967 Ehrenpräsident von Caritas Hong Kong; 1973 Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland; 1982 Ehrenmitglied der Päpstlichen Römischen Akademie für Theologie; 1984 Ehrenring der Stadt Essen; 1986 Ehrenbürger der Ruhr-Universität Bochum; Ehrung für 50jährige Mitgliedschaft in der KAB (1987); 1987 Bürger des Ruhrgebietes; 1987 Großes Goldenes Eh-

renzeichen mit dem Stern der Republik Österreich; 1988 Großkreuzritter des Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem; 1990 Ehren- und Großkreuz Bailli des Souveränen Malteser-Ritterordens; 1990 Ehrenbürger der Universität - Gesamthochschule Essen. Die Ehrendoktorwürde erhielt er von der Katholischen Universität Bogota in Columbien (1968), von der Universität Navarra zu Pamplona in Spanien (1974), von der Universität von Puerto Rico (1978). 1973 wurde er zum Professor e. h. der Katholischen Universität zu Buenos Aires in Argentinien ernannt. 1982 erhielt er die Auszeichnung "Energeia" der Philosophischen Fakultät Mexiko-City.

Hengsbach pflegte den Kontakt und das Gespräch mit den Politikern aller Parteien, vor allem mit jenen, die aus christlicher Verantwortung handelten und der Kirche verbunden waren. Hier sah er eine wichtige Aufgabe der katholischen Sozialverbände, überzeugte Katholiken zu befähigen, in die Politik zu gehen und offensiv für die Würde jedes Menschen, für seine Grundrechte und -pflichten, auch für die Unterordnung der vielfältigen Interessen unter das Gemeinwohl einzutreten. Ein besonderes Anliegen war ihm der Schutz des ungeborenen Lebens. Mehrmals führte er zu Beginn der achtziger Jahre in Essen Schweigemärsche von tausenden Katholiken an. Die nach der deutschen Einigung entbrannte Diskussion um den Paragraphen 218 bedrängte ihn sehr. Vom Krankenbett aus rief er zehn Tage vor seinen Tod die Politiker und Parteien auf, den Schutz des Lebens besser als bisher zu gewährleisten und die Krankenkassenfinanzierung von Abtreibungen abzuschaffen. "Unsere Stimme für das ungeborene Leben muß laut und vernehmbar sein."

Den 80. Geburtstag konnte Kardinal Franz Hengsbach am 10. September 1990 inmitten einer großen Festgemeinschaft feiern. Allerdings spürte er zunehmend die Last des Alters. Am 21. Februar 1991 hat Papst Johannes Paul II. sein Rücktrittsgesuch aus dem Jahre 1986 angenommen. Seine Reaktion: "Ich bin entpflichtet, nicht im Ruhestand." Der Kardinal hatte sich noch viel vorgenommen. Er wollte häufiger Priester besuchen, Menschen in Krankenhäusern und Ordensgemeinschaften. Er wollte auch weiterhin Gesprächspartner der Menschen im Ruhrgebiet sein. Nur wenige Monate später, am 24. Juni 1991, ist der Bischof zu Gott heimgegangen. Eine große Trauergemeinde hat ihn auf dem letzten Weg begleitet. In der Westkrypta des Domes wurde er in der Bischofsgruft beigesetzt.

Hermann Josef Abs (1901-1994)

"The world's leading banker", "Über-Bankier", "Meister der Macht" waren einige der Superlative, mit denen Hermann Josef Abs 1994 in den Nachrufen bedacht wurde. Allein seine Leistungen als Bankier, seine Verdienste um den Aufstieg der Deutschen Bank zur führenden Bank Deutschlands und Europas hätten nicht ausgereicht, ihm schon zu Lebzeiten einen legendären Ruf zu verschaffen. Sucht man nach den Gründen für seine einzigartige Stellung unter den Größen der deutschen Wirtschaft in diesem Jahrhundert, so fallen vor allem drei Besonderheiten auf: Abs war nicht nur extrovertiert, er war ein Meister der Selbstdarstellung, der mit großem Geschick an dem Bild arbeitete, das er der Nachwelt hinterließ. Seine Schlagfertigkeit und sein geistreicher Witz machten ihn zu einem begehrten Interviewpartner, weit über Themen des Bankgeschäfts hinaus. Was ihn in den Augen der Mit- und Nachwelt so faszinierend und geheimnisvoll erscheinen ließ, war aber zu allererst seine Rolle als Politikberater und Emissär Konrad Adenauers. Viele hielten ihn gar für eine graue Eminenz der Ära Adenauer. Noch weit über 1967 hinaus galt er vielen Politikern als Autorität in Sachen Wirtschafts- und Währungspolitik, wurde er zu allen möglichen und unmöglichen Fragen konsultiert. Abs hätte sich kaum so exponieren können, wäre er nicht im Unterschied zu anderen Unternehmern ohne schwere Belastungen aus der NS-Zeit gekommen. Dies mag er zumindest teilweise seiner katholischen Prägung zu verdanken haben. Er sei immer zuerst Christ und dann erst Deutscher, soll er in den dreißiger Jahren bei einem Aufenthalt in der Schweiz gesagt haben, befragt nach seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus. War ein Katholik unter den deutschen Großunternehmern schon eine Ausnahmeerscheinung, so trat Abs als Vertreter des Heiligen Stuhls bei internationalen Organisationen und als Sanierer der päpstlichen Finanzen besonders hervor.

I

Hermann Josef Abs wurde am 15. Oktober 1901 in Bonn geboren. Sein Vater Josef Abs war der Sohn eines Euskirchener Schreinermeisters mit eigenem, lange Jahre florierenden Betrieb. Er finanzierte sich durch eigene Arbeit den Besuch des Gymnasiums, studierte mit Hilfe einer adligen Gönnerin Jura, promovierte und ließ sich als Rechtsanwalt in Bonn nieder. Sein Spezialgebiet war das Wirtschaftsrecht. Er gelangte zu Vermögen, das er erfolgreich im Braunkohlenbergbau anlegte. Die Heirat mit Katharina Lückerath, der Tochter eines Tuchfabrikanten, dokumentierte den sozialen Aufstieg. Hermann hatte vier ältere Brüder, von denen zwei im Ersten Weltkrieg fielen, eine ältere und eine jüngere Schwester. Ein Zwillingsbruder starb noch am Tag der Geburt. Neben dem strengen Katholizismus war eine gewisse Weltoffenheit für das Elternhaus prägend. Vom Vater erbte Hermann Josef nicht nur die Sprachbegabung. Auf längeren Auslandsaufenthalten im Rahmen seines Studiums hatte Josef Abs inneren Abstand von den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland gewonnen. Diese Haltung, gepaart mit einem gewissen Ressentiment gegenüber der preußischen Herrschaft, gab er an seinen Sohn weiter.
Nach dem Abitur begann Hermann Josef Abs eine Banklehre bei dem jüdischen Bankhaus Louis David in Bonn. Seine älteren Brüder sollen ihm nahegelegt haben, Geisteswissenschaften zu studieren und die Universitätslaufbahn einzuschlagen. Abs' Entschluß, zunächst eine Banklehre zu absolvieren, war angeblich ein bewußter Affront gegen das humanistische Gymnasium und seine Lehrer, gar eine Trotzreaktion gegen die bürgerliche Gesellschaft. Ebenso glaubhaft ist aber, daß sich dieses Ressentiment erst später einstellte, als der Bankangestellte Abs die Geringschätzung studierter Altersgenossen spürte. Nach der Lehre studierte Abs ein Semester Volkswirtschaft und Jura in Bonn, brach das Studium dann aber aus familiären Gründen ab und bewarb sich 1921 bei dem Kölner Bankhaus Delbrück von der Heydt & Co., zu dessen Teilhabern die Familie seiner Mutter Beziehungen hatte. Er arbeitete eineinhalb Jahre in der Korrespondenz und der Buchhaltung. 1923 bot ihm Franz Koenigs, einer der Mitgründer von Delbrück von der Heydt & Co., an, in seine Amsterdamer Bank Rhodius Koenigs Handel-Maatschappij überzuwechseln. Dort legte Abs die Grundlage für seine spätere Karriere im Auslandsgeschäft. 1925 ging Abs im Auftrag von Koenigs für insgesamt eineinhalb Jahre nach England, nach Nord- und nach Südamerika. Diese Reise war eher Teil einer

umfassenden Ausbildung als Geschäftsroutine. Der Berufsweg von Abs läßt erkennen, daß sich im Kreise der weiteren Verwandt- und Bekanntschaft schon früh Förderer fanden, die seine Begabung erkannten und seinen Bildungsgang und seinen Aufstieg beeinflußten. Nach seiner Rückkehr heiratete er am 15. Februar 1928 Inez Schnitzler, die Tochter eines angesehenen Kölner Rechtsanwalts, mit der er zwei Kinder hatte. Über die Familie Schnitzler ergaben sich verwandtschaftliche Beziehungen zu Familien, die in der rheinischen Industrie- und Bankwelt über Einfluß verfügten.
1929 trat Abs als Prokurist in das Berliner Bankhaus Delbrück Schickler & Co. ein. Drei der Teilhaber, darunter Adelbert Delbrück und Franz Koenigs, hatten zu den Gründern bzw. Inhabern von Delbrück von der Heydt & Co. in Köln gehört. Über seine Frau war Abs überdies mit dem gerade verstorbenen Teilhaber Gustav Ratjen verwandt, der auch dem Vorstand der Metallgesellschaft angehört hatte. Abs' Engagement fiel in die Zeit der beginnenden Weltwirtschaftskrise. Er entwickelte sich schnell zum Spezialisten für Sanierungen und wurde nach sechs erfolgreichen Jahren zum 1. Januar 1935 Teilhaber des Bankhauses. Sein Geschick trug entscheidend dazu bei, die Bank durch die Krisenjahre zu manövrieren. Zu den bedeutendsten Sanierungsfällen gehörten die Kaufhausunternehmen Tietz 1929/30 und Karstadt 1931. Im gleichen Jahr riet Abs vergeblich dazu, dem Nordwolle-Konzern den Kredit zu kündigen, wenige Monate bevor das Unternehmen in Konkurs ging. Nordwolle riß die Darmstädter und Nationalbank (Danatbank) mit sich und löste so die große Bankenkrise aus. In der Folge sah sich das Deutsche Reich zum Eingreifen genötigt und erwarb direkt oder indirekt die Mehrheit des Kapitals der Berliner Großbanken: der Dresdner Bank, der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft und der Commerz- und Privatbank (seit 1941: Commerzbank). 1936 war es Abs, auf dessen Initiative ein Bankenkonsortium unter Führung von Delbrück, Schickler & Co. die Beteiligung des Reiches an der Commerzbank (re)privatisierte.
Nicht zuletzt durch diese erfolgreiche Aktion verschaffte sich Abs großes Ansehen in der Berliner Bankwelt. Im Sommer 1937 bot ihm Eduard Mosler, der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, an, in den Vorstand seines Unternehmens einzutreten. Abs sollte das Auslandsgeschäft übernehmen und die deutschen Banken bei den "Stillhalteverhandlungen" mit den ausländischen Gläubigern in Basel vertreten. Möglicherweise hatte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht die Deutsche Bank auf Abs hingewiesen, in dem er einen geeigneten Vertreter für die Stillhalteverhandlungen sah. Abs

hatte bei den Gesprächen über die Reprivatisierung der Commerzbank eng mit Schacht, dem Reichsfinanzministerium und den Vertretern der Berliner Großbanken zusammengearbeitet. Abs nahm das Angebot an, obwohl das Auslandsgeschäft aufgrund der Weltwirtschaftskrise und der Autarkiepolitik Deutschlands unbedeutend war. Bei den Vorgesprächen soll Mosler ihm gesagt haben: "Sie werden einmal die Aufgabe bekommen, die Auslandsschulden Deutschlands zu regeln."
Abs war an der "Arisierung" jüdischer Unternehmen in Deutschland und an der Übernahme ausländischer Banken und Industrieunternehmen in den nach 1939 besetzten Gebieten beteiligt. Über seine Rolle in den Aufsichtsräten von der Deutschen Bank verbundenen Unternehmen während des Krieges ist nichts bekannt. 1970 erhob der Ost-Berliner Autor Eberhard Czichon schwere Vorwürfe gegen ihn: Er habe sich nicht nur bereitwillig in den Dienst der NS-Expansionspolitik gestellt, sondern sich bei der Übernahme von jüdischem bzw. ausländischem Vermögen auch persönlich bereichert. Abs und die Deutsche Bank boten zahlreiche Zeugen auf und konnten in einem zweijährigen Prozeß vor dem Stuttgarter Landgericht die Anschuldigungen widerlegen. Von Betroffenen wurde ihm bescheinigt, sie damals fair behandelt und ihre Interessen in größtmöglichem Maße berücksichtigt zu haben. Nach dem Krieg half Abs Geschädigten bei der Wiedererlangung ihres Eigentums.
Allen vorhandenen Zeugnissen nach lehnte Abs die nationalsozialistische Ideologie ab. Er war - wie übrigens die Mehrheit im Vorstand der Deutschen Bank - kein Parteimitglied. Außer ihm waren 1940 noch zwei weitere Vorstandsmitglieder Katholiken, weshalb das Unternehmen in Wirtschafts- und Parteikreisen auch als "katholische Bank" bezeichnet und beargwöhnt wurde. Abs hatte Kontakt zu Widerstandskreisen und erörterte Pläne für die (Welt-)Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit. Er trat dabei für eine liberales Handelssystem ein. Von eigentlichen Widerstandsaktivitäten hielt er sich fern; er nahm nach 1945 auch nie für sich in Anspruch, Widerstand geleistet zu haben. Überhaupt bewies Abs auch im Umgang mit seiner Vergangenheit Stil; Larmoyanz und nachträgliche Rechtfertigungen waren nicht seine Sache.

II

Am 13. April 1945 verließ Abs Berlin und fuhr mit einem Karstadt-Lieferwagen nach Hamburg. Schon bald kamen ihm seine frü-

heren Auslandskontakte zugute; die britische Militärregierung machte ihn zu ihrem Berater. Zugleich versuchte er - soweit dies die Alliierten zuließen - von Hamburg aus den Geschäftsbetrieb der Deutschen Bank in den Westzonen zu koordinieren. Die Hauptverwaltungen der Großbanken waren von den Besatzungsmächten geschlossen worden. Ihr erklärtes Ziel war die völlige Neuordnung des deutschen Bankwesens. Am 16. Januar 1946 wurde Abs verhaftet und 90 Tage lang in Bad Nenndorf gefangengehalten. Hintergrund war vermutlich seine Verwicklung in die Enteignung von Vermögen in den besetzten Gebieten. Auf Betreiben seiner englischen Freunde wurde er wieder entlassen. 1946/47 verbrachte Abs eine für ihn ungewöhnlich ruhige Zeit mit seiner Familie auf dem Bentgerhof bei Remagen, einem Gut, das er 1939 erworben hatte. In den schwierigen Nachkriegsjahren bot es seiner Familie eine wichtige materielle Stütze.

Auch ohne offizielle Funktionen zu bekleiden, blieb Abs nicht untätig. Er war an allen wegweisenden Entscheidungen zur Neuordnung des deutschen Geld- und Kreditwesens beratend und planend beteiligt. Am 1. März 1948 entstand die Bank Deutscher Länder, Vorläuferin der Deutschen Bundesbank, als Bank der Landeszentralbanken in den Westzonen. Am 2. April 1948 wurden Hermann Josef Abs und Otto Schniewind zum Präsidenten des Direktoriums bzw. Vorsitzenden des Zentralbankrats gewählt. Als die Amerikaner deutlich machten, daß sie Abs nicht akzeptierten, lehnten beide die Wahl unter einem Vorwand ab, so daß die deutsche Seite ihr Gesicht wahrte. Schniewind und Abs wurden stattdessen Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die durch Gesetz vom 5. November 1948 gegründet worden war. Abs wurde vom Verwaltungsrat in den anfangs vierköpfigen Vorstand delegiert, als dessen Sprecher er fungierte. Die Regelung des Gesetzes über die KfW, die diese ungewöhnliche Konstruktion ermöglichte, war die erste Gesetzesbestimmung, die als "Lex Abs" bekannt wurde. Abs übernahm auch den Vorsitz in fast allen Ausschüssen der KfW, so daß er "zur zentralen Figur bei der Verteilung der Finanzmittel" (M. Pohl) wurde. Die KfW übernahm die Verteilung von Marshallplan-Geldern, sie finanzierte sich außerdem aus Anleihen. Abs war damit eine Schlüsselfigur für den Wiederaufbau der deutschen Industrie. Allerdings finanzierten die Unternehmen den größten Teil ihrer Investitionen aus dem Cash-Flow (Selbstfinanzierung), was durch die Steuergesetze erleichtert wurde. 1958 zog sich Abs aus dem Vorstand der KfW zurück und übernahm den Vorsitz im Ver-

waltungsrat. Er büßte dadurch nicht an Einfluß ein, denn für die Deutsche Bank nahm er bis zu 24 Aufsichtsratsmandate gleichzeitig wahr, davon über 20 als Vorsitzender.
Eng mit Abs' Tätigkeit bei der KfW verknüpft war sein Einfluß auf das Zustandekommen des Investitionshilfegesetzes vom 7. Januar 1952. Abs war von Anfang an der Ansicht, daß die Finanzierungsbedürfnisse der Grundstoffindustrien - denen die Deutsche Bank traditionell verbunden war - Vorrang haben müßten. Der Aufschwung nach 1948 kam aber zunächst den Konsum- und Investitionsgüterherstellern zugute. Überdies waren Kohle- und Energiewirtschaft durch Preiskontrollen behindert. Daher setzte sich Abs schon Ende 1950 dafür ein, die nicht preisgebundene Wirtschaft zur Mitfinanzierung von Investitionen der Grundstoffindustrien heranzuziehen. Dieser Gedanke fand schließlich in das Investitionshilfegesetz Eingang, dessen Kernpunkt eine "Investitionshilfeabgabe" der gewerblichen Wirtschaft zugunsten der Grundstoffindustrien war. Dieses Gesetz markierte einen Höhepunkt der Verflechtung von Staat und Wirtschaft in der Nachkriegszeit.
Noch enger mit der Politik, nun sogar mit der "hohen Politik", in Kontakt kam Abs als Leiter der deutschen Delegation bei den Londoner Schuldenverhandlungen. So bewahrheitete sich die Prophezeihung Eduard Moslers von 1937. Abs hatte schon 1948 gegen den Widerstand der Bank deutscher Länder darauf gedrängt, das Problem der Auslandsschulden anzugehen. Die private Wirtschaft hatte ein Interesse daran, daß ihr mit der Wiederherstellung des deutschen Kredits der Zugang zum internationalen Kapitalmarkt eröffnet wurde. Bei den Auslandsschulden handelte es sich zum einen um die Schulden des Reiches, der Länder und Gemeinden, aber auch von privaten Unternehmen aus der Vorkriegszeit, zum anderen um Verbindlichkeiten aus der Nachkriegswirtschaftshilfe gegenüber den westlichen Alliierten. Reparationsforderungen und das Problem des deutschen Auslandsvermögens blieben ausgeklammert. Nach fast zweijährigen Verhandlungen kam es schließlich zum Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953. Es gelang Abs, die Forderungen der Westalliierten erheblich herunterzuhandeln, was allerdings zum größten Teil auf dem Entgegenkommen der Amerikaner beruhte. Daheim wurde das Ergebnis anfangs dennoch als unerfüllbar angesehen. Die Bundesrepublik sollte in den ersten fünf Jahren je 567 Mio. DM zahlen, sodann 765 Mio., bis die Schulden in Höhe von 7,3 Mrd. DM getilgt waren. Vor allem die Bank deutscher Länder sah die deutsche Zahlungsfähigkeit überfordert. Im Nachhinein wurde deutlich, daß die Bundesrepu-

blik günstig davongekommen war. Aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums konnten die Forderungen z.T. vorzeitig getilgt werden; um 1960 wurde Westdeutschland sogar zum Kapitalexporteur. Dagegen nahm die deutsche Wirtschaft kaum langfristiges Kapital im Ausland auf. Das Londoner Schuldenabkommen trug aber, wie Abs vorhergesehen hatte, entscheidend zur Festigung des Ansehens der jungen Bundesrepublik in der Welt bei.

III

Nach den Londoner Verhandlungen befand sich Abs auf dem Höhepunkt seines Ansehens. 1954 wurde er als Anwärter auf den Posten des Außenministers gehandelt. Im selben Jahr hielt er - und nicht Ludwig Erhard - das wirtschaftspolitische Hauptreferat auf dem Kölner Parteitag der CDU. Seither galt er als graue Eminenz der Bonner Politik - was die Zeitgenossen fesselte und seinen Nachruhm begründete.

Abs' Wirken als Politikberater ist zugleich die Geschichte seiner Beziehung zu Konrad Adenauer. Wahrscheinlich ist, daß sie sich schon in Abs' Kölner Zeit begegnet waren, möglicherweise kamen sie 1940 in engeren Kontakt miteinander. Anderen Angaben zufolge brachte sie nach 1945 Robert Pferdmenges, Kölner Bankier, Adenauer-Freund und CDU-Bundestagsabgeordneter, enger zusammen. Abs selbst bestritt, jemals Mitglied der CDU gewesen zu sein. Ohne ein Staatsamt oder einen Posten in der CDU zu bekleiden, gehörte er zu den einflußreichsten Personen im Hintergrund des Bonner Regierungsbetriebes. Wer Akten zur Wirtschafts- und Finanzpolitik studiert, wird erstaunt sein, zu wie vielen Besprechungen "hinter den Kulissen" er hinzugezogen wurde, wie oft Adenauer seine Minister anwies, diese oder jene Frage mit ihm zu besprechen, wie aufmerksam in den Ministerien seine Äußerungen registriert wurden. Zwar war das wirtschaftspolitische Entscheidungszentrum die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, doch lag die Beschlußfassung dort oft in den Händen weniger Experten, die sich in kleinem Kreis mit Ministerialbeamten, Verbändevertretern und Vertrauten des Kanzlers, wie eben Abs oder Pferdmenges, berieten.

Wie groß sein Einfluß auf die Wirtschaftspolitik tatsächlich war, ist schwer zu beurteilen. Bei der Vielzahl der Materien, zu deren Beratung er hinzugezogen wurde, drängt sich der Eindruck auf, daß Adenauer oft nur Wert darauf legte, einen Mann seines Vertrauens

in der Nähe zu haben. Abs bestimmte die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik deshalb ebensowenig, wie er die Geschäftspolitik eines Unternehmen diktierte, nur weil er dort im Aufsichtsrat saß. Hinzu kam, daß die Unternehmerschaft sich selten einig war, und Abs' Ansicht nicht als Meinung "der Wirtschaft" gelten konnte.
Öffentliche Aufmerksamkeit war ihm vor allem dann sicher, wenn er mit Ludwig Erhard zusammenstieß. Im Gegensatz zu Erhard setzte sich Abs stets dafür ein, die Fähigkeit der Industrie zur Selbstfinanzierung zu stärken. In der Auseinandersetzung um die Investitionshilfe mußte der widerstrebende Wirtschaftsminister nachgeben. Für die Bestrebungen zur Reform des Aktienrechts und zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer hatte Abs wenig Verständnis. Die Bestimmung des Aktiengesetzes von 1965, die die Zahl der Aufsichtsratsmandate pro Person auf zehn beschränkte, wurde als die zweite "Lex Abs" bekannt. Typisch war, daß Adenauer den Gesetzentwurf Erhards zur Privatisierung des VW-Werks 1957 sogleich Abs zur Begutachtung zusandte. Dieser erhob Einwände gegen die Bestimmungen, die einen Einfluß der Banken auf das privatisierte Unternehmen ausschließen sollten, und erreichte schließlich ihre Streichung. In all diesen Fragen vertrat er die Interessen der Großbanken und der mit ihnen verbundenen Industrie. In der Auseinandersetzung um die Montanmitbestimmung 1950/51 hatte er sich dagegen als politisch denkender Bankier erwiesen und die Kompromißlinie Adenauers gegen Hardliner im Unternehmerlager unterstützt.
Am umstrittensten ist Abs' heftiger, wenn auch erfolgloser Widerstand gegen die D-Mark-Aufwertungen 1961 und 1969. Er vertrat in diesen Auseinandersetzungen die Interessen der Exportindustrie. Seine Argumentation war nicht frei von Widersprüchen. Man hat den Eindruck, daß Abs immer noch in den Begriffen des Goldstandards dachte, unter dessen Herrschaft er aufgewachsen war. Hinzu kam die schuldrechtliche Betrachtungsweise des Bankiers. Eine Aufwertung bedeutete in seinen Augen, den Schuldner (Defizitland), der über seine Verhältnisse lebte, zum Schaden des Gläubigers (Überschußland) dadurch zu belohnen, daß man ihm die Tilgung der Schulden erließ. Anders als 1961 hatte Abs im Aufwertungsstreit von 1969 die Bundesbank nicht mehr auf seiner Seite. Doch gelang es ihm, Bundeskanzler Kiesinger und Finanzminister Strauß mit seinen Argumenten so zu beeindrucken, daß sie sich bis zur Bundestagswahl gegen eine Aufwertung wandten. Ihm kam der - als politischer Faktor nicht zu unterschätzende - ungeheure Respekt zugute, die der erfolgreiche Unternehmer in "bürgerlichen"

Parteien genießt, aber wohl auch das ebenso verbreitete Mißverständnis, ein großer Bankier müsse zwangsläufig auch Währungsexperte sein. Wirtschaftsminister Schiller machte die Stabilität der Währung zum Wahlkampfthema und gewann der SPD so möglicherweise die entscheidenden Stimmen zum Sieg ("Schiller-Wähler").

In der Frage der D-Mark-Aufwertungen von 1961 und 1969 war Abs' Position sachlich unhaltbar. Doch wird man seinem Standpunkt aus heutiger Sicht ein gewisses Verständnis nicht versagen können. Nach dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods, das er verteidigte, zeigten sich sehr bald die Nachteile flexibler Wechselkurse für die Integration der Weltwirtschaft, vor denen er immer gewarnt hatte. Abs befürwortete ein System fester Wechselkurse. Er schätzte den französischen Währungsfachmann Jaques Rueff, der eine Rückkehr zum Goldstandard forderte. (Eine europäische Währungsunion, die Rueff ebenfalls anstrebte, konnte sich Abs allerdings nur als Schlußpunkt eines wirtschaftlichen und politischen Annäherungsprozesses vorstellen.)

Nachdem Abs in der Aufwertungsdebatte von 1961 Erhard unterlegen war, verschlechterte sich ihr Verhältnis zusehends. Vielleicht wollte Abs auch Adenauer im Kampf gegen den ungeliebten Nachfolger unterstützen. Nach 1963 wurden seine weithin publizierten Sottisen gegen den glücklosen Kanzler immer bissiger, und er trug nicht wenig dazu bei, das Vertrauen der Wirtschaft in die Regierung Erhard zu untergraben. Doch wäre es übertrieben, ihn zum großen Gegenspieler Erhards hochzustilisieren. Nach den vorliegenden Zeugnissen erscheint zweifelhaft, ob der Bankier über einen wirklichen Gegenentwurf zur Erhardschen Politik verfügte. Es überwog doch eher die punktuelle Intervention zugunsten von Partikularinteressen, wobei Abs im Zweifelsfall sicher mehr zu Regulierung, Verständigung und Paternalismus neigte als zu Konkurrenz, ordnungspolitischer Prinzipientreue und Laissez-faire. Vor allem aber lagen beide keineswegs ständig im Streit miteinander. Als Bankier und Leiter eines weltweit operierenden Instituts war Abs grundsätzlich an einem freien Kapitalmarkt und einer offenen Weltwirtschaft interessiert, wie sie Erhard anstrebte. So ergaben sich auch Ansätze für gemeinsames Handeln, etwa beim Kampf gegen das Kapitalmarktförderungsgesetz von 1952 mit seinem massiven Steuerdirigismus zugunsten des Wohnungsbaus. Dagegen trat Abs gegen Bedenken Erhards für das Konzept der kleineuropäischen Integration ein, ohne aber die Liberalisierung auf

globaler Ebene aus dem Auge zu verlieren. Sein Leitbild scheint immer die Weltwirtschaft der Zeit vor 1914 gewesen zu sein.

IV

Von einem streng marktwirtschaftlichen Standpunkt aus muß Abs' Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik als wenig glücklich bewertet werden. Kaum untersucht sind hingegen seine Leistungen im Bankgeschäft. Die Alliierten hatten sich 1945 die Zerschlagung der Großbanken zum Ziel gesetzt. Der geplante Prozeß gegen sie kam allerdings nicht zustande. Die Filialen in den Westzonen konnten nach kurzer Unterbrechung ihre Tätigkeit wiederaufnehmen. Eine zentrale Leitung bestand formell nicht mehr. 1947 und 1948 ordneten die Besatzungsmächte die Aufspaltung der Großbanken in regionale Teilinstitute an. Anstelle der Deutschen Bank gab es nun zehn Regionalbanken. Unter Leitung von Abs hielten die alten Vorstandsmitglieder und die Leiter der Teilinstitute engen Kontakt und stimmten ihr Vorgehen miteinander ab. Die von Abs angestrebte Rekonstruktion der Deutschen Bank vollzog sich schrittweise. 1952 wurden drei Nachfolgeinstitute gebildet, die Norddeutsche, die Rheinisch-Westfälische und die Süddeutsche Bank AG. Abs übernahm den Vorstandsvorsitz der Süddeutschen Bank. 1957 fand dann die "Wiedervereinigung" der Deutschen Bank statt.

Abs leitete die Deutsche Bank bis 1967 als Vorstandssprecher, übernahm anschließend den Aufsichtsratsvorsitz und wurde 1976 Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats. Seine besonderen Anstrengungen galten der Wiederherstellung des Auslandsgeschäfts. In den sechziger Jahren verhinderte er allerdings, daß sich die Deutsche Bank ein Stück von dem schnell expandierendem Euro-Dollar-Markt, dem Markt für "vagabundierendes Kapital", abschnitt. Hier war er offensichtlich - wie in der Währungspolitik - in traditionellen Vorstellungen befangen. Eher mag überraschen, daß er auch der Ausdehnung des Privatkundengeschäfts, der eigentlichen "Revolution" im deutschen Bankwesen der Nachkriegszeit, anfangs skeptisch gegenüberstand. Ob von ihm entscheidende Anstöße für die Förderung des Investmentsparens ausgingen - er rühmte sich dessen später -, muß zumindest bezweifelt werden. Abs beherrschte virtuos das traditionelle Geschäft des Bankiers, seine Stärken lagen im Verhandeln, Vermitteln und im Entwickeln von Problemlösungen - ein innovativer, dynamischer Unternehmer scheint er nicht

gewesen zu sein. Er ist damit aber nicht untypisch für ein Paradox der westdeutschen Wirtschaftsgeschichte: Die "Macher" des Wiederaufbaus waren vielfach überkommenen Grundsätzen verhaftet, orientierten sich an Leitbildern der Vergangenheit, sie waren alles andere als Umstürzler oder Visionäre. In dieser Hinsicht könnte man Abs mit Finanzminister Schäffer vergleichen, der mit einer nach den Vorstellungen der zeitgenössischen Wissenschaft hoffnungslos unmodernen Finanzpolitik dennoch überragende Erfolge erzielte.

Abs' Anziehungskraft auf die Mitwelt ließ mit seinem Ausscheiden aus dem Vorstand nicht nach. Mit dem Alter wuchs seine Berühmtheit noch. Im öffentlichen Leben trat er seit 1970 zunehmend als Mäzen in Erscheinung. Seine Auftritte waren wohlberechnet, sein Rat war weiterhin gefragt, seine Bonmots wurden wie früher registriert und verbreitet. 1982 wurde er noch einmal auf seinem angestammten Gebiet tätig. Auf Vermittlung des Kölner Kardinals Höffner erarbeitete er Vorschläge zur Neuordnung der vatikanischen Finanzen, die nach spektakulären Skandalen ins Gerede gekommen waren. Abs starb am 5. Februar 1994 in Bad Soden.

V

Hermann Josef Abs faszinierte nicht in erster Linie als Vertreter einer Gruppe, sondern durch die Magie seiner Persönlichkeit. Er brauchte die Öffentlichkeit in einer Zeit nicht zu scheuen, in der mediengerechtes Auftreten noch nicht unbedingt zu den Qualifikationen von Managern und Politikern gehörte. Obgleich formvollendet, war er unprätentiös. Er konnte mit Menschen aus allen sozialen Schichten umgehen. Seine Schlagfertigkeit, aber auch eine rheinische Frechheit, die besonders bei Rededuellen mit Hauptversammlungsopponenten aufblitzte, deuteten an, daß er sich auch als Gentleman durchzusetzen wußte. Seine hohe Statur kam ihm dabei zugute. Abs' Arbeitskraft und sein Gedächtnis waren legendär. Ein eingespielter Mitarbeiterstab und eine ausgefeilte Logistik erleichterten ihm die Wahrnehmung so vieler Ämter. Er behauptete, nie eine Aufsichtsratssitzung versäumt zu haben.

Abs' Gestalt und seine Rolle im öffentlichen Leben werden aber nicht nur aus persönlichen Gründen unerreicht bleiben. Er war der Repräsentant einer Ordnung, in der die Banken, seit dem letzten Jahrhundert eng verflochten mit der Schwerindustrie und an der Schnittstelle zwischen Staat und Wirtschaft, eine Schlüsselposition

einnahmen. An der Spitze der großen Unternehmen stand eine vielfach miteinander verbundene, teils sogar verwandte Elite, die mörderische Konkurrenz seit jeher scheute. Die fünfziger und sechziger Jahre waren eine Zeit leichter Erfolge. Der Wettbewerb war noch gezähmt, der Strukturwandel verlangsamt. Die gesellschaftlichen Großgruppen setzten auf Verständigung. Unter diesen Bedingungen konnte Abs die Ausübung der Macht, die ihm zufiel, als Erfüllung einer Ordnungsaufgabe interpretieren. Heute gehören die Banken zu den im langfristigen Abstieg begriffenen Branchen. Die Großindustrie hat sich von ihnen emanzipiert und ist einem rapiden Wandel unterworfen. Die Rolle der Bankiers im Wirtschaftsleben wird vielleicht an die Manager internationaler Pensions- und Investmentfonds übergehen. So betrachtet, war Abs auch der Repräsentant einer zu Ende gehenden Epoche.

Anhang

Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur

CARL MOSTERTS

Quellen

Ein Nachlaß Mosterts existiert nicht. Seine Personalakte ist im Archiv des Erzbistums Köln erhalten (Generalia XI 10,7). Reifezeugnis und Abituraufsatz finden sich im Archiv des Gymnasiums Antonianum, Vechta. Im Archiv des Erzbistums Köln (Generalia XXIII 11, 1; XXIII 11, 1 a; XXIII 11, 2) sind einige Sachakten überliefert, die auch Schreiben und Briefe enthalten. Im Archiv des BDKJ und der DJK (Düsseldorf), dem Archiv des Jugendhauses Düsseldorf (Kommission für Zeitgeschichte, Bonn) und dem Archiv des Deutschen Caritasverbandes (Freiburg) werden einzelne Schriftstücke aufbewahrt. Zu Nachrufen in der zeitgenössischen Presse, Trauerreden und Telegrammen vgl. die Sammlung im Archiv des BDKJ, Düsseldorf A 599, 7.

Schriften

M.' literarischer Nachlaß ist gering. Außer dem Standardwerk "Jünglingsseelsorge" beschränkt er sich auf Aufsätze in Zeitschriften und auf einzelne Kleinschriften.

C. *M.* (Hg.), Handbuch für die Katholiken Düsseldorfs. Düsseldorf 1909. - C. *M.* (Hg.), Der deutschen Jugend Liederschatz. Ein Gesang- und Deklamationsbuch von 270 der schönsten Lieder. Ausgabe B. Düsseldorf ^{9}1912. - Das Laienapostolat der Marianischen Kongregationen. Düsseldorf ^{2}1914. - Die seelsorgliche Vorbereitung auf die Schulentlassung. Vorschläge. Düsseldorf 1916. - Jünglingsseelsorge. Ziel und Aufgaben einer planmäßigen Seelsorge für die herangewachsene männliche Jugend. Freiburg i.Br. 1920, $^{2-4}$1923. - Die Verbandszentrale der katholischen Jünglingsvereinigungen Deutschlands in ihren ersten zehn Jahren. Düsseldorf 1918 (= Korrespondenzblatt für kath. Jugendpräsides (23) 1918, S. 9 ff.). - Verband der katholischen Jünglingsvereinigungen Deutschlands, in: H. *Siemering* (Hg.), Die deutschen Jugendpflegeverbände. Berlin 1918, S. 132 ff. - Entstehung, Entwicklung und Ziel der katholischen Jugend- und Jungmännervereine Deutschlands, in: Der Jugendverein 12 (1921), S. 50 ff. - Ziel und Grenzen des Ausschusses der deutschen Jugendverbände, in: Ratgeber für Jugendvereinigungen 16 (1922), S. 125 ff. - Unser Ziel. Aus dem Erleben und Erarbeiten unserer beiden ersten Verbandstage, hg. vom *Verbande der kath. Jugend- und Jungmännervereine Deutschlands*. Düsseldorf 1922, S. 80 ff., 109 ff. - C. *M.*, Die tieferen Werte des Ausschusses der deutschen Jugendverbände, in: Ratgeber für Jugendvereinigungen 18 (1924), S. 3 ff. - Bis Blankenburg. Eine Entwicklungsübersicht des Ausschusses der deutschen Jugendverbände, in: H. *Maaß* (Hg.), Vom Kulturwillen der deutschen Jugend. Berlin 1925, S. 1 ff. - Dreißig Jahre Jungmännerverband 1896-1926, in: Ziel und Aufgabe im Katholischen Jungmännerverband Deutschlands nach den beiden Verbandstagen von Fulda und Essen. Düs-

seldorf 1926, S. 315 ff. - Weitere Beiträge M.' sind v. a. in den von ihm bzw. der Verbandszentrale herausgegebenen Zeitschriften erschienen: Korrespondenzblatt für kath. Jugendpräsides, Jugendführung, Der Jugendverein, Deutsche Jugendkraft, Die Wacht, Am Scheidewege, Stimmen der Jugend.

Literatur

25 Jahre Verband. 300 Jahre katholischer Jugend- und Jungmänner-Verein. Düsseldorf 1921. - C. M. und die religiöse Jugendbildung. Sonderheft 11/12 des Korrespondenzblattes für kath. Jugendpräsides 30 (1926), S. 193 ff. - J. *Mosmann*, M., in: Staatslexikon Bd. 3. Freiburg i.Br. [5]1929, Sp. 1430-1431. - L. *Wolker*, M., in: Lexikon der Pädagogik der Gegenwart Bd. 2. Freiburg i.Br. 1932, Sp. 425 f. - C. M. zum Gedächtnis. Düsseldorf 1936. - W. *Bokler*, Seelsorger der Jugend (Altenberger Dokumente 5). Düsseldorf 1955. - F.J. *Wothe*, C. M. Ein Leben für die Jugend. Kevelaer 1959. - M. *Söll* (Hg.), Geist und Wesen der DJK. Reden und Aufsätze von Prälat M. und Prälat Wolker in der Deutschen Jugendkraft. Düsseldorf 1960. - M., Wolker, Schreeb. Antworten auf ihre Zeit, hg. vom *Bundesvorstand des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend* und der *Bischöflichen Arbeitsstelle für Jugendseelsorge*. Düsseldorf 1976. - P. *Hastenteufel*, Gartenstuhl und Stahlrohrsessel, in: K. *Wuchterl* (Hg.), Der Vergangenheit eine Zukunft. 75 Jahre Jugendhaus Düsseldorf. Düsseldorf [2]1985, S. 8 ff. - A. *Brecher*, Dr. theol. Josef Drammer 1851-1929. Pfarrer von St. Peter in Aachen. Begründer und erster Generalpräses des katholischen Jungmännervereins, in ZAGV 94/95 (1987/88), S. 341-424. - P. *Hastenteufel*, Katholische Jugend in ihrer Zeit. 2 Bde. Bamberg 1988/1989. - W. *Stump*, M., in: S. *Koß*/W. *Löhr* (Hg.), Biographisches Lexikon des KV. Teil 2. Schernfeld 1993, S. 91 f.

JOSEF WIRMER

Literatur

E. *Nebgen*, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer. Stuttgart 1967. - R. *Lill*, J. W. (1901-1944), in: R. *Lill*, H. *Oberreuter*, 20. Juli. Portraits des Widerstands. Düsseldorf 1984, S. 335-347; ferner in: Deutsche Patrioten in Widerstand und Verfolgung. Ein Gedenkbuch der Stadt Paderborn, hg. von F.G. *Hohmann*. Paderborn 1986, S. 39-50. - G. *Ritter*, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Neuausgabe Stuttgart 1984. - "Spiegelbild einer Verschwörung". Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli in der SD-Berichterstattung, hg. von H.A. *Jacobsen*. 2 Bde., Neuaufl. Stuttgart 1984. - J. W., hg. von *KStV Flamberg-Bonn*. Privatdruck 1986. - J. W., ein Gegner Hitlers. Aufsätze und Dokumente (= Schriftenreihe des Museumsvereins Warburg 3). Warburg 1989. - J. W., ein Gegner Hitlers. Begleitband zur Gedenkausstellung, hg. vom *Museumsverein Warburg*. Warburg 1989. - M.F. *Feldkamp*, J. W., in: Biographisches Lexikon des KV, hg. von W. *Löhr* u.a. (= Revocatio Historiae 4). Schernfeld 1994, S. 125 f.

Ich danke Frau Maria Hermes und Frau Johanna von Bennigsen-Foerder für Hinweise und das zur Verfügung gestellte Material. Weitere Materialien im

Historischen Archiv der Stadt Köln (Nachlaß Wilhelm Marx) sowie im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, Potsdam (Personal- und Prozeßakten).

FERDINAND VON LÜNINCK

Quellen

Der umfangreiche Nachlaß Lüninck befindet sich im Familienarchiv in Haus Ostwig, bei Bestwig, und konnte für diesen Beitrag ausgewertet werden. Daneben sind die Bestände des Oberpräsidiums im Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv Münster von Bedeutung sowie Überlieferungen in verschiedenen westfälischen Adelsarchiven, die über das Westfälische Archivamt in Münster zugänglich sind.

Literatur (Auswahl)

M.-Th. *Freifrau von Fürstenberg*, Erinnerungen an meinen Vater F. Freiherr v. L. Ostwig, Privatdruck, 1980/81. - G. *Clemens*, Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik. Mainz 1983. - H.-A. *Jacobsen* (Hg.), Spiegelbild einer Verschwörung, Bd. 1. Stuttgart 1984. - H. *Gründer*, Rechtskatholizismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Rheinlande und Westfalens, in: Westfälische Zeitschrift 134 (1984), S. 107-155. - U. *Wilmes*, Katholisch-konservativer Adel Westfalens nach 1918 - dargestellt am Beispiel der Gebrüder F. und Hermann v. L. (ungedr. Staatsprüfungsarbeit für das Lehramt). Münster 1987. - U. *Heinemann*, Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli. Berlin 1990. - E. *Klausa*, Vom Bündnispartner zum "Hochverräter". Der Weg des konservativen Widerstandskämpfers F. Freiherr v. L., in: Westfälische Forschungen 43 (1993), S. 530-571.

HEINRICH IMBUSCH

Quellen

Es existieren zwei Nachlaßteile, von denen sich der eine im Archiv der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf, der andere im Archiv der IG Bergbau und Energie in Bochum (samt Kopien des Düsseldorfer Teils) befindet. Im Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf liegt im Bestand "Gestapo RW 58" eine relativ umfangreiche Akte zu Heinrich Imbusch.

Schriften (Auswahl)

Ist eine Verschmelzung der Bergarbeiter-Organisationen möglich? Essen 1906. - Arbeiterverhältnis und Arbeiter-Organisationen im deutschen Bergbau. Essen 1908 (Nachdr. Bonn 1980). - Das deutsche Knappschaftswesen. Köln 1910 (2. Aufl. Saarbrücken 1934). - Die grundsätzliche Stellung des Gewerkvereins

christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Rede gehalten auf der 13. Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter zu Köln am Rhein. Essen 1911. - Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter im neuen Deutschland. Eine Rede. Essen 1919. - Die Brüder I., in: 25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung 1899-1924. Berlin 1924, S. 194-204. - Die Ordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Rede auf dem 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Dortmund. Berlin 1926. - Für Freiheit, Gerechtigkeit und Fortschritt. Vortrag gehalten am 10. Januar 1932 in Essen. Essen 1932. - Verstaatlichung des Bergbaus. Vortrag gehalten am 7. Februar 1932 in Essen. Essen 1932.

Literatur

E. *Schmidt*, H. I., ein christlicher Gewerkschafter und sein Schicksal, in: *Ders.*, Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945. Frankfurt a.M. ^{2}1980, S. 111-120. - K. *Tenfelde*, H. I.: Einführung in Leben und Werk, in: H. *I.*, Arbeitsverhältnis und Arbeiter-Organisationen im deutschen Bergbau. Essen 1908 (Nachdr. Bonn 1980), S. V-XXXVIII. - M. *Schäfer*, H. I., Christlicher Gewerkschaftsführer und Widerstandskämpfer. München 1990. - *Ders.*, H. I. Christlicher Gewerkschaftsführer und Politiker, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 33 (1991), S. 536-546. - *Ders.*, Das Milieu der katholischen Arbeiter im Ruhrgebiet (1890-1914), in: D. *Kift* (Hg.), Kirmes - Kneipe - Kino. Arbeiterkultur im Ruhrgebiet zwischen Kommerz und Kontrolle (1850-1914). Paderborn 1992, S. 196-225.

JOHANNES GRONOWSKI

Quellen

Ein zusammenhängender Nachlaß Gronowskis existiert nicht. Im Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf und im Staatsarchiv Münster befinden sich Teilüberlieferungen, die das politische Wirken Gronowskis bis 1933 und dann wieder nach 1945 nur begrenzt dokumentieren. Einen gewissen Ersatz bilden die Bestände des Oberpräsidiums im Staatsarchiv Münster, des CDU-Landesverbandes Westfalen im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf bzw. im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin sowie die gedruckten Reden Gronowskis im Preußischen Abgeordnetenhaus bzw. im Preußischen Landtag. Einzelne Artikel und Hinweise enthalten auch die Katholische Verbands- und Tagespresse. - Selbstbiographie, in: Wille und Werk, hg. von der *Katholischen Arbeiterbewegung*. Dortmund 1952.

Literatur (Auswahl)

J. *Joos*, So sah ich sie. Menschen und Geschehnisse. Augsburg 1958, S. 33-37. - K. *Gruna*, J. G., in: Politik und Landschaft, hg. von W. *Först*. Köln 1969, S. 162-168. - K. *Teppe*, J. G. (1874-1958) Arbeitersekretär - Oberpräsident - Parteiführer, in: Westfälische Zeitschrift 129 (1979), S. 117-144. - *Ders.*, Die Oberpräsidenten der Provinz Westfalen 1919-1945, in: Mentalitä-

ten und Lebensverhältnisse. Festschrift für Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag. Göttingen 1982, S. 260-274.

MARGARETE SOMMER

Quellen

Der im Sommer 1995 verstorbene Berliner Arzt Dr. Heinrich Herzberg hat ein Manuskript über Leben und Wirken von Margarete Sommer erarbeitet, das derzeit für den Druck vorbereitet wird. Es stand der Autorin - mit Einwilligung von Heinrich Herzberg - zur Verfügung. Der Nachlaß des "Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat" befindet sich im Diözesanarchiv des Erzbistums Berlin. Berichte des Hilfswerks bzw. Margarete Sommers sind dokumentiert in: L. *Volk* (Hg.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche, Bd. 5 und 6, Mainz 1983-1985.

Literatur

E. *Klausener*, M. S. (1893-1965), in: Miterbauer des Bistums Berlin, hg. von W. *Knauft*. Berlin 1979, S. 153-179. - M. *Phayer*, Catholic Resistance: M. S. and Germany's Jews, in: Protestant and Catholic Women in Nazi Germany. Detroit 1990, S. 204-224. - A. *Leugers*, Widerstand oder pastorale Fürsorge katholischer Frauen im Dritten Reich? Das Beispiel Dr. M. S. (1893-1965), in: I. *Götz von Olenhusen* u.a., Frauen unter dem Patriarchat der Kirchen. Stuttgart 1995, S. 161-188.
Publikationen zur Arbeit des Hilfswerks: "Die Kirche hat geholfen. Was das 'Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat' für Juden und 'nichtarische' Christen tat", in: Petrusblatt, Katholische Kirchenzeitung Bistum Berlin, 17. Jg., Nr. 24 vom 11.6.1961. - Dr. M. S.+, in: Petrusblatt Nr. 27 vom 4.7.1965. - M. S., in: *Die Bistümer, Erzbischöflichen und Bischöflichen Kommissariate der Deutschen Demokratischen Republik* (Hg.), Jahr des Herrn 1967. Katholisches Hausbuch. Leipzig 1966, S. 423-427. - W. *Knauft*, Unter Einsatz des Lebens. Das Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin für katholische "Nichtarier" 1938-1945, hg. vom *Bischöflichen Ordinariat Berlin* (West) 1988. - "Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin. Im Einsatz für Opfer der NS-Rassenideologie", in: St. Hedwigsblatt. Katholisches Kirchenblatt im Bistum Berlin, 35. Jg., Nr. 42 vom 16.10.1988 und Nr. 46 vom 13.11.1988.

HELENE WESSEL

Quellen

Der Nachlaß von Helene Wessel befindet sich im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, die auch Unterlagen über die Gesamtdeutsche Volkspartei aufbewahrt. Die Akten der Deutschen Zentrumspartei für die Zeit nach 1945 befinden sich im Nordrhein-Westfälischen Staatsar-

chiv Münster. Reden von Helene Wessel sind gedruckt in den Stenographischen Berichten des Preußischen Landtags 1928-1933, des Landtags von Nordrhein-Westfalen 1946-1950, des Parlamentarischen Rates 1948/49 und des Deutschen Bundestags 1949-1953 und 1957-1969.

Schriften

Lebenshaltung aus Fürsorge und Erwerbstätigkeit. Eine Untersuchung des Kostenaufwandes für Sozialversicherung, Fürsorge und Versorgung im Vergleich zum Familieneinkommen aus Erwerbstätigkeit. Dortmund 1931. - Bewahrung - nicht Verwahrlosung. Eine eugenische und fürsorgerische Notwendigkeit. Berlin 1934. - Der Weg der deutschen Demokratie. Hattingen 1946. - Von der Weimarer Demokratie zum demokratischen Volksstaat. Essen 1947. - Die gegenwärtige Lage der Weltpolitik und die Gesamtdeutsche Frage. Vortrag, gehalten auf der Kundgebung der Gesamtdeutschen Volkspartei am 11. März 1953 in Frankfurt a.M. Dortmund o.J.

Literatur

W. *Henkels*, Zeitgenossen. Hamburg 1953, S. 236-239. - *Ders.*, 99 Bonner Köpfe. Düsseldorf 1963, S. 317-319. - A. *Dertinger*, "Mit der alten Fahne in die neue Zeit". H.W., Vorsitzende der Zentrumspartei, in: *Dies.*, Frauen der ersten Stunde. Bonn 1989, S. 227-239. - E. *Friese*, H. W. (1898-1969). Von der Zentrumspartei zur Sozialdemokratie. Essen 1993.

KARL THEODOR FREIHERR VON UND ZU GUTTENBERG

Quellen

Seine Bundestagsreden sind gedruckt in den Stenographischen Berichten der Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 3. bis 6. Wahlperiode 1961-1972, zahlreiche Aufsätze u.a. in den Zeitschriften "Die Politische Meinung" und "Politisch-Soziale Korrespondenz". Insgesamt 39 Aufsätze, Reden, Vorträge und Interviews aus den Jahren 1959 bis 1970 enthält der Sammelband "Im Interesse der Freiheit" (1970). Eine Mikrofiche-Kopie seines Nachlasses befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz.

Schriften

Wenn der Westen will. Plädoyer für eine mutige Politik. Stuttgart 1964, ^{2}1965. - Die Wiedervereinigung und europäische Mitte, in: Osteuropa und die Hoffnung auf Freiheit, hg. von A. *Domes*. Köln 1967, S. 129-137. - Die Zukunft Europas. Wirtschaftliche, politische und weltanschauliche Aspekte. K.Th. Freiherr von G. antwortet Heinz Philipp Platz. Düsseldorf 1970. - Im Interesse der Freiheit, hg. von P. *Pucher*. Vorwort von F.J. *Strauß*. Stuttgart ^{2}1970. - Zusammen mit W. *Marx*, "Gewaltverzicht" in sowjetischer Sicht. Die sowjetische Interpretation der mehrdeutigen Begriffe in der Absprache Bahr-Gromyko vom 22. Mai 1970, hg. von der *CDU/CSU-Fraktion des Deutschen*

Bundestages. Bonn (²1970). - Fußnoten. Stuttgart 1971. - Die neue Ostpolitik. Wege und Irrwege. Osnabrück 1971, ²1972. - Befriedigende Regelung für Berlin?, in: Zeitschrift für Politik NF 19 (1972), S. 20-31. - Nachwort, in: A. *Springer*, Von Berlin aus gesehen, hg. von H. *Wallenberg*. Stuttgart 1972, S. 292-295.

Literatur

W. *Henkels*, 99 Bonner Köpfe. Düsseldorf 1963 (u.ö.), S. 114-117. - P. *Pucher*, Freiherr zu G. Ein politisches Porträt. Freudenstadt 1971. - B. *Kaff*, K.Th. Freiherr zu G., in: Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland, hg. von W.L. *Bernecker* und V. *Dotterweich*. Bd. 1. Göttingen 1982, S. 167-175. - E. *zu Guttenberg*, Beim Namen gerufen. Erinnerungen [der Mutter K.Th. zu G.s]. Berlin 1990. - R. *Morsey*, Die Vorbereitung der Großen Koalition von 1966, in: Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, hg. von J. *Kocka* u.a. München 1994, S. 462-478.

ERNST FÖHR

Quellen

Nachlaß im Erzbischöflichen Archiv Freiburg (Na 73). Chronik von Sölden, angefangen durch Pfarrverweser Prälat Dr. Föhr (maschinenschriftl. Abschrift im Besitz von Franz Kern).

Schriften

Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Waldarbeiter im badischen Schwarzwald unter besonderer Berücksichtigung der durch Krieg und Revolution gewordenen Verhältnisse. Eine sozial-politische Studie. Diss. Freiburg 1920. - Kulturkämpferei und Kulturpolitik. Karlsruhe 1925. - Badische Steuer-Reform 1926. Karlsruhe 1926. - Bekenntnisschule oder Simultanschule in Baden? Karlsruhe 1927. - Das Konkordat zwischen dem Hl. Stuhl und dem Freistaate Baden vom 12. Oktober 1932. Hg. und mit Einführung und Anmerkungen versehen. Freiburg 1933. - Geschichte des badischen Konkordats. Freiburg 1958. - Kirche und Pfarrei St. Johann Baptista zu Freiburg/Br. Erolzheim 1958. - Joseph Schofer, in: Der Sasbacher 1965. - Kirchliche Bautätigkeit unter Erzbischof Dr. H. Schäufele, in: Konradsblatt 50 (1966), Nr. 46. - Naturwissenschaftliche Weltsicht und christlicher Glaube. Freiburg 1974.

Literatur

W. *Guldenfels*, Zur Erinnerung an Prälat Dr. E. F., in: Der Sasbacher 1976, S. 184 ff. - M. *Plate*, E. F. 1892-1976, in: Anzeiger für die katholische Geistlichkeit 86 (1977), S. 18-20. - F. *Kern*, E. F., in: Freiburger Diözesan-Archiv 102 (1982), S. 139-148. - P.-L. *Weinacht* und T. *Mayer*, Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden, Sigmaringen 1982. - F. *Kern*, Generalvikar E. F. zum 100. Geburtstag, in: Konradsblatt 76 (1992),

Nr. 16, S. 13. - *Ders.*, E. F., in Baden-Württembergische Biographien, hg. von B. *Ottnad*, Bd. I. Stuttgart 1994, S. 89 ff.

JOSEF MÜLLER

Quellen

Der Nachlaß Müllers liegt im Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) der Hanns-Seidel-Stiftung in München. Die stückweise Abgabe durch Müllers Tochter seit 1989 ist noch nicht abgeschlossen. Im Institut für Zeitgeschichte in München befindet sich der Bestand "Aktenstücke Josef Müller" (ED 92), Laufzeit 1947-1956. Aussagen und Interviews von Müller liegen ebd. auch in verschiedenen Signaturen des Bestandes "Zeugenschrifttum" vor: z.B. ZS A/31, ZS 656, 659, 1986, 2424. Im Militärhistorischen Archiv der Stadt Prag liegt die Anklageschrift gegen Josef Müller vor dem Kriegsgericht (35 S.).
Neben den Verhandlungen des Bayerischen Landtags, den Stenographischen Berichten über die Verhandlungen der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung sowie den Niederschriften der Tagungen des Bayerischen Beratenden Landesausschusses finden sich Reden und Äußerungen von M. in folgenden Quelleneditionen: Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung, hg. von K.-D. *Henke* und H. *Woller* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48). Stuttgart 1984. - R. *Salzmann* (Bearb.), Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947-1949 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 13). Düsseldorf 1988. - Die Unionsparteien 1946-1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden, bearb. von B. *Kaff* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 17). Düsseldorf 1991. - Die CSU 1945-1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union, hg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte von B. *Fait* und A. *Mintzel* unter Mitarbeit von Th. *Schlemmer*. 3 Bde. München 1993.

Schriften

Das gemeinsame Ziel. Deutschland und die Union. Die Berliner Tagung 1946. Reden und Aussprache. Berlin 1946, S. 36-38. - Maximen der Unionspolitik, in: Unsere soziale Revolution (= Fragen der Zeit. Schriftenreihe der Christlich-Sozialen Union Bayerns 5). München 1948, S. 3-7. - Der Kampf um die Landeshauptstadt: Neun Jahre CSU München, in: Politisches Jahrbuch der CSU, hg. von der *Christlich-Sozialen Union in Bayern*, 1 (1954), S. 200-203. - "Wer eine Chronik schreibt, muß die Gegenwart wichtig nehmen". Festansprache anläßlich der Gründung der Christlich-Sozialen Union vor 10 Jahren, gehalten auf dem 12. Landesparteitag am 23. Oktober 1955 in München, in: Geschichte einer Volkspartei, S. 477-492. - Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit. München 1975. - Dr. J. M. zum 80. Geburtstag, 27. März 1978. Darin: Festansprachen Ms. zum zehnjährigen und zum 25jährigen Bestehen der Christlich-Sozialen Union, hg. von der *CSU-Landesleitung*.

Literatur

J. H. *Mauerer*, Aus dem Leben und dem politischen Wirken des Dr. J. M. (Ochsensepp) 1945-1965 (= Historisch-Politische Schriftenreihe des Neuen Presseclubs München · Bayerische Profile 4). München 1967. - A. *Haußleiter*, Der Sturz des "Ochsensepp", in: M. *Schröder* (Hg.), Bayern 1945: Demokratischer Neubeginn. Interviews mit Augenzeugen. München 1985, S. 89-104. - K. *Köhler*, Der Mittwochskreis beim "Ochsensepp": Die Union wird geboren, in: M. *Schröder* (Hg.), ebd., S. 67-87. - F. H. *Hettler*, J. M. ("Ochsensepp"). Mann des Widerstandes und erster CSU-Vorsitzender. München 1991. - J. *Ludwig*, Kratzen an einer Legende: Die Eidenschink-Konsorten und der "Ochsensepp". Ein ergänzender Bericht zu einem "Widerstandskämpfer", der nach 1945 Politik macht, in: *Ders.*, Boykott-Enteignung-Mord. Die "Entjudung" der deutschen Wirtschaft. München 1992, S. 87-103. - Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, hg. von der *Hanns-Seidel-Stiftung* (= Sonderausgabe der Politischen Studien). München 1995. - B. *Fait*, Die Anfänge der CSU 1945-1948. Der holprige Weg zur Erfolgspartei. München 1995.

JOSEPH KARDINAL HÖFFNER

Quellen

Der Nachlaß von J.H. befindet sich im Historischen Archiv des Erzbistums Köln. Ein Schriftenverzeichnis, das sämtliche Veröffentlichungen von 1933-1983 umfaßt, erstellte W. *Weyand*, hg. von der *Erzbischöflichen Diözesan- und Dombibliothek Köln*. Köln 1986. Ergänzungsband 1984-1988. Köln 1989.

Schriften

Soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe. Versuch einer Bestimmung ihres Wesens. Saarbrücken 1935. - Bauer und Kirche im deutschen Mittelalter. Paderborn 1939. - Wirtschaftsethik und Monopole im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert. Jena 1941. - Christentum und Menschenwürde, Das Anliegen der spanischen Kolonialethik im Goldenen Zeitalter. Trier 1947 (verbesserte Auflage unter dem Titel 'Kolonialismus und Evangelium. Spanische Kolonialethik im Goldenen Zeitalter'. Trier ^{2}1969, ^{3}1972). - Christliche Gesellschaftslehre. Kevelaer 1962, ^{8}1983. - Gesellschaftspolitik aus christlicher Verantwortung. J. H. Reden und Aufsätze, hg. von W. *Schreiber* und W. *Dreier*. Münster 1966 (Sonderband 1966 des Jahrbuchs des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften). - Weltverantwortung aus dem Glauben. J. H. Reden und Aufsätze. Zweiter Band, hg. von W. *Dreier*. Münster 1969. - In der Kraft des Glaubens. Ansprachen, Aufsätze, Interviews, Referate, Hirtenbriefe, Predigten des Erzbischofs von Köln aus den Jahren 1969-1986. 2 Bde., hg. von E.J. *Heck*, Freiburg i.Br. 1986.

Literatur

Wissenschaft - Ethos - Politik. Im Dienste gesellschaftlicher Ordnung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. J. H., Bischof von Münster, hg. von W. *Weber*. Münster 1967 (= Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 7/8). - Die Kirche im Wandel der Zeit. Festschrift für J. Kardinal H., hg. von F. *Groner*. Köln 1971. - Der Bischof in seiner Zeit. Festgabe für J. Kardinal H., im Auftrag des Kölner Metropolitankapitels hg. von P. *Berglar* und O. *Engels*. Köln 1986. - Zeugnis des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe. 80. Geburtstag von Kardinal J. H., hg. vom *Presseamt des Erzbistums Köln*. Köln 1987. - Gerechtigkeit und Liebe. J. Kardinal H. Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz 1976-1987, hg. vom *Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz*. Bonn 1987. - Abschied von J. Kardinal H., hg. vom *Presseamt des Erzbistums Köln*. Köln 1987. - E. *Dassmann*, Nachruf auf J. Kardinal H., in: Jahrbuch 1988 der Rheinisch-Westfälischen-Akademie der Wissenschaften. Opladen 1989, S. 41-46. - R. *Henning*, In memoriam J. Kardinal H., in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 29 (1988), S. 11-15. - N. *Trippen*, Hoeffner, (Joseph), cardinal archevêque de Cologne, in: Dictionnaire d'Histoire et de Géographie Ecclésiastique. Bd. 24. Paris 1991, Sp. 728-730. - H.-J. *Joest*, Sara überlebte als Christa. Kardinal H. rettete zwei Jahre zwei Juden vor den SS-Schergen, in: Kirche und Leben (Bistumszeitung Münster) vom 6. Nov. 1994, S. 20.

JOHANN BAPTIST GRADL

Quellen

Der politische Nachlaß Johann Baptist Gradls befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische-Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin bei Bonn.

Schriften

Die Reparations-Sachleistungen von Versailles bis zur BIZ, rer. Pol. Diss. (Masch.). Halle/S. 1930. - Im Interesse der Einheit. Zeugnisse eines Engagements, hg. und eingeleitet von K.W. *Beer*. Stuttgart 1971; 2. erw. Auflage unter dem Titel: Für deutsche Einheit. Stuttgart 1975. - Die Aufgabe bleibt - das Fragezeichen auch, in: R. *Heyen* (Hg.), Die Entkrampfung Berlins oder Eine Stadt geht zur Tagesordnung über. Reinbek bei Hamburg 1972, S. 64-72. - Adenauer und Berlin, in: D. *Blumenwitz*, K. *Gotto*, H. *Maier*, K. *Repgen*, H.-P. *Schwarz* (Hg.), Konrad Adenauer und seine Zeit, Beiträge von Weg- und Zeitgenossen. Bd. 1. Stuttgart 1976, S. 340-366. - Herbert Wehners Beitrag zur Deutschlandpolitik, in: G. *Jahn* (Hg.), Herbert Wehner. Beiträge zu einer Biographie. Köln 1976, S. 156-170. - Stets auf der Suche. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik, hg. von Ch. *Hacke*. Köln 1979. - Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945-1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln 1981. - Deutschland als Aufgabe. Politik und Nationalpädagogik. Reden, Essays und Interviews 1975-1985, hg. und eingel. von Ch. *Hacke*. Köln 1986. - Ein umfassendes Verzeichnis seiner

zahlreichen Schriften und Aufsätze u.a. ist zusammengestellt in den drei Bibliographien: G. *Hahn*, Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU: 1945-1980. Stuttgart 1980. - B. *Krahe*, Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU: 1981-1986; mit Nachträgen 1945-1980. Düsseldorf 1990. - H. *Krengel*/Th. *Schaarschmidt*, Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU: 1987-1990. Düsseldorf 1994.

Literatur

Chr. *Hacke*, Die Wirkung von J.B. G. auf die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Mut zur Einheit. Festschrift für J.B. G. Köln 1984, S. 13-38. - H. *Windelen*, Zum 80. Geburtstag von J.B. G. Ebd., S. 9-12. - Zum achtzigsten Geburtstag von J.B. G., in: Politik und Kultur. Bd. 11. Berlin 1984/2, S. 3-23.

BRUNO HECK

Quellen

Der politische Nachlaß Bruno Heck befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in Sankt Augustin bei Bonn. Seine Parlamentsreden sind gedruckt in den Stenographischen Berichten des Deutschen Bundestages, 3. bis 7. Legislaturperiode. Ansprachen und Vorträge aus seiner Zeit als Bundesminister für Familie und Jugend sind auch im Bulletin der Bundesregierung veröffentlicht worden. Es liegen zwei Sammlungen ausgewählter Reden und Aufsätze vor: B. H., Auf festem Grund. Aufsätze und Reden, hg. von L. *Herrmann*. Stuttgart 1977. - B. H., Grundlagen und Wandel. Aufsätze und Reden 1976 bis 1986, hg. von K. *Gotto*. Osnabrück 1987.

Schriften

Gaius Sallustius Crispius, "Die Verschwörung des Catilina" und "Ciceros erste Rede gegen Catilina", Übersetzung und Nachwort von B. H. Stuttgart 1947. - Die Anordnung der Gedichte bei Gaius Valerius Catullus. Diss. (ungedruckt). Tübingen 1950. - Ein umfassendes Verzeichnis seiner politischen Veröffentlichungen mit mehr als 100 Titeln ist enthalten in den drei Bibliographien: G. *Hahn*, Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU: 1945 bis 1980. Stuttgart 1982. - B. *Krahe*, Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU. 1981 bis 1986; mit Nachträgen 1945 bis 1980. Düsseldorf 1990. - H. *Krengel*/Th. *Schaarschmidt*, Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU: 1987 bis 1990. Düsseldorf 1994.

Literatur

E. *Gerstenmaier*, Zum 60. Geburtstag von Dr. B. H., in: Eichholz-Brief, 1977, Heft 1, S. 40-48. - L. *Herrmann*, Zum 60. Geburtstag des Herausgebers der "Politischen Meinung", in: Die Politische Meinung 22 (1977), Heft 170, S. 3-6. - H.-O. *Kleinmann*, Geschichte der CDU 1945-1982, hg. von G. *Buchstab*. Stuttgart 1993. - H. *Kohl*, B. H. zum Gedächtnis, in: Die politische

Meinung 34 (1989), Heft 246, S. 2-5. - Weitere Literatur führen an H. *Krengel*/Th. *Schaarschmidt* (s.o.)

JOHANNES SCHAUFF

Schriften

Die methodischen Grundlagen der Großhandelsindexziffernberechnung. Phil. Diss. Leipzig 1925 (Manuskript). - Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871. Köln 1928 (neu hg. und eingel. von R. *Morsey* unter dem Titel: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928. Mainz 1975). - Neues Wahlrecht. Beiträge zur Wahlreform (Hg.). Berlin 1929. - Die West-Ost-Siedlung in den Jahren 1927-1930. Berlin 1931. - Volk und Volksbildung in Dänemark (mit K. *Schauff*). Düsseldorf 1931. - Wer kann siedeln? Berufskrise und Bauernsiedlung. Berlin 1932. - Osthilfe und Siedlung [anonym], in: Das Zentrum 4 (1933), S. 49-75. - Aus meiner beruflichen und politischen Arbeit (Dezember 1934), in: Dr. J. S., in Stommeln geboren - in der Welt zuhause, hg. von der *Stadt Pulheim*. Pulheim 1984, S. 18-21. - World Migration Movements. Congressbook of the International Catholic Migration Congress (Mithg.). The Hague 1954. - 25 Jahre Rolândia. Studien zur Besiedlung des Nordens von Paraná (Hg.). Berlin/Bonn 1957. - Landerschließung und Kolonisation in Lateinamerika (Hg.). Berlin/Bonn 1959. - Die landwirtschaftliche Erschließung Lateinamerikas und der Beitrag Europas, in: Die Neue Ordnung 15 (1961), S. 1-8. - Die Bodenreform in Chile, in: Stimmen der Zeit 172 (1962/63), S. 96-104. - Auswanderung nach Roland - Gründe und Hintergründe, in: Um der Freiheit willen. Eine Festgabe für und von J. und K. Schauff zum 80. Geburtstag, hg. von P. *Gordan*. Pfullingen 1983, S. 179-193.

Schriften (Karin Schauff)

Heinrich von Brentano di Tremezzo. Der Mensch und Freund, in: Erbe und Auftrag 41 (1965), S. 47-52. - Erinnerung an Ludwig Kaas. Pfullingen 1972. - Brasilianischer Garten. Pfullingen 1970 u.ö. - Ein Sack voll Ananas. Pfullingen 1974. - Das Klingelband. Pfullingen 1979. - Schreib mir alles, Mutter. Pfullingen 1987.

Literatur

W.F. *Boyens*, Die Geschichte der ländlichen Siedlung. 2 Bde. Berlin und Bonn 1959/60. - G. *Kohlhepp*, Agrarkolonisation in Nord-Paraná. Wiesbaden 1975. - H. *Rudolph*, Ein Bauernsohn als Weltbürger, in: Die Zeit vom 19. Dezember 1982. - Um der Freiheit willen (s. unter Schriften). - R. *Woller*, Flucht in den Busch mit sieben Kindern, in: Rheinischer Merkur vom 4. März 1984. - Dr. J. S., in Stommeln geboren (s. unter Schriften). - R. *Morsey*, Ein ungewöhnliches deutsches Schicksal im 20. Jahrhundert: J. S., in: Pulheimer Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde 9 (1985), S. 97-108. - H.-J. *Fischer*, Ganz nach dem Herzen eines politischen Christen. K. und J. S. -

kompromißlos und menschenfreundlich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Januar 1989.

GEBHARD MÜLLER

Reden und Schriften

Ausführliches Verzeichnis in: Th. *Rittersbach*, W. *Geiger* (Hg.), Festschrift für G. M. Zum 70. Geburtstag des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Tübingen 1970, S. 615-635. - G. M. blickt zurück. Festgabe des Landtags von Baden-Württemberg. Stuttgart 1980. - G. M., Württemberg-Hohenzollern 1945-1952, in: Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945-1952. Darstellungen und Erinnerungen, hg. von M. *Gögler* und G. *Richter* in Verbindung mit G. M. *Sigmaringen* 1982, S. 13-30. - G. M. im Gespräch mit Peter Kustermann, in: Zeugen des Jahrhunderts. Frankfurt 1982, S. 55-89.

Literatur

E. *Glaeser*, G. M., in: Köpfe und Profile. Zürich 1952, S. 129-134. - W. R. *Wand*, Dr. G. M.: Demokrat - Staatsmann - Präsident des Bundesverfassungsgerichts, in: Jahrbuch des Öffentlichen Rechts NF 34 (1985), S. 89-104. - A. *Rummel*, G. M. war ein Glücksfall für das deutsche Volk. Zum Andenken an einen großen Alamannen, in: Alamannenblätter (Mitteilungen des Altherrenvereins Tübinger Alamannen) NF 83 (Dezember 1990), S. 12-15. - H. *Heidler*, G. Radbruch, Th. Heuss, G. M. - Mehrer des Gemeinsinns, in: Initiative und Partnerschaft. Manfred Bulling zum 60. Geburtstag, hg. von P. *Feuchte*, M. *Rommel*, O. *Rundel*. Baden-Baden 1990, S. 491-502 (insbes. 497-502). - Ausgewählte Dokumente zur Landeszeitgeschichte Baden-Württembergs. Zur Erinnerung an Professor Dr.Dr.h.c.mult. G. M. Dokumentation des Landtags von Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Stuttgart 1990. - G. *Bradler*, L. Bock und G. M., in: Treuhänder des deutschen Volkes. Die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen nach den ersten freien Landtagswahlen. Politische Porträts, hg. von W. *Mühlhausen* und C. *Regin*. Melsungen 1991, S. 79-93. - P.-L. *Weinacht*, Das Porträt. G. M. (1900-1990), in: Geschichte im Westen 6 (1991), S. 209-223. - G. M., in: Biographisches Lexikon des KV, hg. von S. *Koß* und W. *Löhr*. Schernfeld 1993, S. 92-94. - G. *Bradler*, "Militärische Dienstfahrt" nach Bad Saarow. E. Bolz und G. M. im Januar 1945, in: Beiträge zur Landeskunde. Regelmäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, 18. Februar 1995, S. 1-3. - G. *Bradler*, Ein Kriegsende-Erlebnis im oberen Westallgäu. Wie G. M. im Mai 1945 von Vorder- und Hinterschweinhöf nach Göppingen heimkehrte, in: Jahrbuch des Landkreises Lindau 10 (1995), S. 38-46. - F. *Raberg*, "Wir wollen einen echten Bundesrat ... ohne Schleppe und ohne Schwanz und ohne Bart." G. M. und die Ausgestaltung des föderalistischen Prinzips der Bundesrepublik Deutschland 1948/49, in: Geschichte im Westen 10 (1995), S. 47-69.

WALTER DIRKS

Quellen

Der Nachlaß von Walter Dirks befindet sich im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Auf der Grundlage dieses Bestandes erstellt, liegt eine chronologisch gegliederte Personalbibliographie der gedruckten Manuskripte, Vorträge und Interviews sowie der ungedruckten Manuskripte einschließlich der Rundfunk- und Fernsehbeiträge vor: W. D. Bibliographie. Eingeleitet und bearbeitet von U. *Bröckling*, hg. vom *Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Bonn 1991.

Schriften

Erbe und Aufgabe. Gesammelte kulturpolitische Aufsätze. Frankfurt a.M. 1931. - Die zweite Republik. Frankfurt a.M. 1947. - Die Antwort der Mönche. Frankfurt a.M. 1952, ^{3}1968, engl. New York 1954. - Bilder und Bildnisse. Frankfurt a.M. 1954. - Das schmutzige Geschäft? Die Politik und die Verantwortung der Christen. Olten-Freiburg i.Br. 1964. - Geschäftsführung ohne Auftrag. Olten-Freiburg i.Br. 1967. - War ich ein linker Spinner? Republikanische Texte - von Weimar bis Bonn. München 1983.- Der singende Stotterer. Autobiographische Texte. München 1983. - Die Samariter und der Mann aus Samaria. Vom Umgang mit der Barmherzigkeit. Freiburg i.Br. 1985. - Gesammelte Schriften in acht Bänden, hg. von F. *Boll*, U. *Bröckling* und K. *Prümm*. Zürich 1987-1991.

Literatur

W. D. zum 75. Geburtstag, in: Frankfurter Hefte 31 (1976), S. 53-76. - M. *Stankowski*, Linkskatholizismus nach 1945. Die Presse oppositioneller Katholiken in der Auseinandersetzung für eine demokratische und sozialistische Gesellschaft. Köln 1976. - B. *Lowitsch*, Der Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung. Wiesbaden 1980. - W. D. im Gespräch mit Helmut Hammerschmidt, in: Zeugen des Jahrhunderts. Porträts aus Wirtschaft und Gesellschaft, hg. von K.B. *Schnelting*. Frankfurt a.M. 1981. - Wird es denn überhaupt gehen? Beiträge für W. D., hg. von F. *Boll*, M. *Linz* und Th. *Seiterich*. München 1980. - K. *Prümm*, W. D. und Eugen Kogon als katholische Publizisten der Weimarer Republik. Heidelberg 1984. - Th. *Seiterich-Kreuzkamp*, Links, frei und katholisch - W. D. Frankfurt a.M. 1986. - U. *Bröckling*, Katholische Intellektuelle in der Weimarer Republik. Zeitkritik und Gesellschaftstheorie bei W. D., Romano Guardini, Carl Schmitt, Ernst Michel und Heinrich Mertens. München 1993.

FRANZ KARDINAL HENGSBACH

Quellen

Der Nachlaß Hengsbach befindet sich im Archiv des Bischöflichen Generalvikariats in Essen.

Schriften (Auswahl)

Das Wesen der Verkündigung. Eine homiletische Untersuchung auf paulinischer Grundlage. Münster 1944. - Das Konzilsdekret über das Laienapostolat. Lateinischer und deutscher Text mit Kommentar. Paderborn ^{2}1967. - Befreiung durch Christus - wovon und wozu?, in: Kirche und Befreiung, hg. von F. *H.* und A. López *Trujillo*. Aschaffenburg 1975. - Was gilt? Kurze Darlegung des katholischen Glaubens. St. Augustin ^{3}1977. - Zahlreiche gedruckte Predigten, pastorale und soziale Schriften in der Bibliothek des Generalvikariats Essen. - Zusammen mit A. López *Trujillo* Mitherausgeber der Reihe: Kirche und Befreiung. 6 Bde. Aschaffenburg 1975-1978.

Literatur (Auswahl)

Dr. F. H., Bischof von Essen. 10 Jahre katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr. o.O. 1971. - Christuszeugnis der Kirche. Theologische Studien. Dr. F. H., Bischof von Essen, zur Vollendung des 60. Lebensjahres am 10. September 1970. In Zusammenarbeit mit den Professoren der Abteilung für Katholische Theologie an der Ruhr-Universität Bochum, hg. von P.W. *Scheele* und G. *Schneider*. Essen 1970. - Zeugnis und Dienst. Zum 70. Geburtstag von Bischof Dr. F. H., hg. vom *Domkapitel zu Essen*. Bochum 1980. - Ein Mann von der Ruhr. Einer von uns: Bischof Dr. F. H. 10. September 1910 - 10. September 1985, hg. vom *Bistum Essen* aus Anlaß der Vollendung des 75. Lebensjahres. Essen 1985 - Mein Glaubensbuch. Auf dem Weg mit Gott. Erarb. von A. *Baur*, J. *Bongers*, W. *Plöger*. Bischof Dr. F. H. zum 75. Geburtstag, Bischof Dr. J. Stimpfle zum 70. Geburtstag als Lehrern des Glaubens gewidmet. Donauwörth 1986. - Zeugnis des Glaubens - Dienst an der Welt. Festschrift für F. Kard. H. zur Vollendung des 80. Lebensjahres. Im Auftrage des Bischöflichen Generalvikariates und des Domkapitels zu Essen hg. von B. *Hermans*. Mülheim a.d. Ruhr 1990. (Darin: W. *Grosse*, F. Kard. H. zu Ehren. 80 Jahre durchmessend hat er viele Felder bestellt.) - Berichte und Dokumentationen der Bischöflichen Pressestelle Essen, vor allem zum 70. Geburtstag, zur Kardinalserhebung, zum 80. Geburtstag und aus Anlaß seines Todes. - Artikel über F. H. in den überregionalen Tages- und Wochenzeitungen: im Archiv des Generalvikariats Essen.

HERMANN JOSEF ABS

Quellen

Der Nachlaß von Hermann Josef Abs befindet sich im Historischen Archiv der Deutschen Bank in Frankfurt a.M. Er ist noch bis 20 Jahre nach seinem Tod gesperrt. Auch deshalb wird es wohl noch einige Zeit dauern, bis eine wissenschaftlich befriedigende Abs-Biographie vorliegt.

Schriften

Entscheidungen. 1949-1953. Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens. Mainz 1991 (mit B. *Kulla*). - Der Weg zum Londoner Schuldenabkom-

men, in: W.J. *Mückl* (Hg.), Föderalismus und Finanzpolitik. Gedenkschrift für Fritz Schäffer. Paderborn 1990, S. 81-93. - Zeitfragen der Geld- und Wirtschaftspolitik. Aus Vorträgen und Aufsätzen. Frankfurt a.M. 1959. - "Die veränderte wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt". Rede auf dem 5. Bundesparteitag der CDU am 29. Mai 1954 in Köln, Protokoll S. 92-98.

Literatur

"A.: Ordner an der Orgel", in: Der Spiegel Nr. 45, 3. November 1965, S. 49-67. - B. *Baehring*, H.J. A., in: L. *Gall* (Hg.), Die großen Deutschen unserer Epoche. Berlin 1995, S. 654-666 - E. *Czichon*, Der Bankier und die Macht. H.J. A. in der deutschen Politik. Köln 1970 (überarb. Neuaufl. 1995). - Die Deutsche Bank 1870-1995, hg. von L. *Gall* u.a. München 1995. - H.O. *Eglau*, "Meister der Macht", in: Die Zeit, 11. Februar 1994. - J. *Jeske*, "Bankier, um Dinge zu ordnen, die der Ordnung bedürfen. Zum Tode von H.J. A.", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Februar 1994. - D. *Marsh*, Die Bundesbank. Geschäfte mit der Macht. München 1992. - M. *Pohl*, Wiederaufbau. Kunst und Technik der Finanzierung 1947-1953. Die ersten Jahre der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt a.M. 1973. - *Ders.* (Hg.), H.J. A. Eine Bildbiographie. 2. erw. Aufl. Mainz 1992.

Personenregister

Kursiv gesetzte Ziffern verweisen auf die jeweilige Würdigung.

A
Abs, Hermann Josef 8, *299-310*, 325 f.
Abs, Inez 301
Abs, Josef 300
Abs, Katharina 300
Achinger, Hans 184
Adenauer, Konrad 33, 90 f., 107, 113 f., 116 f., 119, 127-130, 132, 165 f., 168, 184, 203, 206, 213, 216 f., 219-221, 255 f., 258 f., 263, 277, 299, 305-307
Adenauer, Paul 183
Adolph, Walter 95
Allende, Salvador 293
Altmeier, Peter 257
Amelunxen, Rudolf 87 f.
Andre, Josef 250
Ankermüller, Willi 165
Antonin von Florenz 178
Appeltauer, Gerhard 173
Arenberg, Robert Herzog von 125
Arndt, Adolf 259
Arnold, Karl 35
Aubin, Gustav 198
Auerbach, Philipp 169

B
Bahr, Egon 133, 135, 223
Ballweg, Landrat 150 f.
Banasch, Georg 35
Bañez, Dominikus 178
Baring, Arnulf 276
Barzel, Rainer 134, 136, 219-221, 226 f.
Baumgartner, Eugen 143
Baumgartner, Joseph 162, 166 f.
Bausch, Hans 216
Beck, Ludwig 36, 158
Beck-Oberdorf, Marie-Luise 107
Becker, Alois 29, 38
Benedikt XV. 21-23
Bennigsen-Foerder, Rudolf von 291
Bentheim-Tecklenburg, Fürst von 48
Berggrav, Eivind 35
Bernardin von Siena 178
Berning, Wilhelm 89, 101, 104
Bertram, Adolf Kardinal 46
Beyerle, Josef 249-251
Binder, Paul 255
Bismarck, Klaus von 279, 291
Bock, Lorenz 253 f.
Böckenförde, Werner 183
Boelitz, Otto 92
Bolz, Eugen 37, 241, 250 f.
Bonhoeffer, Dietrich 35
Bonhoeffer, Klaus 35, 37
Brandt, Willy 120 f., 132-136, 207, 209, 223, 225, 227, 245, 277
Brauchitsch, Walther von 158
Brauksiepe, Aenne 223
Braun, Otto 84
Braunias, Karl 237
Brauns, Heinrich 66, 79
Brauweiler, Heinz 45
Brecher, A. 24
Brentano, Clemens von 149
Brentano, Heinrich von 127, 219, 243
Breschnew, Leonid 135
Brockmann, Johannes 113
Broedrich, Silvio 236
Brücklmeier, Eduard 38
Brüning, Heinrich 32, 47, 70 f., 85, 88, 92, 159, 200, 236-239, 271
Büchner, Franz 149

Bürger, Direktor 30
Buhl, Franz von 125

C
Canaris, Wilhelm 36, 125, 157 f.
Chapeaurouge, Paul de 255
Chruschtschow, Nikita 207
Clay, Lucius D. 160, 168
Clemens, Gabriele 45
Cube, Walter von 170
Czichon, Eberhard 302

D
Dassmann, Ernst 184 f., 188
David, Louis 300
Dehler, Thomas 119, 131, 155
Delbrück, Adelbert 301
Delbrück, Justus 35
Dessauer, Friedrich 268, 273
Dichtel, Anton 260
Dietze, Constantin von 149
Dirks, Anton 266
Dirks, Luise 266, 274
Dirks, Marianne 274
Dirks, Walter 8, 25, *265-281*, 324
Döpfner, Julius Kardinal 175, 191
Dohnany, Hans von 35, 157 f.
Dollfuß, Engelbert 235, 241
Dovifat, Emil 35, 202
Drammer, Josef 13, 15
Dransfeld, Hedwig 9
Dreier, Wilhelm 182
Duffner, Josef 145
Dufhues, Josef-Hermann 221

E
Eberhard, Rudolf 128
Ebert, Friedrich 86 f.
Ehard, Hans 162, 164-170
Eisenhower, Dwight D. 161
Engelhardt, Viktor 102 f.
Erhard, Ludwig 114, 129, 131, 208, 213, 219-222, 229, 305-307
Erler, Fritz 243
Ersing, Josef 250
Erzberger, Matthias 43, 84
Eschenburg, Theodor 257
Estor, Marita 183
Eucken, Walter 174, 179, 185

F
Farny, Oskar 238, 260
Faulhaber, Michael Kardinal von 160
Feldhoff, Norbert 190
Filbinger, Hans 230, 262
Fleig, Paul 148
Föhr, Ernst 8, *139-153*, 317 f.
Forster, Karl 245
Francisco de Vitoria 179
François-Poncet, André 257
Frank, Hans 156
Freibüter, Ludwig 183
Freisler, Roland 40, 55, 200
Frick, Wilhelm 53, 146
Fricke, Karl Wilhelm 211
Frings, Josef Kardinal 175, 182, 189, 191, 242
Füssel, Franz 101

G
Galen, Clemens August Kardinal von 52
Galen, Franz Graf von 109
Gaulle, Charles de 129, 220
Geißler, Heiner 230
Gerstenmaier, Eugen 35 f., 131, 220 f., 224, 231
Goebbels, Joseph 238
Gödecke, Heinrich 53
Goerdeler, Carl 27, 36 f., 39, 54
Göring, Hermann 48, 52 f., 88 f., 109
Gordan, Paulus 240
Gradl, Johann Baptist 8, *197-211*, 320 f.
Gradl, Johann Georg 198
Gradl, Kunigunde 198
Gradl, Marianne 199
Grandinger, Johannes 155
Gries, Wilhelm 200, 205
Gröber, Conrad 144, 147-151
Grollmuß, Maria 235
Gromyko, Andrej 135
Gronowski, August Franz 78
Gronowski, Johannes 8, 48 f., 51, *77-94*, 108, 112, 314 f.
Gronowski, Sophie 78
Grossek, Melchior 35
Groß, Nikolaus 90
Grüber, Heinrich 102, 105

Gründer, Horst 45, 47
Guardini, Romano 235, 267 f.
Gundlach, Gustav 181, 184
Gurian, Waldemar 235
Gutiérrez, Gustavo 293
Guttenberg, Elisabeth von und zu (Mutter) 123, 125, 128, 136
Guttenberg, Elisabeth von und zu (Tochter) 125
Guttenberg, Georg Enoch von und zu 123-125
Guttenberg, Karl Theodor von und zu 8, *123-138*, 316 f.
Guttenberg, Michaela von und zu 125
Guttenberg, Philipp Franz von und zu 124
Guttenberg, Praxedis von und zu 125
Guttenberg, Rosa Sofie von und zu 125

H
Habermann, Max 34, 38
Hackelsberger, Albert 238, 241
Hackethal, Franz 90
Halder, Franz 158
Hamacher, Wilhelm 111
Hamm-Brücher, Hildegard 120
Hartmann, Felix Kardinal von 15, 19
Hassel, Kai Uwe von 224
Hassell, Ulrich von 37, 40
Hausenstein, Wilhelm 273
Heck, Bruno 8, *213-231*, 321 f.
Heck, Gertrud 214
Heck, Josef 213 f.
Heck, Magdalene 213
Hehl, Ulrich von 94
Heinemann, Gustav 107, 115-120, 224, 266
Heinen, Anton 234
Held, Heinrich 156 f.
Held, Josef 157
Heller, Hermann 235
Hengsbach, Franz Kardinal 8, *283-298*, 324 f.
Hengsbach, Johann 284
Hengsbach, Nikolaus 284
Hengsbach, Theresia 284
Henkels, Walter 113, 125 f.
Henning, Rudolf 182 f., 185
Henry, Johann 29
Hensel, Walther 29, 32, 34 f.
Herkner, Heinrich 198
Hermes, Andreas 33, 37, 202
Heß, Josef 32
Heubl, Franz 172
Heuchler, Wilhelm 188
Heuss, Theodor 279
Himmler, Heinrich 40
Hindenburg, Paul von 238
Hitler, Adolf 30, 34, 38, 41, 48, 53 f., 72, 88, 124 f., 139, 160, 163, 200, 233, 237-239, 249, 272
Hitze, Franz 79, 182
Hochhuth, Rolf 105
Höffner, Joseph Kardinal 8, *173-195*, 309, 319 f.
Höffner, Maria 183, 191, 194
Hoegner, Wilhelm 161 f.
Hoffmann, Johannes 156
Hofmeister, Corbinian 157
Horlacher, Michael 161, 164
Hugenberg, Alfred 47, 72
Hundhammer, Alois 162-166, 168-170, 172
Hurter, Hugo 11
Huyn, Hans Graf 130

I
Imbusch, Heinrich *57-72*, 313 f.
Imbusch, Hermann 58 f., 63

J
Jaeger, Lorenz 290
Joest, H.J. 188
Johannes XXIII. 289
Johannes Paul II. 176, 191-194, 283, 298
John, Otto 37
Joos, Joseph 32
Jung, Edgar 239

K
Kaas, Ludwig 158, 240, 242 f., 245
Kaiser, Hermann 39
Kaiser, Jakob 34, 36-39, 171, 202-206, 216
Kaspar, Walter 247, 263

Katzenberger, Hermann 202
Katzer, Hans 291
Kern, Franz 139, 142
Ketteler, Wilhelm Emmanuel von 173, 185, 193
Keudell, Walther von 143
Kiesinger, Kurt Georg 126 f., 131-133, 208, 213, 216, 222 f., 226, 229, 233, 244, 252, 257, 260, 306
Klausa, E. 52
Klausener, Erich 34, 239, 241
Klausener, Erich (Sohn) 95
Klein, Kaspar 284
Kleinmann, Hans-Otto 216
Klüber, Franz 182
Knappstein, Karl-Heinz 273
Knecht, Josef 273
Knoeringen, Waldemar von 163
Koch, Christa 188
Koch-Weser, Erich 239
Koenig, Pierre 252
Koenigs, Franz 300 f.
Köster, Hermann 59
Kötting, Bernhard 185
Kogon, Eugen 266, 275 f.
Kohl, Helmut 210, 221, 223, 225, 227-229, 278
Kolbow, Karl Friedrich 53
Kominek, Boleslaw Kardinal 243
Kopp, Georg Kardinal 15, 60
Korum, Michael Felix 60
Koselleck, Reinhard 86
Kraske, Konrad 226
Kraus, Emil 145
Krautscheidt, Joseph 295
Krebs, Engelbert 145 f.
Krone, Heinrich 32, 35, 100 f., 133, 200, 202, 218 f., 228, 235, 263
Kronenberg, Friedrich 183
Kuby, Erich 171

L
Leber, Georg 243, 245
Leber, Julius 37 f.
Leiber, Robert 157 f., 235
Lejeune-Jung, Paul 38, 40
Lemmer, Ernst 202-205, 221
Lensing, Lambert 92
Lenz, Otto 30, 37, 158
Leo XIII. 32, 185
Letterhaus, Bernhard 32, 35 f., 38, 55, 90, 109, 241
Leuschner, Wilhelm 34, 36-39
Lichtenberg, Bernhard 99 f., 102 f., 105
Lochner, Louis P. 36
Löwenstein, Karl Fürst zu 288
Lohse, Eduard 192 f.
López Trujillo, Alfonso 293
Loritz, Alfred 169, 172
Louis Ferdinand von Preußen 37
Lucas, Bernhard 52
Lübke, Heinrich 130, 236, 240, 244
Lücke, Paul 128
Lüninck, Anna Maria von 42
Lüninck, Auguste von 42, 55
Lüninck, Carl von (Vater) 42 f., 54
Lüninck, Carl von (Sohn) 54
Lüninck, Ferdinand von *41-56*, 89, 313
Lüninck, Hermann von 41 f., 47, 51-53
Lüninck, Roderich von 54
Lugo, Johannes de 178
Lukács, Georg 270

M
Machiavelli, Nicolò 32
Maier, Reinhold 256, 258
Mallinckrodt, Hermann von 42, 51
Marré, Heiner 285
Marum, Ludwig 143 f.
Marx, Josef 29
Marx, Werner 135
Marx, Wilhelm 24, 29, 32, 70
Melzer, Manfred 190, 195
Mertens, Heinrich 268-270
Messner, Johannes 184
Meyer, Alfred 48, 53 f.
Meyerowitz, Esther Sarah 187 f.
Meyers, Franz 218, 221
Michel, Ernst 268 f.
Mierendorff, Carl 237
Möller, Alex 258
Molitor, Bruno 183
Molotow, Wjatscheslaw 171

Moltke, Helmuth James Graf von 36
Morsey, Rudolf 146
Mosler, Eduard 301 f., 304
Mosterts, Carl 7, *9-25*, 311 f.
Mosterts, Franz 10
Mosterts, Wilhelm 10
Muckermann, Friedrich 74
Müller S.J. (Bruder von Gebhard Müller) 248, 250
Müller, Christa 157, 159
Müller, Gebhard 8, *247-263*, 323
Müller, Johannes 248
Müller, Josef 8, *155-172*, 318 f.
Müller, Josefa 248
Müller, Maria 157, 159
Müller, Marianne 250
Müller, Otto 9
Müller, Wolfgang 155, 159
Müller-Armack, Alfred 228
Muench, Aloysius Kardinal 152
Müncker, Theodor 179
Münster, Clemens 275
Mumbauer, Johannes 173
Murphy, Robert 161, 168
Mussinghof, Heinrich 188
Muthesius, Hans 184

N
Nebgen, Elfriede 34
Nell-Breuning, Oswald von 184, 278
Neuhäusler, Johannes 157
Neundorfer, Karl 270
Neundörfer, Ludwig 184
Niebuhr, Reinhold 235
Niethammer, Emil 253
Nilles, Nikolaus 11
Noldin, Hieronymus 11
Noppel, Constantin 23
Nowak, Edith 188

O
Obando y Bravo, Kardinal 193
Oberhauser, Alois 183
Olbricht, Klaus 36
Orel, Anton 180
Ortega Saavedra, Daniel 193
Oster, Achim 36
Oster, Hans 157 f.
Otte, Bernhard 69

P
Pacelli, Eugenio 144 f.; s.a. Pius XII.
Pagel, Paul 35
Papen, Franz von 47 f., 50, 71, 88, 200, 237, 239
Patt, Helmut 183
Paul VI. 243
Pechel, Rudolf 274
Pechstein, Max 31
Person, Hermann 150
Person, Karl 149 f.
Pesch, Heinrich 185, 268
Peters, Hans 35
Pfeffer, Friedrich 199
Pfeiffer, Anton 156, 162, 164, 172
Pferdmenges, Robert 305
Pieper, August 9
Piscator, Erwin 105
Pius X. 10, 15
Pius XI. 52, 98, 176, 184, 285
Pius XII. 105, 153, 158, 286, 289 f.
Pohl, Manfred 303
Pollock, James K. 171
Prange, Maximilian 35
Preysing, Konrad Kardinal von 35, 101-106
Probst, Adalbert 239, 241
Pucher, Paul 137
Pünder, Hermann 88
Püschel, Erich 101

R
Rasner, Will 219
Ratjen, Gustav 301
Rauscher, Anton 182
Remmers, Werner 183
Renner, Viktor 249
Rieder, Johannes 250
Rindt, Eugen 164
Rintelen, Friedrich Maria 290
Risse, Georg 267
Ritter, Emil 23
Röhm, Ernst 239
Rösch, Augustin 248
Rosenberg, Joseph 79
Rueff, Jacques 307
Rummel, Alois 230

S
Sauer, Albert 216
Schacht, Hjalmar 301 f.
Schäffer, Fritz 158, 160 f., 163, 165-168, 172, 309
Schäufele, Hermann 151-153
Scharnagl, Karl 161
Scharp, Heinrich 271, 273
Schauff, Jakob 234
Schauff, Johannes 7, *233-246*, 322 f.
Schauff, Karin 234 f., 239 f., 242 f., 246
Schauff, Sophia 234
Scheel, Walter 134, 209, 227
Scheffel, Viktor von 257
Schiller, Karl 307
Schirach, Baldur von 214
Schlange-Schöningen, Hans 166
Schleicher, Kurt von 238
Schmid, Carlo 249, 251 f., 254 f.
Schmidt, Helmut 136, 223
Schmitt, Hermann Josef 235
Schmitt, Josef 146
Schmittmann, Benedikt 241
Schniewind, Otto 303
Schofer, Joseph 140-143, 148
Schrage, Josef 93
Schreiber, Georg 50
Schreiber, Walther 221
Schröder, Gerhard 127, 129 f., 132, 208, 224
Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf von der 38, 54 f.
Schulte, Karl Joseph Kardinal 45
Schumacher, Kurt 171
Schuman, Robert 257
Schweitzer, Franz 9
Schwerin von Schwanenfeld, Ulrich Wilhelm Graf 38
Seidel, Hanns 165, 168
Seiterich, Th. 272
Seldte, Franz 46
Semler, Johannes 166
Senftle, Alexander 183
Severing, Carl 83, 87
Siebel, Wigand 183
Siemer, Hermann 33, 40
Siemer, Laurentius 35 f., 38
Sievers, Max 74
Simar, Hubert 12
Simons, Hans 235
Simpfendörfer, Wilhelm 250
Smolka, Georg 235
Sollmann, Wilhelm 74
Sommer, Margarete 8, *95-106*, 315
Sonnenschein, Carl 31, 96 f., 234 f., 249
Sorel, Georges 32
Späth, Lothar 230
Spahn, Martin 45
Specht, Rainer 183
Sperlich, Georg 87
Spiecker, Carl 111-113
Springer, Axel 137
Stadtler, Eduard 46
Starke, Marie-Theres 183
Stauffenberg, Claus Graf Schenk von 37 f., 125
Stegerwald, Adam 15, 57, 68-71, 75, 84, 159-161, 200
Stein, Edith 192
Stein, Karl vom 87
Steinbüchel, Theodor 268, 270
Sternberger, Dolf 273
Stiefvater, Alois 150
Stingl, Karl 30
Stötzel, Gerhard 59
Stoph, Willi 133
Strasser, Gregor 48, 72
Strasser, Otto 74
Stratmann, Franziskus 96 f., 100
Strauß, Franz Josef 128-130, 132, 137, 159, 168 f., 306
Streithofen, Heinrich Basilius 213, 230
Stresemann, Gustav 32
Stücklen, Richard 132
Sudmann, Heinrich 183

T
Tantzen, Theodor 37
Tappert, Georg 31
Teusch, Christine 109, 112
Tann-Rathsamhausen, General von und zu der 123
Thedieck, Franz 228
Thieme, Karl 235
Thormann, Werner 271, 273
Tillmanns, Robert 216

U
Ulbricht, Walter 204

V
Veen, Johannes 19
Vermeersch, Arthur 176, 178
Vockel, Heinrich 32, 200, 235
Vogel, Bernhard 230, 245
Vogel, Hans-Jochen 170
Vogelsang, Karl von 180

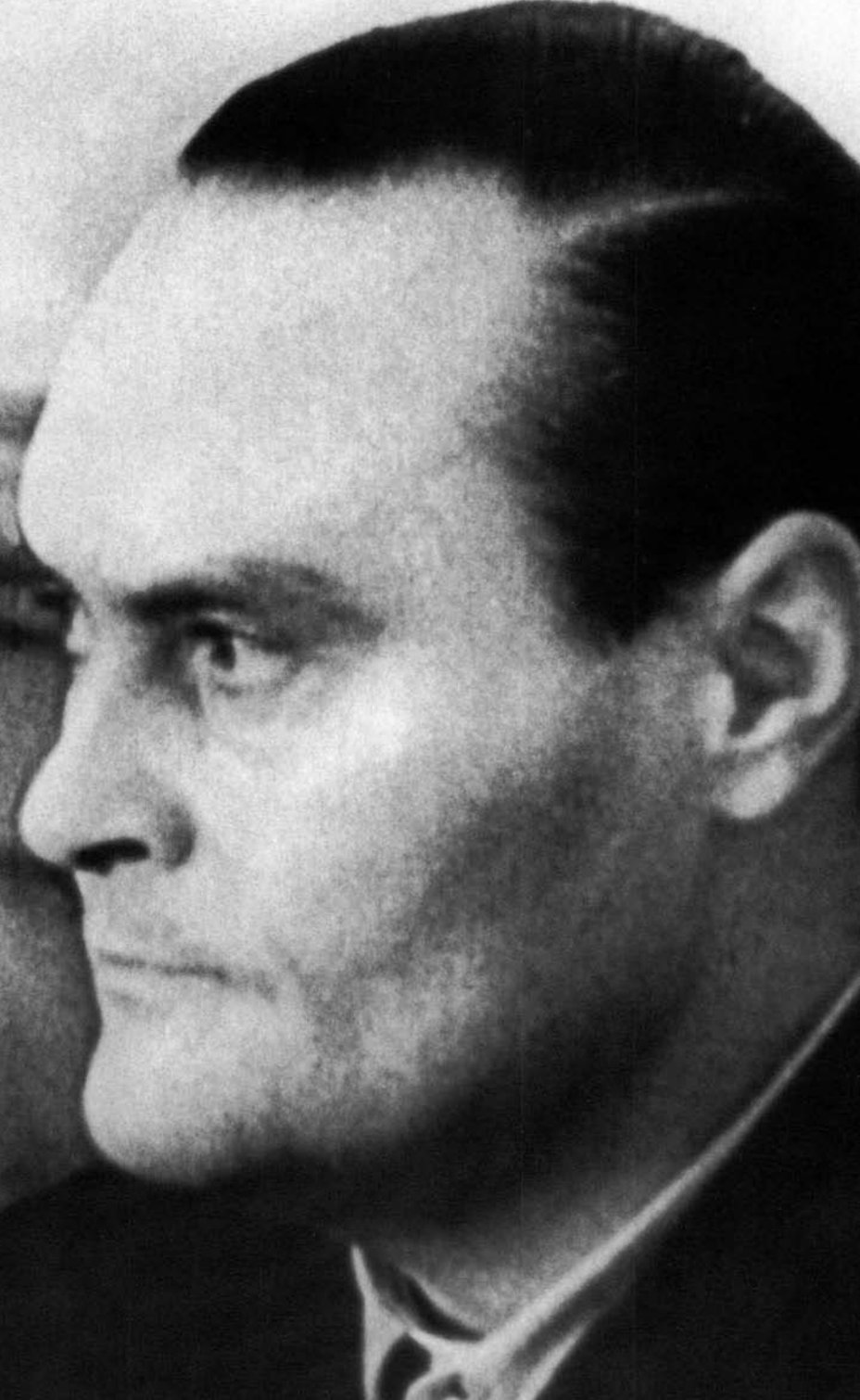
W
Wacker, Theodor 142, 148
Wagner, Georg 23
Wagner, Josef 48
Wagner, Robert 146
Walter, Felix 250
Weber, Adolf 156
Weber, Helene 109, 112
Weber, Wilhelm 180, 182
Wehner, Herbert 126-128, 131-133, 136, 207, 222, 233, 235, 244 f.
Weinreich, Otto 215
Weiß, Franz 252
Weiß, Hans 159, 169
Welte, Bernhard 149
Werthmann, Lorenz 9
Weskamp, Wilhelm 290
Wessel, Heinrich 107
Wessel, Helene 8, *107-122*, 315 f.
Wessel, Helene (Mutter) 107
Weyand, Alfons 183
Wiegmann, Hildegard 183
Wienken, Heinrich 23, 101, 104
Wiese, Fabrikant 59
Wilhelm II. 140
Windthorst, Ludwig 120, 160
Wirmer, Anton (Vater) 27-30
Wirmer, Anton (Sohn) 30
Wirmer, Antonie 27, 30
Wirmer, Ernst 27, 30, 33
Wirmer, Hedwig 29-31, 39
Wirmer, Heinz 27 f.
Wirmer, Johanna 30
Wirmer, Josef *27-40*, 200, 241, 312 f.
Wirmer, Maria (Mutter) 27, 30, 39
Wirmer, Maria (Tochter) 30
Wirmer, Otto 27, 39
Wirth, Joseph 43, 140, 235, 237 f., 271
Witzinger, Paul 102
Wörner, Manfred 228
Wohleb, Leo 149, 256
Wojtyla, Karol 294; s.a. Johannes Paul II.
Wolfermann, Willy 147
Wolker, Ludwig 9, 24 f., 235
Wothe, Franz Josef 12
Wuermeling, Bernhard 84
Wuermeling, Franz-Joseph 216, 219
Wyszynski, Stefan Kardinal 243

Y
Yorck von Wartenburg, Peter Graf 36

Z
Zimmermann, Friedrich 169



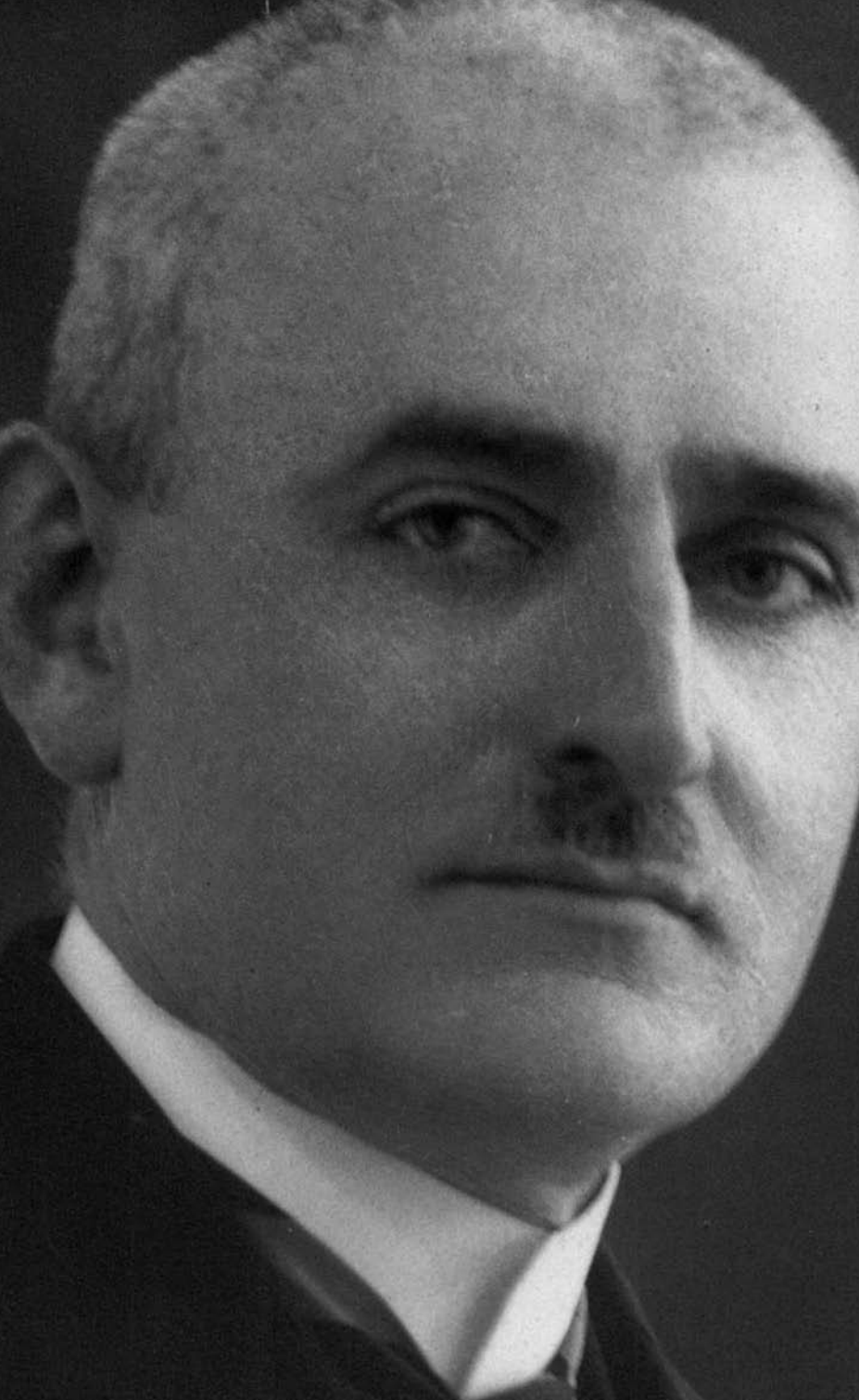
Carl Mosterts (1874 – 1926)



Josef Wirmer (1901 – 1944)



Ferdinand von Lüninck (1888 – 1944)



Heinrich Imbusch (1878 – 1945)



Johannes Gronowski (1874 – 1958)



Margarete Sommer (1893 – 1965)



Helene Wessel (1898 – 1969)

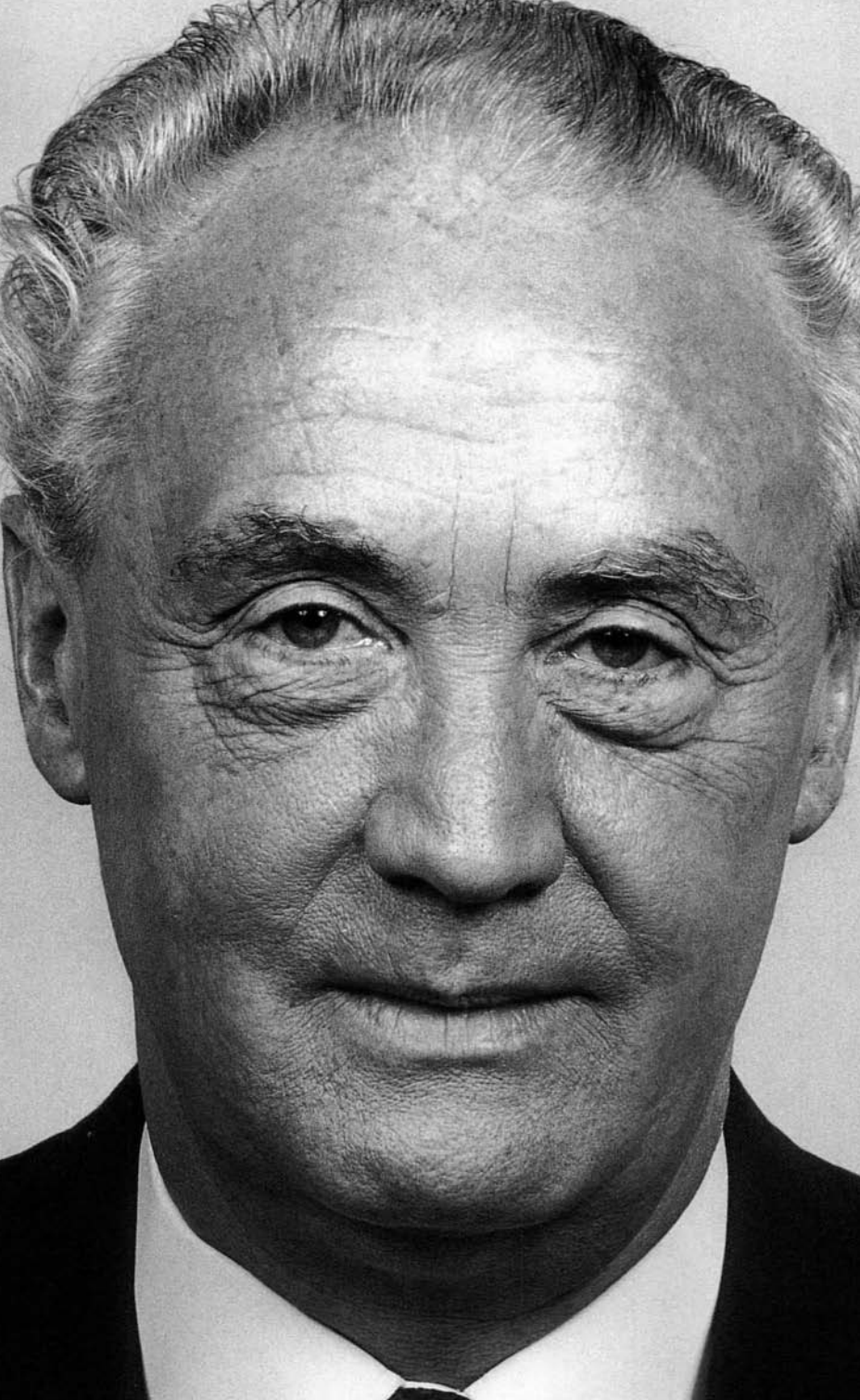


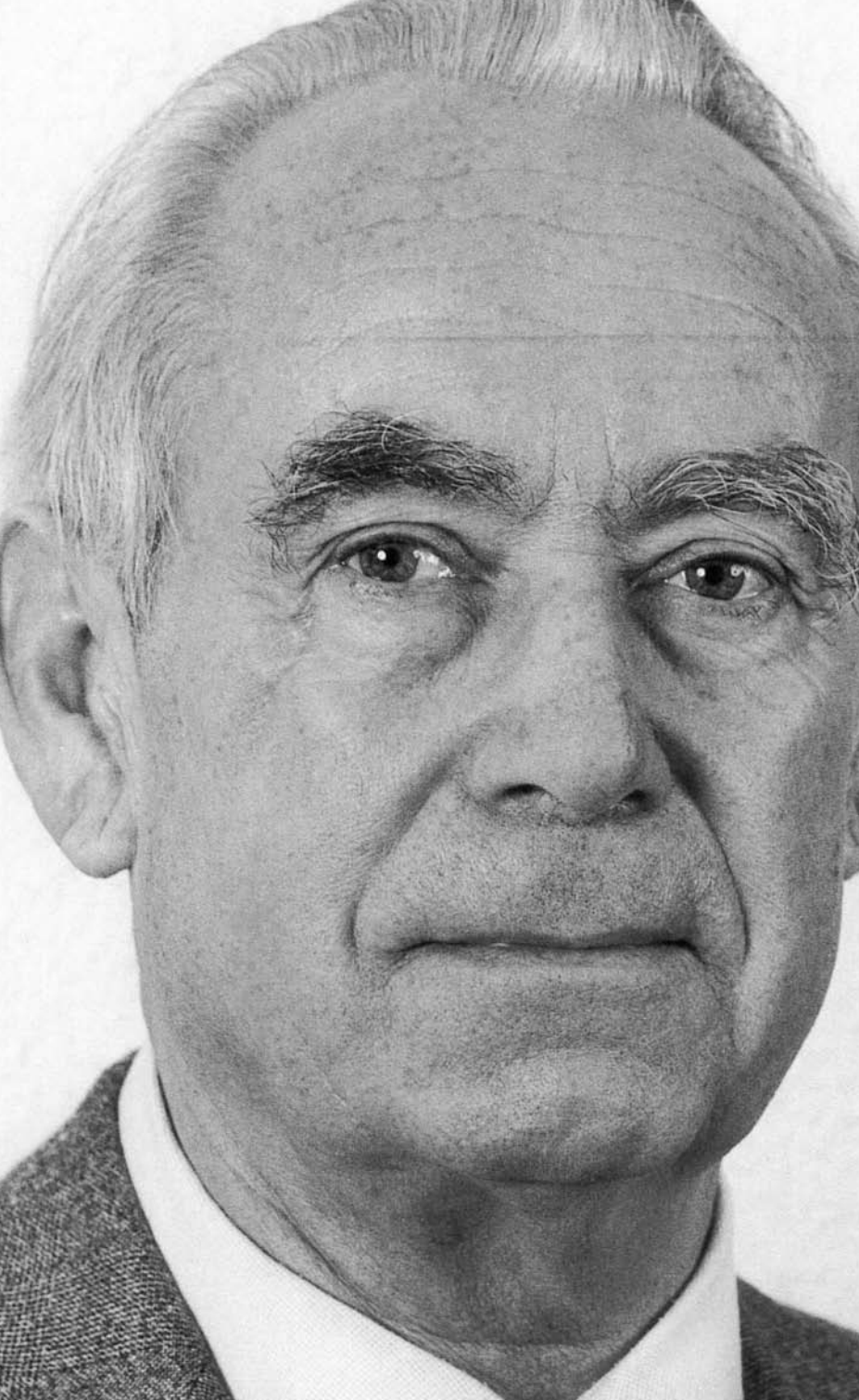






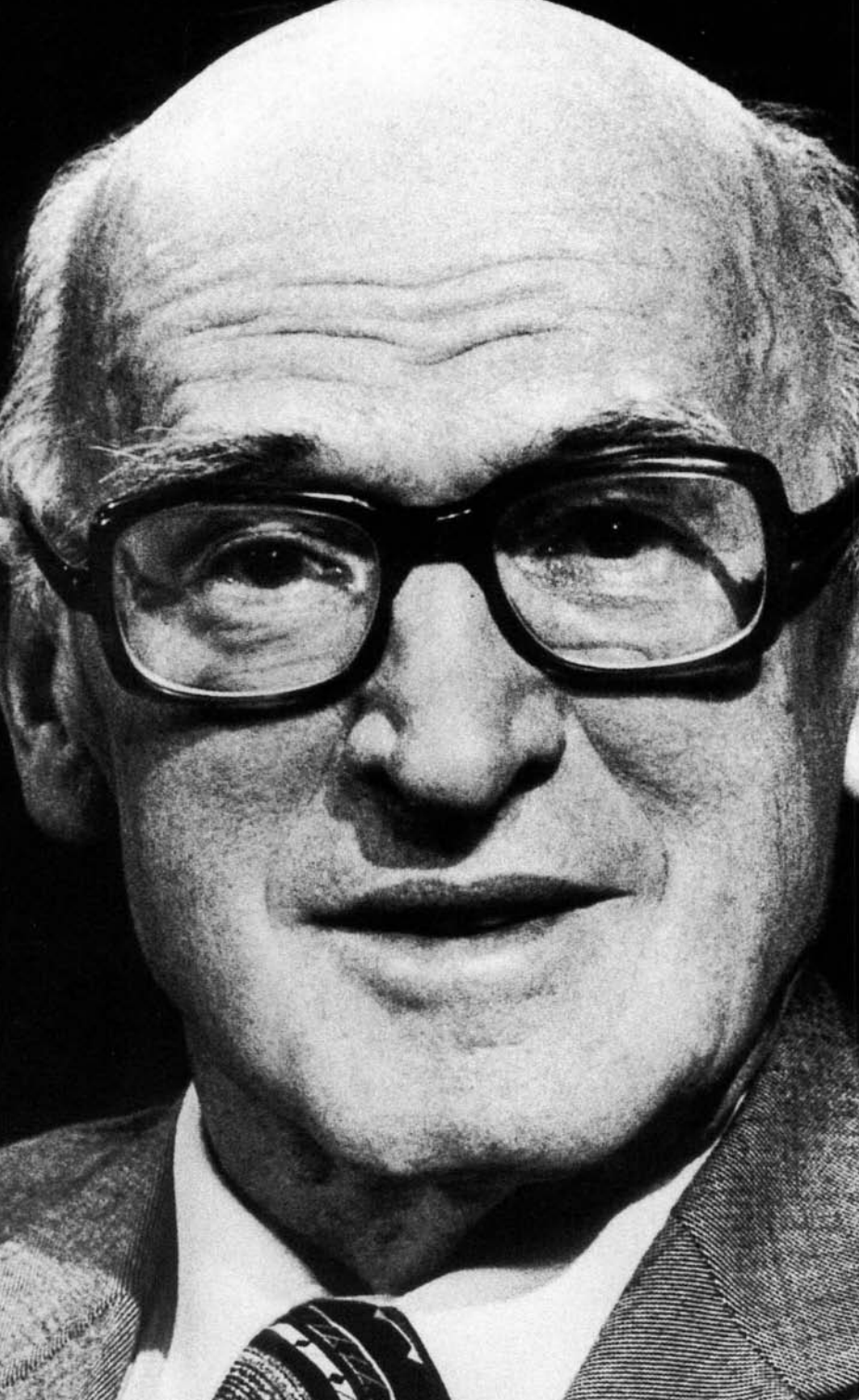




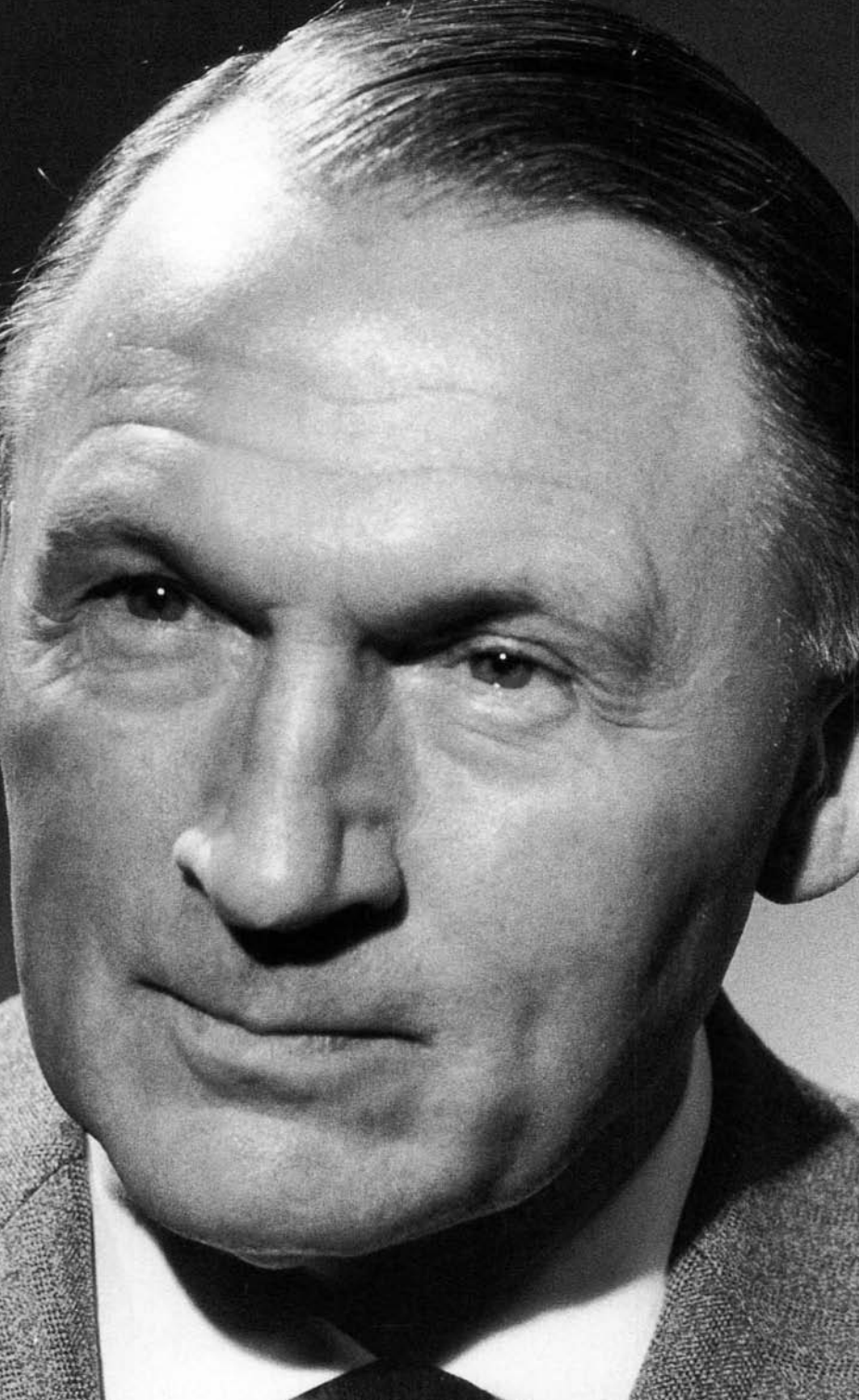




Johannes Schauff (1902 – 1990)



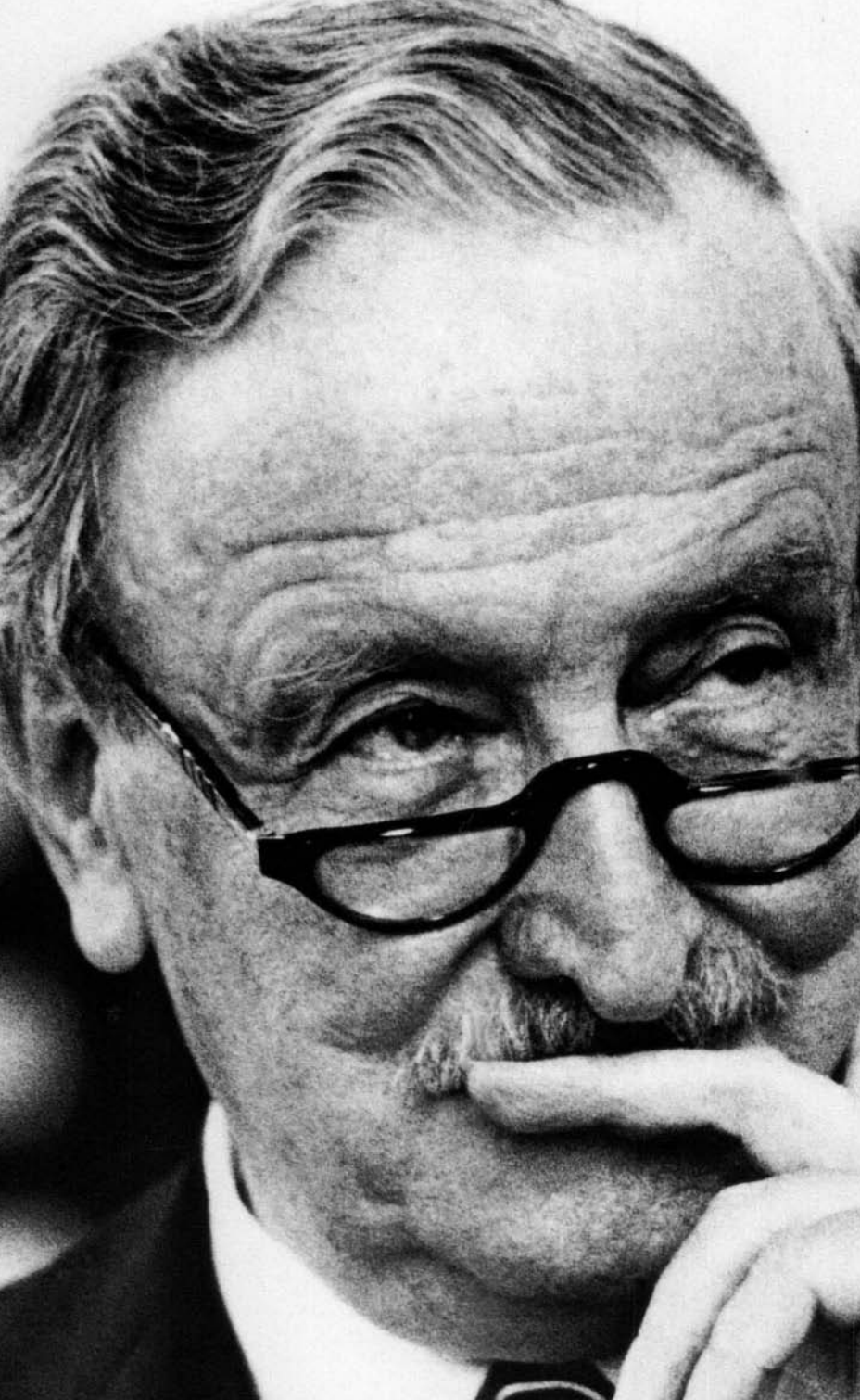
Gebhard Müller (1900 – 1990)



Walter Dirks (1901 – 1991)



Franz Kardinal Hengsbach (1910 – 1991)



Hermann Josef Abs (1901 – 1994)